

Geschäftsbericht 2014



Jahresbericht des Regierungsrates

Anträge	5
Vorwort des Landammanns	6
Gesamtwürdigung	7
Strategie 2010–2018	8
Gesamtübersicht Legislaturziele	9
Aussenbeziehungen	12
Kantonsratsgeschäfte	13
Wahlen und Abstimmungen	28

Jahresrechnung

Bericht

Detailinformationen

Geldflussrechnung	47
Kennzahlen	48
Laufende Rechnung	
– Total pro Direktion	50
– Saldo pro Amt	51
– Artengliederung	53
Investitionsrechnung	
– Total pro Direktion	57
– Saldo pro Amt	58
– Artengliederung	59
5-Jahresvergleiche	61

Institutionelle Gliederung

10 Gesetzgebende Behörden

1000	Kantonsrat	65
------	------------	----

11 Allgemeine Verwaltung

1100	Regierungsrat	68
1120	Staatskanzlei	69
1126	Staatsarchiv	72
1128	Ombudsstelle	75
1129	Datenschutz	76

15 Direktion des Innern

1500	Direktionssekretariat	79
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	83
1530	Amt für Wald und Wild	87
1550	Sozialamt	92
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	97
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	101

17 Direktion für Bildung und Kultur

1700	Direktionssekretariat	107
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	111
1733	Kantonsschule Zug	115
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	119
1736	Fachmittelschule Zug	122

1740	Amt für gemeindliche Schulen	125
1777	Amt für Berufsberatung	130
1780	Amt für Sport	135
1790	Amt für Kultur	138
20	Volkswirtschaftsdirektion	
2000	Direktionssekretariat	145
2011	Amt für Berufsbildung	149
2012	Amt für Brückenangebote	152
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	155
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	160
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	164
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	168
2031	Arbeitslosenkasse	172
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	175
2040	Sozialversicherungen	179
2050	Landwirtschaftsamt	181
2065	Amt für Wohnungswesen	185
2067	Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	188
2070	Handelsregisteramt	189
2071	Konkursamt	192
30	Baudirektion	
3000	Direktionssekretariat	197
3020	Tiefbauamt	201
3023	Strassenunterhalt	210
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	213
3031	Kantonsstrassen	214
3032	Nationalstrassen	215
3050	Amt für Umweltschutz	216
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	221
3060	Hochbauamt	222
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	229
3080	Amt für Raumplanung	230
35	Sicherheitsdirektion	
3500	Direktionssekretariat	237
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	241
3541	Stabsstelle Notorganisation	245
3581	Strassenverkehrsamt	248
3587	Amt für Feuerschutz	252
3590	Zuger Polizei	253
3592	Amt für Migration	260
3595	Strafanstalt	263
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	266
40	Gesundheitsdirektion	
4000	Direktionssekretariat	271
4005	Amt für Verbraucherschutz	275
4021	Rettungsdienst	279
4030	Spitäler	283
4055	Gesundheitsamt	284
4060	Medizinalamt	288
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	292

Inhaltsverzeichnis

50	Finanzdirektion			
5000	Direktionssekretariat	299	6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen 339
5001	Finanzkontrolle	303	6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen 340
5010	Personalamt	306	6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung 341
5011	Allgemeiner Personalaufwand	310	6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung 342
5020	Finanzverwaltung	311	6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege 343
5022	Allgemeiner Finanzbereich	316	6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung 344
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	318	6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege 345
5050	Amt für Informatik und Organisation	319	6183	Schätzungskommission 346
5060	Steuerverwaltung	324		Bilanz 349
5065	Kantonssteuern	330		
5068	Bundessteuern	331		Anhang zur Jahresrechnung 357
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	332		
61	Richterliche Behörden			Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	334		Pädagogische Hochschule Zug 375
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	335		Interkantonale Strafanstalt Bostadel 379
6106	Strafgericht: Verwaltung	336		Gebäudeversicherung Zug 381
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	337		Separatfonds 385
6111	Obergericht: Verwaltung	338		

Verwendete Abkürzungen

Abs.	Absatz	IR	Investitionsrechnung
Abw.	Abweichung	IT	Informationstechnologie
BD	Baudirektion	KR	Kantonsrat
BGS	Bereinigte Gesetzessammlung (des Kantons Zug)	KRB	Kantonsratsbeschluss
Bst.	Buchstabe	LR	Laufende Rechnung
DBK	Direktion für Bildung und Kultur	Mio.	Millionen
DI	Direktion des Innern	OR	Obligationenrecht
EDV	Elektronische Datenverarbeitung	PE	Personaleinheit
EG	Einführungsgesetz	RR	Regierungsrat
FD	Finanzdirektion	RRB	Regierungsratsbeschluss
FHG	Finanzhaushaltsgesetz (BGS 611.1)	SD	Sicherheitsdirektion
Fr.	Franken	SKA	Staatskanzlei
GD	Gesundheitsdirektion	SR	Systematische Rechtssammlung (des Bundes)
GEVER	Geschäftsverwaltungsprogramm	Stv.	Stellvertreterin / Stellvertreter
HRM	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und die Gemeinden	VD	Volkswirtschaftsdirektion
		ZGB	Zivilgesetzbuch

Jahresbericht des Regierungsrates

Anträge

Vorwort des Landammanns

Gesamtwürdigung

Strategie 2010–2018

Gesamtübersicht Legislaturziele

Aussenbeziehungen

Kantonsratsgeschäfte

Wahlen und Abstimmungen

Jahresbericht des Regierungsrates
Anträge

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf §§ 41 Bst. g sowie 47 Abs. 1 Bst. f der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 7 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1), §§ 23 und 35 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sowie § 15 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit den Geschäftsbericht 2014 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

1. auf den Geschäftsbericht 2014, bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung, einzutreten und ihn zu genehmigen;
2. die im Anhang zur Jahresrechnung als abgeschlossen bezeichneten Verpflichtungskredite zu genehmigen;
3. die Jahresrechnung 2014 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
4. die Jahresrechnung 2014 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
5. die Jahresrechnung 2014 der Gebäudeversicherung Zug zu genehmigen.

Zug, 24. März 2015

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Heinz Tännler
Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte
Sehr geehrte Damen und Herren

Verschiedene Ereignisse prägten das Jahr 2014 wesentlich: Der landesweite Volksentscheid über die Zuwanderungsbeschränkung, der im Kanton Zug parlamentarische Anfragen auslöste, die ausklingende Legislatur mit den Gesamterneuerungswahlen und die Notwendigkeit, die Ausgabenbremsen anzuziehen.

Die geänderten Systeme für die Wahl der Exekutiven und des Kantonsrats stellten die politischen Institutionen auf die Probe. Unter den neuen Bedingungen des Majorzsystems für die Exekutivwahlen sowie der Einführung des doppelt-proportionalen Sitzzuteilungsverfahrens für die Kantonsratswahlen konnten die Urnengänge regulär stattfinden, obwohl noch Hürden zu nehmen waren. Der Rechtsstaat stellte sich unter Beweis, als wegen der hohen Anzahl an ungültigen Stimmabgaben erhobene Beschwerden zeitig beurteilt und einige fälschlicherweise als Wahlzettel verwendete Beiblätter auf pragmatische Art nachgezählt werden konnten. Insgesamt sind die Erneuerungswahlen Beleg dafür, dass die Demokratie von den Zugerinnen und Zugern aktiv gelebt wird und im Kanton Zug eine hohe Bedeutung geniesst.

Dass die Wahlbevölkerung alle sieben Regierungsmitglieder in ihren Ämtern bestätigte, ist Vertrauensbeweis und Auftrag zugleich, den erfolgreichen Weg weiter zu beschreiten, den der Regierungsrat in der vergangenen Legislatur eingeschlagen hat. Von den Vorleistungen der letzten Jahre soll nun profitiert, Begonnenes weitergeführt und Anstehendes in Angriff genommen werden. Dabei weist die Strategie «Mit Zug einen Schritt voraus» dem Regierungsrat weiterhin den Weg – für die Legislaturziele ist sie bis ins Jahr 2018 der Kompass.

Die finanziellen Rahmenbedingungen stehen allerdings unter neuen Vorzeichen. Sie zwingen den Kanton und die Verwaltung, aber auch die Zugerinnen und Zuger, Verzicht zu nehmen. Die wachsenden Ungleichheiten im föderativen Netzwerk belasten dabei unsere Beziehungen zu anderen Kantonen. Für den auf auswärtige Arbeitskräfte angewiesenen Kleinkanton kann sich die Zuwanderungsbeschränkung als zusätzliches Hemmnis erweisen. Wenn der Kanton Zug innovativ bleiben und sich im Standortwettbewerb behaupten will, aber sich gleichzeitig den neuen migrations- und finanzpolitischen Realitäten stellen muss, wird dies vermehrt zu Spannungen führen. Aus dieser Spannkraft werden wir alle – Behörden, Wirtschaft und Bevölkerung – letztlich die erforderliche Energie gewinnen müssen, um die kommenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern.

Der vorliegende Bericht gilt als Leistungsausweis der behördlichen Arbeit von Regierung und Verwaltung des vergangenen Jahres. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung, meiner Ratskollegin und meinen Ratskollegen und allen Kantonsrätinnen und Kantonsräten für ihren Einsatz für einen erfolgreichen Kanton Zug.

Beat Villiger
Landammann 2013/2014

In Kürze

Der Kanton Zug steht zunehmend im Spannungsfeld zwischen den Herausforderungen seines Finanzhaushalts und der erfolgreichen Positionierung im landes- und weltweiten Wettbewerb der Regionen. Im Fokus der Bestrebungen des Regierungsrats und der Verwaltung stehen weiterhin die Bewahrung der Lebensqualität der Bevölkerung sowie der Standortattraktivität für Unternehmungen.

Bewährte Strategie

Gestützt auf die regierungsrätliche Strategie 2010–2018 setzten Regierungsrat und Verwaltung nebst dem Tagesgeschäft auch längerfristige Projekte um. Die Legislaturziele 2010–2014 wurden erfolgreich weiterverfolgt. Für die Jahre 2015–2018 hat der Regierungsrat die neuen Legislaturziele formuliert.

Pflege der Attraktivität des Kantons Zug

Der Kanton Zug bleibt für die Bevölkerung und die Unternehmungen attraktiv. Regierung und Verwaltung konzentrierten sich bei ihrer Arbeit wiederum auf die zentralen Standortfaktoren. Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Gesellschaft gewährleisten eine hohe Lebensqualität in unserem Kanton. Beispiele: Anpassungen im kantonalen Richtplan sichern dem Kanton eine geordnete und langfristige Entwicklung, Verabschiedung des Strassenbauprogramms 2014–2022, Ausbau der Infrastruktur der Kantonschule Zug und des Gewerblich-Industriellen Bildungszentrums Zug (GIBZ).

Entlastungsprogramm 2015–2018

Nach vertieften Abklärungen entschloss sich der Regierungsrat, für die Jahre 2015–2018 ein Entlastungspaket zu schnüren. Hauptgrund für diesen Schritt ist ein struktureller Aufwandüberschuss, der das Eigenkapital von rund 1,1 Milliarden Franken rasch aufzubrauchen droht. Unter Einbezug der Kader der Verwaltung sowie in Zusammenarbeit mit den Gerichten prüft die Exekutive über 230 Massnahmen, die zu Kostensenkungen führen sollen. Bereits für das Budget 2015 beschloss der Regierungsrat markante Einsparungen; unter anderem gewährte er keine neuen Personaleinheiten.

Transparente Verwaltung – Einführung des Öffentlichkeitsprinzips

Per 10. Mai trat das Öffentlichkeitsgesetz in Kraft. Nach einer anfänglich spürbaren Nachfrage ebnete das Interesse allmählich ab. Die Verwaltung macht gute Erfahrungen mit dem neuen Gesetz. Die Gesuchstellenden sind mit der Umsetzung zufrieden; sie zeigen auch Verständnis für die vom Gesetzgeber bewusst vorgesehenen Schranken der Öffentlichkeit von amtlichen Dokumenten, insbesondere für das grundsätzliche Rückwirkungsverbot des Öffentlichkeitsgesetzes.

Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrats, des Regierungsrats und der Einwohnergemeinden

Am 5. Oktober waren die Wahlberechtigten aufgerufen, den Kantonsrat, den Regierungsrat und die Organe der Einwohnergemeinden neu zu bestellen. Das kantonale Parlament wurde erstmals nach der doppelt-proportionalen Sitzzuteilungsmethode gewählt. Das Ergebnis dieser Wahlen wurde wegen der gesetzlichen Quorumsregelungen angefochten; die Konstituierung des Kantonsrats zu Beginn der 31. Amtsperiode erfolgte just, nachdem das Bundesgericht die Beschwerde abgewiesen hatte. Die Regierungsratswahlen fanden erstmals seit 120 Jahren im Majorzverfahren statt; im Hinblick auf diese Wahlen wurde das Wahlrecht neu gestaltet. Auf Beschwerden hin berücksichtigte das Verwaltungsgericht die rund 9,4 Prozent ungültigen Wahlzettel beim Wahlergebnis. Dieses Urteil ist rechtskräftig.

Neue Geschäftsordnung des Kantonsrats

Die aus dem Jahr 1932 stammende Geschäftsordnung des Kantonsrats erwies sich als revisionsbedürftig. Die neuen Regelungen sind am 18. Dezember 2014 in Kraft getreten. Die Geschäftsordnung stellt im Wesentlichen eine Nachführung der Praxis der letzten Jahrzehnte dar. Unter anderem enthält sie die Rechtsgrundlage für eine elektronische Abstimmungsanlage im Kantonsrat.

Der Regierungsrat schloss per Ende Dezember 2014 die Legislatur 2010–2014 ab und legte die Planung für die Legislaturperiode 2015–2018 fest

Strategieüberprüfung der Legislaturziele 2010–2014

Im Frühling 2010 präsentierte der Regierungsrat mit der Strategie 2010–2018, den Legislaturzielen und dem Leitbild seine Visionen zur Bewältigung künftiger Herausforderungen. Per Ende Dezember 2014 galt es eine letzte Erfolgskontrolle zu den Legislaturzielen 2010–2014 vorzunehmen: In der gesamten Laufzeit der Legislaturziele 2010–2014 wurden total 35 Legislaturziele erfüllt. Die 11 sich noch in Umsetzung befindenden Legislaturziele konnten wegen zeitlicher Verzögerung nicht per Ende 2014 fertiggestellt werden und befinden sich in unterschiedlichem Bearbeitungsstand:

- BD: L4 Konzept Vielfältige und vernetzte Landschaft
- BD: L9b Neubau Verwaltungszentrum 3
- BD: L10 Beteiligung am Neubau Kunsthaus Zug
- BD: L11a Ausbau Kantonsschule Zug
- BD: L11b Ausbau kantonales Gymnasium Menzingen
- BD: L12a Stadttunnel Zug
- BD: L12b Umfahrung Unterägeri
- DBK: L18 Optimierung Nahtstellen Schule-Arbeitswelt
- DBK: L22 Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus
- DBK: L32 Kostenlose Nutzung kantonaler Sportanlagen für Zuger Vereine
- FD: L44 Revision Personalrecht mit Kompetenzverschiebung an Regierungsrat und Flexibilisierung der Anstellungsbedingungen

Acht Legislaturziele wurden aufgrund übergeordneter politischer oder finanzieller Entscheide nicht erfüllt und daher im Verlauf der Legislaturperiode aus der Legislaturzielplanung gestrichen. Teilweise wurden noch nicht erfüllte Ziele in abgeänderter Form in die Legislaturzielplanung 2015–2018 übertragen.

Legislaturzielplanung 2015–2018

Der Regierungsrat betraute im September 2013 die bereits eingesetzte Projektgruppe mit dem Prozess der Erarbeitung und Bewirtschaftung der Legislaturziele 2015–2018, welche so weit wie möglich in den bestehenden Prozess Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht einzubinden ist. Per Ende 2013 erarbeiteten die Direktionen ihre neuen Legislaturziele, die sodann durch den Regierungsrat im 1. Quartal 2014 anlässlich einer eintägigen Klausurtagung vertieft diskutiert und in einer 2. Lesung verabschiedet wurden. Auch für die Legislaturziele 2015–2018 blieb die Regierung dem Leitsatz «Mit Zug einen Schritt voraus» treu. Um sich weiterhin visionär sämtlichen Herausforderungen, die künftig an den Kanton Zug herangetragen werden, stellen zu können, hat sich der Regierungsrat bewusst – trotz der von BAK Basel prognostizierten Verschlechterung des Finanzhaushalts – für die Aufnahme neuer Legislaturziele entschieden. Die finanziellen Komponenten und die Machbarkeit werden bei jedem konkreten Projekt geprüft, weshalb der rein finanzielle Aspekt kein Kriterium für oder gegen die Aufnahme eines Legislaturziels sein darf, weil sonst Visionen und Projekte mit langer Realisationsdauer verloren gingen. Der Regierungsrat verzichtete auf die Überarbeitung der sechs zentralen Herausforderungen und der 24 strategischen Ziele 2010–2018. Somit orientiert sich das regierungsrätliche Handeln auch künftig an folgenden Kriterien:

- Wachstum mit Grenzen und sparsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen
- Wahrung der Spitzenposition im Standortwettbewerb
- Erhaltung einer vernetzten, eigenverantwortlichen Gesellschaft
- Förderung von attraktivem Wohn- und Lebensraum
- Aktive lokale, regionale und nationale Zusammenarbeit
- Etablierung des hohen Dienstleistungsstandards der kantonalen Verwaltung

Die neuen Legislaturziele 2015–2018 finden sich unter <http://www.zg.ch/behoerden/regierungsrat/strategie>

Kommentar Legislaturziele

Nachfolgende Liste führt alle Legislaturziele des Zeitraums 2010 bis 2014 auf

Titel = Sechs zentrale Herausforderungen gemäss Strategie 2010–2018

1, 2, 3 = Strategische Ziele

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Legislatur 2010–2014		Federführende Direktion	Status
Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen			
1 Der Kanton Zug strebt ein Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum an, das kleiner als bisher ist			
L1	Überarbeitung kantonalen Richtplan mit geringeren Wachstumszahlen	Baudirektion	Erfüllt
2 Der Kanton Zug ermöglicht eine gute Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet			
L2	Neudefinition Dichte baulicher Nutzungen für sparsameren Landverbrauch im kantonalen Richtplan	Baudirektion	Erfüllt
3 Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften			
L3	Ausbau Mobilitätsmanagement für kantonale Verwaltung	Baudirektion	Erfüllt
L4	Konzept Vielfältige und vernetzte Landschaft	Baudirektion / Direktion des Innern	In Umsetzung
L5a	Förderprogramm Energie im Gebäude	Baudirektion	Erfüllt
L5b	Ökologisierung Motorfahrzeugsteuer	Sicherheitsdirektion	Gestrichen
L5c	Überarbeitung Energieleitbild	Baudirektion	Erfüllt
L6	Beteiligung am Weiterbildungsinstitut Energie- und Rohstoffrückgewinnung Zug	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L7	Projekt «Zuger Chriesi»	Baudirektion	Erfüllt
Spitzenposition im Standortwettbewerb			
4 Der Kanton investiert gezielt und wirksam in Schlüsselinfrastrukturen			
L9a	Umbau Obergericht	Baudirektion	Erfüllt
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3	Baudirektion	In Umsetzung
L10	Beteiligung am Neubau Kunsthaus Zug	Baudirektion	In Umsetzung
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	Baudirektion	In Umsetzung
L11b	Ausbau kantonales Gymnasium Menzingen	Baudirektion	In Umsetzung
L11c	Neubau Wirtschafts- und Fachmittelschule	Baudirektion	Gestrichen
L11d	Um- bzw. Neubau Brückenangebote	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
5 Der Kanton Zug sichert eine gute Erschliessung			
L8	Ausbau Businfrastruktur mit teilweise Eigentrassen	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L12a	Stadttunnel Zug	Baudirektion	In Umsetzung
L12b	Umfahrung Unterägeri	Baudirektion	In Umsetzung
L12c	Förderung Langsamverkehr Ägerital	Baudirektion	Gestrichen
L13	Leistungssteigerung Bahnlinie Thalwil/Zug durch Bahntechnik	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
6 Der Kanton Zug hat Steuern, die für natürliche und juristische Personen zu den tiefsten der Schweiz gehören und im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind			
L15	Senkung Unternehmenssteuer	Finanzdirektion	Erfüllt
7 Der Kanton Zug verfolgt eine berechenbare und stabile Steuerpolitik			
8 Der Kanton Zug erhebt angemessene Gebühren			
L14	Revision Gebührenrecht mit mehr Transparenz	Finanzdirektion	Gestrichen

Legislatur 2010–2014	Federführende Direktion	Status
9 Der Kanton Zug hat einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt		
L16 Verhinderung langfristiger Defizite durch Überarbeitung Finanzstrategie	Finanzdirektion	In Umsetzung
L17 Begrenzung NFA-Belastung für Geberkantone	Finanzdirektion	Nicht erfüllt
10 Der Kanton Zug sorgt dafür, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung hoch ist		
L18 Optimierung Nahtstellen Schule-Arbeitswelt	Direktion für Bildung und Kultur	In Umsetzung
L19 Pionierprojekt Innovationsschule Zug	Direktion für Bildung und Kultur	Gestrichen
11 Der Kanton Zug richtet sein Berufsbildungsangebot auf die Wirtschaft der Region aus		
L20 Ausbau ergänzende Berufsbildung für Erwachsene	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L21 Unterstützung Bildungsangebote internationale Schulen	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt

Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft

12 Der Kanton Zug bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern Perspektiven, die sie nutzen und in deren Rahmen sie sich engagieren, weiterentwickeln und austauschen		
L22 Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus	Direktion für Bildung und Kultur	In Umsetzung
13 Der Kanton Zug fördert Toleranz und Respekt und gewährleistet die Sicherheit		
L23 Unterstützung Initiativen zur Vermeidung sozialer Brennpunkte für Jugend, Alter, Familie, Migration	Direktion des Innern	Erfüllt
L24 Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	Sicherheitsdirektion	Erfüllt
L25 Bessere Einbindung Ausländerinnen und Ausländer durch neues Integrationsgesetz	Direktion des Innern	Gestrichen
L26 Entwicklung interkulturelle Weiterbildung an Berufsfachschulen	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
14 Der Kanton Zug beteiligt Bevölkerung und Unternehmen aktiv an der Weiterentwicklung des hiesigen Lebens- und Wirtschaftsraums		
L27 Repräsentative Bevölkerungsbefragungen zu aktuellen Themen	Staatskanzlei	Gestrichen
L28 Ausbau e-Government-Angebote	Finanzdirektion	Erfüllt
L30 Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/Verwaltung in Energiefragen	Baudirektion	Erfüllt
15 Der Kanton Zug fördert private Bestrebungen zur Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsraums		
L29 Förderung Freiwilligenarbeit	Direktion des Innern	Erfüllt

Attraktiver Wohn- und Lebensraum

16 Der Kanton Zug schafft Rahmenbedingungen, die breiten Bevölkerungskreisen angemessenes Wohnen und sinnvolle Freizeitaktivitäten ermöglichen		
L31a Anpassung Richtplan mit Zonen für preisgünstige Wohnungen	Baudirektion	Erfüllt
L31b Revision Wohnraumförderungsgesetz	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L32 Kostenlose Nutzung kantonaler Sportanlagen für Zuger Vereine	Direktion für Bildung und Kultur	In Umsetzung
17 Der Kanton Zug fördert einen vielfältigen und wertschöpfungsintensiven Arbeitsmarkt sowie ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen		
18 Der Kanton Zug schafft gute Rahmenbedingungen für verschiedene Familienformen		
L33 Schaffung Rahmenbedingungen für bessere Kinderbetreuungsangebote	Direktion des Innern	Erfüllt
L34 Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Direktion des Innern	Erfüllt
L35a Stärkung Gesundheit der Familien mit Kindern durch Beratung	Gesundheitsdirektion	Erfüllt
L35b Stärkung Gesundheit der Familien mit Kindern durch Krisenintervention	Gesundheitsdirektion	Gestrichen
19 Der Kanton Zug geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft proaktiv an		
L36 Impulse für Gesundheitsförderung im Alter	Gesundheitsdirektion	Erfüllt
L37 Unterstützung neuer Wohnformen im Alter	Volkswirtschaftsdirektion	Nicht erfüllt
20 Der Kanton Zug ermöglicht den Austausch unter den Generationen und nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung		

Legislatur 2010–2014		Federführende Direktion	Status
Aktive Kooperationen			
21 Der Kanton Zug beteiligt sich aktiv an überkantonalen, nationalen und internationalen Kooperationen, hauptsächlich mit den Räumen Zürich und Zentralschweiz			
L38	Beitritt Konkordat polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz	Sicherheitsdirektion	Erfüllt
L39	Sicherung zukunftsfähige Pädagogische Hochschule Zug durch neue Kooperation	Direktion für Bildung und Kultur	Erfüllt
L40	Federführung bei mindestens einem Projekt des Aktionsprogramms der Metro-politankonferenz Zürich	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L41	Stärkung Allianzen für verbesserte Angeboten im öffentlichen Verkehr in den Räumen Zürich und Zentralschweiz	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
L43	Beitritt neues Konkordat Fachhochschule Zentralschweiz	Volkswirtschaftsdirektion	Erfüllt
22 Der Kanton pflegt eine aktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Austausch mit den Einwohnergemeinden			
L42	Engere Zusammenarbeit mit den Gemeinden (Synergiepotenzial, Schulungs- und Weiterbildungungsangebote)	Direktion des Innern	Erfüllt
Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung			
23 Der Kanton Zug pflegt die kurzen Wege zur leistungsfähigen Verwaltung mit einem hohen Service public und sehr guten Dienstleistungen			
L45	Umsetzung Projekt Pragma für wirkungsorientierte Verwaltung	Finanzdirektion	Erfüllt
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Sicherheitsdirektion	Erfüllt
L46b	Ermöglichung kurzer Wege im Baubewilligungsverfahren	Baudirektion	Erfüllt
24 Der Kanton Zug ist ein attraktiver Arbeitgeber, der das Potenzial seiner Mitarbeitenden nutzt und fördert			
L44	Revision Personalrecht mit Kompetenzverschiebung an Regierungsrat und Flexibilisierung der Anstellungsbedingungen	Finanzdirektion	In Umsetzung

Gut in interkantonale Regierungskonferenzen eingebunden

Der Kanton Zug als Binnenkanton ist besonders auf seine Vernetzung mit anderen Kantonen, primär den Nachbarkantonen, angewiesen. Deshalb war der Austausch mit anderen Regionen, Kantonen und dem Bund eng und vielfältig. Alle Regierungsmitglieder sind in der interkantonalen Zusammenarbeit aktiv und engagieren sich in Präsidien und Führungsgremien interkantonalen Konferenzen. Sie bringen die Interessen des Kantons Zug ein und arbeiten an gesamtschweizerischen Lösungen mit. Dieses Jahr standen erneut wichtige Finanz und Steuerfragen, die Umsetzung der Masseneinwanderungsbestimmung in der Verfassung sowie der nationale Innovationspark im Fokus der Diskussionen.

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die KdK führte vier Plenarversammlungen durch. Der Kanton konnte in mehreren Geschäften an gemeinsamen Stellungnahmen der Kantonsregierungen gegenüber dem Bund mitarbeiten, unter anderem zu folgenden Themen: 2. NFA-Wirksamkeitsbericht, Verhandlungen mit der EU, den USA und anderen Staaten über den automatischen Informationsaustausch, Verhandlungsmandat zu Anpassungen des Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EU, Unternehmenssteuerreform III.

Zusammenarbeit im Metropolitanraum Zürich

Dem Verein Metropolitanraum Zürich gehören zurzeit acht Kantone an: ZH, LU, SZ, ZG, AG, SG, TG, SH. Nach wie vor sind 124 Städte und Gemeinden, darunter die 35 grössten Städte in der Region sowie alle Zuger Gemeinden, Vereinsmitglieder. Zudem verfügt der Verein über zehn assoziierte Mitglieder (darunter drei weitere Kantone und grössere Städte wie St. Gallen und Konstanz).

Es fanden wiederum zwei Metropolitankonferenzen in Wil und in Schaffhausen statt. An der Metropolitankonferenz in Wil beschloss die Versammlung die Lancierung von zwei neuen Projekten im Handlungsfeld Wirtschaft, nämlich das Projekt «Metropolitane Tourismusregion» und das Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts». Zudem wurde die Projektergebnisse zum Thema «Siedlungsnahes Freiraumnetz» in einem Workshop diskutiert, bevor dieses in der Folge abgeschlossen wurde.

An der Metropolitankonferenz in Schaffhausen nahm die Versammlung zur Kenntnis, dass der Bund im Rahmen seiner Modellvorhaben zwei Projekte der Metropolitankonferenz Zürich genehmigt und damit finanziell massgeblich unterstützt. Es handelt sich um das Projekt «Tourismusregion» und ein neues Projekt «Langsamverkehr», welches unter der Projektleitung der Schweizer Wanderwege steht und an welchem sich die Metropolitankonferenz beteiligt. Die Versammlung nahm zudem zur Kenntnis, dass künftig «Best Practice Seminare» für Vereinsmitglieder durchgeführt werden, in welchen innovative und neuartige Projekte aus Gemeinden, Städten und Kantonen vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden. Die Aktivität basiert auf einem Beschluss des Metropolitanrats.

Im Bereich der Medien wurde der Internetauftritt der Metropolitankonferenz erneuert und mit sogenannten «Microsites» zu spezifischen Themen und Projekten ergänzt.

Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich

Die Regierungskonferenz des Metropolitanraum Zürich agierte im Wesentlichen als Kantonskammer der Metropolitankonferenz Zürich. Sie befasste sich zudem an einem Vertiefungsanlass in Neuhausen mit dem Thema «Wird die Schweiz eine Stadt? – der Metropolitanraum Zürich und des Raumkonzepts Schweiz».

Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Der Kanton vertritt die Zentralschweizer Regierungskonferenz in der Tripartiten Agglomerationskonferenz des Bundes, der Kantone und der Städte. An den zwei Sitzungen hat sich diese Konferenz insbesondere mit dem Einbezug der ländlichen Räume in die tripartite Zusammenarbeit sowie mit der nachhaltigen Siedlungsentwicklung befasst. Im Weiteren lancierte sie den Integrationsdialog «Aufwachsen – gesund ins Leben starten» (bessere Integration dank gesunden Müttern und Kleinkindern) und beriet das gesamtschweizerische Präventionsprogramm «Jugend und Gewalt».

Übersicht

Bereich	Hängige Geschäfte 2013	Neue Geschäfte 2014
Motion	32	30
Postulat	8	20
Interpellation	14	36
Kleine Anfrage	0	8
Petition	1	0
Aufsichtsbeschwerde	3	5
Verfassung	0	0
Konkordat	0	0
Gesetz	7	10
Initiative: Standesinitiative	0	0
Initiative: Verfassungsinitiative	0	0
Initiative: Gesetzesinitiative	0	0
Kantonsratsbeschluss (referendumsfähig)	5	3
Kantonsratsbeschluss (nicht referendumsfähig)	7	2
Begnadigung	0	0
Wahlen	0	5
PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission)	0	0
Verschiedenes	1	5

Erheblich erklärte, noch nicht umgesetzte Motionen und Postulate: 27 (2013: 48)

Geschäfte

abgeschlossen per 31. Dezember 2014 (gemäss §15 Abs. 3 BGS 141.1)

Motion				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
1	2460	Motion der SP-Fraktion betreffend teilweise Rückgängigmachung der letzten Steuergesetzrevisionen	Finanzdirektion	11.12.2014: Nicht-überweisung
2	2456	Motion der SP-Fraktion betreffend Umfahrung Unterägeri	Baudirektion	11.12.2014: Nicht-überweisung
3	2455	Motion der SP-Fraktion betreffend Reduktion der Umfahrung Cham-Hünenberg auf die Kammern B und C	Baudirektion	11.12.2014: Nicht-überweisung
4	2454	Motion der SP-Fraktion betreffend Reduktion der Tangente Zug-Baar	Baudirektion	11.12.2014: Nicht-überweisung
5	2370	Motion der SVP-Fraktion betreffend Vereinfachung und Beschleunigung von Unternehmensgründungen mit Bargeld	Volkswirtschaftsdirektion	30.10.2014: Nicht-Erheblicherklärung
6	2360	Motion der Alternativen Grünen Fraktion und der SP-Fraktion betreffend Änderung Richtplandtext S6 «Zone mit speziellen Vorschriften für historisch wertvolle Gebäude und Anlagen»	Baudirektion	3.7.2014: Nicht-Erheblicherklärung
7	2300	Motion der CVP-Fraktion betreffend Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Kanton Zug	Finanzdirektion	10.04.2014: Teil-Erheblicherklärung (Auftrag an Finanzdirektion: Für die geplanten Investitionen zusammen mit dem Finanzplan die «Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten» zur Kenntnis bringen)
8	2280	Motion der FDP-Fraktion betreffend Kostentransparenz und Effizienzsteigerung in der Volksschule	Direktion für Bildung und Kultur	10.04.2014: Nicht-Erheblicherklärung
9	2275	Motion von Daniel Stadlin und Philip C. Brunner betreffend Folgekosten bei Gesetzen und Kantonsratsbeschlüssen	Finanzdirektion	25.9.2014: Erledigterklärung
10	2254	Motion von Daniel Stadlin betreffend Lasten der Gemeinden im Kanton Zug	Finanzdirektion	30.1.2014: Nicht-Erheblicherklärung
11	2231	Motion von Andreas Hausheer und Eugen Meienberg betreffend weitergehende Entschädigung von Gemeinden mit gegenüber der einwohnerproportionalen Verteilung zu vielen Asylsuchenden	Direktion des Innern	20.2.2014: Nicht-Erheblicherklärung
12	2153	Motion von Philip C. Brunner betreffend Anpassung des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe	Volkswirtschaftsdirektion	10.4.2014: Erledigterklärung
13	2141	Motion von Daniel Stadlin betreffend Anpassung des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)	Finanzdirektion	30.1.2014: Nicht-Erheblicherklärung
14	2138	Motion von Daniel Thomas Burch und Kurt Balmer betreffend Befähigung von Mitarbeitenden der Einwohnergemeinden als Beglaubigungspersonen	Direktion des Innern	11.12.2014: Erledigterklärung
15	2115	Motion von Thiemo Hächler, Cornelia Stocker und André Wicki betreffend Ergänzung von künftigen Kantonsratsvorlagen mit Kurzlesetexten	Sicherheitsdirektion	28.8.2014: Erledigterklärung
16	2114	Motion von Thomas Aeschi betreffend Möglichkeit der Stellvertretung bei Kommissionsberatungen	Sicherheitsdirektion	28.8.2014: Nicht-Erheblicherklärung
17	2110	Motion von Thomas Wyss, Werner Villiger, Roland von Burg und Oliver Wandfluh betreffend Stärkung der parlamentarischen Mitsprache bei den Zuger Lehrplänen	Direktion für Bildung und Kultur	10.04.2014: Nicht-Erheblicherklärung
18	2048	Motion von Gregor Kupper betreffend Abkürzung der Frist zwischen der ersten und der zweiten Lesung bei der Beratung von Gesetzen	Sicherheitsdirektion	28.8.2014: Nicht-Erheblicherklärung
19	2032	Motion von Irène Castell-Bachmann und Martin Pfister betreffend Änderung von § 40 der Geschäftsordnung zur Überweisung von Interpellationen	Staatskanzlei	28.8.2014: Nicht-Erheblicherklärung

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
20	2011	Motion der SVP-Fraktion betreffend Einrichtung einer elektronischen Abstimmungsanlage im Kantonsrat	Staatskanzlei	28.8.2014: Erledigterklärung
21	1910	Motion der erweiterten Justizprüfungskommission betreffend Regelung des Kommissionsgeheimnisses	Staatskanzlei	28.8.2014: Erledigterklärung
22	1824	Motion der FDP-Fraktion betreffend mehr Wohnraum für den Mittelstand in Zug – betreutes Wohnen auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals	Baudirektion	31.3.2011: Erheblicherklärung (betreutes Wohnen im Alter ohne quantitative Vorgaben und Realisierung eines öffentlich zugänglichen Gastronomiebetriebes)
23	1808	Motion von Franz Peter Iten, Arthur Walker, Thomas Brändle, Thiemo Hächler, Guido Heinrich und Moritz Schmid betreffend erneutem Variantenvergleich für die Umfahrung Unterägeri	Baudirektion	26.6.2014: Erledigterklärung
24	1777	Motion von Daniel Burch betreffend Strategie zur Substitution fossiler Brennstoffe zur Erzeugung von Raumwärme in Gebäuden	Baudirektion	30.1.2014: Erledigterklärung (als erledigt abgeschrieben)
25	1772	Motion von Alois Gössi und Hubert Schuler betreffend schlagende Jugendliche gegenüber Eltern oder Geschwistern	Sicherheitsdirektion	30.1.2014: Erledigterklärung
26	1731	Motion der SP-Fraktion betreffend Verkauf des Areals des ehemaligen Kantonsspitals	Baudirektion	31.3.2011: Erheblicherklärung (Nichterheblicherklärung: vollständiger Arealverkauf sowie quantifizierte Fixierung auf mind. ⅔ Mietwohnungen mit Mietpreisen für mittlere Einkommen)
27	1711	Motion von Stephan Schleiss und Werner Villiger betreffend Einführung des Öffentlichkeitsprinzips im Kanton Zug	Sicherheitsdirektion	20.2.2014: Erledigterklärung
28	1699	Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrgesetzgebung und der Ersatzabgabe (Gesetz über den Feuerschutz 3. Abschnitt)	Sicherheitsdirektion	3.7.2014: Erledigterklärung (Kantonsratssitzung vom 3. Juli 2014)
29	1606	Motion von Andreas Hausheer betreffend Überwachung öffentlicher Orte mit Überwachungskameras	Sicherheitsdirektion	26.6.2014: Erledigterklärung

Postulat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
30	2462	Postulat der SP-Fraktion betreffend Entlastungsprogramm 2015–2018: kein Belastungsprogramm für die sozial Schwachen	Direktion des Innern	11.12.2014: Nichtüberweisung
31	2461	Postulat der SP-Fraktion betreffend Entlastungsprogramm 2015–2018: Steuererhöhungen dürfen nicht tabu bleiben	Finanzdirektion	11.12.2014: Nichtüberweisung
32	2459	Postulat der SP-Fraktion betreffend Kunsthausextension im ehemaligen L&G- Verwaltungsgebäude an der Gubelstrasse	Baudirektion	11.12.2014: Nichtüberweisung
33	2458	Postulat der SP-Fraktion betreffend Beschränkung der Planung der Neubauten für die Verwaltung auf den Teil für die ZVB	Baudirektion	11.12.2014: Nichtüberweisung
34	2457	Postulat der SP-Fraktion betreffend Mittelschulstandort Cham Röhrliberg / Allmendhof: Verzicht auf Planung und Projektierung für die nächsten zehn Jahre	Baudirektion	12.12.2014: Nichtüberweisung
35	2446	Postulat der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung	Direktion des Innern	13.11.2014: Nichtüberweisung
36	2445	Postulat von Silvan Hotz, Irène Castell-Bachmann, Franz Peter Iten und Daniel Abt betreffend vorläufige Nichtumsetzung der Reduktion des Skontoabzuges	Finanzdirektion	13.11.2014: Nichtüberweisung
37	2422	Postulat der SP-Fraktion betreffend Ausbau im Bereich der vorschulischen Kinderbetreuung	Direktion des Innern	28.8.2014: Nichtüberweisung

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
38	2413	Postulat von Andreas Lustenberger betreffend Renaturierung von Wanderwegen	Baudirektion	28.8.2014: Nicht-überweisung
39	2410	Postulat von Manfred Wenger betreffend Zuger Alpli Express	Volkswirtschaftsdirektion	03.7.2014: Nicht-überweisung
40	2409	Postulat von Manfred Wenger betreffend ZVB-Busspuren und Ampeln	Volkswirtschaftsdirektion	03.7.2014: Nicht-überweisung
41	2374	Postulat von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Streichung von Sitzungsgeldern bei interkantonalen Gremien	Finanzdirektion	3.7.2014: Nicht-Erheblicherklärung
42	2311	Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anwendung der Gesetze für Radfahrer und der Wald- und Flurbenützung durch Freizeit-Sportarten	Baudirektion	30.10.2014: Erledigt-erklärung
43	2306	Postulat von Kurt Balmer betreffend (Teil)-Rückbau der Armee Tankanlage in Rotkreuz	Baudirektion	27.3.2014: Nicht-Erheblicherklärung
44	2301	Postulat der CVP-Fraktion betreffend Begrenzung des Personalwachstums (Personalwachstum und Bevölkerungswachstum im Gleichschritt)	Finanzdirektion	10.4.2014: Nicht-Erheblicherklärung
45	2270	Postulat von Daniel Stadlin betreffend Homeoffice für Mitarbeitende der Kantonalen Verwaltung	Finanzdirektion	30.10.2014: Erledigt-erklärung
46	2263	Postulat der CVP-Fraktion betreffend mehr Benutzerfreundlichkeit beim Tarif- und Zonensystem des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zug	Volkswirtschaftsdirektion	27.3.2014: Nicht-Erheblicherklärung
47	2255	Postulat von Kurt Balmer betreffend Arbeitspensen der ordentlich gewählten Richter	Obergericht / Verwaltungsgericht	03.7.2014: Nicht-Erheblicherklärung
48	1863	Postulat von Franz Hürlimann betreffend Anpassung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation	Sicherheitsdirektion	3.7.2014: Erledigterklärung

Interpellation

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
49	2436	Interpellation von Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Florian Weber, Vreni Wicky und Thomas Wyss betreffend E-Scanning von Steuerdaten: Wo stehen wir heute?	Finanzdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme (Kenntnisnahme der mündlichen Beantwortung)
50	2435	Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Angebotsabbau für die Busbenützer der Linie 6 (Steinhausen-Zug) in den wichtigen Hauptverkehrszeiten	Volkswirtschaftsdirektion	13.11.2014: Kenntnisnahme
51	2429	Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Absicht zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer im Rahmen der Unternehmenssteuerreform (USR III)	Finanzdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme (Kenntnisnahme der mündlichen Beantwortung)
52	2417	Interpellation von Georg Helfenstein betreffend neue Buslinienführung Nr. 7, Cham-Zug	Volkswirtschaftsdirektion	13.11.2014: Kenntnisnahme
53	2408	Interpellation der ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vor-kommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung	Finanzdirektion	26.6.2014: Kenntnisnahme (der mündlichen Beantwortung)
54	2401	Interpellation von Daniel Stadlin betreffend Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei	Sicherheitsdirektion	13.11.2014: Kenntnisnahme
55	2399	Interpellation von Andreas Hausheer und Gabriela Ingold betreffend Festlegung des Ausgangsdeckungsgrades durch den Vorstand der Zuger Pensionskasse	Finanzdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
56	2392	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend non-monetären Zeit-tauschmodellen in der Altersbetreuung im Kanton Zug	Direktion des Innern	13.11.2014: Kenntnisnahme
57	2382	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Klimaschutz: Bemühungen des Kantons Zug	Baudirektion	13.11.2014: Kenntnisnahme

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
58	2379	Interpellation von Martin Stuber, Philip C. Brunner und Florian Weber betreffend Status Realisierung POLYCOM im Kanton Zug	Sicherheitsdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
59	2376	Interpellation der SVP-Fraktion betreffend staatliche Finanzierung und parteipolitische Zusammensetzung der Institutionen mit öffentlichen Aufgaben des Kantons Zug	Finanzdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
60	2371	Interpellation der SP-Fraktion betreffend «Gemeinwohl ja – Tiefsteuerpolitik adé»	Finanzdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
61	2369	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Auswirkungen der Annahme der «SVP-Masseneinwanderungsinitiative» für die Menschen und die Wirtschaft im Kanton Zug	Volkswirtschaftsdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
62	2366	Interpellation von Mario Reinschmidt und Monika Weber betreffend sichere Strassen um Steinhausen	Baudirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
63	2365	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Jugendliche und öffentlicher Verkehr im Kanton Zug	Volkswirtschaftsdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
64	2362	Interpellation von Manfred Wenger zur Beantwortung der Kleinen Anfrage betreffend Polizeikontrolle vom 7. Januar 2014 im Bruggli, Zug	Sicherheitsdirektion	27.3.2014: Kenntnisnahme (Mündliche Antwort an der Kantonsratssitzung vom 27. März 2014, Ziffer 1032 des Protokolls)
65	2361	Interpellation von Eugen Meienberg und Andreas Hausheer betreffend aktuelle Stellenausschreibung Co-Generalsekretär/in Direktion des Innern	Finanzdirektion	10.4.2015: Kenntnisnahme
66	2359	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Stellenwechsel Generalsekretariate	Finanzdirektion	10.4.2014: Kenntnisnahme
67	2358	Interpellation der FDP-Fraktion betreffend eDossier Steuern – Scanning Dienstleistungen	Finanzdirektion	22.5.2014: Kenntnisnahme
68	2357	Interpellation von Philip C. Brunner und Jürg Messmer betreffend «Politische Überzeugung» als zentrale Anforderung bei der Besetzung der Stelle eines/einer Co-Generalsekretär/in bei der Direktion des Innern des Kantons Zug	Finanzdirektion	10.4.2014: Kenntnisnahme
69	2356	Interpellation von Manuel Brandenburg, Philip C. Brunner, Jürg Messmer und Manfred Wenger betreffend Einwanderung ist für die AHV doch ein süßes Gift und schon kurzfristig nicht nachhaltig!	Volkswirtschaftsdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
70	2354	Interpellation von Monika Barmet und Frowin Betschart betreffend Sicherheitspauschale für den Kanton Zug für die Asylunterkunft Gubel Menzingen	Direktion des Innern	30.10.2014: Kenntnisnahme
71	2350	Interpellation von Manuel Brandenburg betreffend Abtreibungen in den Spitälern des Kantons Zug	Gesundheitsdirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
72	2347	Interpellation der Konkordatskommission betreffend Einbezug des Kantonsrates in Sachen Informatikdepartement an der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ)	Volkswirtschaftsdirektion	30.1.2014: Kenntnisnahme
73	2344	Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Abstimmungspropaganda der staatlich finanzierten Frauenzentrale Zug für die Abtreibungsfinanzierung	Direktion des Innern	30.10.2014: Kenntnisnahme
74	2343	Interpellation von Andreas Hausheer betreffend Verwaltungsgebäude 3	Baudirektion	27.3.2014: Kenntnisnahme
75	2341	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Finanzierungsengpässe der Zuger Hoch- und Tiefbauprojekte	Baudirektion	27.3.2014: Kenntnisnahme
76	2338	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Einhaltung von Raumplanungsvorschriften insbesondere Bauen ohne Baubewilligung und zur Umsetzung der Baupolizei	Baudirektion	30.10.2014: Kenntnisnahme
77	2337	Interpellation von Franz Peter Iten und Pirmin Frei betreffend Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	Direktion des Innern	10.4.2014: Kenntnisnahme

Jahresbericht des Regierungsrates
Kantonsratsgeschäfte

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
78	2334	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Kollaboration des Zuger Rohstoffhandels- und Wirtschaftsplatzes mit dem Apartheid-Regime	Volkswirtschaftsdirektion	30.1.2014: Kenntnissnahme (Kenntnissnahme der mündlichen Beantwortung)
79	2333	Interpellation von Esther Haas und Andreas Lustenberger betreffend gratis ÖV: Umbau Lorzentel Kantonsstrasse	Volkswirtschaftsdirektion	25.9.2014: Kenntnissnahme
80	2330	Interpellation von Manfred Wenger betreffend Stollen-Wasserkraftwerk Ägerisee – Zugersee und Hochwasserschutz im Ägerital, Baar und Zug	Baudirektion	03.7.2014: Kenntnissnahme
81	2325	Interpellation von Martin Stuber betreffend FABI ante portas	Volkswirtschaftsdirektion	20.2.2014: Kenntnissnahme
82	2321	Interpellation von Daniel Thomas Burch betreffend Priorisierung, Planung und Realisierung von Infrastrukturprojekten des Kantons Zug	Baudirektion	27.3.2014: Kenntnissnahme
83	2320	Interpellation von Philip C. Brunner betreffend unlautere und undemokratische Abstimmungspropaganda der metropolitankonferenz (Verein Metropolitanraum Zürich) bei der nationalen Abstimmung über die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette	Volkswirtschaftsdirektion	27.3.2014: Kenntnissnahme
84	2319	Interpellation von Daniel Thomas Burch und Thomas Lötscher betreffend Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie Zimmerberg- Basistunnel II	Volkswirtschaftsdirektion	20.2.2014: Kenntnissnahme
85	2316	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend alternative Wahlverfahren und alternative Aufsichts- resp. Oberaufsichtsmöglichkeiten für RichterInnen und Gerichte	Direktion des Innern	25.9.2014: Kenntnissnahme
86	2302	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Fragen der Bewirtschaftung von Kunstgegenständen des Kantons Zug und Einrichtungsmobiliar des Kantons Zug	Direktion für Bildung und Kultur	10.4.2014: Kenntnissnahme
87	2295	Interpellation der SVP-Fraktion betreffend den Strafvollzug im Kanton Zug	Sicherheitsdirektion	27.3.2014: Kenntnissnahme
88	2288	Interpellation von Urs Raschle betreffend Umsetzung eines Motorikparks im Kanton Zug	Baudirektion	27.3.2014: Kenntnissnahme
89	2284	Interpellation von Anna Lustenberger-Seitz und Stefan Gisler betreffend Fremdsprachenunterricht an den obligatorischen Schulen	Direktion für Bildung und Kultur	30.1.2014: Kenntnissnahme
90	2281	Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Verhältnismässigkeit in der Strafverfolgung und -zumessung	Obergericht	27.3.2014: Kenntnissnahme
91	2266	Interpellation von Gabriela Peita betreffend illegale oder legale langfristige Parkmöglichkeit an der Kantonsstrasse Sihlbruggstrasse Richtung Walterswil, Strassenbezeichnung N8	Sicherheitsdirektion	30.1.2014: Kenntnissnahme
92	2223	Interpellation von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend «Integrative Förderung»	Direktion für Bildung und Kultur	20.2.2014: Kenntnissnahme
93	2125	Interpellation von Thomas Lötscher betreffend Vergleichbarkeit der Schulnoten	Direktion für Bildung und Kultur	10.4.2014: Kenntnissnahme

Kleine Anfrage

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
94	2427	Kleine Anfrage von Kurt Balmer betreffend Projekt Software Einwohnerkontrolle	Direktion des Innern	2.9.2014: Antwort des Regierungsrats
95	2426	Kleine Anfrage von Andreas Lustenberger betreffend Verbindung der ZVB Buslinie 4 und 7	Volkswirtschaftsdirektion	2.9.2014: Antwort des Regierungsrats
96	2425	Kleine Anfrage von Andreas Hausheer betreffend PUK-Bericht zum Fall Romer, Vizepräsidium KESB	Direktion des Innern	26.8.2014: Antwort des Regierungsrats
97	2416	Kleine Anfrage von Zari Dzaferi, Bernadette Flach, Esther Haas und Martin Pfister betreffend Überprüfung der Höchst- und Richtzahl auf der Werk- sowie der Realschule	Direktion für Bildung und Kultur	8.7.2014: Antwort des Regierungsrats

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
98	2415	Kleine Anfrage von Manuel Brandenburg betreffend Kosten der Datenverarbeitung mit und ohne IT	Finanzdirektion	8.7.2014: Antwort des Regierungsrats
99	2414	Kleine Anfrage von Andreas Hausheer betreffend Pro Senectute Kanton Zug und KESB	Direktion des Innern	8.7.2014: Antwort des Regierungsrats
100	2340	Kleine Anfrage von Manfred Wenger betreffend Polizeikontrolle vom 7. Januar 2014 im Brüggli, Zug	Sicherheitsdirektion	28.1.2014: Antwort des Regierungsrats
101	2339	Kleine Anfrage von Jürg Messmer und Philip C. Brunner betreffend Mitfinanzierung von Online-Zeitungen	Direktion des Innern	21.1.2014: Antwort des Regierungsrats
Gesetz				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
102	2375	Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (Finanzausgleichsgesetz) vom 26. April 2012 (BGS 621.1); 1. Paket der Teilrevision	Finanzdirektion	2.12.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 2. Dezember 2014, Aufnahme in GS 2014/063)
103	2349	Revision des Gesetzes über den Feuerschutz: Aufhebung der Feuerwehrrpflicht und der Ersatzabgabe	Sicherheitsdirektion	3.7.2014: Nichteintreten (Der Kantonsrat ist am 3. Juli 2014 auf die Vorlage nicht eingetreten und hat die erheblich erklärte Motion von Max Uebelhart und Vreni Wicky betreffend Aufhebung der Feuerwehrrpflicht und der Ersatzabgabe (Gesetz über den Feuerschutz 3. Abschnitt; Vorlage 1699) als erledigt abgeschrieben.)
104	2329	Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (Anpassung an das revidierte Betäubungsmittelgesetz des Bundes) (EG BetmG)	Gesundheitsdirektion	2.12.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 2. Dezember 2014, Aufnahme in GS 2014/062)
105	2328	Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen (Beurkundungsgesetz; BeurkG)	Direktion des Innern / Obergericht	11.12.2014: Referendumsfrist am Laufen (Ablauf der Referendumsfrist: 17.02.2015)
106	2296	Teilrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank betreffend Altersgrenze	Finanzdirektion	29.4.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 29.4.2014, Aufnahme in GS 2014/024, BGS 651.1)
107	2290	Teilrevision des Gesetzes über die Beherbergungsabgabe	Volkswirtschaftsdirektion	10.04.2014: Referendumsfrist am Laufen
108	2226	Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz)	Sicherheitsdirektion	29.4.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 29. April 2014, Aufnahme in GS 2014/023, BGS 158.1)
109	2217	Teilrevision des Energiegesetzes «Der Kantonsrat hat die Vorlage am 30. Januar 2014 in der Schlussabstimmung abgelehnt.»	Baudirektion	30.1.2014: Ablehnung
110	2207	Gesetz über die Videoüberwachung im öffentlichen und im öffentlich zugänglichen Raum (Videoüberwachungsgesetz; VideoG)	Sicherheitsdirektion	26.6.2014: Traktandiert zur 2. Lesung (elektronischer Notversand)
111	2165	G betr. Anpassung kant. Erlasse an den Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates der Europäischen Union vom 27.11.2008 über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet	Sicherheitsdirektion	08.04.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 8. April 2014, Aufnahme in GS 2014/015-019, BGS 512.1, BGS 512.2)

Kantonsratsbeschluss (referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
112	2363	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Errichtung einer Asylunterkunft auf dem GS 1201 am Dorfring 30 in Allenwinden, Gemeinde Baar	Baudirektion	4.11.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 4. November 2014, Aufnahme in GS 2014/057)
113	2336	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Landerwerb und für die Realisierung von Neu- und Umbauten für die Kantonschule Menzingen (KSM)	Baudirektion	4.11.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 4. November 2014, Aufnahme in GS 2014/058)
114	2310	Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022	Baudirektion	4.11.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 4. November 2014, Aufnahme in GS 2014/059, BGS 751.12)
115	2256	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Realisierung eines neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) auf dem GS 456, Zugerstrasse 50 in Steinhausen	Baudirektion	29.4.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 29. April 2014, Aufnahme in GS 2014/025)

Kantonsratsbeschluss (nicht referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
116	2323	Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredits für den Ersatzneubau des Durchlasses Mülibach Bostadel, Kantonsstrasse Q, Gemeinde Menzingen	Baudirektion	12.12.2013: Kommission bestellt
117	2287	Kantonsratsbeschluss betreffend Kenntnissnahme vom mehrjährigen Leistungsauftrag 2013–2015 für die Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern)	Volkswirtschaftsdirektion	30.1.2014: Schlussabstimmung
118	2258	Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für die Erdverlegung der Verteilung zwischen Altgass und Herti, Einwohnergemeinden Baar und Zug	Baudirektion	27.3.2014: Nichteintreten
119	2251	Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR)	Staatskanzlei	4.11.2014: (Referendumsfrist abgelaufen am 4. November 2014, Aufnahme in GS 2014/050)
120	1603	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für Planung und Umbau des Kantonalen Zeughauses in Zug für das Obergericht des Kantons Zug sowie für daraus folgende Umplatzierungen von kantonalen Ämtern	Baudirektion	27.3.2014: (Genehmigung der Schlussabrechnung)
121	1257	Vollzug des Strassenbauprogrammes 2004–2011, Kreditbegehren RA 22 + ER 20, Objektkredit für die Instandstellung der Artherstrasse inkl. Geh- und Radweg, Eielen – Lotenbach, Stadtgemeinde Zug	Baudirektion	3.7.2014: (Genehmigung der Schlussabrechnung)

Wahlen

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
122	2464	Kantonale Erneuerungswahlen vom 5. Oktober 2014 für die Amtsdauer 2015–2018 (Feststellung der Gültigkeit)	Staatskanzlei	18.12.2014: Wahl: Feststellung Gültigkeit
123	2419	Verlängerung des Einsatzes eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Kantonsgerichts	Obergericht	27.11.2014: Wahl (Wahl von Laurent Krähenbühl)
124	2351	Kantonsrats-Ersatzwahl in der Einwohnergemeinde Walchwil	Staatskanzlei	27.3.2014: (Genehmigung der Ersatzwahl von René Dubacher (anstelle von Franz Hürlimann))

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
125	2332	Feststellung der Gültigkeit der stillen Wahl eines Mitglieds des Kantonsgerichts für den Rest der Amtsdauer 2013–2018	Staatskanzlei	30.1.2014: Wahl: Feststellung Gültigkeit
126	2326	Wahlbestätigung betreffend Ersatzwahl eines vom Kanton zu wählenden Mitgliedes des Bankrates der Zuger Kantonalbank für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 (bis Generalversammlung 2015)	Finanzdirektion	30.1.2014: (Bestätigt wird als Mitglied des Bankrates: Heinz Leibundgut)

Verschiedenes

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
127	2405	Rechenschaftsbericht des Obergerichts für das Jahr 2013	Justizprüfungskommission	3.7.2014: (Genehmigung)
128	2402	Geschäftsbericht 2013	Finanzdirektion	26.6.2014: (Genehmigung gemäss den Anträgen des Regierungsrats)
129	2400	Zwischenbericht zu den per Ende März 2014 zur Berichterstattung fälligen parlamentarischen Vorstössen	Staatskanzlei	26.6.2014: (Bewilligung der Fristerstreckungsgesuche gemäss Zwischenbericht)
130	2331	Erster Wirksamkeitsbericht des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) 2006–2011	Finanzdirektion	30.1.2014: (Kenntnisnahme)
131	2232	Antrag der FDP-Fraktion betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle	Sicherheitsdirektion	26.6.2014: (Kenntnisnahme und als erledigt abgeschrieben)

Aufsichtsbeschwerden

Zwei Beschwerden konnten erledigt werden. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht veröffentlicht.

Geschäfte

hängig per 1. Januar 2015 (gemäss §15 Abs. 3 BGS 141.1)

Motion				
Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
1	2466	Motion von Silvan Hotz betreffend Umsetzung der Strategie 2015–2018 «Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium» und Überprüfung des Langzeitgymnasiums im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018	Direktion für Bildung und Kultur	12.12.2014: Einreichung
2	2465	Motion der FDP-Fraktion betreffend Einreichung einer Standesinitiative und NFA-Teilzahlung auf ein Sperrkonto zur Einhaltung der Bundesverfassung	Finanzdirektion	9.12.2014: Einreichung
3	2463	Motion von Ivo Hunn betreffend Erstellung eines Kantonalen Sportanlagenkonzepts	Direktion für Bildung und Kultur	11.12.2014: Überweisung an Regierungsrat
4	2453	Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenburg betreffend Unterschutzstellungen der Denkmalpflege im Kanton Zug	Direktion des Innern	11.12.2014: Überweisung an Regierungsrat
5	2439	Motion der CVP-Fraktion betreffend Gewährung des Eigenmietwertabzuges bei Liegenschaften, die den steuerpflichtigen Personen aufgrund eines unentgeltlichen Nutzungsrechts für den Eigengebrauch zur Verfügung stehen	Finanzdirektion	30.10.2014: Überweisung an Regierungsrat (Direktüberweisung als Antrag an die Kommission betreffend Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket)
6	2438	Motion der CVP-Fraktion betreffend Wohnsitz einer für den Kantonsrat kandidierenden Person	Direktion des Innern	30.10.2014: Überweisung an Regierungsrat
7	2430	Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative für eine NFA-Anpassung im Bereich der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage	Finanzdirektion	25.9.2014: Überweisung an Regierungsrat
8	2428	Motion von Daniel Stadlin betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA) und Postulat von Daniel Stadlin betreffend Koordination der Bemühungen der ressourcenstarken Kantone bei der Einreichung von Standesinitiativen zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs (Justiziabilität der NFA)	Finanzdirektion	25.9.2014: Überweisung an Regierungsrat
9	2412	Motion der Kommission zur Totalrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) betreffend individuell-konkrete Anweisungen des Kantonsrats im gesetzlichen Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats und der Gerichte	Staatskanzlei	28.8.2014: Überweisung an Regierungsrat
10	2407	Motion der ad-hoc Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse im Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle betreffend Empfehlungen zur künftigen Abwicklung von Informatikprojekten der kantonalen Verwaltung	Finanzdirektion	26.6.2014: Überweisung an Regierungsrat
11	2404	Motion der SP-Fraktion betreffend Neuregelung der finanziellen Belastung bei Entscheiden der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	Direktion des Innern	26.6.2014: Überweisung an Regierungsrat
12	2398	Motion von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend dringliche Änderung der NFA parallel zur Unternehmenssteuerreform III (USR III)	Finanzdirektion	15.12.2014: Überweisung an Regierungsrat
13	2394	Motion von Kurt Balmer betreffend Abschaffung des obligatorischen Depots / Sicherheitsleistung der Grundstückgewinnsteuer für die öffentliche Beurkundung im Bereich Privatvermögen	Finanzdirektion	22.5.2014: Überweisung an Regierungsrat
14	2391	Motion der CVP-Fraktion betreffend Infrastrukturfinanzierung	Finanzdirektion	22.5.2014: Überweisung an Regierungsrat
15	2390	Motion von Daniel Abt, Karl Nussbaumer und Andreas Hausheer betreffend Holzförderung	Direktion des Innern	22.5.2014: Überweisung an Regierungsrat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
16	2389	Motion von Karin Andenmatten-Helbling, Alois Gössi, Andreas Hürlimann, Thomas Lötscher und Thomas Wyss betreffend Unabhängigkeit von amtlichen VerteidigerInnen	Obergericht	2.12.2014: Überweisung an Obergericht
17	2381	Motion von Manfred Wenger betreffend ordentliche Zonenausscheidung der Naturschutzgebiete Zone A+B	Baudirektion	1.5.2014: Überweisung an Regierungsrat
18	2380	Motion der FDP- und der SVP-Fraktion betreffend Sicherung von Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons Zug vor wirtschaftlicher Schädigung durch Ausspähung	Finanzdirektion	1.5.2014: Überweisung an Regierungsrat
19	2373	Motion von Eusebius Spescha und Zari Dzaferi betreffend Entschädigung von Mitgliedern des Regierungsrats	Finanzdirektion	3.7.2014: Teil-Erheblich-erklärung (Überweisung an die Staatswirtschaftskommission)
20	2355	Motion von Gregor Kupper betreffend zweistufiges Verfahren für die Revision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich (BGS 621.1)	Finanzdirektion	20.2.2014: Erheblich-erklärung (25.09.2014: Der erste Teil (Stufe 1) als erledigt abgeschrieben)
21	2353	Motion von Anna Bieri und Martin Stuber betreffend Datenschutz Smart Meter	Baudirektion	20.2.2014: Überweisung an Regierungsrat
22	2352	Motion von Daniel Abt betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des kulturellen Lebens	Direktion für Bildung und Kultur	20.2.2014: Überweisung an Regierungsrat
23	2345	Motion von Thomas Werner betreffend Anstellung von Lehrpersonal nur mit aktuellem Strafregisterauszug	Direktion für Bildung und Kultur	30.1.2014: Überweisung an Regierungsrat
24	2342	Motion von Thiemo Hächler, Daniel Abt und Manuel Brandenburg betreffend Neuorganisation der Denkmalpflege im Kanton Zug	Direktion des Innern	30.1.2014: Überweisung an Regierungsrat
25	2314	Motion von Manfred Wenger betreffend Reduktion der Strassenverkehrsgebühren für Sport- und Freizeitfahrzeuge	Sicherheitsdirektion	25.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
26	2303	Motion der Staatswirtschaftskommission betreffend gleiche Abgangsentschädigungen für gewählte Behördenmitglieder des Kantons	Finanzdirektion	3.7.2014: Erheblich-erklärung (Überweisung an die Staatswirtschaftskommission)
27	2293	Motion von Andreas Hausheer betreffend Vertretung der Kantonsratsbeschlüsse durch den Regierungsrat gegen aussen	Staatskanzlei	26.9.2013: Überweisung an Regierungsrat
28	2276	Motion der CVP-Fraktion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens	Direktion des Innern	12.8.2014: Überweisung an Regierungsrat
29	2245	Motion von Cornelia Stocker und Alice Landtwing betreffend Änderung § 19 des Planungs- und Baugesetzes (PBG)	Baudirektion	30.1.2014: Erheblich-erklärung
30	2243	Motion der vorberatenden Kommission zum Pensionskassengesetz betreffend Gesetz über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990	Finanzdirektion	03.7.2014: Erheblich-erklärung (Überweisung an die Staatswirtschaftskommission)
31	2242	Motion von Gabriela Ingold betreffend Grundstückgewinnsteuer	Finanzdirektion	10.4.2014: Erheblich-erklärung
32	2239	Motion von Thomas Werner betreffend Verteilung der Asylanten und die dadurch entstehenden Kosten im Kanton Zug	Direktion des Innern	20.2.2014: Erheblich-erklärung (im Sinne der Ausführungen des Regierungsrats)
33	2238	Motion der vorberatenden Kommission zur Änderung des Organisationsgesetzes betreffend Ergänzungen im Organisationsgesetz (§ 7) und im Finanzhaushaltsgesetz (§§ 45 und 46)	Finanzdirektion	2.5.2013: Überweisung an Regierungsrat
34	2235	Motion der CVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur Wiederherstellung der Souveränität der Kantone bei Wahlfragen	Direktion des Innern	27.3.2014: Erheblich-erklärung
35	2225	Motion der SVP-Fraktion betreffend Einführung der Lizenz-/Patentbox sowie einer Zinsbox im Kanton Zug	Finanzdirektion	26.6.2014: Frist erstreckt

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
36	2220	Motion von Thomas Villiger betreffend Änderung des Planungs- und Baugesetzes	Baudirektion	30.1.2014: Erheblich-erklärung
37	2202	Motion der vorberatenden Kommission zum Integrationsgesetz betreffend obligatorische sprachliche Frühförderung vor dem Eintritt in den freiwilligen Kindergarten	Direktion für Bildung und Kultur	13.12.2012: Überweisung an Regierungsrat (Behandlung mit Teilrevision Schulgesetz: Vorlage Nr. 2377)
38	2187	Motion von Leonie Winter, Thiemo Hächler und Oliver Wandfluh betreffend Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie)	Baudirektion	26.9.2013: Erheblich-erklärung
39	2184	Motion von André Wicki betreffend zwei Ergänzungen des Planungs- und Baugesetzes	Baudirektion	30.1.2014: Erheblich-erklärung
40	2129	Motion von Philippe Camenisch, Cornelia Stocker, Alice Landtwing, Adrian Andermatt und Maja Dübendorfer Christen betreffend Neuregelung des Finanzierungsmechanismus für die Neuordnung der Zuger Finanz- und Aufgabenreform (ZFA)	Finanzdirektion	30.1.2014: Erheblich-erklärung
41	2124	Motion der Kommission Polycom zum Kantonsratsbeschluss betreffend Bewilligung eines Budgetkredits für die Funkerschliessung mit POLYCOM	Gesundheitsdirektion / Sicherheitsdirektion	27.3.2014: Erheblich-erklärung
42	2077	Motion von Kurt Balmer betreffend Anpassung der zivilrechtlichen Nachbarrechtsbestimmungen im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Zug (EG ZGB)	Direktion des Innern	3.5.2012: Erheblicherklärung (Überprüfung «Nachbarrecht» EG ZGB, Anpassung §§ 94–111 EG ZGB)
43	1955	Motion von Philipp Röllin betreffend naturnaher Umgebungsgestaltung auf kantonalen Parzellen und zusätzlichen Flächen	Baudirektion	10.11.2011: Erheblicherklärung (Erarbeitung eines Programmes für die naturnahe Umgebungsgestaltung und Pflege bei kantonalen Liegenschaften bis Ende 2012)
44	1931	Motion der FDP-Fraktion betreffend Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer – steuerliche Entlastung von Risikokapital	Finanzdirektion	25.8.2011: Erheblich-erklärung
45	1899	Motion von Martin Stuber, Heini Schmid und Thomas Lötscher betreffend höhere Bahnkapazitäten auf der Strecke Zürich-Zug-Luzern	Volkswirtschaftsdirektion	13.11.2014: (Nicht als erledigt abgeschrieben)
46	1883	Motion von Werner Villiger, Rudolf Balsiger und Moritz Schmid betreffend beschleunigte Realisierung eines wirkungsvollen und kostengünstigeren Stadttunnels und zugleich Einführung eines neuen Verkehrsregimes in der Innenstadt Zug	Baudirektion	4.7.2013: Frist erstreckt (Behandlung mit KRB «Stadttunnel Zug mit Zentrum-Plus»: Vorlage Nr. 2274)
47	1833	Motion von Bettina Egler und Berty Zeiter betreffend Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache	Direktion des Innern	26.6.2014: Frist erstreckt
48	1804	Motion und Postulat der FDP-Fraktion zum Ausbau der Bahnverbindung nach Zürich	Volkswirtschaftsdirektion	04.7.2013: Frist erstreckt (Zusammenarbeit für eine Vorfinanzierung: 3. Absatz)
49	1714	Motion von Thomas Villiger, Karl Nussbaumer und Manuel Aeschbacher betreffend einheitliche Einbürgerungskriterien im Kanton Zug	Direktion des Innern	26.9.2013: (keine Umwandlung in ein Postulat)
50	1693	Motion von Anna Lustenberger-Seitz und Berty Zeiter betreffend Velo- und Skating-Verbindung ins Sihltal	Baudirektion	4.7.2013: Frist erstreckt (Veloverbindung)
51	1634	Motion von Christina Huber, Margrit Landtwing und Erwina Winiger betreffend Entlastung der Kindergartenklassenlehrpersonen	Direktion für Bildung und Kultur	04.07.2013: Frist erstreckt (Behandlung mit Lehrpersonalgesetz: Vorlage Nr. 2378)
52	1496	Motion von Hans Christen, Eusebius Spescha, Beat Stocker, Martin Stuber und Vreni Wicky betreffend Projektierung Zuger Stadtkernentlastung	Baudirektion	4.7.2013: Frist erstreckt (Behandlung mit KRB «Stadttunnel Zug mit Zentrum-Plus»: Vorlage Nr. 2274)

Postulat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
53	2447	Postulat der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandortes des Institutes für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz	Volkswirtschaftsdirektion	27.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
54	2444	Postulat von Beni Riedi und Thomas Werner betreffend Rechtsabbiegen bei Rot für Fahrradfahrer	Baudirektion / Sicherheitsdirektion	13.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
55	2432	Postulat von Silvan Hotz betreffend Einführung Projekt Sek I plus	Direktion für Bildung und Kultur	16.12.2014: Überweisung an Regierungsrat
56	2423	Postulat von Daniel Abt und Adrian Andermatt betreffend Erhöhung des Kinderbeitrags der Einkommensobergrenze für Mietzinsbeiträge gemäss WFG	Volkswirtschaftsdirektion	28.8.2014: Überweisung an Regierungsrat
57	2403	Postulat von Philip C. Brunner betreffend permanente Perronverlängerungen in Rotkreuz – mehr Sitzplätze und weniger Stehplätze – eine kostengünstige infrastrukturelle Verbesserung – mit sofortigem direktem Nutzen für ÖV-Benutzer	Volkswirtschaftsdirektion	13.11.2014: Teil-Erheblich-erklärung (Nicht als erledigt abgeschrieben)
58	2364	Postulat von Manfred Wenger betreffend Domain-Namen: «www.name.zug»	Staatskanzlei	18.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
59	2348	Postulat von Jürg Messmer, Beni Riedi, Roland von Burg und Thomas Wyss betreffend volle Unterrichtsbefähigung der Absolventen der PH (Pädagogische Hochschule) Zug für alle Fächer (sprich: Ausbildung von Generalisten als Primarlehrer)	Direktion für Bildung und Kultur	13.11.2014: Erheblich-erklärung (Nicht als erledigt abgeschrieben)
60	2346	Postulat von Thomas Werner betreffend gesetzliche Grundlagen für die Anstellung von kantonalen Angestellten im Allgemeinen nur mit aktuellem Strafregistrauszug	Finanzdirektion	30.1.2014: Überweisung an Regierungsrat
61	2294	Postulat der SVP-Fraktion betreffend 45 Ämter sind genug	Staatskanzlei	31.10.2013: Überweisung an Regierungsrat
62	2248	Postulat der CVP-Fraktion betreffend Evaluation der bisherigen Erfahrungen mit dem Frühfranzösisch	Direktion für Bildung und Kultur	30.1.2014: Erheblich-erklärung
63	2121	Postulat der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Konflikt-/Gewaltpotential	Sicherheitsdirektion	21.3.2013: Erheblich-erklärung
64	2067	Postulat von Karl Nussbaumer und Thomas Werner betreffend Autos und Sozialhilfe	Direktion des Innern	21.3.2013: Erheblich-erklärung
65	2039	Postulat der Raumplanungskommission betreffend Überprüfung der Ausnützungsziffer bei der Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) im Kanton Zug	Baudirektion	2.5.2013: Erheblicherklärung

Interpellation

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
66	2449	Interpellation der SP-Fraktion betreffend Steuer-Rulings	Finanzdirektion	27.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
67	2448	Interpellation der Stadtzuger Kantonsrätinnen und Kantonsräte betreffend Verlegung des bisherigen Schulstandortes des Institutes für Finanzdienstleistungen (IFZ) von Zug nach Rotkreuz	Volkswirtschaftsdirektion	27.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
68	2442	Interpellation von Kurt Balmer betreffend SBB-Güterzüge	Baudirektion	13.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
69	2441	Interpellation von Kurt Balmer betreffend Interregio-Halt in Rotkreuz	Volkswirtschaftsdirektion	13.11.2014: Überweisung an Regierungsrat
70	2440	Interpellation der Alternativen Grünen Fraktion betreffend Kantonale Informatik: Entsorgen statt Ressourcen schonen und weiter verwenden	Finanzdirektion	30.10.2014: Überweisung an Regierungsrat

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
71	2437	Interpellation von Stefan Gisler, Andreas Hausheer und Manuel Brandenburg betreffend Unregelmässigkeiten bei Wahllisten	Direktion des Innern	30.10.2014: Überweisung an Regierungsrat
72	2431	Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Kündigung von Bankenbeziehungen mit Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern durch die Zuger Kantonalbank	Finanzdirektion	25.9.2014: Überweisung an Regierungsrat
73	2397	Interpellation von Gabriela Ingold, Thomas Lötscher und Leonie Winter betreffend Positionierung des Kantons Zug zur Unternehmenssteuerreform (USR III)	Finanzdirektion	15.12.2014: Überweisung an Regierungsrat
74	2372	Interpellation von Daniel Stadlin betreffend kostendämpfende Massnahmen im Finanzhaushalt des Kantons Zug	Finanzdirektion	27.3.2014: Überweisung an Regierungsrat
75	2324	Interpellation von Esther Haas betreffend Streichung des Halbanschlusses Bibersee aus dem Richtplan des Kantons Zug	Baudirektion	12.12.2013: Überweisung an Regierungsrat

Gesetz

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
76	2467	Änderung des Gesetzes betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts	Direktion des Innern	15.12.2014: Traktandiert für Kommissionsbestellung
77	2451	Gesetz über die Haltung von Hunden	Sicherheitsdirektion	18.12.2014: Kommission bestellt
78	2433	Änderung des Energiegesetzes	Baudirektion	29.1.2015: Traktandiert zur 2. Lesung
79	2424	Änderung des Steuergesetzes – fünftes Revisionspaket	Finanzdirektion	25.9.2014: Kommission bestellt
80	2378	Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)	Direktion für Bildung und Kultur	01.5.2014: Kommission bestellt
81	2377	Änderung des Schulgesetzes, des Lehrpersonalgesetzes und des Gesetzes über die kantonalen Schulen	Direktion für Bildung und Kultur	29.1.2015: Traktandiert zur 2. Lesung
82	2368	Änderung des Gesetzes über die Gebühren für besondere Inanspruchnahmen von öffentlichen Gewässern (Gewässergebührentarif; BGS 731.2)	Baudirektion	6.1.2015: (Referendumsfrist abgelaufen am 6. Januar 2015)
83	2367	Gesetz über den Jugendschutz betreffend Filmvorführungen und audiovisuelle Trägermedien (FATG; Totalrevision des Filmgesetzes)	Sicherheitsdirektion	11.12.2014: Traktandiert zur 2. Lesung
84	2315	Teilrevision des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)	Finanzdirektion	6.1.2015: (Referendumsfrist abgelaufen am 6. Januar 2015)

Kantonsratsbeschluss (referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
85	2468	Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)	Direktion für Bildung und Kultur	16.12.2014: Traktandiert für Kommissionsbestellung
86	2406	Ratifizierung der Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 (Diplomanerkennungsvereinbarung)	Gesundheitsdirektion	11.12.2014: Referendumsfrist am Laufen (Ablauf der Referendumsfrist: 17.02.2015)
87	2335	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung einer wettkampftauglichen Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich für die Kantonsschule Zug (KSZ)	Baudirektion	29.1.2015: Referendumsfrist am Laufen

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
88	2285	Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Bodensanierung von Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus	Baudirektion	29.7.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
89	2274	Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den «Stadtunnel Zug mit ZentrumPlus», Planung, Landerwerb und Bau, mit Genehmigung des Generellen Projekts	Baudirektion	11.12.2014: Traktandiert zur 2. Lesung
90	2260	Kantonsratsbeschluss betreffend Verpflichtungskredit für Massnahmen bei der Übertragungsleitung für Elektrizität	Baudirektion	29.7.2014: Genehmigung Schlussabrechnung pendent
91	2104	1. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für den Bau von drei Turnhallen und eines Schulhausprovisoriums für die Kantonsschule Zug 2. Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit zur Planung von Neubauten für die Kantonsschule Zug	Baudirektion	17.12.2013: (Wird mit Geschäft 2335 abgeschrieben.)
92	1848	Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschluss betreffend Erhöhung der Kapital-Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonsspital AG		15.12.2014: Traktandiert
93	1624	Genehmigung der Schlussabrechnung: Kantonsratsbeschlüsse betreffend Rahmenkredit für die Planung, den Landerwerb und den Bau der Nordzufahrt in Zug/Baar – Kreditfreigabe und Beteiligung der Gemeinden Zug und Baar an einer Bundessubvention	Baudirektion	15.12.2014: Traktandiert

Kantonsratsbeschluss (nicht referendumsfähig)

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
94	2450	Genehmigung der Schlussabrechnung betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten vom 24. September 1992 (BGS 721.252)	Baudirektion	26.2.2015: Traktandiert zur 2. Lesung (Traktandiert für 2. April 2015)
95	2434	Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplans (S 5.3 Natur im Siedlungsgebiet; S 7.3 Archäologische Fundstätten; L 8.1 Fliessgewässer; L 11.5 Skiabfahrten; V 2 Nationalstrassen; V 3 Kantonsstrassen; V 5 Regionaler Bahnverkehr / Mittelverteiler; V 6.8 Busverkehr / Feinverteiler, u.a. auf Eigentrassee; V 12 Prioritäten bei den Verkehrsvorhaben; E 15 Energie)	Baudirektion	30.10.2014: Kommission bestellt
96	2313	Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (L 3 Weiler; V 3 Kantonsstrassen)	Baudirektion	26.6.2014: Bund: Genehmigung pendent
97	2291	Kantonsratsbeschluss betreffend Freigabe eines Objektkredites für das Projekt Sanierung der Kantonsstrasse N, Neuheimerstrasse, Abschnitt Kreisel Lättich bis Baarburgrank, Gemeinde Baar	Baudirektion	26.9.2013: Kommission bestellt

Verschiedenes

Nr.	Vorlage	Titel	Zuständig	Verfahrensstand
98	2443	Budget 2015, Finanzplan 2015-2018 (sowie Anpassung des Leistungsauftrags des Amts für Denkmalpflege und Archäologie für das Jahr 2015)	Finanzdirektion	20.1.2015: Traktandiert
99	2418	Arbeitsprogramme des Kantonsrats	Staatskanzlei	16.12.2014: (Versand an Kantonsrat 17.12.2014)

Aufsichtsbeschwerden

Vier Beschwerden sind noch hängig. Aus Datenschutzgründen werden sie nicht veröffentlicht.

Eidgenössische Volksabstimmungen

Ergebnisse des Kantons Zug	Ja	Nein	Stimm- beteiligung %
9. Februar			
- Bundesbeschluss vom 20. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr») (BBI 2013 4725)	28'147	15'873	60,6
- Volksinitiative vom 4. Juli 2011 «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache – Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung» (BBI 2013 7349)	14'903	29'373	60,9
- Volksinitiative vom 14. Februar 2012 «Gegen Masseneinwanderung» (BBI 2013 7351)	22'257	22'307	61,1
18. Mai			
- Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin») (BBI 2013 7347)	38'815	6'049	62,4
- Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» (BBI 2011 4435)	26'495	18'768	62,8
- Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» (BBI 2013 9679)	7'285	38'697	63,1
- Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz) (BBI 2013 7369)	26'409	19'162	62,9
28. September			
- Volksinitiative vom 21. September 2011 «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!» (BBI 2014 2851)	9'161	28'691	51,8
- Volksinitiative vom 23. Mai 2012 «Für eine öffentliche Krankenkasse» (BBI 2014 2849)	8'342	29'393	51,4
30. November			
- Volksinitiative vom 19. Oktober 2012 «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)» (BBI 2014 5077)	13'381	27'646	55,8
- Volksinitiative vom 2. November 2012 «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (BBI 2014 5073)	10'019	31'059	55,9
- Volksinitiative vom 20. März 2013 «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)» (BBI 2014 5075)	8'288	32'472	55,6

Eidgenössische Wahlen

Keine

Kantonale Wahlen

Kantonsrat

Am 5. Oktober 2014 wählten die Zugerinnen und Zuger den Kantonsrat erstmals nach dem doppeltproportionalen Zuteilungsverfahren von Prof. Pukelsheim. Gewählt wurden 22 Mitglieder der Christlichdemokratischen Volkspartei Kanton (CVP) Zug, 19 Mitglieder der Schweizerischen Volkspartei (SVP), 18 Mitglieder der FDP.Die Liberalen, 10 Mitglieder der Grünen, Christlich-Sozialen, Jungen Alternativen, 7 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei (SP, JUSO, SP-Frauen) und 4 Mitglieder der Grünliberalen Partei (glp). Die konstituierende Kantonsratssitzung wurde am 18. Dezember 2014 durchgeführt.

Weitere Informationen: <http://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/wahlen-kr>

Regierungsrat

Ebenfalls am 5. Oktober wurde der Regierungsrat neu bestellt. Dabei gab es keine personellen Wechsel. Gewählt sind in absteigender Reihenfolge der Stimmenzahl: Peter Hegglin (CVP), Matthias Michel (FDP), Beat Villiger (CVP), Urs Hürlimann (FDP), Heinz Tännler (SVP), Stephan Schleiss (SVP) und Manuela Weichelt-Picard (ALG).

Weitere Informationen: <http://www.zg.ch/behoerden/staatskanzlei/kanzlei/abstimmungen-und-wahlen/wahlen-rr>

Richterliche Behörden

Für die auf den 8. März 2015 angesetzten Ersatzwahlen infolge Rücktritts eines Mitglieds des Obergerichts (Iris Studer-Milz), eines Ersatzmitglieds des Obergerichts (Alexandre von Rohr) sowie eines Mitglieds des Kantonsgerichts (Michael Beglinger) wurden drei Wahlvorschläge eingereicht.

Stephan Dalcher, 1954, lic. iur., Strafrichter, Oberer Chämletenweg 38f, 6333 Hünenberg See (ordentliches Mitglied des Obergerichts), Carole Meier-Geissmann, 1971, lic. iur., Windenweg 16 (Ersatzmitglied des Obergerichts), 6345 Neuheim und Cyrill Moos, 1980, Jurist, Oberwiler Kirchweg 10, 6300 Zug (Mitglied des Kantonsgerichts). Da gleich viele Personen vorgeschlagen wurden, wie vorliegend Sitze (bzw. Richterstellen) zu vergeben sind, erfolgte je eine stille Wahl (§ 40 Abs. 1 WAG; kein Urnengang). Der Regierungsrat erklärte die vorgeschlagenen Personen für den Rest der Amtsdauer 2013–2018 für gewählt. Die Validierung im Kantonsrat erfolgt im Januar 2015.

Kantonale Volksabstimmungen

Keine

Jahresrechnung

Bericht

1 In Kürze

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 139,0 Millionen Franken ausserordentlich schlecht ab. Das Defizit ist rund doppelt so hoch wie budgetiert. Ausschlaggebend dafür sind tiefere Steuereinnahmen. Das vom Regierungsrat im Juli eingeleitete Entlastungsprogramm ist notwendig, um das Ergebnis in Zukunft wieder zu verbessern.

Steuererträge liegen unter den Erwartungen

Bei den Fiskalerträgen ist das Budget um satte 55,2 Millionen verfehlt worden. Die grösste Differenz ist bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen zu verzeichnen, während die Gewinnsteuern bei den juristischen Personen leicht höher ausgefallen sind. Der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer liegt um 31,5 Millionen Franken unter dem budgetierten Wert. Neben dem Ausbleiben von Sondereffekten hängen diese Steuerausfälle auch mit den letzten vier Steuergesetzrevisionen und mit der Unternehmenssteuerreform II zusammen, die sich mit zeitlicher Verzögerung und gestaffelt über mehrere Jahre im Staatshaushalt ausgewirkt haben. Zusätzlich fehlt dem Kanton die Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank von 9,6 Millionen Franken.

Zwei grosse Landkäufe belasten die Investitionsrechnung zusätzlich

Die Nettoinvestitionen betragen 93,4 Millionen Franken und liegen damit lediglich 5,4 Millionen Franken unter Budget. Dabei ist aber zu beachten, dass aufgrund zeitlicher Verschiebungen zwei grosse, vom Kantonsrat bewilligte Landerwerbsgeschäfte für den Gutsbetrieb Chamau und die Kantonsschule Menzingen im 2014 getätigt worden sind, die nicht in diesem Jahr budgetiert waren. Als Folge des hohen Aufwandüberschusses ist der Selbstfinanzierungsgrad auf minus 59,2 Prozent gesunken. Dies bedeutet, dass die Investitionen nicht mit den im Berichtsjahr erwirtschafteten Mitteln finanziert werden konnten.

Weniger Ausgaben als budgetiert

Auf der Aufwandseite wurden die budgetierten Beträge um insgesamt 23,7 Millionen Franken unterschritten. Dazu haben die Dienstleistungen Dritter und Honorare mit 7,4 Millionen Franken beigetragen. Die restriktiven Vorgaben des Regierungsrats in diesem Bereich konnten von den Ämtern sogar unterschritten werden. Der Abschreibungsaufwand ist um 12,3 Millionen Franken tiefer ausgefallen. Auch beim Personal- und beim Transferaufwand musste das Budget nicht voll ausgeschöpft werden. Für den Nationalen Finanzausgleich hat Zug 279,5 Millionen Franken an die anderen Kantone bezahlt.

Entlastungsprogramm ist notwendig

Im Juli 2014 hat der Regierungsrat das Entlastungsprogramm 2015–2018 eingeleitet. Ziel ist es, den Finanzhaushalt ab dem Jahr 2018 um jährlich 80 bis 100 Millionen Franken nachhaltig zu entlasten. Regierungsrat und Verwaltung haben dafür auf Hochtouren gearbeitet und in vielen Bereichen Massnahmen vorgeschlagen, deren Umsetzung die zukünftigen Ergebnisse verbessern werden.

Bilanz ist immer noch robust

Das Finanzvermögen hat um 99,9 auf 1214,7 Millionen Franken abgenommen, was insbesondere mit dem Liquiditätsabfluss zusammenhängt. Das Verwaltungsvermögen ist um 24,1 auf 460,6 Millionen Franken angestiegen. Auf der Passivseite weist der Kanton weiterhin 380,0 Millionen Franken als NFA-Ressourcenausgleichsreserve aus. Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 13,7 Millionen Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 215,3 Millionen Franken. Das gesamte Eigenkapital des Kantons Zug hat um 123,2 Millionen Franken abgenommen, beläuft sich per Jahresende aber immer noch auf eine Milliarde Franken.

2 Änderungen in der Berichterstattung

Gemäss § 15 Abs. 3 der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) veröffentlicht der Regierungsrat in seinem jährlichen Geschäftsbericht ein Verzeichnis der hängigen und der erledigten Kantonsratsgeschäfte. Diese Zusammenstellung ist neu im Jahresbericht des Regierungsrats bei den «Kantonsratsgeschäften» eingefügt. Die Kostenstelle 3031 Kantonsstrassen wurde per Ende Jahr in das Tiefbauamt (Kostenstelle 3020) überführt. Ansonsten ist der Geschäftsbericht gleich aufgebaut wie im letzten Jahr.

3 Übersicht über die Laufende Rechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'391,6	-1'430,7	-1'407,1	23,7	-1,7
Total Ertrag	1'371,1	1'360,0	1'268,1	-91,9	-6,8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20,5	-70,7	-139,0	-68,2	

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 139,0 Millionen Franken ab. Das Defizit ist somit rund doppelt so hoch wie budgetiert.

Die Unterschreitung auf der Aufwandseite ist in erster Linie auf weniger Dienstleistungen Dritter und Honorare mit minus 7,4 Millionen Franken sowie auf tiefere Abschreibungen des Verwaltungsvermögens mit minus 12,3 Millionen Franken zurückzuführen.

Auf der Ertragsseite wurde das Budget bei den Fiskalerträgen um insgesamt 55,2 Millionen Franken verfehlt und bei der direkten Bundessteuer um 31,5 Millionen Franken. Im Weiteren fehlt dem Kanton der budgetierte Anteil am Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank von 9,6 Millionen Franken.

Die wichtigsten Positionen sind hier zusammengefasst:

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Personalaufwand	-303,7	-318,0	-316,8	1,2	-0,4
Dienstleistungen Dritter und Honorare	-63,2	-70,8	-63,4	7,4	-10,5
Nationaler Finanzausgleich	-276,5	-279,5	-279,5	0,0	0,0
Fiskalertrag	646,9	693,7	638,5	-55,2	-8,0
Kantonsanteil an direkter Bundessteuer	234,9	258,5	227,0	-31,5	-12,2
Kantonsanteil am Reingewinn der Nationalbank	9,6	9,6	0,0	-9,6	-100,0
Nettoinvestitionen	-77,0	-98,8	-93,4	5,4	-5,5
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64,4	-72,0	-59,8	12,3	-17,0

4 Informationen zu den wichtigsten Positionen

4.1 Personalaufwand

Der Personalaufwand wurde gegenüber dem Budget um 1,2 Millionen Franken oder 0,4 Prozent unterschritten.

Das neue Gesetz über die Zuger Pensionskasse (Pensionskassengesetz) vom 29. August 2013 (BGS 154.31) ist per 1. Januar 2014 in Kraft getreten. Damit sind folgende höhere Belastungen für den Kanton als Arbeitgeber verbunden:

- a) Der Umlagebeitrag wurde von 1,5 Prozent auf 2,0 Prozent erhöht;
- b) Ein Beitrag in den Teuerungsfonds von 0,5 Prozent wurde eingeführt;
- c) Die Arbeitgeberbeiträge werden neu nach Alter gestaffelt.

Im Budget 2014 waren dafür 2,4 Millionen Franken eingestellt, allerdings unter dem Vorbehalt, dass in diesem Betrag die effektive altersmässige Zusammensetzung noch nicht bekannt war. Gegenüber dem Budget beläuft sich die effektive Mehrbelastung bei den Arbeitgeberbeiträgen im Jahr 2014 auf insgesamt 3,1 Millionen Franken.

In der Jahresrechnung 2014 sind die Mehrbelastungen des neuen Pensionskassengesetzes nicht mehr zentral in der Kostenstelle 5011 verbucht, sondern bei den einzelnen Ämtern. Dies erklärt, wieso bei praktisch allen Ämtern der Personalaufwand höher ist als budgetiert. Die zusätzlichen Kosten variieren je nach Altersstruktur der Mitarbeitenden.

In nachfolgender Tabelle werden die Hilfskräfte, die Aushilfen, das Fachpersonal und das Personal in Ausbildung aufgelistet:

Konto	Lohnaufwand in Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3010.20	Aushilfspersonal	-835'822	-241'500	-942'053	-700'553	290,1
3010.21	Hilfskräfte (ohne Reinigungspersonal)	-2'877'676	-2'788'300	-3'171'548	-383'248	13,7
3010.25	Reinigungspersonal	-2'366'625	-2'530'500	-2'393'519	136'981	-5,4
3010.26	Reinigungspersonal Schüler/innen	-12'752	-30'000	-14'984	15'016	-50,1
3010.30	Personal in Ausbildung	-2'390'989	-2'655'700	-2'383'325	272'375	-10,3
3010.40	Fachpersonal	-1'681'877	-919'400	-539'795	379'605	-41,3
	Total	-10'165'740	-9'165'400	-9'445'224	-279'824	3,1

Das Konto 3010.20 beinhaltet den Aufwand für Aushilfseinsätze, die oftmals nicht budgetiert werden können, weshalb die Budgetabweichung sehr hoch ist. Es handelt sich um Einsätze bei vorübergehenden Ausfällen wegen Krankheit, Unfall, Mutterschaft, bezahltem und unbezahltem Urlaub oder Militärdienst. Ausser die Gesundheitsdirektion waren alle Direktionen, die Allgemeine Verwaltung und die richterlichen Behörden auf Aushilfen angewiesen.

Das Konto 3010.21 weist die Kosten für diejenigen Hilfskräfte aus, die zur Erledigung eines vorübergehenden ausserordentlichen Arbeitsanfalls eingesetzt werden. Die budgetierten Beträge wurden bei den gesetzgebenden Behörden, der Allgemeinen Verwaltung, den richterlichen Behörden und in drei Direktionen überschritten, während vier Direktionen ihre Budgets nicht voll ausgeschöpft haben. Im Konto 3010.30 waren weniger Praktikumsstellen besetzt als geplant und auch bei den übrigen Positionen wurden die budgetierten Werte unterschritten.

4.2 Dienstleistungen Dritter und Honorare

In der Finanzstrategie wurde festgelegt, dass unter diesem Titel folgende drei Kontengruppen zusammengefasst werden:

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
313 Dienstleistungen und Honorare	-31,7	-36,6	-32,3	4,2	-11,6
314 Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-22,0	-23,1	-20,7	2,4	-10,3
315 Unterhalt Mobilien	-9,5	-11,2	-10,3	0,8	-7,2
Total	-63,2	-70,8	-63,4	7,4	-10,5

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Gegenüber der Rechnung 2013 ist praktisch keine Steigerung zu verzeichnen. Das Budget wurde um insgesamt 7,4 Millionen Franken oder 10,5 Prozent unterschritten. Dazu haben alle Direktionen beigetragen.

4.3 Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) hat gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Millionen Franken oder 1,1 Prozent zugenommen. Er entspricht dem für das Jahr 2014 budgetierten Betrag. Die Gemeinden haben sich mit 35,9 Millionen Franken am Aufwand beteiligt.

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Ressourcenausgleich	-274,9	-277,9	-277,9	0,0	0,0
Härteausgleich	-1,6	-1,6	-1,6	0,0	0,0
Total	-276,5	-279,5	-279,5	0,0	0,0
Anteil der Gemeinden	39,3	35,9	35,9	0,0	0,0

4.4 Fiskalertrag

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Einkommenssteuern	302,0	343,0	284,1	-58,9	-17,2
Vermögenssteuern	76,0	82,0	83,9	1,9	2,3
Quellensteuern	20,5	33,6	27,5	-6,1	-18,2
Total direkte Steuern natürliche Personen	398,5	458,6	395,5	-63,1	-13,8
Gewinnsteuern	189,8	182,0	189,4	7,4	4,0
Kapitalsteuern	22,2	21,1	20,6	-0,5	-2,2
Total direkte Steuern juristische Personen	212,0	203,1	210,0	6,9	3,4
Übrige direkte Steuern (Erbschafts-, Schenkungs- und Nachsteuern sowie Steuerstrafen)	6,9	2,0	2,8	0,8	37,8
Total direkte Steuern	617,4	663,7	608,3	-55,4	-8,4
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	29,5	30,0	30,2	0,2	0,6
Total Fiskalertrag	646,9	693,7	638,5	-55,2	-8,0

Die Steuererträge lagen insgesamt deutlich unter den Erwartungen und trugen wesentlich zum hohen Defizit der Jahresrechnung bei. Die Steuererträge der natürlichen Personen verfehlten das Budget um 63,1 Millionen Franken. Die für das Budget 2014 erwarteten Wachstumsraten erwiesen sich trotz weiterer Bevölkerungszunahme als zu hoch. Bei den Arbeitnehmenden war eine eher moderate Lohnentwicklung zu verzeichnen und substanzielle Einmaleffekte blieben weitgehend aus. In der Rechnung 2014 zeigen sich auch die Folgen der letzten vier Teilrevisionen des kantonalen Steuergesetzes sowie der Unternehmenssteuerreform II. Bei den juristischen Personen sind die Gewinnsteuern um 7,4 Millionen Franken höher als budgetiert, da die Unternehmensabschlüsse im Allgemeinen positiver ausfielen als erwartet.

4.5 Kantonsanteile an Erträgen des Bundes

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Anteil an direkter Bundessteuer (inkl. Repartitionen)	234,9	258,5	227,0	-31,5	-12,2
Anteil an Verrechnungssteuer	7,7	6,9	7,9	1,0	15,2
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0,2	0,2	0,2	0,0	-1,1
Total	242,9	265,6	235,1	-30,4	-11,5

Der kantonale Anteil an der direkten Bundessteuer liegt bei den natürlichen Personen mit 66,3 Millionen um 18,7 Millionen Franken unter dem Budget. Die erwarteten Wachstumsraten erwiesen sich trotz weiterer Bevölkerungszunahme als zu hoch und substanzielle Einmaleffekte blieben weitgehend aus. Hinzu kamen die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II auf Bundesebene (einkommenssteuerfreie Rückzahlung von Kapitaleinlagereserven seit 2011) und eine generell eher moderate Lohnentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung.

Bei den juristischen Personen liegt der Kantonsanteil mit 160,2 Millionen um 12,8 Millionen Franken unter dem budgetierten Wert. Die Abnahme betrifft vor allem die gemischten Gesellschaften, wo ein Gewinnrückgang bei der direkten Bundessteuer stärker ins Gewicht fällt als bei den Kantonssteuern. Die tendenziell gestiegenen Gewinne der ordentlich besteuerten Gesellschaften konnten den Rückgang bei den gemischten Gesellschaften nur teilweise wettmachen.

4.6 Investitionen, Abschreibungen und Selbstfinanzierungsgrad

Nettoinvestitionen In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Ausgaben	-89,3	-122,6	-114,9	7,7	-6,3
Einnahmen	12,3	23,8	21,4	-2,3	-9,8
Total	-77,0	-98,8	-93,4	5,4	-5,5

Die ausgewiesene Budgetabweichung bei den Nettoinvestitionen von 5,4 Millionen Franken oder minus 5,5 Prozent erscheint auf den ersten Blick verglichen mit früheren Jahren eher gering. Wenn man jedoch zwei vom Kantonsrat bereits genehmigte Landerwerbsgeschäfte für den Gutsbetrieb Chamau und die Kantonsschule Menzingen berücksichtigt, die im Jahr 2014 nicht oder nur teilweise budgetiert waren, wird das Budget 2014 effektiv um 35,1 Millionen Franken oder 36 Prozent unterschritten.

Abschreibungen Verwaltungsvermögen ¹ In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Sachanlagen	-33,9	-42,9	-39,7	3,2	-7,4
Spezialfinanzierung Strassenbau	-30,5	-29,1	-20,0	9,1	-31,2
Total	-64,4	-72,0	-59,8	12,3	-17,0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Der Abschreibungsaufwand für die Sachanlagen ist um 3,2 Millionen Franken geringer ausgefallen. Auch zulasten der Spezialfinanzierung Strassenbau wurden gegenüber dem Budget 9,1 Millionen Franken weniger investiert. Diese Investitionen werden jeweils zu 100 Prozent abgeschrieben.

Aufgrund des hohen Aufwandüberschusses konnten die Investitionen nicht mit einem Finanzierungsüberschuss der Laufenden Rechnung finanziert werden. Dies zeigt sich im negativen Selbstfinanzierungsgrad von minus 59,2 Prozent. Das hat zur Folge, dass der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad mittelfristig, d. h. über die letzten fünf Jahre, jetzt unter 100 Prozent liegt, womit die finanzstrategische Vorgabe über diesen Zeitraum nicht eingehalten werden kann, wie folgende Tabelle zeigt:

¹ Es handelt sich hier um die Kontengruppe 33. Der Abschreibungsaufwand der Investitionsbeiträge ist in der Kontengruppe 36 verbucht; die zusätzlichen Abschreibungen in der Kontengruppe 38.

Selbstfinanzierungsgrad In %	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
Mehrjahresbetrachtung	110,1	159,2	105,5	13,9	-59,2
Mittelwert über die letzten fünf Jahre					65,9

Es ist das erste Mal, dass der Kanton Zug einen negativen Selbstfinanzierungsgrad ausweisen muss. Er ist Ausdruck des hohen Defizits und der ebenfalls hohen Nettoinvestitionen.

5 Bilanz

Die Struktur der Bilanz per 31. Dezember 2014 zeigt sich in Tabelle 11. Das Finanzvermögen hat um 99,9 auf 1214,7 Millionen Franken abgenommen, insbesondere weil der Kanton in dieser Grössenordnung Investitionen getätigt hat. Das Verwaltungsvermögen hat sich einerseits infolge der Investitionen und andererseits wegen der Abschreibungen verändert. Insgesamt ist es um 24,1 auf 460,6 Millionen Franken angestiegen. Das Verhältnis von Finanz- zu Verwaltungsvermögen beträgt 72,5 zu 27,5 Prozent.

Auf der Passivseite weist der Kanton weiterhin 380,0 Millionen Franken als NFA-Ressourcenausgleichsreserve aus. Die Spezialfinanzierung Strassenbau konnte mit 13,7 Millionen Franken aufgestockt werden und beträgt jetzt 215,3 Millionen Franken. Das gesamte Eigenkapital des Kantons Zug hat um 123,2 Millionen Franken abgenommen, beläuft sich per Jahresende aber immer noch auf eine Milliarde Franken. Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital beträgt 39,7 zu 60,3 Prozent.

6 Anhang zur Jahresrechnung

Im Anhang sind die Abweichungen gegenüber den Empfehlungen von HRM² begründet. Sie sind insbesondere auf übergeordnetes Recht zurückzuführen. Ebenfalls im Anhang finden sich Informationen zum Stand der vom Kantonsrat bewilligten Verpflichtungskredite. Der Regierungsrat beantragt, die als abgeschlossen bezeichneten Kredite zusammen mit dem Geschäftsbericht zu genehmigen. Die Kredite über 10 Millionen Franken werden dem Kantonsrat gemäss den Bestimmungen des Finanzhaushaltsgesetzes jeweils mit einem separaten Bericht und Antrag zur Genehmigung vorgelegt.

7 Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

7.1 Pädagogische Hochschule Zug

Die erste ein ganzes Kalenderjahr umfassende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss von 7,1 Millionen Franken aus, 0,6 Millionen besser als budgetiert. Gemäss §§ 6 und 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Zug vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41) beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat die Genehmigung der Jahresrechnung und der Berichterstattung der PH Zug. Erstmals wird auch die Bilanz per 31. Dezember 2014 publiziert.

7.2 Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Die Jahresrechnung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 425 000 Franken. Der Anteil des Kantons Zug beträgt einen Fünftel oder 85 000 Franken und ist beim Vollzugs- und Bewährungsdienst als Ertrag verbucht. Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Anhang zu BGS 332.31) haben die Parlamente beider Kantone die Jahresrechnung zu genehmigen.

7.3 Gebäudeversicherung Zug

Die Gebäudeversicherung Zug weist einen Gewinn von 1,0 Millionen Franken aus. Der separate Geschäftsbericht 2014 der Gebäudeversicherung kann bei der Geschäftsstelle verlangt oder unter www.gvzg.ch eingesehen werden. Die Gebäudeversicherung beansprucht keine öffentlichen Gelder.

² Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2, herausgegeben von der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

8 Separatfonds

Die Separatfonds sind gemäss § 9 des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) formell ausgeschiedene, rechtlich nicht verselbständigte Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbindung. Das Verfügungsrecht obliegt dem Regierungsrat. Die Bewirtschaftung der Fondsvermögen wird durch die Finanzverwaltung wahrgenommen. Die jährliche Revision erfolgt durch die Finanzkontrolle.

Es gibt insgesamt sieben Separatfonds mit einem Gesamtvermögen von 20,2 Millionen Franken. Der Lotteriefonds (Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke) weist ein Vermögen von 11,9 Millionen Franken und der Sport-Toto-Fonds 2,9 Millionen Franken auf. Im Fonds-Eigenkapital von 17,9 Millionen Franken sind die Kursreserven sowie die Überschüsse aus der Bewirtschaftung verbucht. Die Separatfonds sind in der Jahresrechnung des Kantons separat auszuweisen, weshalb sie ganz am Schluss des Geschäftsberichts publiziert werden.

9 Aufwandüberschuss

Der Aufwandüberschuss wird gemäss § 19 des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) dem freien Eigenkapital belastet.

10 Tabellen

Die nachfolgenden Tabellen 1–11 enthalten die wichtigsten Zahlen und Fakten für einen raschen und umfassenden Überblick über die Jahresrechnung 2014. Weiterführende Informationen finden sich in der institutionellen Gliederung bei den einzelnen Direktionen und Ämtern. Dort sind die wichtigsten Entwicklungen und die wesentlichsten Abweichungen zum Budget kommentiert.

Finanzzahlen

Tabelle 1: Laufende Rechnung - Überblick

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'391,6	-1'430,7	-1'407,1	23,7	-1,7
Total Ertrag	1'371,1	1'360,0	1'268,1	-91,9	-6,8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20,5	-70,7	-139,0	-68,2	96,5

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2014 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 28. November 2013 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2014	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrates	-1'431,1	1'360,0	-71,1
Änderung durch KR	0,4		0,4
Durch KR beschlossenes Budget	-1'430,7	1'360,0	-70,7

Tabelle 2: Laufende Rechnung - Gestufter Erfolgsausweis

Konto	In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
30	Personalaufwand	-303,7	-318,0	-316,8	1,2	-0,4
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-107,0	-118,4	-108,2	10,2	-8,6
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64,4	-72,0	-59,8	12,3	-17,0
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-4,5	-5,9	-14,3	-8,4	143,0
36	Transferaufwand	-806,8	-818,0	-810,2	7,8	-1,0
37	Durchlaufende Beiträge	-80,7	-82,7	-82,3	0,4	-0,5
39	Interne Verrechnungen	-3,9	-3,1	-3,1	-0,0	0,2
	Total betrieblicher Aufwand	-1'371,0	-1'418,2	-1'394,7	23,5	-1,7
40	Fiskalertrag	646,9	693,7	638,5	-55,2	-8,0
41	Regalien und Konzessionen	11,9	11,7	2,2	-9,5	-81,5
42	Entgelte	66,5	65,3	66,5	1,2	1,9
43	Verschiedene Erträge	6,2	6,9	6,4	-0,5	-6,6
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					
46	Transferertrag	452,1	453,2	424,3	-28,9	-6,4
47	Durchlaufende Beiträge	80,7	82,7	82,3	-0,4	-0,5
49	Interne Verrechnungen	3,9	3,1	3,1	0,0	0,2
	Total betrieblicher Ertrag	1'268,1	1'316,7	1'223,4	-93,3	-7,1
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-102,8	-101,5	-171,4	-69,8	68,8
34	Finanzaufwand	-11,7	-12,4	-12,2	0,2	-1,6
44	Finanzertrag	46,2	43,2	44,7	1,5	3,5
	Ergebnis aus Finanzierung	34,6	30,8	32,6	1,7	5,6
	Operatives Ergebnis	-68,3	-70,7	-138,8	-68,1	96,3
38	Ausserordentlicher Aufwand	-9,0	-0,2	-0,2	0,0	-1,9
48	Ausserordentlicher Ertrag	56,7	0,1		-0,1	-100,0
	Ausserordentliches Ergebnis	47,8	-0,0	-0,2	-0,1	334,6
	Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20,5	-70,7	-139,0	-68,2	96,5

Finanzzahlen

Tabelle 3: Laufende Rechnung - Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

In Mio. Franken	Rechnung 2013	in % vom Total	Budget 2014	in % vom Total	Rechnung 2014	in % vom Total
Personalaufwand	-303,7	21,8	-318,0	22,2	-316,8	22,5
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-107,0	7,7	-118,4	8,3	-108,2	7,7
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64,4	4,6	-72,0	5,0	-59,8	4,2
Finanzaufwand	-11,7	0,8	-12,4	0,9	-12,2	0,9
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-4,5	0,3	-5,9	0,4	-14,3	1,0
Transferaufwand	-806,8	58,0	-818,0	57,2	-810,2	57,6
Durchlaufende Beiträge	-80,7	5,8	-82,7	5,8	-82,3	5,8
Ausserordentlicher Aufwand	-9,0	0,6	-0,2	0,0	-0,2	0,0
Interne Verrechnungen	-3,9	0,3	-3,1	0,2	-3,1	0,2
Total Aufwand	-1'391,6	100,0	-1'430,7	100,0	-1'407,1	100,0

Tabelle 4: Laufende Rechnung - Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-318,0	-316,8	1,2	-0,4	Siehe Kapitel «Personalaufwand»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-118,4	-108,2	10,2	-8,6	Abnahmen: Dienstleistungen und Honorare 4,2 Mio. Franken, Baulicher Unterhalt Grundstücke VV 2,4 Mio. Franken, Material- und Warenaufwand 1,7 Mio. Franken, Nicht aktivierbare Anlagen 1,3 Mio. Franken
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-72,0	-59,8	12,3	-17,0	Abnahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 9,1 Mio. Franken, Mobilien VV 2,6 Mio. Franken, Hochbauten 0,4 Mio. Franken
Finanzaufwand	-12,4	-12,2	0,2	-1,6	Abnahme: Liegenschaftenaufwand FV 0,2 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-5,9	-14,3	-8,4	143,0	Zunahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 8,1 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung 0,3 Mio. Franken
Transferaufwand	-818,0	-810,2	7,8	-1,0	Zunahme: Beiträge an öffentliche Unternehmungen 2,2 Mio. Franken Abnahmen: Beiträge an Kantone und Konkordate 2,1 Mio. Franken, Beiträge an private Haushalte 1,8 Mio. Franken, Beiträge an private Unternehmungen 1,7 Mio. Franken, Abschreibungen Investitionsbeiträge 1,7 Mio. Franken, Beiträge private Organisationen ohne Erwerbszweck 1,4 Mio. Franken, Beiträge an Gemeinden und Gemeindezweckverbände 1,0 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	-82,7	-82,3	0,4	-0,5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-0,2	-0,2	0,0	-1,9	
Interne Verrechnungen	-3,1	-3,1	-0,0	0,2	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Interne Verrechnungen)

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Finanzzahlen

Tabelle 5: Laufende Rechnung - Prozentuale Aufteilung des Ertrages

In Mio. Franken	Rechnung 2013	in % vom Total	Budget 2014	in % vom Total	Rechnung 2014	in % vom Total
Fiskalertrag	646,9	47,2	693,7	51,0	638,5	50,3
Regalien und Konzessionen	11,9	0,9	11,7	0,9	2,2	0,2
Entgelte	66,5	4,8	65,3	4,8	66,5	5,2
Verschiedene Erträge	6,2	0,5	6,9	0,5	6,4	0,5
Finanzertrag	46,2	3,4	43,2	3,2	44,7	3,5
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen						
Transferertrag	452,1	33,0	453,2	33,3	424,3	33,5
Durchlaufende Beiträge	80,7	5,9	82,7	6,1	82,3	6,5
Ausserordentlicher Ertrag	56,7	4,1	0,1	0,0		
Interne Verrechnungen	3,9	0,3	3,1	0,2	3,1	0,2
Total Ertrag	1'371,1	100,0	1'360,0	100,0	1'268,1	100,0

Tabelle 6: Laufende Rechnung - Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	693,7	638,5	-55,2	-8,0	Zunahmen: Direkte Steuern juristische Personen 6.9 Mio. Franken, Übrige direkte Steuern 0.8 Mio. Franken, Motorfahrzeugsteuern 0.2 Mio. Franken Abnahme: Direkte Steuern natürliche Personen 63.1 Mio. Franken
Regalien und Konzessionen	11,7	2,2	-9,5	-81,5	Zunahme: Konzessionen 0.1 Mio. Franken Abnahme: Anteil am Reingewinn der SNB 9.6 Mio. Franken
Entgelte	65,3	66,5	1,2	1,9	Zunahmen: Rückerstattungen Dritter 0.8 Mio. Franken, Übrige Entgelte 0.7 Mio. Franken, Bussen 0.7 Mio. Franken, Schul- und Kursgelder 0.6 Mio. Franken Abnahme: Benützungsgebühren und Dienstleistungen 0.9 Mio. Franken, Gebühren für Amtshandlungen 0.5 Mio. Franken, Spital- und Heimtaxen 0.2 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6,9	6,4	-0,5	-6,6	Zunahme: Beschlagnahmte Vermögenswerte 0.3 Mio. Franken Abnahme: Aktivierbare Projektierungskosten 0.7 Mio. Franken
Finanzertrag	43,2	44,7	1,5	3,5	Zunahmen: Zinsertrag 0.7 Mio. Franken, Gewinne aus Verkäufen von Sachanlagen FV 0.5 Mio. Franken, Liegenschaftenertrag 0.2 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					Keine Entnahme getätigt
Transferertrag	453,2	424,3	-28,9	-6,4	Zunahmen: Anteil an Verrechnungssteuer 1.0 Mio. Franken, Beiträge vom Bund 0.8 Mio. Franken, Entschädigungen vom Bund 0.6 Mio. Franken Abnahme: Anteil an Direkter Bundessteuer 31.5 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	82,7	82,3	-0,4	-0,5	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	0,1		-0,1	-100,0	Abnahme: Reserve für Konjunkturförderung 0.1 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	3,1	3,1	0,0	0,2	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Finanzzahlen

Tabelle 7: Investitionsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Investitionsausgaben	-89,3	-122,6	-114,9	7,7	-6,3
Investitionseinnahmen	12,3	23,8	21,4	-2,3	-9,8
Nettoinvestitionen	-77,0	-98,8	-93,4	5,4	-5,5

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte

In Mio. Franken	Rechnung 2014
Projekte Rechnung 2014 – Top 10	Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb
Gutsbetrieb Chamau	Landerwerb
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung
Zuger Polizei	Polycorn, Ersatz Funksystem
VZ3/ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus
Busbevorzugung	Bauausführungen
Artherstrasse 25, Zug	Sanierung / Umbau
Radwegbauten	Bauausführungen
GIBZ Aufstockung Trakt 1	Brückenangebot KBA
Alle übrigen Projekte	
Total Nettoinvestitionen	-93,4

Tabelle 9: Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'391,6	-1'430,7	-1'407,1	23,7	-1,7
Total Ertrag	1'371,1	1'360,0	1'268,1	-91,9	-6,8
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-20,5	-70,7	-139,0	-68,2	96,5
Zuzüglich Abschreibungen	83,0	83,3	69,3	-14,0	-16,8
Veränderung Spezialfinanzierungen	4,5	5,9	14,3	8,4	143,0
Veränderung Reserven	-56,3	0,0	0,2	0,1	334,6
Finanzierungsbeitrag	10,7	18,5	-55,3	-73,7	-399,3
Abzüglich Nettoinvestitionen	-77,0	-98,8	-93,4	5,4	-5,5
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	-66,4	-80,4	-148,7	-68,3	85,0

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Finanzzahlen

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

In Mio. Franken	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Mio.	Abw. in %
Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)					
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-33,9	-42,9	-39,5	3,5	-8,1
Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen			-0,3	-0,3	
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10,0	-11,3	-9,5	1,7	-15,5
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-30,5	-29,1	-20,0	9,1	-31,2
Wertberichtigungen Darlehen	-0,0				
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen	-8,5				
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen					
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen					
Total Abschreibungen und Wertberichtigungen	-83,0	-83,3	-69,3	14,0	-16,8
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital					
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-4,5	-5,9	-14,3	-8,4	143,0
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					
Veränderung Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-4,5	-5,9	-14,3	-8,4	143,0
Reserven					
Einlagen in Reserven	-0,4	-0,2	-0,2	0,0	-1,9
Entnahmen aus Reserven	56,7	0,1		-0,1	-100,0
Veränderung Reserven	56,3	-0,0	-0,2	-0,1	334,6

Tabelle 11: Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2013	Anteil in %	Per 31.12.2014	Anteil in %	Abw. in Mio.	Abw. in %
Aktiven						
Finanzvermögen (FV)	1'314,6	75,1	1'214,7	72,5	-99,9	-8,2
Verwaltungsvermögen (VV)	436,5	24,9	460,6	27,5	24,1	5,2
Total Aktiven	1'751,1	100,0	1'675,4	100,0	-75,7	-4,5
Passiven						
Fremdkapital (FK)	617,5	35,3	664,9	39,7	47,4	7,1
Eigenkapital (EK)	1'133,6	64,7	1'010,5	60,3	-123,2	-12,2
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	203,1	11,6	217,4	13,0	14,3	6,6
Reserven	436,0	24,9	437,5	26,1	1,5	0,4
Freies Eigenkapital	494,6	28,2	355,6	21,2	-139,0	-39,1
Total Passiven	1'751,1	100,0	1'675,4	100,0	-75,7	-4,5

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Kennzahlen

Laufende Rechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Investitionsrechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

5-Jahresvergleiche

Detailinformationen

Geldflussrechnung

Direkte Methode

Fonds «Geld»: Kassa-, Post- und Bankguthaben, Festgelder < 3 Monate sowie Debit- und Kreditkarten	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit			
+ Liquiditätswirksame Erträge	3'489'843'469	3'598'881'789	3'409'943'180
davon Steuererträge brutto	3'171'984'262	3'224'128'319	3'105'071'319
davon übrige Erträge	317'859'207	374'753'470	304'871'861
- Liquiditätswirksame Aufwände	-3'385'476'077	-3'748'695'801	-3'469'785'054
davon Personalaufwand	-287'783'400	-307'343'025	-316'183'719
davon Steuerrückerstattungen und -ablieferungen brutto (Steuerpflichtige/Gemeinden/Bund)	-2'207'209'699	-2'467'436'656	-2'211'855'321
davon übrige Aufwände	-890'482'978	-973'916'120	-941'746'014
= Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit	104'367'392	-149'814'012	-59'841'874
Cash Flow aus Investitionstätigkeit			
+ Liquiditätswirksame Einnahmen der Investitionsrechnung	18'753'790	7'557'917	5'515'500
- Liquiditätswirksame Ausgaben der Investitionsrechnung	-77'557'155	-92'136'396	-96'309'003
= Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-58'803'366	-84'578'479	-90'793'503
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit			
+ Finanzeinnahmen (Zinserträge, Rückzahlung Festgelder > 3 Mt.)	353'643'906	273'792'810	675'235'188
- Finanzausgaben (Anlage Festgelder > 3 Mt., Zinszahlungen)	-346'364'500	-329'441'399	-367'282'517
= Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	7'279'406	-55'648'589	307'952'671
Geldfluss Fonds «Geld»			
plus = Zunahme Liquidität, minus = Abnahme Liquidität	52'843'433	-290'041'080	157'317'294

Nachweis Bilanz¹⁾

Kassa-, Post- und Bankguthaben, Festgelder < 3 Monate sowie Debit- und Kreditkarten per 1. Januar	608'684'135	661'527'568	371'487'548
Kassa-, Post- und Bankguthaben, Festgelder < 3 Monate sowie Debit- und Kreditkarten per 31. Dezember	661'527'568	371'486'488	528'804'842
Veränderung Fonds «Geld»	52'843'433	-290'041'080	157'317'294

¹⁾ Debit- und Kreditkarten ab 2014 enthalten

Zusatzinformation:

Veränderung Festgelder > 3 Monate	50'000'000	110'000'000	-250'000'000
Cash Flow Kanton Zug inkl. Festgelder > 3 Monate	102'843'433	-180'041'080	-92'682'706

Die Rechnung zeigt den effektiven Brutto-Geldfluss auf. So sind z. B. bei den Steuererträgen alle Zahlungen der Steuerpflichtigen sowie bei den Steuerrückerstattungen und -ablieferungen alle Zahlungen an die Steuerpflichtigen, Gemeinden und Bund aufgeführt. Die Abweichungen zu der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung sind durch nicht liquiditätswirksame Buchungen und zeitliche Abgrenzungen zu begründen.

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Kennzahlen

Nettoschuld I in Franken pro Einwohner	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<u>Nettoschulden I</u> Einwohner des Kantons Zug per 31.12.	-6'127	-6'473	-6'393	-5'778	-4'655

Richtwerte:

< 0 Fr. = Nettovermögen, 0–1'000 Fr. = geringe Verschuldung, 1'001–2'500 Fr. = mittlere Verschuldung

Aussage:

Werte kleiner Null zeigen ein Nettovermögen auf.

Bemerkung:

Einwohnerzahl bis 2013 = wirtschaftliche Wohnbevölkerung, ab 2014 ständige Wohnbevölkerung Vorjahr

Bruttoverschuldungsanteil	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<u>Bruttoschulden x 100</u> Laufender Ertrag	46,6 %	49,7 %	52,6 %	44,4 %	48,8 %

Richtwerte:

< 50 % = sehr gut, 50–100 % = gut, 100–150 % = mittel, 150–200 % = schlecht, > 200 % = kritisch

Aussage:

Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. zur Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zum laufenden Ertrag steht.

Nettoverschuldungsquotient	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<u>Nettoschulden I</u> Fiskalertrag	-117,9 %	-107,9 %	-118,7 %	-107,8 %	-86,1 %

Richtwerte:

< 100 % = gut, 100–150 % = genügend, > 150 % = schlecht

Aussage:

Welcher Anteil der Fiskalerträge wäre erforderlich, um die Nettoschuld abzutragen.

Selbstfinanzierungsgrad	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<u>Selbstfinanzierung x 100</u> Nettoinvestitionen	110,1 %	159,2 %	105,5 %	13,9 %	-59,2 %

Richtwerte:

100 % = anzustrebende Zielgrösse, > 100 % = Zunahme der liquiden Mittel, < 100 % = Abnahme der liquiden Mittel

Aussage:

Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
<u>Selbstfinanzierung x 100</u> Laufender Ertrag	8,7 %	14,6 %	6,8 %	0,9 %	-4,7 %

Richtwerte:

> 20 % = gut, 10–20 % = mittel, < 10 % = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Nettoinvestitionen aufwenden kann.

Detailinformationen

Kennzahlen

Investitionsanteil	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Gesamtausgaben}}$	9,5 %	10,7 %	8,2 %	6,6 %	8,3 %

Richtwerte:

< 7,5 % = schwache Investitionstätigkeit, > 7,5 % = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

Aussage:

Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

Zinsbelastungsanteil	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
$\frac{\text{Nettozinsaufwand} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	-0,3 %	0,0 %	-0,7 %	-0,6 %	-0,4 %

Richtwerte:

bis 4 % = gut, 4–9 % = genügend, > 9 % = schlecht

Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist.

Kapitaldienstanteil	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
$\frac{\text{Kapitaldienst} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	4,3 %	4,4 %	4,8 %	5,5 %	5,4 %

Richtwerte:

bis 5 % = geringe Belastung, 5–15 % = tragbare Belastung, > 15 % = hohe Belastung

Aussage:

Mass für die Belastung des Finanzhaushaltes durch den Nettozinsaufwand und die Abschreibungen.

Die Kennzahlen ab Rechnung 2012 sind gemäss der überarbeiteten HRM2-Fachempfehlung 18 (Ausgabe 2013) berechnet. Damit ergeben sich Abweichungen gegenüber früher publizierten Zahlen.

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
10	Gesetzgebende Behörden					
	Aufwand	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'144'432.95	-67'632.95	6,3
	Ertrag					
	Saldo	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'144'432.95	-67'632.95	6,3
11	Allgemeine Verwaltung					
	Aufwand	-14'355'429.39	-14'788'790	-14'490'970.54	297'819.46	-2,0
	Ertrag	3'264'380.40	3'247'850	3'183'202.30	-64'647.70	-2,0
	Saldo	-11'091'048.99	-11'540'940	-11'307'768.24	233'171.76	-2,0
15	Direktion des Innern					
	Aufwand	-89'202'315.78	-96'367'050	-92'529'411.35	3'837'638.65	-4,0
	Ertrag	23'324'405.13	23'457'500	21'926'552.41	-1'530'947.59	-6,5
	Saldo	-65'877'910.65	-72'909'550	-70'602'858.94	2'306'691.06	-3,2
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Aufwand	-221'722'259.41	-227'129'850	-227'993'833.59	-863'983.59	0,4
	Ertrag	18'731'655.32	17'209'900	19'081'636.45	1'871'736.45	10,9
	Saldo	-202'990'604.09	-209'919'950	-208'912'197.14	1'007'752.86	-0,5
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Aufwand	-223'904'212.46	-230'861'580	-227'717'172.92	3'144'407.08	-1,4
	Ertrag	97'303'248.11	97'264'095	97'193'572.18	-70'522.44	-0,1
	Saldo	-126'600'964.35	-133'597'485	-130'523'600.74	3'073'884.64	-2,3
30	Baudirektion					
	Aufwand	-107'382'924.71	-113'651'899	-107'260'396.36	6'391'502.64	-5,6
	Ertrag	55'265'920.67	54'541'925	54'716'713.84	174'788.84	0,3
	Saldo	-52'117'004.04	-59'109'974	-52'543'682.52	6'566'291.48	-11,1
35	Sicherheitsdirektion					
	Aufwand	-76'376'402.67	-78'500'952	-77'567'775.40	933'176.60	-1,2
	Ertrag	20'407'901.89	20'714'500	21'443'914.09	729'414.09	3,5
	Saldo	-55'968'500.78	-57'786'452	-56'123'861.31	1'662'590.69	-2,9
40	Gesundheitsdirektion					
	Aufwand	-152'497'585.69	-167'199'600	-163'092'016.45	4'107'583.55	-2,5
	Ertrag	38'193'953.00	39'399'100	39'259'107.47	-139'992.53	-0,4
	Saldo	-114'303'632.69	-127'800'500	-123'832'908.98	3'967'591.02	-3,1
50	Finanzdirektion					
	Aufwand	-474'384'158.15	-472'113'600	-463'859'895.34	8'253'704.66	-1,7
	Ertrag	1'105'258'549.38	1'095'496'500	1'001'861'713.35	-93'634'786.65	-8,5
	Saldo	630'874'391.23	623'382'900	538'001'818.01	-85'381'081.99	-13,7
61	Richterliche Behörden					
	Aufwand	-30'687'610.67	-29'045'200	-31'421'709.47	-2'376'509.47	8,2
	Ertrag	9'353'447.17	8'660'300	9'418'159.34	757'859.34	8,8
	Saldo	-21'334'163.50	-20'384'900	-22'003'550.13	-1'618'650.13	7,9
	Total Kanton					
	Aufwand	-1'391'607'496.93	-1'430'735'321	-1'407'077'614.37	23'657'706.63	-1,7
	Ertrag	1'371'103'461.07	1'359'991'670	1'268'084'571.43	-91'907'098.19	-6,8
	Saldo	-20'504'035.86	-70'743'651	-138'993'042.94	-68'249'391.56	96,5

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kantonsrat	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'144'432.95	-67'632.95	6,3
10	Gesetzgebende Behörden	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'144'432.95	-67'632.95	6,3
1100	Regierungsrat	-3'445'571.84	-3'249'200	-3'252'882.57	-3'682.57	0,1
1120	Staatskanzlei	-6'950'269.00	-5'532'840	-5'406'016.65	126'823.35	-2,3
1126	Staatsarchiv		-1'962'750	-1'897'961.30	64'788.70	-3,3
1128	Ombudsstelle	-299'237.38	-338'650	-305'183.18	33'466.82	-9,9
1129	Datenschutz	-395'970.77	-457'500	-445'724.54	11'775.46	-2,6
11	Allgemeine Verwaltung	-11'091'048.99	-11'540'940	-11'307'768.24	233'171.76	-2,0
1500	Direktionssekretariat	-2'738'448.01	-2'940'050	-2'910'499.69	29'550.31	-1,0
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'456'743.96	-1'482'100	-1'289'231.75	192'868.25	-13,0
1530	Amt für Wald und Wild	-4'318'452.66	-4'972'200	-4'835'690.10	136'509.90	-2,7
1550	Sozialamt	-45'168'126.82	-50'349'100	-48'444'643.47	1'904'456.53	-3,8
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'599'504.42	-6'168'900	-5'982'840.41	186'059.59	-3,0
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-6'596'634.78	-6'997'200	-7'139'953.52	-142'753.52	2,0
15	Direktion des Innern	-65'877'910.65	-72'909'550	-70'602'858.94	2'306'691.06	-3,2
1700	Direktionssekretariat	-36'099'529.20	-31'801'300	-32'140'177.10	-338'877.10	1,1
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-4'026'825.09	-8'870'500	-7'941'224.05	929'275.95	-10,5
1733	Kantonsschule Zug	-38'077'947.55	-39'210'800	-39'144'456.32	66'343.68	-0,2
1734	Kantonsschule Menzingen	-7'681'702.98	-7'833'600	-8'350'107.55	-516'507.55	6,6
1736	Fachmittelschule	-4'433'072.93	-5'039'900	-4'814'876.27	225'023.73	-4,5
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-102'450'482.57	-104'174'950	-103'905'609.17	269'340.83	-0,3
1777	Amt für Berufsberatung	-1'956'482.69	-4'294'600	-4'338'129.08	-43'529.08	1,0
1780	Amt für Sport	-1'410'018.94	-1'441'500	-1'372'642.65	68'857.35	-4,8
1790	Amt für Kultur	-6'854'542.14	-7'252'800	-6'904'974.95	347'825.05	-4,8
17	Direktion für Bildung und Kultur	-202'990'604.09	-209'919'950	-208'912'197.14	1'007'752.86	-0,5
2000	Direktionssekretariat	-1'802'051.59	-1'875'050	-1'737'644.22	137'405.78	-7,3
2011	Amt für Berufsbildung	-16'252'277.75	-17'705'220	-15'334'515.53	2'370'704.47	-13,4
2012	Amt für Brückenangebote	-4'683'173.32	-4'970'000	-4'613'687.14	356'312.86	-7,2
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'168'271.98	-20'141'070	-19'560'243.74	580'826.26	-2,9
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'049'279.24	-2'101'750	-2'108'008.91	-6'258.91	0,3
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-11'372'453.99	-12'589'900	-12'220'126.01	369'773.99	-2,9
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'651'830.54	-5'025'225	-4'918'589.51	106'635.87	-2,1
2031	Arbeitslosenkasse	-1'212'922.60	-1'348'700	-1'264'778.00	83'922.00	-6,2
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'265'161.88	-30'696'080	-30'531'246.41	164'833.59	-0,5
2040	Sozialversicherungen	-31'243'091.98	-33'640'000	-34'582'482.18	-942'482.18	2,8
2050	Landwirtschaftsamt	-2'667'478.09	-2'736'800	-2'538'308.89	198'491.11	-7,3
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'743'295.30	-2'413'690	-2'595'466.65	-181'776.65	7,5
2070	Handelsregisteramt	2'382'569.09	2'541'700	2'495'475.69	-46'224.31	-1,8
2071	Konkursamt	-872'245.18	-895'700	-1'013'979.24	-118'279.24	13,2
20	Volkswirtschaftsdirektion	-126'600'964.35	-133'597'485	-130'523'600.74	3'073'884.64	-2,3
3000	Direktionssekretariat	-2'400'381.86	-2'348'050	-2'349'824.70	-1'774.70	0,1
3020	Tiefbauamt	-3'072'608.49	-4'348'300	-3'424'326.54	923'973.46	-21,2
3023	Strassenunterhalt	-13'060'925.71	-13'840'100	-12'892'695.01	947'404.99	-6,8
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-3'892'775.89	-3'934'200	-3'922'998.49	11'201.51	-0,3
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-24'736'479.38	-28'824'624	-24'533'161.13	4'291'462.87	-14,9
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3080	Amt für Raumplanung	-4'953'832.71	-5'814'700	-5'420'676.65	394'023.35	-6,8
30	Baudirektion	-52'117'004.04	-59'109'974	-52'543'682.52	6'566'291.48	-11,1

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3500	Direktionssekretariat	-2'088'289.78	-2'453'700	-2'314'584.78	139'115.22	-5,7
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'054'632.38	-2'379'500	-2'156'155.96	223'344.04	-9,4
3541	Stabsstelle Notorganisation	-85'889.78	-133'300	-105'391.10	27'908.90	-20,9
3581	Strassenverkehrsamt	1'575'162.84	2'676'300	2'301'176.80	-375'123.20	-14,0
3587	Amt für Feuerschutz	-231'136.40	-221'152	-257'310.40	-36'158.40	16,4
3590	Zuger Polizei	-44'322'562.79	-45'701'600	-44'685'865.34	1'015'734.66	-2,2
3592	Amt für Migration	-1'266'113.71	-1'560'300	-1'417'324.93	142'975.07	-9,2
3595	Strafanstalt	-2'488'775.28	-2'592'150	-2'806'344.28	-214'194.28	8,3
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-5'006'263.50	-5'421'050	-4'682'061.32	738'988.68	-13,6
35	Sicherheitsdirektion	-55'968'500.78	-57'786'452	-56'123'861.31	1'662'590.69	-2,9
4000	Direktionssekretariat	-23'172'224.25	-26'028'300	-23'910'366.12	2'117'933.88	-8,1
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'720'776.39	-2'847'100	-2'774'834.61	72'265.39	-2,5
4021	Rettungsdienst	-2'115'944.77	-2'652'200	-2'669'574.14	-17'374.14	0,7
4030	Spitäler	-79'796'403.29	-88'450'000	-87'276'240.75	1'173'759.25	-1,3
4055	Gesundheitsamt	-2'815'796.28	-3'451'100	-3'140'189.02	310'910.98	-9,0
4060	Medizinalamt	-2'016'676.19	-2'376'000	-2'266'125.25	109'874.75	-4,6
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'665'811.52	-1'995'800	-1'795'579.09	200'220.91	-10,0
40	Gesundheitsdirektion	-114'303'632.69	-127'800'500	-123'832'908.98	3'967'591.02	-3,1
5000	Direktionssekretariat	-1'983'027.08	-2'209'300	-2'183'626.21	25'673.79	-1,2
5001	Finanzkontrolle	-621'292.33	-690'000	-670'994.27	19'005.73	-2,8
5010	Personalamt	-1'225'185.33	-1'322'700	-1'355'538.35	-32'838.35	2,5
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-4'897'246.60	-8'583'100	-6'076'622.38	2'506'477.62	-29,2
5020	Finanzverwaltung	-1'534'133.12	-1'749'200	-1'658'325.21	90'874.79	-5,2
5022	Allgemeiner Finanzbereich	54'281'517.21	-8'086'100	-9'969'341.79	-1'883'241.79	23,3
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-237'157'230.00	-243'614'100	-243'607'225.00	6'875.00	-0,0
5050	Amt für Informatik und Organisation	-8'709'524.23	-9'677'000	-9'641'360.41	35'639.59	-0,4
5060	Steuerverwaltung	-14'192'067.64	-15'648'600	-15'682'055.01	-33'455.01	0,2
5065	Kantonssteuern	604'058'766.57	649'400'000	593'710'042.81	-55'689'957.19	-8,6
5068	Bundessteuern	242'853'813.78	265'563'000	235'136'863.83	-30'426'136.17	-11,5
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	0.00	0.00	
50	Finanzdirektion	630'874'391.23	623'382'900	538'001'818.01	-85'381'081.99	-13,7
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'197'528.95	-5'288'400	-5'577'793.25	-289'393.25	5,5
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'312'244.70	2'576'000	2'199'223.65	-376'776.35	-14,6
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'884'885.97	-1'968'900	-1'934'578.87	34'321.13	-1,7
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-1'104'751.38	-709'000	-957'197.93	-248'197.93	35,0
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'755'664.63	-4'997'200	-4'927'757.90	69'442.10	-1,4
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	481'428.70	348'500	250'966.75	-97'533.25	-28,0
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-739'748.90	-229'000	-167'878.00	61'122.00	-26,7
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	58'358.95	82'000	-6'986.25	-88'986.25	-108,5
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'156'582.55	-8'059'100	-8'391'004.77	-331'904.77	4,1
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	168'775.83	665'000	177'514.22	-487'485.78	-73,3
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'417'411.07	-2'584'850	-2'632'145.39	-47'295.39	1,8
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	-8'387.95	27'000	91'540.45	64'540.45	239,0
6183	Schätzungskommission	-90'010.28	-246'950	-127'452.84	119'497.16	-48,4
61	Richterliche Behörden	-21'334'163.50	-20'384'900	-22'003'550.13	-1'618'650.13	7,9
	Total Kanton	-20'504'035.86	-70'743'651	-138'993'042.94	-68'249'391.56	96,5

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-8'561'789.37	-8'729'050	-8'873'529.93	-144'479.93	1,7
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-171'801'118.43	-179'064'000	-176'436'826.75	2'627'173.25	-1,5
302	Löhne Lehrpersonal	-67'489'101.35	-68'520'200	-68'054'201.95	465'998.05	-0,7
304	Zulagen	-3'265'178.61	-3'468'900	-3'388'954.47	79'945.53	-2,3
305	Arbeitgeberbeiträge	-46'972'576.50	-51'766'600	-53'252'304.95	-1'485'704.95	2,9
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-1'284'556.70	-1'149'500	-2'505'222.95	-1'355'722.95	117,9
309	Übriger Personalaufwand	-4'277'224.12	-5'330'990	-4'281'975.56	1'049'014.44	-19,7
30	Personalaufwand	-303'651'545.08	-318'029'240	-316'793'016.56	1'236'223.44	-0,4
310	Material- und Warenaufwand	-11'178'715.40	-11'953'830	-10'256'068.80	1'697'761.20	-14,2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-6'452'796.03	-8'316'272	-7'010'817.97	1'305'454.03	-15,7
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	-3'905'363.94	-3'939'730	-3'534'670.17	405'059.83	-10,3
313	Dienstleistungen und Honorare	-31'716'931.02	-36'554'060	-32'317'558.05	4'236'501.95	-11,6
314	Baulicher / betrieblicher Unterhalt Grundstücke VV	-21'944'409.07	-23'137'450	-20'749'943.17	2'387'506.83	-10,3
315	Unterhalt Mobilien	-9'519'389.83	-11'151'090	-10'356'167.98	794'922.02	-7,1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'461'874.30	-10'839'431	-10'842'312.84	-2'881.84	0,0
317	Spesenentschädigungen	-2'400'833.53	-2'550'300	-2'456'077.38	94'222.62	-3,7
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-4'847'201.49	-5'361'000	-5'744'000.13	-383'000.13	7,1
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'607'563.79	-4'595'526	-4'942'672.01	-347'146.01	7,6
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-107'035'078.40	-118'398'689	-108'210'288.50	10'188'400.50	-8,6
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-64'405'381.19	-72'030'000	-59'762'226.27	12'267'773.73	-17,0
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64'405'381.19	-72'030'000	-59'762'226.27	12'267'773.73	-17,0
340	Zinsaufwand	-27'803.15	-35'000	-19'098.00	15'902.00	-45,4
341	Realisierte Kursverluste	-96'549.33		-5'243.47	-5'243.47	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-917'134.90	-1'085'952	-878'179.01	207'772.99	-19,1
349	Verschiedener Finanzaufwand	-10'621'290.66	-11'250'000	-11'265'509.22	-15'509.22	0,1
34	Finanzaufwand	-11'662'778.04	-12'370'952	-12'168'029.70	202'922.30	-1,6
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-4'487'495.11	-5'882'740	-14'292'656.63	-8'409'916.63	143,0
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-4'487'495.11	-5'882'740	-14'292'656.63	-8'409'916.63	143,0
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-9'862'659.45	-9'315'500	-9'253'371.10	62'128.90	-0,7
362	Finanz- und Lastenausgleich	-366'749'892.00	-354'578'200	-354'571'345.00	6'855.00	-0,0
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-420'124'588.28	-442'852'000	-436'895'946.47	5'956'053.53	-1,3
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-36'889.00				
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-4'000	-4'000.00	0.00	0,0
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10'010'277.82	-11'252'000	-9'505'050.26	1'746'949.74	-15,5
36	Transferaufwand	-806'788'306.55	-818'001'700	-810'229'712.83	7'771'987.17	-1,0

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
370	Durchlaufende Beiträge	-80'720'513.00	-82'707'800	-82'305'212.55	402'587.45	-0,5
37	Durchlaufende Beiträge	-80'720'513.00	-82'707'800	-82'305'212.55	402'587.45	-0,5
383	Zusätzliche Abschreibungen	-8'529'000.00				
389	Einlagen in das Eigenkapital	-444'263.14	-171'100	-167'869.76	3'230.24	-1,9
38	Ausserordentlicher Aufwand	-8'973'263.14	-171'100	-167'869.76	3'230.24	-1,9
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'229'701.53	-1'250'000	-1'307'433.05	-57'433.05	4,6
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	-33'603.40	-32'500	-33'512.55	-1'012.55	3,1
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-806'853.20		-469'217.27	-469'217.27	
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen / Finanzaufwand	-1'028'910.18	-1'070'600	-636'999.49	433'600.51	-40,5
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-445'374.31	-430'000	-401'212.36	28'787.64	-6,7
399	Übrige Interne Verrechnungen	-338'693.80	-360'000	-300'226.85	59'773.15	-16,6
39	Interne Verrechnungen	-3'883'136.42	-3'143'100	-3'148'601.57	-5'501.57	0,2
3	Aufwand	-1'391'607'496.93	-1'430'735'321	-1'407'077'614.37	23'657'706.63	-1,7

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
400	Direkte Steuern natürliche Personen	398'541'506.90	458'600'000	395'511'169.45	-63'088'830.55	-13,8
401	Direkte Steuern juristische Personen	211'960'252.35	203'100'000	210'000'091.95	6'900'091.95	3,4
402	Übrige direkte Steuern	6'922'060.10	2'000'000	2'755'386.22	755'386.22	37,8
403	Besitz- und Aufwandsteuern	29'492'538.20	30'000'000	30'185'825.85	185'825.85	0,6
40	Fiskalertrag	646'916'357.55	693'700'000	638'452'473.47	-55'247'526.53	-8,0
410	Regalien	302'692.70	281'300	272'335.35	-8'964.65	-3,2
411	Schweiz. Nationalbank	9'613'984.00	9'614'000		-9'614'000.00	-100,0
412	Konzessionen	1'881'688.85	1'710'200	1'836'574.95	126'374.95	7,4
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten	52'541.00	53'000	52'571.35	-428.65	-0,8
41	Regalien und Konzessionen	11'850'906.55	11'658'500	2'161'481.65	-9'497'018.35	-81,5
420	Ersatzabgaben	1'010'169.00	990'000	980'227.00	-9'773.00	-1,0
421	Gebühren für Amtshandlungen	27'884'448.02	28'543'200	28'047'158.72	-496'041.28	-1,7
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	998'626.99	820'000	652'905.53	-167'094.47	-20,4
423	Schul- und Kursgelder	6'229'934.07	5'796'500	6'365'168.02	568'668.02	9,8
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	8'538'803.05	8'844'600	7'902'334.80	-942'265.20	-10,7
425	Erlös aus Verkäufen	2'734'465.72	2'554'950	2'624'529.63	69'579.63	2,7
426	Rückerstattungen	10'207'443.49	9'183'658	9'964'398.11	780'740.11	8,5
427	Bussen	6'752'258.88	6'663'500	7'356'198.26	692'698.26	10,4
429	Übrige Entgelte	2'110'711.20	1'913'800	2'648'874.18	735'074.18	38,4
42	Entgelte	66'466'860.42	65'310'208	66'541'794.25	1'231'586.25	1,9
430	Verschiedene betriebliche Erträge	132'400.13	75'000	329'760.85	254'760.85	339,7
431	Aktivierung Eigenleistungen	5'968'000.00	6'764'000	6'035'100.00	-728'900.00	-10,8
432	Bestandesveränderungen	4'950.00	2'000	11'475.00	9'475.00	473,8
439	Übriger Ertrag	70'568.16	59'000	71'254.01	12'254.01	20,8
43	Verschiedene Erträge	6'175'918.29	6'900'000	6'447'589.86	-452'410.14	-6,6
440	Zinsertrag	7'449'104.95	4'582'900	5'129'098.79	546'198.79	11,9
441	Realisierte Gewinne FV	36'544.00		544'594.00	544'594.00	
442	Beteiligungsertrag FV	738'000.00	738'000	813'000.00	75'000.00	10,2
443	Liegenschaftenertrag FV	1'107'174.25	1'103'330	1'218'888.30	115'558.30	10,5
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'527'568.15	28'498'000	28'541'827.95	43'827.95	0,2
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	6'000.00	6'000		-6'000.00	-100,0
447	Liegenschaftenertrag VV	7'780'785.29	7'706'337	7'871'849.64	165'512.64	2,1
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften	569'987.05	567'200	601'224.90	34'024.90	6,0
44	Finanzertrag	46'215'163.69	43'201'767	44'720'483.58	1'518'716.58	3,5
460	Ertragsanteile	253'733'238.37	276'425'100	245'673'929.28	-30'751'170.72	-11,1
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	16'322'972.70	15'826'900	16'586'628.84	759'728.84	4,8
462	Finanz- und Lastenausgleich	129'592'662.00	110'964'100	110'964'120.00	20.00	0,0
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	52'439'098.46	49'972'720	50'943'491.53	970'771.53	1,9
469	Verschiedener Transferertrag	45'243.15	49'000	138'764.85	89'764.85	183,2
46	Transferertrag	452'133'214.68	453'237'820	424'306'934.50	-28'930'885.50	-6,4

Detailinformationen
Laufende Rechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
470	Durchlaufende Beiträge	80'720'513.00	82'707'800	82'305'212.55	-402'587.45	-0,5
47	Durchlaufende Beiträge	80'720'513.00	82'707'800	82'305'212.55	-402'587.45	-0,5
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	56'741'390.47	132'475		-132'474.62	-100,0
48	Ausserordentlicher Ertrag	56'741'390.47	132'475		-132'474.62	-100,0
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1'229'701.53	1'250'000	1'307'433.05	57'433.05	4,6
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	33'603.40	32'500	33'512.55	1'012.55	3,1
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	806'853.20		469'217.27	469'217.27	
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen / Finanzaufwand	1'028'910.18	1'070'600	636'999.49	-433'600.51	-40,5
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	445'374.31	430'000	401'212.36	-28'787.64	-6,7
499	Übrige Interne Verrechnungen	338'693.80	360'000	300'226.85	-59'773.15	-16,6
49	Interne Verrechnungen	3'883'136.42	3'143'100	3'148'601.57	5'501.57	0,2
4	Ertrag	1'371'103'461.07	1'359'991'670	1'268'084'571.43	-91'907'098.19	-6,8

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Total pro Direktion

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
11	Allgemeine Verwaltung					
	Ausgaben	-48'702.60	-256'000	-128'714.40	127'285.60	-49,7
	Einnahmen			8'500.00	8'500.00	
	Saldo	-48'702.60	-256'000	-120'214.40	135'785.60	-53,0
15	Direktion des Innern					
	Ausgaben	-2'248'007.08	-5'877'000	-2'676'483.85	3'200'516.15	-54,5
	Einnahmen	1'454'891.80	497'500	465'953.66	-31'546.34	-6,3
	Saldo	-793'115.28	-5'379'500	-2'210'530.19	3'168'969.81	-58,9
17	Direktion für Bildung und Kultur					
	Ausgaben	-854'884.75	-1'664'000	-1'413'128.79	250'871.21	-15,1
	Einnahmen	350'719.35	400'000	363'163.46	-36'836.54	-9,2
	Saldo	-504'165.40	-1'264'000	-1'049'965.33	214'034.67	-16,9
20	Volkswirtschaftsdirektion					
	Ausgaben	-10'365'534.49	-11'860'000	-5'897'390.90	5'962'609.10	-50,3
	Einnahmen	3'614'776.50	4'500'000	3'881'821.25	-618'178.75	-13,7
	Saldo	-6'750'757.99	-7'360'000	-2'015'569.65	5'344'430.35	-72,6
30	Baudirektion					
	Ausgaben	-67'894'516.28	-81'554'000	-89'111'323.01	-7'557'323.01	9,3
	Einnahmen	6'070'475.96	16'035'000	16'293'133.95	258'133.95	1,6
	Saldo	-61'824'040.32	-65'519'000	-72'818'189.06	-7'299'189.06	11,1
35	Sicherheitsdirektion					
	Ausgaben	-4'242'744.65	-13'174'200	-6'989'752.14	6'184'447.86	-46,9
	Einnahmen	578'643.85	2'000'000	220'000.00	-1'780'000.00	-89,0
	Saldo	-3'664'100.80	-11'174'200	-6'769'752.14	4'404'447.86	-39,4
40	Gesundheitsdirektion					
	Ausgaben	-1'083'396.08	-3'830'000	-1'034'799.76	2'795'200.24	-73,0
	Einnahmen		5'000	5'000.00	0.00	0,0
	Saldo	-1'083'396.08	-3'825'000	-1'029'799.76	2'795'200.24	-73,1
50	Finanzdirektion					
	Ausgaben	-2'582'350.69	-4'385'000	-7'605'390.04	-3'220'390.04	73,4
	Einnahmen	212'974.60	340'000	211'150.65	-128'849.35	-37,9
	Saldo	-2'369'376.09	-4'045'000	-7'394'239.39	-3'349'239.39	82,8
	Total Kanton					
	Ausgaben	-89'320'136.62	-122'600'200	-114'856'982.89	7'743'217.11	-6,3
	Einnahmen	12'282'482.06	23'777'500	21'448'722.97	-2'328'777.03	-9,8
	Saldo	-77'037'654.56	-98'822'700	-93'408'259.92	5'414'440.08	-5,5

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-48'702.60		-69'065.60	-69'065.60	
1126	Staatsarchiv	0.00	-256'000	-51'148.80	204'851.20	-80,0
11	Allgemeine Verwaltung	-48'702.60	-256'000	-120'214.40	135'785.60	-53,0
1500	Direktionssekretariat	546'789.95				
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	160'590.02	-1'590'000	-296'411.09	1'293'588.91	-81,4
1530	Amt für Wald und Wild	-681'228.90	-1'554'500	-501'398.05	1'053'101.95	-67,7
1550	Sozialamt	-792'251.35	-2'215'000	-1'392'397.00	822'603.00	-37,1
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	12'960.00				
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-39'975.00	-20'000	-20'324.05	-324.05	1,6
15	Direktion des Innern	-793'115.28	-5'379'500	-2'210'530.19	3'168'969.81	-58,9
1700	Direktionssekretariat	7'719.35				
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-42'023.49				
1733	Kantonsschule Zug	-422'508.31	-1'366'000	-1'065'321.01	300'678.99	-22,0
1734	Kantonsschule Menzingen	-47'352.95	-60'000	-60'365.90	-365.90	0,6
1777	Amt für Berufsberatung		220'000	128'163.46	-91'836.54	-41,7
1790	Amt für Kultur		-58'000	-52'441.88	5'558.12	-9,6
17	Direktion für Bildung und Kultur	-504'165.40	-1'264'000	-1'049'965.33	214'034.67	-16,9
2000	Direktionssekretariat	-53'305.90	-1'000'000	-888'137.15	111'862.85	-11,2
2011	Amt für Berufsbildung			-300'000.00	-300'000.00	
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-558'574.59	-260'000	-256'814.90	3'185.10	-1,2
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-73'429.20	-110'000	-127'726.50	-17'726.50	16,1
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-3'162'207.80	-3'420'000	-474'801.60	2'945'198.40	-86,1
2050	Landwirtschaftsamt	-2'663'240.50	-1'070'000	31'910.50	1'101'910.50	-103,0
2065	Amt für Wohnungswesen	-240'000.00	-1'500'000		1'500'000.00	-100,0
20	Volkswirtschaftsdirektion	-6'750'757.99	-7'360'000	-2'015'569.65	5'344'430.35	-72,6
3000	Direktionssekretariat	-1'854'667.90	-1'400'000	-239'358.50	1'160'641.50	-82,9
3020	Tiefbauamt	-46'965'333.24	-41'774'000	-27'591'770.73	-14'182'229.27	-33,9
3023	Strassenunterhalt		-400'000	-348'129.10	51'870.90	-13,0
3032	Nationalstrassen	-925.44				
3050	Amt für Umweltschutz	-1'175'521.35	1'250'000	1'531'524.82	281'524.82	22,5
3060	Hochbauamt	-11'801'298.23	-22'667'000	-46'140'561.84	-23'473'561.84	103,6
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-3'374.31		-1'212.36	-1'212.36	
3080	Amt für Raumplanung	-22'919.85	-528'000	-28'681.35	499'318.65	-94,6
30	Baudirektion	-61'824'040.32	-65'519'000	-72'818'189.06	-7'299'189.06	11,1
3541	Stabsstelle Notorganisation		-400'000	-282'211.89	117'788.11	-29,4
3581	Strassenverkehrsamt	18'643.85	-449'000	-481'106.64	-32'106.64	7,2
3587	Amt für Feuerschutz	-100'824.15	-35'200	-77'733.30	-42'533.30	120,8
3590	Zuger Polizei	-3'581'920.50	-10'290'000	-5'928'700.31	4'361'299.69	-42,4
35	Sicherheitsdirektion	-3'664'100.80	-11'174'200	-6'769'752.14	4'404'447.86	-39,4
4005	Amt für Verbraucherschutz	-142'972.43	-240'000	-233'896.00	6'104.00	-2,5
4021	Rettungsdienst	-516'222.85	-485'000	-720'102.51	-235'102.51	48,5
4030	Spitäler	-424'200.80	-3'000'000	4'778.15	3'004'778.15	-100,2
4060	Medizinalamt		-100'000	-80'579.40	19'420.60	-19,4
40	Gesundheitsdirektion	-1'083'396.08	-3'825'000	-1'029'799.76	2'795'200.24	-73,1
5000	Direktionssekretariat	-28'545.20	-100'000	-24'300.00	75'700.00	-75,7
5010	Personalamt	-173'754.96				
5020	Finanzverwaltung	-50'982.35	-605'000	-346'814.00	258'186.00	-42,7
5022	Allgemeiner Finanzbereich	7'095.60	3'000'000	11'827.65	-2'988'172.35	-99,6
5050	Amt für Informatik und Organisation	-1'343'844.90	-4'420'000	-5'479'464.19	-1'059'464.19	24,0
5060	Steuerverwaltung	-779'344.28	-1'920'000	-1'555'488.85	364'511.15	-19,0
50	Finanzdirektion	-2'369'376.09	-4'045'000	-7'394'239.39	-3'349'239.39	82,8
61	Richterliche Behörden					
	Total Kanton	-77'037'654.56	-98'822'700	-93'408'259.92	5'414'440.08	-5,5

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
500	Grundstücke unbebaut	-1'536.20				
501	Strassen / Verkehrswege	-43'957'303.64	-45'359'000	-33'912'998.70	11'446'001.30	-25,2
502	Wasserbau	-3'596'892.50	-7'690'000	-5'394'854.90	2'295'145.10	-29,8
503	Übriger Tiefbau	-2'294'687.75	-300'000	-348'913.48	-48'913.48	16,3
504	Hochbauten	-13'555'253.14	-22'467'000	-45'891'772.90	-23'424'772.90	104,3
505	Waldungen		-30'000		30'000.00	-100,0
506	Mobilien	-8'922'500.19	-24'696'000	-19'630'279.96	5'065'720.04	-20,5
50	Sachanlagen	-72'328'173.42	-100'542'000	-105'178'819.94	-4'636'819.94	4,6
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-900'000		900'000.00	-100,0
545	Darlehen private Unternehmungen	-4'958'400.00	-2'600'000	-2'321'500.00	278'500.00	-10,7
546	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck			-300'000.00	-300'000.00	
547	Darlehen private Haushalte	-343'000.00	-180'000	-235'000.00	-55'000.00	30,6
54	Darlehen	-5'301'400.00	-3'680'000	-2'856'500.00	823'500.00	-22,4
554	Beteiligungen öffentliche Unternehmungen	-1'308'001.00				
55	Beteiligungen und Grundkapitalien	-1'308'001.00				
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	-680'598.05	-980'000	-600'538.05	379'461.95	-38,7
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	-2'251'415.20	-3'105'200	-1'002'206.00	2'102'994.00	-67,7
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	-973'414.10	-5'178'000	-489'336.85	4'688'663.15	-90,5
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck	-792'251.35	-2'215'000	-1'392'397.00	822'603.00	-37,1
567	Investitionsbeiträge private Haushalte	-2'238'667.90	-1'550'000	-544'958.50	1'005'041.50	-64,8
56	Eigene Investitionsbeiträge	-6'936'346.60	-13'028'200	-4'029'436.40	8'998'763.60	-69,1
570	Durchl. Beiträge Bund	-200'000.00				
572	Durchl. Beiträge Gemeinden / Gemeindezweckverbände	-444'248.00	-1'564'000	-240'014.00	1'323'986.00	-84,7
575	Durchl. Beiträge private Unternehmungen	-617'432.60	-2'366'000	-651'680.40	1'714'319.60	-72,5
577	Durchl. Beiträge private Haushalte	-2'184'535.00	-1'420'000	-1'900'532.15	-480'532.15	33,8
57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	-3'446'215.60	-5'350'000	-2'792'226.55	2'557'773.45	-47,8
5	Investitionsausgaben	-89'320'136.62	-122'600'200	-114'856'982.89	7'743'217.11	-6,3

Detailinformationen
Investitionsrechnung

Artengliederung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
606	Übertragung Mobilien	242'268.00	5'000	30'912.91	25'912.91	518,3
60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	242'268.00	5'000	30'912.91	25'912.91	518,3
611	Rückerstattungen Strassen	19'782.35				
614	Rückerstattungen Hochbauten			22'890.00	22'890.00	
61	Rückerstattungen	19'782.35		22'890.00	22'890.00	
630	Investitionsbeiträge Bund	-556'806.49	12'957'500	12'825'013.85	-132'486.15	-1,0
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	5'348'997.30	2'465'000	2'264'813.25	-200'186.75	-8,1
634	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	18'643.85				
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	838'976.00		282'208.05	282'208.05	
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	5'649'810.66	15'422'500	15'372'035.15	-50'464.85	-0,3
645	Darlehen private Unternehmungen	2'573'686.10	2'600'000	2'846'353.15	246'353.15	9,5
647	Darlehen private Haushalte	350'719.35	400'000	363'163.46	-36'836.54	-9,2
64	Rückzahlung von Darlehen	2'924'405.45	3'000'000	3'209'516.61	209'516.61	7,0
664	Rückzahlung öffentliche Unternehmungen			21'141.75	21'141.75	
66	Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge			21'141.75	21'141.75	
670	Durchl. Beiträge Bund	3'246'215.60	5'350'000	2'792'226.55	-2'557'773.45	-47,8
675	Durchl. Beiträge private Unternehmungen	200'000.00				
67	Durchlaufende Investitionsbeiträge	3'446'215.60	5'350'000	2'792'226.55	-2'557'773.45	-47,8
6	Investitionseinnahmen	12'282'482.06	23'777'500	21'448'722.97	-2'328'777.03	-9,8

Nettoinvestitionen

In Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
Grundstücke VV unüberbaut	-0,2	-0,0			
Tiefbauten	-24,0	-25,5	-35,3	-48,1	-25,7
Hochbauten	-9,3	-25,2	-11,1	-8,8	-41,8
Waldungen	-0,3	-0,1			
Mobilien VV	-1,8	-3,3	-1,5	-6,6	-9,8
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	-4,8	-4,5	-11,1	-2,9	-11,5
Total Sachgüter	-40,5	-58,7	-59,1	-66,5	-88,8
Darlehen und Beteiligungen	-10,1	-31,2	-6,0	-3,7	0,4
Investitionsbeiträge	-30,5	-16,5	-15,6	-6,9	-4,9
Total Nettoinvestitionen	-81,2	-106,4	-80,6	-77,0	-93,4

Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014
Aufwand	-1'264,3	-1'297,2	-1'328,3	-1'391,6	-1'407,1
Ertrag	1'264,7	1'382,0	1'334,4	1'371,1	1'268,1
Ertrags-/Aufwandüberschuss	0,4	84,8	6,0	-20,5	-139,0
Zuzüglich Abschreibungen	73,3	73,9	72,1	83,0	69,3
Veränderung Spezialfinanzierungen	15,2	13,9	10,2	4,5	14,3
Veränderung Reserven	0,4	-3,3	-3,3	-56,3	0,2
Selbstfinanzierung	89,4	169,4	85,1	10,7	-55,3
Abzüglich Nettoinvestitionen	-81,2	-106,4	-80,6	-77,0	-93,4
Finanzierungsüberschuss/Finanzierungsfehlbetrag	8,2	63,0	4,5	-66,4	-148,7

Selbstfinanzierungsgrad siehe Detailinformationen, Kennzahlen

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

5-Jahresvergleiche

Bilanz

In Mio. Franken	Per 31.12.2010	Per 31.12.2011	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Per 31.12.2014
Aktiven					
Flüssige Mittel, Forderungen, kurzfristige Finanzanlagen, Aktive Rechnungsabgrenzung	1'114,4	1'276,8	1'362,6	1'142,2	841,7
Vorräte, Finanzanlagen und Sachanlagen FV	130,5	126,7	120,9	172,4	373,0
Finanzvermögen	1'244,9	1'403,5	1'483,5	1'314,6	1'214,7
Sachgüter	237,3	240,2	237,5	231,0	260,1
Darlehen und Beteiligungen	68,7	99,1	111,7	115,4	115,0
Investitionsbeiträge	88,7	94,6	93,2	90,1	85,5
Verwaltungsvermögen	394,7	433,9	442,4	436,5	460,6
Total Aktiven	1'639,6	1'837,5	1'925,9	1'751,1	1'675,4
Passiven					
Laufende Verbindlichkeiten, Passive Rechnungsabgrenzung	512,5	609,5	701,1	596,0	642,1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten und Rückstellungen	22,7	31,5	20,8	21,5	22,8
Fremdkapital	535,2	641,0	721,9	617,5	664,9
Eigenkapital (EK)	1'104,4	1'196,5	1'204,0	1'133,6	1'010,5
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	174,5	188,4	198,6	203,1	217,4
Finanzpolitische Reserven	504,6	498,0	490,0	436,0	437,5
Freies Eigenkapital ¹⁾	425,2	510,0	515,4	494,6	355,6
Total Passiven	1'639,6	1'837,5	1'925,9	1'751,1	1'675,4

¹⁾ Der Jahresüberschuss des laufenden Jahres ist jeweils im Freien Eigenkapital eingerechnet.

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Institutionelle Gliederung

Direktionsübersicht

Gesamtwürdigung Direktion

Gesamtwürdigung Amt

Leistungsauftrag

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-794'796.00	-710'000	-798'911.30	-88'911.30	12,5
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-15'899.95	-15'500	-33'287.55	-17'787.55	114,8
305	Arbeitgeberbeiträge	-49'398.60	-61'700	-49'187.40	12'512.60	-20,3
309	Übriger Personalaufwand		-15'000		15'000.00	-100,0
313	Dienstleistungen und Honorare	-24'852.60	-50'000	-25'795.40	24'204.60	-48,4
315	Unterhalt Mobilien		-30'000		30'000.00	-100,0
317	Spesenentschädigungen	-5'280.60	-7'900	-29'189.65	-21'289.65	269,5
319	Übriger Betriebsaufwand	-151'870.25	-134'200	-155'561.65	-21'361.65	15,9
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-52'500.00	-52'500	-52'500.00	0.00	0,0
	Total Aufwand	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'144'432.95	-67'632.95	6,3
	Saldo	-1'094'598.00	-1'076'800	-1'144'432.95	-67'632.95	6,3

Kommentar Rechnung

300: Mehr Sitzungen als budgetiert
301: Kommission ISOV (nicht budgetiert)
305: Kommission ISOV (nicht budgetiert)
309: Sockelbeitrag nicht benötigt
313: Sockelbeitrag nicht ausgeschöpft
315: IT-Lösung günstiger als budgetiert
317: Repräsentationsaufwand höher
319: Mehr Sitzungen als budgetiert

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1100	Regierungsrat	-3'445'571.84	-3'249'200	-3'252'882.57	-3'682.57	0,1
1120	Staatskanzlei	-6'950'269.00	-5'532'840	-5'406'016.65	126'823.35	-2,3
1126	Staatsarchiv		-1'962'750	-1'897'961.30	64'788.70	-3,3
1128	Ombudsstelle	-299'237.38	-338'650	-305'183.18	33'466.82	-9,9
1129	Datenschutz	-395'970.77	-457'500	-445'724.54	11'775.46	-2,6
11	Allgemeine Verwaltung	-11'091'048.99	-11'540'940	-11'307'768.24	233'171.76	-2,0

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1120	Staatskanzlei	-48'702.60		-69'065.60	-69'065.60	
1126	Staatsarchiv		-256'000	-51'148.80	204'851.20	-80,0
11	Allgemeine Verwaltung	-48'702.60	-256'000	-120'214.40	135'785.60	-53,0

Allgemeine Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'002'954.75	-2'009'400	-2'004'269.90	5'130.10	-0,3
305	Arbeitgeberbeiträge	-674'901.70	-660'900	-724'088.90	-63'188.90	9,6
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-99'236.10	-49'500	-239'736.60	-190'236.60	384,3
313	Dienstleistungen und Honorare	-41'060.30	-30'000	-20'693.70	9'306.30	-31,0
317	Spesenentschädigungen	-338'906.07	-233'100	-206'166.50	26'933.50	-11,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-128'549.12	-148'600	-133'000.37	15'599.63	-10,5
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-300'000.00	-200'000	-40'000.00	160'000.00	-80,0
	Total Aufwand	-3'585'608.04	-3'331'500	-3'367'955.97	-36'455.97	1,1
421	Gebühren für Amtshandlungen			700.00	700.00	
426	Rückerstattungen	140'036.20	82'300	114'373.40	32'073.40	39,0
	Total Ertrag	140'036.20	82'300	115'073.40	32'773.40	39,8
	Saldo	-3'445'571.84	-3'249'200	-3'252'882.57	-3'682.57	0,1

Kommentar Rechnung

306: Auszahlungen Renten an alt Regierungsräte
313: Sockelbeitrag nicht ausgeschöpft
317: Freier Kredit nicht ausgeschöpft
319: Mehrere Mitgliederbeiträge günstiger als im 2013
363: Sockelbeitrag nicht ausgeschöpft
426: Höhere Verwaltungsratshonorare

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Staatskanzlei erfüllte ihre Kernaufgabe als Bindeglied zwischen internen und externen Ansprechpersonen. Sie stellte den Austausch zu Verfahrensfragen und -abläufen unter den Direktionen sowie für den Kantonsrat und die Gerichte sicher. Das Jahr war geprägt von den Vorbereitungen und der Durchführung der Gesamterneuerungswahlen. Als neue Aufgabe betreibt die Staatskanzlei die Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip.

Wissenstransfer

Zur Förderung der internen Vernetzung und zur Stärkung der Führung stellte die Staatskanzlei mit der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre (KGS) und der Fachgruppe Kommunikation eine «unité de doctrine» innerhalb der Verwaltung sicher. Die KGS behandelte an sieben Sitzungen verwaltungstechnische und rechtliche Geschäfte von direktionsübergreifender Bedeutung. Am 31. Januar fand eine KGS spéciale zum Thema «Gesetzestchnik» statt. Der Regierungsrat traf die KGS zu einem Gedankenaustausch; erörtert wurden dabei namentlich verschiedene Aspekte zum Entlastungsprogramm 2015–2018.

Kantonsratsgeschäfte online

Die Staatskanzlei realisierte ein Kantonsrat-Tool auf der Website des Kantons Zug. Diese Informatik-Lösung ist ein jederzeit und weltweit verfügbares Instrument für die professionelle und zeitgemässe Verwaltung von Kantonsratsgeschäften; sie ermöglicht einen einfachen und benutzerfreundlichen Zugang zu den Geschäften des Kantonsrats.

Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats

Mit dem Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung des Kantonsrats (BGS 141.1) am 18. Dezember konnte ein mehrjähriges Projekt erfolgreich abgeschlossen werden.

Wahlen

Die Staatskanzlei organisierte für den Kantonsrat und den Regierungsrat die Gesamterneuerungswahlen vom 5. Oktober und koordinierte für die Einwohnergemeinden rechtliche Fragen. Die Anfechtung der kantonalen Gesamterneuerungswahlen wurde mit Urteil vom 13. November des Verwaltungsgerichts des Kantons Zug (Regierungsratswahl: Keine Wiederholung der Wahl; Nachprüfung der ungültigen Wahlzettel) und mit Urteil vom 9. Dezember des Bundesgerichts (Kantonsratswahl: Abweisung der Beschwerde) je rechtskräftig entschieden. Für die zweiten Wahlgänge für die Gemeinderäte in den Einwohnergemeinden Steinhausen und Walchwil vom 30. November stellte die Staatskanzlei einen verbesserten Majorz-Wahlzettelbogen zur Verfügung. Unter der Leitung der Staatskanzlei entwarf die Arbeitsgruppe Wahlen für künftige Majorzwahlen einen grundlegend überarbeiteten Wahlzettelbogen.

Konstituierung des Kantonsrats

Am 18. Dezember organisierte die Staatskanzlei diestituierende Sitzung des Kantonsrats samt Vereidigung der Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats.

Vernetzung der kantonalen Parlamente

Auf Einladung des Kantonsratspräsidenten trafen sich die Präsidien der kantonalen Parlamente am 7. November im Kantonsratssaal in Zug. Der Anlass wurde abgerundet durch das Referat «Highlights der Reform des Zuger Parlamentsrechts» des emeritierten Landschreibers Dr. Tino Jorio.

Strategie des Regierungsrats

Die Staatskanzlei begleitete den Prozess der Erstellung des Legislaturprogramms 2015–2018.

Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip

Am 10. Mai trat das Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung in Kraft (BGS 158.1). Der Rechtsdienst der Staatskanzlei fungiert neu als Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle von Kantonsrat, Büro des Kantonsrates und Regierungsrat. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung und betreibt das Ausweisbüro.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterstützung Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den KR	Keine für Dritte relevanten Fehler		
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler		
3	Koordination und Unterstützung der Direktionen in Gesetzestechnik, formellen und Rechtsfragen, insbesondere bei KR- und RR-Geschäften	Keine Reklamation		
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	100 % innert Frist		
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmungen und Wahlen	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler		Regierungsratswahlen: Nachprüfung der ungültigen Wahlzettel. Kantonsratswahlen: Bundesgericht wies Beschwerde ab
6	Versand eines Newsletters pro Regierungsratssitzung	Versand eines Newsletters für 35 Sitzungen nach der Sitzung		
Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung				
7	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Pro Antrag max. 80 Min.		
8	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer 30 Sek.		Die durchschnittliche Vermittlungsdauer beträgt in einigen Monaten zwischen 31 und 35 Sek.
Leistungsgruppe 3: Übrige Aufgaben				
9	Hohe Verfügbarkeit von www.zg.ch	Systemverfügbarkeit mind. 99 %		
10	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24h		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
KR- / RR-Vorlagen	Stück	321 / 1'232	350 / 1'100	311 / 1'157
KR-Sitzungen	Halbtage	24	23	26
Wahlen / Abstimmungen	Stück	2 / 4	2 / 4	3 / 4
Ausweisanträge	Stück	14'458	16'000	14'256
Apostillen/Beglaubigungen	Stück	18'056	18'000	18'665
Regierungsratssitzungen	Stück		40	39

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-10'074'613.20	-8'507'390	-8'260'561.35	246'828.65	-2,9
Total Ertrag	3'124'344.20	2'974'550	2'854'544.70	-120'005.30	-4,0
Saldo	-6'950'269.00	-5'532'840	-5'406'016.65	126'823.35	-2,3

Kommentar Rechnung
Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
AL1120.0005 Übertragung Geräte Ausweisbüro ins Finanzvermögen					
Ausgaben					
Einnahmen			8'500.00	8'500.00	
IT1120.0002 Ausbreitung elektronische Geschäftsverwaltung					
Ausgaben	-15'460.20				
Einnahmen					
IT1120.0003 «Doppelter Pukelsheim»					
Ausgaben	-33'242.40		-77'565.60	-77'565.60	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-48'702.60		-77'565.60	-77'565.60	
Einnahmen			8'500.00	8'500.00	
Saldo	-48'702.60		-69'065.60	-69'065.60	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

AL1120.0005: Eine nicht mehr benötigte Erfassungsmaschine für biometrische Daten des Ausweisbüros konnte einem andern Kanton verkauft werden.
IT1120.0003: Das Projekt doppelter Pukelsheim wurde erst im 1. Quartal 2014 abgeschlossen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Berichtsjahr setzte das Staatsarchiv seine drei grossen Aktivitätsschwerpunkte in den Bereichen Aktenführung (Ausbreitung von GEVER), Archivierung (Bewertung von Unterlagen im Hinblick auf ihre Archivwürdigkeit) und Forschung / Öffentlichkeitsarbeit (Lancierung Schwerpunktthema I. Weltkrieg in der Zeitschrift Tugium).

Aktenführung, -ablieferung und -erschliessung

Die flächendeckende Ausbreitung von GEVER ist zu 85 Prozent abgeschlossen (61 Mandanten, 700 Benutzer/innen). Die durch die Einführung des Öffentlichkeitsgesetzes notwendigen GEVER-Anpassungen konnten umgesetzt werden. Im Bereich IT-Sicherheit wurde GEVER einem externen Security-Audit unterzogen, welches bestätigte, dass GEVER die Anforderungen in den Bereichen Sicherheit, Zugriffs- und Datenschutz gut bis sehr gut erfüllt. In den 33 vom Staatsarchiv durchgeführten GEVER-Standard- und Power-User-Schulungen konnten sich rund 300 Kantons-mitarbeitende (vertieft) mit der Applikation vertraut machen.

Der gesamte Akten-Jahreszuwachs betrug 288 Laufmeter (Lfm), davon 266 Lfm von ablieferungspflichtigen Aktenbildnern. Mit folgenden Stellen wurden (neue) Archivierungsvereinbarungen abgeschlossen: Wohnheim Eichholz, Fachstelle Migration, Einzel- und Paarberatung leb, Zug Tourismus. Ablieferungen von privater Seite wurden mit drei Depot- und drei Schenkungsverträgen geregelt.

Sämtliche Aktenneuzugänge sind in der Archivdatenbank mindestens auf Stufe Bestand oder Akzession erfasst. Neu in die Archivdatenbank aufgenommen wurden 31'728 Datensätze, teils durch manuelle Erschliessung, teils durch den Datenimport aus dem Geschäftsverwaltungssystem. Die Archivdatenbank enthält nun 172'423 Datensätze. Im Zuge von Reinigungsarbeiten konnten 210 Laufmeter nicht archivwürdige Unterlagen vernichtet werden.

Bestandeseerhaltung

Restauratorische Massnahmen an 15 grossformatigen Bänden und 77 Plänen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert trugen zur Erhaltung dieses historisch wertvollen Kulturgutes bei. Im Rahmen verschiedener Projekte stellte die Digitalisierungsstelle des Staatsarchivs 3'620 Digitalisate her. Rund 3'000 Digitalisate entfielen auf Zuger Landschaftsbilder, die im Rahmen eines Pilotprojekts in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung erfasst wurden. Neben der Langzeit-Sicherung wertvollen Archivgutes ermöglicht das digitale Medium mittelfristig einen schnelleren und zeitgemässen Zugang zu Informationen und erleichtert somit die Arbeit von Mitarbeitenden und Kunden.

Benutzung und Kundendienste

Auf 455 Anfragen zu Geschichte, Archivgut, Aktenführung und Archivistik erteilte das Staatsarchiv im Berichtsjahr eine schriftliche Auskunft. Die insgesamt 275 Archivbenutzenden konsultierten rund 4'500 Archivalieneinheiten.

Für Forschungsfragen unverzichtbare Informationen zur Geschichte des Kantons Zug konnten den Interessierten auch mittels der Archivbibliothek, die um ca. 300 Titel gewachsen ist, zur Verfügung gestellt werden. Neu umfasst die Bibliothek auch die Mikrofilmversion der zwischen 1893–1972 erschienenen sozialdemokratischen Zeitung Luzern/Zentralschweiz mit vielen Beiträgen zum Kanton Zug. Das Staatsarchiv des Kantons Luzern stellte die 112 Originalfilme für die Duplizierung kostenlos zur Verfügung.

Gemeindliche Archivbetreuung

In den vom Staatsarchiv betreuten Einwohnergemeinden Baar, Cham, Hünenberg, Menzingen, Neuheim und Risch wurden 55 Laufmeter Akten als Akzessionen verarbeitet. Insgesamt wurden 74 Bestände und 4'174 Dossiers erschlossen, womit die Überlieferungsbildung auf weitere zentrale Verwaltungsbereiche ausgeweitet werden konnte. Um das im zugerischen Zusammenarbeitsmodell bestehende Synergiepotential noch besser auszunutzen, wurden Altablagen in den Schulverwaltungen und den Finanzabteilungen erstmals gemeinsam im Team bewertet. Die Gemeindearchivare betrieben in ihren Gemeinden Öffentlichkeitsarbeit, indem sie, wie in Cham und Baar, selbstständig kleinere Ausstellungen organisierten oder, wie in Hünenberg und Risch, in gemeindlichen Arbeitsgruppen mitwirkten.

Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Die vom Staatsarchiv gepflegte Amtsträgerdatenbank wurde mit insgesamt 565 Mutationen (davon 80 neue Funktioneneinträge und 57 neue Personen) auf den Stand 1. Januar 2015 nachgeführt. In der kantonalen Personalzeitung veröffentlichte das Staatsarchiv zum jeweiligen Heftthema passende historische Beiträge, die auf ein gutes Echo stiessen. In der Jahrespublikation Tugium erschien der reichhaltige erste Teil der auf mehrere Jahre angelegten Forschungsserie zur Geschichte des Kantons Zug während des Ersten Weltkrieges. Das ambitionierte Projekt einer Zuger Kantongeschichte wurde vom Regierungsrat im Grundsatz gutgeheissen und kann weiterverfolgt werden. Sechs Führungen mit insgesamt 45 Besucherinnen und Besuchern zeigten das anhaltende öffentliche Interesse am Archiv und seinen Aufgaben.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle von Kantonsrat, Büro des Kantonsrates und Regierungsrat. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung und betreibt das Ausweisbüro.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Staatsarchiv				
1	Übernahme und Erschliessung archivwürdiger Unterlagen der Verwaltung	Ablieferung an Archiv innerhalb 6 Wochen ab Anbietung Amt. Es werden mindestens gleichviele Laufmeter auf Stufe Amt erschlossen wie abgeliefert (mind. 250 Laufmeter)		
2	GEVER hält geänderte oder neue Informatik-Vorgaben und rechtliche Anforderungen ein	Neue und angepasste AIO-Sicherheitsanforderungen und Datenschutznormen werden auf GEVER hin überprüft. Die IT-Plattformen werden nachgepflegt		
3	GEVER entspricht den konsolidierten User-Bedürfnissen und bleibt normenkonform	1 x jährlich User-Group-Treffen; Auswertung von 1st und 2nd Level-Support; Auswertung GEVER-Fokus iZug; DIN-ISO 15489 und eCH-Normeneinhaltung. Genügend Speicherkapazität ist vorhanden (Achtsamkeitsmeldung bei Speicherfüllung 60 %)		
A	GEVER-Einführung (Produkteentwicklung und Ablösung Konsul)	Projektabschluss (Produkteentwicklung, Ablösung Konsul und Vorbereitung Ausbreitung) per 31. März		
B	GEVER-Ausbreitung (bei Dienststellen ohne Konsul)	GEVER ist bei den noch verbleibenden 12 Mandanten der kantonalen Verwaltung technisch aufgesetzt, produktiv geschaltet und eingeführt (Tests, Abnahme, Schulung)		Verzögerung aufgrund verschiedener Ressourcenengpässen aller beteiligten Stakeholder (Projektleitung, Mandanten, Entwickler)

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die grossen Zielsetzungen wurden erfüllt. Projektziel B wurde rein mengenmässig mit 14 zusätzlichen Mandanten erfüllt. Die noch verbleibenden 11 Dienststellen sind für 2015 für die Ausbreitung vorgesehen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Bewertete Akten	Laufmeter		250	288
Durchführung GEVER-Release	Release		2	2
Anzahl regelmässige GEVER-User	User		600	700

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

ad GEVER-User: Systemeinführung bei Grossmandant

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand		-2'153'750	-2'111'545.50	42'204.50	-2,0
Total Ertrag		191'000	213'584.20	22'584.20	11,8
Saldo		-1'962'750	-1'897'961.30	64'788.70	-3,3

Kommentar Rechnung

Ad Ertrag: Die Erträge bestehen aus Rückvergütungen von Lohnkosten (Gemeindearchivare) und Erstattungen für zur Verfügung gestellte Archivinfrastruktur und Verkäufe von Archivspezialmaterial an Drittarchive im Kanton Zug. Die budgetierten Einnahmen (z.B. Verkaufserlöse) beruhen auf vorläufigen Annahmen und Hochrechnungen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1126.0001 Security-Audit und Ausbreitung					
Ausgaben		-106'000	-46'828.80	59'171.20	-55,8
Einnahmen					
IT1126.0002 Speicherausbau GEVER					
Ausgaben		-150'000	-4'320.00	145'680.00	-97,1
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-256'000	-51'148.80	204'851.20	-80,0
Einnahmen					
Saldo		-256'000	-51'148.80	204'851.20	-80,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Ad IT1126.0001. Gesamtbetrag: 106'000 Franken für die beiden Teilprojekte (TP) Security-Audit und Ausbreitung. Der vorgesehene Gesamtkostenrahmen wird vollumfänglich eingehalten. Die ausgewiesene Abweichung ist sowohl beim TP Security Audit wie auch beim TP Ausbreitung rein zeitlich (Überträge ins Rechnungsjahr 2015).

Teil Security Audit: Der Security Audit wurde erfolgreich durchgeführt. Die aus dem Audit sich ergebenden Massnahmen sind eingeleitet, deren Realisierung erstreckt sich bis voraussichtlich Ende 2015.

Teil Ausbreitung: Die Ausbreitung wurde aufgrund von Ressourcenengpässen auf Seiten Staatsarchiv, Dienststellen und Produkteentwickler auf längstens Ende 2017 erstreckt.

Ad IT1126.0002. Gesamtbetrag 150'000 Franken. Die Abweichung ist rein zeitlich (Überträge ins Rechnungsjahr 2015). Die Realisierung erstreckt sich insbesondere aufgrund von lieferbedingten Verzögerung auch auf 2015. Die mit RR-Beschluss vom 26. August 2014 erfolgte Budgetkorrektur (Entlastungsprogramm) von -15'000 Franken wird erst 2015 wirksam. Auch der nach dieser Kürzung noch verbleibende Gesamtkostenrahmen wird eingehalten.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	1'433.00		-706.00	-706.00	
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-235'761.15	-234'300	-235'942.65	-1'642.65	0,7
305	Arbeitgeberbeiträge	-44'914.45	-45'000	-53'374.30	-8'374.30	18,6
309	Übriger Personalaufwand	-2'319.60	-4'950	-1'765.50	3'184.50	-64,3
310	Material- und Warenaufwand	-8'930.15	-10'600	-8'617.10	1'982.90	-18,7
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-800		800.00	-100,0
313	Dienstleistungen und Honorare		-32'000	-187.50	31'812.50	-99,4
315	Unterhalt Mobilien	-3'912.50	-5'000	-548.20	4'451.80	-89,0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-1'624.58	-2'000	-2'100.63	-100.63	5,0
317	Spesenentschädigungen	-1'940.80	-1'800	-728.80	1'071.20	-59,5
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'267.15	-2'200	-1'212.50	987.50	-44,9
	Total Aufwand	-299'237.38	-338'650	-305'183.18	33'466.82	-9,9
	Saldo	-299'237.38	-338'650	-305'183.18	33'466.82	-9,9

Kommentar Rechnung

311: keine externen Honorare, nur Dolmetscherkosten
313: Datentransfer Konsul neue Lösung durch Archiv, keine externen Kosten
315: Folgekosten für neue IT-Lösung blieben aus

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-296'209.00	-320'900	-314'780.05	6'119.95	-1,9
305	Arbeitgeberbeiträge	-62'684.85	-62'600	-76'068.55	-13'468.55	21,5
309	Übriger Personalaufwand	-1'269.15	-5'100	-1'155.95	3'944.05	-77,3
310	Material- und Warenaufwand	-21'358.22	-17'900	-20'057.59	-2'157.59	12,1
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'744.90	-37'000	-19'514.25	17'485.75	-47,3
315	Unterhalt Mobilien	-8'835.15	-8'600	-10'082.10	-1'482.10	17,2
317	Spesenentschädigungen	-493.00	-1'500	-591.20	908.80	-60,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-3'376.50	-3'900	-3'474.85	425.15	-10,9
	Total Aufwand	-395'970.77	-457'500	-445'724.54	11'775.46	-2,6
	Saldo	-395'970.77	-457'500	-445'724.54	11'775.46	-2,6

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Direktion des Innern
Direktionsübersicht

Saldo pro Amt

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1500	Direktionssekretariat	-2'738'448.01	-2'940'050	-2'910'499.69	29'550.31	-1,0
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'456'743.96	-1'482'100	-1'289'231.75	192'868.25	-13,0
1530	Amt für Wald und Wild	-4'318'452.66	-4'972'200	-4'835'690.10	136'509.90	-2,7
1550	Sozialamt	-45'168'126.82	-50'349'100	-48'444'643.47	1'904'456.53	-3,8
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'599'504.42	-6'168'900	-5'982'840.41	186'059.59	-3,0
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-6'596'634.78	-6'997'200	-7'139'953.52	-142'753.52	2,0
15	Direktion des Innern	-65'877'910.65	-72'909'550	-70'602'858.94	2'306'691.06	-3,2

Direktion des Innern

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1500	Direktionssekretariat	546'789.95				
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	160'590.02	-1'590'000	-296'411.09	1'293'588.91	-81,4
1530	Amt für Wald und Wild	-681'228.90	-1'554'500	-501'398.05	1'053'101.95	-67,7
1550	Sozialamt	-792'251.35	-2'215'000	-1'392'397.00	822'603.00	-37,1
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	12'960.00				
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-39'975.00	-20'000	-20'324.05	-324.05	1,6
15	Direktion des Innern	-793'115.28	-5'379'500	-2'210'530.19	3'168'969.81	-58,9

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Direktion des Innern war als Wahlaufsicht bei Vorbereitung und Durchführung der Wahlen auf kantonaler und gemeindlicher Ebene besonders gefordert. Der Kanton Zug wählte bei den Exekutiven zum ersten Mal im Majorz. Für die Legislative galt erstmals das doppeltproportionale Sitzzuteilungsverfahren nach Professor Pukelsheim. Der Kindes- und Erwachsenenschutz konnte ein weiteres Jahr an Stabilität gewinnen. Der Schweizerische Denkmalpreis ging in den Kanton Zug. Die erforderliche Erneuerung der Grundbuchsoftware konnte trotz Beschwerden erfolgreich angegangen werden.

Wahlen vom 5. Oktober

Am 4. April trat das Bundesgericht auf eine Beschwerde nicht ein, die sich gegen die im Wahl- und Abstimmungsgesetz des Kantons Zug verankerte Methode der doppeltproportionalen Sitzverteilung richtete. Am 5. Oktober fanden die Wahlen auf Kantons- und Gemeindeebene statt. Die Kantonsratswahlen nach dem neuen Sitzzuteilungsverfahren konnten erfolgreich durchgeführt werden. Bei den Regierungsratswahlen kam es zu einer unüblich hohen Anzahl ungültiger Stimmen. Auf Beschwerde hin fällte das Verwaltungsgericht des Kantons Zug am 23. Oktober ein wegweisendes Urteil: Die Wahlen wurden als gültig erachtet, doch wurde der Regierungsrat angewiesen, die als Wahlzettel verwendeten Beiblätter für gültig zu erklären und zu den Ergebnissen hinzuzuzählen. Eine weitere Beschwerde gegen die Gesamterneuerung des Kantonsrats wurde sowohl vom Regierungsrat als danach auch vom Verwaltungsgericht und vom Bundesgericht abgewiesen.

Denkmalschutz

Am 30. Januar überwies der Kantonsrat eine Motion betreffend die Neuorganisation der Denkmalpflege. In der Folge hat die Direktion des Innern ein externes Unternehmen beauftragt, die Zufriedenheit der Anspruchsgruppen in Bezug auf die Denkmalpflege sowie den Handlungsbedarf zu untersuchen. Der Bericht zeigt in gewissen Punkten Handlungsbedarf auf. Am 11. Dezember überwies der Kantonsrat eine weitere Motion betreffend Unterschutzstellungen. Der Denkmalschutz im Kanton Zug ist zwischen den verschiedenen öffentlichen und privaten Interessen besonders gefordert. Das Gasthaus Ochsen in Oberägeri wurde durch das Bundesgericht unter Schutz gestellt und der Denkmalpreis 2014 wurde von der Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger im Kanton Zug vergeben.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

Die KESB war im Berichtsjahr im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Am 8. Juli entschied sich der Regierungsrat für moderierte Gespräche. Diese verliefen erfolgreich und der Regierungsrat konnte am 28. Oktober vom Schlussbericht Kenntnis nehmen. Die Direktion des Innern klärte die ihr obliegende Aufsicht über die ihr administrativ zugeordneten KESB und erliess am 17. November eine entsprechende Verfügung.

Unterkunft für Asylsuchende

Die Zahl der Asylgesuche nahm seit April deutlich zu. Weil die vom Kanton Zug und den Einwohnergemeinden zur Verfügung gestellten etwa 700 Plätze in rund 50 Unterkünften voll waren, suchte die Direktion des Innern zusammen mit der Baudirektion nach weiteren regulären Unterkunftsmöglichkeiten. Diese fanden sich im ehemaligen Kantonsspital in Zug, welches Anfang Oktober bezogen wurde.

Neue Grundbuchsoftware

Am 30. September erteilte der Regierungsrat den Zuschlag für die Beschaffung der Grundbuchsoftware Capitastra freihändig an die Bedag Informatik AG. Dagegen gingen zwei Beschwerden beim Verwaltungsgericht des Kantons Zug ein, wovon eine wieder zurückgezogen und der anderen die aufschiebende Wirkung entzogen wurde. Damit ist die rechtzeitige Erneuerung der Grundbuchsoftware im Kanton Zug gesichert.

Gleichstellung von Frau und Mann

Die Gleichstellungsthematik war Thema an der Konferenz der Amtsleitenden der kantonalen Verwaltung mit dem Regierungsrat, welche im Frühjahr stattfand. Am 15. April erstattete die Hochschule Luzern der Direktion einen Fachbericht, welcher den Ist-Zustand der Gleichstellung im Kanton Zug beschreibt und Massnahmenvorschläge beinhaltet. Die Arbeiten an einem Gleichstellungsgesetz und einem Aktionsplan werden weiter vorangetrieben.

Interkantonale Gremien

Die Direktionsvorsteherin vertritt den Kanton in diversen Gremien, unter anderem im Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK), als Präsidentin der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektor/innenkonferenz (ZGSDK), als Präsidentin der Neustrukturierung Asyl und als Zuständige für das Bundesasylzentrum Gubel. Sie vertritt zudem die Zentralschweiz in der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK).

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat war mit mehreren komplexen materiell- und verfahrensrechtlichen Fragen konfrontiert. Es war im Rahmen der Wahlaufsicht in die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen vom 5. Oktober involviert. Sodann bearbeitete es weitere Erlasse, bereitete zahlreiche Geschäfte für den Regierungsrat vor und instruierte Beschwerden. Das Direktionssekretariat beriet die Ämter in rechtlicher sowie kommunikativer Hinsicht. Es führte in seinem Zuständigkeitsbereich Inspektionen durch.

Wahlen im Kanton Zug

Das Direktionssekretariat war im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen vom 5. Oktober im Rahmen der Wahlaufsicht sehr gefordert. So bereitete es Teiländerungen der Wahl- und Abstimmungsverordnung vor, welche unter anderem die Nachzählung bei knappen Ergebnissen regelt. Am Wahltag überprüfte das Direktionssekretariat die Wahlergebnisse. Es war mit der Instruktion der im Zusammenhang mit den Wahlen stehenden Beschwerden betraut und bereitete die Vernehmlassungen zuhanden der gerichtlichen Behörden vor.

Weitere Kantonsrats-, Regierungsrats- und Direktionsgeschäfte

Das Direktionssekretariat begleitete mehrere Gesetzgebungsvorhaben. So hat es die Kommission des Kantonsrats bei der Beratung des Beurkundungsgesetzes fachlich unterstützt. Die Arbeiten konnten zeitgerecht abgeschlossen werden und wurden vom Kantonsrat verabschiedet. Sodann bereitete das Direktionssekretariat in Erfüllung einer Motion Balmer vom 12. September 2011 eine Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vor. Es geht dabei um Anpassungen der nachbarlichen Bestimmungen. Weiter wurde eine Anhörung zu einer Teilrevision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes durchgeführt. Das Geschäft konnte zuhanden des Kantonsrats verabschiedet werden. Eine Anpassung der kantonalen Sozialhilfeverordnung vom 23. September, welche die Einkommensfreibeträge und Integrationszulagen betraf, konnte am 1. Januar 2015 in Kraft treten.

In zahlreichen Fragen des Gemeinderechts wurden die Zuger Gemeinden beraten. Die im Zusammenhang mit den Änderungen des Gemeindegesetzes stehenden Vorarbeiten zu einer Mustergemeindeordnung wurden abgeschlossen.

Das Direktionssekretariat hat weitere Schritte zur Klärung der Aufsicht der Direktion gegenüber der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) unternommen. Es nahm seine Rolle in der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) wahr.

Das Direktionssekretariat instruierte zahlreiche Beschwerdeverfahren aus sehr unterschiedlichen Rechtsbereichen (Grundbuch, Sozialhilfe, Bürgerrecht, Zivilstandswesen, Gemeindeaufsicht, Alimente, Jagd, Abstimmungs- und Wahlrecht). Sämtliche Beschwerden konnten zeitgerecht und im Rahmen der Vorgaben des Leistungsauftrags erledigt werden.

In zahlreichen Fällen wurden die Ämter der Direktion des Innern vom zentralen Rechtsdienst beraten und unterstützt.

Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

Der Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst beurkundet sowohl Einbürgerungsdossiers als auch sämtliche Gerichts- und Verwaltungsentscheide mit zivilstandsrechtlicher Wirkung des Kantons Zug und ist verantwortlich für die Eintragung der ausländischen Zivilstandsereignissen von Zuger Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Tätigkeit beurteilte der Zivilstandsdienst auch mehrere komplexe ausländische Gerichtsurteile von Kindern, deren Eltern mit Hilfe einer Leihmutter Eltern geworden sind. Das neue Namensrecht ab 1. Januar 2013 und die Änderungen der Namensregeln für nicht verheiratete Eltern per 1. Juli 2014 verursachten auch dieses Jahr eine erhöhte Anzahl an Namensänderungsgesuchen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Das Direktionssekretariat nahm die Leitung der Fachgruppe Gleichstellung wahr und führte mehrere Sitzungen durch. In Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern erarbeitete es einen Ergebnisbericht über die Gleichstellung von Frau und Mann. Das Direktionssekretariat arbeitete einen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz und einen Aktionsplan aus, der Gleichstellungsmassnahmen vorsieht.

Grundbuch- und Notariatsinspektorat

Der Grundbuch- und Notariatsinspektor führte die Inspektion beim Grundbuch- und Vermessungsamt durch. Dabei konnte festgestellt werden, dass das Amt die mit der Revision des Immobiliarsachenrechts im Schweizerischen Zivilgesetzbuch eingeführten Neuerungen bundesrechtskonform umgesetzt hat. Der Kantonsrat verabschiedete am 11. Dezember die Teilrevision des Beurkundungsgesetzes und dieses wird – unter Vorbehalt des unbenutzten Ablaufs der Referendumsfrist – am 1. April 2015 in Kraft treten. Die Revision der nachbarrechtlichen Bestimmungen im Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug wurde vom Regierungsrat am 12. Juni in erster Lesung verabschiedet. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte vom 16. Juni bis zum 20. Oktober.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Das Direktionssekretariat unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlaufsicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
2	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren		
3	Fristgerechte Erstellung der Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	100 % innert Frist		
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist		
B	Massnahmen im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann	Massnahmenplan liegt dem Regierungsrat vor		
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Einfache Anfragen innert 2 Arbeitstagen, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet		
6	Zeit- und fachgerechte Aufsicht bei Abstimmungen und Wahlen	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Gemeinderesultate innert 30 Minuten nach Prüfungsabschluss		
7	Zeit- und fachgerechte Aufsicht gemäss BGGB	95 % der Verfügungen des LWA sind innert einer Woche geprüft		Zielgrösse wurde 2014 neu eingeführt; Verfügungen wurden umgehend geprüft, dokumentiert wurde das Versand-, nicht das Prüfdatum; von 60 eingegangenen Verfügungen wurden 60 % innerhalb 1 Woche und 85 % innerhalb 2 Wochen versandt
8	Wahrnehmung Beschwerdeberechtigung bei Verfügungen betreffend Grundstücken durch Personen im Ausland	95 % der Verfügungen der VD sind hinsichtlich allfälliger Beschwerdeerhebung innert einer Woche geprüft		64 Verfügungen eingegangen; 91 % innert Frist geprüft; einige Fälle erforderten aufgrund der hohen Komplexität vertiefte Abklärungen
C	Revision Bürgerrechtsgesetzgebung	Regierungsratsbeschluss liegt vor		
D	Mitwirkung bei Vorbereitung Gesamterneuerungswahlen 2014	Teilnahme und Mitwirkung an allen Sitzungen der Steuerungsgruppe		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Rechnungswesen und Controlling				
9	Fristgerechte Erstellung der Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	100 % innert Frist	●	
10	Fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	●	
Leistungsgruppe 4: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst				
12	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	●	
13	Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Workshop Mitglieder Bürgergemeinden durchgeführt	●	
14	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	●	
15	Vermittlung Staatskundewissen an Einbürgerungswillige	Staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt	●	
16	Zeit- und fachgerechte Instruktion der Zivilstandsämter	Aktenprüfung und Beantwortung von Anfragen innert 1 Woche	◐	Aufgrund der veränderten Situation in Syrien, Nordafrika und Irak in 9 von 91 Fällen nicht termingerecht durchgeführt
Leistungsgruppe 5: Grundbuch- und Notariatsinspektorat				
17	Regelmässige Inspektion des Grundbuch- und Vermessungsamtes	Inspektion im GVA durchgeführt	●	
18	Weiterbildung Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
19	Aktive Information über aktuelle Themen aus der Direktion des Innern	Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien. Gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Beschwerden	Beschwerdeentscheide	16	20-25	18
Parlamentarische Vorstösse	RRA zu parlamentarischen Vorstössen	12	8-12	19
Rechnungswesen	Jahresrechnungen und Budgets Gemeinden	66	66	66

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Bürgerrechtserteilung	Einbürgerungs- gesuche	240	350–400	325
Namensänderungen	Namensände- rungsgesuche	91	80–90	102
Verfügungen BGGB und BewG	Verfügung		190	124
Anträge der Direktion an RR	Anzahl		150	139

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Im Rechnungsjahr gingen überdurchschnittlich viele neue parlamentarische Vorstösse ein. Das neue Namensrecht und ab dem 1. Juli 2014 die Änderungen der Namensregeln für nicht verheiratete Eltern verursachten eine erhöhte Anzahl an Namensänderungsgesuchen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'265'826.11	-3'207'750	-3'281'720.69	-73'970.69	2,3
Total Ertrag	527'378.10	267'700	371'221.00	103'521.00	38,7
Saldo	-2'738'448.01	-2'940'050	-2'910'499.69	29'550.31	-1,0

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite					
Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.
IT1500.0001 Neue Einwohnerkontrolle					
	Ausgaben	-18'148.90			
	Einnahmen	564'938.85			
Total Budgetkredite					
	Ausgaben	-18'148.90			
	Einnahmen	564'938.85			
	Saldo	546'789.95			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt hat mit seinen drei Abteilungen (Vermessung, Grundbuch und GIS-Fachstelle) seine gesetzlichen Aufgaben vollständig erfüllt. Zusätzlich zu den gesteckten Leistungszielen wurde im Mai ein kantonales Geoportal aufgeschaltet und im Juni wurde die laufende Nachführung der amtlichen Vermessung für die Jahre 2015–2022 für das ganze Kantonsgebiet neu vergeben.

Amtliche Vermessung

Die korrekte Umsetzung der laufenden Nachführung der amtlichen Vermessung durch den Nachführungsgeometer wurde mittels Stichproben verifiziert. Für die laufende Nachführung – erstmals in einem einzigen Nachführungskreis für das ganze Kantonsgebiet – wurde ein Submissionsverfahren durchgeführt. Die Nachführungsarbeiten wurden für den Zeitraum 2015–2022 vergeben. Das Pilotprojekt für die periodische Nachführung in der Gemeinde Risch wurde erfolgreich abgeschlossen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen wurden die Arbeiten in Hünenberg begonnen. Die Einführung des neuen Lagebezugsrahmens LV95 wurde auf den 1. April umgesetzt. Sämtliche mit der Einführung des Bezugsrahmens LV95 entstandenen Flächenänderungen an den Grundstücken wurden im Grundbuch eingetragen und den Betroffenen mitgeteilt. Mit dem Kanton Zürich konnte der Abgleich der gemeinsamen Hoheitsgrenzen fortgesetzt werden und dieser steht kurz vor dem Abschluss. Die Arbeiten an der Hoheitsgrenze zu den Kantonen Schwyz und Luzern sind noch im Gange. Für diverse kantonale Ämter wurden Dienstleistungen und Beratungen bei Vermessungsarbeiten ausgeführt.

Grundbuch

Der am 1. Juli in Kraft getretene Artikel 32d^{bis} Absatz 3 des Umweltschutzgesetzes (USG, SR 814.01) betreffend das Erfordernis der Bewilligung zur Veräusserung oder Teilung eines Grundstücks, auf dem sich ein im Kataster der belasteten Standorte eingetragener Standort befindet, wurde in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz erfolgreich umgesetzt. Im Weiteren konnte die Bearbeitungsdauer für die Prüfung der Grundbuchgeschäfte durch organisatorische Massnahmen von bislang 30 auf 20 Tage reduziert werden. Die Anzahl der Grundbuchanmeldungen ist im Vergleich mit den Vorjahren konstant. Das gescheiterte Projekt «ISOV Grundbuch Version 6» mit den Kantonen Luzern, Solothurn, Schaffhausen, Zürich sowie der Stadt Chur konnte nach erfolgten Rückvergütungen aus dem Vergleich und der Liquidationsvereinbarung abgeschlossen werden. Die Evaluationsphase für die neue Grundbuchsoftware wurde mit der Zuschlagsverfügung des Regierungsrates im September abgeschlossen. Der Start der Konzeptphase musste aufgrund zweier Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen die Vergabe verschoben werden. Die Beschwerde einer Konkurrenzanbieterin wurde inzwischen zurückgezogen. Die Beschwerde der WEKO ist noch hängig, welcher inzwischen vom Verwaltungsgericht die aufschiebende Wirkung entzogen wurde, sodass der Start der Konzeptphase im Januar 2015 erfolgen kann.

GIS Zug

ZugMap.secure ersetzte ZUGIS als geschützten Geodatenviewer zur Darstellung von Geodaten der kommunalen und kantonalen Verwaltungen des Kantons Zug. Ende April wurde der operative Betrieb von ZugMap.secure aufgenommen. Im Mai wurde das Geoportal Kanton Zug (www.geo.zg.ch) aufgeschaltet und anlässlich einer Informationsveranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Geoportal ermöglicht einen einfachen und zentralen Zugang zu den vorhandenen Geodaten des Kantons Zug. Als Querschnittsplattform sind im Geoportal die Geodaten der Fachstellen einheitlich und zentral zugänglich.

Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit

Am 8. Mai fand die jährliche Tagung mit den gemeindlichen Urkundspersonen statt. In Zusammenarbeit mit dem Direktionssekretariat der Volkswirtschaftsdirektion und dem Landwirtschaftsamt wurden Erfahrungen aus der Praxis in der Umsetzung der Lex Koller und des bürgerlichen Bodenrechts erörtert.

Die GIS-Tagung vom 19. November wendete sich an die Anwenderinnen und Anwender von ZugMap.secure. Der neue verwaltungsinterne Geodatenviewer wurde detailliert präsentiert. Es haben rund 90 interessierte Personen teilgenommen.

Innerhalb der Koordination Objektdaten (z.B. Gebäudedaten) wurde in der Arbeitsgruppe Objektdaten eine Projektskizze für ein Objekt System Zug OSZG (System für einen service-orientierten Datenaustausch von Objektdaten) erarbeitet und der Steuergruppe Objektdaten zur Genehmigung vorgelegt. Die Fachgruppe Objektdaten Phase 1, bestehend aus den Fachanwendungsverantwortlichen der operativen Systeme sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Kanton und Gemeinden, wurde gegründet und erarbeitete die Prozesse für den Datenaustausch.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer und dinglichen Rechte verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums erhebt und zur Verfügung stellt. Schliesslich koordiniert es die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug (Geo-Informationssystem) und im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen den Interessierten zur Verfügung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Betreuen des Vermessungswerks				
1	Georeferenzdaten sind aktuell	Aktualisierung der Daten erfolgt innerhalb der Frist von 6 Monaten		
2	Jährliche Leistungsvereinbarung Amtliche Vermessung mit Bund erfüllt	Erfüllungsgrad 100 %		
3	Materielle Richtigkeit der Vermessungsarbeiten kontrollieren	6 Kontrollprüfungen		
4	Baukontrolle und Sondervermessungen sind termintreu erfüllt	Innerhalb vereinbarter Frist		
A	Neuer Lagebezugsrahmen (LV95) in der amtlichen Vermessung ist eingeführt	Die Daten der amtlichen Vermessung werden ab Mitte Jahr vollständig im neuen Lagebezugsrahmen LV95 verwaltet und nachgeführt		
Leistungsgruppe 2: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs				
5	Die Prüfung einer Grundbuchanmeldung erfolgt fehlerfrei und rechtmässig	Innert 20 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)		
6	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen erteilt	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert 2 Tagen seit Eingang		
7	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert 2 Tagen nach Bestellung zugestellt		
8	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen; keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte		
B	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	In der Grundbuchsoftware ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben		
D	Integration neue Grundbuchsoftware	Kickoff Realisierungsprojekt: 1. Quartal 2014		Sämtliche Phasen der Evaluation nahmen mehr Zeit in Anspruch als geplant; gegen die Vergabe der Grundbuchsoftware wurden 2 Beschwerden erhoben; Beschwerde des Kantons Thurgau wurde zurückgezogen; der Beschwerde der WEKO die aufschiebende Wirkung entzogen; Konzeptphase kann im Januar 2015 starten

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Beurkundung				
9	Schnelle und flexible Beurkundung von Grundpfandrechten	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	●	
Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug				
10	Geodatenaktualisierung erfolgt automatisierter	Eine erste Aktualisierung mittels Batch-Verarbeitung ist erfolgt	●	
11	Geodienste (WMS / WFS / embedded ZugMap) werden ausgebaut	Anzahl konsumierter Geodienste erhöht	●	
12	Erarbeiten und Ergänzen der Datenmodelle nach kantonalem Recht	Umsetzung des Konzepts gestartet	●	
F	ZUGIS-Tools sind auf die neue Softwareplattform migriert	Informatikprojekt gestartet	●	
Leistungsgruppe 5: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)				
13	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	3 Newsletter; 1 Urkundspersonentagung; in der Regel eine GIS-Tagung	●	
G	Der Datenaustausch von Objektdaten ist koordiniert	Prozesse für Datenaustausch umschrieben	●	
Leistungsgruppe 6: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)				
16	Unterstützen der Fachstellen des Kantons und der Gemeinden bei der Erstellung der Daten- und der Darstellungsmodelle für Geobasisdaten	Unterstützung ist fristgerecht erfolgt	○	Mit der Umsetzung GeolG-ZG wurden die Gemeinden auf die Erstellung der kommunalen Geobasisdatenkataloge (Bestandteil des ÖREB-Katasters) informiert und beraten; Zielsetzung nicht erreicht (vgl. Zielsetzung H)
H	Aufbau des ÖREB-Katasters	Ein erstes Thema des ÖREB-Katasters steht als Prototyp bereit	○	Die Mitte Jahr in Aussicht gestellten Abschlussberichte der Pilotkantone werden erst anfangs 2015 vorliegen; somit wurde der geplante Prototyp nicht in Angriff genommen

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Grundbuchanmeldungen	Anzahl	6'256	6'000	6'111
Grundstücke	Anzahl	72'777	77'500	71'751
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl	11'403	11'000	6'343
Ausdrucke aus ZugMap.ch	Anzahl	49'000	50'000	57'819

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Ausdrucke aus ZugMap.ch beinhaltet neu ZugMap.ch und ZugMap.secure. Mittelfristig wird ZUGIS durch ZugMap.secure ersetzt; die budgetierte Summe der Ausdrucke (61'000) wurde übertroffen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'254'283.91	-5'998'600	-5'250'420.66	748'179.34	-12,5
Total Ertrag	3'797'539.95	4'516'500	3'961'188.91	-555'311.09	-12,3
Saldo	-1'456'743.96	-1'482'100	-1'289'231.75	192'868.25	-13,0

Kommentar Rechnung

Es wurden weniger Dienstleistungen von Dritten bezogen als geplant, die entsprechenden Arbeiten wurden in Eigenleistung erbracht; zudem wurde auf Weiterentwicklungen von Fachanwendungen verzichtet, wodurch die entsprechenden Wartungskosten ebenfalls entfielen. Mindereinnahmen bei den Grundbuchgebühren und weniger Bundesbeiträge.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1515.0091	ISOV-Grundbuch					
	Ausgaben	-3'021.05		-259.70	-259.70	
	Einnahmen	242'268.00		17'412.91	17'412.91	
IT1515.0094	Strategie Objektdaten					
	Ausgaben	-17'426.33	-40'000	-151.00	39'849.00	-99,6
	Einnahmen					
IT1515.0095	Neue Grundbuchsoftware					
	Ausgaben	-61'230.60	-1'350'000	-313'413.30	1'036'586.70	-76,8
	Einnahmen					
IT1515.0096	Migration ZUGIS-Tools					
	Ausgaben		-200'000		200'000.00	-100,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-81'677.98	-1'590'000	-313'824.00	1'276'176.00	-80,3
	Einnahmen	242'268.00		17'412.91	17'412.91	
	Saldo	160'590.02	-1'590'000	-296'411.09	1'293'588.91	-81,4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT1515.0091: Rückerstattung Mehrwertsteuer und Bankgarantie-Kontosaldierung.

IT1515.0094: Weiteres Vorgehen zu Objektsystem Zug OSZG von der Steuergruppe noch nicht definiert, somit sind die geplanten Kosten noch nicht angefallen.

IT1515.0095: Durch Verzögerungen (Kommentar Leistungsziel D) konnten nicht alle geplanten Arbeiten ausgeführt werden, weshalb der Kreditrahmen nicht ausgeschöpft wurde.

IT1515.0096: Für die bislang erbrachten Initialisierungsarbeiten sind keine Kosten angefallen.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Zuger Wald waren keine Unwetterschäden zu verzeichnen, weshalb auch keine Zwangsnutzungen erforderlich wurden. Besorgniserregend ist hingegen die massive Ausbreitung der Eschenwelke. Diese Krankheit wird durch einen äusserst aggressiven Pilz verursacht und lässt Eschen bald nach dem Befall absterben. Es muss damit gerechnet werden, dass diese wichtige Baumart in den nächsten Jahren grosse Verluste erleiden wird. Immerhin ist die Esche die zweithäufigste Laubbaumart in den Zuger Wäldern. Wegen der von absterbenden Bäumen ausgehenden Gefahren sind Massnahmen zum Schutz von Bevölkerung, Verkehr und Infrastrukturen nötig.

Für das Legislaturziel «Konzept Vielfältige und vernetzte Landschaft» wurden die massgeblichen Inhalte unter Einbezug der Einwohnergemeinden, der Korporationen und verschiedener Verwaltungsstellen in einer gemeinsamen Projektleitung mit dem Amt für Raumplanung erarbeitet und partizipativ entwickelt. Nach der fachlichen Erarbeitung folgt im kommenden Jahr der politische Prozess.

Wald

In den produktiven Wäldern des Kantons Zug konnte trotz verhaltener Holzpreise eine nachhaltige Holzmenge genutzt werden. Während die Nadelhölzer bei guter Nachfrage zu einigermassen befriedigenden Preisen verkauft werden konnten, war Laubholz-Stammholz nur schlecht nachgefragt. Weil die Zuger Wälder zunehmend naturnäher aufgebaut sind, nimmt der Nadelholzanteil gegenüber dem Laubholzanteil ab. Glücklicherweise verfügt der Kanton Zug über etliche grosse Holzwärmeverbände. Obwohl der Preis für Holzenergie meistens an den Erdölpreis gekoppelt ist, erzielte das Energieholz befriedigende Preise. Die Sicherung der Waldnaturschutzgebiete schreitet kontinuierlich voran. So sind von den im kantonalen Richtplan festgesetzten Waldnaturschutzgebieten bereits 83 Prozent der Fläche gesichert. Sowohl die übers Jahr verteilten Niederschläge als auch die Temperaturverhältnisse zeigten keine Extremwerte. Die Wuchsbedingungen für den Wald waren deshalb ideal. Es gab keine Starkniederschlagsereignisse und somit keine Unwetterschäden. Auch traten keine nennenswerten Zwangsnutzungen durch Sturm oder Schneedruck ein. Käferholz war kein Thema, weil die Borkenkäferpopulationen gering sind und die Wetterverhältnisse deren Entwicklung nicht begünstigten. Sorgen bereitete hingegen die rasante Ausbreitung der Eschenwelke. Diese Pilzerkrankung wurde im Jahr 2008 erstmals in der Schweiz festgestellt und führt seither zu Waldschäden im gesamten Mittelland. Oft führt ein Befall zum schnellen Absterben des Baums. Es ist zu befürchten, dass in den Wäldern der Zuger Talgemeinden, wo die Esche stark vertreten ist, ein Grossteil dieser Baumart in den nächsten Jahren absterben wird. Dies ist auch deswegen besorgniserregend, weil die Esche wichtige Funktionen im Schutzwald, im Waldnaturschutz und in der Holznutzung (als Möbel- und Energieholz) übernimmt. Zudem resultieren ökonomische Schäden für die Waldeigentumsberechtigten.

Fischerei

Zur Umsetzung der gewässerschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundes wurde vor Ende 2014 der Schlussbericht über die bezüglich Fischwanderung sanierungspflichtigen Kraftwerksanlagen verfasst und dem Bundesamt für Umwelt eingereicht. Im Schlussbericht wurden nicht nur die Interessen und Anliegen der Fachstellen für Gewässerschutz, Wasserbau und Naturschutz integriert, sondern auch die möglichen Sanierungsmassnahmen auf ihr zu erwartendes Kosten-Nutzen-Verhältnis eingeschätzt. Die Kraftwerksbetreiber als Betroffene wurden im Rahmen des Prozesses mehrfach – allein im laufenden Jahr zwei Mal – zum Stand der Arbeiten angehört.

In der Oberen Lorze wurde im November eine unter den See- und Bachforellen fast seuchenartig verbreitete Verpilzung der Tiere festgestellt. Die nationale Fischuntersuchungsstelle NAFUS in Bern diagnostizierte bei drei zur Untersuchung gebrachten Seeforellen eine starke Verpilzung auf Haut und Kiemen mit tiefen Wucherungen in die Muskulatur. Es muss bisher davon ausgegangen werden, dass die starke Verbreitung der Infektionskrankheit durch die Umweltbedingungen massiv begünstigt wurde. Durch die warme Witterung im Herbst waren die Gewässer zur Laichzeit der Bach- und Seeforellen noch deutlich wärmer als in dieser Jahreszeit sonst üblich und eine innerartliche Verbreitung damit viel wahrscheinlicher als in Jahren mit durchschnittlichem Temperaturverlauf. Beim «Projet Lac», das im Zugersee die Artenvielfalt der Fischpopulation erhob, wurde festgestellt, dass die Nase und das Zuger Albeli vermutlich ausgestorben sind. Röteln und Felchen würden ohne Besatzmassnahmen (Fischbrutanstalt) nicht mehr vorkommen, da ihre Laichhabitats wegen der Eutrophierung des Zugersees stark beeinträchtigt sind.

Jagd

Nachdem der Wildverbiss bei der Tannenverjüngung während mehrerer aufeinanderfolgender Jahre über dem tolerierbaren Grenzwert lag, wurden in den Jahren 2012 und 2013 überdurchschnittlich grosse Rehwild-Jagdkontingente freigegeben, um den Bestand zu senken. Im Jahr 2014 wurde der Effekt aus diesen starken Eingriffen dann spürbar, zumal im Jahr 2013 wetterbedingt auch weniger Jungtiere überlebten als üblich. Im Frühjahr wurden rund 10 bis 15 Prozent weniger Tiere gezählt als im Mittel der vergangenen Jahre. Einerseits ist die Bestandessenkung mit Blick auf den Verbiss zu begrüssen. Andererseits steigen von Jahr zu Jahr die Zahlen der Patentnehmerinnen und Patentnehmer, die ein entsprechendes Nutzungskontingent erwarten. Während bei der Rehwildjagd vergleichsweise wenig erlegt werden konnte, war die Hirschjagd umso ergiebiger. Die 25 erlegten Stück Rotwild stellen für die Zuger Jagd einen Rekord dar und zeigen, dass sich diese Tierart ausgebreitet und etabliert hat. Selbst im Talbereich, im Gebiet Risch-Rotkreuz, wurden zwei Stück Rotwild als Unfallwild registriert und zeigen den Vormarsch der Hirsche in Richtung Mittelland auf.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wald und Wild ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Neben dem forst-, fischerei- und jagdwirtschaftlichen Management gehören die Beratung, Schulung und Aufsicht sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu den Kernaufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Lebensräume und der Artenvielfalt ihrer Lebensgemeinschaften	Vergleich der Rehwild- und Feldhasen-Bestände in definierten Zählgebieten mit den Bestandesmittelwerten		Feldhasenbestände auf langjährigem tiefen Niveau stabil; Rehwild-Frühjahrsbestand mit 932 Tieren knapp (0,5 %) unter langjährigem Mittelwert (937 Tiere)
Leistungsgruppe 1: Wald				
2	Waldbauliche Beratung und Holzanzeichnung durch KFA-Förster/innen	17'000 m³ Holz gezeichnet		
3	Pflege von Schutzwald sicherstellen	140 ha Schutzwald gepflegt		
4	Ausführung von Jungwaldpflege sicherstellen	110 ha Jungwald gepflegt		
5	Sicherstellung der nachhaltigen Holznutzung	50'000 bis 80'000 m³ Holznutzung		
6	Waldnaturschutzgebiete und besondere Lebensräume aufwerten	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet		
7	Pflege von kantonalen Ufergehölzen	6,1 km Uferlänge gepflegt		
8	Fortführung des Wald-Wild-Monitoring	Situationsbericht Nachwuchskontrolle der Indikatorflächen bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin		
9	Gefahrenkontrolle von AFW-zugewiesenen Bächen	4 km A-Abschnitte und 85 km B-Abschnitte bis 15. Mai kontrolliert		
A	Verfassen von Waldwirtschaftsplänen	Die Waldwirtschaftspläne für die fünf grössten Korporationen sind bis 31. Dezember erstellt.		
B	Erarbeitung Waldnaturschutz-Detailprojekte	Bis 31. Dezember sind 2 neue Waldnaturschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt; Meilenstein: Erstes Projekt bis 31. August		Detailprojekt Waldnaturschutzgebiet Lorzentobel bis 31. August erstellt; kein 2. Projekt ausgearbeitet im Hinblick auf Massnahme im Entlastungsprogramm 2015–2018
C	Unterstützung bei der Gründung von Unterhaltsgenossenschaften für private Fliessgewässer	Für 75 % der privaten Fliessgewässer, welche dem AFW übertragen wurden, liegen die Unterlagen für Unterhaltsgenossenschaften unterschriftsbereit vor		Baudirektion vollzieht kantonales Gewässerrecht
D	Schulung und Instruktion der Gewässer-aufsicht-Verantwortlichen	Alle Verantwortlichen geschult und Pflichtenheft erstellt bis 31. März		Verantwortliche am 8. April geschult; Pflichtenheft termingerecht erstellt

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd				
10	Erhalt der Lokalform Zuger Rötél durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	300'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente	●	
11	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Ägerisee gewinnen	Bruterfolg 95 % der eingelegten Eier; Sicherstellung der Seeforellenrekrutierung in der Oberen Lorze im Zeitraum der Gewässerbeeinträchtigung durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	●	
12	Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	350 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	●	
13	Maximalaufwand der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Aufwand unter 1000 h	●	
14	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Jagdliche Nutzung mind. 400 Rehe oder mind. 35 % des Frühjahrsbestandes	◐	Reduktion erreichte 33 % statt 35 %, konkret 304 Stück Rehwild; vom Abschussziel sind 96 % realisiert; Rotwildstrecke mit 25 Stück höher als Abschussziel von 20 Tieren
15	Verkauf Niederwildjagdpatente	225 verkaufte Patente	●	
16	Schilf- und Uferschutzintervention	Reaktionszeit unter 24 h für Beginn Schwemmholzbergung nach Ereignis (Vorbehalt: Befahrbarkeit See verantwortbar)	●	
F	eGov-Angebot Online-Bezug Jagd-Gastkarten operativ	Online-Gastkartenbezüge >= 10 %	●	
Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung				
17	Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	100 % innert Frist	●	
18	Ausarbeitung von Verwaltungsentwürfen, Vorbereiten von Erlassen	100 % innert Frist	●	
19	Direktionsübergreifende Stellungnahmen	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	◐	94 direktionsübergreifende Vernehmlassungen: davon 94 % fristgerecht, 6 Vernehmlassungen (6 %) nicht fristgerecht beantwortet
20	Erlass von Amts-Bewilligungen und Verfügungen	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	●	
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information				
21	Planung und Durchführung der Aufsichts- und Kontrollaufgaben während der Jagd	Mind. 1 Kontrollgang der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtage bei insgesamt mind. 300 h Jagdaufsicht	●	
22	Kontrolle von Bauten und Anlagen im Wald durch Forstdienst	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	●	
23	Einsatzbereitschaft bei Wildunfällen	Bei 95 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert max. 15 Min. nach Erhalt Aufgebot zum Zielort unterwegs (Journalführung)	●	
24	Aus- und Weiterbildung des Zuger Forstpersonals	50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden durch Zuger Forstdienst	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
25	Ausbildung und Prüfung angehender Jägerinnen und Jäger	3 Kursangebote; Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	●	
26	Information und Ausbildung von Schülerinnen und Schülern über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser	60 Führungen, Exkursionen und/oder Vorträge durch Förster/innen, Wildhüter/innen oder Fischereiaufseher/innen	●	
J	Organisation und Durchführung Forum-Wild Veranstaltung im Bereich Wild	Veranstaltung durchgeführt bis 31. Oktober	○	Verzicht aufgrund fehlender Ressourcen
K	Tag des offenen Klassenzimmers im Jagdlehrgang	Veranstaltung durchgeführt	●	
Leistungsgruppe 5: Diverse				
27	Führen des Sekretariat der Natur- und Landschaftsschutzkommission	Erarbeiten von 95 % der unterschriftsfertigen Stellungnahmen innert Wochenfrist zuhanden des Kommissionspräsidenten/der Kommissionspräsidentin	●	
28	Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)	Leisten von >= 110 h zugunsten der Notorganisation des Kantons Zug	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzungs-Nr. 1: Unterdurchschnittlicher Bestand ist Folge der intensiven Bejagung der Vorjahre mit dem Ziel einer spürbaren Bestandesreduktion zur Minderung der Verbissschäden der Wildtiere am Wald und zur Verbesserung der Verjüngungsbedingungen für die Weisstanne.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Auftrag zur Erarbeitung von Entwürfen von DI-Verfügungen	Anzahl	28	20	31
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen zuhanden der Koordinationsstelle oder für Bauanfragen Dritter	Anzahl	61	45	60
Beitragsgesuche von Waldeigentumsberechtigten (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.) prüfen und bewilligen	Anzahl	347	310	408
Holz zeichnen durch KFA-Förster für Waldeigentumsberechtigte	m ³	18'046	17'000	19'099
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer für Koordinationsstelle oder Bauherrschaften	Anzahl	58	50	61
Abnahme und Streifen der Laichtiere aus der Netzfischerei	Stunden	104	110	97
Bergung von Fall- und Unfallwild bei Wildunfällen sowie Wildunfallbescheinigung	Stunden	646	850	583
Beratung in Sachen Wildschadenverhütung und -vergütung für die Land- und Forstwirtschaft	Stunden	308	250	230
Baustellen- und Notabfischungen bei Eingriffen in die Gewässer	Stunden	191	180	226
Einsatz Seereinigungsboot zugunsten Freibäder Zugersee, Bootsstationierungsanlagen und Schilf- und Uferschutz	Stunden	141	125	87
Fliessgewässer-Unterhalt zur Gefahrenabwehr und -prävention	Laufmeter	910	800	780
Fliessgewässer im Kontrollbereich	km		366	427

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Nr. 3: Es wurden überdurchschnittlich viele Beitragsgesuche gestellt.

Nr. 5: Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer: Von den 61 Geschäften wurden 13 Anfragen im Rahmen der Sitzungen der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe Schilfschutz koordiniert beurteilt.

Nr. 7: Bergung von Fall- und Unfallwild: Durch den markant tieferen Rehwildbestand sind die Fall- und Unfallwildereignisse deutlich geringer als in den Vorjahren. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise nur 93 Stück Rehwild als Fall- oder Unfallwild erfasst, während es im Jahr 2013 159 Stück waren.

Nr. 9: Baustellen und Notabfischungen: Durch Gewässerverschmutzungen verursachte Mehraufwendungen für Not- und Kontrollabfischungen. Baustellenabfischungen: 149 h, Notabfischungen: 77 h.

Nr. 10: Einsatz Seereinigungsboot: Keine respektive wenig bedeutsame Starkregenereignisse mit wenig Eintrag von Treibholz und Geschwemmse. Ordentliche Einsätze Unterhalt: 27 h, ereignisbedingte Einsätze: 60 h.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'618'429.65	-6'295'800	-6'110'244.67	185'555.33	-2,9
Total Ertrag	1'299'976.99	1'323'600	1'274'554.57	-49'045.43	-3,7
Saldo	-4'318'452.66	-4'972'200	-4'835'690.10	136'509.90	-2,7

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1530.0001 Anschaffung Fahrzeuge, Maschinen, Einrichtungen					
Ausgaben		-72'000	-65'515.35	6'484.65	-9,0
Einnahmen					
DI1530.0002 Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald					
Ausgaben	-711'880.60	-1'300'000	-393'790.30	906'209.70	-69,7
Einnahmen	70'184.95	120'000	71'040.75	-48'959.25	-40,8
DI1530.0031 Erwerb von Waldungen					
Ausgaben		-30'000		30'000.00	-100,0
Einnahmen					
DI1530.0033 Neu-/Ausbau/Erneuerung Erschliessung.+Schutzbauten					
Ausgaben	-68'878.70	-145'000	-52'704.00	92'296.00	-63,7
Einnahmen					
DI1530.0061 Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten					
Ausgaben	-344'751.05	-430'000	-437'929.15	-7'929.15	1,8
Einnahmen					
DI1530.0062 Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten					
Ausgaben	-3'403.50	-75'000		75'000.00	-100,0
Einnahmen					
DI1530.0063 Bundesbeitrag Programmvereinbarung SchutzbautenWaG					
Ausgaben					
Einnahmen	377'500.00	377'500	377'500.00	0.00	0,0
DI1530.0064 Durchlauf. Investitionsbeiträge für/an Waldeigent.					
Ausgaben	-200'000.00				
Einnahmen	200'000.00				
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-1'328'913.85	-2'052'000	-949'938.80	1'102'061.20	-53,7
Einnahmen	647'684.95	497'500	448'540.75	-48'959.25	-9,8
Saldo	-681'228.90	-1'554'500	-501'398.05	1'053'101.95	-67,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

DI1530.0002: Drei grosse Hochwasserschutzprojekte, mit totalen Projektkosten von ca. 1 Million Franken, waren noch nicht ausführungsfähig.

DI1530.0033: Ein geplantes Erschliessungsprojekt war noch nicht ausführungsfähig.

DI1530.0062: Die Planung von Privatwald-Erschliessungen verlief stark verzögert.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Jahr stand im Zeichen steigender Asylgesuche in der Schweiz, der Unterstützung von Aktivitäten für eine lebendige Gesellschaft und der Weiterentwicklung der Zuger Behindertenpolitik.

Zunahmen der Asylgesuche

Die Zahlen im Asylbereich sind gegenüber dem letzten Jahr stark angestiegen, vor allem in den Monaten Juli bis September. Ende Jahr lebten im Kanton Zug 1'050 Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (Vorjahr 883 Personen). Davon waren 735 Personen durch den Kanton unterzubringen. Im Sommer waren alle Asylunterkünfte voll belegt und mögliche Optionen der Verdichtung ausgeschöpft. Der Regierungsrat beschloss deshalb, das Notfallkonzept für eine reguläre Nutzung des ehemaligen Kantonsspitals umzusetzen; zusätzlich wurden der See- und Südflügel für rund 50 Asylsuchende im Herbst eröffnet. Seit Oktober stagnieren die Asylzahlen auf hohem Niveau.

Die Vorbereitungen für die Eröffnung des temporären Bundeszentrum Gubel mit 120 Plätzen umfassten den Abschluss einer Vereinbarung zwischen Bund, Kanton und der Gemeinde Menzingen sowie das Erschliessen von gemeinnützigen Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Neustrukturierung im Asylbereich auf Bundesebene ist in vollem Gange. Bund und Kantone haben sich diesen Frühling an der Asylkonferenz einstimmig für das neu zu gestaltende Asylwesen ausgesprochen. Die Region Zentral- und Südschweiz plant Bundeszentren mit 690 Plätzen.

Perspektiven bieten

Im Rahmen ihres Informations- und Koordinationsauftrages trat die Abteilung Generationen und Gesellschaft mit zwei Veranstaltungen an die Fachöffentlichkeit: «Familien mit Migrationshintergrund im Wertewandel» und «Alleinsein in der Gesellschaft – Soziale Isolation». In Zusammenarbeit mit Benevol Zug wurde zudem ein Pilotprojekt zur informellen Freiwilligenarbeit gestartet. Zur Vermittlung solcher Einsätze dient das neue Internetportal www.einfachfreiwillig.ch. Ergänzend dazu wurde mit den Gemeinden das Thema Nachbarschaftshilfe thematisiert.

Um die statistischen Informationen im Bereich Soziales und Gesellschaft für den Kanton zu verbessern, wurden mit Unterstützung von Lustat Statistik Luzern die Arbeiten am «Bericht zur sozialen Lage der Zugerinnen und Zuger» aufgenommen. Der Bericht soll die soziodemografische und wirtschaftliche Situation der Bevölkerung beleuchten mit einem besonderen Augenmerk auf Familien.

Auf Basis der Vereinbarung mit dem Bund zum kantonalen Integrationsprogramm (KIP) konnten erste wichtige Meilensteine gesetzt werden: Start des Frühförderprogrammes schrittweise, Start von IBA 20+, einem Programm zur Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit von Migrantinnen und Migranten und Vorbereitungsarbeiten für eine neue Broschüre für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger. Gleichzeitig konnten bewährte Integrationsprojekte wie etwa Deutschkurse, Integrationskurse und Mentoringprojekte für Kinder und Jugendliche weiter gefördert werden.

«NoRmaLbehindert»

Die Schweiz hat am 15. April die Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Das Übereinkommen schafft keine Sonderrechte sondern konkretisiert die universellen Menschenrechte aus der Perspektive von Menschen mit Behinderungen. Mit dem Beitritt bekräftigt die Schweiz, dass sie sich konsequent für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung einsetzt, wozu sie sich bereits mit dem vor zehn Jahren in Kraft getretenen Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet hat. Dies gilt auch für den Kanton Zug, wo im Rahmen der Aktionstage «NoRmaLbehindert» der Frage nachgegangen wurde, was für Menschen mit einer Beeinträchtigung heisst, «ein besseres oder normales Leben führen». Natürlich nichts anderes, als für alle anderen auch. Nämlich in erster Linie so zu leben, wie man es sich selber vorstellt. So zu leben, dass man sich wohl fühlt, dass man seinen Platz in der Gesellschaft hat und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Die Abteilung Soziale Einrichtungen setzte sich mit der Weiterentwicklung der Zuger Behindertenpolitik auseinander, um stationäre und ambulante Leistungen zu ermöglichen und die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderung bedarfsorientiert und inklusive zu gestalten. Konkret führt der Kanton Zug bis 2016 bei den sozialen Einrichtungen das Einstufungsinstrument für den individuellen Betreuungsbedarf (IBB) ein, basierend auf einem Beschluss der Zentralschweizer Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren. Davon betroffen sind sechs Einrichtungen im Kanton Zug. Mit diesem Instrument erhalten die Kantone erweiterte Grundlagen für die Bedarfsanalyse sowie für die Planung und Steuerung der Angebote im Bereich IVSE-B. Zudem werden die Leistungen inner- und interkantonal besser vergleichbar und die interkantonale Zusammenarbeit kann gestärkt werden.

Soziale Fürsorge im Kanton Zug

Die Direktion des Innern wurde vom Regierungsrat beauftragt, die Fakten rund um die Soziale Fürsorge, das heisst die bis in die 1980er Jahre seitens Behörden praktizierten Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen im Kanton Zug nach historischen, rechts-wissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Aspekten aufzuarbeiten. Eine Projektleitungsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von kommunalen, kantonalen und kirchlichen Behörden sowie privaten Organisationen wurde zur Steuerung des weiteren Vorgehens gebildet. Die Arbeiten sollen eng mit jenen des Bundes koordiniert und abgeglichen werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen soziale Einrichtungen, Asyl, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl				
1	Regelmässige Beratungen	Anzahl Beratungsgespräche/Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70 %	●	
2	Gezielte Förderung der Integration	Anzahl Leistungsempfänger mit einer beruflichen Integrationsmassnahme: 40 %; Anzahl Leistungsempfänger mit einer sprachlichen Integrationsmassnahme: 50 %	◐	36 % berufliche Integrationsmassnahmen, 27 % sprachliche Integrationsmassnahmen; aufgrund hoher Fallzunahme konnten nicht alle Personen sofort eine berufliche/ sprachliche Integrationsmassnahme in Anspruch nehmen; Angebot wurde nicht ausgebaut. Es entstanden Wartezeiten für die Teilnehmenden
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	●	
4	Korrekte Reportings und Abrechnungen gegenüber dem Bund	100 % innert Frist gemäss Vorgaben BFM und BFS	●	
Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen				
5	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Anzahl Controllinggespräche: 16; Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 2	●	
6	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Anerkennungsvoraussetzungen	Anzahl Überprüfungen: 12	●	
Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte				
7	Fachgerechte und fristgemässe Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	95 % innert 2 Monaten (ab publiziertem Eingangstermin bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf)	●	
Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte				
8	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist	●	
Leistungsgruppe 5: Planung, Koordination und Information				
9	Aktuelle Kinderbetreuungsbrochure und Kinderbetreuungswebseite mit integriertem Reporting zum Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zug	Brochure: aktualisiert und versandt im Mai; Reporting durchgeführt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
10	Umsetzung und Koordination des Kantonalen Integrationsprogrammes (KIP)	Mind. 80 % der Bundesgelder werden abgeholt und programmzielgemäss eingesetzt	●	
B	Entwicklung einer neuen Strategie und eines angepassten Finanzierungsmodells für die Sprachförderung (Deutschkurse) ab 2015	Vergabekriterien sind definiert und kommuniziert	●	
Leistungsgruppe 6: Übrige Aufgaben				
11	Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissionssitzungen	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9; jährliche Sitzungsgeldabrechnung	◐	8 Sitzungen fanden statt, 1 Sitzung wurde mangels Traktanden abgesagt
12	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	100 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe ZUG/Sozialhilfegesetz	●	
E	Pilotprojekt «Frühe Förderung in Kitas»	Abschluss 2. Projektphase und Evaluation	●	
L23	Unterstützung Initiativen zur Vermeidung sozialer Brennpunkte für Jugend, Alter, Familie, Migration (Teilprojekt Familienpolitik)	2 Koordinationssitzungen mit allen Direktionen sind durchgeführt	◐	Koordination des Massnahmenplans Familienpolitik geschah ausschliesslich auf schriftlichem Weg, da bis Juli alle Direktionen bis auf die DI und die GD ihre Massnahmen bereits abgeschlossen hatten. Schriftlicher interner Zwischenbericht per Ende Dezember anstelle einer Sitzung
L34	Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Umsetzung Konzept gestartet	●	
L29	Förderung der Freiwilligenarbeit	Die Webplattform zur Förderung der informellen Freiwilligenarbeit ist in der Testversion online zugänglich	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
RR-Anträge (KSA)	Anzahl	40	50	32
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	18	19	19
Lotteriefondsgesuche	Anzahl	40	40	39
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl	29	30	39
Beitragsgesuche Integration	Anzahl	48	50	56
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl	883	950	1'050
– Asylsuchende N		298	330	302
– Nothilfe		63	80	64
– Vorläufig Aufgenommene F		149	160	173
– Vorläufig Aufgenommene F7+		108	130	103
– Anerkannte Flüchtlinge B		145	170	254
– Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F		84	70	120
– Aufenthaltsstatus C		37	10	34
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl	883	950	1'050

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
- Durchgangsstation		95	90	98
- Dezentrale Unterkunft		512	560	587
- Nothilfe-Unterkunft		35	40	50
- Private Unterkunft		229	230	299
- Andere Unterbringung		12	30	16
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze			
- Wohnen (ab 2014 auch kombiniert mit Arbeit oder Beschäftigung)			300	292
- Wohnen mit Beschäftigung		166	0	0
- Wohnen mit geschütztem Arbeitsplatz		67	0	0
- Geschützte Arbeitsplätze (ab 2014 intern und extern)			297	294
- Beschäftigung (ab 2014 intern und extern)			205	211
Kostenübernahmegarantien (KÜG)	Aufwand in Fr.		14'324'000	12'884'894
Kostenübernahmegarantien (KÜG)	Anzahl behandelte Gesuche	327	370	298
Durch KÜG finanzierte Platzierungen	Anzahl Betreute Total	198	210	195
- davon ausserkantonale		166	180	162
- davon innerkantonale		32	30	33
Unterstützung: Zuger Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Anzahl Dossier	56	70	61
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Anzahl Dossier	110	95	124

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Anzahl behandelte KÜG-Gesuche: der massive Anstieg der Vorjahre konnte dank neuer IVSE-Regelung gebremst werden. Laufende KÜG müssen wegen geringfügiger Änderungen nicht neu eingereicht werden. Umstellung auf IBB in Ostschweizer Kantonen ist abgeschlossen, diese führte 2012/13 zu vorzeitigen Erneuerungen von laufenden KÜG.

Asylbereich: Nebst dem starken Anstieg der Personen im Asylbereich sind insbesondere die Anzahl Personen markant gestiegen, denen Asyl gewährt wurde oder die eine vorläufige Aufnahme erhielten. Die Zahl der Personen mit Nothilfe reduzierte sich.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-61'492'804.41	-67'026'500	-64'350'836.37	2'675'663.63	-4,0
Total Ertrag	16'324'677.59	16'677'400	15'906'192.90	-771'207.10	-4,6
Saldo	-45'168'126.82	-50'349'100	-48'444'643.47	1'904'456.53	-3,8

Kommentar Rechnung

Die Kostenübernahmegarantien für Zuger Bewohnerinnen und Bewohner in ausserkantonalen sozialen Einrichtungen sind rund 1'450'000 Franken unter Budget.

Der Aufwendungen für das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) sind rund 275'000 Franken unter Budget.

Die innerkantonalen Kostenabteilungen gemäss Zuständigkeits- und Sozialhilfegesetz sind rund 150'000 Franken unter Budget.

Die Aufwendungen für die Sozialen Dienste Asyl sind rund 115'000 Franken über Budget, vor allem wegen nicht budgetierter Kosten für die Erweiterung der Unterkunft im ehemaligen Kantonsspital (RRB vom 19. August 2014).

Die Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck (Leistungs- und Subventionsvereinbarungen) sind rund 40'000 Franken über Budget wegen tiefer als erwartet ausgefallenen Rückzahlungen.

Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0024	Wohn- u. Werkheim Schmetterling					
	Ausgaben		-280'000	-1'354'000.00	-1'074'000.00	383,6
	Einnahmen					
DI1550.0027	ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch					
	Ausgaben		-1'935'000		1'935'000.00	-100,0
	Einnahmen					
DI1550.0034	ZUWEBE: Beitrag Umbau/Sanierung Wohnhaus Ried					
	Ausgaben	-792'000.00		-38'397.00	-38'397.00	
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-792'000.00	-2'215'000	-1'392'397.00	822'603.00	-37,1
	Einnahmen					
	Saldo	-792'000.00	-2'215'000	-1'392'397.00	822'603.00	-37,1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DI1550.0022	Stiftung Maihof Ausbau und Sanierungen					
	Ausgaben	-251.35				
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-251.35				
	Einnahmen					
	Saldo	-251.35				

Kommentar Rechnung

DI1550.0024 Wohn- und Werkheim Schmetterling: Die Sanierung und der Umbau wurden nicht wie ursprünglich vorgesehen auf drei Jahre verteilt, sondern in diesem Jahr als Ganzes durchgeführt, da die Klientinnen und Klienten in einem Provisorium untergebracht werden mussten. Die Schlussabrechnung wurde noch nicht eingereicht.

Es wurde der maximale Kantonsbeitrag abgegrenzt, da die Einrichtung von einer leichten Kostenüberschreitung ausgeht.

DI1550.0027 ZUWEBE Umbau Werkstätte Bösch: Das Projekt wurde erst im November eingereicht und wird von der Baudirektion zurzeit geprüft. Mit einem Baubeginn ist frühestens in der zweiten Hälfte 2015 zu rechnen.

DI1550.0034 ZUWEBE Wohnhaus Ried: Die Schlussabrechnung für den Umbau und die Sanierung wurde erstellt und genehmigt. Die Schlusszahlung konnte nur teilweise im 2013 abgegrenzt werden. Der Restbetrag wurde in diesem Jahr belastet.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) wurden die Grundsteine gelegt und es ist zu einer gut funktionierenden Organisation herangewachsen. Der Aufbau ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Thematisiert wurden zudem die Zusammenarbeit zwischen dem KES und privaten Leistungserbringerinnen und Leistungserbringern sowie die Tätigkeit des KES und die Rollen der Fachstellen. Wiederum war das KES mit einer Vielzahl von Fällen konfrontiert.

Organisation und Aufbau

Die KESB sind Schweiz weit aus verschiedenen Gründen im Fokus der Öffentlichkeit. So sind die Ansprüche und Erwartungen an das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht beziehungsweise an die Organisation der Behörde sehr hoch. Der Regierungsrat beschloss am 9. Juli eine Analyse der Tätigkeiten des KES sowie des Verhältnisses zu weiteren Fachstellen und privaten Mandatspersonen. Diese unter der Leitung des Volkswirtschaftsdirektors durchgeführten moderierten Gespräche wurden im Herbst abgeschlossen.

Der Bericht zeigt im Wesentlichen auf, dass viele Schwierigkeiten und Missverständnisse aufgrund von fehlenden Informationen und suboptimaler Kommunikation entstanden. Die neue Gesetzgebung und die Organisationsform wurden jedoch durchwegs positiv beurteilt und nicht in Frage gestellt. Auch das Fachwissen der Behörde sowie die Qualität der Entscheide werden als gut bezeichnet. Die personellen Ressourcen sind nach wie vor knapp. Aus dem Bericht ergaben sich Lösungsansätze, die nun geprüft und umgesetzt werden. Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis der Rollen und Aufgabenerfüllung aller im Kindes- und Erwachsenenschutz Beteiligten zu finden, um die anstehenden Herausforderungen gut bewältigen zu können. Die organisatorischen Abläufe aller Beteiligten können weiter optimiert werden.

Am 17. November erliess die Direktion eine Weisung über die Aufsicht über das KES. Damit wurden die Zusammenarbeit und die allgemeine Aufsicht präzisiert.

Gesetzeserneuerung gemeinsame elterliche Sorge

Seit Inkrafttreten des neuen Rechts ab 1. Juli unterzeichnen zahlreiche Paare die gemeinsame Vereinbarung. Während des ersten Halbjahrs nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes wurden nur zwölf Anträge von einem Elternteil eingereicht. In zehn Fällen gab es nach mehreren Gesprächen mit den Betroffenen eine einvernehmliche Lösung.

Private Mandatspersonen

Seit Bestehen der KESB konnte die Anzahl Private Mandatspersonen erfreulicherweise von 380 auf 416 erhöht werden, welche rund 425 Erwachsenenschutz Mandate führen. Von den total 1207 Erwachsenenschutzmassnahmen werden 55 Prozent durch Private Mandatspersonen und 45 Prozent durch Berufsbeiständinnen und Berufsbeistände des Mandatszentrums Zug geführt. Die Privaten Mandatspersonen werden bei ihrer Arbeit vom KES unterstützt und begleitet. In diesem Zusammenhang wurden vier Weiterbildungsveranstaltungen in den Regionen zu den Themen Sozialversicherungen, Vermögensverwaltung und zustimmungsbedürftige Geschäfte (Artikel 416 ZGB und Artikel 417 ZGB) organisiert. Daran nahmen rund 120 Private Mandatspersonen teil. Die Rückmeldungen waren positiv. Ebenfalls wurde das Handbuch überarbeitet und dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht angepasst.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES), die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die sie unterstützenden Dienste, das Revisorat/Kanzlei und das Mandatszentrum sind die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Überführung ins neue Recht				
C	Die Überführung der bestehenden Massnahmen ins KESR ist gewährleistet	Alle bestehenden Massnahmen sind ins neue Recht umgewandelt		Per Ende Jahr wurden 50 % der bestehenden Massnahmen ins neue Recht überführt
Leistungsgruppe 2: Meldestelle für Gefährdungsmeldungen, Verfahrensleitung, Anordnung von Massnahmen				
1	Meldestelle für Gefährdungsmeldungen ist innert nützlicher Frist erreichbar	Die Gefährdungsmeldungen werden innert einer Zweitagesfrist entgegengenommen und vorgeprüft; es liegen keine Beschwerden bezüglich Verzögerungen vor		
2	Die erforderlichen Abklärungen werden fristgerecht umgesetzt	100 % innert Frist (3 Monate)		Bei klarem Sachverhalt wurde das Ziel erreicht; aufgrund Zusatzabklärungen wurde die Frist teilweise auf 4–6 Monate erstreckt
3	Die Verfahren werden rechtlich korrekt durchgeführt	Es liegen keine Beschwerden betreffend Verfahrensleitung vor		
4	Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Die festgelegten Standards und Abläufe sind eingehalten		
Leistungsgruppe 3: Aufgaben nach Errichtung der Massnahme				
5	Die notwendigen Schritte zur Abwicklung der Mitwirkungsgeschäfte werden rechtzeitig eingeleitet	Die Entscheide werden innert Frist (3 Monate) gefällt; es liegen keine Beschwerden vor		
6	Gegenüber Dritten, Gerichten und Amtsstellen ist die Informations- sowie die Mitwirkungspflicht gewahrt	Alle Anfragen sind rechtmässig und innert nützlicher Frist (max. 3 Monate) beantwortet		
Leistungsgruppe 4: Nicht massnahmegebundene Aufgaben				
8	Die daraus anfallenden Aufgaben wie Unterhaltsregelungen, Zuteilung gemeinsames Sorgerecht, Regelung des persönlichen Verkehrs, Prüfen von Vorsorgeaufträgen und Patientenverfügungen usw. werden fachlich korrekt und in nützlicher Frist erledigt	Es liegen keine Beschwerden vor		
Leistungsgruppe 5: Aufsicht und Beschwerden				
9	Fälle gemäss Art. 419 ZGB sind geprüft und beantwortet	Allfällige Beschwerden sind fachgerecht und gesetzeskonform geklärt		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
10	Die Aufsicht ist gewährleistet	Die Vermögensverwaltung ist gemäss Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder einer Vormundschaft (VBVV) getätigt; die Geschäftskontrolle ist durchgeführt; die Daten sind bearbeitet und das Verzeichnis der Massnahmen erstellt; die Statistik ist quartalsweise nachgeführt; Berichts- und Rechnungsprüfung sind erfolgt	●	

Leistungsgruppe 6: Instruktion, Begleitung und Aufsicht sämtlicher Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (Berufsbeistandspersonen des Amtes und von Fachstellen, Privatpersonen)

11	Die privaten Mandatsträger/innen (PriMas) sind rekrutiert und abgeklärt betreffend fachlicher und persönlicher Eignung	Die Öffentlichkeit wird über die Arbeit von PriMas einmal jährlich informiert; die privaten Mandatsträger/innen werden gemäss Standards abgeklärt ob sie für ihre Aufgaben geeignet sind; sie kennen ihre Aufgaben und werden entsprechend begleitet und unterstützt	●	
12	Die Berufsbeistandspersonen erfüllen ihren Auftrag engagiert und qualitativ hochstehend	Die Berufsbeiständinnen und -beistände erledigen ihre Arbeit gemäss den Standards; ihre Arbeit ist sorgfältig geprüft und all-fällige Beanstandungen sind bekanntgegeben	●	
13	Die Zusammenarbeit mit Fachstellen, Institutionen und öffentliche Verwaltung ist gewährleistet	Auf Anfrage und nach Bedarf ist ein Austausch mit Fachstellen und Institutionen erfolgt	●	
14	Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Die festgelegten Standards und Abläufe (Qualitätsmanagement) im Umgang mit den Mandatsträger/innen und Fachstellen sind eingehalten	◐	Projekt Qualitätsmanagement mit Berufsbeiständinnen und -beiständen des Mandatszentrums sowie der Fachstellen konnte nicht abschliessend umgesetzt werden

Leistungsgruppe 7: Kompetenzzentrum KES

15	Die KESB ist mit den Gemeinden, Sozialdiensten und anderen Ämtern wie auch Fachstellen und sozialen Institutionen gut vernetzt	Gegenseitiger Informationsaustausch erfolgt aufgrund von Anfragen und gemäss Bedarf	●	
----	--	---	---	--

Leistungsgruppe 8: Führung des Mandatszentrums

16	Die Berufsbeistände/innen arbeiten nach einheitlichen und überprüfbaren fachlichen Kriterien Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Die Qualitätsstandards sind definiert und überprüft; die Mitarbeitenden führen die ihnen zugewiesenen Mandate entsprechend dem Auftrag und den festgelegten Standards	◐	Standards sind definiert, müssen noch überprüft und angepasst werden
17	Die privaten Mandatsträger/innen sind geschult und in ihrer Arbeit unterstützt	Die neuen PriMas erhalten eine Einführung in ihre Arbeit und werden bei Bedarf in Zusammenarbeit mit der KESB fachlich unterstützt	●	
18	Die Berufsbeiständinnen und -Beistände weisen die notwendigen fachlichen Qualifikationen auf und sind auf dem aktuellen Wissensstand des neuen KESR	Besuch von mind. 1 Weiterbildungsveranstaltung (intern oder extern)	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die erarbeiteten Prozesse und Standards müssen aufgrund Veränderungen in der Ablauforganisation neu überprüft und angepasst werden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Laufende Massnahmen	Fall	1'196	1'450	1'207
Neu angeordnete Massnahmen	Fall	173	350	206
Umwandlung der bestehenden Beirat- und Beistandschaften in das neue Massnahmensystem	Fall	85	2/3 der laufenden Massnahmen	1/2 der laufenden Massnahmen
Anzahl durch das Mandatszentrum geführte Mandate	Mandat	400	550	492

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Fallzunahme war kleiner als erwartet.

Per Ende Jahr konnten ca. 50 Prozent (390) der altrechtlichen Massnahmen ins neue Recht überführt werden. Aufgrund der knappen Ressourcen konnten nicht wie gewünscht Zweidrittel der Massnahmen ins neue Recht umgewandelt werden. Die Anzahl neu anzuordnender Massnahmen blieb unter den Erwartungen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'459'698.72	-6'728'900	-6'103'215.23	625'684.77	-9,3
Total Ertrag	860'194.30	560'000	120'374.82	-439'625.18	-78,5
Saldo	-5'599'504.42	-6'168'900	-5'982'840.41	186'059.59	-3,0

Kommentar Rechnung

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz nahm seine Arbeit erst am 1. Januar 2013 auf. Da im ersten Jahr noch nicht auf bestehende Werte zurückgegriffen werden konnte, war es schwierig, ein realistisches Budget zu erstellen und am Jahresende korrekte transitorische Abgrenzungen im Bereich der Löhne für Fachpersonen und der Erträge aus Dienstleistungen (ohne MWST) zu tätigen. Ebenfalls war noch unklar, welcher zusätzliche Aufwand für den Aufbau des Amtes erforderlich sein würde.

Obwohl sich die beiden transitorischen Abgrenzungen in der Summe ungefähr die Waage halten, sind im 2014 sowohl der ausgewiesene Ertrag als auch der ausgewiesene Aufwand durch die Abgrenzungen zu tief. Ohne Berücksichtigung dieser Abgrenzungen, entsteht im 2014 ein effektiver Mehraufwand von rund 120'000 Franken, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass fachliche Unterstützung extern – somit teurer – eingekauft werden musste.

Der effektive Mehrertrag von rund 160'000 Franken ergibt sich aufgrund der höheren Anzahl von Entscheiden, die mehr Einnahmen aus Amtsgebühren als geplant erzeugten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1552.0001 Kostenberücksichtigung Fallführungs-Software					
Ausgaben	12'960.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	12'960.00				
Einnahmen					
Saldo	12'960.00				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Bau- und Planungstätigkeit im Kanton blieb auf hohem Niveau. Die Denkmalpflege begleitete entsprechend viele Vorhaben. Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen führten immer wieder zu bemerkenswerten Entdeckungen. Die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde fortgeführt. Wichtige Auswertungsprojekte konnten abgeschlossen werden. Die Denkmalpflege war stark im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Zugleich hatte das Amt eine weitgehende Budgetkürzung für das kommende Jahr zu planen. Das Interesse an Publikationen, Vorträgen und Führungen war gross. Der Schweizerische Denkmalpreis ging in den Kanton Zug.

Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung

Die Konferenz Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger verlieh den Schweizerischen Denkmalpreis an den Eigentümer der Grossraumstallscheune Langrütli in Hünenberg. Die Anzahl Stellungnahmen zu Bau- und Planungsvorhaben stieg gegenüber dem Vorjahr um zwölf Prozent und hat sich innert zehn Jahren verdoppelt. Mit dem Ziel, die Qualität und damit auch die Akzeptanz der Denkmalpflege zu steigern, hat die Direktion des Innern die Zufriedenheit von drei Anspruchsgruppen der Denkmalpflege durch ein externes Unternehmen untersuchen lassen. Das Resultat der Untersuchung zeigt, dass die Bedeutung des Denkmalschutzes und die Fachkompetenz der Mitarbeitenden positiv bewertet werden. Die Auswertung zeigt Handlungsbedarf im Planungs- und Realisierungsprozess und auch im Dialog mit Betroffenen auf. Konkrete Massnahmen werden ab Anfang 2015 sukzessive umgesetzt. Der Kantonsrat beschloss im November eine einschneidende Kürzung des Budgets des Amtes für das Jahr 2015. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf den Leistungsauftrag bleiben. Zur Denkmalpflege wurden im Kantonsrat zwei Motionen eingereicht, deren Beantwortung im Jahr 2015 erfolgen wird.

Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen und Auswertungen

Die Untersuchung verschiedener von Abbruch oder Umbau betroffenen Objekte diente der Beurteilung von Schutzwürdigkeit und Restaurierungszielen sowie der Dokumentation von historischen Bauten. Es handelt sich um Bauwerke aus allen Teilen des Kantons Zug. Sondierungen der Universität Zürich brachten Licht in die Geschichte der Wallanlage Chugelrütli im Baarburgwald. Eine besondere Entdeckung ist ein Münzschatz aus dem 19. Jahrhundert in der Gemeinde Risch, der aus einer Gold- und achtzehn Silbermünzen besteht. Die Wiederherstellung des früheren Bibersees in der Gemeinde Cham führte zu grossflächigen Geländearbeiten. In einzigartiger Dichte und Qualität konnten vielfältige organische Funde, mehrheitlich aus dem Hochmittelalter, sichergestellt werden. Verschiedene wissenschaftliche Auswertungen konnten plangemäss fortgesetzt oder abgeschlossen werden.

Unterschutzstellungen und Beiträge

Die Kantonale Denkmalkommission hat an insgesamt zehn Sitzungen über die Aufnahme von Denkmälern ins Inventar der schützenswerten Objekte oder ins Verzeichnis der geschützten Denkmäler beziehungsweise über die Entlassung aus diesen beiden Registern sowie über finanzielle Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler beraten und hat zahlreiche Augenscheine genommen.

Dokumentation, Inventare und Konservierung

Die IT-Ersatzanschaffung IMDAS wurde gemäss Terminplan und unter Einhaltung des Budgets eingeführt und steht im operativen Einsatz. Die systematische und flächendeckende Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler wurde weiter umgesetzt. Die Arbeiten sind in den Gemeinden Neuheim und Zug (ohne Altstadt) sowie für die militärhistorischen Bauten des zweiten Weltkriegs abgeschlossen. Die Bestandsaufnahme der historischen Bauten in den Gemeinden Baar, Cham, Menzingen, Risch und Steinhausen läuft. Der im Vorjahr entdeckte Schimmelpilzbefall im archäologischen Funddepot erwies sich als umfangreicher als befürchtet; dessen Bekämpfung wurde fortgesetzt. Es werden dringend geeignete Depoträume gebraucht. Weiter wurden Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen und Feuerwehr-Einsatzpläne für die Zivilschutzorganisation, Feuerwehr, Polizei und Eigentümerschaften erstellt.

Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

Das Interesse an Publikationen, Vorträgen und Führungen ist ungebrochen gross. Der Europäische Tag des Denkmals bot ein vielseitiges Programm zum Thema «Kulinarik und Denkmal». Mit dem Erscheinen der beiden Publikationen über die römische Wassermühle Hagendorn in der Gemeinde Cham bzw. über historische Tapeten im Kanton Zug konnten zwei grosse Auswertungsprojekte abgeschlossen werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung				
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist		
2	Fachkundige Beratung von Bauherrschaften, Planenden und Behörden	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist		
3	Einholen externer Berichte und Nutzungsstudien	100 % Auftragserteilung innert Monatsfrist		
Leistungsgruppe 2: Archäologische Untersuchungen und Auswertung				
4	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	100 % innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist		
5	Kleine bis mittelgrosse Objekte sach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	80 % innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin		
6	Komplette Aufarbeitung der Dokumentation zur Archivreife innert 24 Monaten	80 % der Objekte		
A	Wissenschaftliche Auswertungen durchführen (Projektmanagement): – Pfahlbauten Cham-Alpenblick – Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112 – Hünenberg, Burg – Zug, Oberaltstadt 3, Töpferei – Zug, Seehof	Pfahlbauten Alpenblick: 90 % Dendroanalyse, 40 % Befund; Pfahlbauten Zugerstrasse 112: 50 % der Keramikaufnahme und Vorstudie Datierung; Hünenberg Burg: 50 % naturwissenschaftliche Untersuchungen; Zug, Seehof: Auswertung abgeschlossen		
Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)				
8	Fundierte Vorlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit erstellen	80 % der neuen Gesuche werden an der nächsten Sitzung der Denkmalkommission behandelt, vorausgesetzt Gesuche treffen 3 Wochen vor Sitzung ein		
Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung				
9	Aktualisierung des Verzeichnis der geschützten Denkmäler und des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Vierteljährlich auf Internet		
10	Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank und der archäologischen Fundstellendatenbank innert 2 Monaten	100 % innert Frist		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
11	Erstellen der Kulturgüterschutz-Sicherstellungs-Dokumentation für Einsatzpläne Feuerwehr	80 % gemäss Planung	●	
12	Erfassen Neueingänge archäologischer Funde und Einleitung vorsorglicher Konservierungsmassnahmen innert 24 Monaten	80 % innert Frist	●	
B	Bestandesaufnahme historischer Bauten / Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Bestandesaufnahme: Detailaufnahmen in Gemeinden Baar, Cham und Zug abgeschlossen sowie in Gemeinden Menzingen, Risch und Steinhausen begonnen; Inventaraufnahmen: Gemeinden Baar, Cham und Zug in Denkmalkommission traktandiert	◐	Leichte Verzögerungen; Baar und Cham werden im 1. Halbjahr 2015 in der Denkmalkommission traktandiert
C	Schimmelpilzbefall Funddepot: Reinigung Funde und Fundinventarrevision	20 % des gesamten Fundbestandes	◐	165 Fundkisten (Total 2'310) bzw. 7 % des Fundbestandes gereinigt, Schimmelpilzbefall umfangreicher als befürchtet und Reinigung während der feuchten Sommermonate nicht möglich
Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit				
13	Wissenschaftliche Berichterstattung Jahrbuch Archäologie Schweiz per 15. Januar und Tugium per 31. Mai	Innert Frist	●	
14	Vorträge, Führungen, Öffentlichkeitsanlässe	10 Anlässe	●	
15	Europäischer Denkmaltag	Denkmaltag durchgeführt	●	
D	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Band 2 Pläne und Illustrationen abgeschlossen	●	
F	Historische Holzbauten, 2 Bände	Buch gedruckt	◐	Band 1 gedruckt, Band 2 Layout fertig; wegen EP 2015–2018 neue Druckofferte ausserhalb Kanton Zug eingeholt und Auftrag erteilt
I	Publikation Degen aus dem Zugersee «Excalibur»	Manuskript abgeschlossen	●	
J	Publikation Historische Tapeten Zuger Häuser	Manuskript abgeschlossen; Auftrag Redaktion/Druckvorstufe erteilt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ein grosser Teil des Geschäftsgangs ist abhängig von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Unterschutzstellungen	Anzahl	16	8	17
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl	160	150	187
Denkmalpflege: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	308	315	346
Denkmalpflege: Stellungnahmen in Bezug auf ISOS (BGer Entscheid Rütli)	Anzahl	73	120	97

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl	10	12	12
Archäologie: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	90	70	87
Archäologie Feldarbeit I: Ausgrabung, Bauuntersuchung	Anzahl	22	20	14
Archäologie Feldarbeit II: Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl	43	45	48

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrössen sind von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton abhängig, werden mehrheitlich von externen Faktoren bestimmt und waren zum Zeitpunkt der Budgetierung teilweise schwer abschätzbar. Die höhere Zahl von Unterschutzstellungen liegt im üblichen jährlichen Schwankungsbereich. Der Zuwachs an Objekten beim Inventar der schützenswerten Denkmäler ist Ergebnis der laufenden Revision beziehungsweise der Vervollständigung des Inventars der schützenswerten Denkmäler. Mit wachsender Zahl steigt die Rechtssicherheit für Hauseigentümerschaften, Baubehörden und Planende. Die Anzahl der denkmalpflegerischen Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden hat gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen und sich innert zehn Jahren verdoppelt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'111'272.98	-7'109'500	-7'432'973.73	-323'473.73	4,5
Total Ertrag	514'638.20	112'300	293'020.21	180'720.21	160,9
Saldo	-6'596'634.78	-6'997'200	-7'139'953.52	-142'753.52	2,0

Kommentar Rechnung

Aufwand: Zum Zeitpunkt der Budgetierung ist die Durchführung der meisten Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen nicht bekannt. Die entsprechenden Kosten sowie die Höhe der zweckgebundenen Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler (offene Beitragsverfügungen und erwartete Beitragsgesuche) sind jeweils nur annähernd prognostizierbar. Die Rechnung bewegt sich grundsätzlich im üblichen jährlichen Schwankungsbereich. Besonders aufwändig waren die Rettungsgrabungen beim Bibersee (Renaturierung) und in Oberwil (Kiesabbau) in der Gemeinde Cham; dank zusätzlicher temporärer Hilfskräfte konnten Zeitverzögerungen vermieden werden (Mehrkosten wurden teilweise vom Bund rückvergütet). Der Schimmelpilzbefall im Funddepot ist umfangreicher beziehungsweise dessen Behebung gestaltete sich aufwändiger. Die Bestandesaufnahme historischer Bauten beziehungsweise die Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler musste punktuell forciert werden beziehungsweise führte zu Zusatzaufwendungen (unter anderem Papieri Cham, militärhistorische Bauten, Stadt Zug); Ziel ist die baldige Rechtssicherheit für Hauseigentümerschaften, Baubehörden und Planende. Der Aufwand für Festanstellungen (Stellenvakanzen) und für Druckkosten und Publikationen war geringer.

Ertrag: Im Rahmen der Programmvereinbarung 2012–2015 mit dem Bund konnten mehr Finanzhilfen des Bundes in Anspruch genommen werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1580.0001 Ersatz für Fachanwendung SPATZ					
Ausgaben	-39'975.00	-20'000	-20'324.05	-324.05	1,6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-39'975.00	-20'000	-20'324.05	-324.05	1,6
Einnahmen					
Saldo	-39'975.00	-20'000	-20'324.05	-324.05	1,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Ersatz archäologisches Informationssystem SPATZ konnte plan- und budgetgemäss abgeschlossen werden; das System ist operativ im Einsatz.

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1700	Direktionssekretariat	-36'099'529.20	-31'801'300	-32'140'177.10	-338'877.10	1,1
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-4'026'825.09	-8'870'500	-7'941'224.05	929'275.95	-10,5
1733	Kantonsschule Zug	-38'077'947.55	-39'210'800	-39'144'456.32	66'343.68	-0,2
1734	Kantonsschule Menzingen	-7'681'702.98	-7'833'600	-8'350'107.55	-516'507.55	6,6
1736	Fachmittelschule Zug	-4'433'072.93	-5'039'900	-4'814'876.27	225'023.73	-4,5
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-102'450'482.57	-104'174'950	-103'905'609.17	269'340.83	-0,3
1777	Amt für Berufsberatung	-1'956'482.69	-4'294'600	-4'338'129.08	-43'529.08	1,0
1780	Amt für Sport	-1'410'018.94	-1'441'500	-1'372'642.65	68'857.35	-4,8
1790	Amt für Kultur	-6'854'542.14	-7'252'800	-6'904'974.95	347'825.05	-4,8
17	Direktion für Bildung und Kultur	-202'990'604.09	-209'919'950	-208'912'197.14	1'007'752.86	-0,5

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1700	Direktionssekretariat	7'719.35				
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-42'023.49				
1733	Kantonsschule Zug	-422'508.31	-1'366'000	-1'065'321.01	300'678.99	-22,0
1734	Kantonsschule Menzingen	-47'352.95	-60'000	-60'365.90	-365.90	0,6
1777	Amt für Berufsberatung		220'000	128'163.46	-91'836.54	-41,7
1790	Amt für Kultur		-58'000	-52'441.88	5'558.12	-9,6
17	Direktion für Bildung und Kultur	-504'165.40	-1'264'000	-1'049'965.33	214'034.67	-16,9

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Schulbesuche des Bildungsdirektors boten auch im Berichtsjahr Anlass, Raum und Zeit für grundsätzliche Überlegungen zum Kern des Schulwesens. Das Zuger Schulwesen ist keine Insel im Meer der Schweizer Harmonisierungsbestrebungen. Als Nicht-HarmoS-Kanton konnte sich der Kanton Zug aber eine gewisse Handlungsfreiheit bewahren. Im Sommer wurde diese Handlungsfreiheit auch aus wissenschaftlicher Sicht bestätigt. Nach intensiver Beschäftigung mit dem Schul- und Lehrpersonalgesetz konnten die direktionsseitigen Arbeiten daran im Sommer abgeschlossen werden. Im Bereich der Mittelschulen ist der Fortschritt bezüglich der Bauvorhaben erfreulich. Das gilt insbesondere für den Standort Menzingen, wo der Aus- und Neubau nach langer Vorarbeit in trockene Tücher gebracht werden konnte.

Kern des Schulwesens

Wäre die Schule ein Feld, dann bildeten «Vertrauen», «Spannung», «Ziele» und «Beziehungen» dessen Eckpunkte. Auf diesem so aufgespannten Feld bewegen sich die Lehrerinnen und Lehrer, in diesem Spannungsfeld findet gute Schule statt. Mit Blick auf die beschriebenen Eckpunkte zeigt sich, dass gute Schule dort stattfindet, wo gute Menschen in den Schulstuben stehen. Menschen, die Vertrauen haben, Spannung aushalten, Ziele setzen und Beziehungen pflegen. Wie gewinnen wir gute Lehrerinnen und Lehrer? Wie bilden wir sie aus? Wie fördern und fordern wir sie? Die Schulbesuche des Bildungsdirektors schufen Zeit und Raum für Überlegungen zum Kern des Schulwesens.

Harmonisierung

Drei Instrumente sind für die Harmonisierungsbestrebungen im Schweizer Bildungswesen zentral: Schweizweit einheitliche Bildungsstandards (Grundkompetenzen), ein Bildungsmonitoring (Überprüfung) sowie die sprachregionale Vereinheitlichung der Lehrpläne. Während die Grundkompetenzen 2011 von der EDK beschlossen wurden, stand das Berichtsjahr in der Deutschschweiz im Zeichen des Lehrplans 21. Als Vorbote der im Sommer 2015 anstehenden Überprüfung des Stands der Harmonisierung, ist die Nervosität und Gehässigkeit (Stichwort Fremdsprachen) in der Harmonisierungsdebatte nochmals spürbar gestiegen. Ungeachtet aller konstruktiven Zusammenarbeit überall dort, wo es sinnvoll ist, konnte sich der Kanton Zug als Nicht-Mitglied der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) eine gewisse Handlungsfreiheit wahren. Mit einem Gutachten wurde diese Handlungsfreiheit auch wissenschaftlich bestätigt. Handlungsfreiheit wird dann umso wichtiger sein, sollte die Nervosität dereinst in operative Hektik umschlagen.

Schul- und Lehrpersonalgesetz

Die Beratungen der Bildungskommission wurden im Sommer abgeschlossen. Wichtige Diskussionspunkte beim Schulgesetz sind die Klassengrößen, die Einführung einer sprachlichen Frühförderung sowie die Zukunft der Basis- und Grundstufe. Beim Lehrpersonalgesetz steht die Frage nach einer Anpassung der Anzahl Unterrichtslektionen der Zuger Lehrpersonen an die Situation der Lehrpersonen in den umliegenden Kantonen im Zentrum.

Bauten Mittelschulen

Im August hat sich der Kantonsrat für den Aus- und Neubau der Kantonsschule Menzingen ausgesprochen. Ebenso steht die Realisierung von Provisorien und Sporthallen auf dem Areal der Kantonsschule Zug an und laufen die Planungen für die an der Hofstrasse in Zug domizillierte Fachmittelschule.

Berufs- und Schulwahl als Kooperationsaufgabe

Dass Berufs- und Schulwahl eine Kooperationsaufgabe ist, zeigt sich besonders deutlich in den Grossveranstaltungen in den Gemeinden, welche gemeinsam von Gewerbeverband, Wirtschaftskammer, Schulgemeinde und den kantonalen Ämtern für Berufsbildung und Berufsberatung durchgeführt werden. Viele Klassen der fünf beteiligten Gemeinden besuchten die Berufsschauen, rund 600 Eltern nahmen an den Abendveranstaltungen teil.

Revision Sport-Toto-Verordnung

Hauptgegenstand der Revision ist die Erhöhung der Beiträge an die Vereine und an die Nachwuchsförderung aus dem Sport-Toto-Fonds. Die Sportvereine äusserten sich überwiegend sehr positiv zur Vorlage.

Vergabe Zuger Werkjahr

Nachdem 2012 und 2013 kein Zuger Werkjahr vergeben werden konnte, stand die Vergabe dieses mit 50'000 Franken dotierten Kulturpreises an Sara Masüger im Zentrum der Preisübergabefeier im Oktober. An sieben weitere Zuger Künstlerinnen und Künstler konnten Förderbeiträge zwischen 10'000 und 15'000 Franken vergeben werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Revision des Schul- und des Lehrpersonalgesetzes wurden von der Bildungskommission beraten. Der Rechtsdienst wurde als Abteilung des Direktionssekretariats organisiert.

Schulrecht

Nach erfolgter Vernehmlassung zu den beiden Revisionsvorlagen (Schul- und Lehrpersonalgesetz) wurden diese vom Regierungsrat dem Kantonsrat zur Beratung und Beschlussfassung überwiesen. Im 2. und 3. Quartal fanden die Beratungen innerhalb der Bildungskommission statt. Der Bericht und Antrag für das Schulgesetz wurde Ende November vom Präsidenten der Kommission erstellt.

Organisatorisches

Der Rechtsdienst wurde nach der Kündigung der bisherigen Leiterin neu als selbständige Abteilung organisiert. In der Folge wurde die Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs überarbeitet. Im Frühjahr wurde mit der systematischen Dokumentation der betrieblichen Abläufe innerhalb des Direktionssekretariats mit Hilfe der Software WinFEE begonnen. Ziel dieses Projekts ist der Aufbau eines Qualitätsmanagements-Systems sowie die Sicherung von betrieblichem Know-how.

Publikationen

Die Informations- und Kommunikationsplattform «Schulinfo Zug» wurde konsequent in elektronischer Form publiziert.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (DS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und der kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen		
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	100 % innert Frist		
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstössen	100 % innert Frist		
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	100 % innert Frist		
Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung				
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		
6	Fach- und fristgerechte Prüfung sowie Genehmigung der Schul- und Disziplinar-Ordnungen der gemeindlichen Schulen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR		
8	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommission kantonalen Schulen	100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen		
C	Änderung Schulgesetz	Überweisung an den Kantonsrat		
Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission				
9	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Einladungsversand mit Traktanden 10 Tage vor Sitzung; Protokollerstellung und Lieferung von Berichten u. ä. 7 Arbeitstage nach Sitzung		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 5: Beitragswesen				
11	Fristgerechte Bearbeitung von Beitragsgesuchen (Lotteriefonds)	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	●	
12	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
13	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	●	
14	Fachgerechte Auskunftserteilung an Rektorate	100 % innert vereinbarter Frist	●	
15	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	100 % innert vereinbarter Frist	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Hoch-/Fachhochschulen	Studierende	1'379	1'800	1'544
Zugerische Privatschulen	Schüler/-innen	995	1'100	1'012
Beschwerdewesen	Einsprachen und Beschwerden	18	15	12

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Hoch-/Fachhochschulen: Es handelt sich hierbei um die Gesamtzahl der Zuger Studierenden an ausserkantonalen Bildungsinstitutionen. Für diese zahlt der Kanton Zug – basierend auf der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV), der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) oder anderer Abkommen – Semester- oder Schulgeldbeiträge. Nicht eingerechnet sind die Zuger Studierenden der ETH Zürich und der EPF Lausanne (werden vom Bund finanziert) sowie die Zuger Studierenden an der PH Zug (diese werden separat ausgewiesen). Bei der Budgetierung für 2014 wurde die Zunahme der Anzahl Studierenden überschätzt.

Pädagogische Hochschule Zug: Bis 2013 wurde an dieser Stelle die Gesamtzahl der Zuger Studierenden an allen drei Teilschulen der PH Zentralschweiz (Zug, Schwyz und Luzern) publiziert. Ab Rechnung 2014 werden hier nur noch jene Zugerinnen und Zuger ausgewiesen, die an der neu geschaffenen PH Zug studieren. Die tiefere Anzahl per Rechnung 2014 (149 gegenüber 227 Studierende) ergibt sich daraus, dass Zuger Studierende, welche an den PHs in Schwyz und Luzern immatrikuliert sind, nun unter Hoch-/Fachhochschulen erfasst werden.

Stipendien/Studiendarlehen: Die Anzahl der Gesuche wird neu bei den Einfluss-/Plangrössen des Amtes für Berufsberatung (BIZ) ausgewiesen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-36'498'267.00	-31'841'300	-32'183'742.25	-342'442.25	1,1
Total Ertrag	398'737.80	40'000	43'565.15	3'565.15	8,9
Saldo	-36'099'529.20	-31'801'300	-32'140'177.10	-338'877.10	1,1

Kommentar Rechnung

Die Budgetüberschreitung resultiert vollumfänglich aus einer Zunahme der Zuger Studierenden an Universitäten, Hoch- sowie Fachhochschulen, für welche der Kanton Zug im Rahmen der Universitätsvereinbarung (IUV), der Fachhochschulvereinbarung (FHV) sowie weiterer Vereinbarungen beitragspflichtig ist. Demgegenüber weisen der Personal- sowie der übrige Sach- und Betriebsaufwand zusammen eine Budgetunterschreitung von rund 85'000 Franken (-7,7 %) auf.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1700.0004	Auszahlung Studiendarlehen					
	Ausgaben	-343'000.00				
	Einnahmen					
DB1700.0005	Rückzahlung Studiendarlehen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	350'719.35				
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-343'000.00				
	Einnahmen	350'719.35				
	Saldo	7'719.35				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Umsetzung der Mittelschulplanung, welche zu ausreichend attraktivem Schulraum auch für künftige Generationen von Mittelschülerinnen und -schülern führen wird, hat wichtige Hürden genommen. Die Vorbereitungsarbeiten für den erfolgreichen Start des zweiten Zuger Langzeitgymnasiums per Schuljahr 2015/16 verlaufen planmässig. Die seit August 2013 eigenständige Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) ist auf Kurs: Ihre Studiengänge sowie Weiterbildungs- und Dienstleistungsangebote werden sehr gut nachgefragt.

Attraktiver Schulraum

Im August hat sich der Kantonsrat für den Aus- und Neubau der Kantonsschule Menzingen ausgesprochen. Ebenso steht die Realisierung von Provisorien und Sporthallen auf dem Areal der Kantonsschule Zug an und laufen die Planungen für die an der Hofstrasse in Zug domizilierte Fachmittelschule. Mit diesen wichtigen Projekten zur Umsetzung der Mittelschulplanung gewährleistet der Kanton Zug auch künftigen Generationen von Mittelschülerinnen und -schülern ausreichend attraktiven Schulraum.

Neues Übertrittsverfahren

Im Schuljahr 2013/14 wurde erstmals das neue Übertrittsverfahren II, welches am Übergang von der Sekundarschule zu den Mittelschulen steht, durchgeführt. Das Verfahren verlief reibungslos. Auffallend ist, dass das Kurzzeitgymnasium gegenüber dem Vorjahr einen starken Zuwachs, die Fachmittelschule hingegen einen erheblichen Rückgang verzeichnet. Es gilt, diese Entwicklung im Auge zu behalten.

Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung

Mit dem Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) für die Sekundarstufe II hat die Qualitätsarbeit an den kantonalen Schulen 2009 einen gemeinsamen Rahmen erhalten. Damals wurden die kantonalen Schulen beauftragt, bis Ende Jahr alle Elemente und Prozesse gemäss Rahmenkonzept – vom Individualfeedback über das Qualitätshandbuch bis zu schulübergreifenden Netzwerktreffen – einzuführen. Diese Vorgabe konnte erfolgreich umgesetzt werden.

Einführung eines zweiten Langzeitgymnasiums

Der Kanton Zug führt ab dem Schuljahr 2015/16 zwei Langzeitgymnasien: an der Kantonsschule Zug (KSZ) sowie an der Kantonsschule Menzingen (KSM). Das Jahr stand im Zeichen der Vorbereitungsarbeiten für den erfolgreichen Start des neuen Ausbildungsangebots in Menzingen. Falls es aufgrund der Anmeldungen zu einer ungünstigen Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die beiden Standorte kommt, wird eine Zuteilung vorgenommen. Das Verfahren, welches insbesondere auf die Kriterien Schulwegdauer und Erreichbarkeit der Zielschule zu Fuss oder mit dem Fahrrad abstützt, wird per kommendes Schuljahr zum ersten Mal zum Einsatz kommen.

Strategie der Schulkommission für die Zuger Mittelschulen

Die Schulkommission der Zuger Mittelschulen hat anfangs Jahr beschlossen, in Ergänzung zu den bestehenden Planungen eine Strategie der Schulkommission für die Mittelschulen zu erarbeiten. Das daraus resultierende Strategiepapier setzt fünf strategische Hauptentwicklungslinien, welche es in der kommenden Legislatur umzusetzen gilt: Internationalisierung (Prüfung Kombination schweizerische Maturität / International Baccalaureate, bilinguale Maturität usw.); mehr Freiräume für selbstständiges, eigenverantwortliches, informatikgestütztes Lernen; Förderung der Persönlichkeitsentwicklung; vielfältiges gymnasiales und berufsfeldvorbereitendes Ausbildungsangebot; Stärkung der Fachbereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT-Fächer).

PH Zug auf Kurs

Seit August 2013 ist die ehemalige Teilschule Zug der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ Zug) als eigenständige PH Zug unterwegs. Das Jahr hat gezeigt, dass die Zuger Hochschule bestens Fahrt aufgenommen hat und auf Kurs ist: Ihre Studiengänge sowie Weiterbildungs- und Dienstleistungsangebote werden sehr gut nachgefragt. Die PH Zug hat es sich zum Ziel gesetzt, sich gerade auch innerhalb des Kantons weiter zu vernetzen: mit den Schulen, der Wirtschaft, der Gesellschaft insgesamt. Mit der PH Zug hat der Kanton einen wichtigen Bildungstrumpf in der Hand, welchen es optimal zu nutzen gilt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Mittelschulen ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen sowie für deren Qualitätsaufsicht. Es übt die Aufsicht aus über die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) und koordiniert die Aufgaben zwischen der Hochschule und der kantonalen Verwaltung. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen				
1	Ausbildungsqualität sicherstellen	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten; kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten; die Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen liegt bei mindestens 95 %		
2	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22		
3	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung (QE) und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt; Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Rektor/innen; Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II		
4	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen an gemeindliche Schulen (Broschüren der Schulen, DVD, Broschüre zur Aufnahmeprüfung)		
A	Kantonale Schulraumplanung Mittelschulen	1. Hälfte 2014: rechtskräftige Genehmigung Kredite Neubau kgm und Provisorien/ Turnhalle KSZ. Anschl. Baubeginn; Umsetzung Projektplanung Hofstrasse/ FMS		Die Planungsarbeiten Hofstrasse/FMS konnten noch nicht abgeschlossen werden
Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung				
5	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Vorgaben zu 100 % eingehalten		
6	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Weiterbildung	Organisation eines Netzwerktreffens; Programm zur Elternbildung im Kanton		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug				
7	Aufsicht/Controlling	Standards zum Qualitätsmanagement-Konzept erfüllt		Die nächste Zertifizierungsstufe EFQM wurde aufgrund Change-Prozess sowie Entwicklungen in Bezug auf Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) sistiert. Rahmenvorgaben eingehalten
Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen				
8	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzung 2: Über alle Klassen der Mittelschulen hinweg ergibt sich ein Durchschnittswert von rund 18,3 Schülerinnen und Schülern pro Klasse (gesetzliche Vorgabe: Richtwert von 18 Schülerinnen und Schülern pro Klasse).

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Franken	260'000	315'000	252'000
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl	105	105	105
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl	1'916	2'050	1'924
Studierende der Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zug	Anzahl		300	297

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

In der Allgemeinen Weiterbildung wurden nur wenige Gesuche eingereicht. Damit liegt der Aufwand im Bereich der Projektbeiträge deutlich tiefer als budgetiert. Bei der Budgetierung der Anzahl Schülerinnen und Schüler wurde die erwartete Anzahl Klassen mit einer theoretischen Klassengrösse von 19,5 Schülerinnen und Schülern multipliziert (105 Klassen mit durchschnittlich 19,5 Schüler/innen ergeben insgesamt 2'050 Schüler/innen). Aus der tatsächlichen Anzahl Schülerinnen und Schüler (1'924) sowie Klassen (105) ergibt sich die für das Berichtsjahr effektive durchschnittliche Klassengrösse von 18,3 Schülerinnen und Schülern (gesetzlich vorgegebener Richtwert: 18 Schüler/innen pro Klasse). Die Plangrösse der PH Zug ist ohne die Studierenden des Diplomerweiterungsprogramms gerechnet.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'034'546.74	-8'885'500	-7'948'005.75	937'494.25	-10,6
Total Ertrag	7'721.65	15'000	6'781.70	-8'218.30	-54,8
Saldo	-4'026'825.09	-8'870'500	-7'941'224.05	929'275.95	-10,5

Kommentar Rechnung

Der gegenüber dem Budget tiefere Rechnungsaufwand ist hauptsächlich wie folgt begründet: tieferer Kantonsbeitrag an PH Zug (-600'000 Franken); tieferer Aufwand für Entschädigung Hochschulrat sowie für Dienstleistungen Dritter; weniger Gesuche für Projektbeiträge im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung und für Beiträge Fremdsprachenaufenthalt.

Die Tätigkeit der kantonalen Prüfungsexpertinnen und -experten an der Privatschule Institut Montana hat zu tieferen Kosten als budgetiert geführt. Entsprechend sind die Erträge (Rechnungstellung an Privatschule) tiefer ausgefallen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1730.0001	Beitrag Übernahme betr. Infrastruktur PH Zug					
	Ausgaben	-42'023.49				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-42'023.49				
	Einnahmen					
	Saldo	-42'023.49				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Kantonsschule Zug (KSZ) entwickelt sich auch im 153. Jahr ihres Bestehens in sämtlichen Bereichen der Organisation laufend weiter. Wichtige Impulse zur Entwicklung der KSZ liefern einerseits die internen pädagogischen Schulentwicklungsprozesse, von denen 2014 gleich mehrere abgeschlossen werden konnten. So zum Beispiel die Verabschiedung der Leitideen oder die Implementierung einer Charta zur Beurteilungskultur, aber auch die schulinterne Strategiekonferenz, welche Felder definierte, die in Zukunft die KSZ prägen sollen, wie zum Beispiel den pädagogischen Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) oder das Thema Studierkompetenzen. Andererseits folgten aus der Einbindung der KSZ in die kantonale Mittelschulplanung und Schulraumplanung wesentliche Entscheide für die künftige Ausgestaltung der Kantonsschule am Lüssiweg.

Neue Leitideen für die KSZ

Der Schulentwicklungsprozess «Lernförderliches Unterrichtsklima» wurde mit der Verabschiedung der neuen Leitideen durch die Lehrerschaft abgeschlossen. Für die im dazugehörigen Bericht festgelegten Handlungsfelder wurden Schritte zur Umsetzung im Schulalltag eingeleitet, so zum Beispiel die Kommunikation in Konfliktfällen. In der strategischen Leuchtturm-Konferenz wurden die folgenden vier pädagogischen Grossthemen bearbeitet: Studierkompetenzen; Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT); Umsetzung der Wochenstundentafel (welche für die Schülerinnen und Schüler das Fächerprogramm definiert); Laufbahnkonzept und neues Mitarbeitergespräch der Lehrpersonen. Mit einer von der Lehrerschaft verabschiedeten Charta zur Beurteilungskultur konnte ein wichtiger Schulentwicklungsprozess abgeschlossen und in den schulischen Alltag eingebunden werden.

Stete Unterrichtsentwicklung

Für die Entwicklung von Schule und Unterricht sind regelmässige Evaluationen wichtig. Diese betrafen das Untergymnasium sowie den zweisprachigen (immersiven) Unterricht. Wie in der Gesellschaft insgesamt wird der Einsatz von elektronischen Geräten und Medien an den Schulen immer wichtiger. Eine entsprechende Arbeitsgruppe bearbeitete als Bindeglied zwischen Unterricht, Technik und kantonaler Informatik-Strategie insbesondere die Themen Informationstechnologie im Unterricht, Datensicherheit sowie Einsatz eigener/privater Geräte («bring your own device»).

Personalplanung mit kantonalem Fokus

Mit dem Aufbau eines zweiten Langzeitgymnasiums wird es innerhalb des Kantons zu Verlagerungen von Lehrerinnen- und Lehrerpensen von der KSZ an die Kantonsschule Menzingen kommen. Das wichtige Thema der schulischen und kantonalen Personalplanung wurde von der Schulleitung in hoher Priorität bearbeitet. Im Bereich der Personalentwicklung wurden überdies die Vorarbeiten für ein internes Laufbahnkonzept für die Lehrpersonen abgeschlossen.

Qualitätsentwicklung auf Kurs

Die Umsetzung des kantonalen Rahmenkonzepts zur Qualitätsentwicklung (QE) auf der Sekundarstufe II ist auf Kurs. Alle der im Konzept definierten Elemente konnten per Ende des Jahres eingeführt werden. In diesem Zusammenhang wurde das Schülerinnen- und Schülerfeedback neu gefasst und implementiert.

Neue Schulverwaltungssoftware

Das kantonale Dokumenten-Management (Gever) wurde an der KSZ erfolgreich eingeführt. Die Informatikabteilung realisierte die technischen Anpassungen (Serverstruktur) für die aktuellen Informatikprojekte (Drucker-Management, Campus Card) und den kommenden Ersatz der PC-Arbeitsplätze. Ein herausforderndes Projekt ist die Einführung der neuen kantonalen Schulverwaltungssoftware (schulNetz): Diese wurde im Oktober an der KSZ installiert. Auf dieser Basis konnten die technischen und inhaltlichen Schnittstellen mit Blick auf die kantonsweite Einführung bearbeitet werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt		
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	80 % bewerten Schulklima als gut (periodische Überprüfung)		
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten		
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	Planung KSZ 2020; Planung Provisorien		Provisorien für Schulräume wurden vom KR bewilligt, die Entscheide zu den Sporthallen fallen anfangs 2015
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt		
A	Anpassung Schulleitungsstruktur	Stellenbesetzung neuer Rektor/neue Rektorin bis August abgeschlossen		
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen min. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeiten: 45 Std.; Besucherfrequenz/Jahr: 92'000		
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	80 % bewerten Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)		Es werden nicht alle Abteilungen gleichzeitig überprüft
C	Rollout Serverraum	Evaluation & Systementscheid bis März 2014; Installation August 2014 abgeschlossen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014	Kommentar
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation			
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen; jährlich aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Leistungsziel 5: die Besucherfrequenz lag bei 104'423.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Klassenzahl	Anzahl	83	SJ 13/14: 83, SJ 14/15: 83–85	82
Anzahl Schüler/innen	Anzahl	1'534	min. 1'600, max. 1'650	1'523
Anzahl Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	158,30	161,67	156,3

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bei der Budgetierung der Anzahl Schülerinnen und Schüler wurde die erwartete Anzahl Klassen mit einer theoretischen Klassengrösse von 19,5 Schülerinnen und Schülern multipliziert (83 bzw. 85 Klassen mit durchschnittlich 19,5 Schüler/innen ergeben insgesamt rund 1'600 bis 1'650 Schüler/innen). Aus der tatsächlichen Anzahl Schülerinnen und Schüler (1'523) sowie Klassen (82) ergibt sich die für das Berichtsjahr effektive durchschnittliche Klassengrösse von 18,6 Schülerinnen und Schülern (gesetzlich vorgegebener Richtwert: 18 Schüler/innen pro Klasse). Durch die Zusammenlegung von oberen Klassen reduzierte sich die Gesamtklassenzahl auf Beginn des Schuljahres 2014/15. Die Zahl der Eintritte ins Gymnasium Unterstufe blieb nicht auf der Rekordhöhe des Vorjahres.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-38'819'057.97	-39'856'300	-39'819'324.22	36'975.78	-0,1
Total Ertrag	741'110.42	645'500	674'867.90	29'367.90	4,5
Saldo	-38'077'947.55	-39'210'800	-39'144'456.32	66'343.68	-0,2

Kommentar Rechnung

Der Aufwand für die Beiträge an die Pensionskasse wurde um 458'000 Franken zu tief budgetiert. Im gesamten Sachaufwand der Kantonsschule Zug wurden Einsparungen von total 176'000 Franken realisiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1733.0003 Kantonsschule Luegeten: Sonderanschaffungen					
Ausgaben	-24'393.75	-150'000	-139'183.55	10'816.45	-7,2
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1733–Kantonsschule Zug

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1733.0007	Aktualisierung Infrastruktur Clients					
	Ausgaben	-104'366.16		-18'238.51	-18'238.51	
	Einnahmen					
IT1733.0008	Erneuerung Netzwerkverkabelung Trakt 6 + 7					
	Ausgaben	-42'730.40				
	Einnahmen					
IT1733.0009	Aktualisierung zentrale Infrastruktur					
	Ausgaben	-165'519.00				
	Einnahmen					
IT1733.0010	Selbstverbuchungsservice Bibliothek					
	Ausgaben	-85'499.00				
	Einnahmen					
IT1733.0011	Erneuerung Infrastruktur Serverraum					
	Ausgaben		-515'000	-509'760.65	5'239.35	-1,0
	Einnahmen					
IT1733.0012	Campus-Card KSZ					
	Ausgaben		-110'000	-48'890.75	61'109.25	-55,6
	Einnahmen					
IT1733.0013	Datenhaltung					
	Ausgaben		-591'000	-349'247.55	241'752.45	-40,9
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-422'508.31	-1'366'000	-1'065'321.01	300'678.99	-22,0
	Einnahmen					
	Saldo	-422'508.31	-1'366'000	-1'065'321.01	300'678.99	-22,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

DB1733.0003: Die Anschaffung von diversem Mobiliar konnte termingerecht abgeschlossen werden.

IT1733.0007: Bedingt durch technische Verzögerungen konnte das Projekt nicht wie vorgesehen abgeschlossen werden. Das Kernstück «Follow Me Printing» wurde am 17. Dezember in Betrieb genommen. Voraussichtlicher Projektabschluss: 2. Quartal 2015.

IT1733.0011: Das Projekt konnte termingemäss abgeschlossen werden. Alle Komponenten wurden installiert, getestet, abgenommen und im 4. Quartal in den produktiven Betrieb übernommen.

IT1733.0012: Das Projekt weist Verzögerungen auf, der Projektabschluss ist für 2015 vorgesehen.

IT1733.0013: Das Projekt konnte nicht auf Ende Jahr abgeschlossen werden. Nachbesserungen auf Seite des Lieferanten waren notwendig. Die zentrale Komponente wird Anfang Januar 2015 abgenommen. Voraussichtlicher Projektabschluss: 1. Quartal 2015.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Gymnasium in Menzingen befindet sich im Wandel. Erstens wurde das «Kantonale Gymnasium Menzingen kgm» per Beginn des Schuljahres 2014/15 in «Kantonsschule Menzingen KSM» (KSM) umbenannt. Zweitens leiteten die hohen Anmeldezahlen für die 1. Klassen ein Wachstum der Schule ein, welches mit der Einführung des Langzeitgymnasiums 2015 akzentuiert und bis 2020/21 andauern wird. Drittens bewilligte der Kantonsrat am 28. August mit dem Objektkredit für den Neu- und Umbau den für dieses Wachstum notwendigen Schulraum.

Anmeldezahlen für die 1. Klassen

Im Schuljahr 2014/15 traten 81 Schülerinnen und Schüler in die ersten Klassen des Kurzzeitgymnasiums ein (zum Vergleich: 65 Schüler/innen im Schuljahr 2013/14). Erstmals mussten somit vier neue erste Klassen eröffnet werden. Ob der Anstieg der Anmeldezahlen auf das neue Übertrittsverfahren II zurückzuführen ist, werden die kommenden Jahre zeigen.

Konzeptentwicklung für das Langzeitgymnasium und Namensänderung

Die Konzeptentwicklung für das Langzeitgymnasium konnte plangemäss abgeschlossen werden. Im Schuljahr 2015/16 werden nebst den neuen Schülerinnen und Schülern des Kurzzeitgymnasiums somit erstmals zwei Klassen ins Langzeitgymnasium der KSM eintreten. Nachdem der Regierungsrat das Gesuch der Schulleitung zur Namensänderung per 1. August bewilligt hatte, konnten die Produkte und Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit mit der neuen Schulbezeichnung «Kantonsschule Menzingen KSM» neugestaltet werden.

Neu- und Umbauprojekt und Schulraumprovisorium

Am 28. August bewilligte der Kantonsrat den Objektkredit für den Neu- und Umbau der KSM. Damit kann das Bauprojekt plangemäss in den Jahren 2015–2018 realisiert werden. Während der Bauphase wird die Schule in einem unterhalb des Hauses «Maria vom Berg» gelegenen Schulraumprovisorium stattfinden. Für den Sportunterricht konnten die Sportanlagen Schützenmatt und Ochsenmatt der Gemeinde Menzingen gemietet werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Kantonale Gymnasium (kgm) ist ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessendes Gymnasium mit allen gymnasialen Profilrichtungen. Das Bildungsziel des kgm ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt		
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	80 % bewerten Schulklima als gut (periodische Überprüfung)		
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten		
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Etablierung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht		
L11b	Ausbau Kantonales Gymnasium Menzingen	Abschluss Provisorienplanung; Objektkredit des Kantonsrats		
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt		Element 7 nicht erfüllt: Die Evaluation der Studienwochen floss prozesssynchron in das neue Studienwochenkonzept 2015 ein; die kantonal koordinierten Abgängerbefragungen werden erstmals 2015 durchgeführt
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen min. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeit: 31 Std.		
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	80 % bewerten Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)		
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen; jährliche aktualisierte Informationsmaterialien, laufende Aktualisierung der Homepage		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Klassenzahl	Anzahl	11	11	12
Schüler/innen	Anzahl	185	220	215
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	25,34	27,50	28,4

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bei der Budgetierung der Anzahl Schülerinnen und Schüler wurde die erwartete Anzahl Klassen mit einer theoretischen Klassengrösse von 20 Schülerinnen und Schülern multipliziert (11 Klassen mit durchschnittlich 20 Schüler/innen ergeben insgesamt 220 Schüler/innen). Aus der tatsächlichen Anzahl Schülerinnen und Schüler (215) sowie Klassen (12) ergibt sich die für das Berichtsjahr effektive durchschnittliche Klassengrösse von 17,9 Schülerinnen und Schülern (gesetzlich vorgegebener Richtwert: 18 Schüler/innen pro Klasse). Die effektive Anzahl von 12 Klassen ergibt sich aufgrund gestiegener Anmeldezahlen per Schuljahr 2014/15.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'751'469.18	-7'915'600	-8'437'511.15	-521'911.15	6,6
Total Ertrag	69'766.20	82'000	87'403.60	5'403.60	6,6
Saldo	-7'681'702.98	-7'833'600	-8'350'107.55	-516'507.55	6,6

Kommentar Rechnung

Aufgrund einer gegenüber dem Budget höheren Klassenzahl ergeben sich höhere Lohnkosten bei den Lehrpersonen. Infolge krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit liegen auch die Stellvertretungskosten höher als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1734.0095 Erneuerung der Informatikanlage					
Ausgaben	-47'352.95	-60'000	-60'365.90	-365.90	0,6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-47'352.95	-60'000	-60'365.90	-365.90	0,6
Einnahmen					
Saldo	-47'352.95	-60'000	-60'365.90	-365.90	0,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fachmittelschule Zug (FMS) professionalisierte ihre inneren Strukturen und den Aussenauftritt. Sie setzte sich mit verschiedenen Massnahmen für die Sicherung der Schülerinnen- und Schülerzahlen ein, erlangte die Anerkennung der EDK für die Fachmaturität Gesundheit und konzipierte ihre Führungsstrukturen teilweise neu. Die Einarbeitungen der neuen Prorektoratspersonen und der neuen internen IT-Technikerin verliefen optimal. Im Bereich der Qualitätssicherung erzielte die FMS bei der Evaluation des Schülerinnen- und Schülerfeedbacks ein sehr erfreuliches Ergebnis. Das neue Nutzungskonzept Hofstrasse bildet eine solide Grundlage für die bauliche Zukunft der FMS.

Personelle Veränderungen in der Schulleitung

Der Prorektor beendete im Sommer seine langjährige, erfolgreiche Tätigkeit. Die sorgfältige Einarbeitung der nachfolgenden Prorektoratspersonen ermöglichte einen reibungslosen Übergang, wobei ein innovatives Jobsharing-Modell implementiert wurde.

Optimierung von Führungsstrukturen und Mitarbeitenden-Gesprächskultur

Die mittlere Führungsebene der Fachschaftsverantwortlichen wurde um vier Fachgruppenverantwortliche ergänzt, die an der Schnittstelle zwischen Lehrpersonen und Schulleitung Teamleitungsaufgaben wahrnehmen. Sie sind zuständig für fachübergreifende Belange und führen ab 2015 formative Standortgespräche mit ihren Teammitgliedern durch. Dadurch ergibt sich für die Lehrpersonen ein jährlicher Gesprächsrhythmus, wobei Mitarbeitergespräch (MAG) und Standortgespräch alternieren.

EDK-Anerkennung der Fachmaturität Gesundheit

Das Anerkennungsverfahren des neuen Lehrgangs Fachmaturität Gesundheit wurde im Mai 2013 mit der Einreichung des umfangreichen Dossiers bei der EDK eröffnet. Visitationen durch Expertinnen und Experten fanden im Mai 2014 statt und der erfolgreiche Abschluss ohne Auflagen erfolgte Ende November mit der Anerkennung der Fachmaturität Gesundheit durch die EDK.

Evaluation Schülerinnen- und Schüler-Feedback

Zur Qualitätssicherung führte die FMS in Zusammenarbeit mit einer externen Fachperson eine Evaluation der langjährigen Praxis des Schülerinnen- und Schülerfeedbacks durch. Die differenzierte Evaluation zeigte, dass die Häufigkeit des Einsatzes von Feedbacks von den meisten Schülerinnen und Schülern als genau richtig beurteilt wird und das Feedback auch bei den Lehrpersonen breite Akzeptanz geniesst.

Sicherung und Stärkung der berufsfeldvorbereitenden Mittelschule FMS

Der Kanton Aargau beendete kurzfristig die FMS-Kooperation mit dem Kanton Zug, und das neue Übertrittsverfahren II lenkte die Lernenden vermehrt ins Kurzzeitgymnasium. Um die Zukunft der FMS mit ausreichenden Schülerinnen- und Schülerzahlen zu sichern, wurden neue Infobroschüren zu den drei FMS-Berufsfeldern gestaltet, sonstige Marketingmassnahmen intensiviert und neue Kooperationen gesucht. Die Zusammenarbeit mit der FMS Glarus im Bereich Fachmaturität Pädagogik wurde mit sechs Glarner Lernenden erfolgreich ausgebaut. Die angestrebte Kooperation mit dem Kanton Zürich kam dagegen trotz intensiver Zuger Bemühungen nicht zustande.

Stabsübergabe beim IT-Support

Die neue interne Support-Technikerin wurde durch ihren Vorgänger optimal in den FMS-IT-Support und die erfolgreichen Kooperationen mit dem Schulischen Brückenangebot (SBA) und einer externen Firma eingeführt.

Bauplanung Standort Hofstrasse sowie kleinere bauliche Optimierungen

Das neue Nutzungskonzept Hofstrasse bestätigt und konkretisiert die Ausbaupläne am Schulstandort Hofstrasse und sieht ein etappenweises Vorgehen mit Abschluss 2021 vor. Das definierte Raumprogramm deckt die räumlichen Bedürfnisse der FMS zweckmässig ab. Zudem wurden im Berichtsjahr mit kleineren baulichen Massnahmen (Brandschutzwände im 2. Obergeschoss der Athene, Fluchttreppe und Notausgang bei der Aula) feuerpolizeiliche Missstände behoben.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Fachmittelschule (FMS) schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulabschluss, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt		
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	80 % bewerten Schulklima als gut (periodische Überprüfung)		
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten		
A	Schulraumplanung Fachmittelschule/Hofstrasse	Neukonzeption Ausbau FMS (mit SBA und IBA) ohne WMS		
Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt		
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	80 % bewerten Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)		
Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

zu A: Für IBA wurde zwischenzeitlich ein anderer Standort definiert. Die Bauplanung für FMS und SBA wurde im neuen Nutzungskonzept Hofstrasse umgesetzt.
zu 5: Es wurde keine Evaluation im Berichtsjahr durchgeführt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Klassenzahl	Anzahl	11	11	11
Schüler/innen (inkl. Ausserkantonale)	Anzahl		205	186
Ausserkantonale Schüler/innen	Anzahl		24	22
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	22,3	23	22

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Es wurde eine Lehrpersonen-Vollzeitstelle weniger benötigt als budgetiert, da eine personalintensive FMS-Klasse weniger zustande kam als geplant. Dafür kam eine weniger personalintensive Fachmaturitätsklasse zusätzlich zustande. So blieb die Klassenzahl konstant, aber der Personalbedarf nahm insgesamt ab. Da der Kanton Aargau kurzfristig die FMS-Kooperation mit dem Kanton Zug beendete und das neue Übertrittsverfahren II die Lernenden vermehrt ins Kurzzeitgymnasium lenkte, gingen an der FMS die Schülerinnen- und Schülerzahl und die Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse zurück. Die durchschnittliche effektive Klassengrösse beträgt 16,9 Schülerinnen und Schüler (vorgegebener Richtwert: 18 Schüler/innen pro Klasse). Die Schulkommission der kantonalen Mittelschulen hat in ihrer Strategie 2015–2018 als Entwicklungsziel verankert, mit geeigneten Massnahmen die Anzahl Schülerinnen und Schüler an der FMS Zug zu optimieren.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'882'361.63	-5'275'300	-5'206'294.62	69'005.38	-1,3
Total Ertrag	449'288.70	235'400	391'418.35	156'018.35	66,3
Saldo	-4'433'072.93	-5'039'900	-4'814'876.27	225'023.73	-4,5

Kommentar Rechnung

Der Minderaufwand resultiert aus geringeren Personalkosten (vgl. Kommentar zu Einfluss-/Plangrössen). Der Mehrertrag setzt sich zusammen aus einer Versicherungszahlung (41'000 Franken), Mehreinnahmen für Fotokopien (15'000 Franken) und einer zu geringen Budgetierung der Schulgelder von ausserkantonalen Lernenden (100'000 Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Berichtsjahr wurde die Einführungsphase des langjährigen Projekts «Gute Schulen» abgeschlossen. Die Statistik des Übertrittsverfahrens in die Sekundarstufe I brachte eine Fehlentwicklung ans Licht. Die Neugestaltung des neunten Schuljahres wurde gestartet.

Projektabschluss Gute Schulen

Das im Juni 2008 vom Bildungsrat beschlossene Projekt «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» wurde fristgerecht auf Ende Schuljahr 2013/14 eingeführt. Schlusspunkt des Projekts war das Forum «Gute Schulen» vom 15. März. Die Schulen befinden sich nun ab Schuljahr 2014/15 in der Konsolidierungsphase.

Zuweisungsverfahren in Werkschulen

Die Zuweisungsquote in die Werkschule hat in den letzten Jahren markant abgenommen (2014: 0,2 Prozent; langjähriges Mittel: 2,1 Prozent). Daher hat die Schulaufsicht alle nötigen Schritte initiiert, damit die betroffenen Schulen das Zuweisungsverfahren in die Werkschulen wieder korrekt umsetzen, um zu verhindern, dass die mit dem falschen Zuweisungsverfahren verbundenen Probleme auf die Berufsbildung verlagert werden.

Neugestaltung 9. Schuljahr

Der Bildungsrat hat im Juni das Konzept und die Standards des Projekts «Sek I plus: Neugestaltung des 9. Schuljahres» beschlossen. Sie dienen als Grundlage für die Umsetzung in den gemeindlichen Schulen bis zum Regelbetrieb ab Schuljahr 2021/22. Der Regierungsrat hat dem Antrag des Bildungsrates inkl. der Ausführungen zu den Kosten für die Umsetzung des Projekts zugestimmt.

Internetplattform «Zuger Schulsystem im Detail» in Deutsch und Englisch

Der Kanton Zug hat ein Schul- und Bildungssystem mit vielfältigem Angebot, das die Kinder und Jugendlichen ganzheitlich fördert. Für Eltern und ihre Kinder sind Kenntnisse über das Zuger Schulsystem wichtig, um sich darin orientieren und passende Wege finden zu können. Um dies zu unterstützen, hat die Schulaufsicht eine informative und umfassende Internetplattform aufgebaut, welche das Zuger Schulsystem in seiner ganzen Breite abbildet, dies sowohl in deutscher als auch englischer Sprache: www.zg.ch/schulsystem oder www.zg.ch/schools.

Standardisiertes Abklärungsverfahren

Der Schulpsychologische Dienst (SPD) hat das in den Sonderpädagogik-Konkordatskantonen verbindlich geltende Standardisierte Abklärungsverfahren (SAV) an die Verhältnisse im Kanton Zug angepasst und eingeführt. Durch die Anpassung des Instruments ist es möglich, mit den bestehenden Pensen die Abklärungs- und Beratungsaufträge vergleichbar mit anderen Kantonen zu bearbeiten und die Anträge termingerecht zu stellen.

Ende des 1. Zyklus der externen Schulevaluation

Im Berichtsjahr wurde der 1. Evaluationszyklus an den gemeindlichen Schulen beendet. Als erste Schulen im 2. Zyklus (angepasstes Verfahren unter Berücksichtigung der neuen Evaluationsschwerpunkte des Bildungsrates) wurden fünf Privatschulen aus dem Kanton Zug evaluiert. Im Herbst startete dann der 2. Evaluationszyklus für die gemeindlichen Schulen.

Sonderschulung: Statistisches und Erneuerung der Leistungsvereinbarungen

Im Berichtsjahr wurden 386 (Vorjahr 365) Anträge auf Mitfinanzierung oder Finanzierung von Sonderschulmassnahmen bearbeitet, was einer Zunahme von 5,8 Prozent entspricht. Davon stützten sich die Anträge in 17 (Vorjahr 4) Fällen auf Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Die Anträge für die Kunst- und Sportschulen beliefen sich auf 27 (Vorjahr 22).

Der Kanton Zug regelt seine Zusammenarbeit mit den Sonderschulen und dem Heilpädagogischen Dienst (HPD) bereits seit 2008 mittels Leistungsvereinbarungen. Dabei werden die einzelnen Angebote der Sonderschulen und des HPD in ihrem Umfang und ihrer Qualität bestimmt und die Abgeltung in Form von Pauschalen festgesetzt. Diese Verhandlungen standen im Berichtsjahr im Zentrum. Neu wurde die Leistungsvereinbarung um ein erweitertes Controlling zur Qualität der Leistungserbringung ergänzt.

Didaktisches Zentrum

Das Didaktische Zentrum Zug wurde – wie in den vergangenen Jahren – von rund 1'100 Benutzenden besucht. Die Zahl der Ausleihungen lag bei rund 41'400, was einer Zunahme von rund 5 Prozent entspricht.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt fördert die Entwicklung und Koordination im Schulwesen, plant und koordiniert die Qualitätsentwicklung im Rahmen der obligatorischen Schulzeit, führt die kantonalen Schulentwicklungsprojekte, ist zuständig für die externe Evaluation der Schulen, unterstützt und berät die gemeindlichen Schulen, beschliesst die Lehrmittel und stellt diese bereit, kann befristete und unbefristete Lehrbewilligungen erteilen und prüft die Umsetzung der Schulgesetzgebung. Es bietet schulpyschologische Abklärung und Beratung für Schülerinnen und Schüler sowie für Lernende auf der Sekundarstufe II an. Es führt eine Dokumentations-/Verleihstelle für schulische Medien und koordiniert die Erhebungen der Bildungsstatistik für die obligatorische Schulzeit.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Weiterbildungen für Schulleitungen und Unterrichtsteamleitungen sind angeboten		
A	Das Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) ist aufgrund der Anpassungen der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und Schulleitungen teilrevidiert	Die Rückmeldungen aus der externen Vernehmlassung liegen im Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat vor		Die Behandlung im KR findet erst 2015 statt
Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung				
2	Bei der Partizipation nehmen die Fachgruppen ihre Aufgaben gemäss Aufgabenbeschreibung wahr und werden im Sinne von Qualitätssicherung begleitet	Die Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele		
B	Die Sekundarstufe I ist attraktiv und leistungsstark strukturiert, damit die Schülerinnen und Schüler optimal gefördert und angemessen auf die Sekundarstufe II vorbereitet sind	Das Konzept zur Neugestaltung 9. Schuljahr liegt vor; die strategischen Entscheide sind gefällt		
C	Im Sinne der Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule ist die Flexibilisierung der Arbeitszeit innerhalb des Berufsauftrags der Lehrpersonen in die vorgegebenen Arbeitsfelder geprüft und entsprechend umgesetzt	Expertise mit Lehrpersonen und Schulleitungsbefragung sowie Arbeitszeiterhebung bei allen Lehrpersonen-Berufsgruppen liegen vor; in einem Schlussbericht sind Entwicklungshinweise enthalten		Vorarbeiten für Expertise dauerten länger als angenommen
E	Der Lehrplan 21 dient als Lehrplan der Deutschschweiz über die ganze obligatorische Schulzeit und legt fest, was die Schülerinnen und Schüler wissen und können müssen	Entscheidungsgrundlagen für Stundentafel und Anschlussfragen sind erarbeitet; Weiterbildungsangebote für den kompetenzorientierten Unterricht sind im Angebot der PH Zug aufgenommen; Orientierungshilfe zum kompetenzorientierten Unterricht ist erarbeitet		Grundsatzentscheid der D-EDK über die Einführung des Lehrplan 21 hat sich verzögert. Arbeiten werden im neuen Jahr wieder aufgenommen
F	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Das Projekt «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» ist abgeschlossen; eine Evaluation des Projekts hat stattgefunden		Evaluation hat durch kommunikative Validierung mit Experten stattgefunden

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht				
3	Schulaufsicht hält sich bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen an definierte Grundsätze	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	●	
4	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule bzw. bei Gesuchen um Bewilligung von Privatschulung innerhalb von 8 Wochen; 1. Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	●	
5	Schulaufsicht leitet das Übertrittsverfahren transparent und begleitet die Lehrpersonen unterstützend. Die Entscheide der Übertrittskommission erfahren eine hohe Akzeptanz	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert; neuen Lehrpersonen wird ein Weiterbildungskurs angeboten; keine gutgeheissenen Beschwerden der Übertrittskommission wegen Verfahrensmängeln	●	
H	Das Promotionsreglement ist den Entwicklungen (Noteninitiative, Übertrittsverfahren) angepasst und überarbeitet	Die gemeindlichen Schulen werden in Bezug auf die Änderungen am Promotionsreglement im Umsetzungsprozess beraten	●	
I	Das Konzept zur «offensiven Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen» ist erarbeitet und intern vernehm- lasst	Das Konzept ist erarbeitet, intern vernehm- lasst, konsolidiert und dem Direktions- vorsteher zum Beschluss vorgelegt	●	
Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst				
6	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	75 % der geleisteten Arbeitszeit	●	
7	Die Anmeldungen werden so rasch als möglich bearbeitet	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	●	
8	Anträge für laufbahnbestimmende und verstärkte Massnahmen sind termingerecht gestellt	Versand der Anträge bis Ende Juni	●	
Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation				
9	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	●	
10	Evaluation gemeindlicher Schulen	Pilotschule plus 2 weitere Schulen mit neuem Verfahren (2. Zyklus) evaluiert	●	
J	Evaluation von Sonderschulen und von Privatschulen	Konzept Sonderschule ist erarbeitet; drei Privatschulen evaluiert	●	
Leistungsgruppe 5: Didaktisches Zentrum				
11	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmedien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Bestandespflege: Alte Zeitschriften (Jahrgänge 1980–2000) ausscheiden, entsprechende Artikelauswertungen aus Online-Katalog entfernen	●	
12	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich der Ausleihe sowie Beratung und Einführung der Benutzerinnen und Benutzer	Mindestens 40'000 Medien-Ausleihen/-Verlängerungen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik				
13	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Finanzierungsentscheide: 80 % innert 2 Wochen nach Eingang; 20 % innert Monatsfrist; Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	●	
14	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Controllingkonzept erarbeitet; Neuerarbeitung Leistungsvereinbarungen 2015–2017 abgeschlossen	●	
15	Anerkennung der Sonderschulen als Privatschulen und Aufsicht	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	◐	Einige Sonderschulen verfügen noch nicht über alle Voraussetzungen zur Anerkennung
K	Erarbeitung der Richtlinien Integrative Sonderschulung (IS) für alle Behinderungen	Umsetzung der Richtlinien	●	
L	Richtlinien «Besondere Förderung» implementieren	Umsetzung der Richtlinien	●	
Leistungsgruppe 7: Beitragswesen				
16	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Normpauschalen und Jahreswochenstunden-Pauschalen	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen	●	
Leistungsgruppe 8: Lehrmittelzentrale				
17	Lehrmittel werden rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	●	
18	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler maximal 120 Franken	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Schüler/innen obligatorische Schulzeit	Anzahl	10'975	11'100	10'971
Beiträge an Gemeinden, Normpauschalen Kindergarten und Primarstufe	Franken		44'532'900	44'428'170
Beiträge an Gemeinden, Normpauschale Sekundarstufe I	Franken		23'786'600	22'892'064
Beiträge an Gemeinden, Musikschulen	Franken		11'013'900	11'130'982
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl	801	820	850
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote	2,84	2,96 %	2,78 %
Beiträge für Sonderschulung (inkl. durchlaufende Beiträge)	Franken		32'300'000	34'910'900
Betriebsbeitrag der Gemeinden für Sonderschulung (Ertrag)	Franken		-14'500'000	-16'157'800
Fälle am Schulpsychologischen Dienst	Anzahl	765	600	760

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die ausgewiesene Anzahl «Schüler/innen obligatorische Schulzeit» entspricht der Anzahl Schülerinnen und Schüler an den gemeindlichen Schulen, d.h. ohne Schülerinnen und Schüler der Privat- und Sonderschulen sowie ohne die Schülerinnen und Schüler aus Meierskappel (Kanton Luzern), welche die Sekundarschule in der Gemeinde Risch besuchen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-118'833'057.82	-119'323'950	-120'756'463.57	-1'432'513.57	1,2
Total Ertrag	16'382'575.25	15'149'000	16'850'854.40	1'701'854.40	11,2
Saldo	-102'450'482.57	-104'174'950	-103'905'609.17	269'340.83	-0,3

Kommentar Rechnung

Da der Aufwand für Sonderschulungen an die Gemeinden weiterverrechnet wird, führt der Mehraufwand in diesem Bereich im Berichtsjahr auch zu einem höheren Ertrag als budgetiert wurde.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Berichtsjahr wurden die Dienstleistungen des Amtes für Berufsberatung (BIZ) mit der Integration der Stipendienstelle weiter ausgebaut. Doch auch die klassischen Berufs-, Studien- oder Laufbahnberatungen oder die klassenweisen Angebote in Zusammenarbeit mit Ausbildungsinstitutionen waren sehr gefragt. Die stabile Teamzusammensetzung erlaubte, zusätzlich zum hochtourig laufenden Alltagsgeschäft verschiedene Projekte umzusetzen. Das BIZ Europa Projekt erhöhte die interkulturelle Kompetenz, die «BIZ ZG App» erschloss neue Wege der Informationsvermittlung an Jugendliche.

Veränderung ist die einzige Konstante

Unsere Zeit ist schnelllebig. Immer mehr Menschen müssen oder wollen sich im Verlauf ihrer Berufsbiografie neu orientieren. Das BIZ ist oftmals eine erste, niederschwellige Anlaufstelle, wenn solche Veränderungen anstehen. So erreichte die Zahl der Beratungsfälle einen neuen Rekord, wobei die Altersgruppe der über 25-Jährigen am deutlichsten anstieg.

In Zusammenarbeit mit den Bildungsinstitutionen verfolgt das BIZ das Ziel, den Jugendlichen oder jungen Erwachsenen sogenannte «Career Management Skills» oder auf Deutsch «Laufbahngestaltungskompetenzen» zu vermitteln. Dies geschieht einerseits mit Klassenbesuchen, Studienwahlworkshops oder Laufbahnseminaren im BIZ. Aber auch die Kampagne «My top Job» mit ihren Theateraufführungen in den ersten Oberstufenklassen wirkte in diese Richtung. Insgesamt fanden über 207 Veranstaltungen statt, ebenfalls ein neuer Rekord.

Neue Medien in der Berufsberatung

Gemeinsam mit dem Amt für Berufsbildung konnte die «BIZ ZG App» realisiert werden. Sie gibt den Jugendlichen anhand ihrer Interessen eine Orientierung über alle möglichen Berufe, Infos zu den Berufen sowie den Lehrbetrieben. Zug ist damit bei den ersten drei Kantonen in der Schweiz, welche mit einer App die Jugendlichen unterstützen.

Stipendienstelle erfolgreich ins Amt für Berufsberatung integriert

Mit der Pensionierung langjähriger Mitarbeitender der Stipendienstelle wurde diese per 1. Januar vom Direktionssekretariat ins BIZ migriert. Aufgrund der Nähe zu (Aus-)Bildungsfragen ein sinnvoller Schritt, der sich in anderen Kantonen bereits bewährt hat. Der Start verlief in personeller Hinsicht nicht planmässig. Auch die internen Abläufe wie etwa die Kundenführung mussten sich erst einspielen. Doch per Ende Jahr bilanzierten alle Beteiligten, dass die Integration geglückt ist und die Arbeit für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons weiterhin auf sehr hohem Niveau professionell erledigt wird.

Verbesserung der interkulturellen Kompetenz

22 Prozent aller das BIZ Besuchenden stammen aus dem Ausland. Pro Woche finden ein bis zwei Beratungen auf Englisch statt. Hinzu kommen in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Veranstaltungen, bei welchen den Zielgruppen die Eigenheiten des Schweizer Bildungssystems verständlich gemacht werden. Um das Hintergrundwissen der Mitarbeitenden zu verstärken, reichte der Amtsleiter bei der CH Stiftung ein Projekt im Rahmen der Förderprogramme «Leonardo da Vinci» für Berufsbildungsfachleute ein. Die Stiftung übernahm fast die gesamten Kosten für den Besuch von fünf europäischen Ländern in kleinen Teams von zwei bis drei Personen. Zudem half sie mit der Vermittlung von Ansprechpersonen in den Ländern, welche für die Teilnehmenden ein Programm mit Besuchen in verschiedensten Bildungs- und Beratungsinstitutionen zusammenstellten.

Es war enorm aufschlussreich, als am Teamtag alle Gruppen die Ergebnisse für ihre Länder präsentierten. Es wurde klar, dass das Schweizer Bildungssystem selbst für unsere deutschen Nachbarn einige Herausforderungen enthält. Zugleich realisierten die Mitarbeitenden, wie lange es selbst für Bildungsprofis braucht, sich in ein ganz anderes Bildungssystem hineinzudenken und es in seiner Komplexität zu verstehen. Das Team hat seine interkulturelle Kompetenz mit diesen Erfahrungen entscheidend verbessern können.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung (BIZ) bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.

Die Stipendienstelle ist dem Amt eingegliedert. Sie ist für die Gewährung und Bewirtschaftung von kantonalen Ausbildungsbeiträgen in Form von Stipendien und Darlehen zuständig.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	Umsetzung des Konzepts betreffend Einsatz von Social Media für das BIZ		«BIZ ZG App» realisiert statt Facebook Auftritt
2	Das Amt für Berufsberatung vernetzt sich auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene	8 % der zeitlichen Ressourcen		
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Dienstleistungen des BIZ im Bereich der Berufswahlvorbereitung werden bei den Jugendlichen und Erziehungsberechtigten evaluiert und Verbesserungen umgesetzt		
Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung				
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten; alle Schüler/innen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner		
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmässig erfasst und intensiv begleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut; Statistik fristgerecht weitergeleitet		
6	Mittelschülerinnen und Mittelschüler befähigen, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt		
7	Berufslernende befähigen, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	40 Laufbahnseminare werden für Lernende des GIBZ und KBZ im BIZ durchgeführt		
8	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell»; Organisation «Rent a Stift» und «Rent a Boss»; 2 Weiterbildungsveranstaltung zum Zuger Angebot im Bereich Berufswahlvorbereitung für neue Lehrpersonen		
L18	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt. Mit der Kampagne «My top Job» Vorurteile bezüglich Geschlecht oder Prestige von Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Weitere 30 Klassen buchen das Theater; Medien berichten zweimal		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen				
9	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand; eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	●	
10	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Berufswahlordner jährlich aktualisiert; der Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert; neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	●	
11	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	Das BIZ Zug organisiert/koordiniert 110 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	●	
12	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel; Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	●	
L18	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt: Information der migrantischen Bevölkerungsgruppen über das Schul- und Berufsbildungswesen der Schweiz	Es finden in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Zug 4 Veranstaltungen für ausländische Bevölkerungsgruppen zu Fragen der Berufs- und Schulwahl sowie des Bildungssystems in der Schweiz statt	●	
Leistungsgruppe 3: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung				
13	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche; 1'800 Einzelberatungen	●	
14	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Das Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt; mindestens 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	●	
C	Erweitern der Fachkompetenz der Mitarbeitenden für internationale Klientel. Teilnahme an Mobilitätsprojekt Leonardo da Vinci	Das Projekt wurde erfolgreich durchgeführt und evaluiert; Publikation der Ergebnisse in mindestens 1 Fachzeitschrift	●	
Leistungsgruppe 4: Gewährung von Ausbildungsbeiträgen				
15	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Stipendien- und Darlehensgewährung	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	●	
16	Qualität der Entscheide auf dem Niveau der Vorjahre halten trotz neuer personeller Besetzung	Anzahl der Rekurse bleibt auf dem Niveau der Vorjahre (< 1,5 %)	○	Zahl der Rekurse nahm in den letzten Jahren zu, da die Hemmschwelle bei der Bevölkerung abnimmt. Von den eingegangenen 17 Einsprachen (2,7 %) führte lediglich eine zum Erfolg. Für kommende Jahre wird Anzahl der erfolgreichen Einsprachen als Indikator verwendet
17	Fristgerechte Rückforderung der ausstehenden Darlehen	Darlehen werden systematisch bewirtschaftet und ausstehende Rückzahlungen und Zinsen eingefordert	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
2. Oberstufe, IBA	Klassen	68	64	65
3. Oberstufe, Brückenangebote, EiB	Schüler/innen	826	1'000	1'067
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Jugendliche	146	Im April 80	128
Brückenangebote	Lernende	190	160	184
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschlussklassen	42*	40	55
Gymnasien	Klassen	20	15	19
Besuchende Infothek	Anzahl	9'500	9'000	9'200
Einzelberatungen	Anzahl	1'889	1'800	1'951
RAV Beratungen	Anzahl	178	150	188
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1'333	1'300	1'425
WAB Weiterbildungsangebote	Anzahl	699	900	536
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	291	300	301
Gesuche für Stipendien und Darlehen	Anzahl		700	625
Bewirtschaftung laufende Darlehen	Anzahl		235	249
Auszahlung und Kontrolle gewährter Stipendien	Anzahl		420	671

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Zur Auszahlung und Kontrolle gewährter Stipendien: Bei der Budgetierung wurde nicht berücksichtigt, dass ein positiver Stipendienentscheid mehrere Zahlungen zur Folge haben kann.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'067'335.39	-4'777'600	-4'802'048.23	-24'448.23	0,5
Total Ertrag	110'852.70	483'000	463'919.15	-19'080.85	-4,0
Saldo	-1'956'482.69	-4'294'600	-4'338'129.08	-43'529.08	1,0

Kommentar Rechnung

Die Laufbahnseminare wurden den Berufsschulen der VD nicht mehr wie in den Vorjahren in Rechnung gestellt. Budgetiert waren dafür jedoch Einnahmen von 20'000 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
DB1777.0001 Auszahlung Studiendarlehen					
Ausgaben		-180'000	-235'000.00	-55'000.00	30,6
Einnahmen					
DB1777.0002 Rückzahlung Studiendarlehen					
Ausgaben					
Einnahmen		400'000	363'163.46	-36'836.54	-9,2

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-180'000	-235'000.00	-55'000.00	30,6
Einnahmen		400'000	363'163.46	-36'836.54	-9,2
Saldo		220'000	128'163.46	-91'836.54	-41,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Weder die Zahl der Darlehen, welche in einem Jahr gewährt werden können, noch die eingehenden Rückzahlungen lassen sich genau budgetieren. Da sich beide Beträge über die Jahre ausgleichen, spielen die Saldi hier eine untergeordnete Rolle.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Schwerpunkte und gleichzeitig Highlights innerhalb der Aufgaben des Sportamtes waren die Teilrevision der Sport-Toto-Verordnung von 2005, die Organisation und Durchführung des Auftritts des Kantons Zug als Gastkanton am diesjährigen Luzerner Stadtlauf und die Implementierung von polysportiven Angeboten für Zuger Kinder im Vorschul- und Primarschulalter.

Teilrevision der Verordnung über den Swisslos-Sportfonds

Die Anpassung der Verordnung über den Swisslos-Sportfonds (ehemals «Sport-Toto-Verordnung») soll Zuger Sportvereine gezielter fördern, Zuger Nachwuchstalente sowie in beschränktem Masse auch Zuger Leistungssportlerinnen und -sportler differenzierter unterstützen und wertschätzen. Die Bezeichnung ist neu «Swisslos Sportfonds». Die Vernehmlassung verwaltungsintern und bei Vereinen, Verbänden und Gemeinden wurde durchwegs positiv aufgenommen. Detaillierte, vom Regierungsrat verabschiedete und auf der Homepage des Sportamtes kommunizierte Richtlinien, aber auch Merkblätter und Onlineformulare erleichtern die Ausrichtung der Jahresbeiträge, der Beiträge für Sportaktivitäten, Sportmaterial und Sportinfrastruktur.

Luzerner Stadtlauf

Zug war Gastkanton am Luzerner Stadtlauf vom 3. Mai und trat unter dem Motto «Chriesisturm» auf. Aktionen und ein Stand mit typischen Zuger Chriesi-Köstlichkeiten fanden regen Zulauf. Prominente aus Politik, Sport und Wirtschaft sowie über 400 Zuger Schulkinder nahmen an den verschiedenen Läufen teil und zogen in ihren blau-weissen Zuger T-Shirts die Aufmerksamkeit der Zuschauer und Medien auf sich.

Bundesauftrag und Qualitätssicherung

Zur Umsetzung des Sportförderungsgesetzes lancierte der Kanton Zug einerseits für Mädchen und Knaben im Vorschulalter das wöchentliche Angebot «Zuger Sportlis». Dabei wird polysportives Grundlagentraining mit diversen sportartspezifischen Schnuppertrainings verbunden. Andererseits wurden in Zusammenarbeit mit der Cleven Stiftung während der Sommer- und der Herbstferien für je hundert Zuger Kinder im Primarschulalter zwei einwöchige Sportcamps mit Übernachtung zu Hause organisiert. Sowohl das Angebot «Zuger Sportlis» als auch die Sportcamps werden in Zusammenarbeit mit ortsansässigen Sportvereinen durchgeführt, um das wichtige Kennenlernen dieser Vereinsstrukturen sicherzustellen. Im Rahmen des Bundesauftrags besuchte das Amt für Sport verschiedenste Sportvereine und erhielt wertvolle Einblicke in Angebot und Qualität der Arbeit, wobei die Wertschätzung der Freiwilligenarbeit im Vordergrund stand.

Sportangebot und Statistik neu online

Das breite Angebot an Freizeitaktivitäten der rund 300 Sportvereine im Kanton Zug wurde auf der Homepage des Amtes für Sport aufgeschaltet. Interessierte können nach Sportarten, Sportangebot oder nach Gemeinden suchen. Auf der Statistik-Website des Kantons wurden zeitgleich aktuelle Zahlen im Bereich J+S Kinder-, Jugend- und Erwachsenensport, Sport-Toto sowie eine Auflistung der Sportstätten im Kanton Zug veröffentlicht.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Sport fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polysportive Jugendsportlager durch.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherstellen einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit bei Administration und Dienstleistungen des Amts für Sport	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback; Kritikpunkte werden aufgenommen um eine Zufriedenheit über 80 % zu erreichen		
Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)				
2	Organisation der J+S Kaderbildung gewährleisten	Organisation von mindestens 30 J+S Einführungs-, Grundausbildungs- oder Weiterbildungskursen		
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote der Vereine, Schulen und Jugendorganisationen mittels Beratungsgesprächen	2014 werden in J+S Angeboten über 10'000 Kinder und Jugendliche bewegt (entspricht ca. 60 % der Zuger Bevölkerung)		
4	Durchführung des polysportiven Lagers in Tenero stetig weiterentwickeln	Anpassung des Lagerprogramms an die geänderte Infrastruktur des Centro Sportivo Tenero		
5	Auf- und Ausbau der J+S Kindersportkurse in der Schule intensivieren, Qualitätssicherung aller J+S Kindersportsangebote sicherstellen	2 Kaderkurse organisieren; Auftrag des BASPO zur Qualitätssicherung wird mit mindestens 6 Kursbesuchen erfüllt		
6	Angebote und Kaderausbildung des J+S Erwachsenensports ESA begleiten	Zusammenarbeit mit Pro Senectute 2014 gestalten		
Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport				
7	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften	2'600 Teilnehmende, entspricht 45 % der 10- bis 14-jährigen Zuger Kinder und Jugendlichen		
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Über 500 Teilnehmende, 9 externe Partnerorganisationen und 22 Sportangebote		
C	Initiierung eines regelmässigen, polysportiven Angebotes für 5- bis 6-jährige Zuger Kinder	In 2 weiteren Zuger Gemeinden wird mit den lokalen Sportvereinen zusammen ein polysportives Ergänzungstraining angeboten		
D	Ehrung von erfolgreichen Zuger Sportlerinnen und Sportler	Zuger Sportnacht etablieren; Sponsor für «Zuger Sports Award» finden		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
F	Sport-Toto-Verordnung (BGS 417.16) überarbeiten	Publikation und Umsetzung der revidierten Sport-Toto Verordnung	●	Frist von je 3 Monaten wurde für verwaltungsinterne als auch verwaltungsexterne Vernehmlassung eingehalten, weshalb überarbeitete Sport-Toto-Verordnung erst Ende Januar 2015 vom RR verabschiedet werden kann
G	Zusätzliche Öffnungszeiten Kantonalen Sportanlagen während schulfreien Zeiten sind bewilligt	30 % längere Öffnungszeiten	○	Im Rahmen des Entlastungsprogramms wird auf diese kostensteigernde Massnahme verzichtet
L32	Kostenlose Nutzung kantonalen Sportanlagen für Zuger Vereine	Vereinbarung Kanton Zug mit allen interessierten Gemeinden	●	Gespräche geführt, noch keine schriftlichen Vereinbarungen unterzeichnet

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Ausgebildete Sportleiter	Personen	761	1'000	869
Betreute J+S Angebote	Kurse / 10- bis 20-jährige Jugendliche	1'087 / 11'646	900 / 11'000	919 / 11'681
Betreute J+S Kindersport Kurse	Kurse / 5- bis 10-jährige Kinder	166 / 2'324	95 / 1'350	122 / 1'595
Firmensport am Mittag	Angebote pro Woche / Personen	23 / 570	22 / 500	24 / 538

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'900'872.39	-1'914'500	-1'868'985.30	45'514.70	-2,4
Total Ertrag	490'853.45	473'000	496'342.65	23'342.65	4,9
Saldo	-1'410'018.94	-1'441'500	-1'372'642.65	68'857.35	-4,8

Kommentar Rechnung
Aufwandrückgang in Folge weniger Interessentinnen und Interessenten bei den J+S-Leiterkursen (u. a. J+S-Ausbildung Schwimmen abgesagt). Ertragszunahme infolge mehr Abonnements beim Firmensportangebot (Sport am Mittag).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Stärkung des Kulturplatzes Zentralschweiz, ein aktives und vielfältiges Zuger Kunst- und Kulturschaffen in allen Sparten, Vergaben der Förderbeiträge an Zuger Künstlerinnen und Künstler und ein verliehenes Zuger Werkjahr und die neue Sonderausstellung im Kantonalen Museum für Urgeschichte(n) prägten das Berichtsjahr.

Zuger Werkjahr und Förderbeiträge an Zuger Kunstschaftende

Der Regierungsrat zeichnet sieben Künstlerinnen und Künstler mit einem Förderbeitrag in der Höhe zwischen 10'000 und 15'000 Franken aus. Das mit 50'000 Franken dotierte Zuger Werkjahr geht an die bildende Künstlerin Sara Masüger. Im Berichtsjahr sind insgesamt 14 Bewerbungen um einen Förderbeitrag und sechs Bewerbungen um ein Zuger Werkjahr eingegangen. Fünf Fachjürs bestehend aus je drei ausserkantonalen Expertinnen und Experten haben die Dossiers geprüft und mit einem schriftlichen Jurybericht ihre Empfehlungen zuhanden der Kulturkommission und des Regierungsrates abgegeben.

Tätigkeiten der Kulturkommission

Die Kommission bearbeitete 229 Gesuche, wovon 171 eine Unterstützung durch die kantonale Kulturförderung erlangten. Die ausgerichteten Beiträge zulasten des Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke beliefen sich auf insgesamt 2'486'088 Franken. Die Sparte Musik bildet mit total 68 Gesuchen die grösste Gruppe der unterstützten Vorhaben und wurde mit 530'476 Franken gefördert. Es wurden 30 spartenübergreifende und interdisziplinäre Projekte mit total 1'006'454 Franken unterstützt. Insgesamt 949'158 Franken verteilen sich auf Förderungen in den Sparten bildende und angewandte Kunst, Film, Literatur, Publikation, Theater, Tanz und Volkskultur. Drei Zuger Kunstschaftende beziehen die Wohnateliers in Berlin und New York im Jahr 2016. Durch das mit je maximal 20'000 Franken dotierte «Atelier Flex» Stipendium können zwei Kunstschaftende 2015 ein mit einer Reise oder einem Auslandsaufenthalt verbundenes künstlerisches Projekt realisieren.

Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

Der diesjährige Aufgabenschwerpunkt lag in der digitalen Archivierung und bei der Sammlungsdatenbank: für die Dokumentation der Sammlung (archäologische Bodenfunde) wurde eine neue professionelle Datenbank konzipiert und eingerichtet. Die bisherigen Daten konnten migriert und zahlreiche Fundkomplexe neu erfasst werden. Die neue Werk- und familienorientierte Sonderausstellung sowie die für Familien attraktiven Sonntagsanlässe generierten knapp 10'000 Eintritte.

Kulturplatz Zentralschweiz

Die vom Kanton Zug präsidierte Kulturbefauftragtenkonferenz Zentralschweiz (KBKZ) festigt die Zusammenarbeit der sechs Zentralschweizer Kantone in der Kulturförderung und setzt dabei auf die kulturelle Vielfalt, die Qualität und die Stärken der Region. Dies beinhaltet unter anderem die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen und Sparten der Kultur, die Entwicklung und Unterstützung eigener Förderprojekte und die Wahrung der Zentralschweizer Interessen gegenüber dem Bund. Die kantonsübergreifenden Gesuche wie die interkantonalen Fragestellungen haben in den letzten Jahren zugenommen, aus diesem Grund ist eine Zusammenarbeit in verschiedenen kulturellen Bereichen zwingend. Hervorzuheben ist die Eröffnung des Literaturhauses Zentralschweiz in Stans vom 29. November. Das Projekt wird von allen Zentralschweizer Kantonen ideell, kulturpolitisch und finanziell gestützt.

Interkantonaler Kulturlastenausgleich

Das Opernhaus Zürich, das Zürcher Schauspielhaus, die Tonhalle Zürich, das Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL), das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester werden im Rahmen des interkantonalen Kulturlastenausgleiches von den umliegenden Kantonen finanziell entlastet. Der Leistungseinkauf für Zuger Besucherinnen und Besucher von Luzerner und Zürcher Kulturinstitutionen betrug 2'600'000 Franken.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Kulturförderung				
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Bestätigung über Erhalt innerhalb 1 Woche	●	
2	Termingerechte Abwicklung des Wettbewerbs Förderbeiträge und der Zuger Werkjahre / Ausrichtung des Zuger Anerkennungspreis	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	●	
3	Wirtschaftliche Belegung und termingerechte Abwicklung der Ateliers	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	●	
4	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	●	
5	Kunstsammlungen der Verwaltung/ Öffentlichkeit zugänglich machen	Mindestens 2 Bilderwahlen à 3–4 Terminfenster; Bekanntmachung der kantonalen Kunstsammlung in der Öffentlichkeit	●	
A	Richtlinien der visarte zu Kunst am Bau werden eingehalten	Mitwirkung bei der Planung Kunst am Bau. Theilerhaus sowie Amt für Verbraucherschutz (Neubau Steinhausen)	○	Theilerhaus: Konnte wegen der Schulraumplanung nicht realisiert werden. Amt für Verbraucherschutz: Ablehnung Kunst am Bau durch KR am 30. Januar
Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen				
6	Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/ LU/SZ/UR/AG	Sicherstellen der korrekten Abwicklung	●	
B	Ausbau Filmförderung im Zentralschweizer Verband	Implementierung der Vergaberichtlinien	●	
C	Neukonzeption der Kulturvermittlung an Schulen	Optimierung Kulturvermittlung an Schulen	○	Fehlende Ressourcen
L22	Kulturwerkstatt Theilerhaus	Umsetzung Nutzungskonzept: Begleitung der Arbeiten auf baulicher Ebene: Projektwettbewerb, Kantonsratsvorlage	◐	Harmonisierung der bewilligten Nutzungskonzepte auf Kurs
L10	Neubau Kunsthaus Zug	Mitwirkung während Projektierungsphase: Teilnahme an den Sitzungen/Jury	◐	Mitarbeit am runden Tisch (Mediation)
Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen				
7	Professionelle Bewirtschaftung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Jährliches Controlling; neue Leistungsvereinbarung Burg Zug	●	
D	Umbau Burg Zug	Wiedereröffnung	●	
E	Zwischennutzung Shedhalle	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
F	Burg Zug: Trägerschaft	Trägerschaft neu strukturieren; Finanzierungsmodelle entwickeln	●	Verlängerung der bestehenden LV um 2 Jahre unter Berücksichtigung der Mietkosten des Kulturgüterdepots im Choller auf Kurs. Lösungsansätze eines neuen Trägermodells, an dem sich alle Gemeinden beteiligen, sind vorhanden. Solange 2. Paket ZFA nicht steht, sind die Gemeinden nicht bereit, sich stärker finanziell zu engagieren

Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

8	Regelmässige Durchführung Sonderausstellung/Planung Umbau/Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	1 Sonderausstellung jährlich/Umbau/Planung Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	●	
H	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Koordination Museumsplaner/Planung Wiedereröffnung	○	Konnte wegen der Schulraumplanung nicht realisiert werden
I	Einführung GEVER	Einführung GEVER	●	
J	Datenbank Fundobjekte	Umstellung Datenbank für Fundobjekte auf imdas	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Beitragsgesuche	Anzahl	230	230	229
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl	2	3	0
Preise und Auszeichnungen	Anzahl	13	0	13
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl	29	20	20
Besucher KMUZ	Anzahl	11'127	10'000	9'463
Anmeldungen Schulklassen KMUZ	Anzahl	260	240	217

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-6'935'291.29	-7'339'800	-6'971'458.50	368'341.50	-5,0
Total Ertrag	80'749.15	87'000	66'483.55	-20'516.45	-23,6
Saldo	-6'854'542.14	-7'252'800	-6'904'974.95	347'825.05	-4,8

Kommentar Rechnung

Die neu berechneten Beiträge an das interkantonale Kulturlastenkongordat sind tiefer ausgefallen als budgetiert (-209'000 Franken). Es wurden weniger externe Leistungen eingekauft als budgetiert (-60'000 Franken). Insbesondere wurde die Projektführung für das Theilerhaus intern übernommen. Die redaktionelle Arbeit für das «Tugium» wurde früher über das Amt für Kultur abgerechnet und diesem durch den Lotteriefonds anschliessend vergütet. Neu wird diese Tätigkeit direkt dem Fonds in Rechnung gestellt, wodurch sowohl der Aufwand wie auch der Ertrag beim Amt für Kultur sinken. Nach wie vor werden die Jury-Honorare für die Vergabe der Förderbeiträge und des Zuger Werkjahres durch den Fonds an das Amt für Kultur vergütet. Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Minderung des Aufwands gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003). Die Zuwendung entlastet das Konto «Beiträge private Organisationen ohne Erwerbszweck», auf welchem die Kantonsbeiträge an die Theater- und Musikgesellschaft Zug, die Zuger Kunstgesellschaft, das Theater im Burgbachkeller und an den Verein Chollerhalle verbucht werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT1790.0001	Sammlungsdatenbank (imdas.pro)					
	Ausgaben		-58'000	-52'441.88	5'558.12	-9,6
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-58'000	-52'441.88	5'558.12	-9,6
	Einnahmen					
	Saldo		-58'000	-52'441.88	5'558.12	-9,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Gesamtabrechnung nach Abschluss des Projekts um 5'558 Franken tiefer ausgefallen.

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
2000	Direktionssekretariat	-1'802'051.59	-1'875'050	-1'737'644.22	137'405.78	-7,3
2011	Amt für Berufsbildung	-16'252'277.75	-17'705'220	-15'334'515.53	2'370'704.47	-13,4
2012	Amt für Brückenangebote	-4'683'173.32	-4'970'000	-4'613'687.14	356'312.86	-7,2
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'168'271.98	-20'141'070	-19'560'243.74	580'826.26	-2,9
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'049'279.24	-2'101'750	-2'108'008.91	-6'258.91	0,3
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-11'372'453.99	-12'589'900	-12'220'126.01	369'773.99	-2,9
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'651'830.54	-5'025'225	-4'918'589.51	106'635.87	-2,1
2031	Arbeitslosenkasse	-1'212'922.60	-1'348'700	-1'264'778.00	83'922.00	-6,2
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'265'161.88	-30'696'080	-30'531'246.41	164'833.59	-0,5
2040	Sozialversicherungen	-31'243'091.98	-33'640'000	-34'582'482.18	-942'482.18	2,8
2050	Landwirtschaftsamt	-2'667'478.09	-2'736'800	-2'538'308.89	198'491.11	-7,3
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'743'295.30	-2'413'690	-2'595'466.65	-181'776.65	7,5
2070	Handelsregisteramt	2'382'569.09	2'541'700	2'495'475.69	-46'224.31	-1,8
2071	Konkursamt	-872'245.18	-895'700	-1'013'979.24	-118'279.24	13,2
20	Volkswirtschaftsdirektion	-126'600'964.35	-133'597'485	-130'523'600.74	3'073'884.64	-2,3

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
2000	Direktionssekretariat	-53'305.90	-1'000'000	-888'137.15	111'862.85	-11,2
2011	Amt für Berufsbildung			-300'000.00	-300'000.00	
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-558'574.59	-260'000	-256'814.90	3'185.10	-1,2
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-73'429.20	-110'000	-127'726.50	-17'726.50	16,1
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-3'162'207.80	-3'420'000	-474'801.60	2'945'198.40	-86,1
2050	Landwirtschaftsamt	-2'663'240.50	-1'070'000	31'910.50	1'101'910.50	-103,0
2065	Amt für Wohnungswesen	-240'000.00	-1'500'000		1'500'000.00	-100,0
20	Volkswirtschaftsdirektion	-6'750'757.99	-7'360'000	-2'015'569.65	5'344'430.35	-72,6

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zuger Wirtschaft entwickelte sich weiterhin positiv. Im Zentrum standen bei der Volkswirtschaftsdirektion Bildungsprojekte, darunter mehrere schweizerische Pilotprojekte. Bei den Aussenbeziehungen standen zwei Wirtschaftsprojekte in der Zentralschweiz im Vordergrund.

Zuger Wirtschaft

Trotz Eurokrise und starkem Franken wuchs die Zuger Wirtschaft erneut um mehr als 2 Prozent beim Bruttoinlandprodukt. Ebenfalls gestiegen ist im Kanton Zug die Zahl der Erwerbstätigen. Gemäss einer im Dezember durchgeführten Befragung des Technologie Forums Zug bei den Unternehmen im 2. Sektor stufte eine Mehrheit der Befragten das Umsatzwachstum- bzw. Ertragsniveau unverändert als gut und damit etwa gleich wie im Vorjahr ein. Die Arbeitslosenzahlen stiegen nur leicht an und lagen erneut deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Im Handelsregister zeigte sich eine Zunahme des Bestandes an eingetragenen Firmen, die Nettozahl liegt höher als in den Vorjahren. Ebenfalls gestiegen ist im Kanton Zug die Zahl der Erwerbstätigen.

Neue Pilotprojekte «Berufsbildung International Zug» und «I-B-A-20+»

Das schweizerische Pilotprojekt «Berufsbildung International Zug» mit Berufslehren im Bereich Kauffrau/Kaufmann und Informatikerin/Informatiker in grossmehrheitlich englischer Sprache wurde definitiv gestartet. Die Vorarbeiten für Pilotklassen im GIBZ und KBZ sind abgeschlossen. Der Bund hat eine wesentliche Mitfinanzierung für die Startphase zugesichert. Das Echo in Fachkreisen im In- und Ausland war positiv. Die Rückmeldungen aus den Unternehmen der Region und bei potenziellen Lernenden sind erfreulich. Ein weiteres Pilotprojekt ist beim Integrations-Brücken-Angebot unter dem Titel «I-B-A-20+» gestartet worden, wo spät immigrierte junge Erwachsene ebenfalls neu beschult werden können. Auch hier betritt der Kanton Zug im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms Neuland. Zudem wird mit der «VINTO-Academy» ein Ausbau der VINTO-Sportlehre ermöglicht, wobei der berufliche Teil vom Verein Bildxzug mit einer neuartigen Übungsfirma für die Sporttalente angeboten wird.

Standort des Departements Informatik bekannt

Nach einem Wettbewerb unter mehreren Standorten im Kanton Zug hat der Konkordatsrat der Fachhochschule Zentralschweiz im Oktober entschieden, dass das neue Departement Informatik ab 2016 neu auf dem Suurstoffi-Areal in Rotkreuz betrieben wird. Im Endausbau wird das Departement 800-1'000 Studierende umfassen und einen Beitrag zur Minderung des Fachkräftemangels in den sogenannten MINT-Berufen in der Region leisten.

Synergien im «Haus der Bildung»

Ein Public Private Partnership Projekt konnte erfolgreich umgesetzt werden: Sieben private und öffentliche Bildungsinstitutionen sind ins «Haus der Bildung» an der Landis + Gyr-Strasse 1 in Zug eingezogen, darunter Schulen und Lehrverbünde, die seit vielen Jahren eng mit der Volkswirtschaftsdirektion zusammenarbeiten. Auch wird das kantonseigene Integrations-Brücken-Angebot ab Anfang 2015 in diesem Haus tätig sein. Damit werden Kompetenzen gepoolt und Synergien umgesetzt, was zu einer weiteren Stärkung der Berufsbildung beiträgt.

Einsatz für Zentralschweizer Projekte

Als «Aussenministerium» betreute die Volkswirtschaftsdirektion zwei Projekte der Zentralschweizer Kantone. Im Bereich der neuen Regionalpolitik beteiligt sich der Kanton Zug ab 2016 am Zentralschweizer Projekt «Zentralschweiz Innovativ», welches die Angebote im Innovationsbereich für Unternehmen im KMU-Bereich verbessert. Zudem engagierte sich die Volkswirtschaftsdirektion aktiv beim Projekt «Gemeinsamer Netzwerkstandort der Zentralschweizer Kantone im Rahmen des Innovationsparks Schweiz». Letztlich resultierte ein Verzicht auf einen eigenen Netzwerkstandort und eine direkte Anbindung am Hub-Standort Dübendorf und damit eine direkte Anbindung an den Metroraum Zürich. Im Vordergrund stehen nach wie vor die Bereiche «Intelligente Gebäude im System» und «Aviatic-Industrie».

Kommunikation

Das Jahresmotto der Direktion «Regional, National, International» trug dem Umstand Rechnung, dass die Aussenbeziehungen eine Kernaufgabe der Volkswirtschaftsdirektion sind. Das Motto wurde mit drei internen Veranstaltungen vertieft. Erneut wurden mehrere Treffen mit anderen Direktionen für den Austausch im Rahmen gemeinsamer Projekte durchgeführt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat führte sein neues Qualitätssicherungssystem ein. Zudem verzeichnete es im Vollzug des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland einen starken Anstieg bei den Vorabklärungen, insbesondere bei Handelsregistereintragungen. Auch die Koordination des Teilprojekts VD beim Entlastungsprogramm 2015–2018 des Regierungsrats und die Begleitung der Verfahren für den Aufbau eines neuen Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz im Kanton Zug bildeten neue Herausforderungen.

Mehrere grosse Projekte

Die Erstellung eines neuen Qualitätssicherungssystems «VICTOR» (Informations- und Controlling-Tool für Organisationsregeln) wurde abgeschlossen und eingeführt. Das Direktionssekretariat bearbeitete weiter die grossen Informatikprojekte «IT an kantonalen Schulen» zur Harmonisierung der IT-Strukturen und «Ablösung EDUC+» unter dem neuen Titel «schulNetz», einer Schuldatenerfassungs-Software für mehrere grosse kantonale Schulen.

Anstieg der Vorabklärungen im Bereich Lex Koller

Die Zahl der Verfügungen gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland nahm ab. Gleichzeitig erhöhte sich aufgrund der anhaltend hohen Immobilienaktivität und des Zuzugs von ausländischen Personen die Zahl der Vorabklärungen. Insbesondere im Bereich des Handelsregisters wurden über 60 solcher Abklärungen durchgeführt. Häufig mussten zusätzliche Abklärungen bei natürlichen Personen vorgenommen werden und es wurden zahlreiche Auskünfte an Dritte erteilt.

Letztmals «Charta Berufschance Zug»

Im Rahmen der jährlichen Umfrage «Charta Berufschance Zug» wurden rund 3'000 Unternehmen, die Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten bzw. Trainees ausbilden, zum Thema «Berufsbildung International Zug» befragt. Die Ergebnisse flossen in das Kantonale Pilotprojekt ein und aufgrund der Ergebnisse konnten erhebliche Bundesmittel erhältlich gemacht werden. Die Umfrage wird wegen des Entlastungsprogramms 2015–2018 des Regierungsrats nicht weitergeführt.

Erneut wurde die Verleihung des Zuger Innovationspreises organisiert. Es bewarben sich 18 Unternehmen aus dem Kanton Zug. Gewinnerin wurde die Carag AG mit dem «Carag Bioresorbable Septal Occluder», einem Produkt im Medizinalbereich.

Gute Zusammenarbeit mit Drittpartnern

Das Direktionssekretariat übernahm die Abwicklung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Zug Tourismus. Zudem stellte es die Abwicklung weiterer Leistungsvereinbarungen, Subventionsvereinbarungen und Beitragsverfügungen der Ämter der Direktion sicher.

Engagement in Arbeitsgruppen

Mitarbeitende des Direktionssekretariats engagierten sich zusätzlich an den Projekten «Zentralschweiz Innovativ» im Rahmen der neuen Regionalpolitik des Bundes. Ebenfalls einbezogen waren Mitarbeitende in die Aktivitäten für einen eigenen Netzwerkstandort der Zentralschweizer Kantone im Rahmen des Innovationspark Schweiz. Auf einen eigenen Standort in der Zentralschweiz wird verzichtet, dafür erfolgt eine direkte Anbindung an den Hub-Standort Dübendorf.

Aussenpolitische Geschäfte

Das Sekretariat erarbeitete diverse technische und rechtliche Grundlagen für die Positionierung des Kantons Zug in den Räumen Zentralschweiz und Zürich, insbesondere das Projekt «Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz mit Standort Zug». Der Standortentscheid durch den Konkordatsrat fiel im Oktober. Beim Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts» mit Schwerpunkt Fachkräftemangel der Metropolitan-konferenz Zürich wirkten zahlreiche vom Direktionssekretariat rekrutierte Vertreterinnen und Vertreter aus dem Kanton Zug mit.

Koordinationsarbeiten für das Entlastungsprogramm

Im Herbst übernahm das Direktionssekretariat zahlreiche Koordinationsaufgaben im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 für die Ämter der Direktion. Zudem führte es Verhandlungen mit den Drittpartnern, welche ebenfalls vom Programm betroffen sind.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und deren Ämter in den Bereichen Rechtsdienst, Personalwesen, Finanzen, Kommunikation, Informatik und Infrastruktur. Das Direktionssekretariat unterstützt den Volkswirtschaftsdirektor administrativ und berät ihn fachlich. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen				
1	Wahrnehmung der Drehscheibenfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	●	
2	Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	100 % innert Frist	●	
3	Gewährleistung des Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte; > 4 direktionsübergreifende Treffen; > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	●	
4	Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag; Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag	●	
A	Durchführung Charta Berufschance	30 neue Unterzeichnende der Charta	●	
B	Ablösung Schulverwaltungs-Software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)	●	
Leistungsgruppe 2: Sachgeschäfte der Direktion				
5	Formell korrekte Anträge der Direktion	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	●	
6	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist	●	
7	Fristgerechte Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	100 % innert Frist	●	
8	Fristgerechte Verfügungen der Direktion	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	●	
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
9	Fristgerechte Erarbeitung Beschwerdeentscheide	Innert 3 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	●	
10	Fristgerechter Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Verbindliche Aushandlung bis Ende November	●	
11	Vergabe Zuger Innovationspreis	10 Bewerbungen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Vollzug Gesetzgebung				
12	Fristgerechte Überprüfungen Lex Koller	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente		Eine Verfügung wenige Tage verspätet erlassen
13	Fristgerechte Bewilligungen Konsumkredit	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente		
14	Führen Sekretariat landwirtschaftliche Pacht	Vermittlungsquote > 50 %		
Leistungsgruppe 5: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen				
15	Schaffung von Entscheidungsgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums; Sitzungsteilnahmequote: 80 %		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Anträge der Direktion	Anzahl	76	80	63
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	10	8	16
Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Anzahl	103	100	97
Verfügungen der Direktion	Anzahl	89	90	68
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl	3	5	13
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl	0	2	9
Überprüfungen Lex Koller	Anzahl	78	80	67
Gesuche Konsumkredit	Anzahl	2	3	3
Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl	0	4	2

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Im Beschwerdebereich konnten zahlreiche Verfahren infolge Rückzug abgeschlossen werden. Die Zahl der Vorabklärungen im Bereich Lex Koller nahm stark zu.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'826'601.59	-1'895'950	-1'762'344.22	133'605.78	-7,0
Total Ertrag	24'550.00	20'900	24'700.00	3'800.00	18,2
Saldo	-1'802'051.59	-1'875'050	-1'737'644.22	137'405.78	-7,3

Kommentar Rechnung

Entscheid betreffend Kantonsbeitrag an das interkantonale Projekt «Interreg V 2014-2020» der Zentralschweizer Kantone wurde vom Regierungsrat wegen dem Entlastungsprogramms ausgesetzt. Es war keine Mitfinanzierung von speziellen Projekten der Metropolitankonferenz Zürich nötig. Es sind keine externen Kosten für das Projekt «Harmonisierung IT der Kantonalen Schulen» angefallen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2000.0001	Ablösung EDUC+					
	Ausgaben	-53'305.90	-1'000'000	-888'137.15	111'862.85	-11,2
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-53'305.90	-1'000'000	-888'137.15	111'862.85	-11,2
	Einnahmen					
	Saldo	-53'305.90	-1'000'000	-888'137.15	111'862.85	-11,2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Über sogenannte kostenrelevante Change-Anträge zum Projekt «schulNetz» im Rahmen der Ablösung EDUC+ wurde im Berichtsjahr noch keine Entscheidung gefällt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Berufsbildung im Kanton Zug positioniert sich erfreulich. Im Bereich der beruflichen Grundbildung kann das hohe Niveau an neu bewilligten Lehrverträgen gehalten werden. Ebenso hat sich die Anzahl der aktiven Lehrbetriebe auf einen neuen Rekord erhöht. Im Bereich der höheren Berufsbildung besteht ein grosses Interesse von Zugerinnen und Zugern an diesen Ausbildungsgängen.

Lehrstellensituation

Die Lehrstellensituation ist ausserordentlich positiv und wirkt über die Kantonsgrenzen hinaus, da im Kanton Zug über 30 Prozent der Lehrstellen an Jugendliche vergeben werden, die nicht im Kanton Zug wohnen. Die Betriebe engagieren sich im Kanton Zug für junge Berufsleute und bieten Lehrstellen an. Die Anzahl bewilligter Lehrbetriebe konnte auf einen neuen Rekord (1'410 Unternehmen) gesteigert werden. Dank Anstrengungen mit gezielten Marketingmassnahmen, die Berufe in der zweijährigen Grundbildung mit Attest bekannter zu machen, konnte deren Zahl der Lehrverhältnisse leicht gesteigert werden. Total befinden sich 3'689 Lernende in der beruflichen Grundbildung, was einen neuen Rekord bedeutet.

Erhalt und Pflege der aktiven Lehrbetriebe

Da mit der demografischen Entwicklung gesamthaft der Bedarf an Lehrstellen gedeckt ist und keine namhafte Steigerung an weiteren Lehrstellen erwartet wird, setzt sich das Amt für Berufsbildung schwergewichtig im Bereich Erhalt und Pflege von Lehrbetrieben ein. In diesem Zusammenhang wurden über 100 zusätzliche Betriebsbesuche durchgeführt. Ebenfalls wurden im Bereich Öffentlichkeitsarbeit diverse Veranstaltungen wie «Zuger Forum für Berufsbildende», «Berufsbildnerznüni» und «Berufswahlveranstaltungen» durchgeführt.

Die ausgeschriebenen Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner konnten alle mit hoher Auslastung durchgeführt werden. Das Interesse an diesen obligatorischen Kursen ist sehr gross. Rund 60 Prozent der Teilnehmenden besuchen den Kurs auf freiwilliger Basis und stammen aus Betrieben, welche das gesetzliche Minimum an Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern bereits erfüllen.

Verbundpartnerschaftliche Weiterentwicklung der Berufsbildung

Die Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Berufsbildungsämtern und den regionalen und lokalen Berufsbildungspartnern wird weiterhin durch regelmässige gemeinsame Sitzungen aktiv gepflegt.

Seit mehreren Jahren befindet sich die Berufsbildung in einem Reformprozess. Die Ausbildungsvorschriften für die rund 230 vom Bund reglementierten Berufe müssen weiterhin überarbeitet und den wirtschaftlichen Begebenheiten angepasst werden. Im laufenden Jahr wurden neu zehn Berufe angepasst, somit sind gesamthaft rund 200 Berufe neu reglementiert.

Diverse Projekte wie «Case Management Berufsbildung», «Fachkundige individuelle Begleitung», «KV-Business Englisch», «Vintolehre» oder «way-up-plus» sind Zusatzangebote der Zuger Berufsbildung, welche ein breites Spektrum abdecken und zu einer hohen Attraktivität beitragen.

Ausbildung im Lehrstellenverbund weiterhin attraktiv

Die fünf Lehrstellenverbünde bildzug, BerufZug, Bildungsnetz, Hauswirtschaftsverbund und Vinto sind ein Erfolgsmodell der Zuger Berufsbildung. Im Verbundsystem werden rund 260 Lernende ausgebildet, welche ihre Ausbildung in verschiedenen Betrieben durchlaufen. Dank dem Verbundsystem können zusätzliche Ausbildungsbetriebe gewonnen werden, welche nicht als eigenständige Lehrbetriebe auftreten können oder Dienstleistungen bei einem Verbund einkaufen wollen.

Mit Zug einen Schritt voraus

Mit dem innovativen Projekt «Berufsbildung International Zug» wird in der schweizerischen Berufsbildungslandschaft Neuland betreten, indem eine grossmehrheitlich englischsprachige Lehre in Zusammenarbeit mit der Zuger Wirtschaft entwickelt wird. Vorgesehen sind Pilotklassen in den Bereichen KV und Informatik. Das Projekt wird vom Bund mit namhaften Beträgen unterstützt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für alle Berufsbildungsfragen mit dem Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
2	Sicherstellung der Ausbildungsqualität	Besuch von 100 Lehrbetrieben		
3	Fristgerechte Eröffnung Prüfungsergebnisse	Innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der vollständigen Resultate		
5	Fristgerechte Bearbeitung der eingegangenen Lehrverträge	90 % innert Wochenfrist		
6	Sicherstellung der Qualität der Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner	80 % der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer bewerten den Kurs mit einem «gut» oder einem «sehr gut»		
A	Sicherstellung Lernortkooperation	90 % der Qualitätssicherungsgruppen sind gebildet und wird 2015 in Dauerbetrieb übernommen		
B	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)		
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
7	Fristgerechte Überprüfung Zugangsberechtigung	95 % innert Frist		
8	Qualitätssicherung HF-Bildungsgänge	Prüfung mindestens 1 Schule		
Leistungsgruppe 3: Berufsbildungsentwicklung und Steuerung				
9	Kooperation mit Akteuren der Berufsbildung	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)		
10	Gewährleistung externe Kommunikation	5 e-Bulletin; 8 Informationsanlässe		
C	Umsetzung Berufsreformen	Start reformierte Bildungen per August		
D	Berufsbildungsmarketing Attest und way-up plus	10 % der Lehrverträge im Bereich Attest; 10 neue way-up Lehrverträge		7,5 % der Lehrverträge im Bereich Attest aufgrund des Lehrstellenmarktes
E	Positionierung der Berufsbildung des Kantons Zug im internationalen Umfeld	Die Detailplanung ist erfolgt und genehmigt; die Vorarbeiten für die Lancierung von neuen Angeboten sind abgeschlossen; erste Aktivitäten für die Umsetzung sind eingeleitet		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zu Ziel D: Im Vorjahr waren es 7,4 Prozent Attest-Lehrverträge.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Lernende in der Grundbildung	Anzahl	3'633	3'600	3'689
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl	1'275	1'250	1'355
Lehrbetriebe	Anzahl	1'390	1'400	1'410
Berufe im Kanton Zug	Anzahl	132	140	143
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	306	320	310
Qualifikationsverfahren	Anzahl	1'674	1'800	1'787
Einsichtnahmen bei der Lehrabschlussprüfung	Anzahl	50	60	55
Prüfungsexperten/Prüfungsexpertinnen	Anzahl	888	850	853

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-28'730'492.90	-29'964'220	-27'547'566.93	2'416'653.07	-8,1
Total Ertrag	12'478'215.15	12'259'000	12'213'051.40	-45'948.60	-0,4
Saldo	-16'252'277.75	-17'705'220	-15'334'515.53	2'370'704.47	-13,4

Kommentar Rechnung

Einmalige Anpassungen bei den Rechnungsabgrenzungen auf Hinweis der Finanzkontrolle führten zu einem geringeren Aufwand von 1,5 Millionen Franken. Aufgrund der grossen Nachfrage im Bereich der höheren Berufsbildung übertrafen die Ausgaben den budgetierten Betrag um rund 400'000 Franken. Bei der Fachhochschule Zentralschweiz fiel der Aufwand 1,2 Millionen Franken geringer aus als budgetiert. Dies begründet sich einerseits durch ein geringeres Studierendenwachstum und andererseits durch eine tiefere Trägerschaftsfinanzierung als budgetiert. Die Bundesbeiträge an das Amt an die allgemeine Berufsbildung lagen rund 170'000 Franken tiefer als vorgesehen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2011.0004 Darlehen Verein Zuger Berufsbildungs-Verband Zug					
Ausgaben			-300'000.00	-300'000.00	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben			-300'000.00	-300'000.00	
Einnahmen					
Saldo			-300'000.00	-300'000.00	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Das zinslose Darlehen über 300'000 Franken an den Verein Zuger Berufsbildungs-Verband erfolgte aufgrund des Regierungsratsbeschlusses vom 19. August 2014.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit noch ein Jahr Zeit brauchen für ihren Berufswahl- oder Entwicklungsprozess, besuchen eines der drei Brückenangebote. Am Ende des Angebotsjahres konnten über 95 Prozent der Jugendlichen eine Lehre, eine allgemeinbildende Schule oder eine andere nachhaltige Lösung beginnen. Die Leistungsziele des Grundauftrages konnten damit übertroffen werden.

Raum- und Standortfragen

Die Standortfrage für das I-B-A konnte gelöst werden: Das Angebot wird in das «Haus der Bildung» an der Landis + Gyr-Strasse 1 in Zug einziehen, wo zahlreiche Bildungsinstitutionen wie Beruf Zug, Bildxzug, Bildungsnetz Zug, IBZ/zti, Curaviva hfk und Academia bereits tätig sind. Ausserdem konnten die Bauarbeiten des Erweiterungsbaues am GIBZ für neue Räumlichkeiten des K-B-A begonnen werden.

Lernplan

Der neu entwickelte Lernplan war bereit für die Erprobungsphase in den einzelnen Angeboten. Die Einführung erfolgte an der Herbstkonferenz.

Schulisches Brückenangebot S-B-A

Im Zentrum der Angebotsentwicklung steht die Förderung überfachlicher Kompetenzen, die den Lernenden ein erfolgreiches Meistern des Übergangs von der Schule in die Berufswelt ermöglichen. Dafür wurde ein Konzept ausgearbeitet, das sowohl insgesamt, wie auch bei der Lernbegleitung individuell, als Leitfaden für eine fokussierte, ressourcenorientierte Arbeit mit den Lernenden dient. Parallel dazu befähigten sich die Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter durch Weiterbildungsmodule, die Jugendlichen in diesen Lernprozessen systematisch und optimal zu begleiten.

Kombiniertes Brückenangebot K-B-A

Mit dem K-B-A besteht ein Angebot von wöchentlich drei Tagen Praktikum und zwei Tagen Unterricht. Der Fokus bei der Qualitätsentwicklung lag im Bereich Praktikum. Verschiedene Massnahmen wurden umgesetzt, die den Lernenden möglichst frühzeitig einen Praktikumsplatz ermöglichen. Ausserdem wurde das Leitbild evaluiert und überarbeitet.

Integrations-Brückenangebot I-B-A

Am I-B-A können auch im Laufe des Jahres Migrantinnen und Migranten in das Bildungsangebot eintreten. Neben den verschiedenen Mentalitäten, geprägt durch die Herkunftsländer und den Bildungshintergrund, ergibt dies eine grosse Heterogenität, was eine hohe Flexibilität der Lernbegleiterinnen und Lernbegleiter sowie der Organisation erfordert. Die Planung des neuen Standortes im «Haus der Bildung» in Zug ist ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des I-B-A. Das zukünftige Lernlayout hilft, die Ziele der Förderung der Fach- und Handlungskompetenz zu erreichen, was für das Finden einer Anschlusslösung und der Integration von grosser Bedeutung ist – eine nachhaltige Investition in die Zukunft.

Integrations-Brücken-Angebot für Erwachsene I-B-A-20+

Für Migrantinnen und Migranten über 20 Jahre gibt es im Kanton Zug ein vom Bund finanziell unterstütztes Angebot mit dem Ziel, die Arbeitsmarktfähigkeit zu verbessern. Die Integration in die Gesellschaft und die Arbeitswelt wird nebst schulischen Inhalten mit Praktika unterstützt.

Abschluss Umsetzung Konzept zur Qualitätsentwicklung

Das kantonale Rahmenkonzept zur Qualitätssicherung auf der Sekundarstufe II konnte vollständig umgesetzt werden. Acht Elemente fördern die Qualität auf der Individualebene, auf der schulischen und auf der kantonalen Ebene, bei welcher z. B. ein Monitoring den Verantwortlichen Steuerungswissen liefert. Die externe Evaluation erfolgt durch das Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie IBB der Pädagogischen Hochschule Zug. Erste Ergebnisse liegen vor und lassen erfolgreiche Schlussfolgerungen zu.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Brückenangebote stellt sicher, dass Jugendliche, welche nach der obligatorischen Schule keinen direkten Anschluss haben, in einem der drei Brückenangebote in ihren übergangs-, handlungs- und berufsrelevanten Schlüsselkompetenzen gefördert und zu einer nachhaltigen Lösung geführt werden.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Umsetzung Rahmenkonzept des Kantons zur Qualitätsentwicklung Sek II	Alle Q Elemente sind eingeführt	●	
2	Vernetzung und Mitwirkung in kantonalen und interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen	Sitzungsteilnahmequote 80 %	●	
A	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Anpassung des Lernplanes auf Grund von Rückmeldungen; alle Fächer sind erfasst	●	
B	Lösungen erarbeiten für Jugendliche zwischen IV und Vermittelbarkeit im ersten Arbeitsmarkt	Der Entscheid liegt vor, wie diese Klientel nachhaltig zu einer Lösung geführt wird	◐	Fragestellung ist komplex, weitere Abklärungen mit zahlreichen Bildungsverantwortlichen verzögern Prozess
L11d	Neu und Umbau Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: Umbau KBA	Bauvorhaben am Kombinierten-Brücken-Angebot gemäss Kantonsratsbeschluss gestartet	●	
L11d	Neu und Umbau Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: Um- bzw. Neubau IBA	Die weitere Detailplanung nach dem politischen Entscheid ist erfolgt	●	
Leistungsgruppe 1: Schulisches Brückenangebot (SBA)				
3	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	> 90 % erreichen Anschlusslösung; > 70 % kommen in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	●	
C	Standardisierung Coaching sicherstellen	Das Beratungskonzept ist implementiert	●	
D	Jugendliche in Handlungskompetenzen fördern	Das Konzept zur Förderung von Lernkompetenzen liegt vor	●	
Leistungsgruppe 2: Kombiniertes Brückenangebot (KBA)				
4	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	> 80 % erreichen Anschlusslösung	●	
5	Kontakt- und Imagepflege zu Praktikumsstellen	Pro Lernenden finden mindestens 2 Besuche im Betrieb statt	●	
E	Gezielte Förderung der Selbstkompetenzen	Die Unterlagen kommen zur Anwendung	●	
Leistungsgruppe 3: Integrations-Brückenangebot (IBA)				
6	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	> 70 % erreichen Anschlusslösung	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
F	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsprojekt «Beurteilen und Fördern»	Ein neues Zeugnis liegt vor, das vergleichbare Aussagen macht und gleichzeitig der Heterogenität der Lernenden gerecht wird	●	
G	Einführung der Bewertung von Selbst- und Handlungskompetenzen	Das entsprechende Tool der Selbst- und Fremdbeurteilung liegt vor	●	
H	Im Rahmen des KIP (Kantonales Integrationsmodul) Schaffung des I-B-A ü20 (Lernende über 20)	Die Pilotphase wird gestartet	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Lernende SBA	Anzahl	68	70	55
Lernende KBA	Anzahl	60	60	60
Lernende IBA	Anzahl	69	70	74

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'077'490.82	-5'253'000	-5'193'632.94	59'367.06	-1,1
Total Ertrag	394'317.50	283'000	579'945.80	296'945.80	104,9
Saldo	-4'683'173.32	-4'970'000	-4'613'687.14	356'312.86	-7,2

Kommentar Rechnung

Die Aufwendungen für die IT inkl. Support sind um rund 36'000 Franken geringer ausgefallen als erwartet, da der Support-Vertrag neu verhandelt und daher kostengünstiger wurde. Bei den Mieten konnten rund 34'000 Franken eingespart werden, da weniger Kosten für Schulräume in Rechnung gestellt wurden als bei der Budgetierung angenommen.

Der Ertrag aus Schulgeldern ist um rund 233'000 Franken höher ausgefallen, da in diesem Angebotsjahr überdurchschnittlich viele Schülerinnen/Schüler aus der gemeindlichen Sekundarstufe I das I-B-A besuchten, was den Gemeinden weiterverrechnet werden konnte. Beim Ertrag enthalten ist ebenfalls eine Entschädigung des Bundes in der Höhe von 50'000 Franken für das I-B-A-20+ Integrations-Brücken-Angebot für junge Erwachsene.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Ein besonderes Augenmerk galt der Konsolidierung der Prozesse im Rahmen der Lernortkooperation, also der systematischen Zusammenarbeit unter den Bildungspartnern im Kanton Zug. Trotz demografischer Stagnation in der beruflichen Grundbildung ist die Anzahl der Lernenden wiederum leicht gestiegen. Ausserdem sind im Sommer je eine Klasse mit den neuen Berufsfeldern «Entwässerungspraktiker» und «Entwässerungstechnologe» erfolgreich gestartet.

Reform von Bildungsgängen

Es konnte eine Reihe von Reformen in verschiedenen Bildungsformaten der Grund- und Weiterbildung plangemäss aktualisiert werden, namentlich die Schullehrpläne in der Grundbildung der Informatikerinnen und Informatiker und Schreinerinnen und Schreiner sowie diejenigen in der Weiterbildung für Gesundheitsberufe, Autotechnik und im Coiffeurfach.

Qualitätsentwicklung und Nachhaltigkeit

Gemäss Vorgaben des kantonalen Rahmenkonzepts über die Qualitätsentwicklung (QE) für die Sekundarstufe II wurde das GIBZ von der Zertifizierungsstelle der Swiss TS Technical Services AG extern evaluiert. Zuvor wurde das gesamte Referenzierungssystem des GIBZ bewertet und hinsichtlich Effizienz überprüft. Die gesamte externe Evaluation verlief positiv, weshalb das GIBZ die drei angestrebten national und international anerkannten Zertifikate, namentlich ISO 9001:2008 für sein Qualitätsmanagement, ISO 14001:2004 für sein Umweltmanagement und eduQua:2012 für seine Weiterbildungskurse wiederum für drei Jahre erhalten hat.

Im Bereich Nachhaltigkeit integriert das GIBZ ökologische, ökonomische sowie soziale Aspekte in die berufliche Grund- und Weiterbildung. In der berufstheoretischen und praktischen Bildungsarbeit finden Überlegungen zum nachhaltigen Einsatz aller Ressourcen über die berufliche Ausbildung hinaus stärkeren Eingang ins gesellschaftliche Denken und Handeln. Als Wissensvermittlerin spielt das GIBZ eine aktive und aktivierende Rolle bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung und bei der Integration nachhaltiger Fragestellungen im Rahmen der beruflichen Bildung. Um diesem unumkehrbaren Thema in einer ersten Phase genügend Gewicht zu verleihen, wurden im Sommer die Cleantech-Initiative des Bundes in sämtlichen Berufen mit eidg. Fähigkeitszeugnis und eidg. Berufsattest verankert sowie zusätzlich neue Projekte lanciert.

Knappes Raumangebot

Trotz des mittlerweile sehr knappen Raumangebotes konnten sich die Lehrpersonen arrangieren und den Anforderungen entsprechend unterrichten. Eine Erweiterung des Raumangebotes wird durch die Bewilligung des geplanten Neubaus des Trakts 5 in den nächsten Jahren möglich.

Erasmus+ mit Mobilitätsprogramm Leonardo da Vinci

Obwohl die EU-Kommission die Schweiz als Partnerland der Erasmus+ Mobilitätsprogramme nicht mehr anerkennt, kann das GIBZ weiterhin mit Partnerschulen zusammenarbeiten. In diesem Schuljahr haben insgesamt neun Lernende vom GIBZ ein Praktikum im Ausland absolvieren können. Das GIBZ betrachtet die Teilnahme am Leonardo da Vinci Mobilitätsprogramm unter dem Blickwinkel der Begabtenförderung und der Attraktivitätssteigerung des dualen Berufsbildungssystems. In diesem Sinne blickt das GIBZ einer weiteren Zusammenarbeit mit Partnerschulen im Ausland und der stetigen Zunahme von Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mobilitätsprojekt aufgeschlossen und zuversichtlich entgegen.

www.gibz-blog.ch

Der Schulblog hat sich im Laufe des Jahres gut etablieren können und wird regelmässig von den Lehrpersonen und immer mehr auch von den Lernenden mit Beiträgen bedient. Sämtliche Artikel, die über den «Schulalltag» berichten, werden gleichzeitig mit Facebook verlinkt. Pro Woche werden ca. drei neue Beiträge geschaltet. Der Blog ersetzt das Printmedium «aktuell», denn er bietet mehr Möglichkeiten, um den Schulalltag aktuell abzubilden. Insgesamt hat der Blog innerhalb eines Jahres rund 45'000 Views verzeichnet, und einzelne Beiträge haben Spitzenwerte bis zu 8'000 Klicks erreicht.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das GIBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in gewerblichen und industriellen Berufen, Allgemeinbildung, Berufsmaturität (BM) und für Sport. Die gleiche Funktion hat es für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die Schnittstellen-Aufgaben: praktische Grundbildung, überbetriebliche Kursaktivitäten, höhere Berufsbildung, Dienstleistungen im Sinne der vereinbarten Lernortkooperation pro-aktiv pflegen	Konsolidierung der organisatorischen und inhaltlichen Massnahmen gemäss den Kriterien der Lernortkooperation im Kanton Zug vom 2. März 2011		
2	Qualitätsevaluationen im Rahmen des 360-Grad-Feedbacks durchführen, auswerten und Entwicklungsbedarfe aufzeigen	= 80 %-ige Zufriedenheit bei den relevanten Anspruchsgruppen		
A	Raumnotstand am GIBZ durch umfassende Analysen und tragfähige Optimierungsmassnahmen minimieren	Ausreichende Unterrichts- und Vorbereitungszimmer auch vor dem Hintergrund des Erweiterungsbaues im Trakt 1 für das K-B-A bereitstellen		
B	Die Signaletik am GIBZ laufend den Gegebenheiten anpassen	Korrekte Aussen- und Innenanschriften nach den Vorgaben des Kantons		Wegen anstehenden Erweiterungsbauten und Abklärungen bei Brandschutzvorschriften sowie nötigen Bemusterungen nur teilweise erreicht
E	GIBZ social media Blog betreiben	In der Startphase regelmässig aktuelle Beiträge zum Schulgeschehen am GIBZ und an der HFTG		
F	Ablösung Schulverwaltungs-software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)		
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Pflichtunterricht in Berufskunde, Allgemeinbildung und Sport im gewerblichen, industriellen und gesundheitsspezifischen Sektor nach den einschlägigen Berufsstandards sicherstellen	Umsetzung der Schullehrpläne von 27 Lehrberufen		
4	Pflichtunterricht für die bisherigen Studiengänge «technische Berufsmatura» sowie für den neuen Studiengang «Gesundheit & Soziales» nach eidg. Richtlinien sicherstellen	Umsetzung der Schullehrpläne; Bestehen des eidg. Anerkennungsverfahrens für den neuen Studiengang «Gesundheit & Soziales»		
5	Neu gestaltete Bildungsverordnungen nach den Standards der Verbundpartner der Berufsbildung für die schulischen Prozesse aufarbeiten	Aufbau des Lehrberufs für Entwässerungstechnologen (Wissensdiagnose, Themenstruktur, Schullehrplan und pädagogische Rhythmisierung)		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
6	Qualifikationsverfahren in der Allgemeinbildung, Berufsmatura und für Informatiker/innen nach den einschlägigen Standards durchführen	Erfüllungsgrad: 100 %; aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren	●	
7	Notwendige IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht gemäss kantonalem IT-Konzept bereitstellen	90 % Verfügbarkeit; Sicherstellung des First- und Second Level Supports	●	
8	Angebot der Lernförderung und Lernbegleitung gemäss GIBZ-Konzept sicherstellen	0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grundbildung für Stütz- und Freikurse sowie Coachings	●	
9	Angebot der Mediation sicherstellen	Zeitnahe, umgehende Betreuung der Notfälle	●	
10	Relevante Informationsmittel für die Aus- und Weiterbildung in der Mediathek und DigiThek bereitstellen	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot	●	
11	PR-Massnahmen für die Berufsbildung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen umsetzen	Wirkungsvolle Sensibilisierungsmassnahmen für die Oberstufenklassen Sek I im Kanton Zug	●	
12	Mobilitätskultur gemäss GIBZ-Konzept im Rahmen des EU-Förderprogramm «Leonardo da Vinci» pflegen	Umsetzung des Austauschprogramms gemäss Eingabe an die Nationale Agentur, verbunden mit dem weiteren Aufbau eines Netzwerks in Europa	●	
L20	Vollzeit-BM-Studiengang in Gesundheit und Soziales für ausgelernte Berufsleute entwickeln und umsetzen	Erfolgreicher Abschluss des eidg. Anerkennungsverfahrens	●	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
13	Berufsbegleitende, modulare Weiterbildungskurse nach den einschlägigen Branchenstandards durchführen	Total Teilnehmerlektionen: 49'000; direkt mit den betreffenden Organisationen der Arbeitswelt abgestimmte Kurseinheiten	●	
14	Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung nach einschlägigen Standards durchführen	Total Teilnehmerlektionen: 36'000; Umsetzung der Massnahmen gemäss kantonomer Weiterbildungsstrategie; Absolvierende finden eine entsprechende Arbeitsstelle auf HF-Niveau; 2 Vollzeit-HF-Klassenzüge	●	
15	Berufsbegleitende Kurse im Rahmen der berufsorientierten Weiterbildung und der ergänzenden Bildung für Spätnachfragende im Gesundheits- und Gastrobereich nach einschlägigen Standards durchführen	Total Teilnehmerlektionen: 113'000; direkt mit den entsprechenden Branchen abgestimmte Kurseinheiten	●	
16	Kompetenzbilanzierungen und Expertisen im Rahmen der ergänzenden Bildung im Gesundheitswesen nach einschlägigen Standards durchführen	Total Teilnehmerlektionen für die Dossier Erstellung und Expertise: 4'200; Umsetzung der Massnahmen nach der Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz	●	
17	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben einhalten	100 % Erfüllung des Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen; Kostendeckungsgrad mindestens 85 % (Deckungsbeitrag 1)	●	
H	Die Prozesse «Validieren von Bildungsleistungen» in Verbindung mit der «Ergänzenden Bildung» gemäss Richtlinien des Bundes, der Kantone und den Organisationen der Arbeitswelt sicherstellen	Umsetzung gemäss Richtlinien der SBBK für die Berufsfelder Gesundheit und Gastro	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
I	Umbau der HF-Lehrgänge in Technik und Gestaltung vom altrechtlichen zum neurechtlichen Status	Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren erarbeitet	●	
Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen				
18	Kommunikationsplattform «Knowledge Factory» für verschiedene Bildungsprojekte in den Bereichen Hybridunterricht, Kompetenzbilanzierungen, Qualitätsevaluationen und integrierende Bildungsmassnahmen einsetzen	825 Einsatzstunden der Knowledge Factory; 120 verrechenbare Arbeitsstunden; 14 verrechenbare Vermietungen der Knowledge Factory	●	
19	Entwicklungsprojekte rund um die Berufsbildung durchführen	250 verrechenbare Stunden	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Grundbildung	Klassen	138	138	139
	Lernende	1'832	1'840	1'857
	Lektionen	67'434	67'000	67'720
Berufsmatura	Klassen	34	31	35
	Lernende	448	400	471
	Lektionen	21'853	20'500	20'380
IT-Infrastruktur	PC-Stationen	660	635	655
	User	2'810	2'700	2'790
	Softwarepakete	100	100	101
Mediathek und DigiThek	Ausleihen	11'369	11'500	11'430
	Artikel	19'578	19'500	19'385
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module	41	42	52
	Teilnehmende	750	800	832
	Lektionen	3'105	2'200	2'704
HF-Vollzeit-Studium	Klassen	2	2	2
	Studierende	28	30	31
	Lektionen	3'453	3'000	2'370
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten	111	116	104
	Teilnehmende	1'967	2'200	1'494
	Lektionen	7'682	6'300	4'550
Individuelle Kompetenzbilanzierungen	Module	18	18	9
	Berufslernende	220	230	64
	Lektionen	360	380	72

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bei der «Berufsorientierten Weiterbildung» wurden die einzelnen Kurseinheiten sowie Lektionen gestrafft und dafür die bestehenden Kursmodule umfassender gestaltet. Bei der «Individuellen Kompetenzbilanzierungen» wurde das System der Umsetzung umstrukturiert

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-24'904'588.28	-25'396'690	-25'187'380.09	209'309.91	-0,8
Total Ertrag	5'736'316.30	5'255'620	5'627'136.35	371'516.35	7,1
Saldo	-19'168'271.98	-20'141'070	-19'560'243.74	580'826.26	-2,9

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2013.0003 PC Ersatz- und Neuanschaffungen 2012–2013					
Ausgaben	-139'661.55				
Einnahmen					
IT2013.0005 PC Ersatz- und Neuanschaffungen Schulzimmer 2014					
Ausgaben		-200'000	-158'427.35	41'572.65	-20,8
Einnahmen					
IT2013.0006 PC Ersatz- und Neuanschaf. Lehrervorb.Zimmer 2014					
Ausgaben		-60'000	-53'916.30	6'083.70	-10,1
Einnahmen					
VD2013.0002 Aufbau einer WLAN-Infrastruktur am GIBZ					
Ausgaben	-214'881.44				
Einnahmen					
VD2013.0003 Lernenden- und Personalausweis mit Legicfunktion					
Ausgaben	-140'037.45		-33'803.55	-33'803.55	
Einnahmen					
VD2013.0004 Gebäudesignaetik In- und Outdoor					
Ausgaben	-63'994.15		-10'667.70	-10'667.70	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-558'574.59	-260'000	-256'814.90	3'185.10	-1,2
Einnahmen					
Saldo	-558'574.59	-260'000	-256'814.90	3'185.10	-1,2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Beim Projekt IT2013.0005 sind die Minderkosten darin begründet, dass die Preise für ähnliche Geräte zum Zeitpunkt der Budgetierung höher waren und aufgrund von Erfahrungen aus einem Pilotprojekt günstigere «All-in-One Geräte» verbaut worden sind.

Das Projekt VD2013.0003 konnte im budgetierten Planjahr 2013 nicht vollständig, sondern erst 2014 abgeschlossen werden. Die Gesamt-Projektkosten konnten mit 6'800 Franken unter dem Budget abgeschlossen werden.

Das Projekt VD2013.0004 konnte im budgetierten Planjahr 2013 nicht vollständig, sondern erst 2014 abgeschlossen werden. Die Gesamt-Projektkosten konnten mit 45'300 Franken unter dem Budget abgeschlossen werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das LBBZ Schluechthof war erfolgreich: Im Juni konnten 22 der 24 Lernenden das Diplom zur Landwirtin EFZ/zum Landwirt EFZ entgegennehmen. Ebenfalls konnten zehn Studierende des zweiten Lehrgangs Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF in die Arbeitswelt entlassen werden. Im August wurde der Kauf der bisherigen ETH-Versuchsanlage Chamau in Hünenberg durch den Kanton Zug definitiv.

Erfolgreiche Grundbildung

Seit Einführung der neuen Grundbildung 2011 konnten noch nie so viele Lernende ihre Lehrzeit am LBBZ Schluechthof abschliessen. Von 24 Kandidatinnen und Kandidaten bestanden 22 das Qualifikationsverfahren und durften an der Diplomfeier das Fähigkeitszeugnis zur Landwirtin/zum Landwirt entgegennehmen. Auf Schuljahrsbeginn ist die Gesamtzahl der Lernenden leicht zurückgegangen. Mit 12 Lernenden im ersten Lehrjahr und je 15 im 2. und 3. Lehrjahr liegt sie im langjährigen Durchschnitt. Die Zahl der Lernenden in der Landwirtschaft im Kanton Zug ist stabil.

Reform der Betriebsleitorschule

Die Betriebsleitorschule, welche die Vorbereitungskurse zur eidgenössischen Berufs- und Meisterprüfung beinhaltet, wurde reformiert. Die Ausbildung kann neu in zwei bis drei Jahren und nicht mehr nur in zwei Jahren absolviert werden. Diese Änderung führte dazu, dass nur sechs Kandidaten die Meisterprüfung ablegten.

Höhere Fachschule (HF) Landwirtschaft: volle Klassen

Die HF Landwirtschaft, welche mit dem Titel Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF abschliesst, läuft sehr erfolgreich. Im Studienjahr 2014/15 belegten 22 Studierende die Kurse der HF 1 (1. Schuljahr) bzw. 19 der HF 2 (2. Schuljahr). Die Absolventinnen und Absolventen sind am Arbeitsmarkt sehr gefragt, da die meisten bereits ein halbes Jahr vor dem Abschluss eine Anstellung vorweisen können.

Beratungen im normalen Rahmen

Die Marktsituation im Milch- und Schweinemarkt war Anfang Jahr recht gut. Gegen Ende verschlechterte sich die Situation aber immer mehr. Es zeigte sich, dass einige Betriebe mit den sich verändernden Marktverhältnissen nicht zurechtkamen. Dies war in der Beratungstätigkeit des LBBZ Schluechthof deutlich zu spüren. Gesamthaft lag die Nachfrage nach Beratung durch Experten des LBBZ Schluechthof aber auf gleichem Niveau wie in den letzten Jahren.

Hotellerie / Seminare

Die Auslastung der Seminarräume und Internatszimmer ist sehr hoch. Mit der Einführung der neuen Grundbildung und Lehrgänge der Höheren Fachschule Landwirtschaft stieg die Auslastung durch eigene Lernende und Studierende stark. Dies führte dazu, dass die Infrastruktur weniger an Dritte vermietet werden konnte. Insbesondere Internatszimmer können nur noch im Sommerhalbjahr fremdvermietet werden.

Erwerb Chamau

Im August wurde der Kauf der bisherigen ETH-Versuchsanlage Chamau in Hünenberg durch den Kanton Zug definitiv, nachdem sich der Zürcher Kantonsrat für den Bau einer neuen Landwirtschaftlichen Schule aussprach, womit der Standort Chamau von der ETH Zürich aufgegeben werden kann. Bereits im Herbst wurde die Planung der Umbauten an die Hand genommen. Kann das Projekt wie geplant umgesetzt werden, wird bis im Frühling 2017 ein grosser Teil des Gutsbetriebes des LBBZ Schluechthof im neuen Gutsbetrieb Chamau angesiedelt sein.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet – wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit – die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Vertiefung und praktische Umsetzung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentralschweiz, Aargau und Zürich)	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen; Austausch von Lehrpersonen; überregionales Wahlfachangebot	●	
2	Förderung des Verständnisses für Zusammenhänge innerhalb der Landwirtschaft (im Sinne der Nachhaltigkeit)	Öffentlichkeitsarbeit: Mindestens 10 Publikationen zu landwirtschaftlichen Themen (Presse), ausgelöst durch LBBZ; mindestens 1 öffentliche Veranstaltung für die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung; mindestens 5 Besuche von Schulklassen auf dem Gutsbetrieb	●	
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Durchführung des Schulunterrichts zum Landwirt EFZ nach den geltenden rechtlichen Standards	Je 1 Klasse pro Lehrjahr	●	
4	Qualifikationsverfahren nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausbildung zum Landwirt/in EFZ durchführen	Vorgaben des Amtes für Berufsbildung sind umgesetzt	●	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Mindestens 12 Lernende; Qualifikation über dem CH-Durchschnitt	●	
6	Führen einer Betriebsleiterschule II zur Vorbereitung Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Mindestens 10 Lernende; Qualifikationen über dem CH-Durchschnitt	○	Lehrgang befindet sich in Reform mit einer Verlängerung der Ausbildung. Daher nur 7 Absolventinnen/Absolventen
7	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpflege-Spezialist BP» nach den Vorgaben der Branche	Start im Zweijahresrhythmus, erst Frühling 2015	●	
8	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF» gemäss den Grundlagen des Rahmenlehrplans	Führen einer zweiten Klasse mit mindestens 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	●	
9	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen; Kostendeckungsgrad mindestens 85 % (Deckungsbeitrag 1)	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
10	Wissensvermittlung bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 13/14; 3'500 Teilnehmerlektionen	●	
11	Herausgabe des Weiterbildungsprogramms (in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Organisationen)	Durchführung von mindestens 30 Kursen; 80 % der Kurse mindestens 10 Personen	●	
12	Bildungsangebot für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung im Bereich Natur, Garten und Ernährung	Mindestens 4 Angebote	●	
B	Aufbauen einer einfachen Plattform für Kurse / Weiterbildungen im «Grünen Raum / Natur» für bestehende Angebote.	Plattform im Juli 2014 operativ	●	
Leistungsgruppe 3: Beratung				
13	Unterstützung und rasche Hilfestellung in produktionstechnischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen (Kurzberatungen)	Maximale Reaktionszeit: 2 Arbeitstage	●	
14	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheid. Findung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	35 grössere Beratungsfälle (> 1.5h); Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	●	
15	Bildung einer Schnittstelle zur Landwirtschaft für andere kantonale Ämter und Gemeinden, konstruktive Begleitung und Beratung der Zuger Landwirtschaft bei raumplanerischen und umweltrelevanten Themen. Kompetente Geschäftsführung LEK Cham gemäss Leistungsvereinbarung	Qualitativ hochstehende, praxisrelevante Gutachten innert der vereinbarten Frist erledigt; 80 % positive Feedback	●	
Leistungsgruppe 4: Hotellerie				
16	Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen einsetzen	Mindestens 30 Vermietungen; Kundenzufriedenheit > 90 %	●	
17	Kostenorientierte Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an die Gebäudekosten, nach Abzug der Sachkosten und der Personalkosten von mindestens 100'000 Franken; > 85–90 % Kundenzufriedenheit	●	
Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb				
18	Führen eines vielseitigen, vorbildlichen Versuchs- und Demonstrationsbetriebs nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen	Jahresgewinn von > 15'000 Franken; mindestens 10 Betriebszweige (Kulturen); mindestens 2 Auszubildende; mindestens 5 Demonstrationsversuche	●	
19	Gestaltung eines offenen, ansprechenden Landwirtschaftsbetriebes für die Bevölkerung als Erlebnisumfeld	> 15 Besuchende/Tag	●	
20	Führen eines kundengerechten Hofladens mit eigenen Produkten und Produkten von Nachbarbetrieben	> 10'000 Franken Direktverkaufs-Umsatz/Monat	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Grundbildung	Klassen	3	3	3
	Lernende	49	48	45
Höhere Berufsbildung	Klassen	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)
	Lernende	60	60	74
Beratung	Anzahl grössere Fälle	60	40	46

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'091'187.85	-3'934'750	-4'208'530.50	-273'780.50	7,0
Total Ertrag	2'041'908.61	1'833'000	2'100'521.59	267'521.59	14,6
Saldo	-2'049'279.24	-2'101'750	-2'108'008.91	-6'258.91	0,3

Kommentar Rechnung

Es gab ca. 10 Studierende mehr an der Höheren Fachschule als budgetiert (personeller Mehraufwand bei der Betreuung). Dafür absolvierten ca. 10 Studierende weniger die Betriebsleiterschule als bei der Budgetierung kalkuliert. Die HF-Studierenden bezahlen ein bedeutend höheres Schulgeld, beziehen aber auch mehr Leistungen, welche direkt verrechnet werden (Anschaffung Laptop, Lehrmittel, Fachreisen, Betreuung Arbeiten). Daher stiegen sowohl der Aufwand als auch der Ertrag, was in der Summe aber zu einem ausgeglichenen Ergebnis führt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

In der Grundbildung standen die Umsetzung des didaktisch-methodischen Konzepts «Lernen und neue Medien», die Entwicklung des neuen Berufsmaturitätsbildungsgangs sowie die Konzeption des Bildungsgangs «Berufsbildung International» für Kaufleute im Zentrum. Die Weiterbildung kann sich im kompetitiven Markt gut behaupten und hat ein anspruchsvolles Schul- und Qualitätsentwicklungsprojekt abgeschlossen. Auch der grosse Umbau der Höheren Fachschule für Wirtschaft (HFW) ist mit der Neuankennung durch den Bund nun abgeschlossen.

Innovative Grundbildung und erfreuliche Schülerzahlen

Der Pilotversuch «Lernen und neue Medien» ist mit insgesamt bereits sieben Laptop-Klassen sehr gut unterwegs. Die Vorbereitungen für den Bildungsgang im Rahmen von «Berufsbildung international», in dem grossmehrheitlich englischsprachig unterrichtet wird, liegen im Fahrplan. Dieses innovative Zuger Projekt, das im Verbund mit dem Amt für Berufsbildung und Partnern der Wirtschaft entwickelt wird, kann an der Schule im Schuljahr 2015/16 mit ersten Klassen starten. Auch die Konzepte für die Berufsmaturitätsbildungsgänge nach neuem Rahmenlehrplan sind bereit zur Umsetzung im Schuljahr 2015/16. Nach dem leichten Rückgang im letzten Jahr ist die Zahl der neueintretenden Lernenden wieder um 5 Prozent gestiegen.

Weiterbildung mit erfreulichen Aspekten

Die Zahlen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren auf hohem Niveau konstant. Die Weiterbildungsbereiche wurden konzeptionell noch besser und attraktiver aufeinander abgestimmt. Die Angebote sind neu zu sechs Bereichen zusammengefasst: Personal/HR, Finanzen, Marketing & Verkauf, Basis 1 & 2, Management, Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW). Der neu eingeführte Bildungsgang «Höheres Wirtschaftsdiplom HWD edupool.ch» kann bereits mit einem zusätzlichen Tagesbildungsgang ausgebaut werden. Die «Kollegiale Hospitation» und die Grundlagen zu den einzelnen Qualifizierungsprozessen in den Bildungsgängen sind im Rahmen des langjährigen Schul- und Qualitätsentwicklungsprojekts nun erfolgreich implementiert. Die Erfolgsquoten bei den Abschlussprüfungen wie auch die Zufriedenheit der Teilnehmenden waren sehr gut. Die Teilnehmergebühren und Abgeltungen fielen knapp unter Budget aus, obschon die Gebühren in der HFW, entsprechend den Marktverhältnissen, um rund die Hälfte gesenkt werden mussten.

Bildungsgang der Höheren Fachschule für Wirtschaft neurechtlich anerkannt

Die ersten Studierenden haben im Herbst 2014 nach neuer Studienordnung abgeschlossen und das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat die Neuankennung ohne Vorbehalt erteilt. Damit kommen die umfassende Studienreform und auch die didaktisch-methodische Neukonzeption der HFW Zug zu einem erfolgreichen Abschluss. Die Teilnehmerzahlen entwickelten sich erfreulich.

Mit Zug einen Schritt voraus

Im Rahmen einer mit Bundesgeldern geförderte Studie der Hochschule für Wirtschaft und Tourismus Wallis wurden die Schulleitungen und Lehrpersonen von insgesamt 26 Schweizer Berufs- und Weiterbildungsschulen befragt. Das KBZ erreicht Spitzenwerte, so bei Aspekten der Strategieumsetzung (Bestwert), Leitungshandeln und Arbeitszufriedenheit.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das KBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule Wirtschaft.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
B	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung Submissionsentscheid)	●	
Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	In den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität.	Umsetzung der Schullehrpläne in den sechs Berufen des KBZ	●	
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen (Lehrabschlussprüfung)	60 Kursangebote	●	
3	Beratung und Mediation gemäss KBZ-Konzept umsetzen	60 Beratungsgespräche pro Semester	●	
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen gemäss einschlägigen Vorgaben und KBZ-Konzept umsetzen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	●	
C	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (Vertiefen und Vernetzen ist eingeführt, 2. Ausbildungsjahr erfolgreich abgeschlossen, 3. Ausbildungsjahr konzipiert)	●	
D	Berufsmaturität: Einführung neue Bildungsverordnung und Rahmenlehrplan	Konzeption liegt vor	●	
E	«Lernen und neue Medien», Schulentwicklungsprojekt	Pilotklassen sind gestartet; erste Ergebnisse unter anderem im Rahmen des Projekts «Bring Your Own Device» liegen vor	●	
Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	●	
6	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels gemäss den einschlägigen Standards der einzelnen Angebote umsetzen	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone – zirka 3,65 Mio.; Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1); überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
F	Einführung neuer Rahmenlehrplan HFW	Offizielle Anerkennung des neuen Bildungsgangs liegt vor	●	
H	Pädagogisch-didaktische Schulentwicklung («KBZ Plus»): Einführung weiterer Elemente	Abschluss der Einführung von «Kollegiale Hospitation», «Qualifizierungsprozesse» sowie «360-Grad-Feedback»	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Grundbildung ohne BMS II	Klassen	60	61	61
	Lernende	999	1'025	992
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzel-lektionen)		44'800	42'892
Grundbildung BMS II	Klassen	3	4	4
	Lernende	52	70	58
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzel-lektionen)		3'800	3'699
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende	85	103	105
	Klassen	5	6	6
	Standard-Wochenlektionen (ab 2014: Einzel-lektionen)		3'700	2'676
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatz-volumen **	2,78 Mio.	2,55 Mio.	2,71 Mio.
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatz-volumen **	0,24 Mio.	0,27 Mio.	0,23 Mio.

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

** «Umsatzvolumen»: Teilnehmer- und Prüfungsgebühren, inkl. die von der Teilnehmerzahl abhängige Abgeltung von anderen Kantonen. Die Gebühren und Abgeltungen in der Weiterbildung sanken nur unwesentlich auf 3,57 Millionen Franken statt 3,65 Millionen Franken.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-16'082'046.34	-17'073'400	-16'810'590.61	262'809.39	-1,5
Total Ertrag	4'709'592.35	4'483'500	4'590'464.60	106'964.60	2,4
Saldo	-11'372'453.99	-12'589'900	-12'220'126.01	369'773.99	-2,9

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT2019.0003	Ersatzbeschaffung PC					
	Ausgaben	-73'429.20				
	Einnahmen					
IT2019.0004	Ausbau IT-Mobility Infrastruktur					
	Ausgaben		-110'000	-127'726.50	-17'726.50	16,1
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-73'429.20	-110'000	-127'726.50	-17'726.50	16,1
	Einnahmen					
	Saldo	-73'429.20	-110'000	-127'726.50	-17'726.50	16,1

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Vollzugstätigkeit des Amts wird durch Bundesgesetze vorgegeben und von der Konjunkturlage beeinflusst. Die Umfrage des Technologie Forums Zug bei den Mitgliedfirmen zeigt eine gute wirtschaftliche Situation und auch für die nahe Zukunft eine verhalten positive Einschätzung. Dennoch ist die Unsicherheit bei Investoren gestiegen, da die Schweiz zurzeit einige offene Fragen betreffend die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu lösen hat.

Solide Wirtschaftsentwicklung

Bei den Firmenbesuchen kommt regelmässig eine hohe Zufriedenheit mit der Standortqualität zum Ausdruck. Dennoch wird auch deutlich, dass der Standortwettbewerb härter wird und am Ist-Zustand weiter gearbeitet werden muss. Seit der Volksabstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar machen sich ansässige oder am Standort interessierte, international tätige Firmen vermehrt Sorgen um die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und um den freien Zutritt zum europäischen Binnenmarkt. Weiterhin wird die anstehende Unternehmenssteuerreform III thematisiert, wobei sich die Unternehmen Planungssicherheit wünschen. Die ansässigen Unternehmen zeigen Vertrauen in das jahrzehntelange Bestreben der Zuger Politik nach Stabilität, Verlässlichkeit und kompetitive Standortqualitäten. Bei Neuan-siedlungen werden aber solche Fragen intensiver diskutiert, was auf gewisse Unsicherheiten – bezogen auf das politische Umfeld und die Standortattraktivität – schliessen lässt. Die Anzahl der Ansiedlungsprojekte der Kontaktstelle Wirtschaft stagniert im Schwankungsbereich der letzten Jahre. Dies zeigt, dass der Kanton Zug nach wie vor attraktiv ist, dass aber Entscheide insbesondere auf nationaler Ebene diese Ausgangslage beeinflussen können.

Stabile Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt

Trotz guter Konjunktur und folglich höheren Annahmen wurden wie letztes Jahr gleich viele Arbeitsbewilligungen für Personen ausserhalb der EU/EFTA bewilligt. Die Arbeitslosenzahl hat mit 2,3 Prozent Ende Jahr beinahe wieder den Ausgangswert von 2,4 Prozent erreicht. Ebenso ist die Anzahl arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener (jünger als 25) auf das ganze Jahr gesehen stabil geblieben, was auch für die über 50-jährigen Personen gilt. Diese relative Stabilität zeigt sich auch bei den langzeitarbeitslosen Personen und der Anzahl Konsultationen bei Massenentlassungen. Trotz allem ist die Suche nach geeigneten, qualifizierten Fachkräften für die Unternehmen nicht einfacher geworden. Ein unverändert aktuelles Indiz dafür sind auch die stetig wachsenden Pendlerströme.

Etablierte, erfolgreiche Zusammenarbeit mit Dritten

Der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen hatte im Jahresschnitt rund 100 Stellensuchende mehr zu betreuen. Die Anzahl erfolgreicher Vermittlungen ist leicht gesunken. Trotz schwieriger Ausgangslage hat das Projekt «Einstieg in die Berufswelt» für stellensuchende Jugendliche resp. Jugendliche mit Lehrabbruch eine beachtliche Erfolgsrate. Die Aktivitäten des Vereins für die Beratung ausländischer Arbeitskräfte, konkret der Fachstelle Migration Zug, wurden mit dem Kantonalen Integrationsprogramm KIP abgestimmt. Höhepunkt war das Jubiläum zum 50-jährigen Bestehen des Vereins, welches zusammen mit der Organisation «Let's Talk» und der Stadt Zug am See gefeiert wurde. Es war ein multikultureller Anlass, welcher die Wichtigkeit und das Bedürfnis einer Integration auf eine sympathische Art sichtbar gemacht hat. Das Technologie Forum Zug stärkt die Themencluster ICT, Pharma und MedTech und nimmt so die aktuellen Entwicklungen auf. Mit den übrigen Partnern – ProArbeit, Businesspark und «Jobbörse» der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zug – besteht ein reger Austausch.

Überregionale Vernetzung wird wichtiger

Die zunehmende Vernetzung der Gesellschaft innerhalb des funktionalen Raums verlangt eine vertiefte, regionale Zusammenarbeit. Angepasste Lösungen und der effiziente Ressourceneinsatz basieren vermehrt auf dem Radius des funktionalen Raums. Seit Jahren schöpft der Kanton Zug direkt umsetzbare Erkenntnisse aus der gemeinsamen Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug und Zürich (AMOS). Zurzeit fokussiert AMOSA auf das Thema «Fachkräftemangel und Mobilität». Das Amt für Wirtschaft und Arbeit organisiert für ältere arbeitslose Personen aus mehreren Kantonen das Programm «Energy45+», welches vom Bund rückfinanziert wird. Der überregionale Ansatz vergrössert zudem das Netzwerk und dessen Potenzial für die Betroffenen. Im gleichen Sinn stellt das Amt auch einen Kurs «Arbeitsmarktstrategien für Führungskräfte» zur Verfügung. Die Agentur für eine gemeinsame Standortpromotion im Grossraum Zürich, die Greater Zurich Area AG (GZA), ermöglicht uns dank Pooling der finanziellen und personellen Ressourcen und mit wenig Mittel erfolgreich aus ausländischen Märkten Firmen anzusiedeln.

Gesetzlicher Vollzug trotz Neuerungen wie gewohnt

Neuerungen bei den Bundesgesetzen und deren Umsetzung sind die primären Aufgaben des Amts. Der Bund forciert in quantitativer Hinsicht das Systemaudit «Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz» bei den Unternehmen, um so die Gesundheitsvorsorge und die Unfallpräventionen zu stärken und breiter zu etablieren. Psychosozialen Stressfaktoren bleiben weiterhin im Fokus. Entsprechend ist das kantonale Arbeitsinspektorat zusätzlich zu den baulichen Begutachtungen und Genehmigungen gefordert. Generell gilt, dass trotz den vermehrt inputorientierten Vorgaben des Bundes die Wirkung und eine für den Wirtschaftsstandort angepasste Umsetzung höchste Priorität haben müssen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsmarkt				
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem Seco	100 Kontrollen FLAM		
2	Rechtsgleiche und rechtssichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländer	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt; < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM		
3	Fristgerechte Bewilligungen zur Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen (AV) und für Handelsreisende (HR)	> 80 % AV innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier; > 80 % HR innert 3 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier		
Leistungsgruppe 2: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsbedingungen				
4	Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	System-Audit Seco erfüllen		
5	Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutachtungen (PB), Prüfung korrekter Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	> 80 % PB innert 2 Arbeitswochen ab Vollständigkeit Dossier bearbeitet; 20 ASA-Kontrollen		
Leistungsgruppe 3: Vollzug Bundesgesetze betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit				
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	Führungskennzahlen des Seco mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen; nächstes Audit Seco 2015		
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Verfugen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits-(KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlassgesuche	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt; 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtl. Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)		
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der Arbeitsmarkt Massnahmen	Mindestens 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs; > 80 % positive Rückmeldungen der Kursbesuchenden		
9	Rasches und juristisch stichfestes Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	> 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten ab Vollständigkeit Dossier; < 10 % Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten		77 % der Einsprachen innerhalb 2 Monate erledigt. Ursache war 1 Mutterschaftsurlaub

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Standortförderung				
10	Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	130 Firmenbesuche im Kanton Zug; 40 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	●	
11	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	3 Zielmärkte; > 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	●	
12	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	3 Newsletter; 1 Neuunternehmer/innen-Apéro	●	
Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben				
13	Fristgerechte Mitwirkung bei Rechtssetzung: Vernehmlassung, Mitbericht, Anhörung, Stellungnahme	100 % fristgerechte Eingaben	●	
14	Wahrung der Interessen des Kantons Zug nach Aussen (Verbandstätigkeit, Repräsentation, Kommissionen)	Sitzungsteilnahmequote: 80 % (Input-Indikator)	●	
15	Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» zwei Mal jährlich aktualisieren	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Stellensuchende	Personen	2'353	2'300	2'479
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Bewilligungen	462	550	457
Arbeitszeitbewilligungen	Bewilligungen	161	130	122
Planbegutachtungen	Anzahl	160	140	188
Total AVG-Betriebsbewilligungen	Anzahl	434	420	476

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-16'073'771.98	-15'707'700	-16'087'765.04	-380'065.04	2,4
Total Ertrag	11'421'941.44	10'682'475	11'169'175.53	486'700.91	4,6
Saldo	-4'651'830.54	-5'025'225	-4'918'589.51	106'635.87	-2,1

Kommentar Rechnung
Leicht höhere durchschnittliche Arbeitslosigkeit erhöht die Ausgaben im Aufwandskonto 3636.10. Gleichzeitig werden diese vom Bund zurückerstattet, was die Einnahmen im Ertragskonto 4610.10 entsprechend erhöht.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeitslosenzahlen nahmen leicht zu. Zudem waren mehr Bezügerinnen und Bezüger von kantonaler Arbeitslosenhilfe zu verzeichnen. Es gab einen markanten Rückgang bei den von Kurzarbeit und Schlechtwetter betroffenen Unternehmen.

Arbeitslosenentschädigungen nahmen zu

Im Jahresdurchschnitt nahm die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger erneut leicht zu. Bei den Neuanmeldungen ist ebenfalls ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die total geleisteten Arbeitslosenentschädigungen beliefen sich auf rund 65 Millionen Franken.

Anstieg der Arbeitslosenhilfe

Mit der Zunahme der Beziehenden bei den bundesrechtlichen Leistungen erhöhte sich die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger auf Arbeitslosenhilfe auf 300. Mehr als die Hälfte sind über 45 Jahre und benötigten im Durchschnitt 52 Tage Arbeitslosenhilfe. Rund 50 der Beziehenden haben sämtliche Leistungen der bundesrechtlichen Arbeitslosenversicherung und der kantonalen Arbeitslosenhilfe erhalten und sind ausgestellt worden. Den Gemeinden sind für die ausgerichteten Leistungen und den Vollzug rund 2,11 Millionen Franken in Rechnung gestellt worden.

Rückgang der Entschädigungen bei Insolvenz, Kurzarbeit und Schlechtwetter

Erneut waren mit 111 Personen deutlich weniger Arbeitnehmende von Insolvenz des Arbeitgebers betroffen. Ein markanter Rückgang von 95 auf 32 Betriebe zeigte sich auch bei den von Kurzarbeit und Schlechtwetter betroffenen Unternehmen. Die Entschädigungen sanken entsprechend markant von 3,2 Millionen Franken auf 0,4 Millionen Franken.

Mehr Mutterschaftsbeiträge ausgerichtet

Die Beitragsgesuche haben im Jahresvergleich leicht zugenommen. Von den 81 Gesuchen (61 Ausländerinnen und 20 Schweizerinnen) mussten acht mehrheitlich wegen zu hohem Einkommen abgelehnt werden.

Hohe Abweisungsquote bei Einspracheverfahren

Der Rechtsdienst beurteilte häufig Sachverhalte im Bereich fehlender Nachweis der Arbeitsbemühungen vor und während der Arbeitslosigkeit, Nichtbefolgen von Weisungen sowie selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit. Von den behandelten Einsprachen wies der Rechtsdienst über zwei Drittel der Fälle ab, wovon 12 Abweisungen an das Verwaltungsgericht weitergezogen wurden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG). Im Auftrag der Gemeinden richtet sie Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Entschädigungen AVIG				
1	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	●	
2	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des Seco	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	●	
3	Lückenloses Durchführen des internen Kontrollsystems	100 % Vorgaben des Seco eingehalten	●	
4	Termingerechte Durchführung der Zahlungsverarbeitungen	Einhaltung der Valutavorgaben der Banken	●	
5	Sicherstellen der Liquidität	100 % Vorgaben eingehalten	●	
6	Fristgerechtes Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	100 % Vorgaben des Seco eingehalten	●	
Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen				
7	Fristgerechte Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	●	
8	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	●	
9	Fristgerechte Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	●	
Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
10	Fristgerechte Ausarbeitung fundierte Einsprache Entscheide	Innert 3 Monaten (Durchschnitt) nach Einreichung der Einsprache	●	
11	Fristgerechte Ausarbeitung von Vernehmlassungen	95 % innert Frist	●	
12	Effiziente, einwandfreie juristische Beratung	< 5 Reklamationen wegen Fehlinformation	●	
13	Sicherstellen/Umsetzung rechtsgleicher Vollzug	< 10 % Abweichung zum gesamtschweizerischen Durchschnitt	●	
14	Unterstützung bei juristisch komplexen Fragestellungen	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	●	
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen für Dritte				
15	Fristgerechte Ausarbeitung Einsprache Entscheide für AWA/RAV	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	◐	77 % der Einsprachen innerhalb 2 Monaten erledigt. Ursache war 1 Mutterschaftsurlaub

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
16	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	●	
17	Praxisgerechte Referententätigkeit bei RAV-Grundinformationskursen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG; 90 % positive Rückmeldungen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Bezüger/innen Arbeitslosenentschädigung (ALE)	Anzahl	3'421	3'700	3'501
Bezüger/innen Arbeitslosenhilfe (ALH)	Anzahl	228	250	300
Abrechnungen Arbeitslosenentschädigungen (ALE)	Anzahl	18'325	22'000	19'155
Mutterschaftsanträge	Anzahl	71	95	81
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl	21	50	17
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl	283	380	299
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl	303	330	227
Jur. Beratung Sachbearbeitung	Stunden	2'100	1'200	1'000
Jur. Beratung Arbeitsrecht	Stunden	782	1'000	700
Jur. Beratung RAV	Stunden	1'875	1'800	1'400
Grundinformationskurse beim RAV	Anzahl	55	80	56

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Weniger arbeitsrechtliche Verfahren dank vorzeitiger Information bei entsprechenden arbeitsrechtlichen Forderungen der Versicherten bei Verlängerung von Kündigungsfristen. Weniger Beratungsstunden wegen Mutterschaft einer jur. Mitarbeiterin.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'865'072.68	-6'188'700	-6'482'219.41	-293'519.41	4,7
Total Ertrag	4'652'150.08	4'840'000	5'217'441.41	377'441.41	7,8
Saldo	-1'212'922.60	-1'348'700	-1'264'778.00	83'922.00	-6,2

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand ergibt sich aus einem Anstieg der Arbeitslosenhilfe im Umfang von 341'000 Franken, der von den Gemeinden rückvergütet wird. Der Mehrertrag ist auf die höhere Rückerstattung von Verwaltungskosten als Folge zusätzlicher AVIG-Vollzugsaufgaben des Bundes zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Bustrassee Sumpf konnte Mitte Jahr eingeweiht werden. Auch die Durchmesserlinie in Zürich ist dem Bahnbetrieb übergeben worden. Aus diesen Gründen war Mitte Jahr ein ausserordentlicher Fahrplanwechsel notwendig. Die Bahnausbauten rund um den Zugersee gehen planmässig voran. Die Bauarbeiten bei der Doppelspur Freudenberg – Rotkreuz wurden gestartet. Für die Doppelspurinsel in Walchwil wurde das Plangenehmigungsverfahren eingeleitet.

Ein Fahrplanwechsel mitten im Jahr

Ein unterjähriger Fahrplanwechsel wurde notwendig, weil zwei zentrale Infrastruktureinrichtungen dem Betrieb übergeben wurden. Im Kanton Zug handelt es sich um das neue Bustrassee mit der Unterführung Sumpf in der Lorzenebene. Im Bahnbereich ist Mitte Juni die erste Etappe der Durchmesserlinie Zürich mit dem Tiefbahnhof Löwenstrasse in der Stadt Zürich in Betrieb genommen worden, welche direkte Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr in der Region Zug hat. Der Fahrplanwechsel Mitte Juni brachte zahlreiche Veränderungen im Angebot. Dies hatte, zusammen mit Angebotsausbauten, Auswirkungen auf 21 Bus- und drei Bahnlinien im Kanton, wofür umfassende neue Fahrpläne erarbeitet wurden. Kurz nach der Einführung Mitte Jahr hat die Buslinie 7 zu vielen Kundenreaktionen aus Cham geführt, welche die fehlende Verbindung ins Stadtzentrum von Zug monierten. Es gab dazu auch politische Vorstösse. Im Dezember wurde der Fahrplan geändert, so dass die Linie 7 nun bis zum Postplatz in Zug verkehrt, im Gegenzug verkehrt die neue Linie 16 (ehemalige Verstärkungskurse der Linie 6) nur noch bis Zug Dammstrasse.

Bahnausbauten am Zugersee

Für die Doppelspur Freudenberg – Rotkreuz hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) im Mai die Baubewilligung erteilt. Die Bauarbeiten haben begonnen. Ebenfalls im Bau ist nun ein neues Stellwerk im Bahnhof Rotkreuz.

Die Pläne zur vollständigen Sanierung der Bahnlinie von Zug bis Arth Goldau wurden zusammen mit der 2,4 Kilometer langen Doppelspurinsel in Walchwil in einem Projekt öffentlich aufgelegt. Mit verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen in Walchwil und in Zug wurde das Vorhaben der Bevölkerung nähergebracht.

Neue Zuständigkeiten für künftige Bahnausbauten

Die Bahnplanung wurde unter der Federführung des BAV neu organisiert. Das Amt für öffentlichen Verkehr arbeitet nun in der Planungsregion Zentralschweiz mit den Kantonen Luzern, Schwyz, Uri, Ob- und Nidwalden zusammen. Die Planungsregion hat ihre Arbeit aufgenommen und erste Angebotskonzepte für den Ausbauschritt 2030 erarbeitet.

Ein E-Ticketing für den Kanton Zug

Um die Einführung eines modernen E-Ticketings voranzutreiben, wurde in einem Bus der Zugerland Verkehrsbetriebe AG (ZVB) mit einem sogenannten Demonstrator der Öffentlichkeit vorgestellt, wie eine künftige Nutzung des öffentlichen Verkehrs ohne Billettsorgen funktionieren könnte. Gemeinsam mit den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und der ZVB wurde ein Projektauftrag für eine Testregion des Systems BIBO (Be in Be out) ausgehandelt. In der Folge hat der Kantonsrat jedoch die dafür eingestellten Mittel für einen Testbetrieb gestrichen, dass entsprechende Ziel im Amtsleistungsauftrag aber belassen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr und setzt sich für eine attraktive überregionale Anbindung ein.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Sicherstellung nachfrageorientierte öV-Angebot				
1	Rechtzeitiger Angebotsprozess	RRB im August, Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart		
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kostendeckungsgrad > 40 %		
3	Hohe Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	Mehr als 90 % der Umfrageteilnehmenden sind zufrieden		
Leistungsgruppe 2: Sicherstellung öV-Verkehrsinfrastruktur				
4	Keine Kostenüberschreitungen	Halbjährliches Reporting von SBB und Tiefbauamt		
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren	98 % fristgerecht bearbeitet		
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	295 Haltestellen und Bahnhöfe		
A	Planung, Projektierung und Bauaufsicht von Bahnprojekten	Leistungssteigerung Zug – Thalwil, Inbetriebnahme Mitte 2014; Doppelspur Freudenberg – Rotkreuz, Baubewilligung liegt auf; Bauprojekt Doppelspurinsel Walchwil in Bearbeitung; Vorprojekt Stadtbahn Zug, 2. Teilergänzung abgeschlossen		Vorprojekt «Stadtbahn 2. Teilergänzung» verzögerte sich, da wesentliche übergeordnete Grundlagen aus der nationaler Bahnplanung nicht klar waren. Die anderen 3 Teilziele erreicht
L13	Stärkung Allianzen für verbesserte Angebote in öffentlichen Verkehr: Mehrheitsfähige (Mit-) Finanzierung von regionalen und kantonalen öV-Projekten	Inbetriebnahme Durchstich Sumpf		
Leistungsgruppe 3: Sicherstellung öffentliche Schifffahrt				
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kostendeckungsgrad > 60 %		
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Aufgaben				
9	Rechtzeitige Mitwirkung bei Rechtsetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen	100 % fristgerechte Eingaben	●	
L41	Wahrung Interessen des Kantons nach aussen; Stärkung der Allianzen	Teilnahme an mind. 30 Sitzungen mit anderen Kantonen; Sitzungsteilnahmequote: 80 %	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien	34	39	41
Bahn- und Buslinien	Länge in km	227	235	249
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl	295	297	315
Kursangebot	Kurskilometer	6,8 Mio.	6,8 Mio.	6,8 Mio.
öV-Tarife	Tarifierhöhung in %	ca. 5 %	0 %	0 %

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Buslinien: Neue Linien in der Gemeinde Walchwil (Bestellung durch Gemeinde) sowie neue Linie (im Versuchsbetrieb) in der Gemeinde Hünenberg.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-37'653'828.88	-38'448'080	-38'031'264.41	416'815.59	-1,1
Total Ertrag	7'388'667.00	7'752'000	7'500'018.00	-251'982.00	-3,3
Saldo	-30'265'161.88	-30'696'080	-30'531'246.41	164'833.59	-0,5

Kommentar Rechnung

Beim öV-Angebot resultierte ein Minderaufwand von 359'000 Franken (-1 %) gegenüber den Budgetannahmen von 35,5 Mio. Franken. Gründe dafür sind: Deutlich bessere Offerten von SBB-Regionalverkehr, da höhere Mehrerlöse als geplant angerechnet werden konnten und die fehlende Beteiligung an der Linie S32 der Südostbahn (SOB), welche nicht mehr bestellt wird.

Im Verlauf des Budgetprozesses wurde die Abgeltung der Transportunternehmen vor allem aufgrund besserer Erlösprognosen laufend nach unten korrigiert. Dabei wurde bei einer Budgetaktualisierung übersehen, dass sich die Einnahmen aus der Mitbeteiligung der Gemeinden ebenfalls nach unten bewegen werden. Mit dem effektiven Abgeltungsbedarf wurde dann die Gemeindebeteiligung neu festgesetzt, was 250'000 Franken weniger Erlös als ursprünglich budgetiert ergab.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0027 Erwerb von Aktien der ZVB AG					
Ausgaben	-1'308'000.00				
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-1'308'000.00				
Einnahmen					
Saldo	-1'308'000.00				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2035.0001 öV-Feinverteiler Planung					
Ausgaben	-52'792.60	-300'000	-19'270.65	280'729.35	-93,6
Einnahmen					
VD2035.0009 1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)					
Ausgaben	-379.20				
Einnahmen					
VD2035.0015 öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe					
Ausgaben		-50'000		50'000.00	-100,0
Einnahmen					
VD2035.0017 Investitionsbeitrag an SGZ					
Ausgaben					
Einnahmen			21'141.75	21'141.75	
VD2035.0020 Bahnprojekte (Planung und Projektierung)					
Ausgaben		-1'100'000	-4'784.95	1'095'215.05	-99,6
Einnahmen					
VD2035.0022 Bahnprojekte (Bau)					
Ausgaben		-200'000	-15'207.75	184'792.25	-92,4
Einnahmen					
VD2035.0025 Zugfolgezeit Littli-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)					
Ausgaben	-598'596.00	-600'000	-504'480.00	95'520.00	-15,9
Einnahmen					
VD2035.0026 S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick					
Ausgaben	-1'652'440.00	-1'170'000	-400'000.00	770'000.00	-65,8
Einnahmen	450'000.00		447'800.00	447'800.00	
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-2'304'207.80	-3'420'000	-943'743.35	2'476'256.65	-72,4
Einnahmen	450'000.00		468'941.75	468'941.75	
Saldo	-1'854'207.80	-3'420'000	-474'801.60	2'945'198.40	-86,1

Kommentar Rechnung

Beim Projekt VD2035.0001 und VD2035.0015 sind keine Planungen sowie keine Projektierungen angefallen.

Im Projekt VD2035.0020 konnte das geplante Vorprojekt für die 2. Teilergänzung Stadtbahn Zug aufgrund fehlender übergeordneter Grundlagen aus der nationalen Bahnplanung nicht ausgelöst werden.

Für das Projekt VD2035.0022 mussten keine Erneuerungen durchgeführt werden. Es wurden lediglich einzelne Stadtbahnhaltestellen mit Fahrgastinformationsschildern ergänzt. Beim Projekt VD2035.0026 waren die Kosten tiefer als erwartet. Die Schlussabrechnung wird erst im Jahr 2015 eintreffen. Die Einnahmen ergaben sich früher als erwartet, denn sie wurden ursprünglich für die Jahre 2015 und 2016 budgetiert.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Nach der Stagnation der Fallzahlen bei den Ergänzungsleistungen im Vorjahr stiegen die Fallzahlen wieder deutlich an. Dabei ist die Steigerung ausschliesslich auf AHV-Fälle zurückzuführen. Die IV-Fälle verharren auf dem Stand des Vorjahres.

Dienstleistungen und Honorare

Die Durchführungskosten der Ausgleichskasse fallen deutlich tiefer aus, nachdem die neue IT-Lösung für die Ergänzungsleistungen operativ ist, welche die erhoffte Effizienzsteigerung brachte. Künftig ist – wegen der steigenden Fallzahlen – jedoch wieder mit zunehmenden Kosten zu rechnen.

Ergänzungsleistungen

Der Bund zahlt an die Ergänzungsleistungen (EL) fünf Achtel der Ausgaben, allerdings nur auf dem Teil, der nicht im Heim anfällt. Die restlichen Ausgaben trägt der Kanton. Während im Vorjahr die Zahl der EL-Beziehenden stabil blieb, stieg sie wieder deutlich an: 165 zusätzliche Fälle mussten bearbeitet werden. Diese Zunahme ist ausschliesslich auf die EL-Fälle bei Altersrenten zurückzuführen. Die Zahl der EL-Fälle bei IV-Renten nahm – dem allgemeinen Trend von sinkenden IV-Rentenzahlen entsprechend – um vier Fälle ab.

Die Zunahme bei der AHV ist auf die demographische Entwicklung und auf die steigenden Heimkosten zurückzuführen. Bei steigenden Heimkosten können immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner ihren Aufenthalt nicht selbst zahlen, sondern sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen.

Gleichzeitig steigen auch die Fallkosten. Ein Fall kostete 500 Franken mehr als noch ein Jahr vorher. Gründe dafür sind nicht zuletzt die steigenden Heimtaxen, die voll zu Lasten des Kantons gehen.

Familienzulagen für Nichterwerbstätige

Der Kanton Zug finanziert seit der Einführung des eidgenössischen Familienzulagengesetzes im Jahr 2009 die Leistungen für die Nichterwerbstätigen. Der Aufwand war in den vergangenen Jahre stark schwankend. Im Vorjahr stieg die Zahl der Bezügerinnen und Bezüger von Familienzulagen für Nichterwerbstätige massiv an. Nun hat sich diese Zahl stabilisiert, die Fallzahlen und die Ausgaben stiegen nur geringfügig an.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'324'795.96	-1'700'000	-1'259'162.35	440'837.65	-25,9
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-41'548'792.02	-41'875'000	-44'728'805.83	-2'853'805.83	6,8
	Total Aufwand	-42'873'587.98	-43'575'000	-45'987'968.18	-2'412'968.18	5,5
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	11'630'496.00	9'935'000	11'405'486.00	1'470'486.00	14,8
	Total Ertrag	11'630'496.00	9'935'000	11'405'486.00	1'470'486.00	14,8
	Saldo	-31'243'091.98	-33'640'000	-34'582'482.18	-942'482.18	2,8

Kommentar Rechnung

Wir verweisen auf die Erläuterungen in der Gesamtwürdigung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die herausforderungsreiche administrative Umsetzung der Agrarpolitik (AP) 2014–2017 mit einem völlig umgebauten Beitragssystem ist gut gelungen. Das Landwirtschaftsamt hat sich bei interkantonalen und nationalen Plattformen intensiv eingebracht und sich für eine praktikable Umsetzung der AP 2014–2017 sowie die Aufhebung unnötiger Vorschriften eingesetzt. Das nasskalte Wetter beeinträchtigte die Ernten im Kanton Zug.

Agrarpolitik 2014–2017 und Landschaftsqualität

Die Agrarpolitik 2014–2017 hat das Direktzahlungssystem für die Landwirtschaftsbetriebe völlig umgebaut. Dank guter Vorbereitung konnte das Landwirtschaftsamt den Mehraufwand der Umstellung sicher meistern. Das neue Programm zur stickstoffoptimierten Milchviehfütterung wurde gut aufgenommen. Am von den sechs Zentralschweizer Kantonen zusammen erarbeiteten und vom Zuger Bauernverband getragenen Landschaftsqualitätsprojekt Zugerland beteiligten sich rund 60 Prozent der Betriebe.

Strukturdaten weitgehend unverändert

Die jährliche landwirtschaftliche Datenerhebung umfasst rund 600 Betriebe, 300 Hobbybetriebe und 260 Bienenhaltungsstandorte. Sie erfolgt durch die Landwirte selber, teilweise unterstützt durch die Ackerbaustellenleitungen, und wird vollständig über das nationale Webportal www.agate.ch abgewickelt. Hingegen muss das Landwirtschaftsamt der Mehrheit der Hobbybetriebe nachgehen, da sie sich nicht genügend um die Datenerhebung kümmern. Aufgrund der Änderungen in der Agrarpolitik mussten auch die Landwirtinnen und Landwirte während der Datenerhebung intensiv telefonisch betreut werden. Dieser Aufwand zahlte sich jedoch in der nachfolgenden Datenverifizierung aus. Tendenziell sinkt die Anzahl Landwirtschaftsbetriebe weiterhin leicht. Darunter sind immer wieder auch grössere Betriebe, auf denen die Arbeitslast die personellen Ressourcen der jeweiligen Bauernfamilie übersteigt, das erzielte Einkommen jedoch keine Beschäftigung von Angestellten gestattet.

Nasskaltes Wetter mit Auswirkungen

Nach einem schönen Frühling beschleunigte der nasskalte Sommer das Ende der Kirschenernte und setzte insbesondere der Getreideernte zu. Diese war kaum einzubringen und von schlechter Qualität. In der zweiten Jahreshälfte befiel die Kirschessigfliege in Massen die reifen Früchte und vernichtete Teile der Zwetschgen-, Beeren- und insbesondere der Traubenernte. Der Milchpreis lag weiterhin auf gutem Niveau. Ebenfalls steigt das Milchangebot auf dem Weltmarkt zufolge der nahenden Aufgabe der Milchquotenregelung in der EU. Via den offenen Käsemarkt wird das auf den Schweizer Milchpreis zurückfallen. Die weltweite Nachfrage nach Milch stagniert.

Kontrolltätigkeit im bisherigen Rahmen

Die Regionalstelle Zug des akkreditierten Kontrolldienstes Schwyz, Nidwalden, Zug (KDSNZ) führte auf 40 Prozent der ÖLN-Betriebe Kontrollen durch. Die Biobetriebe wurden durch die Biokontrollorganisationen kontrolliert. Insgesamt mussten bei rund 15 Prozent der Betriebe Mängel festgestellt werden. Häufigste Mängel waren wiederum unvollständige Aufzeichnungsunterlagen und fehlende Bodenproben, Wasseranalysen, Weide-/Auslauftage sowie Mängel beim qualitativen Tierschutz und zu früh geschnittene Öko-Flächen. Alle Kontrolleure wurden neu zu amtstierärztlichen Fachassistenten (AFA) ausgebildet. Somit können neu alle amtstierärztlichen Kontrollen vom KDSNZ ausgeführt werden. Der kantonale Veterinärdienst rückt nur noch bei Problemfällen aus. Ein besonderes Augenmerk galt der Nähstoffbilanz der im Seeinzugsgebiet gelegenen Betriebe, welche Hofdünger abgeben. Vereinzelt mussten Betriebe zur Reduktion ihres Nährstoffumsatzes angehalten werden.

Strukturverbesserung ohne Kreditausfälle

Die Anzahl bewilligter Kredite blieb stabil. Zugenommen hat die Kreditsumme pro Fall, weil grössere Einheiten gebaut werden. Das kann als Zeichen des Strukturwandels, der damit einhergehenden Spezialisierung und der Zuversicht der Landwirte in die Zukunft gesehen werden. Kreditausfälle waren keine zu verzeichnen.

Regionalentwicklungsprojekt «Zuger und Rigi Chriesi»

Das Amt unterstützt das Projekt zur regionalen Entwicklung mit dem Titel «Zuger und Rigi Chriesi» der zuger-rigi-chriesi AG via Strukturverbesserung. Die bisherigen Investitionen in Produktentwicklung und Erschliessung neuer Absatzkanäle machten sich bezahlt. Die Nachfrage nach Brenn- und Konservenkirschen von Hochstammbäumen hat erfreulich angezogen. Die mengenmässig mittlere bis grosse Ernte 2014 konnte problemlos abgesetzt werden. Die zuger-rigi-chriesi AG konnte ihren Umsatz erfreulich steigern. Sie erwartet deshalb das Geschäftsergebnis der Vorjahre zu übertreffen.

Nach der Erteilung der Appellation d'Origine Protégée (AOP) für den Zuger und Rigi Kirsch konnte auch das Gesuch um die Erteilung einer Indication géographique protégée (IGP) für die Zuger Kirschtorte eingereicht werden. Die Entscheidung sollte demnächst fallen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Landwirtschaftsamt vollzieht im guten Einvernehmen mit den Ämtern, die ebenfalls von Landwirtschaftsfragen betroffen sind, die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, primär im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion				
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli; 100 % Hauptzahlungen bis 10. November; Schlusszahlung bis 20. Dezember		
2	Kontrollkoordination der Grundkontrollen zu den landwirtschaftsrelevanten Bereichen der Verordnungen nach Art. 1 VKKL (neu)	In der Regel 1 Grundkontrolle pro Landwirtschaftsbetrieb und Jahr, sofern keine Beanstandungen oder Verdachtsmomente		
3	Zertifizierung ISO/IEC 17020	Reakkreditierung bestanden		
Leistungsgruppe 2: Strukturverbesserung				
4	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Liegt bis 15. Januar vor		
5	Stand Betriebskapital und zugesicherte aber noch nicht ausbezahlte (Investitionskredite, Betriebshilfe) fristgerecht melden	Meldung bis 15. Juli		
6	Kreditrisiken tief halten	100 % Rückzahlungsquote		
D	Publikation der Drainagepläne der Bodenverbesserungen Rotkreuzer-Foren, Tobelbach, Wuhrgraben, Auletenried auf ZugMap Aufarbeitung	Bereinigung Beitragsperimeter, Mitgliederverzeichnis, Register der öffentlich-rechtlichen Genossenschaften ausgeführt bis 30. November		Auf Georeferenzierung wurde aus Aufwandgründen verzichtet, Rest erfüllt
Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht				
7	Gesuche zum BGGB speditiv und rechtsgleich behandeln	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen; keine gutgeheissenen Beschwerden		
E	Umsetzung der Agrarpolitik 2014-17 und Erbringung der notwendigen Vorleistungen	Bis Oktober ist die Abgeltungsrichtlinie Naturschutz in Zusammenarbeit mit der BD revidiert		
Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft				
8	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr; mindestens 1 aktuelle Informationsbroschüre		
9	Führen des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämtler der Schweiz (Kolas) speditiv und initiativ	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen; Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
L7	Regionalentwicklungsprojekt «Zuger & Rigi Chriesi»: Die Steuerungsgruppe begleitet die Umsetzung und leitet die Schlussphase ein.	Umsetzung resp. Weiterführung Teilprojekte 2, 3, 5, 8+9; Teilabrechnung einzelner Teilprojekte	●	
Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben				
10	Aktive Vernetzung auf nationalen, regionalen und kantonalen Fachtagungen sowie auf kantonalen Generalversammlungen	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	●	
11	Aktive Beteiligung an den Arbeitsgruppen des Bundes zum Aufbau der Agrarsektor Administration (ASA 2011)	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	●	
12	Mitwirkung bei Rechtssetzung, insbesondere bei Planungsverfahren, Mitberichten, Stellungnahmen	100 % fristgereichte Eingaben an Direktion; 90 % fristgereichte Eingaben bei Fachstellenverfahren	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Die rasche Fokussierung auf die Umsetzung der neuen Agrarpolitik 2014–2017 war unabdingbar und gelang gut.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Verfügungen Direktzahlungen	Anzahl	500	500	494
Verfügungen Strukturverbesserung	Anzahl	23	20	18
Verfügungen bäuerliches Bodenrecht	Anzahl	114	95	59
Verfügungen landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl	36	50	47
Verfügungen Landwirtschaftsgesetz	Anzahl	15	12	15
Durchlaufende Bundesbeiträge	Mio. Franken		33,55	30,59

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Aufgrund der neuen Agrarpolitik 2014–2017 fielen die Direktzahlungen an die Landwirte (Durchlaufposten) rund 3 Millionen Franken tiefer aus.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-33'546'023.19	-36'429'800	-33'242'735.74	3'187'064.26	-8,7
Total Ertrag	30'878'545.10	33'693'000	30'704'426.85	-2'988'573.15	-8,9
Saldo	-2'667'478.09	-2'736'800	-2'538'308.89	198'491.11	-7,3

Kommentar Rechnung

Aufgrund der neuen Agrarpolitik 2014–2017 fielen die Direktzahlungen an die Landwirte (Durchlaufposten) rund 3 Millionen Franken tiefer aus, vgl. auch Einfluss-/Plangrössen.

Die Abweichung im Saldo begründet sich wie folgt: Der Feuerbrand trat selten auf. Die Beteiligung am neuen Landschaftsqualitätsprogramm Zugerland blieb budgetmässig hinter den Erwartungen, denn es meldeten sich zwar mehr Landwirtschaftsbetriebe an, diese meldeten aber weniger Massnahmen. Dank interkantonaler Zusammenarbeit waren die Kosten für die Fachanwendung tiefer. Neue und mehr Leistungen für Dritte verbesserten den Ertrag.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2050.0007	Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen					
	Ausgaben	-1'109'617.00	-3'570'000	-1'059'469.00	2'510'531.00	-70,3
	Einnahmen	598'187.00	1'900'000	578'354.00	-1'321'646.00	-69,6
VD2050.0008	Investitionskredite LWG; Aus- und Rückzahlungen					
	Ausgaben	-4'718'400.00	-2'000'000	-2'321'500.00	-321'500.00	16,1
	Einnahmen	2'493'739.50	2'527'000	2'535'150.50	8'150.50	0,3
VD2050.0009	Betriebshilfedarlehen LWG; Aus- und Rückzahlungen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	72'850.00	73'000	299'375.00	226'375.00	310,1
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-5'828'017.00	-5'570'000	-3'380'969.00	2'189'031.00	-39,3
	Einnahmen	3'164'776.50	4'500'000	3'412'879.50	-1'087'120.50	-24,2
	Saldo	-2'663'240.50	-1'070'000	31'910.50	1'101'910.50	-103,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Aufgrund veränderter Marktlage verzichteten Gesuchsteller auf Investitionsvorhaben (VD2050.0007). Im Projekt VD2050.0009 wurde ein Kredit vorzeitig und vollständig zurückbezahlt.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Bei der Wohnraumförderung konnten weitere Bauvorhaben mit preisgünstigen Wohnungen realisiert werden. Es war erneut ein tiefer Leerwohnungsbestand zu verzeichnen. Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht erzielte eine hohe Schlichtungsquote.

Wohnraumförderungsgesetz

Seit Einführung der Wohnraumförderungsgesetze im Jahr 1992 konnten 1'775 preisgünstige Wohnungen gefördert werden. Zwei Bauvorhaben mit 56 preisgünstigen Wohnungen sind beraten und realisiert worden. Bei zwei bestehenden Liegenschaften konnten 49 Wohnungen mit Leistungsvereinbarungen dem erschwinglichen Wohnraum erhalten werden. Weitere elf Bauvorhaben mit mehr als 400 Wohnungen wurden beratend begleitet. Von den laufenden Krediten von rund 49 Millionen Franken sind bisher 9 Millionen Franken verwendet worden.

Neue Förderungsinstrumente

Eine gemeinnützige Baugenossenschaft ist über die Möglichkeiten der Darlehensgewährung im Rahmen eines Erwerbs einer Liegenschaft mit 21 Wohnungen beraten worden. Das Projekt entspricht den Voraussetzungen und kann mit einem Darlehen von mehr als 1,8 Mio. Franken gefördert werden. Bei zwei Bauvorhaben mit 20 Wohnungen können einmalige Projektdarlehen an gemeinnützigen Bauträger gewährt werden.

Mietzinsbeiträge

Die Überprüfung der 692 auf Mietzinsbeiträge anspruchsberechtigten Mieterinnen und Mieter führte bei 56 Betroffenen zum Wegfall der Mietzinsvergünstigungen. Die Anspruchsberechtigung musste hauptsächlich wegen nicht gemeldeten Einkommenserhöhungen abgelehnt werden. Bei 13 Objekten sind Mietzinskontrollen durchgeführt worden. Mit Ausnahme einer Liegenschaft sind die Grundsätze der Kostenmiete eingehalten worden.

Tiefer Leerwohnungsbestand

Die Erhebung der Leerwohnungen weist 181 leerstehende Wohnungen aus. Der Leerwohnungsbestand verbleibt mit 0.33 Prozent auf sehr tiefem Niveau. Besonders wenig leerstehende Wohnungen waren in den Gemeinden Risch, Cham und Hünenberg zu verzeichnen.

Hohe Schlichtungsquote

Die Schlichtungsbehörde für Miet- und Pachtrecht befasste sich an 68 Verhandlungstagen besonders häufig mit Herabsetzungsbegehren infolge tieferem Referenzzinssatz sowie Kündigungen und Forderungen aus dem Mietvertrag. In mehr als 82 Prozent der Verfahren konnte eine Einigung erzielt werden.

Mieterberatung

Die Beratung in Mietsachen ist an 148 Tagen angeboten worden. Die fünf Beraterinnen und Berater befassten sich am häufigsten mit Fragen zur Mietzinsgestaltung, Erstreckung des Mietverhältnisses, Mängelbehebung sowie Nebenkosten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnbauförderungsgesetzgebungen. Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung				
1	Fristgerechtes Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente		
2	Vollständige technische Beurteilung der Gesuche	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG		
3	Fristgerechtes Erarbeiten der Semesterzahllisten	Innert 30 Tagen nach Semesterende		
4	Fristgerechtes Abklären der Ansprüche auf Beiträge	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung		
5	Fristgerechtes Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen		
L37	Umsetzung/Unterstützung der alternativen Wohnformen im Alter	Förderung von mindestens 1 konkreten Projekt		Es lagen keine konkreten Projekte vor
Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung				
6	Fristgerechtes Entscheiden der Gesuche um Bausparbeiträge	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen		
7	Vollständige technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen; 100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG		
8	Fristgerechte Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	100 % Einhaltung der vorgegebenen Termine		
Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde				
9	Fristgerechtes Ausarbeiten der Schlichtungsentscheide	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung		
10	Fristgerechtes Planen/Durchführen der Verhandlungen	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn		
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Genehmigung innert 2 Wochen		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl	430	400	402
Wohnbauprojekte	Anzahl	11	7	11
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl	170	180	98
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl	692	660	706
Bauspargesuche	Anzahl	1	2	1
Schlichtungsverfahren	Anzahl	277	250	297

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bei den Mutationen auf Zusatzverbilligungen werden neu Mieterwechsel nicht mehr als Mutation gezählt, sondern nur, wenn Veränderungen in der Anspruchsberechtigung entstehen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'744'795.30	-2'427'190	-2'624'076.35	-196'886.35	8,1
Total Ertrag	1'500.00	13'500	28'609.70	15'109.70	111,9
Saldo	-2'743'295.30	-2'413'690	-2'595'466.65	-181'776.65	7,5

Kommentar Rechnung

Im Bereich Beiträge für Wohnraumförderung ist der Mehraufwand auf die Abrechnung von zwei neuen Förderungsprojekten sowie auf die Zunahme der auf Mietzinsbeiträge Anspruchsberechtigten zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
VD2065.0001 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 03/10 (VD0002R)					
Ausgaben	-240'000.00	-100'000		100'000.00	-100,0
Einnahmen					
VD2065.0002 Darlehen für Wohnraumförderung WFG 10 (VD0003R)					
Ausgaben		-1'400'000		1'400'000.00	-100,0
Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-240'000.00	-1'500'000		1'500'000.00	-100,0
Einnahmen					
Saldo	-240'000.00	-1'500'000		1'500'000.00	-100,0

Kommentar Rechnung

Bei beiden Rahmenkrediten (VD2065.0001 und VD2065.0002) hat sich die erwartete Gewährung der Darlehen für zwei Förderungsprojekte auf Anfang 2015 verzögert.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

Kommentar Rechnung
Das Amt ist derzeit inaktiv.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Zahl der im Handelsregister vorgenommenen Eintragungen hat nur geringfügig zugenommen. Dafür ist der Gesamtbestand der im Handelsregister eingetragenen Unternehmen gegenüber dem Vorjahr wieder etwas stärker angestiegen. Die meisten Aktiengesellschaften, welche an einer Börse kotiert sind, passten ihre Statuten an die Vorgaben der «Minder-Initiative» an. Daneben wiesen nach wie vor viele Firmen einen Organisationsmangel auf, was zu zahlreichen amtlichen Aufforderungsverfahren sowie zu Auflösungen und Löschungen führte.

Etwas grössere Zunahme des Firmenbestandes als im Vorjahr

Die Anzahl der Anmeldungen für Eintragungen in das Handelsregister hat gegenüber dem Vorjahr nur leicht zugenommen. Dafür ist die Zahl der im Handelsregister des Kantons Zug insgesamt eingetragenen Unternehmen mit + 348 etwas stärker angestiegen. Dieses Ergebnis entspricht dem guten aber immer noch anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld, in welchem sich auch der Kanton Zug im vergangenen Jahr immer noch befunden hat.

Aufforderungen insbesondere an Gesellschaften ohne Organe und Firmen ohne Adresse

Wie schon in den vergangenen Jahren befasste sich das Handelsregisteramt regelmässig mit jenen Gesellschaften und Einzelunternehmen, die nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprachen. Gesellschaften mit einer mangelhaften Organisation hinsichtlich Verwaltung, Vertretung oder Revision, welche diesen Mangel trotz entsprechender Aufforderung durch das Handelsregisteramt nicht beheben, werden an das Kantonsgericht überwiesen und von diesem notfalls aufgelöst. Diese Gesellschaften werden in der Folge vom Konkursamt nach den Vorschriften über den Konkurs liquidiert. Dagegen werden Gesellschaften, welche keine korrekte Adresse mehr aufweisen, vom Handelsregister aufgelöst, sofern sie den Mangel nicht beheben.

Immer häufiger gehen Hinweise von Privatpersonen und anderen Amtsstellen ein über Eintragungen, die nicht oder nicht mehr den Tatsachen entsprechen. Dabei handelt es sich meistens um eingetragene Personalangaben. Die betroffenen Firmen werden ebenfalls aufgefordert, die notwendigen Anmeldungen vorzunehmen, ansonsten die entsprechenden Eintragungen von Amtes wegen vorgenommen werden. Sofern diese Verfahren mit einer amtlichen Verfügung abgeschlossen werden müssen, wird gegen die säumigen Personen eine Busse ausgefällt.

Einführung der Unternehmens-Identifikationsnummer

Die Einführung der Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) verlief grundsätzlich problemlos. Nur in Einzelfällen mussten nachträglich bei Unternehmen doppelt vergebene Nummern geändert werden.

Anpassungen bei börsenkotierten Gesellschaften an die Vorschriften der sogenannten Minder-Initiative

Als Folge der Annahme der «Minder-Initiative» sind die an einer Börse kotierten Gesellschaften verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren ihre Statuten an die vom Bundesrat erlassene Übergangsverordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) anzupassen. Die meisten betroffenen Gesellschaften haben diese Statutenänderungen durchgeführt. Da bei Gesellschaften mit vielen Aktionärinnen und Aktionären ein reibungsloser Ablauf der Eintragung in das Handelsregister erwünscht ist, wurden insbesondere die mit der VegüV zusammenhängenden Statutenbestimmungen zur Vorprüfung unterbreitet.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt erfasst rechtlich relevante Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Rechtseinheiten (im Folgenden Unternehmen genannt), legt diese offen und erbringt weitere damit verbundene Dienstleistungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Registerführung				
1	Erbringung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen	Maximal 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister		
2	Effiziente Prüfung der eingereichten Belege	80 % innert 5 Arbeitstagen		
3	Zeitnahe Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	95 % innert 2 Arbeitstagen		
4	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen		
5	Rasche und effiziente Aufforderungen an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt		
6	Fristgerechter Erlass von Amtsverfügungen/Anträgen an das Kantonsgericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt		
7	Fristgerechte Anmahnung pender und unvollständiger Anmeldungen und Zurücksendung bei ausbleibender Reaktion	80 % der Mahnungen nach 6 Monaten versandt; nach Ablauf der in der Mahnung gesetzten Frist erfolgt Rücksendung der Akten oder ein Aufforderungsverfahren		Ziel nicht messbar, weshalb es beim Budget 2015 gestrichen wurde
8	Rasche Auskunftserteilung	90 % innert 1 Arbeitstag		
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben				
9	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	90 % Sitzungs-Teilnahmequote		
10	Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen	100 % fristgerechte Eingaben		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl	17'082	18'500	17'202
Eingetragene Firmen	Anzahl	30'397	31'000	30'745
Ausgestellte Registereinsätze, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl	15'700	16'000	16'100
Juristische Vorprüfungen	Anzahl	800	650	634
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl	950	950	900
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl	1'270	1'100	1'166
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl	330	300	272
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl	165	110	153
Telefonische Auskünfte	Anzahl	22'000	21'500	22'000

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'483'272.71	-2'519'400	-2'591'929.17	-72'529.17	2,9
Total Ertrag	4'865'841.80	5'061'100	5'087'404.86	26'304.86	0,5
Saldo	2'382'569.09	2'541'700	2'495'475.69	-46'224.31	-1,8

Kommentar Rechnung
Es wurden mehr kostenpflichtige Handelsregistereintragungen vorgenommen, was zu Mehreinnahmen führte. Auf der anderen Seite war der Personalaufwand höher, insbesondere da eine Stelle zeitlich überlappend besetzt war.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Dank der insgesamt guten Konjunkturentwicklung ist die Zahl der 2014 eröffneten Konkursverfahren nochmals zurückgegangen. Dabei hat sich der Anteil der auf einen Organisationsmangel zurückzuführenden Verfahren zwar leicht reduziert, bewegt sich aber nach wie vor auf einem hohen Niveau. Erneut konnten wieder einige ältere Verfahren abgeschlossen werden. Ein kleiner Teil davon entfällt auf Verfahren, welche von ausseramtlichen Konkursverwaltungen bearbeitet wurden.

Leichter Rückgang der Konkurseröffnungen

Dank des insgesamt stabilen wirtschaftlichen Umfelds ist die Zahl der neu eröffneten Konkursverfahren abermals leicht zurückgegangen. Während für die Mehrzahl der eröffneten Verfahren ein materieller Konkursgrund vorliegt, bildet für knapp die Hälfte der Verfahren ein Organisationsmangel die Ursache für die Anordnung der konkursamtlichen Liquidation. Erneut mussten Verfahren, welche in früheren Jahren mangels Aktiven eingestellt worden sind, nochmals eröffnet werden, da nachträglich neues Vermögen aufgetaucht ist.

Um zu verhindern, dass bereits mangels Aktiven eingestellte Verfahren nachträglich wieder eröffnet werden müssen, wurde eine Praxisänderung eingeführt. Danach werden Konkurse frühestens nach Ablauf von sechs Monaten mangels Aktiven eingestellt. Dies hat dazu geführt, dass erheblich weniger Verfahren abgeschlossen wurden als im Vorjahr. Deshalb erhöhte sich die Anzahl der auf das neue Jahr übertragenen pendenten Verfahren.

Erledigung älterer Verfahren

Wie bereits im Vorjahr konnten mehrere ältere Pendenzen abgeschlossen werden. Dies trifft auch auf einzelne Verfahren zu, welche von ausseramtlichen Konkursverwaltungen abgewickelt wurden. Ursache für eine längere Verfahrensdauer sind meistens längere Gerichtsverfahren, Abzahlungsvereinbarungen oder erst später fällige Zahlungseingänge, die abgewartet werden müssen.

Ausbau der internen Wissensdatenbank

Die für den internen Gebrauch eingerichtete Wissensdatenbank wurde ständig erweitert. Sie erlaubt den Mitarbeitenden, Informationen zu Verfahrensfragen abzurufen. So werden interne rechtliche Abklärungen, Gerichtsentscheide, wissenschaftliche Abhandlungen und andere Vorlagen darin aufgenommen. Dadurch kann nebst den regelmässigen Sitzungen der interne Wissenstransfer besser gewährleistet werden.

Elektronische Übermittlung von Dokumenten an das Konkursamt

Beim Konkursamt besteht ein Briefkasten zur elektronischen Übermittlung von Eingaben und Dokumenten an das Konkursamt. Die Eingabe muss digital qualifiziert unterschrieben sein. Obwohl diese Möglichkeit schon seit einiger Zeit dem Publikum zur Verfügung steht, wird sie nicht genutzt. Aus diesem Grund wird das mit dieser Dienstleistung zusammenhängende Leistungsziel künftig weggelassen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren				
1	Beförderliche Erledigung der Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Mindestens 80 % der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt; höchstens 20 % der Verfahren dauern länger als 1 Jahr; davon sind 90 % der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt; Fristerstreckungsgesuche an Aufsichtsbehörde bei 100 % der Verfahren > 12 Monate		Teilziel «90 % der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt», wurde nicht erreicht; viele längerdauernden Verfahren wurden abgeschlossen
2	Erfolgreiche Erledigung der Klage- und Beschwerdeverfahren	Maximal 1 Gutheissung pro 5 Verfahren		
Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben				
3	Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	99 % innert eines Jahres		
4	Bestätigungen, Auskünfte	99 % innert gesetzlicher bzw. vereinbarter Frist		
5	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	90 % Sitzungsteilnahmequote		
6	Mitwirkung bei Rechtssetzung, Mitberichten und Vernehmlassungen	100 % fristgerechte Eingaben		
7	Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten	100 % fristgerechte Reaktion		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl	223	230	205
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl	223	220	197
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl	33	30	38
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl	0	2	1
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl	9	5	2
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl	550	420	400
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen	Anzahl	80	50	30

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG	Anzahl	14'000	15'500	14'000
Spezialliquidationen	Anzahl	2	3	1

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der gute und ruhige Konjunkturverlauf hat dazu geführt, dass die Zahlen beim Konkursamt eher rückläufig waren

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'951'451.96	-2'047'700	-1'959'169.33	88'530.67	-4,3
Total Ertrag	1'079'206.78	1'152'000	945'190.09	-206'809.91	-18,0
Saldo	-872'245.18	-895'700	-1'013'979.24	-118'279.24	13,2

Kommentar Rechnung

Es wurden insgesamt weniger Konkursverfahren abgeschlossen, was zu Mindereinnahmen von 200'000 Franken führte. Da auch weniger Konkursverfahren wegen Organisationsmängeln (nach Art. 731b OR) abgeschlossen werden konnten, reduzierten sich auch die «ungedeckten Verfahrenskosten» um 125'000 Franken (Budget 2014 300'000 Franken).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-2'400'381.86	-2'348'050	-2'349'824.70	-1'774.70	0,1
3020	Tiefbauamt	-3'072'608.49	-4'348'300	-3'424'326.54	923'973.46	-21,2
3023	Strassenunterhalt	-13'060'925.71	-13'840'100	-12'892'695.01	947'404.99	-6,8
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-3'892'775.89	-3'934'200	-3'922'998.49	11'201.51	-0,3
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3060	Hochbauamt	-24'736'479.38	-28'824'624	-24'533'161.13	4'291'462.87	-14,9
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	0	0.00	0.00	
3080	Amt für Raumplanung	-4'953'832.71	-5'814'700	-5'420'676.65	394'023.35	-6,8
30	Baudirektion	-52'117'004.04	-59'109'974	-52'543'682.52	6'566'291.48	-11,1

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3000	Direktionssekretariat	-1'854'667.90	-1'400'000	-239'358.50	1'160'641.50	-82,9
3020	Tiefbauamt	-46'965'333.24	-41'774'000	-27'591'770.73	14'182'229.27	-33,9
3023	Strassenunterhalt		-400'000	-348'129.10	51'870.90	-13,0
3032	Nationalstrassen	-925.44	0	0.00	0.00	
3050	Amt für Umweltschutz	-1'175'521.35	1'250'000	1'531'524.82	281'524.82	22,5
3060	Hochbauamt	-11'801'298.23	-22'667'000	-46'140'561.84	-23'473'561.84	103,6
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-3'374.31		-1'212.36	-1'212.36	
3080	Amt für Raumplanung	-22'919.85	-528'000	-28'681.35	499'318.65	-94,6
30	Baudirektion	-61'824'040.32	-65'519'000	-72'818'189.06	-7'299'189.06	11,1

Gesamtwürdigung

In Kürze

Infrastrukturprojekte sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau beschäftigten die Baudirektion weiterhin. Die Umsetzung der richtplanmässig festgesetzten Planung der Mittelschulen lief an. Erste Kredite stehen bereit. Die Baudirektion nahm die Realisierung des Ausbaus der Kantonsschule Menzingen (KSM) an die Hand. Das Entlastungsprogramm 2015–2018 warf seine Schatten auch bei den Investitionsprojekten voraus.

Rechtsetzung

Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe befasste sich mit der Umsetzung der Revision des eidgenössischen Raumplanungsrechts. Gleichzeitig lotete sie auch weitergehenden Revisionsbedarf des zugerischen Planungs- und Baurechts aus. Die Arbeitsgruppe konnte einen ersten Entwurf für die Teilrevision des kantonalen Planungs- und Baurechts verabschieden. Die Baudirektion trieb die Arbeiten für die Teiländerung des Energiegesetzes, für ein Statistikgesetz sowie für ein Gesetz über die Nutzung des Untergrunds (Geothermie) ebenfalls voran. Der Kantonsrat verabschiedete am 28. August den Beschluss über das Strassenbauprogramm 2014–2022. Im interkantonalen Bereich hat sich die Baudirektion mit der Erarbeitung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) befasst.

Tiefbau

Die Kommission für Tiefbauten sowie die Staatswirtschaftskommission berieten fast während des ganzen Jahres den Objektkredit zum Stadttunnel samt ZentrumPlus, so dass der Kantonsrat im Dezember das Geschäft in erster Lesung beraten konnte.

Bei der Tangente Zug/Baar konnte die Baudirektion nach Abschluss der Einspracheverhandlungen die Baubewilligung samt weiteren Nebengewilligungen erteilen. Gegen diese Entscheide erhoben drei Einsprechende Beschwerden vor dem Verwaltungsgericht. Damit erwuchs die Baubewilligung samt den weiteren Entscheiden noch nicht in Rechtskraft.

Die Suche nach einem Konsens von Behörden und Bevölkerung bei den flankierenden Massnahmen der Umfahrung Cham – Hünenberg fand einen Abschluss. Die Lösung liegt in einem verkehrsarmen Zentrum, bei dem das Chamer Ortszentrum trotzdem rund um die Uhr erreichbar bleiben soll.

Die Umsetzung des Projekts Kantonsstrasse Grindel – Bibersee neigte sich mit der Realisierung der Langsamverkehrsverbindungen dem Ende entgegen.

Hochbau

Das Hochbauamt projektierte das Verwaltungszentrum 3 an der Aa und den neuen ZVB-Hauptstützpunkt. Selbstverständlich machte auch vor diesem Projekt das Entlastungsprogramm nicht halt. Die Prüfung von Etappierungsmöglichkeiten steht an.

Die Baubewilligung des neuen Labor- und Verwaltungsgebäudes für das Amt für Verbraucherschutz (AVS) in Steinhausen erwuchs nach Abweisung einer Beschwerde durch das Verwaltungsgericht in Rechtskraft. Die Realisierung der Neu- und Umbauten für die Kantonsschule Menzingen (KSM) sowie eines Schulraumprovisoriums für die Kantonsschule Zug (KSZ) liefen an. Unklar blieb vorerst einzig noch die Antwort auf die Frage, ob die Kantonsschule Zug (KSZ) zwei Einzelturnhallen oder eine Dreifachsporthalle mit Zuschauerbereich bekommen soll.

Raumplanung

Das Amt für Raumplanung bereitete erneut diverse Richtplananpassungen vor. Der Kantonsrat strich unter anderem jene Weiler aus dem Richtplan, welche die Bundesvorgaben nicht erfüllten, stufte die Umfahrung Unterägeri zu einem Zwischenergebnis zurück und will künftig darüber entscheiden, zu welchem Zeitpunkt welche Kantonsstrassen an den Bund oder die Gemeinden abzutreten sind. Das Amt für Raumplanung hatte eine umfassende Checkliste erstellt, in der alle gesetzlichen Auflagen für Freiluftveranstaltungen systematisch aufgeführt sind. Das Instrument soll nicht nur Veranstaltenden, sondern auch den Bewilligungsbehörden der Gemeinden und des Kantons dienen.

Energie / Umweltschutz

Die Unterstützung von Gesamtanierungen der Gebäudehüllen, Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen beschäftigte die Energiefachstelle weiterhin sehr stark. Der Kanton Zug nimmt insbesondere dadurch im Rahmen der Energiewende seine Verantwortung wahr. Das Amt für Umweltschutz setzt den vom Kantonsrat bewilligten Rahmenkredit zur Behebung der durch den Nationalstrassenbau entstandenen Bodenschäden auf 17 Flächen in den Gemeinden Baar, Cham, Hünenberg und Risch um. Der Rahmenkredit beläuft sich auf 1,7 Millionen Franken. Die Kosten trägt der Bund zu 50 Prozent mit.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Direktionssekretariat hat wiederum federführend an der Erneuerung bzw. der Erarbeitung von Rechtserlassen des Kantons Zug mitgewirkt. Dabei standen die Teilrevision des Planungs- und Baurechts sowie des Energiegesetzes und die Schaffung neuer Erlasse in den Bereichen Nutzung des tiefen Untergrunds sowie Statistik im Zentrum. Die Instruktion von Verwaltungsbeschwerden für den Regierungsrat, die Sekretariatsführung für kantonsrätliche Kommissionen, die Behandlung parlamentarischer Vorstösse sowie Auskunftserteilung des Kompetenzzentrums Submission nahmen weiter zu. Die Zielsetzungen konnten weitgehend erreicht werden.

Verwaltungsinterne Justiz und Rechtsdienst

Im Berichtsjahr mussten bei den Neueingängen von Verwaltungsbeschwerden im Vergleich zum vorangegangenen Berichtsjahr eine Zunahme von rund 75 Prozent bewältigt werden, was sich nicht zuletzt auf die Verfahrensdauer auswirkte. In einigen Fällen kam es dank Vermittlung oder günstiger Umstände zu einer Abschreibung der Verfahren ohne Sachentscheid. Selbst diesen Abschreibungen gingen aber teilweise umfangreiche Abklärungen voraus. Private Bauherrschaften, Gemeinden und kantonale Dienststellen nahmen den Rechtsdienst vermehrt für Beratungen in Anspruch. Die Dienste des Kompetenzzentrums Submission standen namentlich beim Tief- und Hochbauamt, aber auch bei weiteren kantonalen und gemeindlichen Fachstellen hoch im Kurs.

Landerwerb / Immobiliengeschäfte

Schwerpunkte der Fachstelle Landerwerb/Immobilien-geschäfte bildeten die Verhandlungen und Vertragsabschlüsse für die Tangente Zug/Baar, die Umfahrung Cham – Hünenberg, den Stadttunnel Zug sowie die Kantonsschule Menzingen (KSM). Zudem unterstützte die Fachstelle die Fachämter in sachenrechtlicher Hinsicht bei der Realisierung der verschiedenen Hoch- und Tiefbauprojekte. Die Verträge zur Sicherung des Land- und Rechtserwerbs verfasste die Fachstelle weitgehend selbst, so dass der Beizug externer Fachkräfte weniger ins Gewicht fiel.

Organisation / Kommunikation

Die Organisation / Informatik betreute neben ihren zahlreichen angestammten Aufgaben auch die Parkleitsystem Zug AG. Der Aufbau und die Einführung des Systems sowie die finanzielle Abwicklung der an sich privaten Gesellschaft verursachten erheblichen Aufwand. Die Baudirektion verfasste insgesamt 61 Medienmitteilungen und organisierte 14 Medienkonferenzen sowie zahlreiche Orientierungsveranstaltungen.

Energiefachstelle

Die Energiefachstelle befasste sich mit der Abwicklung des Kreditbeschlusses für Beiträge an die Gesamt-sanierung der Gebäudehülle, an Wärmepumpen und Sonnenkollektoranlagen. Gesamthaft ging die Zahl der Gesuche von 103 im Vorjahr auf 82 zurück. Dank bewährtem Beizug von externen Fachleuten und einem eingespielten Team verlief der Vollzug des Förderprogramms problemlos.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Baudirektion. Sie unterstützt den Baudirektor administrativ und in fachlicher Hinsicht. Das Direktionssekretariat erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste, auch solche im IT-Bereich und im Rechnungswesen sowie in der externen Kommunikation, und es berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Kanton Zug in fachlicher Hinsicht, namentlich im Bereich des Planungs- und Baurechts, des Umwelt- und Energierechts. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Dritten zusammen, die im Leistungsauftrag Aufgaben des Kantons wahrnehmen. Es besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Kantonsratsgeschäfte				
1	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist		
A	Teilrevision Gewässergesetz abschliessen	Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten		Teilrevision wurde aufgrund bundesrechtlicher Vorstösse vom Regierungsrat sistiert
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Regierungsgeschäfte				
2	Formal richtige Anträge der BD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen	100 % innert Frist		
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide innert drei Monaten seit Abschluss des Schrifttenwechsels gefällt	100 % innert Frist		90 % innert Frist; Anstieg der Eingänge führte zu Verzögerungen
C	Neues Gesetz betreffend Nutzung des Untergrundes	Der Kantonsrat hat mindestens in 1. Lesung darüber beraten		Vernehmlassungen laufen
Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle				
5	Bevölkerung kennt und nutzt die vom Kanton finanzierte Energieberatung	Mindestens 50 Beratungen		
D	Bevölkerung für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	Eine Sensibilisierungsmassnahme mit Zielpublikum Bevölkerung realisiert		
E	Kantonale Energiepolitik ist transparent und wird periodisch überprüft	Grundlagen für die Erneuerung des Energieleitbilds sind erarbeitet		Grundlagen sind in Bearbeitung
L30	Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/Verwaltung in Energiefragen	Mindestens 2 Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik		
Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben				
6	Konsensorientierte, erfolgreiche Land-erwerbsverhandlungen	Maximal 1 vollzogene Enteignung pro Jahr		
7	Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	80 Medienmitteilungen; 12 Medienkonferenzen		61 Medienmitteilungen, 14 Medienkonferenzen; natürliche Schwankungen; Vorgabe eher hoch gegriffen

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Anträge BD an RR	Anzahl	155	180	156
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	16	16	17
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl	18	15	8
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl	107	70	98
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl	103	150	82
Behandelte Verwaltungsbeschwerden	Anzahl		50	43
Eingegangene Verwaltungsbeschwerden	Anzahl	34	50	59
Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen	Anzahl		180	131

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Es gab weniger Geschäfte für die Kantonsratskommissionen. Grössere Geschäfte mit mehreren Sitzungen fehlten in diesem Jahr (Ausnahme Stadttunnel).

Die Nachfrage nach kantonalen Förderbeiträgen für energetische Sanierungen von Gebäuden geht zurück.

Der Rückgang bei der Statistik der Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen steht im Zusammenhang mit den veränderten Abläufen durch die Einführung von GemDat (Baugesuchsverwaltung der Gemeinden und des Kantons).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'505'063.36	-2'358'050	-2'371'257.55	-13'207.55	0,6
Total Ertrag	104'681.50	10'000	21'432.85	11'432.85	114,3
Saldo	-2'400'381.86	-2'348'050	-2'349'824.70	-1'774.70	0,1

Kommentar Rechnung

Mehraufwand für höhere Arbeitszeit- und Ferienguthaben der Mitarbeitenden sowie für höhere Pensionskassenbeiträge, nicht zuletzt auch aufgrund von längeren Ausfällen von Mitarbeitenden. Minderaufwand für weniger Dienstleistungen Dritter im Energiebereich.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0005 Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO ₂ -Abgabe					
Ausgaben	-2'184'535.00	-1'300'000	-1'824'710.00	-524'710.00	40,4
Einnahmen	2'184'535.00	1'300'000	1'824'710.00	524'710.00	40,4
BD3000.0006 Investitionsbeiträge gemäss § 5 Energiegesetz					
Ausgaben		-50'000	-29'692.00	20'308.00	-40,6
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-2'184'535.00	-1'350'000	-1'854'402.00	-504'402.00	37,4
Einnahmen	2'184'535.00	1'300'000	1'824'710.00	524'710.00	40,4
Saldo	0.00	-50'000	-29'692.00	20'308.00	-40,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3000.0001	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf					
	Ausgaben	9'241.35		120'594.00	120'594.00	
	Einnahmen					
BD3000.0003	Anschlussprogramm Energiebeiträge					
	Ausgaben	-2'247'909.25	-1'500'000	-635'860.50	864'139.50	-57,6
	Einnahmen	384'000.00	150'000	305'600.00	155'600.00	103,7
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-2'238'667.90	-1'500'000	-515'266.50	984'733.50	-65,6
	Einnahmen	384'000.00	150'000	305'600.00	155'600.00	103,7
	Saldo	-1'854'667.90	-1'350'000	-209'666.50	1'140'333.50	-84,5

Kommentar Rechnung

- Beim Projekt Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf sind die letzten Förderbeiträge ausbezahlt worden. Nicht oder nur teilweise realisierte Sanierungsmassnahmen führen zu einer Entlastung des Projekts. Der Rahmenkredit wird eingehalten und kann im 2015 abgerechnet werden.
- Beim Nachfolgeprojekt Anschlussprogramm Energiebeiträge sind die Neuverpflichtungen rückläufig.

Gesamtwürdigung

In Kürze

In allen noch nicht in Ausführung stehenden Aufgaben war das Entlastungsprogramm 2015–2018 zur Kostenreduktion präsent.

Entlasten

Die Organisation und die internen Abläufe wurden überprüft, daraus die Leistungsgruppen neu strukturiert, die Konti optimiert und die Projektstrukturen angepasst. Mit dem Bund konnte bezüglich der Kontrollen im Bereich Aggloprogramm eine einfachere Handhabung vereinbart werden, um den sehr hohen Aufwand zu reduzieren. Kaum umgesetzt, kamen neue Formulare hinzu, was wieder mit einem Mehraufwand verbunden ist.

Belasten

Die intensiven Mitwirkungsverfahren in grösseren, wichtigen Projekten konnten mit grossmehrheitlichen zustimmenden Lösungen für die Projekte «Flankierende Massnahmen zur Umfahrung Cham – Hünenberg» und «Ausbau und Sanierung der Kantonsstrasse Lorzentobelbrücke bis Schmittli» abgeschlossen werden. Beim Projekt «Sanierung Reussdamm» konnte trotz intensiven Bemühungen keine Einigung auf eine gemeinsame Projektvariante gefunden werden.

Wasserbau

Im Wasserbau wurde das «Hochwasserschutzprojekt Littibach» Baar mit seinen Renaturierungselementen ausgeführt. Beim Renaturierungsprojekt «Tobelbach und Dürrbach» konnte die erste Etappe mit dem neuen Bibersee ausgeführt und grösstenteils fertig gestellt werden. Die «Sanierung Höllbach» im Gebiet Höll Neuheim wurde mit einem verbesserten Hochwasserschutz ausgeführt.

Strassen und Verkehr

In Zug wurde die wichtige Bushaltestelle Metalli Bahnhof behindertengerecht ausgebaut und der Strassenabschnitt mit der Beleuchtung und den Lichtsignalanlagen saniert. Die Luzerner- und die Buonaserstrasse in Rotkreuz wurden im Zentrumsbereich saniert, der Kreuzplatz umgestaltet und mit einer Begegnungszone zur städtebaulichen Aufwertung signalisiert. Beim Projekt «Umfahrung Cham – Hünenberg» wurden die erarbeiteten flankierenden Massnahmen ins Auflageprojekt eingearbeitet. Für die «Tangente Zug/Baar» liegt die Baubewilligung vor, sie ist aber wegen des Weiterzugs einiger weniger Einsprechenden ans Verwaltungsgericht noch nicht rechtskräftig. Der Umbau der Kreuzung Alpenblick in Cham mit dem Ausbau der alten Steinhäuser- und der Hinterbergstrasse und der neuen Busunterführung Sumpf konnte fertig gestellt und dem Verkehr übergeben werden. Das neue Strassenbauprogramm 2014–2022 wurde vom Kantonsrat genehmigt und trat Anfang November in Kraft.

Spezielles

Die Planung und Umsetzung eines modernen, einfachen Dokumenten-Management-Systems zur digitalen Datenerhaltung und Archivierung läuft und steht kurz vor der Einführung.

Eine grosse Herausforderung stellte die Einführung der neuen Finanzsoftware nsp kurz vor Jahresende dar. Das Tagesgeschäft konnte aber jederzeit aufrechterhalten werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau und die Erneuerung des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen. Das Tiefbauamt ist ausserdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen sowie die generelle Aufsicht an den öffentlichen Gewässern sowie an privaten Gewässern, sofern sie ausserhalb der Bauzonen liegen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Fortlaufende Umsetzung des Strassenbauprogramms 2004–2014	Abschluss		Umsetzung bewilligter Kredite noch ausstehend
2	Umsetzung neues Strassenbauprogramm ab 2014	Realisierungsgrad der Projekte 20 %		Bewilligung neues Strassenbauprogramm erst ab November; erste Kredite bewilligt, aber deutlich unter 20 %
Leistungsgruppe 1: Planung, Bau und Erneuerung von Strassen und Radwegen				
3	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	Keine Beanstandungen		
A	Umfahrung Cham – Hünenberg	Entscheid zu den flankierenden Massnahmen im Mitwirkungsprozess; öffentliche Auflage		Öffentliche Auflage verzögert, erfolgt im 1. Quartal 2015
B	Ausbau Grindel – Bibersee	Realisierung abschliessen		
C	Tangente Zug/Baar	Vergabe der neuen Ingenieurleistungen (Generalplanermandat)		
E	KS P, Sihlbrugg – Neuheim, 1. Etappe	Detailprojekt		Detailprojekt erst in Bearbeitung aufgrund neuer geologischer Erkenntnisse
F	Radweg Alpenblick – Kollermühle, Cham/Zug	Baubeginn		Verzögerung aufgrund verspäteter privater Bauvorhaben
G	KS 25, Artherstrasse, Casino – Fridbach, elektronische Busspur	Realisierung		
H	KS H, Kreisel Knonauer-/Industriestrasse, Steinhausen	Realisierung		
I	KS N, Lättich – Baarburggrank, Baar	Projektierung		Zusatzabklärungen aufgrund Auftrag kantonsrätliche Kommission für Tiefbauten
J	KS L, Ausbau Ägeristrasse inkl. Kreisel Talacher und Knoten Moosrank	Projektierung (Studie)		
L8	Ausbau Businfrastruktur mit teilweise Eigentrasse	Bus-Unterführung Sumpf, Steinhausen: Bauende		
L8	Ausbau Businfrastruktur mit teilweise Eigentrasse	KS F, A, Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Cham/Steinhausen: Bauende		
L12a	Stadttunnel Zug	Vorarbeiten (Ingenieursubmission) für die nächste Projektphase (bei positiver Volksabstimmung)		Verschobene Volksabstimmung

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
L12b	Umfahrung Unterägeri	Weiterbearbeitung gemäss Richtplan-auftrag	●	Mitwirkungsprozess aufgrund fehlender interner Ressourcen verschoben
L12c	Förderung Langsamverkehr Ägerital	Ausbau Ägeristrasse mit Radstreifen; Lorzentobelbrücke – Schmittli: Baubewilligungsverfahren, Detailprojekt	○	Verzögerung aufgrund öffentlicher Mitwirkungsverfahren zur Verkehrsführung während dem Bau
L12c	Förderung Langsamverkehr Ägerital	Ausbau Kantonsstrasse mit Rad-/ Fussweg, Chiematt – Teufi; Oberägeri: Öffentliche Auflage	○	Einarbeitung der Resultate aus Vernehmlassung und Landerwerbsverhandlungen

Leistungsgruppe 2: Wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen und privaten Gewässern

4	Schilfschutzmassnahmen; Bestand erhalten, wenn möglich vergrössern	Realisierung neue Zäunung bei Schloss Buonas; Überwachung	●	
L	Renaturierung Tobelbach, Cham	Baubeginn 1. Etappe	●	
M	Hochwasserschutz Renaturierung Littibach	Baubeginn	●	
N	Hochwasserschutz Höllbach, Neuheim	Baubeginn	●	
O	Reussdammsanierung, Sinserbrücke – Reusschalde, Hünenberg	Projektierung	●	

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen und hoheitliche Entscheide

5	Termingerechte Bearbeitung von Gesuchen Kantonsstrassen	Keine berechtigten Reklamationen	●	
6	Termingerechte Bearbeitung von Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Keine berechtigten Reklamationen	●	
7	Termingerechte Unterlagenerarbeitung für die Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Keine berechtigten Reklamationen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Kantonsstrassennetz	km	137	136,5	138,3
Kunstabenobjekte	Anzahl	487	482	517
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km	80	80	80
Länge privater Gewässer (ausserhalb Wald und Bauzonen)	km	100	250	200
Behandelte Gesuche an Kantonsstrassen	Anzahl	57	90	106
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	2'060	2'400	2'097

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Strassennetz: Bereinigung Unterhaltsperimeter Nationalstrassen/Kantonsstrassen und kantonale Autobahn A4a. Gewässerbaukataster ist in Erarbeitung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'819'878.34	-6'363'300	-5'379'902.34	983'397.66	-15,5
Total Ertrag	2'747'269.85	2'015'000	1'955'575.80	-59'424.20	-2,9
Saldo	-3'072'608.49	-4'348'300	-3'424'326.54	923'973.46	-21,2

Kommentar Rechnung

Geringere Personalkosten in Folge offener Stellen.
Keine Hochwasserschäden, Aufschieben von grösseren Unterhaltsprojekten.
Günstige Ausführung Ausbaggerung Schiffanlegestelle Cham.
Minderertrag aktivierbarer Projektierungskosten (-27 % der berechtigten Ausgaben des Tiefbauamts in der Laufenden Rechnung werden über die Spezialfinanzierung bezahlt) infolge tieferem Nettoaufwand.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3020.0001	IT Projekt Mistra					
	Ausgaben	-53'183.70	-50'000	-107'048.20	-57'048.20	114,1
	Einnahmen					
IT3020.0002	Beratung Softwareanschaffung					
	Ausgaben		-75'000	-36'714.00	38'286.00	-51,0
	Einnahmen					
IT3020.0003	PBA Projektcontrolling					
	Ausgaben		-150'000	-20'527.90	129'472.10	-86,3
	Einnahmen					
IT3020.0004	Digitalisierung Dossier VTBP/Stab					
	Ausgaben		-125'000	-72'205.38	52'794.62	-42,2
	Einnahmen					
IT3020.0005	Fallführungssoftware					
	Ausgaben		-100'000	-97'449.85	2'550.15	-2,6
	Einnahmen					
TB3020.0006	Strassenbeleuchtungen					
	Ausgaben	-373'739.55	-500'000	-367'167.50	132'832.50	-26,6
	Einnahmen					
TB3020.0018	GW 3000, Reussdamm, Risch					
	Ausgaben	-150'000.00	-180'000	-150'000.00	30'000.00	-16,7
	Einnahmen		140'000	140'000.00	0.00	0,0
TB3020.0019	KS 25, Durchlass Mülibach, Oberwil					
	Ausgaben	-216'124.95				
	Einnahmen					
TB3020.0021	GW, Ausbau Lorze Schwelli, Unterägeri					
	Ausgaben	-200'000.00				
	Einnahmen					
TB3020.0023	Div. Studien, Vor- und Bauprojekte Wasserbau					
	Ausgaben	-183'172.00	-200'000	-58'915.80	141'084.20	-70,5
	Einnahmen	30'000.00				

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0024	GW 6106, Ausbau Höllbach, Neuheim					
	Ausgaben		-600'000	-409'625.00	190'375.00	-31,7
	Einnahmen		210'000	140'000.00	-70'000.00	-33,3
TB3020.0028	Bundesbeiträge Aggloprogramm 1. Generation					
	Ausgaben		-1'490'000		1'490'000.00	-100,0
	Einnahmen		1'490'000		-1'490'000.00	-100,0
TB3020.0115	Eigenleistung TBA /STU (27%)					
	Ausgaben	-5'968'000.00	-6'764'000	-6'035'100.00	728'900.00	-10,8
	Einnahmen					
TB3020.0146	Globalbeiträge Hauptstrassen					
	Ausgaben					
	Einnahmen	700'000.00	600'000	719'600.00	119'600.00	19,9
TB3020.0153	KS T4, Anschluss Baar-Walterswil, Baar					
	Ausgaben		-1'200'000		1'200'000.00	-100,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-7'144'220.20	-11'434'000	-7'354'753.63	4'079'246.37	-35,7
	Einnahmen	730'000.00	2'440'000	999'600.00	-1'440'400.00	-59,0
	Saldo	-6'414'220.20	-8'994'000	-6'355'153.63	2'638'846.37	-29,3
Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)						
Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0002	Öffentlicher Verkehr					
	Ausgaben	-1'439'801.50	-2'700'000	-2'296'306.40	403'693.60	-15,0
	Einnahmen		230'000		-230'000.00	-100,0
TB3020.0003	Alte LTB, Sanierung, Menzingen/Baar					
	Ausgaben		-50'000	-9'291.35	40'708.65	-81,4
	Einnahmen					
TB3020.0004	Radstrecken					
	Ausgaben	-1'863'119.45	-2'700'000	-1'686'162.90	1'013'837.10	-37,5
	Einnahmen	-54'860.05	160'000	18'000.00	-142'000.00	-88,8
TB3020.0012	GS, Renaturierung Lorze Spinnerei, Baar					
	Ausgaben	-1'550'539.15	-10'000	-10'206.00	-206.00	2,1
	Einnahmen	56'213.10				
TB3020.0016	GW 7078, Tobelbach, Cham					
	Ausgaben	-161'844.00	-2'000'000	-2'382'650.30	-382'650.30	19,1
	Einnahmen	193'956.30	800'000	961'755.55	161'755.55	20,2
TB3020.0017	GW 6034, Littibach, Baar					
	Ausgaben	-583'926.75	-3'000'000	-2'129'865.70	870'134.30	-29,0
	Einnahmen		480'000	709'625.00	229'625.00	47,8
TB3020.0020	Div. Landerwerb 11-16					
	Ausgaben	-155'471.90	-100'000	-2'017.70	97'982.30	-98,0
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0026	GW 6094, Ausbau Hinterburgmühlebach, Neuheim					
	Ausgaben		-500'000		500'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald					
	Ausgaben	-1'068'430.75		-53'618.85	-53'618.85	
	Einnahmen			22'397.20	22'397.20	
TB3020.0045	UF im Sumpf, Cham/Steinhausen					
	Ausgaben	-8'888'781.65	-5'100'000	-4'985'317.35	114'682.65	-2,2
	Einnahmen	175'495.90	3'450'000	5'308'567.55	1'858'567.55	53,9
TB3020.0113	Nordzufahrt Zug/Baar					
	Ausgaben	-681'596.75		209'628.00	209'628.00	
	Einnahmen	-3'198'749.20				
TB3020.0114	Neueinrichtung					
	Ausgaben	-340'369.00	-1'100'000	-337'532.50	762'467.50	-69,3
	Einnahmen					
TB3020.0118	Zug / Kolinplatz - Schmittli / Neuägeri					
	Ausgaben		-250'000		250'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0120	Lokale Korrekturen					
	Ausgaben	-4'961'944.37	-5'500'000	-3'361'651.55	2'138'348.45	-38,9
	Einnahmen	1'578'787.50	3'700'000	3'113'001.95	-586'998.05	-15,9
TB3020.0126	KS P, Sihlbrugg - Sand AG, Neuheim					
	Ausgaben	-2'319'927.40	-850'000	-605'124.21	244'875.79	-28,8
	Einnahmen					
TB3020.0130	Kunstabauten					
	Ausgaben	-85'935.55	-2'000'000	-2'466'190.30	-466'190.30	23,3
	Einnahmen					
TB3020.0131	Lärmschutz					
	Ausgaben	-102'624.40	-500'000	-175'752.40	324'247.60	-64,8
	Einnahmen	403'375.00	400'000	403'375.00	3'375.00	0,8
TB3020.0137	Nachtrags-Rg. Strassenbauprogramm 2004 - 2014					
	Ausgaben	-59'140.30	-40'000	-7'925.00	32'075.00	-80,2
	Einnahmen					
TB3020.0139	Umfahrung Cham - Hünenberg					
	Ausgaben	-3'550'144.13	-2'200'000	-2'603'660.45	-403'660.45	18,3
	Einnahmen			29'331.80	29'331.80	
TB3020.0141	Grindel - Bibersee					
	Ausgaben	-6'434'533.65	-5'500'000	-4'996'317.75	503'682.25	-9,2
	Einnahmen	19'782.35				
TB3020.0142	Technische Einrichtungen					
	Ausgaben	-166'644.10	-400'000	-202'918.60	197'081.40	-49,3
	Einnahmen					
TB3020.0144	KS N, Neuheimerstr., Lättich - Baarburgrank, Baar					
	Ausgaben	-124'939.35	-50'000	-19'032.55	30'967.45	-61,9
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0147	Tangente Zug/Baar					
	Ausgaben	-1'585'819.90	-1'200'000	-1'377'737.77	-177'737.77	14,8
	Einnahmen					
TB3020.0150	Beschaffung von Landreserven Strassenbau (SF)					
	Ausgaben	-1'536.20	-50'000		50'000.00	-100,0
	Einnahmen					
TB3020.0151	Allgemeine Projektierung / Generelle Planung					
	Ausgaben	-2'044'353.84	-2'200'000	-834'206.68	1'365'793.32	-62,1
	Einnahmen	-38.20				
TB3020.0154	Fertigstellungskredit Nordzufahrt					
	Ausgaben	-350'136.00		-334'477.94	-334'477.94	
	Einnahmen					
TB3020.0203	Div. Projekte Lärmschutz					
	Ausgaben			-5'878.15	-5'878.15	
	Einnahmen					
TB3020.0209	KS 4, LS Chamerstr., Erlenplatz - Kollermühle, Zug					
	Ausgaben			-1'892.95	-1'892.95	
	Einnahmen					
TB3020.0211	KS 25, Sinserstr., FG-Übergang Grobenmoos, Cham					
	Ausgaben			-32'194.15	-32'194.15	
	Einnahmen					
TB3020.0212	KS 368, Drälikerstr., Chamerstr. - Drälikon, Hünenb.					
	Ausgaben			-29'083.05	-29'083.05	
	Einnahmen					
TB3020.0213	KS 368, Drälikerstr., GW-Schutz, Hünenberg					
	Ausgaben			-27'490.55	-27'490.55	
	Einnahmen					
TB3020.0214	KS 381, Nidfuren - Schmittli, Baar/Menzingen					
	Ausgaben			-28'689.50	-28'689.50	
	Einnahmen					
TB3020.0215	KS 381, Schulhaus - Denkmal Morgarten, A/B, Oberäg.					
	Ausgaben			-97'282.35	-97'282.35	
	Einnahmen					
TB3020.0216	KS 381, LS Hauptstr., Oberägeri					
	Ausgaben			-13'984.15	-13'984.15	
	Einnahmen					
TB3020.0217	KS 381, Oberägeri - Morgarten, Oberägeri					
	Ausgaben			-50'944.25	-50'944.25	
	Einnahmen					
TB3020.0218	KS 381, Quellschutz LTB, Menzingen					
	Ausgaben			-17'624.75	-17'624.75	
	Einnahmen					
TB3020.0219	KS P, Hangsicherung Würzwald					
	Ausgaben			-211'488.05	-211'488.05	
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0220	KS 381, Denkmal Morgarten, C, Oberägeri					
	Ausgaben			-29'587.40	-29'587.40	
	Einnahmen					
TB3020.0221	KS P, Sihlbrugg – Edlibach, Neuheim/Menzingen					
	Ausgaben			-12'603.60	-12'603.60	
	Einnahmen					
TB3020.0224	KS 4, Kollermühle – Alpenblick, Zug/Cham					
	Ausgaben			-52'270.00	-52'270.00	
	Einnahmen					
TB3020.0226	KS 4, Marktgasse, Kreuzplatz – Büelplatz, Baar					
	Ausgaben			-23'127.75	-23'127.75	
	Einnahmen					
TB3020.0228	KS 4, Rothus – Holzhäusern, Risch					
	Ausgaben			-38'655.45	-38'655.45	
	Einnahmen					
TB3020.0232	KS J, Schochenmühle, Baar					
	Ausgaben			-23'028.35	-23'028.35	
	Einnahmen					
TB3020.0236	KS K, LS Neugasse/Blickensdorferstr., Baar					
	Ausgaben			-18'398.50	-18'398.50	
	Einnahmen					
TB3020.0237	KS L, Ägeristr., Margel – Talacher, Baar					
	Ausgaben			-20'905.20	-20'905.20	
	Einnahmen					
TB3020.0238	KS N, Neuheimerstr., Lättich – Baarburgrank, Baar					
	Ausgaben			-34'453.40	-34'453.40	
	Einnahmen					
TB3020.0240	KS Q, Bushaltestelle Oberedlibach Menzingen					
	Ausgaben			-1'372.45	-1'372.45	
	Einnahmen					
TB3020.0241	KS Q, Edlibach – Finsterseebrugg, Menzingen					
	Ausgaben			-1'793.35	-1'793.35	
	Einnahmen					
TB3020.0242	KS Q/P, Knoten Edlibach, Menzingen					
	Ausgaben			-29'359.00	-29'359.00	
	Einnahmen					
TB3020.0246	Alte LTB, Rutschhang Zufahrt, Menzingen/Baar					
	Ausgaben			-8'709.30	-8'709.30	
	Einnahmen					
TB3020.0250	RW 6, Bösch – Oberehretstr., Hünenberg					
	Ausgaben			-4'950.20	-4'950.20	
	Einnahmen					
TB3020.0256	KS T4, Anschluss Baar-Walterswil, Baar					
	Ausgaben			-12'429.90	-12'429.90	
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020-Tiefbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3020.0263	Stadttunnel Zug; Projektierung					
	Ausgaben	-1'203'515.65	-4'000'000	-137'496.35	3'862'503.65	-96,6
	Einnahmen					
TB3020.5000	Allgemeine Projektierung / Generelle Planung					
	Ausgaben			-168'642.80	-168'642.80	
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-39'725'075.74	-42'000'000	-31'802'671.15	10'197'328.85	-24,3
	Einnahmen	-826'037.30	9'220'000	10'566'054.05	1'346'054.05	14,6
	Saldo	-40'551'113.04	-32'780'000	-21'236'617.10	11'543'382.90	-35,2

Kommentar Rechnung

Neu sind die Investitionsprojekte der Kostenstelle «3031 Kantonsstrassen» in der Kostenstelle «3020 Tiefbauamt» aufgeführt.

TB3020.0151: Im Laufe des Jahres Umstellung auf einzelne Projekte oder Verbuchung ins neue Konto TB3020.5000.

Praktisch durchwegs geringere Ausgaben in den Projekten, speziell durch Verzögerungen in der Weiterbearbeitung und günstigen Konditionen bei der Ausführung.
Höhere Einnahmen bei Wasserbauvorhaben und beim Projekt Unterführung UF Sumpf.

Transferbeiträge vom Bund für Agglo Trägerschaften wurden via Transferkonto (2004.17) verbucht.

TB3020.0263: Auflage verschoben und somit kein Landerwerb erfolgt.

TB3020.5000: Restbetrag aus TB3020.0151 für kleinere Aufgaben/Abklärungen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes des Kantons Zug ist zuständig für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen. Der betriebliche Unterhalt umfasst Massnahmen zur Gewährleistung einer möglichst dauernden Betriebsbereitschaft sowie einen umweltgerechten Winterdienst. Der bauliche Unterhalt umfasst alle baulichen Massnahmen zur Werterhaltung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Betriebssicheres Strassennetz sicherstellen	Max. 3 berechnete Werkhaftungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit		
2	Werterhaltung des Strassennetzes sicherstellen	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2.2		
Leistungsgruppe 1: Betrieb				
3	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Max. 2 berechnete Werkhaftungsklagen		
4	Ständige Einsatzbereitschaft im Winter-Pikettendienst	Nach Aufgebot durch Pikettchef innerhalb von 30 Minuten in mind. 95 % der Fälle		
5	Fach- und termingerechte Reinigung sicherstellen	Max. 10 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reinigung; Abweichung Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel max. ± 20%		
6	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Sicherheitsgrünschnitt ist bis Ende Juli ausgeführt; Abweichung Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel max. ± 20%		Infolge milden Winters mehr Grünpflegearbeiten ausgeführt + Fr. 75'000 (+ 34 %)
7	Fach- und termingerechten Unfalldienst sicherstellen	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt		
8	Fach- und termingerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Max. 10 berechnete Reklamationen über mangelhafte Reparaturen; Abweichung Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel max. ± 20%		
9	Einhalten der Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Max. 20 Ausfalltage wegen Betriebsunfällen		Infolge 4 Betriebsunfälle 109 Ausfalltage, was teilweise zu personellen Engpässen führte
Leistungsgruppe 2: Strassenerhaltung				
10	Genauigkeit bei Kostenschätzungen oder -voranschlägen bei Erhaltungsprojekten	Abweichung max. ± 20 %		Infolge Projektoptimierungen Minderaufwand bei 3 Projekten
11	Fristgerechte Reparatur Winterschäden	Schäden bis Ende Oktober behoben		
12	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchgesuche	95 % der Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von 10 Arbeitstagen bearbeitet		
B	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4b; Sanierung Baarerstrasse, Gubelstrasse – Metalli, Zug	Projekt ausgeführt		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
D	Fach- und termingerechte Ausführung von KS B; Sanierung Luzerner-/Buonaserstrasse, Kreisel Lindenplatz – Einfahrt Bahnhof, Risch/Rotkreuz	Projekt ausgeführt	●	
E	Fach- und termingerechte Ausführung von KS Q; Sanierung Hauptstrasse, Wulflingen – Zwetschgenrank (2. Abschnitt), Menzingen	Projekt ausgeführt	●	
F	Fach- und termingerechte Ausführung von KS S; Böschungssicherung Chnodengutsch, Baar/Allenwinden	Projekt ausgeführt	◐	Infolge Terminverzögerung Einbau Deckbelag im 2015
Leistungsgruppe 3: Elektrotechnik				
13	Fachgerechten Betrieb Strassenbeleuchtung sicherstellen	Anzahl berechnete Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 5	●	
14	Fachgerechten Betrieb Lichtsignalanlagen sicherstellen	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträgen bei Totalausfall bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Strassennetz	km	136,5	136,5	138,3
Entwässerungsleitungen	km	113	113	113
Grünflächen	m²	337'000	337'000	337'000
Lichtsignalanlagen	Anzahl	39	41	41
Beleuchtungskandelaber	Anzahl	2'619	2'619	2'614
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl	27	27	27
Grabenaufbrüche	Anzahl	136	100	156
Drittschäden im Strassenraum	Anzahl	125	130	130

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Strassennetz: Bereinigung Unterhaltssperimeter Nationalstrassen/Kantonsstrassen und kantonale Autobahn A4a.
Grabenaufbrüche: Mehr Grabenaufbruchgesuche als erwartet, mehr Leitungsbrüche.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-18'339'614.01	-19'223'300	-17'968'726.86	1'254'573.14	-6,5
Total Ertrag	5'278'688.30	5'383'200	5'076'031.85	-307'168.15	-5,7
Saldo	-13'060'925.71	-13'840'100	-12'892'695.01	947'404.99	-6,8

Kommentar Rechnung

Minderaufwand Personal infolge einer nicht besetzten Personalstelle, Rückerstattung Sozial- und Unfallversicherung und bei den Zulagen für ausserordentliche Inanspruchnahme 230'000 Franken.
Minderaufwand Salzverbrauch infolge milden Winters 260'000 Franken.
Minderaufwand baulicher Unterhalt Strassen und beim Unterhalt der Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen 450'000 Franken.
Minderertrag aktivierbarer Projektierungskosten (-27 % der berechtigten Ausgaben des Strassenunterhalts in der Laufenden Rechnung werden über die Spezialfinanzierung bezahlt) infolge tieferem Nettoaufwand 390'000 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3023.0034	Anschaftung Maschinen und Fahrzeuge					
	Ausgaben		-400'000	-348'129.10	51'870.90	-13,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-400'000	-348'129.10	51'870.90	-13,0
	Einnahmen					
	Saldo		-400'000	-348'129.10	51'870.90	-13,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Minderaufwand bei der Fahrzeugbeschaffung (Lastwagen) wegen günstigem Angebot 50'000 Franken.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-30'478'928.58	-29'104'000	-20'026'317.20	9'077'682.80	-31,2
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-4'096'550.82	-5'603'600	-13'734'542.81	-8'130'942.81	145,1
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'179'701.53	-1'200'000	-1'207'433.05	-7'433.05	0,6
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-188'344.25		-469'217.27	-469'217.27	
	Total Aufwand	-35'943'525.18	-35'907'600	-35'437'510.33	470'089.67	-1,3
403	Besitz- und Aufwandsteuern	29'492'538.20	30'000'000	30'185'825.85	185'825.85	0,6
460	Ertragsanteile	4'845'309.05	4'878'600	4'647'093.44	-231'506.56	-4,7
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	618'508.95				
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	987'168.98	1'029'000	604'591.04	-424'408.96	-41,2
	Total Ertrag	35'943'525.18	35'907'600	35'437'510.33	-470'089.67	-1,3
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3031–Kantonsstrassen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Neu sind die Investitionsprojekte der Kostenstelle «3031 Kantonsstrassen» in der Kostenstelle «3020 Tiefbauamt» aufgeführt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
TB3032.0022	Nationalstrassenbau					
	Ausgaben	-5'784.00				
	Einnahmen	4'858.56				
TB3032.0040	Nationalstrassenbau (100 %)					
	Ausgaben	99'715.80	-10'000	-3'361.10	6'638.90	-66,4
	Einnahmen	-99'715.80	10'000	3'361.10	-6'638.90	-66,4
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	93'931.80	-10'000	-3'361.10	6'638.90	-66,4
	Einnahmen	-94'857.24	10'000	3'361.10	-6'638.90	-66,4
	Saldo	-925.44	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Letzte Zahlung im Bereich Nationalstrassenbau.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Umweltschutz (AfU) konnte praktisch alle gesetzten Ziele erreichen und auch das Budget einhalten. Die Arbeitslast ist weiterhin sehr hoch. Insbesondere die von der Bundes- resp. kantonalen Gesetzgebung vorgegebenen Bewilligungen und Stellungnahmen benötigen oftmals zeitaufwändige Rückfragen und Abklärungen. Die Personalsituation bleibt somit angespannt. Dank der Flexibilität der Mitarbeitenden konnten Engpässe jedoch bisher vermieden werden.

Amtsleitung

Als wichtige Neuerung des Umweltschutzgesetzes trat am 1. Juli die Bewilligungspflicht für die Veräusserung resp. Teilung von Grundtücken, die im Kataster der belasteten Standorte (KbS) eingetragen sind, in Kraft. Mit dieser Regelung soll verhindert werden, dass belastete Teile eines Grundstückes abgetrennt und die Sanierungskosten anschliessend der öffentlichen Hand überbürdet werden.

Die Abklärungen zu den Möglichkeiten zur Nutzung von erneuerbaren Energien konnten mit dem Thema «Tiefe Geothermie» ergänzt werden.

Abteilung Boden

Deponien sind unverzichtbare Anlagen zur Entsorgung mineralischer Abfälle. Der Regierungsrat hat im Juli die vom AfU vorgelegte Deponieplanung 2013 im Sinne einer Nachführung der Abfallplanung im Bereich der Aushub- und Inertstoffe beschlossen. Die für den Aushub vorgesehenen Kapazitäten in Kiesgruben und Deponien sollten in den nächsten Jahren für den Regelfall ausreichen. Für grosse Infrastrukturprojekte sind jedoch separate Lösungen zu suchen. Bei den Inertstoffen mussten umgehend Massnahmen gegen eine zu rasche Verfüllung der Deponie mit ausserkantonalen Abfällen getroffen werden. Zudem wurde beschlossen, dass mit geeigneten Massnahmen das Recycling mineralischer Bauabfälle zu fördern ist.

Die Altlastensanierung der zwei Schiessanlagen Wishalde in Baar konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Mittlerweile sind 18 von den insgesamt 27 Anlagen im Kanton saniert, für drei weitere Anlagen liegen Sanierungsprojekte vor.

Abteilung Wasser

Im Rahmen des Vollzugs Gewässerschutz in der Landwirtschaft sind die Inhaber von Hofdüngeranlagen verpflichtet, regelmässig Dichtigkeitskontrollen durchzuführen. Bis Ende Berichtsjahr konnten in allen Landwirtschaftsbetrieben mit Jauchegruben in Grundwasserschutzzonen, welche regulär in Betrieb sind, die Dichtigkeitskontrollen durchgeführt werden. Bei ca. einem Drittel der knapp 50 Jauchegruben wurden zwecks Umnutzung respektive Rückbau der Gruben entsprechende Baugesuche eingereicht. Bei einem Betrieb musste zur Prüfung zweier Jauchegruben eine Ersatzvornahme vorgenommen werden. Im Frühling wurden auch die Landwirtschaftsbetriebe mit Jauchegruben ausserhalb von Grundwasserschutzzonen schriftlich an die Dichtigkeitskontrolle erinnert. Seit der Aufforderung wurden knapp 300 Gruben geprüft. Im Kantonsgebiet befinden sich ca. 1'700 Jauchegruben, von denen bis Ende Jahr insgesamt ca. ein Viertel auf deren Dichtigkeit geprüft wurden. Gemäss geltender Gewässerschutzgesetzgebung mussten sämtliche erdverlegten einwandigen Lagerbehälter für wassergefährdende Flüssigkeiten bis spätestens Ende Berichtsjahr nach dem Stand der Technik doppelwandig erstellt oder ausser Betrieb gesetzt werden. Im Rahmen des Vollzugs wurden deshalb sämtliche Inhaber von solchen Tankanlagen angewiesen, ihre Anlagen von einer autorisierten Fachfirma nach dem Stand der Technik zu sanieren oder ausser Betrieb zu setzen. Elf der 17 Anlagen wurden ausser Betrieb gesetzt, sechs Anlagen auf Doppelwandigkeit umgestellt bzw. saniert. Im Kanton Zug erfüllen heute alle Tankanlagen diese Bestimmung der Gewässerschutzgesetzgebung.

Abteilung Luft

Die Artenvielfalt unserer Wälder, Moore und Naturwiesen soll langfristig erhalten bleiben. Dazu müssen wir sie vor übermässigen Stickstoffeinträgen schützen. Zunehmend wichtig wird die Minderung der Ammoniaketräge aus der landwirtschaftlichen Produktion. Eine breit abgestützte Arbeitsgruppe aus Vertretern des Zuger Bauernverbands und der Behörden hat ein Programm entwickelt, dass die Ammoniakemission bis 2020 um 20 Prozent und bis 2030 um rund 30 Prozent reduziert. Dieser so genannte Massnahmenplan Ammoniak ersetzt das 2015 auslaufende Ressourcenprojekt Ammoniak. Die Regierung hat ihn zustimmend zur Kenntnis genommen. Er soll im nächsten Schritt vom Kantonsrat beraten und beschlossen werden.

Der Aus- und Umbau der bestehenden Mobilfunknetze beschleunigt sich. Zurzeit ist das AfU mit dem Rollout der vierten Mobilfunkgeneration (Long Term Evolution, abgekürzt LTE) beschäftigt. Im laufenden Jahr prüfte es neben den üblichen Baugesuchen Änderungen an über 40 bestehenden Mobilfunkanlagen. Bei ca. 20 Anlagen veranlasste und kontrollierte es Messungen der nichtionisierenden Strahlung.

In der Gemeinde Baar wurden rund 200 Personen von übermässigem Bahnlärm entlastet. Das AfU realisierte im Auftrag des Bundesamts für Verkehr den Einbau von insgesamt 97 Schallschutzfenstern bei 28 stark exponierten Wohnungen. Das Lärmschutzprojekt wurde fristgerecht abgeschlossen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei, indem es die Umweltqualität überwacht, die Bevölkerung über den Zustand der Umwelt orientiert, Massnahmen zum Schutze der Umwelt erarbeitet, den Entscheidungsgremien unterbreitet und umsetzt, soweit es selbst zuständig ist. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Organisationen der Wirtschaft und Privaten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Umweltqualität bleibt erhalten oder verbessert sich	Anzahl Schadenfälle höchstens auf gleichem Niveau wie im Vorjahr; Phosphorgehalt im Zugersee kleiner als im Vorjahr; 1 belasteter Zufluss des Zugersees wird untersucht; spezifische Luftschadstoffemissionen kleiner als im Vorjahr		Abnahme mittlerer Phosphorgehalts aufgrund nasser Witterung stagniert im Berichtsjahr und beträgt 77 mg P/m ³ (gleich wie im 2013); Veränderungen Luftschadstoffemissionen liegen im Unschärfbereich der Erfassungsmethodik
Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz				
2	Fristgerechte Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	80 % der Voruntersuchungen innerhalb von 30 Tagen; 80 % der Hauptuntersuchungen innerhalb von 90 Tagen		
3	Fristgerechte und konsequente Überprüfung von Betrieben respektive Anlagen anhand eidgenössischer und kantonaler Vorschriften (– Garagenbetriebe – Tankstellen – Malerbetriebe – Chemische Reinigungen – Kompostieranlagen – Kiesgruben – Bauabfallanlagen)	95 % der Betriebsanlagen im Rahmen von Branchenlösungen überprüft; bei 90 % der nicht konformen Anlagen werden Massnahmen eingeleitet		
4	Fristgerechte Erteilen von Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsonden	90 % innerhalb von 3 Wochen		
5	Hohe Qualität der erteilten Bewilligungen	95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft		
6	Fristgerechter Vollzug der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) in hoher Qualität	95 % der Kontrollberichte des Mobilfunk QS-Systems der Betreibenden überprüft; mind. 1 Stichprobenkontrolle pro massgebenden Anbietenden durchgeführt; Überschreitungen der Betriebs- von den Bewilligungsdaten werden mittels QS-System erkannt und rapportiert (für Anlagen > 6 Watt ERP)		
B	Umsetzung Bodenschutzkonzept	Massnahmen zur Minimierung von Bodenverdichtungen realisiert		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
C	Umsetzung des revidierten EG USG	Alle Abfallanlagen im Kanton Zug haben eine gesetzeskonforme Bewilligung	⬤	Bei 5 von 38 Anlagen fehlen die Bewilligungen: Gesuchsunterlagen nicht korrekt eingereicht
D	Deponieplanung	Phase 2 der Deponieplanung ausgelöst	⬤	
E	Abschluss der Restwassersanierung	Ausstehende Sanierungen abgeschlossen; Gesamtbericht der Restwassersanierung liegt vor	⬤	Verzögerungen bei Erneuerung Wasserkraftanlagen und der Wiederherstellung der Fischwanderung bei 2 Wasserkraftwerken
F	Lärmsanierung Eisenbahnen: Schallschutzmassnahmen Gemeinde Baar	Einbau Schallschutzfenster abgeschlossen	⬤	
Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung				
7	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung (vgl. 1.1 Grundauftrag)	Daten des Vorjahres im ersten Halbjahr ausgewertet und publiziert; 95 % der geplanten Messungen sind durchgeführt; Homepage wird von Leistungsempfängern und -empfängerinnen benutzt und die Fachstelle als Auskunftsdienst entlastet	⬤	
G	Wärmemonitoring Grundwasser	Modellierung des unteren Grundwasserstockwerks des Baarerbeckens liegt vor	⬤	
H	Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien	Karte, die aufzeigt, wo im Kanton Zug welche erneuerbaren Energien genutzt werden können, liegt vor	⬤	Grundlagedaten liegen vor; Zusammenfassung noch nicht erstellt
Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination				
8	Aktuelle und regelmässige Orientierung über den Zustand der Umwelt gemäss Art. 6 USG (vgl. 1.1 Grundauftrag) sowie Beratung	Ereignisorientierte Berichterstattung inklusive zweimalige Herausgabe von «Umwelt Zug»	⬤	
9	Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltanliegen durch Öffentlichkeitsarbeit	Mindestens ein grösserer Event	⬤	
10	Fristgerechte und effiziente Stellungnahmen zu Geschäften	90 % der Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb von Bauzonen erfolgen innert 2 Wochen	⬤	
11	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe	Mindestens 3 Info- bzw. Schulungsanlässe	⬤	
12	Koordination nach kantonalem Umsetzungsplan «Invasive Organismen»	Mindestens 1 Info-Anlass der kantonalen Plattform	⬤	
I	Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Gemeinden im Bereich Entwässerung	Begleitung der Gemeinden bei der Nachführung der generellen Entwässerungsplanung	⬤	
J	Umsetzen des Konzepts Energiefachstelle	Verfahren, Abläufe eingespielt; Aufgabenteilung bereinigt	⬤	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zielsetzung/Indikator D «Deponieplanung, Auslösung Phase 2»: Wurde dahingehend angepasst, dass die aus der Phase 1 resultierenden Massnahmen eingeleitet wurden, da keine Neuausscheidung/-bewertung von Standorten notwendig war.

Zielsetzung/Indikator G «Wärmemonitoring Grundwasser»: Eine alternative Methode zur Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben des Gewässerschutzgesetzes gefunden, machte eine Modellierung des unteren Grundwasserstockwerks überflüssig.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	2	2–4	4
Eingereichte Gesuche für Erdsonden	Anzahl	121	170–190	83
Eingereichte Gesuche für Tankanlagen	Anzahl	16	20–30	20
Stellungnahmen zu Geschäften ausserhalb Bauzonen	Anzahl	340	260–280	413
Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen	Anzahl	312	320	321
Eingehende Kontrollberichte NIS	Anzahl		18	18
Überprüfung der Umweltqualität	Messungen		700	1'306

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl bearbeiteter Baugesuche ausserhalb der Bauzonen nahm um ca. 21 % zu. Mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen wird es immer schwieriger, die Vorgaben des Leistungsauftrags einzuhalten.
Die Anzahl eingereichter Gesuche für Erdsonden hat markant abgenommen. Im Berichtsjahr konnten daher wieder vermehrt Kontrollaufgaben wahrgenommen werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'343'724.34	-4'363'200	-4'425'958.79	-62'758.79	1,4
Total Ertrag	450'948.45	429'000	502'960.30	73'960.30	17,2
Saldo	-3'892'775.89	-3'934'200	-3'922'998.49	11'201.51	-0,3

Kommentar Rechnung

Der Mehraufwand ist primär auf erhöhte Personalkosten zurückzuführen, welche durch Abdeckung eines Mutterschaftsurlaubs und eines Krankheitsfalls entstanden sind. Auf der Ertragsseite waren die Einnahmen aus Konzessionen und Gebühren höher als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0002 Sanierung Kehrdeponie Baarburg					
Ausgaben	-2'294'687.75	-300'000	-317'515.85	-17'515.85	5,8
Einnahmen	1'455'013.40	1'900'000	1'900'831.30	831.30	
BD3050.0007 Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen					
Ausgaben	-444'248.00	-450'000	-240'014.00	209'986.00	-46,7
Einnahmen	444'248.00	450'000	240'014.00	-209'986.00	-46,7
BD3050.0008 BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Baar					
Ausgaben	-19'245.60	-70'000	-109'432.65	-39'432.65	56,3
Einnahmen	19'245.60	70'000	109'432.65	39'432.65	56,3
BD3050.0009 BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Zug					
Ausgaben		-140'000	-39'715.90	100'284.10	-71,6
Einnahmen		140'000	39'715.90	-100'284.10	-71,6
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-2'758'181.35	-960'000	-706'678.40	253'321.60	-26,4
Einnahmen	1'918'507.00	2'560'000	2'289'993.85	-270'006.15	-10,5
Saldo	-839'674.35	1'600'000	1'583'315.45	-16'684.55	-1,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3050.0005	Sanierung Schiessanlagen					
	Ausgaben	-335'847.00	-350'000	-20'393.00	329'607.00	-94,2
	Einnahmen					
BD3050.0010	Nachfolgeschäden des Nationalstrassenbaus					
	Ausgaben			-31'397.63	-31'397.63	
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-335'847.00	-350'000	-51'790.63	298'209.37	-85,2
	Einnahmen					
	Saldo	-335'847.00	-350'000	-51'790.63	298'209.37	-85,2

Kommentar Rechnung

Für die Sanierung der Schiessanlagen sind die Gemeinden zuständig, daher ist eine genaue Budgetierung nicht möglich. Im Berichtsjahr konnte die Sanierung von zwei Anlagen abgerechnet werden. An die Sanierungskosten von 281'000 Franken leistete der Bund einen Beitrag von 86 % und der Kanton von 7 %.

Die Budgetabweichungen bei den Lärmsanierungen SBB sind primär auf Verzögerungen im eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren zurückzuführen.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-49'090.20	-62'600	-59'925.45	2'674.55	-4,3
	Total Aufwand	-49'090.20	-62'600	-59'925.45	2'674.55	-4,3
420	Ersatzabgaben	27'879.00	40'000	37'487.00	-2'513.00	-6,3
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	21'211.20	22'600	22'438.45	-161.55	-0,7
	Total Ertrag	49'090.20	62'600	59'925.45	-2'674.55	-4,3
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Die Budgetzahlen basieren auf Schätzungen der in den Deponien Tännlimoos und Alznach abgelagerten Mengen. Diese schwanken je nach Konjunktur, grösseren Bauvorhaben, Sanierung von Altlasten usw. stark und sind daher schwierig zu prognostizieren.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr stand wiederum im Zeichen grosser Dynamik. Neben kurzfristig zu erfüllenden Aufträgen ist es gelungen, die Hauptziele weitestgehend zu erreichen.

Planung von Bauten

Beim Projekt «Fokus», das den Neubau eines kantonalen Verwaltungszentrums und des Hauptstützpunktes der Zugerland Verkehrsbetriebe (ZVB) vorsieht, sind die Arbeiten am Vorprojekt fortgeführt worden. Während das Teilprojekt der ZVB unbestritten ist, hat der Kantonsrat für das Teilprojekt des kantonalen Verwaltungszentrums aufgrund der verschlechterten Finanzlage die Ausarbeitung von Etappierungsvarianten verlangt. Für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönaue in Cham konnte der Generalplaner-Wettbewerb abgeschlossen werden. Für den Neubau des Amtes für Verbraucherschutz (AVS), die Neu- und Umbauten der Kantonsschule Menzingen (KSM) sowie für das Schulraumprovisorium der Kantonsschule Zug (KSZ) hat der Kantonsrat die Objektkredite gesprochen, so dass mit den Ausführungsplanungen begonnen werden konnte.

Realisierung von Bauten und Umbauten

Im Februar konnte die Sanierung des Museums Burg Zug abgeschlossen werden. Dank einer dosierten Anpassung des Raumkonzepts und Neuerungen im technischen Bereich ist die Geschichte von Stadt und Kanton Zug nun noch lebendiger zu erleben.

Im GIBZ begannen Mitte Jahr die Arbeiten für die Aufstockung des Eingangstraktes um zwei Geschosse und den Umbau von zwei ungenutzten Hauswartwohnungen. Diese bauliche Erweiterung ist notwendig, um dem künftigen Raumbedarf des Kombinierten Brückenangebots (KBA) gerecht zu werden.

Die Bereitstellung von zusätzlichem Büroraum an der Artherstrasse 25 in Zug erfordert vorgängig einige Sanierungsarbeiten, die zum grossen Teil ausgeführt werden konnten.

Für den Einbezug von vier Parkanlagen des Kantons im «Parkleitsystem Zug» mussten diverse bauliche und technische Massnahmen umgesetzt werden. Das System ist seit Dezember erfolgreich im Einsatz.

Dringliche Massnahmen

Neben den geplanten Projekten wurden zahlreiche dringliche Massnahmen umgesetzt. So mussten beispielsweise zwei leerstehende Geschosse des ehemaligen Kantonsspitals in Zug für die längerfristige Unterbringung von Asylsuchenden eingerichtet werden.

Weiter konnte an der Landis & Gyr-Strasse 1, im sogenannten «Haus der Bildung», eine langfristige Lösung für das Integrierte Brückenangebot (IBA) gefunden und gemietet werden. Der notwendige Umbau begann im Herbst und wird im Frühling 2015 abgeschlossen sein. Da das Scanning der Steuerdossiers verwaltungsintern erfolgen wird, mussten für die Steuerverwaltung Räume gemietet und der erforderliche Umbau an die Hand genommen werden.

Fachprojekte

Mit der Aktualisierung des Gebäudezustands der wichtigsten Objekte wurde die Grundlage geschaffen, um die strategische Instandsetzungsplanung für die nächsten fünf Jahre zu erarbeiten.

Die Bereiche Telekommunikation und Informatik wachsen immer mehr zusammen. In naher Zukunft ist das Ende der Lebensdauer der heutigen Telefonzentralen erreicht. Auf Basis der Informatikstrategie haben das Hochbauamt und das Amt für Informatik (AIO) in einem gemeinsamen Projekt die Grundlage für eine integrierte Betriebsplattform für Daten, Sprache und Bild geschaffen.

Mit dem Projekt Auftrags- und Instandhaltungsmanagement (AIM) wurde ein Instrument zur Planung und Kontrolle der Wartungsarbeiten der technischen Anlagen geschaffen. Für den Pilotbetrieb hat man die technischen Anlagen von drei Gebäuden systematisch erfasst.

Betrieb der Gebäude und Sicherheit

Der Betrieb der Gebäude konnte reibungslos sichergestellt werden. Neben dem üblichen Tagesgeschäft wurde im Bereich Hausdienst das Berufsbildungskonzept aus dem Jahr 2008 komplett überarbeitet und neu verabschiedet. Weiter hat eine Fachperson alle Hauswarte und Reinigungs-Mitarbeitenden zum Thema Ergonomie geschult.

Im Restaurant Aabächli fand nach 20 Jahren ein Führungswechsel statt.

Die Fachstelle Sicherheit (FSI) hat bei 13 kantonalen Organen erstmals die minimalen Standards gemäss neuem Sicherheitskonzept (KBS VuG) überprüft. Mit den Funktionären/Mitarbeitenden wurde eine risikoorientierte, praktische Kurzschulung vor Ort durchgeführt und die Ergebnisse in einem Auditbericht zuhanden des Organs, der jeweiligen Direktion und des Arbeitsinspektorats verfasst.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und Realisierung von Neubauten sowie die Sicherung der langfristigen Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der Hochbauten und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist zudem verantwortlich für die gemieteten Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (Sicherheit, Telekommunikation, Postdienst, Restaurant usw.).

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	Durchführung von 2 internen Audits; Durchführung 1 externes Audits	●	
Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement				
B	Instandsetzungsplanung 2015–2020 unter Berücksichtigung von Neubauten und Provisorien	Ist erarbeitet	◐	Grundlagen wurden mit Aktualisierung des Gebäudezustands der wichtigsten Objekte gemäss Stratus geschaffen
Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten				
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Investitionskrediten	100 %	●	
3	Hohe Zufriedenheit der Leistungsabnehmenden von Neubauten/Umbauten	90 % mit Status gut/sehr gut	●	
C	Erweiterung Kantonsschule in Cham	Machbarkeitsstudie abgeschlossen	●	
D	Neubau ZVB-Hauptstützpunkt, Zug	Start Projektierung	●	
E	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	Baubeginn erfolgt	○	Leichte Verzögerung wegen Einsprachen; Spatenstich erfolgt im Januar 2015
F	Brückenangebot KBA, Umbau und Aufstockung Trakt 1 GIBZ	Baubeginn erfolgt	●	
G	Erweiterungsbau GIBZ Trakt 5	GU-Ausschreibung abgeschlossen	○	Bewilligungsverfahren (Stadtbildkommission) hat Projekt verzögert
I	Kantonsspital-Areal, Zug	Wettbewerb wird gestartet	○	Aufgrund von Unklarheiten in Bezug auf das Kunsthaus hat sich Bebauungsplanverfahren verzögert
J	Instandsetzung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönau	Generalplanersubmission abgeschlossen	●	
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3	Start Projektierung	●	
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	KRB Objektkredit «Provisorien und Turnhalle» genehmigt	◐	Provisorien sind bewilligt; für Turnhallen erfolgt 2. Lesung Kantonsrat Ende Januar 2015
L11b	Ausbau Kantonales Gymnasium Menzingen	KRB Objektkredit genehmigt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur (EN-Norm 15221)				
4	Angemessener Anteil des jährlichen Unterhalts (Instandhaltung und Instandsetzung)	1,2 % vom Gebäudeversicherungswert	●	Effektiver Wert 1,15 %; diverse Projekte im Bereich Instandsetzung wurden gestrichen, vorläufig sistiert, leicht verzögert oder kostengünstiger umgesetzt
5	Hohe Zufriedenheit von Leistungsabnehmenden im Bereich von Mieterausbauten	90 % mit Status gut/sehr gut	●	
6	Guter Zustand des Gebäudeparks	86 % (Zustandswert zu Neuwert nach Stratus)	●	
8	Tiefer Energieverbrauch Standort an der Aa	98 kWh/m ² pro Jahr (Elektro) 34 kWh/m ² pro Jahr (Wärme) 50 CO ₂ /t pro Jahr	●	
9	Hohe Auslastung Vermietung Objekte Liegenschaften des FV (ohne Artherstrasse 27, Zug)	100 %	●	
Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation (EN-Norm 15221)				
10	Hohe Auslastung des Restaurants Aabächli	53'000 verkaufte Mahlzeiten	●	51'574 verkaufte Mahlzeiten
11	Hohe Qualität der Sicherheitskurse seitens der Teilnehmenden	> 3,5 (1 = ungenügend; 2 = genügend; 3 = gut; 4 = sehr gut)	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Staatseigene Objekte VV	Anzahl	104	109	118
Staatseigene Objekte FV	Anzahl	17	17	15
Gemietete Objekte	Anzahl	41	36	36
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Fr.	999	1'000	1'012
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl	4'470	4'350	4'437
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl	2'026	2'000	2'008
Durchgeführte Sicherheitskurse	Anzahl	16	48	49
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	7'192	6'500	6966

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die staatseigenen Objekte Verwaltungsvermögen (VV) verzeichnen einen Zuwachs von 14 Objekten:
 – Sieben zusätzliche Funkstationen für Polycom.
 – Fünf erworbene Objekte Seminarstrasse 12, Menzingen (KSM).
 – Zwei Objekte wechselten vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen (Dorfring 30, Baar; Artherstrasse 25, Zug).
 Die staatseigenen Objekte Finanzvermögen (FV) reduzieren sich um zwei Objekte (wegen Wechsel ins VV).
 Die gemieteten Objekte reduzieren sich um fünf Objekte:
 – Minus fünf Objekte Seminarstrasse 5, die erworben wurden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-32'786'290.73	-36'750'749	-33'091'917.95	3'658'831.05	-10,0
Total Ertrag	8'049'811.35	7'926'125	8'558'756.82	632'631.82	8,0
Saldo	-24'736'479.38	-28'824'624	-24'533'161.13	4'291'462.87	-14,9

Kommentar Rechnung

Das Globalbudget schneidet um rund 4,3 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Die grössten Abweichungen mit Minderkosten betreffen folgende Leistungen:

- Planung und Realisierung von Neubauten und Umbauten: Die Minderkosten betragen hier rund 0,9 Millionen Franken und sind insbesondere auf tiefere Kosten bei der Planung über die Laufende Rechnung zurückzuführen.
- Bauliche und technische Instandhaltung, Energie- und Betriebsoptimierung sowie Energieversorgung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Die Minderkosten betragen rund 0,9 Millionen Franken. Diese begründen sich durch tiefere Energiekosten wegen des milden Winters sowie weniger Instandhaltungskosten als geplant.
- Bauliche und technische Instandsetzung und Mieterausbauten der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens: Im Vergleich zum Budget wurden für diese Leistungen rund 1,7 Millionen Franken weniger Mittel benötigt. Einerseits wurden diverse Projekte vorläufig sistiert oder haben sich leicht verzögert, andererseits konnten Massnahmen günstiger als geplant realisiert werden oder wurden gestrichen. Ausserdem wurde diese Leistung durch eine nicht budgetierte Rückerstattung des Bundes für bauliche Massnahmen der Strafanstalt um rund 0,3 Millionen Franken entlastet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0088	Umbau Cafeteria Aabächli					
	Ausgaben	1'453.50				
	Einnahmen					
HB3060.0099	Kant. Zeughaus: Umgebungsgestaltung					
	Ausgaben	1'881.60				
	Einnahmen					
HB3060.0116	Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach					
	Ausgaben	-224'522.80		-19'443.20	-19'443.20	
	Einnahmen	58'080.00				
HB3060.0118	Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug					
	Ausgaben	-679'898.65		395.50	395.50	
	Einnahmen			140'000.00	140'000.00	
HB3060.0124	Erneuerungsbeitrag Sporthalle Zug					
	Ausgaben		-205'000		205'000.00	-100,0
	Einnahmen					
HB3060.0125	Ersatz Heizanlage LBBZ Schluecht					
	Ausgaben	-877'302.57		-57'234.80	-57'234.80	
	Einnahmen					
HB3060.0127	Fertigstellung kant. Zeughaus Umbau Obergericht					
	Ausgaben	-117'453.50				
	Einnahmen					
HB3060.0129	Kantonsschule Zug, Trennsystem Kanalisation					
	Ausgaben		-550'000	-581'322.55	-31'322.55	5,7
	Einnahmen					
HB3060.0130	Integration Gebäudetechnik GIBZ					
	Ausgaben	-499'600.79		-705.25	-705.25	
	Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3060-Hochbauamt

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0132	Mieterausbau PDS, Luzernerstr. 9, Cham					
	Ausgaben	-1'117'081.55		-280'239.15	-280'239.15	
	Einnahmen					
HB3060.0133	Mieterausbau PDS, Kolinplatz 4 + 14, Zug					
	Ausgaben	-424'521.80	-500'000	-1'127'489.43	-627'489.43	125,5
	Einnahmen					
HB3060.0134	Instandsetzung Gebäudeleitsystem GIBZ Trakt 1					
	Ausgaben		-680'000	-455'436.10	224'563.90	-33,0
	Einnahmen					
HB3060.0135	Anschaffung und Installation Defibrillatoren					
	Ausgaben		-470'000	-22'692.15	447'307.85	-95,2
	Einnahmen					
HB3060.0139	Optimierung Kühlung Zuger Kantonsspital, Baar					
	Ausgaben		-500'000	-311'091.65	188'908.35	-37,8
	Einnahmen					
HB3060.0140	Mieterausbau Landis & Gyr-Strasse 1, Zug					
	Ausgaben			-673'746.55	-673'746.55	
	Einnahmen					
HB3060.0141	Grundwasserbohrungen GIBZ Energiezentrale					
	Ausgaben			-249'729.00	-249'729.00	
	Einnahmen					
HB3060.0149	Asylunterkunft Artherstrasse 27, Zug					
	Ausgaben			-307'913.70	-307'913.70	
	Einnahmen					
IT3060.0005	Modul Belegungsplanung					
	Ausgaben	-12'287.95				
	Einnahmen					
IT3060.0006	Auftrags- und Instandhaltungsmanagement					
	Ausgaben		-200'000	-245'143.25	-45'143.25	22,6
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-3'949'334.51	-3'105'000	-4'331'791.28	-1'226'791.28	39,5
	Einnahmen	58'080.00		140'000.00	140'000.00	
	Saldo	-3'891'254.51	-3'105'000	-4'191'791.28	-1'086'791.28	35,0
Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)						
Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau					
	Ausgaben	-2'773'296.15	-300'000	-363'729.37	-63'729.37	21,2
	Einnahmen					
HB3060.0082	WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung					
	Ausgaben	-9'000.00		-4'536.00	-4'536.00	
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0085	Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht					
	Ausgaben	-40'935.00				
	Einnahmen	89'548.00				
HB3060.0087	KSM Menzingen, Projektierung					
	Ausgaben	-48'270.05				
	Einnahmen					
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb					
	Ausgaben	-934'529.50		-178'752.50	-178'752.50	
	Einnahmen					
HB3060.0100	Kant. Zeughaus: Ausbau Studienbibliothek					
	Ausgaben					
	Einnahmen	115'240.55				
HB3060.0105	AVS Steinhausen: Bauausführung					
	Ausgaben		-3'000'000	-1'316'997.14	1'683'002.86	-56,1
	Einnahmen					
HB3060.0106	KSM Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb					
	Ausgaben		-1'000'000	-15'730'577.35	-14'730'577.35	1473,1
	Einnahmen					
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)					
	Ausgaben	-1'232'595.37	-9'000'000	-4'727'963.20	4'272'036.80	-47,5
	Einnahmen					
HB3060.0117	Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5 Zug					
	Ausgaben		-1'000'000		1'000'000.00	-100,0
	Einnahmen					
HB3060.0119	Kantonsschule Zug, Neubau Provisorien					
	Ausgaben		-1'000'000	-294'033.80	705'966.20	-70,6
	Einnahmen					
HB3060.0121	Brückenangebot KBA, Aufstockung Trakt 1 GIBZ					
	Ausgaben		-700'000	-1'425'759.60	-725'759.60	103,7
	Einnahmen					
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung					
	Ausgaben	-2'595'306.50	-300'000	105'712.85	405'712.85	-135,2
	Einnahmen	1'500'000.00		-27'394.05	-27'394.05	
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar					
	Ausgaben	-1'366'754.95	-230'000	-466'800.00	-236'800.00	103,0
	Einnahmen					
HB3060.0126	Sanierung / Umbau Artherstr. 25, Zug					
	Ausgaben		-2'000'000	-1'950'261.15	49'738.85	-2,5
	Einnahmen					
HB3060.0128	Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei Bostadel					
	Ausgaben	-600'000.00	-382'000	-300'000.00	82'000.00	-21,5
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3060.0137	Instandsetzung AZ Schöna: Planungskredit					
	Ausgaben	-14'144.75	-650'000	-267'679.25	382'320.75	-58,8
	Einnahmen					
HB3060.0150	Kauf und bauliche Massnahmen Chamau					
	Ausgaben			-15'000'000.00	-15'000'000.00	
	Einnahmen					
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-9'614'832.27	-19'562'000	-41'921'376.51	-22'359'376.51	114,3
	Einnahmen	1'704'788.55		-27'394.05	-27'394.05	
	Saldo	-7'910'043.72	-19'562'000	-41'948'770.56	-22'386'770.56	114,4

Kommentar Rechnung

Grössere Abweichungen bei den Budgetkrediten:

- Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug: Die Einnahmen von 140'000 Franken betreffen den – zum Budgetierungszeitpunkt noch nicht bekannten – Beitrag von der Stadt Zug zum Mieterausbau des Kulturgüterdepots.
- Erneuerungsbeitrag Sporthalle Zug: Ausführung der Multifunktionsanlage durch die Stadt Zug erfolgt erst ab Sommer 2015.
- Mieterausbauten Polizeidienststellen in Cham und Zug: Diese Projekte wurden vom Regierungsrat als gebundene Ausgabe bewilligt. Zum Budgetierungszeitpunkt war noch nicht bekannt, dass die Projekte die Rechnung 2014 belasten würden. Weitere ungeplante Budgetkredite betreffen den Mieterausbau für die Landis & Gyr-Strasse 1 (Integriertes Brückenangebot), Grundwasserbohrungen für die Energiezentrale GIBZ und die Not-Asylunterkunft an der Artherstrasse 25, Zug.
- Anschaffung und Installation Defibrillatoren: Da die Bereinigung der Standorte mehr Zeit als geplant benötigte, werden die Defibrillatoren erst 2015 installiert.

Grössere Abweichungen bei den Investitionskrediten:

- Die grössten Abweichungen betreffen die Landkäufe Chamau (gemäss KRB ursprünglich für 2013 vorgesehen) und KSM Menzingen (zum Budgetierungszeitpunkt für das Jahr 2015 geplant).
- AVS Steinhausen: Bauausführung: Wegen Einsprachen hat sich das Projekt leicht verzögert und somit wurden nur rund die Hälfte der budgetierten Mittel benötigt.
- Planungskredit Fokus: Im Jahr 2014 sind weniger Planungskosten angefallen als budgetiert.
- Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5, Zug: Wegen der oben erwähnten Verzögerung wurden 2014 noch keine Mittel benötigt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
310	Material- und Warenaufwand	-11'180.05	-15'000	-20'232.51	-5'232.51	34,9
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-34'557.64	-29'900	-18'513.98	11'386.02	-38,1
313	Dienstleistungen und Honorare	-210'781.31	-209'400	-191'989.53	17'410.47	-8,3
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-211'685.91	-285'100	-218'795.52	66'304.48	-23,3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-333'261.28	-335'060	-335'983.17	-923.17	0,3
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-341'854.09	-216'540	-498'188.37	-281'648.37	130,1
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-50'000.00	-50'000	-100'000.00	-50'000.00	100,0
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-20'530.00	-19'000	-9'970.00	9'030.00	-47,5
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-445'374.31	-430'000	-401'212.36	28'787.64	-6,7
	Total Aufwand	-1'659'224.59	-1'590'000	-1'794'885.44	-204'885.44	12,9
426	Rückerstattungen	5'492.60				
429	Übrige Entgelte	2'040.00		700.00	700.00	
447	Liegenschaftenertrag VV	1'651'691.99	1'590'000	1'794'185.44	204'185.44	12,8
	Total Ertrag	1'659'224.59	1'590'000	1'794'885.44	204'885.44	12,9
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungsauftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten. Die Spezialfinanzierung Parking schneidet wegen Mehreinnahmen und tieferen Kosten besser ab als budgetiert.

2 Investitionsrechnung

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
HB3061.0022 Parkleitsystem Zug					
Ausgaben	-3'374.31		-41'212.36	-41'212.36	
Einnahmen			40'000.00	40'000.00	
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-3'374.31		-41'212.36	-41'212.36	
Einnahmen			40'000.00	40'000.00	
Saldo	-3'374.31		-1'212.36	-1'212.36	

Kommentar Rechnung

Zum Budgetierungszeitpunkt war noch nicht bekannt, dass die Arbeiten betreffend Parkleitsystem erst im Jahr 2014 abgeschlossen werden. Der Gesamtkredit kann eingehalten werden.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Amt für Raumplanung (ARP) erfüllte praktisch alle gesteckten Ziele zeitgerecht. Die Laufende Rechnung schliesst mit einer Einsparung von 6,8 Prozent gegenüber dem Budget ab. Auch dieses Jahr zeigte, dass viele Aufgaben des ARP von Fachstellen der Gemeinden, des Kantons und des Bundes abhängen. Fristen lassen sich einhalten, wenn alle am selben Strick ziehen.

Richtplan

Der Bundesrat genehmigte die Anpassung des Richtplans «Wachstum mit Grenzen» von 2013 und attestierte dem Kanton Zug eine vorbildliche Planung. Der Kantonsrat beschloss die Anpassung des Richtplans zu den Weilern, zur Umfahrung Unterägeri und zur Festsetzung des Kantonsstrassennetzes. Das ARP baute alle rechtskräftigen Beschlüsse in den kantonalen Richtplan ein und druckte diesen per 1. März neu. Damit ist eine aktuelle Version vorhanden.

Das ARP startete mit dem Projekt «Verlegung der 380 kV-Leitung Benken–Mettlen». Die Projektorganisation steht. Das ARP erstellte Grundlagen für die Verlegung einer Hochspannungsleitung vom Unterwerk Sins ins Unterwerk Altgasse. Der Kanton fordert mit einer Einsprache eine Verkabelung dieser Leitung.

Verkehrsplanung

In diesem Jahr erarbeitete das ARP das neue Zuger Verkehrsmodell. Dank der Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich erhält der Kanton Zug eine kostenoptimierte Lösung, ohne seine Eigenständigkeit zu verlieren.

Die Verkehrszählungen zeigen ein uneinheitliches Bild: Starkes Wachstum auf den Nationalstrassen oder der neuen Nordstrasse stehen konstanten oder gar sinkenden Zahlen auf verschiedenen Strassen im Talboden gegenüber. Erneut zeigte sich, dass die überkantonalen Pendler stark auf das Auto setzen.

Das ARP überprüfte das ganze Wanderwegnetz. Bevor die Neusignalisation ansteht, muss der Kantonsrat das neue Netz beschliessen.

Agglomerationsprogramm (AP)

Das 1. AP wird umgesetzt. Die Unterzeichnung des 2. AP ist vorbereitet. Der Ball liegt beim eidgenössischen Parlament. Gleichzeitig erarbeitete das ARP das 3. AP. Die Anforderungen des Bundes an Tiefe und Umfang der AP steigen ständig. Dies bindet beim ARP mehr Ressourcen, finanziell wie personell.

Natur und Landschaft

Das Jahr stand im Zeichen der Moorregeneration. Als Höhepunkt fand mit der Korporation Zug auf dem Zugerberg ein «Tag der offenen Tür» statt: Erwachsene und Kinder legten selber Hand an und schaufelten Sägemehl in die Gräben des Eigenrieds.

Den Landwirtinnen und Landwirten zahlte das ARP fristgerecht rund 1,39 Millionen Franken für ihre Leistungen zu Gunsten Natur + Landschaft aus. Der Bund vergütet einen grossen Teil zurück.

Das ARP und das Amt für Wald und Wild erarbeiteten gemeinsam das Konzept «Vielfältige und vernetzte Landschaft». Gemeinden und die Korporationen begleiteten diesen Prozess. Das Konzept bildet die Grundlage für das vom Kantonsrat zu beschliessende Raumordnungskonzept 2016. Aufgrund der fehlenden Strategie zur Biodiversität des Bundes verzögerte sich die Arbeit.

Der Zuger Kirsch und die Zuger Kirschtorte sind nun geschützt. Das entsprechende Legislaturziel ist erfolgreich abgeschlossen.

Koordinationsstelle Baugesuche

Die Zahlen der Baugesuche nahmen gegenüber dem Rekordjahr 2013 tendenziell ab, es zeigte sich aber eine neue Tendenz: Viele Bauherren oder Nachbarn fechten die Entscheide des ARP oder der Gemeinden beim Verwaltungsgericht an. Ein Grund sind die neuen Bestimmungen des Gewässerschutzgesetzes des Bundes.

Gemeinsam mit allen Bootshafenbetreibern wurde die Auslegung der bestehenden Konzessionen diskutiert. Ziel ist eine Harmonisierung.

Das ARP führte die Arbeitshilfe für das Bauen ausserhalb der Bauzone aufgrund geänderter Bundesgesetze nach.

Fachstelle Statistik

Die Fachstelle Statistik erfüllte alle gesteckten Ziele. Das «Statistikgesetz» liegt im Entwurf vor. Die Fachstelle Statistik arbeitete die Einwohnerzahlen der letzten Jahre auf. Es gab Differenzen in den Erhebungen. Dies führte zu einer Rückzahlung von Geldern des kantonalen Finanzausgleichs (ZFA).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und koordiniert die kantonale Statistik.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Richtplanung und Sachpläne				
1	Termingerechtes Abwickeln der Richtplananpassungen	Bericht und Antrag an den Regierungsrat spätestens 6 Wochen nach Eingang der Stellungnahmen		Stellungnahme vom Bund verspätet eingetroffen
2	Fördern der grenzüberschreitenden, interkantonalen Zusammenarbeit	Mindestens 1 Treffen mit den interessierten Nachbarkantonen		Vortreffen hat stattgefunden; Treffen selber wurde auf 2015 verschoben mangels Traktanden
3	Termingerechtes Bearbeiten von Stellungnahmen zu Sachplänen, Konzepten, Projekten, Gesetzen und Verordnungen des Bundes	Fristen werden zu 100 % eingehalten		
Leistungsgruppe 2: Verkehrsplanung und Agglomerationsprogramm				
4	Termingerechtes Erarbeiten von Grundlagen für die Verkehrsplanung, Mobilität	Fristen werden zu 100 % eingehalten		
5	Durchführen und Auswerten von Verkehrserhebungen	Mindestens 70 Verkehrserhebungen pro Jahr mit sofortiger Auswertung; auf mindestens 95 % aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innerhalb 24 Stunden reagieren		
6	Aufsicht über die kantonalen Wanderwege und deren Signalisation	Umsetzung Neusignalisation aller kantonalen Wanderwege		Verzögerung
7	Aufsicht über die kantonalen Radstrecken und die allgemeinen Belange des Zweiradverkehrs	Laufende Projektüberprüfungen aus Sicht des Zweiradverkehrs in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt		
A	Umsetzung Agglomerationsprogramm 1. und 2. Generation	Vorbereitungsarbeiten für die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung Agglomerationsprogramm 2. Generation nach den Vorgaben des Bundes durchgeführt		
Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft				
8	Aufsicht, Koordination und Abgeltung von Pflege und Unterhalt der kantonalen Naturschutzgebiete	Fristgerechte Auszahlung der Beiträge bis Ende 2014		
9	Moorregenerationen in Mooren von nationaler Bedeutung	Umsetzen in mindestens 5 Mooren		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
10	Koordinieren und Umsetzen von Artenschutz- und Fördermassnahmen	Vertiefte Untersuchungen in ausgewählten Schwerpunktgebieten	●	
11	Umsetzen des Entwicklungsleitbilds Zuger-/Walchwil-/Rossberg	Beschilderung im Gebiet Eigenried erneuert Machbarkeit Bike-Trail geklärt	◐	Beschilderung Loipe vorhanden; Karte Sommer in Erarbeitung
L4	Konzept vielfältige und vernetzte Landschaft	Konzept liegt vor	◐	Entwurf liegt vor, Verzögerung aufgrund Verzögerung bei Bundesstrategie
L7	Projekt «Zuger Chriesi»	Umsetzung Teilprojekt Landschaft läuft	●	

Leistungsgruppe 4: Ortsplanung, Baugesuche, Konzessionen, Kiesabbau und Deponien

12	Termingerechtes Vorprüfen und Genehmigen von Ortsplanungen und Bebauungsplänen	3 Monate bei Gesamtrevisionen und neuen Bebauungsplänen; 2 Monate bei Teilrevisionen	●	
13	Termingerechtes Behandeln von Bauanfragen und Baugesuchen (ausserhalb der Bauzone, innerhalb des Gewässerabstandes, Starkstromanlagen)	Fristen: Innert 1 Monat Schreiben beziehungsweise Verfügen; Bauanzeigen innert 10 Tagen	◐	Unvollständige Gesuche, Augenscheine, erhöhter Koordinationsaufwand
14	Termingerechtes Behandeln von Gesuchen für den Kiesabbau und Deponien	Fristen: Innert 6 Monaten verfügen	●	
15	Termingerechtes Erteilen von Konzessionen	Fristen: Innert 2 Monaten Schreiben beziehungsweise Verfügung; bei neuen Konzessionsgesuchen 4 Monate	●	

Leistungsgruppe 5: Statistik, Raumbeobachtung und Volkszählung

17	Erbringen von statistischen Dienstleistungen und Auskünften für die Verwaltung und die Öffentlichkeit	Auf mindestens 95 % aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innert 24 Stunden reagieren	●	
18	Verfassen von statistischen Publikationen	Mindestens 3 öffentliche Publikationen (Medienmitteilungen, Analysen, Newsletter) pro Jahr	●	
19	Überwachen der Bauzonenreserven-Entwicklung	Aktualisieren der unbebauten Bauzonen in allen Gemeinden per Ende Jahr	●	
20	Lieferung Volkszählungsdaten an Bundesamt für Statistik	100 % innert Frist (vierteljährlich)	●	
21	Erarbeiten der statistischen Grundlagen für die Raumbeobachtung	Grundlagen sind bis Ende Jahr aktualisiert	●	
22	Produktion «Kanton Zug in Zahlen» in Zusammenarbeit mit der Zuger Kantonalbank	Print-Publikation «Zug in Zahlen» bis September	●	
23	Koordinieren der Bildungsstatistik für Volkswirtschaftsdirektion und Direktion für Bildung und Kultur	Termingerechte Datenlieferung aller Schulen ans Bundesamt für Statistik	●	
B	Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für die Statistik	Der Vernehmlassungsprozess für die gesetzliche Grundlage läuft	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Baugesuche und Anfragen innerhalb und ausserhalb der Bauzone	Anzahl	557	450	464
Bebauungspläne (Vorprüfungen und Genehmigungen)	Anzahl	46	30	21
Konzessionsgesuche	Anzahl		25	5

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'936'513.96	-7'033'100	-6'730'311.65	302'788.35	-4,3
Total Ertrag	982'681.25	1'218'400	1'309'635.00	91'235.00	7,5
Saldo	-4'953'832.71	-5'814'700	-5'420'676.65	394'023.35	-6,8

Kommentar Rechnung
Die Minderung beim Aufwand hängt mit dem Verzicht auf externe Aufträge bei Planungen und den Druck des Richtplans zusammen. Mehrerträge gab es bei den Gebühren und den EDV-Rückerstattungen der Gemeinden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3080.0001 GemDat Raum					
Ausgaben		-60'000	-61'265.15	-1'265.15	2,1
Einnahmen					
IT3080.0002 GemDat Rubin Phase 2					
Ausgaben		-390'000	-105'625.20	284'374.80	-72,9
Einnahmen		156'000	151'209.00	-4'791.00	-3,1
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-450'000	-166'890.35	283'109.65	-62,9
Einnahmen		156'000	151'209.00	-4'791.00	-3,1
Saldo		-294'000	-15'681.35	278'318.65	-94,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
BD3080.0006 Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz					
Ausgaben	-34'379.80	-100'000	-13'000.00	87'000.00	-87,0
Einnahmen	11'459.95	33'000		-33'000.00	-100,0
BD3080.0009 Unterirdische Führung elektr.Übertragungsleitungen					
Ausgaben		-333'000		333'000.00	-100,0
Einnahmen		166'000		-166'000.00	-100,0

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Verpflichtungskredite					
Ausgaben	-34'379.80	-433'000	-13'000.00	420'000.00	-97,0
Einnahmen	11'459.95	199'000		-199'000.00	-100,0
Saldo	-22'919.85	-234'000	-13'000.00	221'000.00	-94,4

Kommentar Rechnung

Beim Projekt GemDat Rubin (elektronisches Baubewilligungsprogramm) wurden zwei Projektanpassungen zeitlich verschoben. Die Unterschreitung der Verpflichtungskredite hat zwei Gründe:

- Weniger Gesuche für die Finanzierung von ökologischen Aufwertungsprojekten aus dem Hochspannungsleitungskredit, Landschaftsschutz.
- Verschiebung des Starts des Projekts unterirdische Führung elektrischer Übertragungsleitungen aufgrund intensiver Vorbereitungsarbeiten.

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3500	Direktionssekretariat	-2'088'289.78	-2'453'700	-2'314'584.78	139'115.22	-5,7
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'054'632.38	-2'379'500	-2'156'155.96	223'344.04	-9,4
3541	Stabsstelle Notorganisation	-85'889.78	-133'300	-105'391.10	27'908.90	-20,9
3581	Strassenverkehrsamt	1'575'162.84	2'676'300	2'301'176.80	-375'123.20	-14,0
3587	Amt für Feuerschutz	-231'136.40	-221'152	-257'310.40	-36'158.40	16,4
3590	Zuger Polizei	-44'322'562.79	-45'701'600	-44'685'865.34	1'015'734.66	-2,2
3592	Amt für Migration	-1'266'113.71	-1'560'300	-1'417'324.93	142'975.07	-9,2
3595	Strafanstalt	-2'488'775.28	-2'592'150	-2'806'344.28	-214'194.28	8,3
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-5'006'263.50	-5'421'050	-4'682'061.32	738'988.68	-13,6
35	Sicherheitsdirektion	-55'968'500.78	-57'786'452	-56'123'861.31	1'662'590.69	-2,9

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3541	Stabsstelle Notorganisation		-400'000	-282'211.89	117'788.11	-29,4
3581	Strassenverkehrsamt	18'643.85	-449'000	-481'106.64	-32'106.64	7,2
3587	Amt für Feuerschutz	-100'824.15	-35'200	-77'733.30	-42'533.30	120,8
3590	Zuger Polizei	-3'581'920.50	-10'290'000	-5'928'700.31	4'361'299.69	-42,4
35	Sicherheitsdirektion	-3'664'100.80	-11'174'200	-6'769'752.14	4'404'447.86	-39,4

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vertiefung und der Konsolidierung der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und mit den Gemeinden im Sicherheitsbereich. Der Straf- und Massnahmenvollzug blieb im Fokus der Öffentlichkeit und auf der Agenda der Sicherheitsdirektoren und -direktoren. Die Kantone erarbeiteten gemeinsame Standards zur Umsetzung der Massnahmen gegen Gewalt an Sportanlässen. Der Kantonale Führungsstab erprobte seine Strukturen und Abläufe im nationalen Rahmen. Die Massnahmen gegen Littering im Kanton Zug wurden ausgedehnt und vertieft. Der Kanton Zug übernahm das Präsidium der Zentralschweizer Sicherheitskonferenz. Im Rahmen der Strategie des Regierungsrats für die Jahre 2015–18 wurden neue Sicherheitsziele definiert.

Straf- und Massnahmenvollzug weiterhin im Fokus der Öffentlichkeit

Nach einem Streik des Gefängnispersonals in Genf waren die Engpässe in den Strafvollzugsanstalten der Schweiz mehrmals Thema in den Medien. Seit längerem versuchen die Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren der angespannten Situation Abhilfe zu schaffen und fordern den Ausbau von bestehenden Anstalten und den Neubau von neuen Gefängnissen. Die Zuger Sicherheitsdirektion beteiligt sich an der Projektierung einer neuen interkantonalen Anstalt für den Vollzug von Administrativhaften im Rahmen des Strafvollzugskonkordats Nordwest- und Inner-schweiz. Bei der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel werden die Möglichkeiten eines Ausbaus geprüft.

Mit vereinten Kräften gegen Gewalt an Sportveranstaltungen

Der Regierungsrat setzte das revidierte «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» im Frühling in Kraft. Im Verbund mit den anderen Kantonen können die negativen Auswirkungen von Gewalt im Zusammenhang mit Sportanlässen nun gezielter und nachhaltiger angegangen werden. Für die konkrete Anwendung der neuen Bestimmungen entwickelten die Sicherheitsbehörden der Kantone gemeinsame Standards. Die Neuerungen konnten im Kanton Zug reibungslos umgesetzt werden.

Führungsabläufe im Krisenfall erprobt und optimiert

Der Kantonale Führungsstab (KFS), bestehend aus den Führungsorganen von Zivilschutz, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und anderen, erprobte seine Abläufe und die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Rahmen der nationalen Sicherheitsverbundübung SVU 14 anhand breit-flächiger Szenarien. Die Übung lieferte wichtige Hinweise und Ansatzpunkte für die Bewältigung einer ausgedehnten Bedrohungslage.

Kooperation soll verstärkt werden

Der Regierungsrat definierte verschiedene Ziele im Sicherheitsbereich für die Legislatur 2015–18. So soll die Kooperation mit Nachbarkantonen weiter vertieft werden. Die Sicherheitsorganisationen – Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr – sind stark kantonal organisiert. Verschiedene Aufgaben oder grössere Ereignisse, wie beispielsweise Naturkatastrophen, lassen sich jedoch im Verbund mit anderen Kantonen und den Bundes-behörden besser bewältigen. Die entsprechenden Voraussetzungen für eine möglichst zielführende Zusammenarbeit sind hier zu schaffen.

Mittels Kooperation sollen auch die Ressourcen der Kantone gebündelt und optimal eingesetzt werden. So erfordert die Untersuchung von elektronischen Geräten und Netzwerken zur Beweissicherung und Aufklärung von Verbrechen spezielle Ermittlungsmethoden, moderne Technik und hohe Fachkompetenz bei den Strafverfolgungsbehörden. Mit dem Aufbau eines IT-Kompetenzzentrums im Kanton Zug soll diese Aufgabe in der Zentralschweiz gemeinsam und kostengünstiger erbracht werden können.

Zug präsidiert interkantonale Sicherheitskonferenz

Die Sicherheitsdirektion übernahm vom Kanton Obwalden das Präsidium der Zentralschweizer Polizeidirektorinnen und -direktorenkonferenz (ZPDK) und der Zentralschweizer Polizeikommandantenkonferenz (ZPKK). Ziel ist, die Effizienz im Sicherheitsbereich in der ganzen Zentral-schweiz zu steigern, indem Synergien genutzt und Kompetenzen gemeinsam aufgebaut werden. Die Zusammenarbeit unter den Führungs-organen und Partnerorganisationen in der Zentralschweiz und darüber hinaus soll gestärkt werden. Da der Kanton Zug gleichzeitig das Vize-präsidium der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wahrnimmt, können die regionalen Interessen der Zentralschweiz optimal in die gesamtschweizerische Sicherheitspolitik einfließen.

Koordinierte Massnahmen gegen Littering im Kanton Zug

Die 2013 gestartete Kampagne gegen Littering im Kanton Zug wurde ausgedehnt. Die Kommunikationsmassnahmen sind Teil einer mehrjährigen Gesamtstrategie. Die beteiligten Partner, bestehend aus Kanton, Gemeinden und dem Abfallverband Zeba, beschlossen, die Kampagne bis Mitte 2016 weiterzuführen. Die Bevölkerung begrüsst die Kampagne.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Verschiedene Gesetzgebungsprojekte des Direktionssekretariates konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. So wird die präventive Videoüberwachung in das Sicherheitskonzept des Kantons Zug integriert. Mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips wird die Verwaltungsarbeit transparenter. Bei weiteren Gesetzgebungsvorlagen wie dem Gebäudeversicherungsgesetz oder dem Hundegesetz konnten wichtige Meilensteine erreicht werden. Das Direktionssekretariat zeichnete federführend verantwortlich, die Entscheidungsgrundlagen zu erstellen und die Geschäfte in den Kommissionen und im Kantonsrat zu begleiten.

Gesetzliche Grundlagen für die Videoüberwachung

Das Videoüberwachungsgesetz reglementiert den Einsatz der Videoüberwachung durch die Behörden im Kanton Zug. Dabei wurde ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Datenschutz einerseits sowie dem Einsatz von präventiver Videoüberwachung zur Stärkung der Sicherheit auf Zuger Boden gesucht. Der Kantonsrat stimmte der Vorlage des Regierungsrats mit geringfügigen Änderungen zu. Nachdem das Gesetz in Kraft getreten war, nahm die Sicherheitsdirektion die Umsetzungsarbeiten auf.

Zuger Verwaltung wird transparenter

Seit Mai gilt im Kanton Zug das Prinzip der Öffentlichkeit der Verwaltung. Dadurch erhalten die Bürgerinnen und Bürger das Recht auf Zugang zu Dokumenten der Verwaltungen. Damit schloss sich der Kanton Zug dem landesweiten Trend zur grundsätzlichen Transparenz der Verwaltungsarbeit an. Das Direktionssekretariat begleitete die Einführung der neuen Abläufe in den Verwaltungen von Kanton und Gemeinden und führte Schulungen in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei durch.

Gebäudeversicherung soll zeitgemäss organisiert werden

Der Kernauftrag der Gebäudeversicherung Zug (GVZG) ist das Versichern von Feuer- und Elementarschäden. Zugleich nimmt sie die kantonalen Aufgaben in den Bereichen Brandschutz und Feuerwehr wahr. Aufgrund des Strukturwandels und der Bautätigkeit im Kanton Zug haben sich die Risiken und damit die Anforderungen an die GVZG verändert. Die Totalrevision des «Gesetzes über die Gebäudeversicherung» sieht eine organisatorische Neustrukturierung der GVZG vor. Die Aufträge der GVZG sollen präzisiert und zeitgemäss abgebildet werden. Der Regierungsrat gab den Entwurf des revidierten Gebäudeversicherungsgesetzes den politischen Parteien, den Gemeinden und weiteren interessierten Stellen zur Vernehmlassung.

Friedliches Zusammenleben von Mensch und Hund

Das neue «Gesetz über die Haltung von Hunden» soll den gesellschaftlich verträglichen Umgang mit den Vierbeinern und deren Haltung im Einklang mit der landwirtschaftlichen Nutzung sowie dem Natur- und Artenschutz ermöglichen. Das kantonale Hundegesetz soll die gleichen Voraussetzungen im ganzen Kantonsgebiet schaffen und die unbefriedigende Situation mit unterschiedlichen kommunalen Regelungen beheben. In der ersten Jahreshälfte führte die Sicherheitsdirektion eine Vernehmlassung durch. Diverse Hinweise und Anregungen konnten in den Gesetzesentwurf einfließen. Ende Jahr übergab der Regierungsrat den überarbeiteten Gesetzesentwurf dem Kantonsrat zur Beratung.

Feuerwehrrpflicht und Ersatzabgabe werden beibehalten

Im Auftrag des Kantonsrats legte der Regierungsrat das revidierte Gesetz über den Feuerschutz vor, das vorsah, die Feuerwehrrpflicht und die Ersatzabgaben aufzuheben. Dies hätte Mindereinnahmen für die Gemeinden bedeutet. Der Kantonsrat folgte dem Antrag der vorberatenden Kommission, nicht auf das Geschäft einzutreten. Damit bleibt es beim Status Quo.

Jugendschutz bei Filmen und Videospielen auf kantonaler Ebene verworfen

Mit einer Totalrevision des kantonalen Filmgesetzes beabsichtigte der Regierungsrat, das Regelwerk an das revidierte Bundesgesetz anzupassen und gleichzeitig die Altersgrenzen im Sinne des Jugendschutzes auch auf andere audio-visuelle Medien auszudehnen. Der Kantonsrat beschloss in erster Lesung im Dezember, das veraltete Gesetz aufzuheben, verzichtete jedoch darauf, neue und erweiterte Regeln zu erlassen.

Zuständigkeit für Verkehrsanordnungen vereinheitlicht

Der Regierungsrat erliess die Änderung der Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation und erfüllte damit ein Postulat des Kantonsrats. Mit dem Erlass wurde die Stadt Zug den übrigen Zuger Gemeinden gleichgestellt. Der Kanton ist für die Verkehrsanordnungen an Kantonsstrassen neu auch auf dem Gebiet der Stadt Zug zuständig. Zudem unterliegen die Verkehrsanordnungen an Gemeindestrassen der Stadt Zug der Genehmigung der Sicherheitsdirektion, wie dies in den anderen Gemeinden üblich ist.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat erfüllt Stabs, Planungs, Koordinations und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion. Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Effiziente und nachhaltige Arbeitserledigung	Arbeitsprozesse sind überprüft und aktualisiert		
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren		
2	Umgehende Einleitung von Verfahrensschritten den Rechtsdienst des Regierungsrates betreffend	Verfahrensleitende Schritte innert 4 Arbeitstagen eingeleitet		
3	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Vorverfahren innert 6 Monaten abgeschlossen; Fristen des Gerichts eingehalten		
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Umsetzung der vom Regierungsrat beschlossenen Massnahmen begonnen		
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
4	Hohe Qualität der Anträge der SD an den RR	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen		
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Gesetzliche Fristen eingehalten		
6	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Fristen sind eingehalten		
C	Totalrevision Filmgesetz	Parlamentarisches Verfahren abgeschlossen		80 % Zielerreichung. Der Kantonsrat hat das Geschäft in 1. Lesung beraten
D	Öffentlichkeitsgesetz	Checklisten erstellt; Schulungen durchgeführt		
E	Erledigung der Motion Übelhart und Wicky zur Aufhebung der Feuerwehrlaufpflicht und Ersatzabgabe	Parlamentarisches Verfahren abgeschlossen		
F	Erledigung des Postulats Hürlimann zur Revision der Strassensignalisationsverordnung	Bericht und Antrag des Regierungsrats zur Umsetzung des Postulats an KR überwiesen		
L24	Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	Teilprojekt Übertretungsstrafrecht: Fortsetzung der Informationskampagne durchgeführt		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben				
7	Beförderliche Bearbeitung der eingehenden Gesuche betreffend Verkehrsanordnungen	90 % der Gesuche innert 3 Wochen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	●	
8	Rasche Bearbeitung eingehender Gesuche im Lotteriewesen	Gesuche innert 14 Tagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	●	
9	Rasche Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche aus dem Lotteriefonds	Gesuche unter Fr. 10'000 innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	◐	75 % Zielerreichung: 1 Gesuch benötigte vertiefte Abklärungen bezüglich Zuständigkeit und Anspruchsberechtigung
Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen				
10	Gewährleistung des internen Informationsflusses	11 Amtslersitzungen; 12 Teamsitzungen des Direktionssekretariats; 1 Klausurtagung Amtsleitende	●	
11	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	12 Vorträge; 50 Medienkontakte; 2 Medienkonferenzen	●	
12	Fristgerechte und korrekte Direktionsrechnungsführung	Fristen Finanzdirektion eingehalten; keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	●	
Leistungsgruppe 5: Opferhilfe				
13	Rasche Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	90 % der Verfügungen innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	●	
14	Rasche Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	90 % der Verfügungen innert 3 Wochen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	●	
15	Beförderliche und fachgerechte Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genugtuungen	90 % der Verfügungen innert 2 Monaten nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	◐	50 % Zielerreichung. 4 Gesuche mussten aufgrund ihrer Konnexität gleichzeitig bearbeitet und entschieden werden. Die beantragten Beträge und die hohe Komplexität erforderten zudem ein umfangreiches Aktenstudium sowie vertiefte Rechtsabklärungen
16	Sicherstellung der Aufsicht/Controlling Opferberatungsstellen	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen	●	
Leistungsgruppe 6: Eichamt				
17	Messmittel sind gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	1'350 Messmittel gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	◐	96 % Zielerreichung: 1'290 Messmittel geeicht
18	Effektive Füllmengenkontrollen nach Deklarationsverordnung (DVO)	35 Hersteller von Fertig- und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	●	
19	Vorgaben des Bundesamts für Metrologie Metas sind erfüllt	Jahresziele Metas erreicht	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Zu Ziel 15: Bereits im Geschäftsbericht 2013 wurde festgestellt, dass die gesetzte Frist von 2 Monaten zur Zielerreichung zu kurz angesetzt ist. Eine entsprechende Korrektur wurde im Budget 2015 vorgenommen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl	21	55	39
Staatshaftung	Anzahl	10	15	11
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl	7	5	3
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	12	8	7
Vernehmlassungen des Bundes	Anzahl	41	20	20
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl	93	90	69
Verkehrsanordnungen	Anzahl	71	100	68
Gesuche Opferhilfe	Anzahl	103	150	105
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl	2'690	2'800	2'660
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl	70	65	69

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Die rückläufige Anzahl an Verkehrsanordnungen ist auf die Mitarbeit an mehreren Grossprojekten (neue Kantonsstrasse H [Grindel – Bibersee], Kreuzung Alpenblick, Umfahrung Cham–Hünenberg inkl. flankierende Massnahmen) zurückzuführen.
- Die Anzahl Gesuche um Opferhilfe unterliegt starken Schwankungen und ist nicht beeinflussbar. Die budgetierten Zahlen für das Jahr 2015 wurden aufgrund der Rechnung 2013 bereits angepasst.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'257'067.93	-2'620'400	-2'467'345.03	153'054.97	-5,8
Total Ertrag	168'778.15	166'700	152'760.25	-13'939.75	-8,4
Saldo	-2'088'289.78	-2'453'700	-2'314'584.78	139'115.22	-5,7

Kommentar Rechnung

- Aufgrund der reduzierten Anzahl eingereichter Opferhilfegesuche wurden rund 27'800 Franken weniger als budgetiert an die Opfer ausbezahlt. Der von den Opferhilfestellen auf der Basis von Leistungsvereinbarungen verrechnete Betrag lag um 68'100 Franken tiefer als budgetiert.
- Bei den Honoraren und Dienstleistungen wurden rund 55'600 Franken eingespart. So konnten nicht alle geplanten Projekte im 2014 umgesetzt werden. Zudem fielen ein Teil der Projekte kostengünstiger aus.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Mitwirkung bei den Projekten Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schöna, Strategie Bevölkerungsschutz 2015+, Strategie Zivilschutz 2015+, Stationierungskonzept und Weiterentwicklung der Armee sowie mehrere Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft prägten das Jahr.

Instandsetzung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schöna

In diversen Sitzungen begleitete das AZM das Hochbauamt bei der Erarbeitung des Projektes Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schöna sowie die Generalplanerwahl im selektiven Verfahren. Die Planung der neuen Materialhalle, des Restaurants für 110 Personen, einer Küche im Erdgeschoss, einer Liftanlage sowie der Sanierung der Gebäudehülle und der Haustechnik wurde fortgeführt. Der Regierungsrat hat den Bericht des Beurteilungsgremiums am 11. November zur Kenntnis genommen und den Antrag, die Gesamtleitung Markus Schietsch Architekten GmbH, Zürich, mit der Projektierung zu beauftragen, genehmigt.

Schutzanlagen

Das Konzept der Schutzanlagen im Kanton Zug wurde überprüft. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz bewilligte den Antrag des AZM, vier Schutzanlagen aufzuheben und fünf Schutzanlagen in öffentliche Schutzräume umzunutzen. Mit der Umnutzung von Schutzanlagen in öffentliche Schutzräume konnte die Bilanz der Schutzräume optimiert werden. Durch die Aufhebung der Schutzanlagen können künftig die Betriebskosten reduziert werden.

Einsätze

Die Zivilschutzorganisation leistete mehrere Einsätze für Instandstellungsarbeiten nach Unwettern in den Gemeinden Zug, Baar, Cham, Hünenberg, Walchwil und Oberägeri. Sie betreute in mehreren Einsätzen mit dem Care Team Zug betroffene Personen im Bereich der psychologischen Nothilfe und unterstützte die Zuger Polizei bei einer Vermisstensuche im Ägerital.

Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Die Zivilschutzorganisation leistete Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft beim Jubiläum 600 Jahre Hünenberg, beim Polizeimusiktreffen in Zug, beim Innerschweizer Schwing- und Älplerfest in Cham, bei Vorarbeiten zu 700 Jahre Morgarten 2015 und beim TixiTaxi Fahrauftrag.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung				
1	Stellt aktuellen Datenbestand des militärischen Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet		
2	Führt Orientierungstage für alle 18-jährigen Schweizer durch und bietet zur Rekrutierung auf	10 Orientierungstage		
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert 2 Wochen bearbeitet		
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe korrekt und vollständig	100 % bewirtschaftet; Revision stellt keine gravierenden Mängel fest		
5	Kontrolliert die korrekte und zeitgerechte Erfüllung der Schiesspflicht der Angehörigen der Armee	Im Januar Liste der Versäumer/innen kontrolliert und bearbeitet		
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen		
7	Retablierungsstelle gemäss Anforderungen Leistungsauftrag VBS	3 Tage pro Woche geöffnet; keine Beanstandungen durch VBS		
Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung				
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Innert 2 Wochen		
9	Stellt die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzräume sicher	1 Überarbeitung		
10	Führt periodische Schutzraumkontrollen gemäss Checkliste durch inkl. Nachkontrolle bei Mängeln	350 Objekte		
C	Schnittstelle zwischen Software baulicher Zivilschutz und Software Bauverwaltung	Realisierung im 3. Quartal		Die Schnittstelle wird aufgrund des schlechten Kosten-Nutzenverhältnisses nicht realisiert
D	Sanierung Anlage Sternmatt	Abschluss der Arbeiten im 4. Quartal		
Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation				
11	Stellt den aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet		
12	Stellt Einsatzbereitschaft und Qualität der Ausbildung sicher	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
13	Unterstützt TixiTaxi mit Fahrer/-innen	700 Einsatztage	●	
14	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Innert 1 Woche	●	
15	Leistet Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft gemäss Gesuche	800 Einsatztage	●	
16	Stellt den Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Kontrolle des Inventars gemäss Planung	●	
Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben				
17	Bearbeitet Gesuche des Winkelriedfonds	100 % der Betroffenen innert 2 Wochen nach der Beförderung angeschrieben	●	
18	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzsätzen	●	
19	Aktive Mitwirkung bei den kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Zentralschweiz	Leitung 4 Koordinationssitzungen	●	
E	Feierlichkeiten 700 Jahr Morgarten, 2015	Konzept und Projektierung abgeschlossen	●	
F	Bericht Strategie Zivilschutz 2015+	1. Teil-Konzept erarbeitet; 5 Projektsitzungen	●	
G	Sanierung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schönaue	Nutzerbedürfnisse eingebracht	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Stellungspflichtige	Pflichtige	560	500	496
Meldepflichtige Armee	Pflichtige	7'252	7'300	7'304
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige	2'048	2'000	2'032
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige	3'136	3'000	3'135
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche	160	150	148
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche	966	1'100	971
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche	442	400	455
Kunden Retablierungsstelle	Kunden	1'347	1'500	1'321
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage	8'367	8'000	7'998

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'171'803.42	-4'407'100	-4'188'559.67	218'540.33	-5,0
Total Ertrag	2'117'171.04	2'027'600	2'032'403.71	4'803.71	0,2
Saldo	-2'054'632.38	-2'379'500	-2'156'155.96	223'344.04	-9,4

Kommentar Rechnung

Durch den Einsatz eigener Instruktoren und weniger Teilnehmende aus der Rekrutierung reduzierte sich der Aufwand um 90'000 Franken. In Gebieten mit einem Schutzplatzdefizit wurden Beiträge an die Erstellung von öffentlichen Schutzplätzen in der Höhe von 40'000 Franken geleistet. Die Nichtrealisierung der Schnittstelle zwischen Software baulicher Zivilschutz und Bauverwaltung (Zielsetzung C) hat keinen wesentlichen Einfluss auf den Jahresabschluss.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Stabsstelle Notorganisation koordinierte die Arbeiten betreffend Revision Bevölkerungsschutzgesetz, die Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe und des Kantonalen Führungsstabes sowie die Einführung des neuen Verteilkonzeptes der Kaliumiodidtabletten. Die Sicherheitsverbundübung 2014 (SVU 14), welche im Zeitraum November gesamtschweizerisch durchgeführt wurde, prägte die Planungsarbeiten und die Ausbildungstätigkeit des Kantonalen Führungsstabes stark.

Revision Bevölkerungsschutzgesetz

Die Stabsstelle Notorganisation informierte in Zusammenarbeit mit den Abteilungschefs des Kantonalen Führungsstabes die Stabschefs und die sicherheitsverantwortlichen Behördenmitglieder der Gemeinden über den Entwurf der Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes. Bei den Direktionen und betroffenen Fachstellen wurde ein internes Mitberichtsverfahren eröffnet.

Kantonaler Führungsstab

Der Kantonale Führungsstab (KFS) bearbeitete an zwei Sitzungen die Sachgeschäfte POLYCOM ZG, KFS Organigramm, Sicherheitskonzept Schulen, ABC-Schutz Schweiz, Ausbildung sowie Budget und erarbeitete die Grundlagen der Revision Bevölkerungsschutzgesetz. Die Fachbereiche Information, Technische Dienste und Zivilschutz absolvierten an je einem Tag eine Ausbildung in der Stabsarbeit. Unter der Leitung von Bundesrat Alain Berset wurde im Rahmen des Sicherheitsverbund Schweiz die Sicherheitsverbundübung 2014 mit den Modulen Strommangellage, Pandemie, Nationale Koordination und Überprüfung der Informations- und Kommunikationstechnik durchgeführt. Für den Kanton Zug erarbeitete der Kantonale Führungsstab eine Massnahmenliste, welche z. B. ein Konzept für die Notstromversorgung der Standorte der Führungsorgane sowie für die Alarmierung und Kommunikation mit der Bevölkerung bei einer Strommangellage vorsieht. Die Stabsassistenten des Zivilschutzes und der Polizei wurden im Bereich Führungsunterstützung an drei Tagen ausgebildet und haben an der SVU 14 mitgewirkt.

Gemeindeführungsstäbe

Die Stabschefs der Gemeindeführungsstäbe wurden am 5. März zum Rapport eingeladen, an dem aktuelle Themen wie Revision des Bevölkerungsschutzgesetzes, Strategie Bevölkerungsschutz 2015+, Strategie Zivilschutz 2015+, POLYCOM, Alarmsystem, Konzept Kaliumiodidtabletten und Ausbildung besprochen wurden. Die Stabschefs der Gemeindeführungsstäbe wurden am 5. November, während der SVU 14, zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch zum Übungsthema eingeladen.

Katastrophenorganisation

An drei Sitzungen besprach die Arbeitsgruppe Katastrophenplan verschiedene Sachgeschäfte wie Konzept Schadenplatz Einsatzleiter, Einsatzkonzepte, Alarmsystem, Budget, Ausbildung und Material. Die ABC Koordinatoren der Zentralschweiz bearbeiteten an zwei Sitzungen das Thema ABC-Schutz Schweiz. Die ABC-Massnahmenlisten der Zentralschweiz und des Kantons Zug wurden weiter bearbeitet. Der Standard der ABC-Schutzausrüstung für die Partnerorganisationen des Kantons Zug wurde definiert und die Beschaffung gestartet. Das Personal der mobilen Sanitätshilfsstelle wurde unter der Leitung des Rettungsdienstes Zug an zwei Tagen ausgebildet. Die Ersatzbeschaffung des Containers für die Mobile Sanitätshilfsstelle wurde submittiert und der Auftrag dazu konnte erteilt werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Stabsstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Notorganisation				
1	Stellt den reibungslosen Betrieb des Alarmierungssystems sicher	Pro Organisation 3 Probealarme		
2	Regelmässige Durchführung von Informations- und Planungsrapporten	Mindestens 2 Informations- und Planungsrapporte		
3	Regelmässige Durchführung von Gemeindeführungsstabsübungen	4 Übungen		
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle (San Hist) sicher	Kontrolliert den Mittelbedarf, den Ausbildungsstand und bearbeitet Mutationen des San Hist Personal innert 2 Wochen		
5	Hohe Qualität bei der betrieblichen Sicherheit der Verwaltung und Gerichte im Bereich Notfall- und Ereignismanagement sowie Kriesenmanagement gewährleisten	Standards sind aktualisiert; 1 Ausbildung für neue Amtsleitende durchgeführt		
6	Regelmässige Durchführung von Ausbildungen	5–7 Ausbildungen		
A	Umsetzung Massnahmen Projekt ABC-Schutz	Umsetzung Pendenzenliste		
C	Informations- und Kommunikationstechnik-Strategie (IKT-Strategie) Notorganisation erarbeiten	Konzept erstellt		
D	Ersatzbeschaffung Container mobile Sanitätshilfsstelle	Durchführung Submissionsverfahren; Antrag zur Beschaffung initialisiert		
E	Bericht Strategie Bevölkerungsschutz 2015+	1. Teil-Konzept erarbeitet; 5 Projektsitzungen		
F	Totalrevision Notorganisationsgesetz	Gesetzesvorlage erarbeitet und an Kantonsrat überwiesen; Verordnung im Entwurf erarbeitet		Internes Mitberichtsverfahren eröffnet, zeitliche Verzögerung infolge aufwändigeren Vorarbeiten
G	Sicherheitsverbundübung 2014 (SVU 14)	KFS hat Übung erfolgreich absolviert		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Kantonaler Führungsstab (KFS)	Anzahl	1	1	1
Gemeinde Führungsstäbe (GFS)	Anzahl	11	11	11
Sanitätshilfestelle (San Hist)	Angehörige	157	170	164

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-215'602.48	-261'000	-225'389.40	35'610.60	-13,6
Total Ertrag	129'712.70	127'700	119'998.30	-7'701.70	-6,0
Saldo	-85'889.78	-133'300	-105'391.10	27'908.90	-20,9

Kommentar Rechnung
Für die Planung der Informations- und Kommunikationstechnik der Notorganisation wurde auf externe Beratungsleistungen verzichtet, weshalb das Budget um 20'000 Franken unterschritten wurde.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite						
Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3541.0002	Container Sanitätshilfsstelle Notorganisation					
	Ausgaben		-400'000	-282'211.89	117'788.11	-29,4
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-400'000	-282'211.89	117'788.11	-29,4
	Einnahmen					
	Saldo		-400'000	-282'211.89	117'788.11	-29,4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung
Die Lieferung des Containers erfolgt im Jahr 2015, daraus resultiert die Restsumme von 117'000 Franken.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Fahrzeugzunahme war wider Erwarten überdurchschnittlich ausgefallen. Der Leistungsauftrag bezüglich einer ausgeglichenen Betriebsrechnung wurde nach Auswertung der Kosten- und Leistungsrechnung nicht erreicht (Kostendeckungsgrad 95 Prozent). Geprägt war das Jahr gegen Ende hin vor allem mit der Initialisierung von Entlastungsmassnahmen für die folgenden Jahre.

Personelles

Die langfristigen krankheitsbedingten Fehlzeiten bei den Verkehrsexperten konnten mit der Einstellung und Ausbildung eines Ersatzverkehrsexperten nur teilweise kompensiert werden. Die aufwendige und zeitintensive Einarbeitung und Ausbildung verhinderten den raschen Einsatz dieser Person als Fahrzeugexperte. Aufgrund dieser Ausfälle wurden die Einnahmen bei den Fahrzeugprüfungen beträchtlich geschmälert. In der Administration waren 2014 weniger langfristige gesundheitsbedingte Ausfälle zu verzeichnen. Eine betraf den Mutterschaftsurlaub und konnte mit einer Aushilfe kompensiert werden.

Verschiedene Projekte realisiert

Infrastrukturell konnten nebst der Sanierung des Prüfhallenbodens vor allem die Erweiterung und Verbesserung der Arbeitsplätze im Bereich Zulassung und das Bürokonzept im Bereich Prüfungen realisiert werden. Auch wurden für den Theorieraum neue Tische und die Bestuhlung ersetzt. Das Konzept für die räumliche Erweiterung des Strassenverkehrsamtes mit Einbezug der Hauswartwohnung fiel dem Entlastungsprogramm zum Opfer.

Mit der Weiterentwicklung von CUFA Check by Voice (digitale Mängelerfassung Fahrzeuge) und der Entwicklung von CUSI (digitale Mängelerfassung Schifffahrt) in der Windows 8.1-Technologie, konnte ein wichtiger Schritt für die Erfassung aller Prüfungen mittels elektronischer Unterstützung gemacht werden. Auch die Installation eines WLAN-Netzes in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik unterstützt die Optimierungsbestrebungen. Im Weiteren sind noch die erfolgreiche Einführung der E-Rechnung zu Jahresbeginn und die Einführung von OKP (elektronischer Kreditorenprozess) festzuhalten.

Bewährte und erfolgreiche Qualitätssicherung

EDV-Projekte der vergangenen Jahre wurden durch die Finanzkontrolle einer Revision unterzogen und konnten ohne Auflagen erfolgreich abgeschlossen werden. Das Aufrechterhaltungsaudit nach ISO 9001:2008 der SQS vom 18. September 2014 bestätigte dem StVA die hohe Qualität in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in der Dienstleistungserbringung. Die gute Zufriedenheit der Mitarbeitenden äusserte sich in der Befragung Mitte Jahr. Nach drei Jahren wurden dieselben Fragen gestellt mit dem Resultat einer marginalen Verbesserung. Auch die 345 während dem Jahr erfassten Kundenrückmeldungen – positive wie negative – wurden ausgewertet und fliessen in die Prozessgestaltung und Weiterentwicklung ein, sofern der hoheitliche Auftrag dies erlaubt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt (StVA) setzt das Strassenverkehrsgesetz (SVG) des Bundes um, vollzieht das Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG), die internationalen Vereinbarungen und die Ausführungsvorschriften, erhebt die Steuern der Motorfahrzeuge im Strassenverkehr und trägt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern bei.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und Akkreditierung der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS)	Periodisches Audit durch die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) und SAS	●	
2	Deckungsgrad durch Gebühreneinnahmen nach Kosten- und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinanzierung	100 %	◐	Erreichter Kostendeckungsgrad 95 %. Grund: Ganzjähriger Ausfall zweier Verkehrsexperten. Dank Sparmassnahmen (u. a. IT, Unterhalt Geräte/Maschinen) konnte trotzdem ein Kostendeckungsgrad von 95 % erzielt werden
Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen				
3	Fahrzeugprüfungen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen durchführen	Keine Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen	●	
4	Hohe Auslastungsquote der Fahrzeug- sowie theoretischen und praktischen Führerprüfungen	Durchschnittliche Auslastung von 95 %	●	
5	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)	Keine gutgeheissenen Beschwerden	●	
6	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Schiffsführerprüfungen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	●	
A	Ausdehnung des Reparaturbestätigungsverfahrens (RBV) auf Kurzprüfungen	Eingeführt	●	
Leistungsgruppe 2: Führer- und Fahrzeugausweise				
8	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Keine gutgeheissenen Beschwerden; tages à jour in der Fahrzeugzulassung; 5 Arbeitstage in der Führerzulassung	●	
9	Rasche Bearbeitung und Erteilung von Sonder- und Spezialbewilligungen	Durchlaufzeit max. 24 Stunden	●	
C	Kundenstamm aller natürlichen Personen mit der Schnittstelle «Zentrale Personenkoordination (ZPK)» zusammenführen	Alle Datensätze (94'000) sind mit der ZPK-Schnittstelle verbunden	●	
Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben				
D	Integration der computerunterstützten Schiffsprüfung (CUSI) in die Geschäftsprozesse der Schifffahrt	Eingeführt	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht				
10	Kurze Durchlaufzeit von Verwarnungen	Max. 8 Wochen (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	●	
11	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-entzügen	Max. 8 Wochen (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	●	
12	Speditiver Versand von vorsorglichen Entzügen seit Feststellung der Zweifel an Fahreignung	Innerhalb 1 Arbeitstag	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Lernfahrausweise	Stück	2'384	2'350	2'466
Führerausweise im Kreditkartenformat	Stück	7'983	8'500	7'993
Fahrzeugprüfungen	Anzahl		32'500	29'915
Fahrzeugausweise	Stück	31'188	31'300	30'450
Kontrollschilder Paare	Stück	7'443	7'550	8'045
Kontrollschilder Einzel	Stück	2'257	2'400	2'412
Schiffsausweise	Stück	322	330	297
Schiffsführerausweise	Stück	273	270	273
Provision aus Verkauf Autobahnvignetten	Franken	91'024	91'500	106'035
Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe	Franken	148'070	155'000	150'605
Erhebung Fahrzeugsteuern	Franken	29'492'538	30'000'000	30'185'826

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Fahrzeugprüfungen: Wegen krankheitsbedingten Ausfällen von zwei Verkehrsexperten konnten weniger Fahrzeuge geprüft werden.
- Provision aus Verkauf Autobahnvignetten: Aufgrund des ausserordentlich hohen Verkaufs an Autobahnvignetten im Dezember wurden mehr Einnahmen generiert.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'232'216.91	-6'884'200	-7'015'339.00	-131'139.00	1,9
Total Ertrag	8'807'379.75	9'560'500	9'316'515.80	-243'984.20	-2,6
Saldo	1'575'162.84	2'676'300	2'301'176.80	-375'123.20	-14,0

Kommentar Rechnung

- Beim ausgewiesenen Saldo handelt es sich nicht um den Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes. Dieser Betrag wird durch die internen Verrechnungen (Kosten- und Leistungsrechnung) konsumiert.
- Der Mehraufwand und der geringere Ertrag gegenüber dem Budget resultieren v.a. aus dem krankheitsbedingten Ausfall von zwei Verkehrsexperten. Mit Einbezug der Kosten- und Leistungsrechnung resultiert ein negativer Saldo von 469'217 Franken (Kostendeckungsgrad 95 %).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3581.0103	Redesign Fachapplikation Viacar					
	Ausgaben		-249'000	-248'400.00	600.00	-0,2
	Einnahmen					
IT3581.0104	Einführung CUSI mit Weiterentwicklung CUFA					
	Ausgaben		-200'000	-171'779.69	28'220.31	-14,1
	Einnahmen					
IT3581.0105	Rückzahlung CUFA-Softwareentwicklung 2009					
	Ausgaben					
	Einnahmen	18'643.85				
IT3581.0108	WLAN-Ausbau Strassenverkehrsamt 2014					
	Ausgaben			-60'926.95	-60'926.95	
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben		-449'000	-481'106.64	-32'106.64	7,2
	Einnahmen	18'643.85				
	Saldo	18'643.85	-449'000	-481'106.64	-32'106.64	7,2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

- IT3581.0103 – Redesign Fachapplikation Viacar: Die Fachapplikation Viacar ist ein integriertes IT-System zur Erfüllung aller Aufgaben im Umfeld des Strassenverkehrsamtes. Um den hohen Anforderungen für die kommenden zehn Jahre zu genügen, muss Viacar bis ca. 2018 einem technischen Redesign unterzogen werden. Mit der Bezahlung des 2. Teilbetrages wurde die Grundlage für die Operationalisierungsphase geschaffen. Hinweis: Nach neusten Erkenntnissen besteht eventuell die Möglichkeit, dass dieses Projekt durch Eigenmittel der Viacar AG finanziert wird.
- IT3581.0104 – Einführung CUSI (Computerunterstützte Schiffsprüfung) mit Weiterentwicklung CUFA (Computerunterstützte Fahrzeugprüfung): Das Projekt zum Betrieb von CUSI mit den technischen Mindestvoraussetzungen konnte Ende 2014 erfolgreich abgeschlossen werden. Hingegen gibt es höheren Aufwand bei der Anbindung von CUFA ins Voice-Netz (Stimmerkennung), wobei noch Arbeiten im 1. Halbjahr 2015 auszuführen sind. Die Restzahlung erfolgt darum erst im 2015.
- IT3581.0108 – WLAN-Ausbau Strassenverkehrsamt 2014: Der am 27. Mai 2014 vom Regierungsrat bewilligte Kredit von 87'000 Franken wurde zur Erweiterung der WLAN-Infrastruktur beim Strassenverkehrsamt verwendet. Aufgrund des erfolgreichen Ausbaus können die Fahrzeugprüfungen effizienter durchgeführt werden. Auch die Bereiche Theorie- und Führerprüfungen werden zudem künftig von dieser Investition profitieren, indem sich die Mobilität der Verkehrsexperten verbessert und sich die Wege für die Kunden verkürzen. Die Minderausgaben von 26'073.05 Franken resultieren aus gewährten Rabatten von 38-42 % bei der Hardware-Beschaffung (Access-Points usw.).

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-25'525.10	-48'552	-40'976.25	7'575.75	-15,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-11'079.20		-15'964.35	-15'964.35	
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-202'600.00	-202'600	-202'600.00	0.00	0,0
	Total Aufwand	-239'204.30	-251'152	-259'540.60	-8'388.60	3,3
426	Rückerstattungen	8'067.90	30'000	2'230.20	-27'769.80	-92,6
	Total Ertrag	8'067.90	30'000	2'230.20	-27'769.80	-92,6
	Saldo	-231'136.40	-221'152	-257'310.40	-36'158.40	16,4

Kommentar Rechnung

Wesentlich geringerer Einsatzaufwand/geringere Erträge bei den Fahrzeug-Einsatzkosten.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3587.0001 Ersatz Messfahrzeug					
Ausgaben	-100'824.15				
Einnahmen					
SD3587.0002 Beiträge Ersatz Fahrzeuge Feuerwehr					
Ausgaben		-35'200	-77'733.30	-42'533.30	120,8
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-100'824.15	-35'200	-77'733.30	-42'533.30	120,8
Einnahmen					
Saldo	-100'824.15	-35'200	-77'733.30	-42'533.30	120,8

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Ablieferung des Messfahrzeuges (Ersatzbeschaffung) erfolgte erst 2014. Restbetrag Investitionskostenanteil Kanton abzüglich Akontozahlung Rechnung 2013.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Leistungsziele wurden weitestgehend erreicht. Die Neustrukturierung der Sicherheitspolizei hat eine bessere Präsenz und eine raschere Ereignisbewältigung zu Spitzenzeiten zur Folge. Mehrere komplexe und umfangreiche Ermittlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Während die Zuger Polizei mit ihren Projekten auf Kurs ist, bleibt die fristgerechte Bearbeitung der Jugenddelikte eine Herausforderung.

Gesamtwürdigung Kommandant

Die Zuger Polizei hat ihre Ziele in den vier Leistungsgruppen fast vollumfänglich erfüllt. Die abgeschlossene Reorganisation der Sicherheitspolizei ermöglicht einen noch stärker auf die ereignisdichten Zeiträume ausgelegten Mitteleinsatz. Auch die Präsenzwirkung konnte erhöht werden. Die Verkürzung der verschiedenen polizeilichen Bearbeitungsfristen stellte sich als sehr hohe Anforderung heraus, welche noch nicht in allen Bereichen erfüllt wurde. Auch wenn seitens der Bevölkerung und der Mitarbeitenden oft terminliche Schwierigkeiten (z. B. Abwesenheiten, Schichtdienst) zu Verzögerungen in der Fallbearbeitung führen, müssen Verbesserungen zur Beschleunigung erzielt werden. Kriminalpolizeilich herausragend war der nach zeitlich aufwendigen Ermittlungen erfolgreiche Schlag gegen den internationalen Heroinhandel. Die in der Zuständigkeit der Zuger Polizei laufenden Projekte konnten frist- und kostengerecht abgewickelt werden. Einzelne Projekte, die mit der Gesetzgebung des Bundes zusammenhängen (z. B. Online-Abfrage der Waffenregister) oder in Kooperation mit anderen Polizeikörpern durchgeführt werden, verzögern sich als Folge der Komplexität und des hohen Koordinationsaufwandes. Insgesamt kann die Zuger Polizei auf ein erfolgreiches und gut verlaufenes Jahr zurückblicken. Getrübt wird das gute Fazit durch den Hinschied eines aktiven Korpsangehörigen nach kurzer schwerer Krankheit und durch teils längere Absenzen mehrerer Mitarbeitenden wegen Unfällen oder Krankheit.

Sicherheit

Im Berichtsjahr wurde die Sicherheitspolizei neu strukturiert. Mit der Einführung eines sechsten Einsatzzuges liess sich die hohe Zahl von Einsätzen von 11 bis 19 Uhr an Werktagen und zwischen 18 und 3 Uhr an Wochenenden gut bewältigen. In diesen Zeiten konnten die Sachverhaltsaufnahmen praktisch vollumfänglich und ohne zusätzliche Wartezeiten für die Betroffenen erledigt werden. Auch die Präsenz- und Community-Policing-Wirkung konnte weiter erhöht werden. Trotz verschiedener Aktionen zur Bekämpfung der Einbruch- und Diebstahldelinquenz mit 90 Festnahmen in flagranti ist die Zahl der Einbrüche angestiegen. Im Strassenverkehr gab es zwei Todesopfer und fünf Schwerverletzte mehr als im Vorjahr. Hauptunfallursachen waren Unaufmerksamkeit, Geschwindigkeit und Alkohol. Mit der Inbetriebnahme der beiden semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen können die in die Jahre gekommenen fix installierten Geräte ausser Betrieb genommen werden. Mit der Einführung der mobilen Anlagen fallen Erneuerungskosten von 1,4 Millionen Franken weg.

Ermittlungen

Im laufenden Jahr waren 7'645 Straftaten zu verzeichnen; 578 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ist weitgehend auf die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens im Betäubungsmittelgesetz zurückzuführen. National hohes Medieninteresse erreichten die Festnahmen von international agierenden Betäubungsmittelhändlern und die Beschlagnahmung von 55 Kilogramm Heroin sowie die Suche nach einem vermissten Mädchen, das von der Mutter versteckt wurde. Bei der Einziehung von kriminell erwirtschafteten Vermögenswerten wurde das Ziel deutlich übertroffen (50'000 anstelle von 8'000 Franken). Das Leistungsziel, 95 Prozent der Jugendstraftaten innert einem Monat an die Jugendanwaltschaft zu rapportieren, wurde nur bei 83 Prozent der Fälle erfüllt. Da die dritte Stelle «IT-Forensik» nicht per Jahresbeginn, sondern erst auf den 1. Juli besetzt wurde, konnte die fristgerechte Retournierung sichergestellter elektronischer Beweismittel nur zu 69 Prozent und nicht wie angestrebt zu 95 Prozent erreicht werden.

Spezialeinsätze

Alle Leistungsziele konnten erreicht werden. Bereits die dritte Spielsaison in Folge mussten bei EVZ-Heimspiele keine Ordnungsdiensteinsätze geleistet werden. Trotz gesundheitlicher Ausfälle bei den Hundeführern konnten die Vorgaben für den Aussendienst erfüllt werden. Die Zusammenarbeit im Zentralschweizer Polizeikonkordat in den Bereichen «Intervention» und «Ordnungsdienst» bewährt sich.

Dienstleistungen

Das Projekt POLYCOM ist auf Kurs und der geplanten Inbetriebnahme per Ende 2015 dürfte technisch nichts im Wege stehen. Für den Antennenstandort in Neuheim muss aufgrund von Einsprachen ein Ersatzstandort realisiert werden. Die Kontrollvorgaben im Waffenwesen wurden eingehalten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht zudem das Ordnungsbussenwesen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Intensivierung der Polizeizusammenarbeit auf regionaler und nationaler Ebene	Konzepte a) nationale Bildungsplattform der Schweizer Polizei, b) schweizweit harmonisierte Vorgangsbearbeitung, c) Lageverbundsystem sowie für die Zusammenarbeit mit der Kapo Schwyz d) IT Forensik und e) Sonderelektronik erstellt		b) und c) Verzögerung wegen hoher Komplexität, e) Verzicht auf Umsetzung wegen zu geringem Nutzen
L24	Gewährleistung Sicherheit im öffentlichen Raum	Neue Strukturen der Sicherheitspolizei umgesetzt		
Leistungsgruppe 1: Sicherheit				
1	Hohe sichtbare Präsenz und Community Policing-Tätigkeit	15'000 CP- und 5'000 Präsenz-Stunden durch Sicherheitspolizei		
2	Schwerpunktmässige Bekämpfung Littering	1'500 Std. Unterstützung Littering-Aktionen		
3	Kurze Interventionszeiten bei dringenden Einsätzen	80 % in max. 10 Min.; nicht mehr als 1 % über 15 Min.		
4	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Festnahmen in flagranti	12 vorläufige Festnahmen von Einbrechern oder Dieben		
5	Hohe Erfolgsquote bei der Auffindung von Vermissten und der Ergreifung von ausgeschriebenen Personen, ausgenommen Personen mit negativem Asylentscheid (NAE) oder Nichteintretensentscheid (NEE)	9'000 Std. Personenfahndung; Anhaltung von 30 ausgeschriebenen Personen		
6	Vermeidung von offenen Drogenszenen	150 Sicherstellungen von Drogen		
7	Intensivierung der Bekämpfung von Diebstählen (Fahrzeuge, Gegenstände und Wertsachen)	8 Sicherstellungen von Motorfahrzeugen, 50 Fahrrädern, 12 Beuten		36 Fahrräder sichergestellt
8	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	Kontrolltätigkeit: 3'000 Std. Fahrtauglichkeit/Fahrzeugzustand, 750 Std. Radar/Laser, 700 Std. ViDistA		Radar/Laser: Reduktion auf 600 Std. wegen sehr hohem Bussenaufkommen mit anderen Geschwindigkeitsmessanlagen
9	Effiziente Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen	75 % der Ersuche innert 30 Tagen erledigt; max. 2 % in mehr als 6 Monaten		52 %, keine länger als 6 Monate; Vorge-ladene leisten vereinbarten Terminen oft keine Folge

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
10	Hohe Verkehrssicherheit auf den zugehörigen Seen und konsequenter Schutz der Seeuferzonen	300 Std. Gewässerpolizei-Patrouillendienst	●	
11	Hohe Aufklärungsrate bei Umweltschäden	Aufklärung von 50 % der gemeldeten Umweltschäden	●	
13	Einführung von Verkehrsinstruktion an anerkannten Privatschulen	400 Std. Verkehrsunterricht	◐	110 Stunden Verkehrsunterricht. Start der Umsetzung am 1. Oktober statt am 1. Juli
B	Einführung Videoüberwachung im öffentlichen Raum in Zusammenarbeit mit den Gemeinden	Technische Installationen und betriebliche Regelungen abgeschlossen; Pilot-Betrieb mit 3-4 Gemeinden durchgeführt	◐	Verzögerungen im Gesetzgebungsprozess
Leistungsgruppe 2: Ermittlungen				
14	Hohe Erfolgsquote bei der Aufklärung strafbarer Handlungen	Über dem schweizerischen Mittel liegende Aufklärungsquote; Leib-und-Leben-Delikte: Aufklärungsquote von > 90 %	●	
15	Rasche Bearbeitung der Jugenddelikte	Bei 98 % der meldepflichtigen Fälle ist die Jugendanwaltschaft innert 24 Std. informiert; 95 % der Rapportakten sind bei normalen Ermittlungen innert 1 Monat der Jugendanwaltschaft überwiesen	◐	Nur 83 % der Rapporte wurden innert Frist zugestellt
16	Schnelle Erledigung der Rechts- und Amtshilfe	95 % der Aufträge und Anfragen innert Frist	●	
17	Schnelle Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	80 % innert 3 Arbeitstagen	●	
18	Höchste Qualität bei kriminaltechnischen Untersuchungen gewährleisten	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020	●	
20	Fristgerechte Zustellung sichergestellter elektronischer Beweismittel	95 % in maximal 4 Wochen	◐	Nur zu 69 % erfüllt; neue IT-Forensik-Stelle konnte nicht per 1. Januar, sondern erst per 1. Juli besetzt werden
21	Konsequente Abschöpfung kriminell erwirtschafteter Vermögenswerte	In der Einführungsphase 20 % Kosten-deckung	●	
Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze				
22	Wenige Schäden bei Ordnungsdienst-einsätzen im Zusammenhang mit Veranstaltungen	Weniger als 3 Personen- und 12 Sach-schäden	●	
24	Gewährleistung Personenschutz	Keine verletzten VIP	●	
25	Sicherstellung des Schutzes von Opfern und Dritten bei Interventionen mit erhöhter Gefährdung	Keine unverhältnismässigen Risiken für Opfer und Dritte	●	
26	Hohe Verfügbarkeit der Diensthunde im Aussendienst	Diensthunde leisten 3'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Dienst	●	
D	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Vereinbarung Intervention und Ordnungsdienst	Betriebliche Umsetzung konkordatsweit abgeschlossen	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen				
27	Präzise Entgegennahme von Notrufen sowie sofortiges Alarmieren und Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	99 % innerhalb 2 Minuten nach Meldungseingang; beanstandete Mängel < 1 % der Einsatzabwicklungen	●	
28	Sichere und termintreue Erfüllung der Transportaufträge	90 % der Aufträge innert Fristen; keine Entweichungen	●	
29	Konsequenter Vollzug der Waffen und Sprengstoffgesetzgebung	Kontrollen: 50 % der Waffenhändler, 33 % der Seriefirewaffenbesitzer, 33 % der Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	●	
30	Speditive Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	95 % innert 1 Monat	●	
F	Einführung schweizweite Online-Waffenregisterabfrage	Kantonale Waffendatenbank in das Online-Abfragesystem eingebunden	●	Zuger Polizei ist technisch und betrieblich bereit; Bundesgesetzgebung im Rückstand
G	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/ Teilnetz Zug (Polycorn)	Funkinfrastruktur betriebsbereit	◐	Verschiedene politische Prozesse haben im Gesamtprojekt zu Verzögerungen geführt. Wegen Einsprachen muss in Neuheim ein alternativer Antennenstandort realisiert werden
I	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Logistik	Einführung Web-Shop abgeschlossen; Pflichtenheft für gemeinsame Beschaffung der neuen OD-Ausrüstung erstellt	◐	Pflichtenheft OD-Ausrüstung noch in Bearbeitung
L28	Ausbau e-Government-Angebote	Inbetriebnahme von 3 Online-Formularen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Wirtschaftliche Bevölkerung	Anzahl	120'652	123'000	120'652
Immatrikulierte Fahrzeuge	Anzahl	91'360	93'500	93'698
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl	30'397	32'000	30'745
Verkehrsunfälle	Anzahl	869	950	872
Erfasste Straftaten	Anzahl	8'223	8'500	7'645
Telefonanrufe Einsatzleitzentrale	Anzahl	111'289	116'500	103'817
Rechts- und Amtshilfeersuchen, ohne Strassenverkehrsgesetz (SVG)	Anzahl		1'500	1'862
Ausserkantonale Einsatzstunden (IKAPOL* und Konkordat)	Anzahl		3'000	3'099

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Wirtschaftliche Bevölkerung: Die Fachstelle Statistik erhebt und publiziert nur noch die «ständige Wohnbevölkerung», per 31.12.2014 im Sommer 2015
- Auf der Einsatzleitzentrale gingen rund 400 Notrufe weniger ein und bei den Amtsleitungen waren weniger unwetter- und schadensbedingte Anrufe zu verzeichnen. Auch wirkte sich die Einführung der OpenScape-Telefonie entlastend aus.

* Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze (IKAPOL)

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-50'109'357.87	-51'552'600	-51'369'263.95	183'336.05	-0,4
Total Ertrag	5'786'795.08	5'851'000	6'683'398.61	832'398.61	14,2
Saldo	-44'322'562.79	-45'701'600	-44'685'865.34	1'015'734.66	-2,2

Kommentar Rechnung

Personalaufwand:

- Tiefe Mitarbeiterfluktuation ermöglicht Verzicht auf den IPH Lehrgang 1-2014 und die Ausbildung von Sicherheitsassistenten, 124'600 Franken
- Rückstellungen für Überzeit-, Mehrarbeitszeit- und Feriensaldi werden durch Personalamt nicht budgetiert, -310'500 Franken
- Rückerstattungen der Sozial- und Unfallversicherungen werden nicht budgetiert, 289'300 Franken
- Mehraufwand als Folge des PK-Gesetzes ab 1.1.2014 wurde durch das Personalamt zentral budgetiert, -598'000 Franken
- Tiefere Ausbildungskosten (IPH und Fachausbildungen), 295'900 Franken

Sachaufwand:

- Einsparungen beim Material- und Wareneinkauf, 122'500 Franken
- Verschiebung der Ersatzbeschaffung des Spezialhelms für die Interventionseinheit auf das Jahr 2015, 72'500 Franken
- Tiefere Kosten für Dienstleistungen und Honorare, 107'300 Franken

Ertrag:

- Höherer Busseneingang wegen erstmaliger Erfassung der Ordnungsbussen aufgrund des Betäubungsmittel- und Übertretungsstrafgesetzes sowie des Einsatzes der semistationären Geschwindigkeitsmessanlagen, 798'800 Franken

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3590.0165 Projekte aus SIP ZUPO					
Ausgaben	-134'154.85				
Einnahmen					
IT3590.0166 Polizei XXI					
Ausgaben	-20'162.10	-100'000	-64'877.70	35'122.30	-35,1
Einnahmen					
IT3590.0170 Erweiterung Einsatzleitsystem AVANTI					
Ausgaben	-163'888.56				
Einnahmen					
IT3590.0171 ePolice					
Ausgaben	-71'318.95				
Einnahmen					
IT3590.0172 Umsetzung Harmonisierung Polizei Informatik					
Ausgaben		-60'000	-10'830.20	49'169.80	-81,9
Einnahmen					
IT3590.0173 Speichermanagement Fachanwendung					
Ausgaben	-6'048.00	-100'000	-106'598.15	-6'598.15	6,6
Einnahmen					
IT3590.0174 Ablösung Sprachaufzeichnung ELZ					
Ausgaben		-84'000	-15'535.80	68'464.20	-81,5
Einnahmen					

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3590–Zuger Polizei

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT3590.0175	Ersatz OB-Verwaltung (Back-Office)					
	Ausgaben		-180'000		180'000.00	-100,0
	Einnahmen					
SD3590.0048	Ersatz pers. Dienstwaffe					
	Ausgaben	-5'225.40				
	Einnahmen					
SD3590.0062	Ersatz mobile Geschwindigkeitsmessgeräte					
	Ausgaben	-226'926.72	-100'000	-246'601.20	-146'601.20	146,6
	Einnahmen					
SD3590.0063	Öffentliche Videoüberwachung					
	Ausgaben	-31'438.80	-566'000	-87'702.20	478'297.80	-84,5
	Einnahmen					
SD3590.0064	Ersatz Spezialfahrzeug Intervention					
	Ausgaben		-110'000	-45'177.00	64'823.00	-58,9
	Einnahmen					
SD3590.0066	Smartphone, Ersatz Pager/Fachapplikation					
	Ausgaben	-198'070.30				
	Einnahmen					
SD3590.0067	Digitalisierung Akten					
	Ausgaben	-43'200.00		-94'672.80	-94'672.80	
	Einnahmen					
SD3590.0068	Fahrzeugfahndung (KS-Erkennung)					
	Ausgaben		-240'000	-17'482.80	222'517.20	-92,7
	Einnahmen					
SD3590.0069	GMS-Telefonserver					
	Ausgaben	-108'024.75				
	Einnahmen					
SD3590.0070	Schiesskeller, Erneuerung Kugelfänge					
	Ausgaben	-249'762.35				
	Einnahmen					
SD3590.0072	Forensische Datensicherung					
	Ausgaben		-50'000	-21'502.80	28'497.20	-57,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'258'220.78	-1'590'000	-710'980.65	879'019.35	-55,3
	Einnahmen					
	Saldo	-1'258'220.78	-1'590'000	-710'980.65	879'019.35	-55,3

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
SD3590.0044	Polycom, Umsetzung					
	Ausgaben	-2'883'699.72	-10'700'000	-5'437'719.66	5'262'280.34	-49,2
	Einnahmen	560'000.00	2'000'000	220'000.00	-1'780'000.00	-89,0
Total Verpflichtungskredite						
	Ausgaben	-2'883'699.72	-10'700'000	-5'437'719.66	5'262'280.34	-49,2
	Einnahmen	560'000.00	2'000'000	220'000.00	-1'780'000.00	-89,0
	Saldo	-2'323'699.72	-8'700'000	-5'217'719.66	3'482'280.34	-40,0

Kommentar Rechnung

IT3590.0166 «POLIZEI XXI»: Projektteile GELZ-Überlauf wurden günstiger realisiert (Synergie mit Projekt «POLYCOM»)
IT3590.0172 «Harmonisierung Polizei Informatik»: Einzelne Zusammenarbeitsprojekte verzögern sich aufgrund der Komplexität und des hohen Koordinationsbedarfs
IT3590.0173 «Speichermanagement Fachanwendung» 2014 erfolgreich abgeschlossen
IT3590.0174 «Ablösung Sprachaufzeichnung ELZ»: Erweiterungen werden gleichzeitig mit «Polycom» abgeschlossen
IT3590.0175 «Ersatz OB-Verwaltung (Back Office)»: Verzögerung, Zuschlagsverfügung erteilt, Projekt wird im Jahr 2015 abgeschlossen
SD3590.0044 «Polycom, Umsetzung»: Verzögerung wegen politischem Prozess, operative Inbetriebnahme per Ende 2015 geplant
SD3590.0062 «Ersatz mobile Geschwindigkeitsgeräte»: Projekt mit der Beschaffung der zweiten semistationären Geschwindigkeitsmessenanlage im Jahr 2014 abgeschlossen
SD3590.0063 «Öffentliche Videoüberwachung»: Verzögerungen bei der Gesetzgebung
SD3590.0064 «Ersatz Spezialfahrzeug Intervention»: Projekt wird im 1. Quartal 2015 abgeschlossen
SD3590.0067 «Digitalisierung Akten»: Projekt 2014 erfolgreich abgeschlossen
SD3590.0068 «Fahrzeugfahndung (KS-Erkennung)», Reduktion von vier Geräten auf eine Einheit (EP), Verzögerung wegen Neuregelung der Datenhoheit beim Bund

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Berichtsjahr war erneut gekennzeichnet durch eine anhaltend hohe Geschäftslast und steigende Ausländerzahlen. So nahm die ständige ausländische Wohnbevölkerung (Niedergelassene, Aufenthalter und überjährige Kurzaufenthalter) um 3,5 Prozent zu und wuchs bis Ende Dezember 2014 auf 31'500 Personen. Im Asylbereich erhöhte sich die Zahl der Zuweisungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 20 Prozent.

Einreise/Aufenthalt

Im laufenden Jahr stieg die Gesamtzahl getätigter Mutationen (Regelung Neueinreisender, Verlängerungen von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen, Adressänderungen, Geburten und Todesfälle) gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht (3,9 Prozent) an. Die Zuzüge aus anderen Kantonen nahmen um 12 Prozent zu. Die Firma Trüb AG in Aarau stellte im Auftrag des Amtes für Migration insgesamt 6'566 biometrische Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige aus, was einer Zunahme von 9 Prozent gegenüber 2013 (6'021) entspricht. Dank der flexiblen und zeitlich erhöhten Einsatzbereitschaft der Mitarbeitenden konnte der grosse Arbeitsanfall trotz erheblicher personeller Ausfälle (Krankheit, Unfall) auftragsgemäss bewältigt werden. Die Kundschaft musste keine Verzögerungen in Kauf nehmen und profitierte von einer kundenfreundlichen und dienstleistungsorientierten Leistungserbringung.

Asyl/Massnahmen

Das Amt für Migration erteilte der Zuger Polizei im Berichtsjahr insgesamt 374 Verzeigungs-, Ausschaffungs- und Erhebungsaufträge. Zur Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs ordnete das Amt für Migration 122 Ausschaffungshaft an. Gegen 34 Personen, welche die Schweiz verlassen müssen, wurde eine Eingrenzung verfügt. 107 Personen wurden zwangsweise in ihren Heimatstaat oder in den für die Prüfung ihres Asylverfahrens zuständigen Staat zurückgeführt. Bemerkenswert war eine erfolgreiche Ausschaffung nach Algerien, nachdem sich die Identifikation und anschliessende zwangsweise Rückführung abgewiesener Asylsuchender nach Algerien seit Jahren als nicht möglich erwiesen hatte. Mit 277 Asylsuchenden nahm die Zahl der Personen, welche vom Bund dem Kanton Zug zugeteilt wurden, um rund 20 Prozent zu. Erheblich zugenommen hat die Zahl der vom Bund verfügten Asylgewährungen und vorläufigen Aufnahmen (Zunahme um rund 150 Prozent), hingegen hat die Zahl der vom Bund verfügten negativen Entscheide um rund 50 Prozent abgenommen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
- ◐ Teilweise erreicht
- Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer und Asylrecht	Keine berechtigten Reklamationen	●	
Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt				
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	80 % innerhalb 10 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	●	
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	100 %	●	
4	Umgehende Ausstellung von Visa	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	●	
5	Telefonische Erreichbarkeit sicherstellen	Uneingeschränkt während der Schalteröffnungszeiten	◐	Wegen temporärer Überlastung (sehr viele gleichzeitige Anrufe) mussten einzelne Kundinnen und Kunden gewisse Wartezeiten in Kauf nehmen
Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise				
6	Beförderliche Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Berichtgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	●	
7	Durchführung der Ausreisegespräche	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	●	
8	Fristgerechte Vornahme der Abschlussmeldungen an das Bundesamt für Migration	Meldung innert 14 Tagen	●	
Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen				
9	Konsequenter Vollzug der technisch möglichen, zulässigen und zumutbaren Wegweisungen	100 %	●	
10	Umgehende Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Gesuch innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	●	
11	Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden, schriftliche Begründung innert 72 Stunden	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	30'425	32'000	31'500
Bestand nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	1'475	1'300	1'428
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen	651	730	705

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'043'442.41	-3'155'300	-3'157'778.98	-2'478.98	0,1
Total Ertrag	1'777'328.70	1'595'000	1'740'454.05	145'454.05	9,1
Saldo	-1'266'113.71	-1'560'300	-1'417'324.93	142'975.07	-9,2

Kommentar Rechnung
Mehreinnahmen bei der Gebührenrechnung aufgrund einer gegenüber 2013 höheren Zahl getätigter kostenpflichtiger Mutationen (u. a. Regelung Neueinreisender, Bewilligungsverlängerungen).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Wie bereits im Vorjahr war auch das Geschäftsjahr 2014 für die Strafanstalt Zug durch eine kontinuierlich hohe Anzahl an Eintritten und Belegungstagen gekennzeichnet. Der Bereich Strafvollzug war mit einer Jahresbelegung von 100,05 Prozent sogar leicht überbelegt.

Eintritte und Belegungstage

Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 566 Eintritte und 13'799 Belegungstage, was einer Steigerung von je 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insbesondere der Strafvollzug und die Untersuchungshaft trugen zu dieser Steigerung bei. Bei den Untersuchungshaftern fiel die hohe Anzahl von Bandendelikten auf, so dass bei entsprechenden Haftanordnungen häufig mehrere Delinquenten auf einmal in die Untersuchungshaft eintraten. Es mussten deshalb häufig ausserkantonale Plätze für Untersuchungsgefangene beansprucht werden. Die Auslastung im Strafvollzug erreichte – wie bereits im Vorjahr – die Kapazitätsgrenzen der Strafanstalt, was dazu führte, dass Gefangene, welchen der vorzeitige Strafvollzug gewährt wurde, nicht in die Vollzugsabteilung verlegt werden konnten und auf der Abteilung der Untersuchungshaft warten mussten.

Platzbedarf

Die Zunahme der Wohnbevölkerung im Kanton Zug, die anhaltende Migration nach und in Europa (z. T. Kriminaltourismus), aber auch die konsequente Verfolgung einer auf Sicherheit und Schutz der Bevölkerung ausgerichteten Polizeistrategie führen im Kanton Zug zu zunehmenden Kapazitätsengpässen in der Strafanstalt. Erwähnt sei dabei auch die massive Zunahme von Jugendlichen in Untersuchungshaft, die wiederum zwingend gesondert von den erwachsenen Untersuchungsgefangenen geführt werden müssen. Auch die anstehende Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafen in der Revision des Schweizerischen Strafgesetzbuches wird die Lage in der Strafanstalt Zug wohl zusätzlich verschärfen. Eine moderate Erweiterung des Platzangebotes in der Strafanstalt steht damit zur Debatte. Eine entsprechende Machbarkeitsstudie wurde deshalb vom Regierungsrat in Auftrag gegeben.

Arbeitsgruppe Administrativhaft

Die Kantone des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz (AG, BE, BL, BS, LU, NW, OW, SO, SZ, UR, ZG) weisen einen Bedarf von insgesamt rund 290 bis 320 Administrativhaftplätzen aus. Die vom Konkordat eingesetzte Arbeitsgruppe Administrativhaft führte im Berichtsjahr die Projektarbeiten für eine interkantonale Anstalt für den Vollzug von Administrativhaftern im Raum Mittelland weiter. Der Leiter der Strafanstalt zeichnete für das Teilprojekt «Betriebskonzept und Finanzplan» verantwortlich.

Die interkantonale Arbeitsgruppe steht in engem Kontakt mit dem Bund (Bundesamt für Migration, Bundesamt für Justiz) und koordiniert die Planung. Die definitive prozentuale finanzielle Beteiligung des Bundes ist noch nicht definiert, es ist jedoch mit einer erheblichen finanziellen Unterstützung durch den Bund zu rechnen.

Besondere Vorkommnisse

Erfreulicherweise waren auch dieses Jahr im Bereich der Gefangenen keine schwerwiegenden Ereignisse wie beispielsweise Suizide oder Gewalttaten an Mitgefangenen oder gegen das Personal zu verzeichnen. Auch Ausbrüche fanden – wie bereits im Vorjahr – keine statt.

Personelles

Der bisherige Amtsleiter der Strafanstalt Zug hat im November seine Stelle per Ende Mai 2015 gekündet. Die Zusammenlegung der Strafanstalt und des Vollzug- und Bewährungsdienstes wurde angegangen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die kantonale Strafanstalt zählt zum Strafvollzugskondrat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie dient einerseits der Unterbringung von Personen, die in Untersuchungs-, Polizei-, Sicherheits-, Auslieferungs- oder in ausländerrechtliche Administrativhaft versetzt worden sind. Andererseits dient die Anstalt dem geschlossenen und offenen Vollzug von Freiheitsstrafen von in der Regel jeweils höchstens einem Jahr, die von Gerichten aus den Kantonen des Konkordates ausgesprochen sind.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
B	Aktive Interessenvertretung in der Arbeitsgruppe «Administrativhaft» des Strafvollzugskondrates der Nordwest- und Innerschweiz (Schaffung neuer Plätze für Ausschaffungshafteten)	Teilnahmepräsenz von 90 %		
Leistungsgruppe 1: Aufsicht				
1	Vollumfängliche Sicherheit gewährleisten	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen		
2	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten	Keine gutgeheissenen Beschwerden		
3	Nachtdienst: 5 Min. Interventionszeit	100 % erfüllt		
Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste				
4	Ärztliche Grundversorgung gemäss medizinisch-ethischen Richtlinien anbieten	Pro Woche zwei ärztliche und/oder psychiatrische Visiten		
5	Vollzugsplanung, Urlaubswesen und Vermögensverwaltung der Gefangenen gemäss Konkordats und StGB-Vorgaben umsetzen	Keine gutgeheissenen Beschwerden		
Leistungsgruppe 3: Verpflegung				
6	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Kostensteigerung muss mit Anzahl Belegungstage korrelieren		
Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/Gewerbearbeitsplätze				
7	Beschäftigungsangebote gemäss Vorgaben StGB und Konkordat anbieten	Keine Verletzung der Vorgaben		
8	Wirtschaftlicher Holzverkauf	Erlös mind. 175'000 Franken		Verminderter Holzverkauf wegen des warmen Winters
Leistungsgruppe 5: Schulung und Sport				
9	Schulungs- und Sportangebote gemäss Vorgaben StGB und Konkordat	Angebot an 46 Halbtagen		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Eintritte	Anzahl	524	500	566
Belegungstage	Anzahl	12'806	13'500	13'789
Piketteinsätze	Anzahl	0	0	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Bezüglich der Eintritte und der Belegungstage ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund 8 % zu verzeichnen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'633'255.88	-3'752'150	-3'711'485.33	40'664.67	-1,1
Total Ertrag	1'144'480.60	1'160'000	905'141.05	-254'858.95	-22,0
Saldo	-2'488'775.28	-2'592'150	-2'806'344.28	-214'194.28	8,3

Kommentar Rechnung

Auf Grund der hohen Belegung im Strafvollzug mit Zuger Fällen konnten kaum ausserkantonale Gefangene im Strafvollzug aufgenommen werden. Deshalb konnten die budgetierten Erträge nicht im geplanten Ausmass erzielt werden

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der geschlossene Strafvollzug war bei längeren Haftstrafen durch die fehlende Anzahl von Haftplätzen geprägt. Infolge geringer Fallzahlen wurde beim Vollzug von Ersatzmassnahmen die Möglichkeit der elektronischen Überwachung von Hausarresten per Ende Jahr eingestellt.

Strafvollzug

Aufgrund fehlender Vollzugsplätze im geschlossenen Strafvollzug war die Platzierung von Häftlingen mit längeren Haftstrafen mit langen Wartezeiten verbunden. Der Strafvollzug war wesentlich durch die Vollzüge von Personen mit einem illegalen Aufenthaltsstatus geprägt.

Massnahmenvollzug

Sowohl bei der Suche nach Vollzugsplätzen als auch in inhaltlicher Hinsicht gestaltete sich der Massnahmenvollzug problemlos. Die Gründe dafür lagen in der geringen Fallzahl sowie in den adäquaten Platzierungen.

Bewährungsdienst

Die Bewährungshilfe war hauptsächlich im Vollzug und der Kontrolle von strafrechtlichen Weisungen tätig. Weitere Tätigkeitsgebiete betrafen die Durchführung von Beratungsgesprächen sowie die Überwachung von Auflagen im Zusammenhang mit dem Vollzug von strafrechtlichen Ersatzmassnahmen.

Electronic Monitoring (EM) bei Ersatzmassnahmen

In einem einzigen Fall wurde ein Hausarrest mit elektronischer Überwachung durchgeführt. Auf Grund dieser sehr geringen Fallzahl wurde diese Art der Vollzugsüberwachung eingestellt und der Vertrag mit dem technischen EM-Anbieter per Ende Jahr gekündet. Die schweizweite Einführung von EM in verschiedensten Bereichen ist jedoch eine Frage der Zeit. Eine Arbeitsgruppe der KKJPD ist aktuell an der Erarbeitung von entsprechenden Lösungsvorschlägen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Der Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) ist im Erwachsenenstrafrecht verantwortlich für die Planung, das Aufgebot, die Platzierung und Kontrolle von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen, Weisungen sowie sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente und korrekte Vollzugsdurchführung	Keine Beanstandungen in den Kontrollberichten der SD und JPK		
Leistungsgruppe 1: Strafvollzug				
2	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch die zuständige Beschwerdebehörde		Zuger Verwaltungsgericht hob 1 von 4 Entscheiden des VBD aus formellen Gründen teilweise auf mit dem Auftrag einer Neubeurteilung
3	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % der Fälle mindestens 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet		
Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug				
4	Formell und materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch die zuständige Beschwerdebehörde		
5	Formelle und materielle Überprüfung der stationären Massnahmen und ambulanten Behandlungen	Jährliche Überprüfung ist fristgerecht erfolgt		
Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst				
6	Beförderliche Sicherstellung der Betreuung	Nach der Falleröffnung ist das Erstgespräch innerhalb eines Monats erfolgt		
7	Konsequente periodische Überprüfung der Weisungen	Die Weisungen sind alle 6 Monate überprüft		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Vollzugstage	Anzahl	20'448	20'000	20'038
Urteilseingänge	Anzahl	1'200	1'100	1'353
Vollzugsaufträge	Anzahl	299	340	293
Verfügungen	Anzahl	62	90	63
Überprüfungen Massnahmen/Weisungen	Anzahl	17	22	19
Vollzugsgespräche	Anzahl	150	160	115

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Trotz Zunahme der Urteilseingänge waren mit einer Ausnahme (Vollzugsgespräche) keine relevanten Veränderungen der übrigen Einfluss-/Plangrössen damit verbunden. Bei den Vollzugsgesprächen waren weniger aufwändige Fälle zu verzeichnen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-5'474'451.47	-5'617'050	-5'173'073.44	443'976.56	-7,9
Total Ertrag	468'187.97	196'000	491'012.12	295'012.12	150,5
Saldo	-5'006'263.50	-5'421'050	-4'682'061.32	738'988.68	-13,6

Kommentar Rechnung

Der Minderaufwand ist auf geringere Massnahmenvollzugskosten zurückzuführen.
Der Mehrertrag ist auf eine spezielle Versicherungsleistung sowie auf den guten Abschluss der Strafanstalt Bostadel zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
4000	Direktionssekretariat	-23'172'224.25	-26'028'300	-23'910'366.12	2'117'933.88	-8,1
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'720'776.39	-2'847'100	-2'774'834.61	72'265.39	-2,5
4021	Rettungsdienst	-2'115'944.77	-2'652'200	-2'669'574.14	-17'374.14	0,7
4030	Spitäler	-79'796'403.29	-88'450'000	-87'276'240.75	1'173'759.25	-1,3
4055	Gesundheitsamt	-2'815'796.28	-3'451'100	-3'140'189.02	310'910.98	-9,0
4060	Medizinalamt	-2'016'676.19	-2'376'000	-2'266'125.25	109'874.75	-4,6
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'665'811.52	-1'995'800	-1'795'579.09	200'220.91	-10,0
40	Gesundheitsdirektion	-114'303'632.69	-127'800'500	-123'832'908.98	3'967'591.02	-3,1

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
4005	Amt für Verbraucherschutz	-142'972.43	-240'000	-233'896.00	6'104.00	-2,5
4021	Rettungsdienst	-516'222.85	-485'000	-720'102.51	-235'102.51	48,5
4030	Spitäler	-424'200.80	-3'000'000	4'778.15	3'004'778.15	-100,2
4060	Medizinalamt		-100'000	-80'579.40	19'420.60	-19,4
40	Gesundheitsdirektion	-1'083'396.08	-3'825'000	-1'029'799.76	2'795'200.24	-73,1

Gesamtwürdigung

In Kürze

Im Fokus der Gesundheitsdirektion standen die Umsetzung der Leuchtturmprojekte 2020, das Entlastungsprogramm 2015–2018 sowie die Fusion des Medizinalamtes (MedA) mit dem Gesundheitsamt (GeA) zum Amt für Gesundheit (AFG). Im Weiteren wurden die für Zug sehr positiven Ergebnisse der Schweizerischen Gesundheitsbefragung veröffentlicht. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Zuger Bevölkerung im Schweizer Vergleich überdurchschnittlich gesund fühlt.

Die Leuchtturmprojekte 2020

Drei Leuchtturmprojekte konnten im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. Es sind dies:

- Der weitere Ausbau des Rettungsdienstes mit dem Ziel, bis 2016 rund um die Uhr zwei voll ausgerüstete Rettungswagen zur Verfügung zu haben.
- Der Wechsel der Notrufzentrale 144 von der Sanitätsnotrufzentrale Luzern zu Schutz & Rettung der Stadt Zürich.
- Die Förderung der Ausbildung nicht-universitärer Gesundheitsberufe, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die Massnahme ist befristet und wird auf ihre Wirksamkeit überprüft.

Das Projekt «Förderung der ärztlichen Grundversorgung» wurde ebenfalls erfolgreich vorangetrieben. Die Zahl der vom Kanton mitfinanzierten Praxisassistentenstellen konnte umgehend von zwei auf vier erhöht werden. Diese erlauben Ärztinnen und Ärzten, einen Teil ihrer Weiterbildung in einer Hausarztpraxis zu absolvieren und so die hausärztliche Tätigkeit im Alltag kennenzulernen.

Als weitere Massnahme zur Sicherung der Grundversorgung soll die Stellung der medizinischen Praxisassistentin bzw. -assistenten (MPA) in der Hausarztpraxis gestärkt werden, womit die Hausärztinnen und Hausärzte insbesondere in der Betreuung von Personen mit chronischen Krankheiten entlastet werden. Die Umsetzungsarbeiten hierzu sind kurz vor dem Abschluss. Die Umsetzung der Strategie «Psychische Gesundheit» wurde weiter vorangetrieben. Die Vernetzung der in diesem Feld tätigen Organisationen konnte verstärkt und Synergien genutzt werden.

Revision des Gesundheitsgesetzes

Eine Revision des Gesundheitsgesetzes wurde an die Hand genommen. Mit der verstärkten Koordination unter den Rettungsdiensten soll das Rettungswesen weiter verbessert werden. Es wird ausserdem eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um tagesambulante Versorgungsstrukturen in der Psychiatrie aufbauen zu können. Im Weiteren soll die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, um Betriebe, die Pflegefachpersonal ausbilden, leistungsorientiert unterstützen zu können.

Entlastungsprogramm 2015–2018 (EP 15–18)

Das Leuchtturmprojekt «Optimierung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen (LV & SV)» hatte zum Ziel, die Wirkung aller LV & SV der Gesundheitsdirektion zu überprüfen und auf die Strategie der Gesundheitsdirektion abzustimmen. Dabei standen Aspekte wie Nutzung von Synergien, Vernetzung und Anpassung der Angebote an die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen im Zentrum. Zeitgleich lancierte die Regierung das EP 15–18. Daraufhin wurde der Gesundheitsdirektion die Projektleitung übertragen, um die Überprüfung der LV & SV direktionsübergreifend zu koordinieren. Der Regierungsrat setzte das Ziel, dass bei den LV & SV Einsparungen in prozentual vergleichbarem Umfang wie bei der gesamten kantonalen Verwaltung zu realisieren seien. Die Ergebnisse werden ins EP 15–18 einfließen.

Fusion von Medizinalamt und Gesundheitsamt

Die Fusion von Medizinalamt und Gesundheitsamt zum Amt für Gesundheit kann per 1. Januar 2015 erfolgreich umgesetzt werden. Die neuen Prozesse und Strukturen sind implementiert.

Zug im Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Im Mai wurde der Zuger Gesundheitsdirektor zur Verstärkung der kleineren und der Zentralschweizer Kantone in den GDK-Vorstand gewählt.

Ergebnisse der Gesundheitsbefragung

Die Gesundheitsdirektion wertete die Zahlen der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2012 aus und fasste die erfreulichen Ergebnisse in einer Broschüre zusammen. Wichtige Ergebnisse sind:

- 88 Prozent der Zugerinnen und Zuger fühlen sich gesund. Damit liegen sie über dem schweizerischen Durchschnitt von 83 Prozent.
- 81 Prozent der Zuger Bevölkerung bezeichnen sich als vital und energiegeladener. Psychisch wenig belastet fühlen sich in Zug 86 Prozent, in der Schweiz 82 Prozent.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Leuchtturmprojekte, welche in der Verantwortung des Direktionssekretariats standen, wurden weitergeführt und weitgehend termingerecht abgeschlossen. Die internen Arbeiten zur Revision des Gesundheitsgesetzes konnten wie geplant fortgesetzt werden. Im Weiteren wurden zahlreiche Vernehmlassungsantworten zu bundesrechtlichen Gesetzesvorlagen verfasst. Alle Spitäler und Kliniken im Kanton Zug einigten sich mit den Krankenversicherern auf einen Tarif. Die Konkordatskantone Uri, Schwyz und Zug trieben das Projekt «Integrierte Psychiatrie» weiter voran. Bei der Zuger Prämienverbilligung wurde der bewährte Kurs der Vorjahre beibehalten.

Projekte im Rahmen des Leuchtturms 2020

Die Projekte im Zusammenhang mit den Leitlinien des Leuchtturms 2020 konnten gemäss Meilensteinplanung weitergeführt werden. Das Projekt «Förderung der Ausbildung nicht-universitärer Gesundheitsberufe», das in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung durchgeführt wurde, ist erfolgreich abgeschlossen worden. Die beschlossenen Massnahmen – moderate Erhöhung der Ausbildungsbeiträge an die Institutionen der Langzeitpflege und der Spitex, Gespräche mit den Institutionen, neue Ausbildungsangebote – wurden umgesetzt.

Gesundheitsrecht

Die Anpassung des kantonalen Einführungsgesetzes über die Betäubungsmittel an das revidierte Bundesgesetz wurde vom Kantonsrat einstimmig verabschiedet und trat im Dezember in Kraft. Ausserdem wurden vier Geschäfte in der Konkordatskommission beraten: Interkantonale Vereinbarung über die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung, Interkantonale Vereinbarung über die Diplomanerkennung sowie das Psychiatrie- und Viehhandelskonkordat. Die Gesundheitsdirektion verfasste als federführende Direktion im Schnitt zwei Stellungnahmen pro Monat zu Entwürfen des Bundesgesetzgebers im Bereich Gesundheitsrecht. Dazu gehörten gewichtige Themen wie die Krankenkassenprämien, der Risikoausgleich in der Krankenversicherung, der Zulassungsstopp für Ärzte, der Entwurf eines Gesundheitsberufegesetzes, die Errichtung eines Bundeszentrums für Qualitätssicherung im Gesundheitswesen sowie Massnahmen im Medikamentenbereich. Im Veterinär- und Lebensmittelrecht sowie im Zusammenhang mit der Umsetzung des neuen Epidemiengesetzes legte der Bund den Kantonen ebenfalls mehrere Verordnungsentwürfe vor.

Leistungsaufträge für den Bereich Herz

Die im Jahr 2012 erlassene Zuger Spitalliste ist unbefristet, mit Ausnahme der Leistungsaufträge für den Bereich Herz. Diese wurden mit einer Befristung bis 31. Dezember an das Stadtspital Triemli und das UniversitätsSpital Zürich (nur universitäre Leistungen) vergeben. Da es aus Kosten- und Qualitätsgründen nach wie vor als sinnvoll erachtet wird, dass ein Herzzentrum in Zürich entsteht, die Entwicklung jedoch im Moment nicht absehbar ist, hat der Regierungsrat die Befristung bis Ende 2016 verlängert.

Krankenversicherungstarife

Die Spitäler und Kliniken im Kanton Zug konnten sich auch im laufenden Jahr mit den Krankenversicherern auf die Spitaltarife einigen. Die Tarifstreitigkeit der Klinik Adelheid aus dem Jahr 2009 konnte definitiv abgeschlossen werden. Basierend auf einem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes einigten sich die Tarifpartner auf die Tarife 2009 bis 2014, die der Regierungsrat genehmigte. Ebenfalls zog die Klinik Adelheid die (sistierte) Beschwerde vor dem Verwaltungsgericht gegen den Regierungsrat betreffend Vergütung 2008 zurück.

Gesundheitspolizeiliche Aufsichtsverfahren

Der Rechtsdienst leitete vier Aufsichtsverfahren im gesundheitspolizeilichen Bereich.

Psychiatriekonkordat

Die Tätigkeit des Konkordatsrats des Psychiatriekonkordats und der Konkordatskantone Uri, Schwyz und Zug stand im Zeichen des Projekts «Integrierte Psychiatrie»: Es wurde eine eigenständige Projektorganisation etabliert sowie die Zustimmung der Regierungen und Konkordatskommissionen in allen Grundsatzfragen eingeholt. Zugleich stellte der Konkordatsrat wichtige Weichen für die bauliche und organisatorische Entwicklung der Psychiatrischen Klinik Zugersee.

Individuelle Prämienverbilligung

Bei der Zuger Prämienverbilligung wurde der bewährte Kurs der Vorjahre beibehalten. Der Anteil an den Prämienkosten, den die Versicherten selbst zu tragen haben, blieb unverändert bei acht Prozent des massgebenden Einkommens. Ebenso konnten die Einkommensobergrenzen sowie der minimale Auszahlungsbetrag stabil gehalten werden. Die Prämienerrhöhung wurde rund zur Hälfte durch den Kanton kompensiert, die andere Hälfte mussten die Anspruchsberechtigten im Sinne der Eigenverantwortung selbst tragen. Die Bezügerquote ging leicht auf 24,8 Prozent zurück (29'682 Personen).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Gesundheitsdirektion. Das Direktionssekretariat unterstützt den Gesundheitsdirektor administrativ und berät ihn fachlich.

Daneben nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und erteilt in diesem Rahmen Aufträge. Es berät Amtsstellen und Dritte in Fachfragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie die obligatorische Krankenversicherung, das Spitalwesen und die Pflegeversorgung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
2	Zeitgerechte Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	100 % innert Frist		
3	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	100 % innert Frist		
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
A	Gesamtprojektleitung über Projekte zur Umsetzung der Leitlinien	Frist- und fachgerechte Umsetzung der Projekte		
B	Erarbeiten von drei Instrumenten zur Förderung der Grundversorgung im Kanton Zug (Co-Leitung MedA)	1 Instrument einführungsreif; Planungsarbeiten für die anderen 2 abgeschlossen		Anzahl Stellen für ärztliche Praxisassistenten wurden erhöht. Anerkennung medizinischer Praxisassistenten (MPA) als Gesundheitsberuf unter ärztlicher Verantwortung erhält ca. 3 Monate Verzögerung. Das 3. Instrument ist in Planung
Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Zeitgerechte Rechtsauskünfte	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist		
6	Rechtzeitige Genehmigung / Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels		Zur Erledigung waren 1 Zwischenverfügung und 20 Beschlüsse des Regierungsrates für 28 Tarifverträge nötig. Erledigung erfolgte nicht chronologisch, sondern priorisiert nach Wichtigkeit, was bei einzelnen Geschäften zu Verzögerungen führte
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens		
C	Änderung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel beschlossen	Kantonsratsbeschluss liegt vor		
D	Regelung Rettungsorganisation im Kanton Zug	1. Lesung Kantonsrat		Nach Aufnahme der Revisionsarbeiten zur Regelung zeigte sich, dass auch in anderen Bereichen des Gesundheitsgesetzes Revisionsbedarf besteht. Arbeiten wurden gebündelt, was zu Verzögerung führte

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege				
8	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens für die Spital- und Pflegeheimplanung	Jährlich	●	
9	Kompetente und rasche Beratung durch den Bereich Spitäler und Pflege	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	●	
10	Bedarfsgerechte Pflegeheimplanung und Sicherstellung des Controllings	Bedarfsgerechte Versorgung	●	
11	Bedarfsgerechte Spitalplanung und zeitgerechte Erteilung von Leistungsaufträgen	Bedarfsgerechte Versorgung	●	
Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling				
12	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informationen an die Ämter, Überprüfung der Resultate der gesamten Direktion	Fristgerecht	●	
13	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetierung innerhalb der Gesundheitsdirektion	Fristgerecht	●	
14	Ordnungsgemässe Führung der Buchhaltung	Einhalten der gesetzlichen Vorgaben	●	
Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung				
15	Qualitative Gewährleistung eines angemessenen Versicherungsschutzes zu finanziell tragbaren Bedingungen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	●	
16	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durchführung	Stichprobenweise Evaluation von 2 Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	●	
17	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Evaluationsbericht zu einem Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlgen	●	
Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
18	Gewährleistung des internen Informationsflusses und der Vernetzung in der internen und externen Kommunikation	Monatliche GL-Sitzungen, Klausurtagungen, Mitarbeiterveranstaltungen	●	
19	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des ZGSDK-Präsidiums sicherstellen	100 % innert Frist	●	
20	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des Präsidiums des Psychiatrie-Konkordats	100 % innert Frist	●	
G	Förderung der Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsbetrieben	Massnahmen sind definiert	●	
I	Erarbeiten und umsetzen eines Kommunikationskonzeptes	Prozesse für die interne und externe Kommunikation sind definiert	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
RR-Anträge	Anzahl	84	81	76
Mitberichte / Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	29	30	38
Vernehmlassungen GD federführend	Anzahl	17	13	26
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	3	3	3
Beschwerdeeingänge	Anzahl	10	10	3
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	3	3	1
Delegation der Staatswirtschaftskommission	Sitzungen	3	2	2
Kantonsrätliche Kommission für das Gesundheitswesen	Sitzungen	1	4	5
ZGSDK / ZFG	Sitzungen	7	7	15
Psychiatriekonkordat / Betriebskommission	Sitzungen	9	9	11
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Sitzungen	20	20	12
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Medienkonferenzen / Medienmitteilungen)	Vorgänge	25	20	18
Kantonale Arbeitsgruppen (EDV, Zele, Projekt Behinderung und Alter, ...)	Sitzungen	22	19	32
Erfa Controller-Meetings	Sitzungen	3	5	4
Empfängerinnen und Empfänger einer individuellen Prämienverbilligung (IPV)	Anzahl		30'000	29'682
Kantonsanteil an Prämienverbilligung	Mio. Franken		22,5	20,5

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Kantonsrätliche Kommissionen: Davon vier Sitzungen mit der Konkordatskommission

ZGSDK / ZFG: Davon neun Sitzungen im Rahmen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Der Bund war gesetzgeberisch aktiver als in früheren Jahren, was sich im deutlichen Anstieg der Anzahl Vernehmlassungen (Federführung GD) und Mitberichte / Stellungnahmen an andere Direktionen widerspiegelt. Im Gegenzug nahmen die Beschwerdeeingänge ab. Ob es sich dabei um ein einmaliges Ereignis oder eine Trendwende handelt, wird sich weisen. Die Zahl der institutionalisierten Jahrestreffen nahm ab, weil es aufgrund der Themen sinnvoll war, bilaterale Gespräche zu öffnen und mit mehreren Institutionen am Tisch zu führen, um so auch die Vernetzung zu fördern. Das Direktionssekretariat war ausserdem in mehr kantonalen Arbeitsgruppen vertreten als ursprünglich vorgesehen. So beispielsweise bei derjenigen zum Releasewechsel der Buchhaltungssoftware, im Statistikgremium und im Fachbereich Information des Kantonalen Führungsstabes.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-54'568'579.85	-58'037'100	-56'329'022.92	1'708'077.08	-2,9
Total Ertrag	31'396'355.60	32'008'800	32'418'656.80	409'856.80	1,3
Saldo	-23'172'224.25	-26'028'300	-23'910'366.12	2'117'933.88	-8,1

Kommentar Rechnung

Die Lohnaufwände fallen wegen der späteren Besetzung von vakanten Stellen sowie dem Abbau der Überstunden- und Feriensaldi rund 0,1 Millionen Franken tiefer aus als budgetiert.

Bei der Prämienverbilligung blieb der Kantonsbeitrag mit 20,5 Millionen Franken rund 2 Millionen Franken (8,8 Prozent) unter Budget, da zum einen die Bezügerquote leicht zurückging und zum andern die Prämienhöhung geringer ausfiel als erwartet (tiefster Prämienanstieg der Zentralschweiz). Zudem lag der Bundesanteil mit 32,4 Millionen Franken rund 0,4 Millionen Franken (1,3 Prozent) höher als budgetiert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der Baukredit für den Neubau des Amtes für Verbraucherschutz (AVS) wurde vom Kantonsrat bewilligt. Darauf folgten monatliche Baukommissionssitzungen, bei denen alle Belange des Neubaus, insbesondere auch die anspruchsvolle Ausführungsplanung des Labors, geregelt wurden. Die beiden Abteilungen Lebensmittelkontrolle (LMK) und Veterinärdienst (VetD) konnten die Anforderungen der bundesrechtlichen Vollzugsaufgaben zeitgerecht und kundenfreundlich umsetzen. Die Koordination der Vollzugsaufgaben entlang der Lebensmittelkette wurde weiterentwickelt.

Lebensmittelkontrolle

Der Umfang der Kontrolltätigkeit im Vollzugsbereich der Lebensmittelgesetzgebung ist vergleichbar mit den Vorjahren. Im Rahmen der 478 in den Betrieben durchgeführten Inspektionen wurden vor allem Schwachstellen betreffend der Dokumentation der Selbstkontrolle und mangelnde Hygiene festgestellt. Zwei Ereignisse sind erwähnenswert: Im Laufe dieses Sommers wurde in Zusammenarbeit mit der Polizei eine Kontrolle von Lebensmitteltransportern, insbesondere Kühltransporte, durchgeführt. Es erfolgten Beanstandungen infolge zu hoher Temperaturen im Kühlwagen und ungenügend verpackter Lebensmittel. Im Rahmen der Globalisierung wird auch die Lebensmittelkontrolle immer öfter aufgefördert, Inspektionen nach ausländischem Recht durchzuführen, damit die Betriebe in die entsprechenden Länder exportieren können. In diesem Zusammenhang erfolgten Inspektionen nach chinesischem und russischem Recht. Bei den Laboruntersuchungen lag das Schwergewicht im Bereich der Wasseranalytik und der mikrobiologischen Untersuchungen. Zusätzlich wurden einzelne Produktkategorien mit erhöhtem Risiko für Hygienemängel untersucht, wie Fleisch, Fisch, Rohmilchkäse, Speiseeis, Torten/Pâtisserie, Frühstücksflocken und Müeslimischungen, Spirituosen, Salatsaucen, Trockenfrüchte und Kosmetika. Von den ca. 1'800 untersuchten Proben wurden rund 20 Prozent der Proben wegen Verunreinigungen, mangelnder Zusammensetzung oder Hygienemängeln beanstandet, was einem durchschnittlichen Wert entspricht.

Tiergesundheit

Bei der Ausrottung der Rinderseuche BVD (Bovine Virus Diarrhoe) steht man im zweiten Jahr der Überwachungsphase. Im Rahmen dieser Überwachung konnten keine weiteren Seuchenfälle aufgedeckt werden. In zwei Bienenhaltungen trat die Bienenseuche Sauerbrut auf. Diese wurde durch den sofortigen Einsatz des Bieneninspektorates erfolgreich bekämpft. Die im Rahmen eines bundesweiten Überwachungsprogrammes im Kanton Luzern entdeckte Schweineseuche PRRS (Porcines reproduktives und respiratorisches Syndrom) führte dazu, dass im Kanton Zug in vier Schweinehaltungen Blutproben entnommen wurden. Diese Proben waren alle negativ. Die Überwachung weiterer Tierseuchen erfolgte nach dem vom Bund vorgegebenen Monitoringprogramm sowie anlässlich von Kontrollen bei Viehausstellungen, Sömmerungen, Viehhändlern und beim Import von Tieren und tierischen Produkten.

Tierschutz und gefährliche Hunde

Rund ein Viertel aller Nutztierhaltungsbetriebe wurde analog der Vorjahre auf die Einhaltung der Tierschutzvorschriften kontrolliert. Diese vom Bund vorgegebenen Kontrollen zeigen mittlerweile eine gute Wirkung bezüglich Einhaltung der Tierschutzvorgaben. Die in der Berichtsperiode durchgeführten Tierversuche, alle mit dem Schweregrad Null, bei denen dem Tier kein Schmerz zugefügt wird, hatten in allen Fällen die Verbesserung von Tiergesundheit und Tierwohl zum Ziel. Die Anzahl gemeldeter Zwischenfälle mit Hunden, die zu Verletzungen von Menschen oder auch anderen Tieren führte, lag mit 83 Vorfällen leicht über dem Vorjahr. Festzuhalten ist, dass es sich meist um leichte Verletzungen wie Kratzer handelte, was darauf hindeutet, dass die Meldedisziplin besser wird.

Kontrolle tierischer Lebensmittel und Tierarzneimittel

Die Produktionskontrollen von Lebensmitteln tierischer Herkunft (Fleisch, Milch, Eier, Honig) auf Landwirtschaftsbetrieben wurden aufgrund von geändertem Bundesrecht neu organisiert. Die Kontrollen werden neu mit den Kontrollen des Landwirtschaftsbereichs kombiniert. Dadurch können Synergien genutzt und Doppelkontrollen vermieden werden. Im Rahmen der Milchqualitätskontrolle mussten im Berichtsjahr drei Milchproduktionsbetriebe vorübergehend mit einer Sperre belegt werden, da die Ablieferungsmilch Rückstände von Hemmstoffen enthielt. Bei den Kontrollen der Tierarztpraxen wurden die Vorgaben im Bereich der Tierarzneimittelverordnung überprüft.

Chemikalien- und Badewasserbereich

Die Schwerpunkte im Chemikalienbereich betrafen Biozidprodukte und Reinigungsmittel. Wegen der revidierten Biozidprodukteverordnung mussten sämtliche Biozidprodukte bis Jahresende von den Betrieben auf die geänderte Einstufung und Etikettierung angepasst werden. Die Untersuchung diverser Reinigungsmittel auf unerlaubte Substanzen war erfreulich. Kein Produkt enthielt solche Substanzen. Allerdings mussten verschiedene Kennzeichnungen oder Sicherheitsdatenblätter beanstandet werden. Im Zusammenhang mit Wohngiften gab es im Berichtsjahr bei der Kontaktstelle verschiedene Anfragen zu Asbest oder zu Schimmel in Innenräumen. Die Badewasserqualität in Frei- und Hallenbädern wurde im gleichen Rahmen wie in den Vorjahren untersucht. Bis auf einzelne Ausnahmen wurden sämtliche Anforderungen erfüllt.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie das Tierwohl zu erwirken.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und einwandfreie Qualität der angebotenen Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände gewährleisten	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher; mindestens 6 ereignisorientierte Medienbeiträge		
2	Die Laborkapazität deckt einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Betriebe ab; die Untersuchungsmethoden entsprechen dem aktuellen Stand der Lebensmittelkontrolle	Kontrolle in 60 % der identifizierten Schlüsselbetrieben; jährlich werden mindestens 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt		
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturanden, Praktikanten sowie interessierte Kreise		
Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände				
4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	30 % (430) der Betriebe sind kontrolliert; flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten		
5	Untersuchungen von Wasserproben (auch als Dienstleistung für Dritte) im Rahmen des fachlichen Kompetenzbereichs gewährleisten	100 % der Proben (ca. 1'000) inklusive Berichterstattung innert 3 Wochen untersucht und abgeschlossen		
6	Überwachung der im Kanton ansässigen Handelsfirmen betreffend Verbrauchersicherheit	10 % (20 Betriebe) der im Kanton ansässigen, zum Teil internationalen Grosshandelsfirmen kontrollieren		
B	Elektronische Erfassung der Inspektionsberichte und Abgabe vor Ort inkl. automatischer Abgleich der Daten mit der Fachanwendung	Keine Abgabe mehr von handschriftlichen Inspektionsberichten		Elektronische Erstellung von Inspektionsberichten vor Ort erfüllt. Realisierung der interaktiven Schnittstelle (Abgleich mit Fachanwendung) wegen technischen Schwierigkeiten nicht realisiert
Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser				
7	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	Mindestens 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr		
8	Information der Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon				
9	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	10 % (30 Betriebe) der wichtigsten Betriebe kontrolliert; Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen	●	Infolge einer Stellenvakanz konnten nur 18 Betriebe kontrolliert werden
10	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt sofern sie für den Kanton von Interesse sind	●	
D	Liste der Vollzugsaufgaben und Zuständigkeiten an die aktuelle Gesetzgebung als bezeichnete Koordinationsstelle anpassen	Konsolidierter Vorschlag an das DS weitergeleitet	○	Infolge einer Stellenvakanz konnte das Projekt nicht realisiert werden
Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen				
11	Untersuchungen und Probenahmen gemäss Vorgaben des Amtes für Umweltschutz (AfU) erbringen	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung fristgerecht erfüllt	●	
Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst				
12	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	100 % der Seuchenfälle bekämpft; keine Seuchenverschleppungen	●	
13	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	100 % der Seuchenuntersuchungen (ca. 800 Proben) durchgeführt	●	
14	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	25 % Tierhaltungen kontrolliert (ca. 150 Betriebe); 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	●	
15	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	Alle Schlacht- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt; 100 % der Zerlegereien kontrolliert; 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert (ca. 75 Betriebe); Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt; alle Importgeflügelbetriebe kontrolliert	●	
16	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	Bundesvorgaben zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhöe (BVD) erfüllt	●	
17	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	90 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	●	
18	Tiergesundheit in der Nutztierhaltung fördern	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	●	
Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle				
Keine Bemerkungen				

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Lebensmittelbetriebe	Betriebe	1'592	1'500	1'728
Badeanlagen	Betriebe	23	23	23
Untersuchungen Lebensmittelbereich	Anzahl Proben	3'031	2'800	2'964
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	1'460	1'700	1'784
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	245	250	190
Milchproduzenten	Betriebe	295	300	286
Importgeflügelbetriebe	Betriebe	3	3	3
Schlachtanlagen	Betriebe	3	3	3
Bienenstände	Stände	275	260	296
Hundehaltungen	Haltungen	4'366	4'250	4'483

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Zahl der Lebensmittelbetriebe hat wegen geänderter Betriebsdefinitionen durch den Bund zu-, bzw. jene der Händler und Importeure abgenommen. Im Lebensmittelbereich wurde das Konzept der Kontrollfrequenzen für Lebensmittelbetriebe überarbeitet, was zu einer Veränderung der Anzahl Untersuchungen führte. Die Zahl der Bienenstände hat infolge neuer Imker leicht zugenommen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'382'323.49	-3'474'300	-3'429'021.81	45'278.19	-1,3
Total Ertrag	661'547.10	627'200	654'187.20	26'987.20	4,3
Saldo	-2'720'776.39	-2'847'100	-2'774'834.61	72'265.39	-2,5

Kommentar Rechnung

Der Gesamtaufwand ist insbesondere infolge einer vakanten Stelle im Bereich Chemikaliensicherheit bei der Lebensmittelkontrolle tiefer. Auf der Ertragsseite gab es bei den Rückforderungen für die Entsorgung der tierischen Nebenprodukte einen Minderertrag von rund 32'000 Franken. Hingegen konnte bei der Lebensmittelkontrolle bei den Untersuchungen für Dritte ein Mehrertrag von 55'000 Franken erzielt werden, was insgesamt zu diesem positiven Ergebnis beim Gesamtertrag führte.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4005.0010 Ersatzinvestitionen AVS					
Ausgaben	-142'972.43	-240'000	-233'896.00	6'104.00	-2,5
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-142'972.43	-240'000	-233'896.00	6'104.00	-2,5
Einnahmen					
Saldo	-142'972.43	-240'000	-233'896.00	6'104.00	-2,5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Einsatzzahlen stiegen erneut. Erstmals leistete der Rettungsdienst Zug (RDZ) mehr als 4'300 Einsätze. In drei bis vier Nächten pro Woche standen zwei komplette Rettungsteams zur Verfügung. Mit der Inbetriebnahme zweier neuer Rettungswagen begann die Erneuerung des Fahrzeugparks. Geräte zur mechanischen Herzdruckmassage ergänzten die Ausrüstung für Reanimationen. Die Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung Zürich übernahm am 2. Dezember die Bearbeitung der Notrufnummer 144 und die Disposition der Rettungsmittel im Kanton Zug.

Analyse des Einsatzgeschehens

Mit 4'355 leistete der RDZ so viele Einsätze wie noch nie. Das sind 64 Einsätze mehr als im Vorjahr. Nach wie vor war der RDZ auf die Notfallversorgung fokussiert. Die Zahl der Sekundäreinsätze blieb mit 1'022 praktisch unverändert. Ihr prozentualer Anteil sank leicht von 23,9 auf 23,5 Prozent. Auffallend ist die um 20 auf 94 Einsätze gestiegene Zahl der Bereitschaftseinsätze (Einsätze bei Bränden oder Spezialaktionen). Der Anteil der Nachteinsätze stieg von 26,6 Prozent auf 27,9 Prozent an. In absoluten Zahlen ausgedrückt handelte es sich um 74 Einsätze mehr. Am meisten Einsätze gab es in den Monaten Dezember, Oktober und Juni. Innerhalb der Wochentage gab es eine Verschiebung zur Wochenmitte. Der Donnerstag gefolgt von Freitag und Mittwoch war über das ganze Jahr betrachtet der Spitzentag. Die Zahl der gefahrenen Kilometer stieg um 4'004 auf 117'825 an.

Spezielle Einsätze

Aus dem Einsatzgeschehen ragen zwei spezielle Einsätze hervor. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit leistete der RDZ am 11. Mai einen überregionalen Hilfeinsatz. Nach einem Unwetter wurde eine Evakuierung des Spitals Einsiedeln befürchtet. Es wurden aus dem ganzen Dispositionsgebiet der Region Zürich Fahrzeuge nach Einsiedeln entsandt. Beim RDZ, zu diesem Zeitpunkt der Sanitätsnotrufzentrale Luzern angeschlossen, wurde ein Patiententransportzug angefordert. Dabei rücken die Rettungswagen nicht einzeln, sondern als Konvoi und geführt zum Einsatzort aus. Nach einem Freizeitalarm konnten alle verfügbaren Fahrzeuge sehr schnell besetzt werden und abfahren. In Einsiedeln fuhr der Konvoi in den Warteraum am Dorfrand. Nach einiger Zeit rückten die Fahrzeuge wieder nach Zug ab, da keine Evakuierung nötig war. Beim Brand auf dem Dach der Zuger Kantonalbank am 17. Juli stellte der RDZ die rettungsdienstliche Versorgung für die Einsatzkräfte sowie die in der Umgebung befindlichen Personen sicher und übernahm die Führungsfunktionen. Zum Zeitpunkt des Alarms waren keine eigenen Kräfte frei. Drei Fahrzeuge aus anderen Regionen kamen zu Hilfe, und mit eigenem Personal wurde eine Sammelstelle für Patienten betrieben. Sanitätsgruppen der Zuger Feuerwehren unterstützten den Rettungsdienst. Der Gesamteinsatzleiter strukturierte seine Führung gemäss dem im schweizerischen Kurs Grossereignisse geschulten Schema. Daher kam seit langem zum ersten Mal eine Bereichsleitung Sanität zum Einsatz. Dank den gemeinsamen Ausbildungen von Feuerwehr und Rettungsdienst griff die Stabsarbeit nahtlos ineinander. Bei beiden Einsätzen funktionierte die überregionale Hilfe unter den Notrufzentralen und den Rettungsdiensten problemlos.

Wechsel der Notrufzentrale 144

Nach intensiver Evaluation gab der Regierungsrat im März seine Zustimmung zum Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit Schutz & Rettung Zürich (SRZ). Er beauftragte die Einsatzleitzentrale am Flughafen Zürich, die Notrufnummer 144 aus dem Kanton Zug zu bearbeiten und die Rettungsmittel zu disponieren. Für allfällige Grossereignisse konnte die Unterstützung mit Kräften aus Zürich vertraglich sichergestellt werden. Gemeinsame Arbeitsgruppen von SRZ und RDZ bearbeiteten ab April Fragen der betrieblichen Abläufe, der technischen Einrichtungen und der Konzepte für Grossereignisse. Die Anpassung der Installationen zur Alarmierung, Übermittlung der Einsatzaufträge und der Kommunikation erfolgte im Oktober und November. Nach einer umfassenden Testphase gab die Swisscom am 2. Dezember um 04.54 den Schaltbefehl, womit der Notruf 144 nach Zürich überging. Die Umstellung erfolgte komplikationslos. Die Erfahrungen in den ersten Betriebswochen waren positiv und die gesammelten Erkenntnisse werden über die regelmässigen Audits in die Überarbeitung der Prozesse einfließen.

Betriebliche Ereignisse

Am 8. September übergaben Lieferant und Gesundheitsdirektion dem RDZ zwei neue Rettungswagen. Beim Ausbau der Fahrzeuge standen Ergonomie und Sicherheit für Patientinnen und Patienten sowie für die Mitarbeitenden im Vordergrund. Augenfälligstes Merkmal ist die Warnlackierung am Heck. Sie erhöht die Sichtbarkeit in der Dämmerung und nachts. Eine optimierte Blaulichtanlage verbesserte vor allem tagsüber die Wahrnehmung der Ambulanz durch die anderen Verkehrsteilnehmenden. Der Patientenraum soll in Zukunft nach fünf bis sieben Betriebsjahren auf ein neues Fahrgestell umgesetzt werden. Dieses System des Wechselkoffers bewährte sich im Ausland bereits bei vielen Fahrzeugen. Nachdem positive Erfahrungen mit Geräten zur mechanischen Herzdruckmassage vorlagen, konnten nun alle Einsatzfahrzeuge damit ausgerüstet werden. Das optimiert die Versorgung von Personen mit einem Kreislaufstillstand. Zwei eigene Absolventen der Diplomausbildung besetzten die zugesprochenen Stellen. Ende Jahr leistete der RDZ Unterstützung für die Abteilung Gesundheitswesen des kantonalen Führungstabes. Er übernahm im Rahmen der Sicherheitsverbandsübung SVU 14 verschiedene Aufträge und erarbeitete Konzepte für den Transport hochinfektiöser Patienten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Disposition der Einsätze erfolgt durch eine überregionale Sanitätsnotrufzentrale (SNZ) 144. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Überwachungsaudit bestanden		
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %		
Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)				
3	Sicherstellen eines 24-Stunden-Rettungsdienstes gemäss Leistungsvereinbarung	An 3 Tagen pro Woche sind rund um die Uhr zwei Rettungsteams eingeplant.		
4	Die Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) wird im Kanton Zug eingehalten	Bei > 90 % der Notfalleinsätze ist innert 15 Minuten nach Alarmierung 1 Einsatzmittel an Ort		
5	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen		
6	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30' ab Alarm bei allen Aufgeböten	Bei 100 % der Aufgeböte ist die Zeit eingehalten		
7	Sicherstellen der reibungslosen Zusammenarbeit der First Responder Gruppen mit dem RDZ durch Prüfen des Betriebskonzeptes und Durchführen gemeinsamer Trainingseinheiten	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden		
A	Erneuerung Fahrzeugflotte	Inbetriebnahme eines Fahrzeuges		
Leistungsgruppe 2: Grossereignisse				
8	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt; Übungspräsenz des Milizpersonals > 65 %		
9	Lückenlose Sicherstellung der Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte	100 % Verfügbarkeit bei Ernstfällen innert 45'		
Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung				
10	Förderung des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Besetzung der Ausbildungsplätze und ein erfolgreicher Diplomabschluss		
11	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Ausbildungen im Umfang von 80 Stunden durchgeführt		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotrufzentrale SNZ 144				
12	Die beauftragte SNZ 144 orientiert sich am Stand der Technik und den Richtlinien des IVR	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	●	Evaluationen fanden statt, nicht alle Massnahmen wurden durch die SNZ umgesetzt
Leistungsgruppe 5: Schlüsseldienst				
13	Fehlerfreie Bereitstellung der Türschlüssel der angemeldeten Haushalte	Fehlerfrei in 100 % der Fälle	●	Externe Telefonzentrale übermittelte mehrfach falsche Schlüsselnummer an die SNZ 144. Das wurde vor dem Ausrücken bemerkt, führte jedoch zu Verzögerungen. Prozessoptimierungen bei den beteiligten Organisationen wurden initialisiert

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Ziel 12: Das Ziel und die Bewertung beziehen sich auf die bis am 1. Dezember zuständige Sanitätsnotrufzentrale am Luzerner Kantonsspital. Seit dem 2. Dezember ist die Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung Zürich beauftragt.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Anzahl Einsätze	Anzahl	4'291	> 4'300	4'355
Anteil Nachteinsätze	Anzahl	1'500	> 1'500	1'576
Betreute Personen	Anzahl	3'772	> 4'200	3'760
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert	3,4	< 3,5	3,4
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert	7,3	> 9,0	10,2
Freizeitalarme	Anzahl	44	> 35	62
Einsätze durch ausserkantonale Organisationen	Anzahl		< 200	187
Schlüssel im Depot	Anzahl	144	150	167

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Indikator für Risikofall: Der Bedarf an Rettungsmitteln kann statistisch (POISSON-Verteilung) berechnet werden. Falls die vorhandenen Mittel bei einem gleichzeitigen Auftreten mehrerer Einsätze nicht ausreichen, entsteht ein Nachfrageüberhang und somit ein Risikofall. Der Indikator zeigt an, in welchem durchschnittlichen Zeitintervall (entspricht hier Tagen) sich ein solches Vorkommnis wiederholt. Dank der zwei zusätzlichen Stellen waren mehr Teams in der Nacht im Einsatz, was den Indikator verbesserte. Durchschnittlich alle 10,2 Nachtschichten kam es zu einem Engpass. Am Tag blieb der Wert unverändert bei 3,4.

Die Freizeitalarme betrafen in wenigen Fällen grössere Einsätze oder das Aufgebot für eine Einsatzleitung. Meist musste ein zusätzlicher Rettungswagen ausrücken oder es wurde an einem zweiten Einsatzort Anästhesie benötigt.

Betreute Personen: Die falsche Zahl in der Spalte Budget 2014 wurde erst nach Drucklegung des Budgets 2014 bemerkt und kann nicht mehr angepasst werden.

Die richtige Zahl sollte > 3'700 heissen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'583'846.40	-5'164'200	-5'192'711.94	-28'511.94	0,6
Total Ertrag	2'467'901.63	2'512'000	2'523'137.80	11'137.80	0,4
Saldo	-2'115'944.77	-2'652'200	-2'669'574.14	-17'374.14	0,7

Kommentar Rechnung

Die Aufwandsteigerung beruht hauptsächlich auf folgenden Faktoren: Höherer Aufwand beim Fahrzeugunterhalt 35'000 Franken, unvorhersehbarer Ersatz der Pager 20'000 Franken sowie erhöhter Bedarf an medizinischem Verbrauchsmaterial 17'000 Franken. Demgegenüber stehen Einsparungen bei Dienstleistungen Dritter 16'000 Franken, dem Kauf von Medikamenten 13'000 Franken und kleineren Aufwandreduktionen auf verschiedenen Konten. Die grössere Zahl von Einsätzen führte zu höheren Erträgen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4021.0001	Ersatzanschaffung RTW ZG 74005					
	Ausgaben	-138'000.00		-239'269.42	-239'269.42	
	Einnahmen					
GD4021.0004	Ersatzanschaffung Defibrillatoren					
	Ausgaben	-378'222.85				
	Einnahmen					
GD4021.0005	Anschaffung Reanimationsgeräte					
	Ausgaben		-110'000	-110'188.52	-188.52	0,2
	Einnahmen					
GD4021.0008	Ersatzanschaffung RTW ZG 74001					
	Ausgaben		-380'000	-375'644.57	4'355.43	-1,1
	Einnahmen		5'000	5'000.00	0.00	0,0
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-516'222.85	-490'000	-725'102.51	-235'102.51	48,0
	Einnahmen		5'000	5'000.00	0.00	0,0
	Saldo	-516'222.85	-485'000	-720'102.51	-235'102.51	48,5

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Auslieferung des für 2013 geplanten Fahrzeuges erfolgte wie im Geschäftsbericht 2013 angekündigt mit Verspätung. Das Projekt wurde 2014 abgeschlossen.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-80'021'734.39	-88'650'000	-87'510'468.45	1'139'531.55	-1,3
	Total Aufwand	-80'021'734.39	-88'650'000	-87'510'468.45	1'139'531.55	-1,3
426	Rückerstattungen	225'331.10	200'000	234'227.70	34'227.70	17,1
	Total Ertrag	225'331.10	200'000	234'227.70	34'227.70	17,1
	Saldo	-79'796'403.29	-88'450'000	-87'276'240.75	1'173'759.25	-1,3

Kommentar Rechnung

Beiträge an Gemeinwesen und Dritte beinhalten den nach neuer Spitalfinanzierung vom Kanton zu entrichtenden Kostenanteil von 51 Prozent an die Hospitalisation von Zuger Patientinnen und Patienten. Dieser Beitrag ist sowohl für inner- als auch ausserkantonale Hospitalisationen geschuldet.

Der effektive Aufwand liegt hauptsächlich aus folgenden Gründen unter dem Budget:

- Die abgerechneten ausserkantonalen Hospitalisationen sind teurer als budgetiert, was zu Mehraufwendungen von rund 1,7 Millionen Franken führt. Im Gegensatz dazu liegt der effektive Aufwand im Bereich der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen um 1,5 Millionen Franken unter Budget – dies, weil sich die Kantone bei der Abgeltung der universitären Lehre und Forschung noch nicht über einen interkantonalen Ausgleich einigen konnten.
- Der Aufwand für die Zuger Kantonsspital AG ist um rund 0,2 Millionen Franken höher ausgefallen als budgetiert. Grund dafür sind höhere Fallzahlen sowie eine Differenz zwischen transitorischer Abgrenzung und effektiver Schlusszahlung 2013 in der Höhe von rund 0,1 Millionen Franken.
- Die Beiträge an die Klinik Adelheid AG liegen aufgrund von höheren Tarifen und mehr Pflgetagen über dem Budget, wohingegen definitiv abgerechnete Vorjahre zu Aufwandminderungen führen. Netto resultiert eine Aufwandminderung von unter 0,1 Millionen Franken.
- Bei der AndreasKlinik AG Cham führen insbesondere tiefere Fallzahlen zu einem Minderaufwand von rund 0,8 Millionen Franken.
- Die Minderaufwendungen bei der Psychiatrischen Klinik Zugersee von rund 0,5 Millionen Franken und bei der Clenia Littenheid AG von rund 0,3 Millionen Franken ergeben sich durch eine tiefere Anzahl Pflgetage.
- Aufgrund höherer Pflgetage lag der Aufwand bei der Klinik Meissenberg AG indes um rund 0,2 Millionen Franken über Budget.

Auf der Ertragsseite sind die Regresseinnahmen um rund 30'000 Franken höher ausgefallen als budgetiert. Inner- wie auch ausserkantonale Hospitalisationen wegen eines Unfalls für welche der Kanton Zug Beiträge leistet, sind regressierbar (Rückgriffnahme auf die für den Schaden verantwortliche Partei). Voraussetzung für einen kantonalen Regress ist, dass der Kanton seinen Finanzierungsanteil nach Art. 49a KVG geleistet hat, aber ein Dritter für den Unfall haftet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
GD4030.0008 Pflegezentrum Luegeten					
Ausgaben	-101'565.50	-3'000'000		3'000'000.00	-100,0
Einnahmen					
GD4030.0009 Pflegezentrum Baar					
Ausgaben	-252'442.75				
Einnahmen					
GD4030.0010 Pflegezentrum Ennetsee, Cham					
Ausgaben	-70'192.55		4'778.15	4'778.15	
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-424'200.80	-3'000'000	4'778.15	3'004'778.15	-100,2
Einnahmen					
Saldo	-424'200.80	-3'000'000	4'778.15	3'004'778.15	-100,2

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

- Pflegezentrum Luegeten: Der Regierungsrat hat dem Pflegezentrum Luegeten mit Beschluss vom 1. April 2014 bis Ende September 2016 Zeit eingeräumt, das definitive Projekt einzureichen. Der im Jahr 2014 budgetierte Subventionsbeitrag verschiebt sich deshalb auf einen späteren Zeitpunkt.
- Pflegezentrum Ennetsee: Die Schlussabrechnung für den Investitionsbeitrag 2013 konnte erst im Jahr 2014 erstellt werden. Entsprechend wurde die Schlussabrechnung 2013 transitorisch abgegrenzt. Die Minderausgabe von 4'778.15 Franken im Jahr 2014 resultiert aus der Differenz zwischen transitorischer Abgrenzung und effektiver Schlusszahlung 2013.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Gesundheitsamt wurde interimistisch und zur Vorbereitung der Zusammenlegung mit dem Medizinalamt vom Kantonsarzt geführt. In der Nacht vom 31. Dezember 2014 auf den 1. Januar 2015 gingen sämtliche Amtsgeschäfte des Gesundheitsamtes an das neu geschaffene Amt für Gesundheit über. Die insbesondere auf die Jugend ausgerichteten Gesundheitsthemen, namentlich die Früherkennung und Frühintervention bei Sucht und der schulärztliche Dienst wurden in der Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit gebündelt. Die Informationsvermittlung an die Bevölkerung und die verstärkte Vernetzung der Partnerorganisationen prägten die Aktivitäten auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und Prävention. Weitere Informations- und Schulungsveranstaltungen der Suchtberatung richteten sich schwergewichtig an Betriebe, Lehrlingsverantwortliche, Schulen, Vereine und die Öffentlichkeit.

Zusammenlegung von Gesundheits- und Medizinalamt

Im Geschäftsbericht des Medizinalamtes (Kostenstelle 4060) wird die Zusammenlegung kurz gewürdigt.

Kinder- und Jugendgesundheit

Die Zusammenfassung von Gesundheitsthemen, die auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind, mit der Früherkennung und Frühintervention bei Sucht und mit dem schulärztlichen Dienst führte zur Bildung einer eigenen Abteilung. Die Abteilungsleitung legte in einem Konzept Haltung, Inhalte und Arbeitsweise fest. Die Direktion für Bildung und Kultur informierte die Lehrerschaft in einem Newsletter über die Angebote und Dienstleistungen dieser Abteilung. In der Folge fanden bereits über 40 Beratungsgespräche mit Lehrpersonen zum Einsatz von Präventionsmitteln, aber auch zur Umsetzung von gesundheitsfördernden Projekten in Schulen statt. 60 Prozent der Zuger Oberstufenklassen (94 Klassen) nahmen am Experiment Nichtrauchen teil, 63 dieser Klassen blieben während der Projektphase rauchfrei. 18 Klassen waren bereits zum zweiten und sechs Klassen sogar zum dritten Mal dabei. Bis Ende Jahr wurden total 86 Boxen mit Schulinformationsmaterial zu Tabak, Alkohol und Cannabis verteilt (54,4 Prozent aller Oberstufenklassen, Sekundarstufe I). Am Wettbewerb zur Gestaltung von Suchtplakaten (freelance Contest) nahmen erfreulicherweise vier Klassen teil. Von den 25 eingereichten Arbeiten kamen drei zur Ausführung. Diese Plakate wurden während zwei bis vier Wochen in den Bussen der ZVB ausgehängt, in die Kinowerbung integriert und an öffentlichen Strassen aufgestellt.

Gesundheitsförderung und Prävention

Zur Information der Bevölkerung und weiteren Vernetzung der Partnerorganisationen wurden Veranstaltungen unterstützt und erfolgreich durchgeführt. Als wichtigste zu erwähnen sind die Netzwerkveranstaltung mit 60 Vertreterinnen und Vertretern von Partnerorganisationen der «Psychischen Gesundheit» aus Medizin, Psychiatrie, Psychologie, Selbsthilfegruppen, Betroffenen usw. vom 29. Januar, der Evaluationsworkshop von sieben Tabakpräventionsorganisationen (kantonale und nationale) vom 15. Februar, das Forum für Altersfragen vom 12. Juni mit 80 Fachpersonen und am 14. und 15. November das Treffen von 38 Hebammen, Mütter-Väter-Beraterinnen, Pflegefachpersonen, Psychologinnen und Psychologen zum Austausch und zur Weiterbildung im Bereich «Übergang zur Elternschaft». Aus der Netzwerkveranstaltung zur «Psychischen Gesundheit» resultierte ein monatlicher Newsletter zu allen Aktivitäten. Das für die Zuger Tabakprävention positive Evaluationsergebnis stellte die Mitfinanzierung der Umsetzung von rund 35 Prozent der Massnahmen im Kanton Zug durch den Tabakpräventionsfonds sicher. Das Thema Hochaltrigkeit bewegte und löste erfreuliche Resonanzen aus, weshalb es im Forum für Altersfragen 2015 nochmals aufgegriffen wird.

Suchtberatung

Neben dem rege genutzten Beratungsangebot für Betroffene und Angehörige führte die Suchtberatung verschiedene Informations- und Schulungsveranstaltungen durch. Diese richteten sich als Schwerpunkte an Betriebe, Lehrlingsverantwortliche, Schulen, Vereine sowie die breite Öffentlichkeit. Insgesamt konnten mit diesen Veranstaltungen 745 Personen (483 Erwachsene, 262 Jugendliche) erreicht werden. Im Rahmen des Nationalen Aktionstages Alkoholprobleme fand am 8. Mai eine Aktion im Bahnhof Zug statt; es wurden Flyer und Informationsmaterial zum Thema «Stress und Alkohol» verteilt. Thema und Material stiessen auf reges Interesse und erreichten innert Kürze über 1'000 Personen. Das Projekt sensor – Früherkennung von und Umgang mit Suchtproblemen im Alter – wurde abgeschlossen. Neben der Schulung von Mitarbeitenden der Spitex entstand ein Leitfaden für Fachpersonen in der ambulanten Altersarbeit. Kompetente Fachreferenten hielten im Rahmen von FOSUMIS (Forum Suchtmedizin Innerschweiz) im Kanton Zug Referate an fünf suchtspezifischen Fortbildungsveranstaltungen. Insgesamt nahmen über 120 Personen daran teil, davon ungefähr die Hälfte Ärzte.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Gesundheitsamt fördert die Gesundheit der Zuger Bevölkerung, beugt mit zweckmässigen Präventionsmassnahmen Krankheiten vor und unterstützt Ratsuchende bei Fragen und Problemen zu Suchtmitteln und entsprechendem abhängigen Verhalten. Mit ausgewählten Aktivitäten fördert, entwickelt und verbreitet das Gesundheitsamt innovative Ideen und koordiniert wirksame Projekte zum Wohle der Zuger Bevölkerung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Qualität der Dienstleistungen sicherstellen	Rezertifizierungsaudit 2014 bestehen, neu nach QuaTheDA 2012		Rezertifizierung Suchtberatung nach QuaTheDa 2012 wurde ohne Auflagen erreicht. Aufgrund bevorstehender Fusion mit Medizinalamt wurde bei übrigen Organisationseinheiten auf eine weitere Zertifizierung verzichtet
Leistungsgruppe 1: Gesundheitsförderung und Prävention				
2	Entwickeln und umsetzen der Strategien des Gesundheitsamtes zu Alkohol, Tabak, Krebs, gesundes Körpergewicht und psychische Gesundheit	Meilensteine der Strategien erreicht; Fokus bei der praktischen Umsetzung auf Vernetzung der Akteure / 3 Veranstaltungen		
3	Attraktive Angebote für Schulen anbieten, hohe Beteiligung erreichen	50 % der Zuger Oberstufenklassen nehmen am Experiment Nichtraucher teil; 65 % der Kindergärten setzen das Projekt Purzelbaum um; am Projekt Freelance nehmen 15 Oberstufenklassen teil; es wird der DBK-Newsletter für Informationen für Lehrpersonen verwendet; es finden 30 persönliche Beratungsgespräche von Lehrpersonen zum Einsatz von Präventionsmaterialien statt		
4	Umsetzung von Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen in den Gemeinden stärken	1 Gemeinde wird bei der Einführung gemeindlicher, suchtpreventiver (einschliesslich Früherkennung und -intervention) Strukturen begleitet		Gemeinde, die bei Erarbeitung eines Früherkennungskonzeptes unterstützt wurde, hat Projekt aufgrund mangelnder personeller Ressourcen und Personalwechsel eingestellt. Einige Grundlagen-Papiere wurden erarbeitet und stehen zur Nutzung bereit
5	Stärkung der Vernetzung der Aktivitäten untereinander und mit dem Gesundheitsamt	1 Koordinationsveranstaltung mit Partnerorganisationen findet statt. Das Controlling und die Evaluation der erbrachten Dienstleistungen steigert die Qualität der Angebote. Der Fokus liegt auf der Vernetzung der Angebote		Netzwerkveranstaltung im November für Partnerorganisationen mit Leistungs- und Subventionsvereinbarungen wurde auf 2015 verschoben, da sich Ziele und Inhalte wegen des EP 15-18 geändert hatten. Im 1. Halbjahr fanden mit allen Partnerorganisationen Jahresgespräche statt: Zielerreichungen des Vorjahres und Zielvereinbarungen des laufenden Jahres wurden festgehalten

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
6	Impulse für Gesundheitsförderung im Alter setzen	1 Forum für Altersfragen wird durchgeführt; 60 Fachpersonen aus dem Kanton Zug nehmen daran teil	●	
Leistungsgruppe 2: Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen				
7	Beratung zu allen Aspekten einer Abhängigkeitserkrankung	550 Personen werden beraten; 1'600 Beratungsgespräche werden durchgeführt	●	
8	Arbeitgeber kontinuierlich über die Suchtproblematik am Arbeitsplatz informieren	2 Businesslunches zum Thema Sucht finden für Zuger Unternehmen statt. Daran nehmen je mindestens 25 Personen teil	●	
B	Strategie der Suchtberatung entwickeln und einführen	Meilensteine der Strategie werden erreicht	◐	Aufgrund bevorstehender Amtsfusion und Neuverteilung gewisser Aufgabenbereiche wurde die Strategie Suchtberatung nochmals überarbeitet. Sie wird erst ab 2015 eingeführt
L35b	Gesetzliche Grundlage für strukturierte Früherkennung in Schulen, Spitälern und auf der Strasse (Polizei, Gassenarbeit) schaffen.	Es wird eine gesetzliche Grundlage für die Meldung von gefährdeten Jugendlichen und stark alkoholmissbrauchenden Erwachsenen geschaffen	◐	Entgegen Information durch BAG umfasst Meldebefugnis die Gefährdung bei Alkohol nicht. Meldestelle für Suchtgefährdete nach Art. 3 c des revidierten Betäubungsmittelgesetzes wurde beim Kantonsarzt angesiedelt und deckt nur Betäubungsmittel gemäss Bundesgesetz ab. Meldungen werden gegebenenfalls an Suchtberatung zur Abklärung weitergeleitet
L35a L35b	Beratungs- und Kriseninterventionsangebot für Familien verstärken	Die Angebote werden überprüft, es werden 15 Familien betreut	●	
Leistungsgruppe 3: Wissensmanagement und -transfer				
9	Sensibilisieren und informieren der Bevölkerung über die individuellen Möglichkeiten, sich gesundheitsförderlich resp. krankheitsverhindernd zu verhalten	An verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen werden insgesamt 500 Personen persönlich angesprochen	●	
10	Teilnehmen an der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) 2012	Die Daten der SGB liegen ausgewertet vor	●	
D	Unterlagen des Internetangebotes können gut und leicht gefunden werden	Downloads und Anzahl Besucher sind gleich hoch wie in 2013; der Einsatz von Sozial Media ist überprüft worden	●	
E	Teilnehmen an der Schweiz. Befragung zum Gesundheitsverhalten von Schülerinnen und Schüler (HBSC) 2014	Die Befragung kann im Kanton Zug mit repräsentativer Stichprobe durchgeführt werden	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Zielvereinbarungen und Controlling	Anzahl Vereinbarungen	9	9	9
Gesundheitsförderung und Prävention an Schulen	Anzahl Klasseneinsätze	25	30	27
Suchtberatung	Anzahl Beratungs- gespräche	1'629	1'600	1'671
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl Massnahmen	37	50	18
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl Jugendliche	40	80	74
Ausleihen der Mediothek	Anzahl Kundinnen und Kunden	25	120	0

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Einfluss-/Plangrössen zu den Massnahmen naturgemäss mit starken Schwankungen
- Mediothek: Aus Kostengründen eingestellt

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-3'523'813.48	-4'094'900	-3'781'349.37	313'550.63	-7,7
Total Ertrag	708'017.20	643'800	641'160.35	-2'639.65	-0,4
Saldo	-2'815'796.28	-3'451'100	-3'140'189.02	310'910.98	-9,0

Kommentar Rechnung

- Es wurden 100'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).
- Minderaufwand von 313'000 Franken: 192'000 Franken Personal (Reduktion von 0.8 Personaleinheiten zugunsten RDZ und teilweise spätere Stellenbesetzungen) und damit verbunden 121'000 Franken aus nicht realisierten Projekten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Das Projekt zur Zusammenlegung von Medizinal- und Gesundheitsamt verlief reibungslos und erfolgreich. In der Nacht vom 31. Dezember 2014 auf den 1. Januar 2015 gingen sämtliche Amtsgeschäfte des Medizinalamtes an das neu geschaffene Amt für Gesundheit über. Die Abwicklung der Spitalrechnungen, das gesundheitspolizeiliche Bewilligungs- und Aufsichtswesen sowie die Betriebsinspektionen herrschten wie im Vorjahr vor. Die Vorbereitungen im Zusammenhang mit der Ebola-Epidemie in Westafrika und das Bestehen der Sicherheitsverbandsübung SVU 14 (Strommangellage und Pandemie) banden in der zweiten Jahreshälfte bedeutende personelle und materielle Mittel.

Zusammenlegung von Medizinal- und Gesundheitsamt

Verschiedene organisatorische (Struktur der Geschäftsverwaltung und Archivierung, Kontenplan, EDV), infrastrukturelle (Räumlichkeiten) und personelle (Amtskultur) Bereiche mussten als Vorbereitung für die Zusammenlegung angepasst resp. harmonisiert werden. Die Zusammenführung der Leistungsaufträge und die Vorbereitungen zur Einführung der Kostenleistungsrechnung bildeten grosse Herausforderungen. Die Amtszusammenlegung bedeutete für die Amtsleitung die zeitweise parallele Führung von drei Ämtern (zwei bestehenden und einem entstehenden). Dank dem sorgfältigen Aufbau der Zusammenlegung, regelmässiger Information und dem Einbinden der Mitarbeitenden in das Projekt gelang die Fusion reibungslos. Die Mitarbeitenden beider Ämter standen hinter dem Projekt.

Spitalfinanzierung und Aufsichtstätigkeit

Die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Abrechnung mittels Fallpauschalen (SwissDRG) konnten weitgehend gelöst werden. Das System spielte sich ein, allerdings mussten immer noch zahlreiche Rechnungen zur Korrektur zurückgewiesen werden. Regressforderungen an andere Versicherungsträger brachten insgesamt rund 234'000 Franken ein (siehe 4030–Spitäler). Kantonsarzt und Heilmittelinspektor mussten auch in diesem Jahr wieder in grösseren Aufsichtsverfahren gegen Medizinalpersonen tätig sein.

Betriebs- und Berufsausübungsbewilligungen

Die Bewilligungsgesuche zur Berufszulassung von Ärztinnen und Ärzten sind leicht rückläufig. Die erneute Einführung der Zulassungsbeschränkung zur Abrechnung über die obligatorische Krankenpflegeversicherung (Stichwort: Ärztestopp) stand deshalb nicht zur Diskussion. Wie vorausgesehen nahm der Anteil der Praxen, die in Form einer Betriebsgesellschaft geführt werden, weiter zu.

Übertragbare Krankheiten

Die Ebola-Epidemie in den westafrikanischen Ländern Guinea, Sierra Leone und Liberia verlangte auch von den kantonalen Gesundheitsbehörden umfassende Vorbereitungen. Es war mit möglicherweise infektiösen Reiserückkehrern zu rechnen. Der Kantonsarzt hat zusammen mit dem Zuger Kantonsspital, dem Rettungsdienst und anderen kantonalen Stellen die notwendigen Massnahmen ergriffen oder in die Wege geleitet. Bedeutende Ausbrüche von Infektionskrankheiten waren im Kanton Zug nicht zu verzeichnen. Die Impfkampagne zur Elimination der Masern wurde zusammen mit der Zuger Ärzte-Gesellschaft gestartet. Dieses Projekt ist auf drei Jahre ausgelegt. Erste Auswertungen zeigen, dass die Kampagne noch verstärkt werden muss.

Legalinspektionen

Die amtlichen Leichenschauen haben leicht zugenommen. Ein spezielles Ereignis trat nicht ein.

Suchthilfe

Die Kontakt- und Anlaufstelle K+A in Luzern betreute per 31. Dezember 25 Personen aus dem Kanton Zug. Dies waren vier weniger als im Vorjahr.

Schulärztlicher Dienst

Die Reorganisation des schulärztlichen Dienstes konnte erfolgreich umgesetzt werden. Die offenen Fragen zu den Reihenuntersuchungen und Präventionsgesprächen wurden geklärt.

Projekt zur Förderung der ärztlichen Grundversorgung

Direktionssekretariat und Medizinalamt planten in enger Zusammenarbeit die «Zuger Gespräche zur ärztlichen Grundversorgung» und führten diese im Zuger Kantonsspital mit hoher Beteiligung von Fachleuten aus Gesundheitswesen und Politik durch. Die gewonnenen Erkenntnisse flossen in einen Massnahmenplan für das kommende Jahr ein. Die Vorbereitungsarbeiten zur kantonalen Anerkennung der medizinischen Praxisassistentinnen und -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf unter ärztlicher Verantwortung sind abgeschlossen. Mit dieser Anerkennung soll die ärztliche Grundversorgung insbesondere in der Betreuung von Personen mit chronischen Krankheiten entlastet werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Medizinalamt ist vor allem tätig im Bereich der Gesundheitspolizei, der damit verbundenen Intervention und Prävention sowie der Abwicklung der kantonalen Beteiligung an den Spitalaufenthalten. Es nimmt Koordinationsaufgaben der Suchthilfe resp. gemeindlichen sowie privaten Schularztdienste wahr und vollzieht die Schularztdienste der kantonalen Schulen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

- Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Erarbeitung von drei Instrumenten zur Förderung der Grundversorgung im Kanton Zug	1 Instrument einführungsreif; Planungsarbeiten für die anderen 2 abgeschlossen	◐	Anzahl Stellen für ärztliche Praxisassistenten wurde erhöht. Anerkennung medizinischen Praxisassistent (MPA) als Gesundheitsberuf unter ärztlicher Verantwortung erhält ca. 3 Monate Verzögerung. Das 3. Instrument ist in Planung
Leistungsgruppe 1: Kantonsärztlicher Dienst				
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	●	
2	Wirksame Aufsicht	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügbare	●	
3	Effiziente Abwicklung der Spitalrechnungen	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 25 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	●	
4	Konsequente Kostenkontrolle	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet; Wohnsitzkontrolle zu 100 % vorgenommen	●	
B	Elektronische Abwicklung der Spitalrechnungen	Die elektronische Rechnungsabwicklung ist eingeführt	○	Zeitverzögerung von 3/4 Jahr, weil mit der Finanzkontrolle die Frage bezüglich Revisionsbeständigkeit von elektronischen Belegen zu klären war
C	Beteiligung an der Maserieliminationskampagne des Bundes und der Kantone (drei Jahre)	Mind. 95 % Durchimpfung (eine Impfdosis) Ende zweites Altersjahr und im Schulalter	◐	Impfbeteiligung im Anlaufjahr der Kampagne geringer als geplant
L46a	Speditive Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen	100 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügbare	●	
Leistungsgruppe 2: Heilmittelkontrolle				
5	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	●	
L46a	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	80 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügbare	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Suchthilfe				
6	Koordinierte Suchthilfe	Organisation und Durchführung 1 Weiterbildung für die methadonsubstituierende Ärzteschaft; 14 Fachbesprechungen mit den 5 Suchthilfeinstitutionen	●	
7	Effiziente Sekretariatsführung	RRB auf die Junisitzung der Drogenkonferenz beschlussbereit	●	
Leistungsgruppe 4: Schulärztlicher Dienst				
8	Effizienter Schulärztlicher Dienst	Untersuchungen an den kantonalen Schulen bis 30. Juni abgeschlossen; Interventionen bei epidemiologischen Ereignissen innert 48 h	●	
9	HPV-Impfmöglichkeit für Mädchen und junge Frauen	Mindestens 25 Ärztinnen und Ärzte im kantonalen HPV-Impfprogramm	●	
Leistungsgruppe 5: Kommissionen und Notorganisation				
D	Teilnahme an der SVU 14 (Sicherheitsverbandsübung 2014)	Bestehen der SVU 14	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Epidemiologische Fälle	Anzahl	357	350	378
Berufsausübungsbewilligungen/Aufsichtsfälle	Anzahl	933	800	719
Spitalrechnungen (ehemals Kostengutsprachen)	Anzahl	4'417	16'000	5'887
Spitalrechnungen, Beschwerdefälle	Anzahl	0	> 2	0
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichenschauen)	80	70	81
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl	107	110	95
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)	235	240	232
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen	695	700	552
Drogenentzüge und -therapien	Aufenthaltsstage		3'010	3'133

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Nach der geänderten gesetzlichen Regelung ist neu die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für die Beurteilung eines grossen Teils der medizinischen Zwangsmassnahmen zuständig, weshalb die Einflussgrösse Aufsichtsfälle etwas zurückgegangen ist.
- Die Einführung der elektronischen Rechnungsabwicklung musste um ein Dreivierteljahr verschoben werden, weshalb noch nicht wie geplant sämtliche Spitalrechnungen über das Medizinalamt abgewickelt werden konnten. Für die kantonalen Kliniken waren nach wie vor Vergütungsentscheide nötig.
- Wider Erwarten gingen bisher keine Beschwerden infolge der neuen Spitalfinanzierung ein.
- Die leichte Abnahme der Bewilligungen/Inspektionen HMK (Heilmittelkontrolle) ist auf die zeitaufwendigen aufsichtsrechtlichen Verfahren sowie auf andere Aufgaben wie die Teilnahme an der Sicherheitsverbandsübung SVU 14 zurückzuführen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-2'292'549.66	-2'736'300	-2'653'874.17	82'425.83	-3,0
Total Ertrag	275'873.47	360'300	387'748.92	27'448.92	7,6
Saldo	-2'016'676.19	-2'376'000	-2'266'125.25	109'874.75	-4,6

Kommentar Rechnung

- Es wurden 100'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB vom 28. Januar 2003).
- Der Minderaufwand von 82'000 Franken setzt sich im Wesentlichen aus 12'000 Franken für das Projekt zur Förderung der ärztlichen Grundversorgung, 13'000 Franken für die Masereliminationskampagne, 29'000 Franken für IT-Fachsupport, IT-Wartung und Betrieb sowie 28'000 Franken für Beiträge an private Unternehmungen und an private Organisationen ohne Erwerbszweck zusammen.
- Die Ertragssteigerung ist auf Mehreinnahmen im Bewilligungswesen und bei den Inspektionen (aufwendigere Verfahren) zurückzuführen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT4060.0002 Elektronische Rechnungsabwicklung					
Ausgaben		-100'000	-80'579.40	19'420.60	-19,4
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben		-100'000	-80'579.40	19'420.60	-19,4
Einnahmen					
Saldo		-100'000	-80'579.40	19'420.60	-19,4

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Die Klärung der Frage der Revisionsbeständigkeit und die Überprüfung im Rahmen des Entlastungsprogramms führten zur zeitlichen Verzögerung der Einführung der elektronischen Rechnungsabwicklung und verhinderten dadurch die Ausschöpfung des Investitionskredits.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der Nachwuchsmangel in der Psychiatrie macht sich immer deutlicher bemerkbar und erfordert zukünftig eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Institutionen über die Kantonsgrenzen hinaus. Engpässe in der stationären und in der tagesambulanten Versorgung belasten die ambulante Tätigkeit. Die Vorbereitungen für das Projekt «Integrierte Psychiatrie Uri/Schwyz/Zug» schreiten voran.

Allgemeines

Die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) ist ungebrochen stark. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1'884 (Vorjahr: 1'919) Patientinnen und Patienten behandelt und dabei 13'197 (Vorjahr: 13'514) Konsultationen erbracht. Stellenvakanzen und ein längerer Mutterschaftsurlaub führten zu einem leichten Rückgang der Konsultationen.

Der Nachwuchsmangel im Gesundheitswesen generell und in der Psychiatrie, insbesondere der Kinder- und Jugendpsychiatrie, erfordert ein Überdenken bisheriger Strukturen. Die Rekrutierung von Assistenz- und Fachärztinnen und -ärzten wird trotz ausgezeichnetem Rating der APD als Weiterbildungsstätte immer schwieriger, eine verstärkte Zusammenarbeit unter den Institutionen über die Kantonsgrenze hinaus wird erforderlich. Engpässe in der stationären Versorgung von Erwachsenen und ganz besonders von Kindern und Jugendlichen erschweren zudem die ambulante Tätigkeit. Entlastung können tagesambulante Angebote bringen; die dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen werden zurzeit erarbeitet.

Das Konzept der Integrierten Psychiatrieversorgung sieht die organisatorische Zusammenführung der stationären und ambulanten Behandlung in eine Betriebsgesellschaft bis 2017 vor, die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange. Die angestrebte Zusammenarbeit der Zentralschweizer Kantone im Bereich Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Luzerner Psychiatrie (LUPS) konnte noch nicht finalisiert werden.

Die diesjährige APD-Fachtagung war dem Thema «Scheidung – Ursachen und Folgen» gewidmet, welche auch dank dem Hauptreferenten Prof. Dr. Guy Bodenmann wiederum auf grosses Interesse stiess.

Anhaltend grosse Nachfrage im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Erwachsene (APD-E)

Im APD-E war die Zahl der behandelten Patientinnen und Patienten mit 1'383 (590 Männer und 793 Frauen) exakt gleich gross wie im Vorjahr, der Rückgang bei den Männern (– 29) wurde durch einen zahlenmässig gleich starken Zuwachs bei den Frauen (+ 29) egalisiert. Es wurden 9'289 Konsultationen durchgeführt (+ 389). Die Zunahme der Notfälle erfuhr mit 338 eine Fortsetzung (Vorjahr 327). Eine leichte Zunahme war bei den Fürsorgerischen Unterbringungen (FU) zu verzeichnen: 50 (+ 2), was jedoch eine Verzehnfachung innerhalb von acht Jahren bedeutet. Hierbei fällt auf, dass bei den FU für den Patiententransport im Verlauf der letzten Jahre immer häufiger die Polizei beigezogen werden musste. Umgekehrt nahmen die Anmeldungen durch die Zuger Polizei (32, Vorjahr: 25) nochmals zu und lösten in der Regel einen unverzüglichen externen Einsatz der diensthabenden Arztperson aus. Trotz diesen steigenden Anforderungen wurde eine hohe Qualität der Arbeit im APD-E erreicht, wie Ergebnisse einer Patientenumfrage zeigen.

Im Ambulanten Psychiatrischen Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ) fehlt es an genügend Fachärztinnen und Fachärzten

Im Berichtsjahr wurden dem APD-KJ 501 Kinder und Jugendliche zur Abklärung und Behandlung zugewiesen, davon 277 Knaben und 224 Mädchen. Insgesamt wurden 512 Behandlungen durchgeführt und dabei 3'908 Konsultationen erbracht. Eine Behandlung umfasste durchschnittlich acht Konsultationen. Zu den Tätigkeiten der Mitarbeitenden des APD-KJ gehören neben Abklärungen und Therapien auch das Erstellen von Gutachten zuhanden der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und der Gerichte sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Der erhebliche Nachwuchsmangel an ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erschwerte es im vergangenen Jahr, die vorhandenen Stellen im APD-KJ nachhaltig zu besetzen. Die Inanspruchnahme des APD-KJ basiert oft auf Störungsbildern, welche sich negativ auf Schul- und Berufsbildung auswirken. Deswegen ist die Vernetzung mit Fachpersonen im Schul- und Sozialwesen für eine möglichst gute Versorgung dieser Kinder und Jugendlichen sehr wichtig. Nach wie vor unbefriedigend ist die stationäre Versorgung für Kinder und Jugendliche im Kanton. Es besteht im Kanton kein Angebot für eine stationäre Krisenintervention und in den ausserkantonalen Einrichtungen bestehen wegen Platzmangels häufig Wartelisten.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärzte, Psychiater und Psychotherapeuten in Praxis, Beratungsstellen u. a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)				
1	Fachgerechte Behandlung: Der APD-E gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD; alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Interventionen teil	●	
2	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 16 Tage	●	
3	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	●	
4	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-E erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mindestens 63 % (ohne interne Verrechnungen)	○	Kostendeckungsgrad = 57,2 % (ohne interne Verrechnungen); infolge Stellenvakanzen und Mutterschaftsurlaub (2. Halbjahr) im therapeutischen Bereich verminderten sich Konsultationen gegenüber dem Vorjahr um 2,3 %
A	Früherkennung psychischer Störungen	Umsetzung der Erkenntnisse der interdisziplinären AG von 2013 gemäss festzulegenden Zielsetzungen	●	
B	Gerontopsychiatrischer Dienst	Konsolidierung des gerontopsychiatrischen Angebotes; Ausbau des Konsiliarangebots für weitere Alters- bzw. Pflegeheime entsprechend dem Grundsatz «Ambulant vor Stationär»	●	
C	Tagesambulantes Behandlungsangebot für Erwachsene	Schaffung von 6–8 Behandlungsplätzen nach dem Modell eines integrierten psychiatrischen Tagesambulatoriums	○	Kantonsrat hat Projekt anlässlich der Budgetdebatte sistiert, damit eine explizite gesetzliche Grundlage erarbeitet werden kann
Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)				
5	Fachgerechte Behandlung: Der APD-KJ gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD; alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Interventionen teil (intern und/oder extern)	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
6	Fristgerechte Behandlung: Der APD-KJ erbringt fristgerechte Behandlungen	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 16 Tage; notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb 1 Arbeitstages (24 Stunden)	●	
7	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-KJ erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mindestens 63 % (ohne interne Verrechnungen)	○	Kostendeckungsgrad = 57,2 % (ohne interne Verrechnungen); infolge Stellenvakanzen und einem Mutterschaftsurlaub (2. Halbjahr) im therapeutischen Bereich verminderten sich die Konsultationen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 2,3 %
D	Früherkennung psychischer Störungen	Umsetzung der Erkenntnisse der interdisziplinären AG von 2013 gemäss festzulegenden Zielsetzungen	●	
E	Konsiliar- und Liaisondienst für sonderpädagogische Einrichtungen im Kanton Zug	Konsolidierung des Konsiliar- und Liaison-Angebotes (nach Neubesetzung der vakanten Facharztstelle)	⊖	Zusammenarbeitsvereinbarungen mit Institutionen Horbach und Sonnenberg konnten eingehalten werden. Zusammenarbeit mit weiteren sonderpädagogischen Einrichtungen erfolgte fallweise, ein Ausbau des Konsiliar- und Liaison-Angebotes konnte infolge der weiterhin vakanten Facharztstelle nicht realisiert werden
F	Neuropsychologie	Fortsetzung der Ausbildung	●	
G	Tagesambulante und stationäre psychiatrische Versorgung	Sicherstellung der erweiterten ambulanten und stationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Zug innerhalb des Psychiatriekonkordates Uri, Schwyz und Zug, bzw. der Zentralschweiz (in Zusammenarbeit mit der Luzerner Psychiatrie LUPS)	○	Betreffend stationäre Versorgung konnten Zentralschweizer Kantone noch keine verbindliche Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Luzerner Psychiatrie (LUPS) abschliessen. Um tagesambulante Behandlungsplätze anbieten zu können, wird die explizite Gesetzesgrundlage erarbeitet

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Patienten	Anzahl	1'919	1'950	1'884
Konsultationen	Anzahl	13'514	14'500	13'197
Taxpunktwert (Tarmed)	Franken	0,89 / 0,88	0,87	0,89 / 0,88

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl behandelter Patientinnen und Patienten lag 1,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau, während die Konsultationen um 2,3 Prozent abnahmen. Diese Abnahmen sind auf Stellenvakanzen sowie einen Mutterschaftsurlaub zurückzuführen. Der Taxpunktwert blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die budgetierte Anzahl Patientinnen und Patienten und Konsultationen beinhaltet das nicht realisierte Projekt «Tagesambulatorium für Erwachsene» (50 Patientinnen und Patienten, 750 Konsultationen).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-4'124'738.42	-5'042'800	-4'195'567.79	847'232.21	-16,8
Total Ertrag	2'458'926.90	3'047'000	2'399'988.70	-647'011.30	-21,2
Saldo	-1'665'811.52	-1'995'800	-1'795'579.09	200'220.91	-10,0

Kommentar Rechnung

Der Aufwand wurde einerseits wegen des sistierten Projektes «Tagesambulatorium für Erwachsene» und andererseits wegen vakanter Stellen unterschritten. Letztere reduzierten auch die Ausgaben für Fort- und Weiterbildungen (36'000 Franken). Beim Sachaufwand schlugen vor allem die geringeren Ausgaben für Medikamente (75'000 Franken), Dienstleistungen Dritter (38'000 Franken) sowie für die Bereiche IT und Publikationen (64'000 Franken) zu Buche.

Dass das Projekt «Tagesambulatorium für Erwachsene» nicht realisiert wurde, führte zu weniger Ertrag. Gleiches gilt auch für den Rückgang von Konsultationen als Folge von Stellenvakanzen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
5000	Direktionssekretariat	-1'983'027.08	-2'209'300	-2'183'626.21	25'673.79	-1,2
5001	Finanzkontrolle	-621'292.33	-690'000	-670'994.27	19'005.73	-2,8
5010	Personalamt	-1'225'185.33	-1'322'700	-1'355'538.35	-32'838.35	2,5
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-4'897'246.60	-8'583'100	-6'076'622.38	2'506'477.62	-29,2
5020	Finanzverwaltung	-1'534'133.12	-1'749'200	-1'658'325.21	90'874.79	-5,2
5022	Allgemeiner Finanzbereich	54'281'517.21	-8'086'100	-9'969'341.79	-1'883'241.79	23,3
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-237'157'230.00	-243'614'100	-243'607'225.00	6'875.00	0,0
5050	Amt für Informatik und Organisation	-8'709'524.23	-9'677'000	-9'641'360.41	35'639.59	-0,4
5060	Steuerverwaltung	-14'192'067.64	-15'648'600	-15'682'055.01	-33'455.01	0,2
5065	Kantonssteuern	604'058'766.57	649'400'000	593'710'042.81	-55'689'957.19	-8,6
5068	Bundessteuern	242'853'813.78	265'563'000	235'136'863.83	-30'426'136.17	-11,5
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	0	0.00	0.00	
50	Finanzdirektion	630'874'391.23	623'382'900	538'001'818.01	-85'381'081.99	-13,7

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
5000	Direktionssekretariat	-28'545.20	-100'000	-24'300.00	75'700.00	-75,7
5010	Personalamt	-173'754.96				
5020	Finanzverwaltung	-50'982.35	-605'000	-346'814.00	258'186.00	-42,7
5022	Allgemeiner Finanzbereich	7'095.60	3'000'000	11'827.65	-2'988'172.35	-99,6
5050	Amt für Informatik und Organisation	-1'343'844.90	-4'420'000	-5'479'464.19	-1'059'464.19	24,0
5060	Steuerverwaltung	-779'344.28	-1'920'000	-1'555'488.85	364'511.15	-19,0
50	Finanzdirektion	-2'369'376.09	-4'045'000	-7'394'239.39	-3'349'239.39	82,8

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die sich verschlechternden Finanzaussichten des Kantons Zug und die daraus folgende Erarbeitung des Entlastungsprogrammes 2015–2018 forderten die Finanzdirektion stark. Zur schwierigen finanziellen Lage führten insbesondere die deutlich unter den Erwartungen liegenden Steuererträge, während gleichzeitig der Beitrag des Kantons an den Nationalen Finanzausgleich wiederum markant stieg.

Steuererträge deutlich unter den Erwartungen

Die Steuererträge lagen deutlich unter den Erwartungen und trugen wesentlich zum hohen Defizit der Jahresrechnung bei. Insbesondere die Steuererträge der natürlichen Personen verfehlten das Budget klar. Die erhofften Wachstumsraten erwiesen sich trotz weiterer Bevölkerungszunahme als zu ambitioniert. Die Folgen der letzten vier Teilrevisionen des kantonalen Steuergesetzes sowie der Unternehmenssteuerreform II setzen einem stärkeren Wachstum der Steuererträge natürlicher Personen Grenzen. Hinzu kam eine eher moderate Lohnentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung und auch substanzielle Einmaleffekte blieben weitgehend aus.

Bei den juristischen Personen zeigt sich ein durchzogenes Bild. Die Kantonssteuererträge waren leicht höher als budgetiert, da die Unternehmensabschlüsse im Allgemeinen positiver ausfielen als erwartet. Bei den Kantonsanteilen an der direkten Bundessteuer konnte das Budget nicht erreicht werden. Der Rückgang betrifft vor allem die gemischten Gesellschaften, bei denen ein Gewinnrückgang bei den Bundessteuern stärker ins Gewicht fällt als bei den Kantonssteuern.

Entlastungsprogramm 2015–2018

In der ersten Jahreshälfte zeichnete sich immer klarer ab, dass sich die Aussichten für den Finanzhaushalt des Kantons Zug deutlich verschlechtern haben. Das von der Finanzverwaltung entwickelte Finanzplanungstool 2013–2030 zeigte, dass in den kommenden Jahren das Ertragswachstum nicht mit dem Aufwandwachstum Schritt halten können wird. Ein Bericht der BAK Basel machte zudem klar, dass der Kanton Zug bei verschiedenen Aufgaben und Dienstleistungen im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittliche Kosten aufweist. Im Juli entschied darum der Regierungsrat, den Finanzhaushalt mit dem Entlastungsprogramm 2015–2018 um jährlich 80 bis 100 Millionen Franken zu entlasten und beauftragte die Finanzdirektion mit der Leitung des Projektes.

Unternehmenssteuerreform III

Die Unternehmenssteuerreform III verfolgt drei Ziele. Die Standortattraktivität soll erhalten, die internationale Akzeptanz und Rechtssicherheit für Unternehmen verbessert und die Ergiebigkeit der Steuererträge gesichert werden. Der Bundesrat hat im September die Vernehmlassung eröffnet. Der Regierungsrat begrüsst die Reform und unterstützt die Abschaffung der kantonalen Steuerstatus und die Einführung einer Lizenzbox, die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer lehnt er jedoch ab. Damit die Lasten zwischen Bund und Kantonen angemessen verteilt werden, verlangt der Kanton Zug eine markante Erhöhung des Kantonsanteils an den direkten Bundessteuern auf mindestens 21,2 Prozent. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung von 17 auf 20,5 Prozent reicht dafür nicht aus.

Nationaler Finanzausgleich

Seit Jahren fordert der Kanton Zug eine substanzielle Entlastung beim Nationalen Finanzausgleich (NFA) und strebt eine Anpassung an, um Systemfehler zu mildern und das Solidaritätswerk effizienter und gerechter zu gestalten. Zum ersten Mal hat nun der Bundesrat vorgeschlagen, den Ressourcenausgleich für die Jahre 2016–2019 zu reduzieren und hat damit ein Anliegen des Kantons Zug aufgenommen. Dieser würde dadurch um rund 27 Millionen Franken im Jahr entlastet. Der Ständerat hat den Bundesratsvorschlag im Dezember jedoch abgelehnt, die Debatte im Nationalrat steht noch aus.

Zuger Finanzausgleich

Der Mechanismus des Zuger Finanzausgleichs (ZFA) und die Beteiligung der Einwohnergemeinden am nationalen Finanzausgleich haben sich bewährt und sollen beibehalten werden. Da die Ausgleichssumme jedoch stärker anstieg als ursprünglich erwartet, wird das Gesetz über den direkten Finanzausgleich in einem zweistufigen Verfahren teilrevidiert. Im Berichtsjahr wurden Änderungen betreffend «Bevölkerungsbegriff», «Senkung Normsteuerfuss» und «Einlage des Kantons» umgesetzt, welche per 1. Januar 2015 in Kraft treten. Zur Entlastung der Gebergemeinden wird der Kanton 2015–2017 einen Beitrag von 4,5 Millionen Franken leisten. Der umfassende Auftrag des Kantonsrates vom 30. Januar (neutrale Zone, Auslegeordnung usw.) soll in einer zweiten Teilrevision umgesetzt werden.

Erfolgreiche Informatikprojekte

Die Finanzdirektion setzte zwei grosse, direktionsübergreifende Informatikprojekte um. Die Finanzverwaltung führte einen Releasewechsel der Finanzsoftware Navision auf NSP 2.0 durch und schulte die Mitarbeitenden im Umgang mit der neuen Fachanwendung. Der Produktivstart erfolgte beim Kanton und der Stadt Zug im Dezember und verlief erfolgreich. Das Amt für Informatik und Organisation ersetzte nach der öffentlichen Ausschreibung im vorangehenden Jahr alle Desktops und Notebooks der kantonalen Verwaltung. Die sorgfältige Planung führte zu einem effizienten und problemlosen Austausch der rund 2'100 Geräte.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die Arbeit des Direktionssekretariates war stark geprägt durch die Vorbereitung und Umsetzung des Entlastungsprogrammes 2015–2018. Die Leitung des Projektes und die Umsetzung von Sofortmassnahmen ins Budget 2015 forderten alle Beteiligten. Darüber hinaus wurden verschiedene Gesetzgebungsprojekte erarbeitet und abgeschlossen.

Entlastungsprogramm 2015–2018

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 8. Juli das Entlastungsprogramm 2015–2018 gestartet und das Direktionssekretariat der Finanzdirektion mit der Leitung dieses Projekts beauftragt. In einem ersten Schritt wurde das Verwaltungskader aufgerufen, Massnahmenvorschläge zur Entlastung des Finanzhaushalts einzureichen. Die über 900 eingereichten Vorschläge übertrafen alle Erwartungen und zeigten auf, dass das Verwaltungskader diesen Prozess aktiv mitgestalten will. Nach Reduktion von Doppelnennungen blieben 350 Massnahmen. Diese hat der Regierungsrat mit den Amtsleitenden Anfang September an einem ganztägigen Workshop diskutiert und eine erste Einschätzung vorgenommen. Basierend auf diesen Ergebnissen hat der Regierungsrat in zwei Lesungen über 200 Massnahmen beschlossen, die in den Teilprojekten der Direktionen auf ihre Umsetzbarkeit und ihr Entlastungspotenzial geprüft wurden.

Teilrevision Verwaltungsrechtspflegegesetz

Die Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes wurde vom Kantonsrat am 30. Oktober in zweiter Lesung verabschiedet. Sie ermöglicht die elektronische Übermittlung von unterschrittsbedürftigen Eingaben und Entscheiden sowie den Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten. Sie wird zusammen mit der zugehörigen Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren am 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz

Die Arbeitsgruppe hat den Bericht und Antrag zur Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes zuhanden des Regierungsrates erarbeitet. Dieser hat die erste Lesung jedoch zurückgestellt und will das Geschäft erst beraten, wenn das Entlastungsprogramm 2015–2018 verabschiedet worden ist.

Teilrevision Gesetz über die Zuger Kantonalbank

Das Gesetz über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 wird überarbeitet. Anpassungsbedarf ergibt sich insbesondere aufgrund der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative «gegen die Abzockerei» vom 3. März 2013. Obwohl die daraus folgende und seit dem 1. Januar 2014 geltende Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV) für die Zuger Kantonalbank keine direkte Gültigkeit hat, wird ein Teil der Bestimmungen freiwillig umgesetzt. Darüber hinaus sind gleichzeitig verschiedene Bestimmungen des Kantonalbankengesetzes zu aktualisieren.

Submissionen und Verträge

Die Zahl der vom Rechtsdienst begleiteten Submissionen und Vertragsabschlüsse hat im Vergleich zum Vorjahr wiederum zugenommen. Die Submissionen betrafen im Wesentlichen die Bereiche Ersatzbeschaffung von IT-Infrastrukturen, die Evaluation einer neuen Einwohnerkontrolllösung, die Umsetzung von Sicherheitsvorschriften und E-Government-Dienstleistungen. Alle Submissionen wurden erfolgreich abgeschlossen oder befinden sich auf Kurs.

Amtsleitendenanlass

Einmal jährlich trifft sich der Regierungsrat mit den Amtsleitenden, um sich mit ihnen zu Führungsthemen auszutauschen. Das Direktionssekretariat hat die Organisation des Anlasses vom Personalamt übernommen. Die Veranstaltung fand im Mai zum Thema «Gleichstellung von Frau und Mann» statt.

Neues Einwohnerregister Zug

Für das Neue Einwohnerregister Zug (NERZ) wurde die Submission für die neue Software durchgeführt, der Zuschlag steht noch aus. Mit den Gemeinden ist eine Vereinbarung für die gesamte Projektlaufzeit erarbeitet und unterzeichnet worden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion (FDS) ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das FDS Kantonsrats- und Regierungsratsvorlagen der Finanzdirektion und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit finanziellen oder personellen Auswirkungen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS) im Direktionssekretariat	IKS ist eingeführt		
Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR		Frist in 1 Fall wegen anderen Prioritäten nicht eingehalten
2	Zeitgerechte Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST) und zum FHG	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert 2 Wochen beantwortet; Mitberichte innert Frist		
3	Qualitätssicherung der Vertragsabschlüsse und des Submissionswesens der Finanzdirektion (FD)	Keine gutgeheissenen Beschwerden; keine Haftungsfälle im Prüfbereich		
Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
5	Hohe Qualität der Anträge der FD an den RR	Keine Rückweisung aus formalen Gründen		
6	Fristgerechte Bearbeitung der Parlamentarischen Vorstösse	100 % innert Frist		1 Antwort wegen umfangreichen Abklärungen leicht verspätet
7	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	100 % innert Frist		
8	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	100 % innert Frist		
B	Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz	Gesetzesvorlage durch Arbeitsgruppe erarbeitet; 1. Lesung Regierungsrat		Gesetzesvorlage erarbeitet, 1. Lesung von Regierungsrat zurückgestellt (siehe Gesamtwürdigung Amt)
C	Überarbeitung Gesetz über den direkten Finanzausgleich	Umsetzung Massnahmen gemäss Beschluss Kantonsrat		
D	Revision Gesetz über Zuger Kantonalbank	Beschluss KR über Anpassung Alterslimite und Amtsdauer; Einleitung Revision der übrigen Bestimmungen		
L28	Ausbau e-Government-Angebote	Teilrevision Verwaltungsrechtspflegengesetz: Verabschiedung im Kantonsrat; Erlass einer Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsvorgang: 2. Lesung Regierungsrat		Verwaltungsrechtspflegengesetz vom Kantonsrat verabschiedet, 2. Lesung Verordnung durch Regierungsrat im Frühling 2015

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung				
9	Bericht und Antrag an KR zu Budget/ Finanzplan und Geschäftsbericht fristgerecht und in guter Qualität eingereicht	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten; keine Rückweisung aus formalen Gründen	●	
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
11	Kompetente und rasche Auskünfte und Analysen zum Finanz- und Rechnungswesen	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
12	Fristgerechte Prüfung der eingehenden Beitragsgesuche um Auslandhilfe, Koordination des Auswahlverfahrens	100 % der Gesuche bis zum 1. März bearbeitet. Aufstellungen für Auswahlkommission bis 31. März erarbeitet	●	
13	Reibungslose Zusammenarbeit mit BAK Basel bei jährlicher Aktualisierung des Finanzhaushaltsmodells	Gemeinsamer Terminplan erarbeitet und eingehalten	●	
14	Fehlerfreier und fristgerechter Vollzug Zuger Finanzausgleich	Korrekte Berechnungen erstellt; alle Fristen eingehalten	●	
15	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung von komplexen Projekten	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
16	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des FDK Präsidiums sicherstellen	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	●	
E	Neues Einwohnerregister Zug (NERZ)	Ausschreibung fertiggestellt; Zuschlag erteilt	◐	Submission läuft noch, Zuschlag voraussichtlich im März 2015
L17	Begrenzung NFA-Belastung Geberkantone	Aktive Interessenvertretung in den zuständigen Behörden und Gremien	●	
L45	Umsetzung Projekt Pragma für Wirkungsorientierte Verwaltung	Projektabschluss und Evaluation	◐	Projekt abgeschlossen, wegen anderen Prioritäten wurde auf Evaluation verzichtet
Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen				
17	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	●	
18	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll 30 Tage nach Sitzung; Bericht 30 Tage nach Sitzung	◐	In 1 Fall wegen anderen Prioritäten nicht erreicht

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Verträge	Anzahl	11	10	17
Submissionsverfahren	Anzahl	9	3	12
RR-Anträge (alle Direktionen)	Anzahl	766	750	782
RR-Anträge (FD)	Anzahl	102	80	116
Vernehmlassungen FD federführend	Anzahl	21	15	17
Mitberichte/Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	50	40	39
Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	28	15	18

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Beschwerdeeingänge	Anzahl	13	10	3
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	17	10	30
Staatswirtschaftskommission	Sitzungen / Geschäfte	10 / 24	12 / 30	12 / 32
Konkordatskommission	Sitzungen / Geschäfte	0 / 0	3 / 3	5 / 5
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl	70	50	75

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Verträge und Submissionsverfahren: deutlich mehr und komplexere Verfahren, siehe Gesamtwürdigung Direktionssekretariat
RR-Anträge (FD): deutliche Zunahme wegen Entlastungsprogramm 2015–2018
Parlamentarische Vorstösse: überdurchschnittliche Zunahme im Vergleich zu den Vorjahren
Referate, Medienmitteilungen: inklusive Interviews und Stellungnahmen gegenüber Medien

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'984'756.18	-2'209'300	-2'184'326.11	24'973.89	-1,1
Total Ertrag	1'729.10		699.90	699.90	
Saldo	-1'983'027.08	-2'209'300	-2'183'626.21	25'673.79	-1,2

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5000.0001 Neugestaltung Planungs- und Berichtsinstrumente					
Ausgaben	-28'545.20				
Einnahmen					
IT5000.0002 Neues Einwohnerregister Zug					
Ausgaben		-100'000	-24'300.00	75'700.00	-75,7
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-28'545.20	-100'000	-24'300.00	75'700.00	-75,7
Einnahmen					
Saldo	-28'545.20	-100'000	-24'300.00	75'700.00	-75,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5000.0002: Ursprünglich geplante Expertenleistungen für die Mithilfe bei der Submission wurden keine beansprucht.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben der Prüfung von Ordnungs- und Rechtmässigkeit des kantonalen Finanzhaushaltes sowie dem Schwerpunktthema Interne Kontrollsysteme wurden drei grössere Sonderaufträge bearbeitet. Die Finanzkontrolle konnte ihre Revisionstätigkeit unabhängig durchführen.

Unabhängigkeit

Ein zentrales Element für die Glaubwürdigkeit der Institution Finanzkontrolle ist die Garantierung und Respektierung ihrer Unabhängigkeit (§ 41 Finanzhaushaltsgesetz). Die Finanzkontrolle konnte ihre Prüfungstätigkeit ohne Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit durchführen.

Fachliche Kompetenz

Die Finanzkontrolle ist im Zusammenhang mit dem Revisionsaufsichtsgesetz des Bundes im Handelsregister als Institut des öffentlichen Rechts eingetragen und als zugelassene «Revisionsexpertin» bei der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) registriert. Das Gesuch um Erneuerung der Zulassung als «Revisionsexpertin» wurde am 12. August von der RAB gutgeheissen.

Per Ende Jahr verfügte der Leiter der Finanzkontrolle und eine Mitarbeiterin persönlich über die RAB-Zulassung als «Revisionsexperte» respektive «Revisionsexpertin» sowie ein Mitarbeiter über die Zulassung als «Revisor». Zusätzlich zu individuellen Weiterbildungsaktivitäten nehmen die Mitarbeitenden der Finanzkontrolle regelmässig an Fach- und Schwerpunkttagungen der Schweizerischen Konferenz der Finanzkontrollen und der Fachvereinigung der Finanzkontrollen teil.

Interne Kontrollsysteme

Neben der Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit des Finanzhaushaltes hat die Finanzkontrolle auch im Berichtsjahr schwerpunktmässig das Thema Interne Kontrollsysteme (IKS) mit den Verwaltungseinheiten behandelt (vgl. § 45 FHG). Das Vorhandensein eines zweckmässigen IKS ist wesentlicher Bestandteil der Beurteilung von Organisationseinheiten bezüglich sicheren Prozessabläufen, zuverlässigen finanziellen und operationellen Informationen, Einhaltung von Rahmenbedingungen und Schutz des Vermögens (Finanzen, Personal, Know-how, Image usw.).

Sonderaufträge

Die Finanzkontrolle hat neben diversen Stellungnahmen zu Anfragen folgende grössere Sonderaufträge durchgeführt: Abklärung von Korruptionsvorwürfen bei einem kantonalen Amt (keine Anzeichen von strafbaren Handlungen festgestellt), Prüfung der Entschädigungen für offizielle Mandate der Regierungsratsmitglieder (Bestätigung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit), Kostenanalyse und Vergleich zwischen einem kantonalen Amt und einem externen Leistungsanbieter (Amt erbringt Leistung gemäss Modellrechnung günstiger).

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons: Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Diese Funktion wird durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben ausgeübt.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Zweckmässige Einhaltung der Prüfungsstandards (Planung, Durchführung, Dokumentation, Berichterstattung)	Professionelle Anwendung der Qualitätssicherung und des Internen Kontrollsystems im operativen Bereich der Finanzkontrolle		
Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung				
2	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsrechnungen	Prüfungen durchgeführt; Termine eingehalten		
3	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (min. alle 4 Jahre)	Jahresplanung eingehalten		
4	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Alle geprüft		
5	Möglichst vollständige Prüfung der vorgelegten Projekt- und Kreditabrechnungen	Mindestens 80 % vollständig, restliche formell geprüft		Überdurchschnittliche Zunahme der eingereichten Projekt- und Kreditabrechnungen führte zu Verzögerung bei der Prüfung
Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten				
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten/Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten		
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Alle geprüft und Termine eingehalten		
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Jahresplanung eingehalten		Jahresplanung konnte nicht eingehalten werden aufgrund grösserer Sonderaufträge des Regierungsrates und hoher Anzahl Kreditabrechnungen
Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung				
9	Eingegangene Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen		
10	Eingegangene Prüf-/Abklärungs-/Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen		

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte, Anstalten)	Anzahl	70	71	71
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl	45	30	77
Revisionsmandate Konkordate/Regierungskonferenzen	Anzahl	10	9	9
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl	11	11	11
Prüfobjekte Leistungs-/Subventionsvereinbarungen	Anzahl	40	40	40
Anträge/Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl	63	60	46

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-631'792.33	-695'300	-682'934.27	12'365.73	-1,8
Total Ertrag	10'500.00	5'300	11'940.00	6'640.00	125,3
Saldo	-621'292.33	-690'000	-670'994.27	19'005.73	-2,8

Kommentar Rechnung
Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Die zu Beginn des Jahres in Kraft getretene Teilrevision des Personalgesetzes bedingt zwingende Anpassungen bei weiteren Grundlagen des Personalrechts, insbesondere der Personalverordnung. Diese Arbeiten wurde plangemäss an die Hand genommen, sind aber noch nicht abgeschlossen. Das Angebot an internen Weiterbildungskursen für Führungspersonen konnte wesentlich erweitert werden. Das Beratungsangebot sowie die praktische Unterstützung für die Direktionen und Ämter wurden stark in Anspruch genommen.

Revision Personalrecht

Als Folge der Teilrevision des Personalgesetzes ist insbesondere auch die Personalverordnung anzupassen. Ein Revisionsentwurf konnte im Sommer in die Vernehmlassung bei den Direktionen und den Personalverbänden gegeben werden. Die Stellungnahmen sind ausgewertet, der Antrag an den Regierungsrat ist noch nicht erfolgt.

Angebotserweiterung interne Weiterbildungskurse für Führungspersonen

Durch zusätzliche personelle Unterstützung der Abteilung Projekte des Finanzdirektionssekretariates war es möglich, das Angebot an internen Weiterbildungskursen für Führungspersonen zu erweitern. Die folgenden Kurse wurden neu durchgeführt, mit einer Ausnahme alle mit internen Referentinnen und Referenten: Führen beim Kanton, Diversity im Berufsalltag, Interne und externe Vernetzung als Kernkompetenz gezielt nutzen, Finanzielle Führung, Rechtliche Grundsätze im Alltag, Der Regierungsrat sowie Datenschutz und Datensicherheit. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren grösstenteils positiv. Bei einigen Angeboten sind aber auch Anpassungen am Konzept oder bei den Inhalten erforderlich. Weiterhin sehr geschätzt werden die Personalrechtskolloquien, an denen insbesondere auch praktische Fragen aus dem Personalführungsalltag der Teilnehmenden behandelt werden.

Informatikgestützter Bogen für Mitarbeitergespräche

Als Hilfsmittel für die Mitarbeitendengespräche (MAG) stehen bis anhin Vorlagen als Word-Dokumente zur Verfügung. Gemäss Personalstrategie soll der MAG-Prozess künftig mit einem elektronischen Workflow unterstützt werden. Eine proof-of-concept-Studie sollte klären, ob das zur Auswahl stehende IT-Standardprodukt die Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abdeckt. Mit einer zeitlichen Verzögerung von rund zwei Monaten konnten im Herbst erste Tests durchgeführt werden. Anschliessend wurde das Produkt durch die drei Ämter, die sich für einen Pilotversuch zur Verfügung gestellt hatten, versuchsweise eingesetzt. Über die definitive Einführung oder allenfalls einen Verzicht soll erst nach einer erweiterten Pilotphase (mit einem grossen Amt) definitiv entschieden werden.

Lehrlingswesen

Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnung (BiVo) führt weiterhin zu einigem Zusatzaufwand, ist aber insgesamt auf gutem Weg. Der erhebliche zeitliche Aufwand für eine kompetente Praxisausbildung und Betreuung hat die Rekrutierung geeigneter und motivierter Personen für die Betreuung der Lernenden noch schwieriger gemacht. Es ist daher bereits als Erfolg zu werten, wenn der aktuelle Bestand gehalten werden kann.

Übrige Aufgaben gemäss Leistungsauftrag

Die weitere Zunahme der Menge der zu bearbeitenden Geschäfte und insbesondere auch die Zunahme von anspruchsvollen Personalgeschäften im Rahmen der Beratungstätigkeit zugunsten der Ämter führten beim Personalamt zu Ressourcenengpässen. Höhere Arbeitszeit- bzw. Feriensaldi und längere Bearbeitungszeiten für einen Teil der Geschäfte waren die Folge. Ebenso mussten ursprünglich vorgesehene Vorhaben (Weiterbildungsbereich, Gesundheitsförderung, Betriebsarzt) zurückgestellt oder ganz aufgegeben werden. Aufgrund des laufenden Entlastungsprogrammes ist auch mittelfristig mit (zu) knappen Personalressourcen auszukommen.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das Personalamt unterstützt den Regierungsrat bei der Umsetzung seiner Personalstrategie, berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens, sorgt für die transparente und einheitliche Anwendung des Personalrechts, stellt die effiziente Abwicklung der Prozesse im Personalwesen sicher und informiert die Mitarbeitenden sowie die Personalverbände über personalrelevante Angelegenheiten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Personaladministration				
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	●	
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Auszahlung spätestens am 25. jeden Monats; Fehlerquote durchschnittlich < 0,1 %	●	
3	Phasengerechtes Überwachen und Nachführen der Stellenentwicklung	Rechtzeitige Aktualisierung der Stellenübersicht für Budget und Geschäftsbericht	●	
Leistungsgruppe 2: Beratung/Unterstützung/Rechtsdienst				
4	Weiterentwicklung eines aktuellen, bedürfnisorientierten und benutzerfreundlichen Personalhandbuchs	Alle Hauptprozesse geklärt und abgebildet	●	
5	Fristgerechte Begleitung von Personalgewinnungsprozessen (auf Wunsch der Ämter/Direktionen)	Einhaltung der gewünschten Fristen bei Begleitung von Kaderrekrutierungen	●	
6	Kompetente allgemeine Rechtsberatung in personalrechtlichen Fragen innert nützlicher Frist	Bearbeitung mündliche und einfache schriftliche Anfragen am selben Tag, komplexe Anfragen innerhalb 1 Woche	◐	Zunahme der Anfragen führte zu längeren Bearbeitungsfristen
A	Überarbeiteter und neu informatikgestützter Bogen für Mitarbeiter/innen-Gespräche vorhanden	Inbetriebnahme erfolgt	○	Pilotversuch wurde durchgeführt, Auswertung und 1 weiterer Pilotversuch erfolgen 2015 (siehe auch Gesamtwürdigung)
B	Durchführung einer flächendeckenden Mitarbeitenden-Befragung	Die Befragung ist durchgeführt und die Auswertungen liegen vor	○	Ziel wurde bereits während Budgetierung 2014 auf 2015 verschoben, hier aber fälschlicherweise stehen gelassen
L44	Revision Personalrecht	Überarbeitung/Revision Personalverordnung: Beschluss RR	○	Aufgrund von knappen Personalressourcen und der Zunahme komplexer Personalrechtsfälle hat sich die Revision verzögert. Antrag an und Beschluss des Regierungsrates stehen noch aus
Leistungsgruppe 3: Stabsarbeit				
7	Termingerechtes Verfassen von parlamentarischen Vorstößen, Mitberichten und Vernehmlassungen	100 % innert Frist	●	
8	Fristgerechte Führung des Redaktionsprozesses für die Personalzeitung	Personalzeitung erscheint 4 x pro Jahr	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 4: Berufsbildung und Personalentwicklung				
9	Sicherstellung der Umsetzung des Weiterbildungs-konzepts für Führungspersonen	Ausbau des Kursangebotes	●	
10	Stufengerechte Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personal-rechts aus Sicht des Arbeitgebers	2 bis 3 ganztägige Kolloquien	●	
11	Das Weiterbildungsprogramm ist bedürfnisgerecht und wird genutzt	Das Weiterbildungsbudget ist zu mindestens 90 % ausgeschöpft	◐	Ausschöpfungsgrad 85 % (Vorjahr 75 %)
12	Der Kanton ist als guter Ausbildungsbe-trieb bei Eltern und Jugendlichen bekannt	Jährliche Besetzung sämtlicher offener Lehrstellen	●	
13	Freistellung von geeigneten Expertinnen/ Experten für Prüfungen sowie von Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Mindestens 10 Expertinnen/Experten und Berufsbildende	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte, ohne Fachpersonen)	Personen	2'824	2'800	2'878
Lohnausweise	Anzahl	4'836	4'750	4'843
Mitberichte bei Beschwerdefällen in Personalbelangen	Anzahl		10	1
Mitberichte/Stellungnahmen an Direktionen	Anzahl		10	15
Ausbildungsverhältnisse	Personen		42	46

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'317'830.48	-1'408'700	-1'444'088.60	-35'388.60	2,5
Total Ertrag	92'645.15	86'000	88'550.25	2'550.25	3,0
Saldo	-1'225'185.33	-1'322'700	-1'355'538.35	-32'838.35	2,5

Kommentar Rechnung
Der wesentlichste Grund für die Budgetüberschreitung sind die durch das neue Pensionskassengesetz bedingten höheren Beiträge an die Pensionskasse.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5010.0109	Erweiterungen Fachanwendungen PA (EFAPA)					
	Ausgaben	-173'754.96				
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-173'754.96				
	Einnahmen					
	Saldo	-173'754.96				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

Keine Investitionen im Berichtsjahr.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-1'941'515.80	-2'641'700	-2'032'246.45	609'453.55	-23,1
305	Arbeitgeberbeiträge	-264'236.30	-2'734'400	-335'815.65	2'398'584.35	-87,7
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-1'185'320.60	-1'100'000	-2'265'486.35	-1'165'486.35	106,0
309	Übriger Personalaufwand	-1'422'945.05	-1'675'000	-1'448'722.98	226'277.02	-13,5
310	Material- und Warenaufwand	-125'026.85	-93'000	-92'578.70	421.30	-0,5
313	Dienstleistungen und Honorare	-8'019.00	-357'000	-11'934.40	345'065.60	-96,7
317	Spesenentschädigungen	-105.00	-1'000	-848.00	152.00	-15,2
319	Übriger Betriebsaufwand	-880.00	-11'000	-1'260.00	9'740.00	-88,5
349	Verschiedener Finanzaufwand			0.35	0.35	
	Total Aufwand	-4'948'048.60	-8'613'100	-6'188'892.18	2'424'207.82	-28,1
426	Rückerstattungen	50'802.00	30'000	112'269.80	82'269.80	274,2
	Total Ertrag	50'802.00	30'000	112'269.80	82'269.80	274,2
	Saldo	-4'897'246.60	-8'583'100	-6'076'622.38	2'506'477.62	-29,2

Kommentar Rechnung

301: Budget und Rechnung dieses Kontos lassen sich nur bedingt vergleichen. Zusätzlich zu den Löhnen für Lernende, Lehrabgänger und Lehrabgängerinnen und Praxisbildner und Praxisbildnerinnen sowie den internen und externen Sozialstellen sind im Budget jeweils Pauschalbeträge für Beförderungen (2,5 Millionen Franken), temporär unbesetzte Stellen (– 1,5 Millionen Franken) und Rückerstattungen von Sozial- und Unfallversicherungen (– 0,4 Millionen Franken) enthalten. In der Rechnung finden sich diese Positionen jedoch bei den Ämtern, was der wesentlichste Grund für die Abweichung zum Budget ist (0,6 Millionen Franken). Kleinere Abweichungen ergaben sich durch die Zunahme von Ausbildungsplätzen und durch nicht budgetierbare Rückstellungen für Zeit- und Feriensaldi (65'000 Franken für interne und externe Sozialstellen). 305: Im Budget waren zentral 2,4 Millionen Franken für die Auswirkungen des neuen Pensionskassengesetzes enthalten, welche aber in der Rechnung mit den Löhnen in den entsprechenden Ämtern verbucht wurden.

306: Erstmals wurden auf Empfehlung der Kantonalen Finanzkontrolle Rückstellungen für Überbrückungsrenten in Höhe von 1,3 Millionen Franken zentral verbucht. Künftig ist jeweils nur noch die Veränderung gegenüber dem Vorjahr zu verbuchen.

313: Infolge fehlender interner Personalressourcen konnten zwei grosse Projekte nicht wie geplant umgesetzt werden. Daher fielen keine oder kaum Kosten an für die Umsetzung weiterer Massnahmen aus der Personalstrategie (Budget 100'000 Franken) sowie die Umsetzung des Sicherheitskonzepts (inkl. Betriebsarzt) der Baudirektion (Budget 237'000 Franken).

426: Die höheren Erträge setzen sich zusammen aus höheren Entschädigungen vor allem für Verwaltungsratsmandate (16'000 Franken) und die zentral verbuchte Überschussbeteiligungen der Unfallversicherung (66'000 Franken).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben den im Leistungsauftrag geplanten Aufgaben war insbesondere das Projekt «Releasewechsel Navision / Migration NSP 2.0» die grosse Herausforderung für die Finanzverwaltung. Das hoch gesteckte Ziel konnte mit der Inbetriebnahme von NSP 2.0 am 1. Dezember erfolgreich erreicht werden.

Releasewechsel Navision / Migration NSP 2.0

Das IT-Projekt «Releasewechsel Navision / Migration NSP 2.0» wurde von der Regierung zum Schlüsselprojekt erklärt und war besonders anspruchsvoll und ressourcenbindend. Der Produktivstart erfolgte beim Kanton und der Stadt Zug im Dezember und verlief erfolgreich. Dank den Supportleistungen der Finanzverwaltung und der Begleitung durch den IT-Lieferanten konnten die anfänglichen Probleme und Fehler unter Kontrolle gebracht werden. Für die übrigen zehn Zuger Gemeinden hat die Finanzverwaltung die Vorbereitungsarbeiten zum Produktivstart ausgeführt.

Finanzplanungstool

Mit dem «Finanzplanungstool 2013–2030» entwickelte die Finanzverwaltung ein wichtiges Controllinginstrument, das die Finanzplanung bis ins Jahr 2030 ermöglicht. Je nach Indikatoren können fünf verschiedene Ausgangslagen und Szenarien simuliert und miteinander verglichen werden. Um die Wachstumsentwicklung mit einzubeziehen, wurden Statistikdaten ab dem Jahr 1985 berücksichtigt.

Ausbreitung «Optimierung Kreditorenprozess»

Die Digitalisierung der Kreditorenrechnungen, Weiterverarbeitung mittels Workflow, elektronischer Visierung und revisionssicherer Archivierung kommt gut voran. 32 Ämter führten OKP neu ein, die flächendeckende Einführung (gemäss Regierungsratsbeschluss vom 2. Juli 2013) erfordert bei der Verwaltung noch den Einschluss von elf Ämtern. Die Umstellung auf digitalisierte Kreditorenrechnungen ist auch in drei Gemeinden vollzogen worden. Eine weitere Gemeinde steht vor dem Produktivstart.

Ausbreitung Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Die Einführung der KLR bei weiteren Ämtern der Kantonalen Verwaltung läuft nach Plan (Regierungsratsbeschluss vom 29. Oktober 2013). Im Berichtsjahr führten vier Ämter die KLR neu ein, ein Amt mehr als ursprünglich angenommen.

Cash Management

Die Zinssätze für Festgeldanlagen und Kontokorrente lagen während dem ganzen Berichtsjahr auf sehr tiefem Niveau. Die erwirtschaftete Rendite auf die Gesamtliquidität beträgt 0,3 Prozent.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemässe Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Ausarbeitung des jährlichen Budgets und des Finanzplans, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet		
2	Informationsfluss zwischen Finanzverwaltung und gemeindlichen Finanzabteilungen sicherstellen	Mindestens 2 protokollierte Sitzungen pro Jahr (Fachgruppe Finanzen Zug)		
A	Elektronischer Kreditorenprozess «OKP» (Scanning, Workflow, Archivierung)	Flächendeckende Ausbreitung des neuen Kreditorenprozesses sichergestellt, sofern sich der RR für die Ausbreitung entscheidet		
Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung				
3	Planung, Koordination und Erstellung des Jahresabschlusses sowie zur Verfügung stellen der Finanzzahlen für die Publikation zum Geschäftsbericht	Wesentliche Fehler im Zahlenmaterial = 0		
4	Hohe Qualität und Standard der gesamten Staatsbuchhaltung sicherstellen	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt		
5	Zeitgerechtes Inkasso	Einleitung der Betreibung spätestens innert 60 Tagen nach Ablauf der 2. Mahnfrist, sofern kein begründeter Mahnstopp gesetzt wird		Wenige komplexe Fälle, für die der Finanzverwaltung die Unterlagen zu kurzfristig oder zu spät eingereicht wurden
6	Betreuung und zeitgerechte Nachführung der Unterschriftenkarten der Finanzinstitute und Kontrolle des «Verzeichnis der Anweisungsberechtigten»	Mutationen innert Wochenfrist nach Kenntnis		
Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan				
7	Einhaltung des RR-Terminplans sicherstellen	0 Tage Überschreitung der Ecktermine		
8	Aufbereitung der Finanzzahlen für die Publikation	Wesentliche Fehler im Zahlenmaterial = 0		
Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)				
9	Support und professionelle Beratung in Fragen der KLR (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
10	Termingerechter Quartalsabschluss der KLR	Abschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	⬤	Visierte Stundenrapporte von mehr als 3 Monaten fehlten von einem Amtsleiter, weshalb ein KLR-Quartalsabschluss nicht rechtzeitig erstellt werden konnte
B	Schrittweise Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung	Umsetzung gemäss RRB vom 26. Februar 2013 sichergestellt	⬤	
Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung				
11	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Jahresabschluss sicherstellen	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	⬤	
Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen				
13	Administration und zeitgerechte Mutationen der kantonalen Versicherungspolice	Meldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	⬤	
14	Sämtliche Schadenmeldungen werden an Versicherung bzw. Broker weitergeleitet	100 % innert Wochenfrist nach Bekanntgabe weitergeleitet	⬤	
C	Update Risikoinventar Kanton Zug erstellen	Massnahmen aus Update Risikoinventar 2013 sind umgesetzt	⬤	Wenige Massnahmen sind nicht abschliessend umgesetzt (Weisungsbefugnis zur Durchsetzung von vorgeschlagenen Massnahmen wie z. B. die Einführung eines IKS fehlt)
Leistungsgruppe 6: Cash-Management				
15	Sorgfältige Bewirtschaftung und Überwachung des Fondsvermögens gemäss Anlagegerichtlinien	Aktienperformance > SPI- Performance per Stichtag 31. Dezember	⬤	
16	Kapitalanlageverzeichnis quartalsweise erstellen	Performancebericht innert 60 Tagen nach Quartalsende	⬤	
17	Zahlungsfähigkeit sicherstellen und regelmässige Berichterstattung zur Liquidität	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung in der Regel per 1. Wochenarbeitsstag bzw. 1. Woche des Folgemonats	⬤	
Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen (Software)				
18	Betrieb und Weiterentwicklung der Finanzsoftware Microsoft Dynamics NAV (Navision) und des Kreditoren-Workflow-Systems sicherstellen	Keine Systemausfälle	⬤	
19	Interner Support für die Finanzsoftware Navision, das Kreditoren-Workflow-System und das Leistungserfassungsmodul SIAXMA sicherstellen	Reaktionszeit nach Eingang innert 2 Arbeitstagen	⬤	
D	Releasewechsel Finanzsoftware Navision vorbereiten	Das neue System steht für den Kanton und die Gemeinden zur Verfügung	⬤	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

Gesamtzielsetzung A: Der Regierungsrat hat sich für eine schrittweise Ausbreitung der elektronischen Kreditorenverarbeitung mit Terminplan bis Ende 2015 entschieden.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Navision-User (ohne Gemeinden)	Anzahl	475	475	425
KLR-Ämter	Anzahl	17	20	21
Kreditorenbelege	Anzahl	56'623	53'000	56'997
Mahnungen	Anzahl	9'512	8'900	9'025
Betreibungsverfahren	Anzahl	277	300	294
Gesuche für Auslandhilfe	Anzahl	51	55	34

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Navision-User: Mit dem Releasewechsel Navision / Migration NSP 2.0 fand in Absprache mit den Direktionen eine Bereinigung der Zugriffsberechtigungen statt.
Gesuche für Auslandhilfe: Der Regierungsrat hat eine Praxisänderung für die Vergabe von Beitragsleistungen beschlossen. Leistungen für Auslandhilfe aus dem Ertragsüberschuss werden nur noch an Zuger Personen und Institutionen mit Wohnsitz oder Sitz im Kanton Zug ausgerichtet, welche selber Projekte im Bereich Auslandhilfe durchführen. Dies führte zu einer Reduktion der eingereichten Gesuche.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-1'742'933.12	-1'952'800	-1'860'726.21	92'073.79	-4,7
Total Ertrag	208'800.00	203'600	202'401.00	-1'199.00	-0,6
Saldo	-1'534'133.12	-1'749'200	-1'658'325.21	90'874.79	-5,2

Kommentar Rechnung

Die wesentlichsten Gründe für die Budgetabweichung bestehen im Minderaufwand für Personal (35'000 Franken), da im Bereich Optimierung Kreditorenprozess nicht alle budgetierten Stellen besetzt waren und einem geringeren Aufwand für den IT-Support und die IT-Wartung (58'000 Franken), da aufgrund des Releasewechsels Navision / Migration NSP 2.0 die Weiterentwicklung der Vorgängerversion auf das Notwendigste beschränkt wurde.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5020.0049 Optimierung Kreditorenprozess					
Ausgaben	-60'982.35				
Einnahmen	10'000.00				
IT5020.0052 Optimierter Kreditorenprozess; Ausbau + Optimierg.					
Ausgaben		-95'000		95'000.00	-100,0
Einnahmen					
IT5020.0053 Releasewechsel Navision / Migration nsp					
Ausgaben		-850'000	-574'392.00	275'608.00	-32,4
Einnahmen		340'000	227'578.00	-112'422.00	-33,1
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-60'982.35	-945'000	-574'392.00	370'608.00	-39,2
Einnahmen	10'000.00	340'000	227'578.00	-112'422.00	-33,1
Saldo	-50'982.35	-605'000	-346'814.00	258'186.00	-42,7

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5020.0052: Der Ausbau des elektronischen Kreditorenworkflow-Systems wurde aufgrund der zeitlichen Beanspruchung durch die übrigen Projekte und Aufgaben zurückgestellt.

IT5020.0053: Kleinere Verzögerungen beim Projekt führen dazu, dass ein Teil der geplanten Ausgaben erst 2015 anfallen wird. Die bisherigen Kosten wurden gemäss Verteilschlüssel den Gemeinden verrechnet.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-469'756.35	-480'000	-452'316.11	27'683.89	-5,8
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	829'834.93		415'015.50	415'015.50	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-33'926'452.61	-42'926'000	-39'735'909.07	3'190'090.93	-7,4
340	Zinsaufwand	-27'803.15	-35'000	-19'098.00	15'902.00	-45,4
341	Realisierte Kursverluste	-96'549.33		-5'225.67	-5'225.67	
349	Verschiedener Finanzaufwand	9.23		403.61	403.61	
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-36'889.00				
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-4'000	-4'000.00	0.00	0,0
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-10'010'277.82	-11'252'000	-9'505'050.26	1'746'949.74	-15,5
383	Zusätzliche Abschreibungen	-8'529'000.00				
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-1'008'380.18	-1'051'600	-627'029.49	424'570.51	-40,4
	Total Aufwand	-53'279'264.28	-55'748'600	-49'933'209.49	5'815'390.51	-10,4
410	Regalien	34'317.70	33'000	20'315.35	-12'684.65	-38,4
411	Schweiz. Nationalbank	9'613'984.00	9'614'000		-9'614'000.00	-100,0
426	Rückerstattungen	103'553.85	90'000	92'548.75	2'548.75	2,8
429	Übrige Entgelte	144'974.40		680'965.53	680'965.53	
440	Zinsertrag	6'102'733.58	3'077'500	3'707'525.66	630'025.66	20,5
441	Realisierte Gewinne FV	36'544.00		544'594.00	544'594.00	
442	Beteiligungsertrag FV	738'000.00	738'000	813'000.00	75'000.00	10,2
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'524'622.65	28'492'000	28'539'822.20	47'822.20	0,2
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	6'000.00	6'000		-6'000.00	-100,0
460	Ertragsanteile	5'135'988.00	5'114'000	5'015'149.00	-98'851.00	-1,9
469	Verschiedener Transferertrag	45'243.15	49'000	138'764.85	89'764.85	183,2
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	56'608'915.85				
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	20'530.00	19'000	9'970.00	-9'030.00	-47,5
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	445'374.31	430'000	401'212.36	-28'787.64	-6,7
	Total Ertrag	107'560'781.49	47'662'500	39'963'867.70	-7'698'632.30	-16,2
	Saldo	54'281'517.21	-8'086'100	-9'969'341.79	-1'883'241.79	23,3

Kommentar Rechnung

330/366: Der Grund für die Abweichung liegt vor allem in der Planbilanz 2013, die zu hohe Werte auswies und als Basis für die Budgetierung der Abschreibungen diente. Die Basiswerte waren zu hoch, weil in der Rechnung 2013 massiv weniger investiert wurde als budgetiert. Zudem waren auch im Berichtsjahr die Investitionen 5,4 Millionen Franken tiefer als budgetiert.

411: Die Kantone erhielten keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
FD5022.0005	Darlehen SwissDRG AG, Rückzahlung					
	Ausgaben					
	Einnahmen	7'096.60		11'827.65	11'827.65	
FD5022.0006	Beteiligung Selfin Invest AG					
	Ausgaben	-1.00				
	Einnahmen					
IT5022.0001	Pauschalkorrektur IT-Projekte					
	Ausgaben		3'000'000		-3'000'000.00	-100,0
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1.00	3'000'000		-3'000'000.00	-100,0
	Einnahmen	7'096.60		11'827.65	11'827.65	
	Saldo	7'095.60	3'000'000	11'827.65	-2'988'172.35	-99,6

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5022.0001: Die Erfahrung zeigt, dass 20 bis 30 Prozent der budgetierten Informatikprojekte jeweils aus verschiedenen Gründen nicht im Budgetjahr realisiert werden. Aus diesem Grund wird im Allgemeinen Finanzbereich eine Pauschalkorrektur budgetiert. Entsprechende Abweichungen in der Rechnung finden sich bei den Ämtern.

Institutionelle Gliederung
 Finanzdirektion
 5029–Ressourcen-, Lasten-, und Härteausgleich

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich	-276'504'770.00	-279'491'000	-279'484'127.00	6'873.00	0,0
	Total Aufwand	-276'504'770.00	-279'491'000	-279'484'127.00	6'873.00	0,0
462	Finanz- und Lastenausgleich	39'347'540.00	35'876'900	35'876'902.00	2.00	0,0
	Total Ertrag	39'347'540.00	35'876'900	35'876'902.00	2.00	0,0
	Saldo	-237'157'230.00	-243'614'100	-243'607'225.00	6'875.00	0,0

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Gesamtwürdigung

In Kürze

Der Grundauftrag – die Sicherstellung des Betriebes – konnte vollständig gewährleistet werden. Mit stetigen Anpassungen der Technik und operativen Schutzmassnahmen wurde die Sicherheit weiter ausgebaut und erhöht. Nach der öffentlichen Ausschreibung im Vorjahr und sorgfältiger Planung konnten im Berichtsjahr alle Desktops und Notebooks der kantonalen Verwaltung ersetzt werden.

Weiterausbau der E-Government-Leistungen

Wirtschaft und Bevölkerung zählen auf den digitalen Zugang zur Verwaltung und die Erledigung von Amtsgeschäften rund um die Uhr. Mit dem im Vorjahr beendeten E-Government-Programm wurde die Basis dazu geschaffen, der Weiterausbau ist organisiert und in einem E-Projektportfolio als Zielvorgabe festgehalten. Direktionsübergreifend und breit abgestützt wurde der Ausbau fortgesetzt. Schwerpunkt war der Aufbau des Benutzerkontos. Damit können Einwohnerinnen und Einwohner und Unternehmen künftig Eingaben sicher elektronisch einreichen, auf ihre Daten zugreifen und Bescheide der Behörden elektronisch empfangen.

Etablierung der Informatiksicherheit

Die digitale Vernetzung zwischen Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung hat einen hohen Stand erreicht und erfordert die Gewährleistung einer grösstmöglichen Informatiksicherheit. Diese umfasst die drei Pfeiler Technik, Organisation und Menschen. Auf der technischen Seite sind verschiedene Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt worden und die technische Infrastruktur wurde auf Schwachstellen getestet. Im organisatorischen Bereich wurden die mit der Zertifizierung nach ISO 27001 freigegebenen Prozesse weiter verfeinert und im Tagesgeschäft verankert. Als dritte Säule zur Gewährleistung der Informatiksicherheit müssen die Mitarbeitenden laufend für die Gefahren und Risiken des digitalen Postverkehrs sensibilisiert werden. Dazu wurde eine neue Lernplattform geschaffen, auf der wichtige Module zu Datensicherheit und E-Mail-Verkehr aufgeschaltet wurden.

Grundversorgung und laufende Infrastrukturerneuerung sichergestellt

Im Berichtsjahr konnten die Anforderungen der verschiedensten Anspruchsgruppen erfüllt und ein störungsfreier Betrieb gewährleistet werden. Als wichtiger Baustein der Strategie und als Entscheidungsgrundlage für weitreichende, aufeinander abgestimmte Investitionen wurde die Technologiearchitektur (Konzept für den Aufbau und Betrieb der IT-Infrastruktur) weiterentwickelt und dokumentiert. Im technischen Bereich mussten die Speicherkapazitäten angepasst werden. Komplexe Fachanwendungen, Mobile Computing, Social Media und die Bildverarbeitung erfordern immer höhere Speicherkapazitäten, die der bisherige Datenspeicher nicht mehr erfüllen konnte. Nach der Ausschreibung im Vorjahr konnte dieser durch eine leistungstärkere Maschine ersetzt werden. In der Informations- und Kommunikationstechnologie geht die Tendenz dahin, Sprache, Daten und Bildinformationen über einen integrierten Kanal zu übertragen. Der Kanton hat darum die Integration der Sprach- und Datenkommunikation als Projekt aufgenommen und die Vorbereitungen für die Submission Netz begonnen.

Informatikportfolio umgesetzt

Kantonsweit umfasste das Portfolio 46 Projekte, ein weiteres kam im Jahresverlauf dazu. Damit stieg der Umfang gegenüber dem Vorjahr um vier Projekte an. Ein Grossteil der Vorhaben betrifft Erneuerungen oder neue Fachanwendungen, gefolgt von Infrastrukturprojekten und Innovationen. Die im Kanton zu bearbeitenden Projekte sind nach der Projektführungsmethode HERMES abzuwickeln. Der Bund hat die von ihm entwickelte Methode komplett überarbeitet und vereinfacht. Das Amt für Informatik und Organisation (AIO) hat alle Amtsleitenden und Projektführenden von Kanton und Gemeinden zur Schulung der Projektführungsmethode eingeladen, um eine möglichst einheitliche Arbeitsweise sicherstellen zu können. Die Kurse stiessen auf ein reges Interesse und erhielten viele positive Rückmeldungen.

Supportleistung laufend angepasst

Die für den Support zur Verfügung stehenden Hilfsmittel wurden vollständig harmonisiert und die Arbeitsabläufe weiter optimiert. Damit werden auftretende Probleme sowie der Verbesserungsbedarf von Anwendungen und technischen Infrastrukturen noch rascher erkannt. Zudem können die notwendigen Ausbildungsmassnahmen für eine optimale Nutzung der Fachanwendung ergriffen werden. Neben dem Tagesgeschäft wurden nach gründlicher Vorbereitung rund 2'100 Desktops und Notebooks ersetzt. Aufgrund der sorgfältigen Planung ergaben sich beim Austausch der Geräte für die Benutzerinnen und Benutzer nur geringe Ausfallzeiten.

Organisation und Zusammenarbeit

Als Querschnittsamt koordiniert das AIO die Gesamtausrichtung der Informatik. Mit zahlreichen Beratungsleistungen, Anleitungen zur Anforderungsdefinition und methodischer Unterstützung in der Projektabwicklung und Prozessgestaltung stellte das AIO sicher, dass die Informatik auf die Gesamtziele des Kantons ausgerichtet bleibt. Die im Vorjahr erreichte Zertifizierung nach ISO 9001 und ISO 27001 konnte bestätigt und verlängert werden.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Das AIO plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastrukturen der kantonalen Verwaltung. Es vollzieht die IT-Strategie sowie die Weisungen zur Informatik, stellt die Datensicherheit und die Koordination zu Bund und Gemeinden sicher. Als Querschnittsamt koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die elf Zuger Gemeinden, die Gerichte und die Staatskanzlei.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Die Gesamtleistung des AIO hinsichtlich Leistungsumfang, Verfüg- und Erreichbarkeit optimal ausgestaltet	Gute Bewertung bei Umfrage		
2	Kompetenter Gesprächspartner in allen Belangen der IT und der IT-Organisation	100 % der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet		
3	Die Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet	Informatikkennzahlen entsprechen mindestens den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz		
4	Konsequente Umsetzung der DSV	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt; mindestens 4 IT-Security Audits veranlasst und durchgeführt		
Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT				
5	Ganzheitliches IT Controlling und Reporting erfüllt	Reporting gemäss Handbuch erfolgt		
6	Informatikstrategie und Konzepte nachgepflegt	Alle strategischen Konzepte sind überprüft und wo nötig angepasst		
7	Pflege der Zusammenarbeit mit den IT-relevanten Ansprechpartnern im Bund, Kanton und Gemeinden	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden, relevante Ergebnisse auf iZug publiziert; Mitarbeit in den etablierten Gremien erfolgt		
8	Informatikportfolio erarbeitet und nachgepflegt	Das Portfolio ist aktiv bewirtschaftet und quartalsweise aktualisiert		
9	Projektunterstützung zeit- und kunden-gerecht erbracht	Die Leistungsvereinbarungen sind quartalsweise überprüft		
10	Umsetzung der Infrastrukturprojekte gemäss Portfolio erfolgt	Die in der Verantwortung des AIO liegenden Infrastrukturprojekte aus dem Projektportfolio 2014 sind gemäss Plan umgesetzt		«Vorprojekt Druckerersatz» wird erst 2015 durchgeführt, da Ersatz der Drucker ins 2016 verschoben wurde
B	Weisungen und Richtlinien zur kantonalen Informatik aktualisiert	Alle Weisungen überprüft und notwendige Anpassungen ausgewiesen; Richtlinien zur Projektführung und Beschaffung aktualisiert		
L28	Auf- und Ausbau E-Government-Angebote	Die Umsetzung der Fortsetzung des E-Government-Programms gemäss RR-Strategie 2018 verläuft gemäss Roadmap		Aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen aus Teilrevision Verwaltungsrechtspflege-gesetz, konnten noch nicht alle Teilprojekte des E-Portfolios gestartet werden

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support				
11	Datensicherheit der Infrastruktur sicherstellen	Keine Schäden und/oder kein Verlust von Daten durch Eindringlinge; < 10 Unterbrüche an den Arbeitsplätzen wegen Virenbefalls; keine Datenverluste von > 1 Arbeitstag; Recovery und Restart in < 1 Arbeitstag	●	
12	Betrieb und Support der Bürokommunikationsumgebung sicherstellen	98 % Standard-PC-Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl an PC-Arbeitsplätzen (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung); Verfügbarkeit des Servers > 99 %; 98 % Störungen am PC-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in < ½ Arbeitstag behoben; Servicequalität der Ersterledigungsrate ist 60 %	●	
13	Betrieb und Support der Fachanwendungen sicherstellen	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft; Verfügbarkeit der Server > 99,5 %	●	
14	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen; Umsetzungsplanung Integrierte Kommunikationsplattform erstellt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3'551	3'600	3'495
Externe Benutzer (Dritte, Bürger, Firmen)	Anzahl	2'473	2'000	2'742
Anzahl PC-Arbeitsplätze	Anzahl	2'630	2'600	2'831
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	568	550	586
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	27	25	28
Supportaufträge	Anzahl	12'305	9'000	12'868

Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Anzahl E-Mail-Accounts: Sank leicht aufgrund einer Bereinigung nicht mehr benötigter E-Mail-Accounts in den Gemeinden und während dem Projekt PC-Ersatz beim Kanton.
Externe Benutzer: Bei der Budgetierung wurde aufgrund der Rechnung 2012 von einer temporären Stagnation der Anzahl externer Benutzer ausgegangen. Die Zahl stieg aber in den letzten beiden Jahren wieder an und wird in Zukunft mit dem Ausbau verschiedener E-Government-Angebote deutlich weiter wachsen.
Anzahl PC-Arbeitsplätze: Stieg stärker an als erwartet, da im Berichtsjahr viele kantonale Mobiltelefone durch Smartphones ersetzt wurden (zählen aufgrund des Datenvolumens zu den PC-Arbeitsplätzen).
Supportaufträge: Die Anzahl stieg gegenüber dem Budget stark an. Im Zuge der Qualitätsmanagementzertifizierung (ISO 9001) 2013 und der Inkraftsetzung der Qualitätsprozesse im Bereich der Auftragsabwicklung mussten alle Anfragen und neu auch Kleinaufträge im Auftragsbearbeitungstool der Supportorganisation nachvollziehbar gemacht werden. Dies wirkte sich bei der Rechnung 2013 bereits aus, war jedoch bei der Budgetierung 2014 noch nicht bekannt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-9'404'090.23	-10'377'000	-10'276'082.91	100'917.09	-1,0
Total Ertrag	694'566.00	700'000	634'722.50	-65'277.50	-9,3
Saldo	-8'709'524.23	-9'677'000	-9'641'360.41	35'639.59	-0,4

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget. Der Minderertrag von 65'000 Franken beruht auf dem Wegfall der Erträge für IT-Leistungen für die Pensionskasse, da diese ihre Anwendung und IT-Arbeitsplatzinfrastruktur nicht mehr beim Kanton Zug betreibt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0174	Reserven					
	Ausgaben	-49'684.30				
	Einnahmen					
IT5050.0180	Umsetzung E-Government-Strategie					
	Ausgaben	-280'736.05				
	Einnahmen					
IT5050.0191	Erneuerung Supportinfrastruktur AIO/ZUPO					
	Ausgaben	-3'732.75				
	Einnahmen					
IT5050.0197	Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)					
	Ausgaben	-105'008.75	-50'000	-23'093.30	26'906.70	-53,8
	Einnahmen					
IT5050.0198	Ersatz Backup Infrastruktur					
	Ausgaben	-190'395.30		-54'396.95	-54'396.95	
	Einnahmen					
IT5050.0202	Fachanwendung Baubewilligungswesen					
	Ausgaben	-148'072.95		-29'569.20	-29'569.20	
	Einnahmen	195'878.00		-28'255.00	-28'255.00	
IT5050.0204	Ausbau eGovernment					
	Ausgaben	-46'434.50	-400'000	-79'252.20	320'747.80	-80,2
	Einnahmen					
IT5050.0205	Benutzerkonto					
	Ausgaben	-208'153.55	-500'000	-650'598.85	-150'598.85	30,1
	Einnahmen					
IT5050.0206	Submission Clientersatz					
	Ausgaben	-81'356.40				
	Einnahmen					
IT5050.0207	Harmonisierung Support-Werkzeuge					
	Ausgaben	-90'154.85		-106'294.95	-106'294.95	
	Einnahmen					

Projekte und Bezeichnung		Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
IT5050.0208	Ersatz zentraler Speicher					
	Ausgaben	-47'706.70		-1'184'768.65	-1'184'768.65	
	Einnahmen					
IT5050.0209	Konsolidierung Infrastruktur aus Strategie-Phase 1					
	Ausgaben	-25'488.00				
	Einnahmen					
IT5050.0210	Integration Telefonie					
	Ausgaben	-102'937.65				
	Einnahmen					
IT5050.0211	Umsetzung DSV mobile Devices					
	Ausgaben	-96'808.85		-35'878.50	-35'878.50	
	Einnahmen					
IT5050.0212	Reserven					
	Ausgaben	-63'052.30	-100'000	-40'802.60	59'197.40	-59,2
	Einnahmen					
IT5050.0213	Vorprojekt Druckerersatz					
	Ausgaben		-70'000	-9'922.50	60'077.50	-85,8
	Einnahmen					
IT5050.0214	Ersatz PC-Arbeitsplatz					
	Ausgaben		-2'900'000	-3'114'432.44	-214'432.44	7,4
	Einnahmen					
IT5050.0215	Review Technologiearchitektur					
	Ausgaben		-100'000	-68'549.95	31'450.05	-31,5
	Einnahmen					
IT5050.0216	Integration Telefonie / Phase II					
	Ausgaben		-300'000	-53'649.10	246'350.90	-82,1
	Einnahmen					
Total Budgetkredite						
	Ausgaben	-1'539'722.90	-4'420'000	-5'451'209.19	-1'031'209.19	23,3
	Einnahmen	195'878.00		-28'255.00	-28'255.00	
	Saldo	-1'343'844.90	-4'420'000	-5'479'464.19	-1'059'464.19	24,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

IT5050.0198: Restarbeiten aus 2013 an der Backup Infrastruktur.

IT5050.0202: Restarbeiten aus 2013 an der Fachanwendung Baubewilligungswesen, zudem wurde den Gemeinden wegen geringerer Gesamtkosten (infolge Förderbeiträge des Bundes) Investitionsbeiträge zurückerstattet.

IT5050.0204: Diverse Teilprojekte des E-Portfolios wurden erst gegen Ende des Jahres gestartet und werden im 2015 fertiggestellt (siehe Zielsetzung L28).

IT5050.0205: Das Projekt Benutzerkonto wurde beschleunigt, die Gesamtkosten über die 3 Jahre bleiben unverändert.

IT5050.0207: Aus Synergiegründen zu anderen Projekten wurde ein älteres Supportwerkzeug erst 2014 abgelöst statt 2013.

IT5050.0208: Die Hardware des zentralen Speichers wurde aufgrund von Transportverzögerungen aus dem Ausland erst im Januar 2014 geliefert; war im Budget 2013 mit 1,5 Millionen Franken budgetiert.

IT5050.0211: Restarbeiten aus 2013, Ausbreitung Mobile Devices Gemeinden.

IT5050.0213: Der eigentliche Druckerersatz wurde auf 2016 verschoben und damit wird das Vorprojekt Druckerersatz erst 2015 durchgeführt.

IT 5050.0214: Der Mehraufwand ist auf eine höhere Zahl an Endbenutzergeräten zurückzuführen als ursprünglich erhoben und geplant. Grund dafür ist das Wachstum der Verwaltung (Zuwachs, mehr Teilzeitpensen, spezielle Ausstattungen usw.).

IT5050.0215: Das Projekt wurde mit mehr Eigenleistung (ohne Lösungs-evaluation) und zeitlich ausgedehnter als geplant durchgeführt. Die kantonalen Fragestellungen wurden bearbeitet, diejenigen der Kunden (Gemeinden) konnten aufgrund der Neuausrichtung der Gemeindeinformatik noch nicht bearbeitet werden.

IT5050.0216: Das Projekt wurde zeitlich verzögert. Die übergeordneten Entscheide fielen sechs Monate später als geplant, zudem müssen im Sinne der kantonsweiten Konsolidierung zusätzlich auch die Bedürfnisse der Notorganisationen und der Schulen abgedeckt werden. Die Vorbereitung und Durchführung der Submission wurde nach hinten geschoben.

Gesamtwürdigung

In Kürze

Als Amt mit intensivem Kontakt zur Bevölkerung und den Unternehmen legt die Steuerverwaltung ihr Hauptaugenmerk auf effiziente und kundenfreundliche Steuerveranlagungen sowie den anschliessenden Bezug dieser Steuern. Darüber hinaus arbeitete die Steuerverwaltung an der fünften Teilrevision des Steuergesetzes und unterstützte die Finanzdirektion und mutmasslich betroffene Unternehmen bei Abklärungen und Vorbereitungen im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III.

Steuergesetzgebung

Das Steuergesetz wurde letztmals per 1. Januar 2012 teilrevidiert. Seither sind auf Bundesebene zahlreiche Änderungen in Kraft getreten, die ins kantonale Steuerrecht umgesetzt werden müssen. Teilweise bestehen dafür noch laufende bundesrechtliche Übergangsfristen, teilweise mussten die Änderungen und die verbliebenen kantonalen Umsetzungsfreiräume auch schon übergangsweise in der Steuerverordnung geregelt werden. Um das Steuergesetz auch formal wieder auf den aktuellsten Stand zu bringen, hat der Regierungsrat im April die Vernehmlassung für eine fünfte Teilrevision des Steuergesetzes per 2016 eröffnet. Im August folgten Bericht und Antrag an den Kantonsrat, die vorberatende Kommission befasste sich im November und Dezember mit der Vorlage.

Mit dem fünften Revisionspaket sollen namentlich die folgenden Bundesgesetze umgesetzt werden: Bahnreform 2, Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen, Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes, Vereinfachungen bei der Besteuerung von Lotteriegewinnen, Besteuerung nach dem Aufwand, Steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten und die Neuerung des Steuererlasses.

Unternehmenssteuerreform III

Ein grosses Thema im Berichtsjahr war die Vernehmlassung des Bundesrats zur Unternehmenssteuerreform III und die möglichen Auswirkungen für den Kanton Zug. Zahlreiche ansässige oder an einem Zuzug interessierte Unternehmen und deren Beraterinnen und Berater suchten den Kontakt mit der Steuerverwaltung, um denkbare Umsetzungsszenarien und deren konkrete Auswirkungen zu diskutieren. Zudem galt es, die Interessen des Kantons Zug in den verschiedenen fachlichen Arbeitsgruppen zur Unternehmenssteuerreform III zu vertreten und die politischen Entscheidungstragenden, namentlich den Finanzdirektor und den Regierungsrat, hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen und der möglichen Auswirkungen für den Kanton Zug zu informieren und beraten.

Operatives Tagesgeschäft

Die Arbeitsbelastung war aufgrund des kontinuierlichen Bevölkerungswachstums, der laufend steigenden Anzahl Unternehmen und der stetig zunehmenden Komplexität des schweizerischen und internationalen Steuerrechts in allen Abteilungen der Steuerverwaltung weiterhin hoch. Die Bearbeitung der eingereichten Steuererklärungen wird dadurch erleichtert, dass diese häufig mit der elektronischen Deklarationshilfe eTax.zug ausgefüllt werden. Bei den natürlichen Personen wurden 76 Prozent (Vorjahr 74 Prozent) und bei den juristischen Personen 73 Prozent (69 Prozent) aller eingereichten Steuererklärungen mit eTax.zug ausgefüllt.

Besondere Tätigkeiten mit längerfristiger Ausrichtung

Im Hinblick auf den geplanten kontinuierlichen Auf- und Ausbau von E-Government-Dienstleistungen gemäss kantonomer E-Government-Strategie und die gesamtschweizerische Vernetzung mit anderen Behörden im Bereich Steuern waren aufwändige konzeptionelle Arbeiten zu bewältigen und Projektarbeiten umzusetzen. Von grosser Bedeutung war dabei namentlich die vom Regierungsrat am 21. Oktober beschlossene Neuausrichtung des Scannings von Steuererklärungen, welches nun innerhalb der Steuerverwaltung (Inhouse Scanning) erfolgen soll. Ursprünglich war ein externes Scanning durch ein spezialisiertes Dienstleistungsunternehmen geplant.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

● Erreicht
◐ Teilweise erreicht
○ Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrößen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)				
1	Aktuelle Registerführung NP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	●	
2	Effiziente Veranlagung der periodischen Steuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	2009: 100 % 2010: 99 % 2011: 98 % 2012: 95 % 2013: 60 %	◐	2009: 99,8 % 2012: 93,7 % Übrige Jahre: Ziele erreicht oder übertroffen
3	Effiziente Veranlagung der Sondersteuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	●	
4	Zeitgerechte Abrechnung der Rückerstattungssteuern	57'000 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	●	
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	100 %	◐	Leichter zeitlicher Bearbeitungsrückstand infolge hoher Fallzahlen und komplizierteren neuen Tarifen
6	Externe Buchprüfung bei Selbständig-erwerbenden vor Ort	Prüfung 90–100 Steuerjahre	●	
Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)				
7	Aktuelle Registerführung JP	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	●	
8	Effiziente Veranlagung Steuern JP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	2008: 100 % 2009: 99,5 % 2010: 98 % 2011: 90 % 2012: 66 % 2013: 20 %	●	
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Prüfung 100 Steuerjahre	●	
10	Zeitgerechte Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	8'500 Bewertungen	●	
11	Zeitgerechte Abrechnung von pauschalen Steueranrechnungen	120 Fälle	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren				
12	Zeitgerechte Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Gemeinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	●	
13	Zeitgerechte Entscheide über Steuerstrafen, Strafanzeigen	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	●	
14	Fristgerechte Beurteilung von Steuerbefreiungsgesuchen infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	●	
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	100 %	●	
16	Zeitgerechte Behandlung von Einsprachen und gerichtlichen Rechtsmittelverfahren	90 % aller 2013 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2014 entschieden, gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	●	
Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen				
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen, Verlustscheinbewirtschaftung	Inkasso laufend aktuell	●	
18	Zeitgerechte Entscheide über Erlassgesuche	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	●	
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Repartitionen	100 % innert Frist	●	
20	Fristgerechtes Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan	100 % innert Frist	●	
A	Erstmaliger Aufbau und Betrieb einer kantonsweiten zentralen Verlustscheinbewirtschaftung	Intensivierung der Bewirtschaftung der 2012 und 2013 übernommenen Verlustscheine des Obergerichts und der Finanzverwaltung (und damit indirekt auch der rund 40 weiteren Ämter, deren Inkasso über die Finanzverwaltung läuft)	●	
Leistungsgruppe 5: Besondere externe Dienstleistungen				
21	Fristgerechte Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes	100 % innert Frist	●	
22	Fristgerechte Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden	100 % innert Frist	●	
24	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuerformulare und elektronischen Medien, u.a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und eGovernment-Anwendungen	Alles rechtzeitig bereit	●	

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung				
25	Fristgerechte Beiträge zu Gesetzgebung, parlamentarischen Vorstössen, Vernehmlassungen und Mitberichte	100 % innert Frist	●	
26	Kundenorientierte Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d.h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zuzugsinteressierten	Rückmeldung und Unterstützung zu 100 % innert der vereinbarten Termine	●	
27	Zeitgerechte Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	●	
28	Laufende Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Laufende Kontaktpflege und Interessenvertretung, u. a. durch externe Referate und Schulungen	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl	75'389	71'400	70'373
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl	3'751	3'700	4'655
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl	10'307	10'800	10'476
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl	15'634	13'800	17'877
Verrechnungssteuerabrechnungen	Anzahl	60'537	57'000	59'064
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl	3'861	3'100	3'720
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl	29'432	26'500	27'795
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl	8'686	8'500	11'693
Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen	Anzahl	161	180	211
Nachsteuerveranlagungen	Anzahl	213	180	194
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl	150	140	130
Einsprachen	Anzahl	910	800	890
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl	28	25	32
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl	485'944	480'000	478'106
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl	7'924	8'300	7'476
Betreibungen	Anzahl	4'197	4'100	3'988
Pfändungsbegehren	Anzahl	2'726	3'200	2'963
Erlassentscheide	Anzahl	262	300	281

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Sondersteuerveranlagungen: Nachträglicher Eingang von Meldungen für frühere Jahre als Folge der Erweiterungen beim gesamtschweizerischen elektronischen Meldewesen.
Quellensteuerabrechnungen Ausland: Starke Zunahme von grenzüberschreitenden Arbeitsverhältnissen.
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere: Starke Zunahme der Kursanfragen seitens der Steuerpflichtigen, der Beratung und der übrigen Kantone.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-19'333'864.09	-20'430'600	-20'459'874.36	-29'274.36	0,1
Total Ertrag	5'141'796.45	4'782'000	4'777'819.35	-4'180.65	-0,1
Saldo	-14'192'067.64	-15'648'600	-15'682'055.01	-33'455.01	0,2

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekte und Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
FD5060.0001 Beschaffung und Einführung Kuvertiermaschine					
Ausgaben		-200'000		200'000.00	-100,0
Einnahmen					
IT5060.0105 Weiterentwicklung e-Tax					
Ausgaben	-41'073.48				
Einnahmen					
IT5060.0175 CH-Meldewesen					
Ausgaben	-90'987.00				
Einnahmen					
IT5060.0180 eKonto					
Ausgaben	-275'011.20	-690'000	-194'387.00	495'613.00	-71,8
Einnahmen					
IT5060.0184 eDossier					
Ausgaben	-356'720.60	-750'000	-1'107'773.85	-357'773.85	47,7
Einnahmen					
IT5060.0185 Erweiterungen für Statistiken und Datenlieferungen					
Ausgaben	-15'552.00				
Einnahmen					
IT5060.0187 Weiterentwicklung eTax.zug NP und JP					
Ausgaben		-80'000	-57'372.80	22'627.20	-28,3
Einnahmen					
IT5060.0188 Ablösung IPV Schnittstelle					
Ausgaben		-200'000	-195'955.20	4'044.80	-2,0
Einnahmen					
Total Budgetkredite					
Ausgaben	-779'344.28	-1'920'000	-1'555'488.85	364'511.15	-19,0
Einnahmen					
Saldo	-779'344.28	-1'920'000	-1'555'488.85	364'511.15	-19,0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Rechnung

FD5060.0001: Aufgrund anderer Prioritäten wurde die Beschaffung einer neuen Kuvertiermaschine verschoben.

IT5060.0180: Die Ausgaben waren deutlich tiefer als geplant, weil ursprünglich geplante Services (z. B. Vertreterberechtigungen NP und JP) noch nicht realisiert wurden.

IT5060.0184: Infolge der Neuausrichtung auf ein Inhouse Scanning wurde der Projektkredit 2014 um 357'773 Franken überschritten. Die Neuausrichtung und die Kreditüberschreitung wurden vom Regierungsrat am 21.10.2014 beschlossen. Der Kantonsrat wurde an der Sitzung vom 30.10.2014 anlässlich einer Interpellationsbeantwortung informiert (Beantwortung Vorlage Nr. 2436.1 – 14774).

IT5060.0187: Unterdurchschnittlicher Anpassungsbedarf der elektronischen Deklarationshilfe eTax.zug 2013 gegenüber der Vorjahresversion.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'179'489.55	-2'350'000	-2'238'880.00	111'120.00	-4,7
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'190'920.24	-2'500'000	-2'753'650.36	-253'650.36	10,1
349	Verschiedener Finanzaufwand	-10'621'277.05	-11'250'000	-11'265'885.85	-15'885.85	0,1
	Total Aufwand	-14'991'686.84	-16'100'000	-16'258'416.21	-158'416.21	1,0
400	Direkte Steuern natürliche Personen	398'541'506.90	458'600'000	395'511'169.45	-63'088'830.55	-13,8
401	Direkte Steuern juristische Personen	211'960'252.35	203'100'000	210'000'091.95	6'900'091.95	3,4
402	Übrige direkte Steuern	6'922'060.10	2'000'000	2'755'386.22	755'386.22	37,8
429	Übrige Entgelte	283'481.74	300'000	286'886.25	-13'113.75	-4,4
440	Zinsertrag	1'343'152.32	1'500'000	1'414'925.15	-85'074.85	-5,7
	Total Ertrag	619'050'453.41	665'500'000	609'968'459.02	-55'531'540.98	-8,3
	Saldo	604'058'766.57	649'400'000	593'710'042.81	-55'689'957.19	-8,6

Kommentar Rechnung

Zu den Aufwandkonti:

313: Bei den Dienstleistungen und Honoraren handelt es sich ausschliesslich um Quellensteuer-Bezugsprovisionen an Arbeitgebende, Versicherungen und weitere Abrechnungspflichtige gemäss den §§ 84 und 95 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1).

318: Die Wertberichtigungen auf Forderungen umfassen die Steuererlasse oder Teilerlasse infolge Notlage gemäss § 164 des Zuger Steuergesetzes (BGS 632.1) und die Abschreibungen von Steuern infolge vorübergehender oder dauerhafter Uneinbringlichkeit (z. B. bei Konkursen, erfolglosen Pfändungen, Löschungen im Handelsregister von Amtes wegen, Todesfällen ohne Nachlassvermögen usw.). Sie sind jeweils schwierig zu budgetieren.

349: Das Konto Verschiedener Finanzaufwand beinhaltet den Skonto bei frühzeitiger Bezahlung der Vorbezugsrechnungen bei den natürlichen Personen sowie Zinsen zu Gunsten der Steuerpflichtigen (Vorauszahlungs- und Rückerstattungszinsen).

Zu den Ertragskonti:

400: Die Steuererträge der natürlichen Personen erreichten knapp den Vorjahresstand, verfehlten jedoch das Budget deutlich. Die erhofften Wachstumsraten erwiesen sich trotz weiterer Bevölkerungszunahme als zu ambitioniert und substanzielle Einmaleffekte blieben weitgehend aus. Die letzten vier Teilrevisionen des kantonalen Steuergesetzes per 2007, 2009, 2010 und 2012 und die Folgen der Unternehmenssteuerreform II auf Bundesebene (einkommenssteuerfreie Rückzahlung von Kapitaleinlagereserven seit 2011) setzten in ihrer Kumulation und teilweise auch mit zeitlicher Verzögerung einem stärkeren Wachstum der Steuererträge natürlicher Personen Grenzen. Hinzu kam eine generell eher moderate Lohnentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung.

401: Bei den Steuererträgen der juristischen Personen konnten die budgetierten Erträge dank im Allgemeinen positiver als erwartet ausgefallenen Unternehmensabschlüssen leicht übertroffen werden.

402: Bei den übrigen direkten Steuern handelt es sich fast ausschliesslich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Diese Erträge sind naturgemäss schwierig zu budgetieren und hängen jeweils stark von einzelnen grösseren Fällen ab. Im Vorjahr ging der damals ausgewiesene Mehrertrag auf eine einzige besonders grosse Selbstanzeige zurück, im Berichtsjahr war kein solch aussergewöhnlicher Fall zu verzeichnen, was den deutlichen Rückgang erklärt.

429: Bei den übrigen Erträgen handelt es sich um Erträge aus der Bewirtschaftung von eigenen Verlustscheinen der Steuerverwaltung (162'139 Franken) sowie um wiedereingebrachte Abschreibungen (124'747 Franken).

440: Beim Zinsertrag handelt es sich um Verzugs- und Ausgleichszinsen zu Lasten der Steuerpflichtigen. Das Zahlungsverhalten entwickelte sich im Rahmen der Erwartungen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
460	Ertragsanteile	242'853'813.78	265'563'000	235'136'863.83	-30'426'136.17	-11,5
	Total Ertrag	242'853'813.78	265'563'000	235'136'863.83	-30'426'136.17	-11,5
	Saldo	242'853'813.78	265'563'000	235'136'863.83	-30'426'136.17	-11,5

Kommentar Rechnung

Bei den Bundessteuern ist der Kantonsanteil für die natürlichen und juristischen Personen der mit Abstand wichtigste Posten. Er macht 226'480'774 Franken aus (Budget 258'000'000 Franken, Vorjahr 235'089'887 Franken).

Der Anteil an den direkten Bundessteuererträgen bei den natürlichen Personen liegt mit 66'293'146 Franken deutlich unter dem Budget (85'000'000 Franken) und auch unter dem Vorjahr (70'077'520 Franken). Die erhofften Wachstumsraten erwiesen sich trotz weiterer Bevölkerungszunahme als zu ambitioniert und substanzielle Einmaleffekte blieben weitgehend aus. Hinzu kamen die anhaltenden Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform II auf Bundesebene (einkommenssteuerfreie Rückzahlung von Kapitaleinlagereserven seit 2011) und eine generell eher moderate Lohnentwicklung in weiten Teilen der Bevölkerung.

Bei den juristischen Personen liegt der Anteil an den direkten Bundessteuererträgen mit 160'187'628 Franken ebenfalls deutlich unter dem Budget von 173'000'000 Franken und unter den Vorjahreserträgen von 165'012'367 Franken. Der Rückgang betrifft vor allem die gemischten Gesellschaften. Bei diesen Gesellschaften fällt ein Gewinnrückgang bei den Bundessteuern stärker ins Gewicht als bei den Kantonssteuern. Die tendenziell gestiegenen Gewinne der ordentlich besteuerten Gesellschaften konnten den Rückgang bei den gemischten Gesellschaften nur teilweise wettmachen.

Die übrigen Erträge sind vergleichsweise gering, sie stammen aus den Anteilen an der eidgenössischen Verrechnungssteuer (7'920'179 Franken, Budget 6'876'000 Franken) und der EU-Zinsbesteuerung (184'959 Franken, Budget 187'000 Franken) sowie aus den Bundessteuer-Repartitionen im Verhältnis zu anderen Kantonen (550'951 Franken, Budget 500'000 Franken).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
362	Finanz- und Lastenausgleich	-90'245'122.00	-75'087'200	-75'087'218.00	-18.00	0,0
	Total Aufwand	-90'245'122.00	-75'087'200	-75'087'218.00	-18.00	0,0
462	Finanz- und Lastenausgleich	90'245'122.00	75'087'200	75'087'218.00	18.00	0,0
	Total Ertrag	90'245'122.00	75'087'200	75'087'218.00	18.00	0,0
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zum Budget.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'197'528.95	-5'288'400	-5'577'793.25	-289'393.25	5,5
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'312'244.70	2'576'000	2'199'223.65	-376'776.35	-14,6
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'884'885.97	-1'968'900	-1'934'578.87	34'321.13	-1,7
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-1'104'751.38	-709'000	-957'197.93	-248'197.93	35,0
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'755'664.63	-4'997'200	-4'927'757.90	69'442.10	-1,4
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	481'428.70	348'500	250'966.75	-97'533.25	-28,0
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-739'748.90	-229'000	-167'878.00	61'122.00	-26,7
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	58'358.95	82'000	-6'986.25	-88'986.25	-108,5
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'156'582.55	-8'059'100	-8'391'004.77	-331'904.77	4,1
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	168'775.83	665'000	177'514.22	-487'485.78	-73,3
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'417'411.07	-2'584'850	-2'632'145.39	-47'295.39	1,8
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	-8'387.95	27'000	91'540.45	64'540.45	239,0
6183	Schätzungskommission	-90'010.28	-246'950	-127'452.84	119'497.16	-48,4
61	Richterliche Behörden	-21'334'163.50	-20'384'900	-22'003'550.13	-1'618'650.13	7,9

Investitionsrechnung

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'088'673.55	-2'128'900	-2'201'745.50	-72'845.50	3,4
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'193'456.65	-2'223'100	-2'337'448.50	-114'348.50	5,1
305	Arbeitgeberbeiträge	-830'138.20	-828'500	-949'742.15	-121'242.15	14,6
309	Übriger Personalaufwand	-7'962.90	-8'000	-8'183.70	-183.70	2,3
310	Material- und Warenaufwand	-46'071.60	-49'500	-50'524.49	-1'024.49	2,1
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-1'400	-673.60	726.40	-51,9
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'352.85	-7'000	-2'927.01	4'072.99	-58,2
315	Unterhalt Mobilien	-18'529.25	-23'500	-21'089.30	2'410.70	-10,3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-12'719.65	-21'000	-13'464.03	7'535.97	-35,9
317	Spesenentschädigungen	-4'506.45	-3'000	-1'993.15	1'006.85	-33,6
319	Übriger Betriebsaufwand	-556.25	-1'000	-1'234.40	-234.40	23,4
	Total Aufwand	-5'204'967.35	-5'294'900	-5'589'025.83	-294'125.83	5,6
421	Gebühren für Amtshandlungen	6'525.70	5'000	10'673.00	5'673.00	113,5
440	Zinsertrag	912.70	1'500	559.58	-940.42	-62,7
	Total Ertrag	7'438.40	6'500	11'232.58	4'732.58	72,8
	Saldo	-5'197'528.95	-5'288'400	-5'577'793.25	-289'393.25	5,5

Kommentar Rechnung

300: Einsatz eines a. o. Ersatzmitglieds gem. Beschlüssen des Kantonsrats vom 28. November 2013 und 27. November 2014, reduziert um: Vakanz eines Mitglieds während zwei Monaten und Lohn eines (ehem.) Mitglieds ab Einsatz bei der DI in Kontogruppe 301 verbucht
301: A. o. Gerichtsschreiberin zum Pendenzenabbau; Lohn eines (ehem.) Mitglieds für Einsatz bei DI während fünf Monaten (vgl. Kommentar zu Kontogruppe 300); Aushilfe für eine erkrankte Sekretärin; alles reduziert um: a. o. Gerichtsschreiberin infolge Wahl Kanzleivorsteher zum a. o. Ersatzmitglied
305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-224'059.00	-255'000	-300'286.72	-45'286.72	17,8
319	Übriger Betriebsaufwand	-725'785.60	-600'000	-699'531.63	-99'531.63	16,6
	Total Aufwand	-949'844.60	-855'000	-999'818.35	-144'818.35	16,9
421	Gebühren für Amtshandlungen	3'066'386.05	3'300'000	3'051'580.55	-248'419.45	-7,5
426	Rückerstattungen	195'703.25	130'000	146'861.45	16'861.45	13,0
427	Bussen		1'000	600.00	-400.00	-40,0
	Total Ertrag	3'262'089.30	3'431'000	3'199'042.00	-231'958.00	-6,8
	Saldo	2'312'244.70	2'576'000	2'199'223.65	-376'776.35	-14,6

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art, Anzahl, Umfang der Fälle

318: Mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, darunter ein grosser Fall

319: Höhere Kosten für unentgeltliche Prozessführung und Rechtsbeistände, insbesondere drei grosse Fälle

421: Tiefere Gebührenerträge v. a. wegen Rückgangs der Verfahren in den Bereichen Organisationsklagen und Konkursverfahren

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6106–Strafgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-908'992.15	-956'500	-970'732.90	-14'232.90	1,5
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-651'064.60	-657'000	-600'740.80	56'259.20	-8,6
304	Zulagen	-8'092.00	-8'000	-8'024.00	-24.00	0,3
305	Arbeitgeberbeiträge	-299'014.70	-311'100	-334'918.15	-23'818.15	7,7
309	Übriger Personalaufwand	-2'442.80	-2'500	-2'192.80	307.20	-12,3
310	Material- und Warenaufwand	-6'130.05	-17'500	-8'098.30	9'401.70	-53,7
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-500		500.00	-100,0
313	Dienstleistungen und Honorare	-28.00	-1'500	-5.00	1'495.00	-99,7
315	Unterhalt Mobilien	-6'430.20	-7'800	-7'219.20	580.80	-7,4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-3'550.87	-5'000	-5'715.77	-715.77	14,3
317	Spesenentschädigungen	-48.00	-1'000	-159.80	840.20	-84,0
319	Übriger Betriebsaufwand	-226.35	-1'500	-655.35	844.65	-56,3
	Total Aufwand	-1'886'019.72	-1'969'900	-1'938'462.07	31'437.93	-1,6
421	Gebühren für Amtshandlungen	1'036.00	500	1'312.00	812.00	162,4
440	Zinsertrag	97.75	500	2'571.20	2'071.20	414,2
	Total Ertrag	1'133.75	1'000	3'883.20	2'883.20	288,3
	Saldo	-1'884'885.97	-1'968'900	-1'934'578.87	34'321.13	-1,7

Kommentar Rechnung

301: Mehrmonatige Vakanz Teilzeitgerichtsschreiberstelle

305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-880'979.63	-700'000	-824'334.19	-124'334.19	17,8
319	Übriger Betriebsaufwand	-770'712.50	-420'000	-858'242.20	-438'242.20	104,3
	Total Aufwand	-1'651'692.13	-1'120'000	-1'682'576.39	-562'576.39	50,2
421	Gebühren für Amtshandlungen	429'299.40	290'000	329'497.71	39'497.71	13,6
426	Rückerstattungen	5'700.00	1'000	24'678.15	23'678.15	2367,8
427	Bussen	105'140.00	100'000	85'830.00	-14'170.00	-14,2
430	Verschiedene betriebliche Erträge	6'801.35	20'000	285'372.60	265'372.60	1326,9
	Total Ertrag	546'940.75	411'000	725'378.46	314'378.46	76,5
	Saldo	-1'104'751.38	-709'000	-957'197.93	-248'197.93	35,0

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art, Anzahl, Umfang, Ausgang der Fälle

318: Höhere Kostenübernahmen durch den Staat und mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen

319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen

430: Höhere konfiszierte Vermögenswerte (eine a. o. Einziehung über 278'000 Franken)

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6111–Obergericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-1'385'674.55	-1'406'700	-1'387'995.90	18'704.10	-1,3
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'345'219.00	-2'572'300	-2'552'797.40	19'502.60	-0,8
305	Arbeitgeberbeiträge	-703'534.00	-759'400	-828'023.50	-68'623.50	9,0
309	Übriger Personalaufwand	-70'473.30	-104'400	-53'046.90	51'353.10	-49,2
310	Material- und Warenaufwand	-25'227.39	-29'500	-25'958.99	3'541.01	-12,0
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-2'019.60	-3'100	-1'890.00	1'210.00	-39,0
313	Dienstleistungen und Honorare	-259'181.89	-103'900	-124'488.63	-20'588.63	19,8
315	Unterhalt Mobilien	-20'563.50	-37'000	-18'125.43	18'874.57	-51,0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-11'299.10	-22'000	-10'569.65	11'430.35	-52,0
317	Spesenentschädigungen	-893.80	-2'000	-1'359.40	640.60	-32,0
319	Übriger Betriebsaufwand	-19'068.65	-25'000	-8'404.55	16'595.45	-66,4
	Total Aufwand	-4'843'154.78	-5'065'300	-5'012'660.35	52'639.65	-1,0
421	Gebühren für Amtshandlungen	84'635.35	65'000	80'813.90	15'813.90	24,3
425	Erlös aus Verkäufen	2'380.00	3'000	2'800.00	-200.00	-6,7
440	Zinsertrag	474.80	100	1'288.55	1'188.55	1'188,6
	Total Ertrag	87'490.15	68'100	84'902.45	16'802.45	24,7
	Saldo	-4'755'664.63	-4'997'200	-4'927'757.90	69'442.10	-1,4

Kommentar Rechnung

305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes

309: Weniger Aufwand für Weiterbildung

313: Zusätzlicher Expertenaufwand im Zusammenhang mit dem Konflikt beim Kantonsgericht

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'000		1'000.00	-100,0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-34'841.50	-70'000	-156'562.70	-86'562.70	123,7
319	Übriger Betriebsaufwand	-30'579.80	-36'000	-84'627.75	-48'627.75	135,1
	Total Aufwand	-65'421.30	-107'000	-241'190.45	-134'190.45	125,4
421	Gebühren für Amtshandlungen	544'730.00	450'000	481'726.25	31'726.25	7,1
426	Rückerstattungen	2'120.00	5'000	10'130.95	5'130.95	102,6
427	Bussen		500	300.00	-200.00	-40,0
	Total Ertrag	546'850.00	455'500	492'157.20	36'657.20	8,0
	Saldo	481'428.70	348'500	250'966.75	-97'533.25	-28,0

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art, Anzahl, Umfang der Fälle

318: Mehr uneinbringliche Verfahrenskosten (allein ein Fall macht rund 83'000 Franken aus)

319: Höhere Kosten für unentgeltliche Prozessführung und Rechtsbeistände

421: Höhere Gebührenerträge

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6113–Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-638'911.50	-230'000	-176'960.30	53'039.70	-23,1
319	Übriger Betriebsaufwand	-194'951.60	-80'000	-116'694.35	-36'694.35	45,9
	Total Aufwand	-833'863.10	-310'000	-293'654.65	16'345.35	-5,3
421	Gebühren für Amtshandlungen	80'165.00	60'000	101'051.50	41'051.50	68,4
426	Rückerstattungen		1'000	4'495.15	3'495.15	349,5
427	Bussen	1'800.00	15'000	20'030.00	5'030.00	33,5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	12'149.20	5'000	200.00	-4'800.00	-96,0
	Total Ertrag	94'114.20	81'000	125'776.65	44'776.65	55,3
	Saldo	-739'748.90	-229'000	-167'878.00	61'122.00	-26,7

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art, Anzahl, Umfang, Ausgang der Fälle

318: Auflösung einer hohen Rückstellung für Kostenübernahme durch den Staat (270'000 Franken); mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen

319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen und Parteikostenentschädigungen

421: Höhere Gebührenerträge

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-32'415.15	-45'000	-101'409.75	-56'409.75	125,4
319	Übriger Betriebsaufwand	-26'719.45	-30'000	-25'132.15	4'867.85	-16,2
	Total Aufwand	-59'134.60	-75'000	-126'541.90	-51'541.90	68,7
421	Gebühren für Amtshandlungen	112'483.20	150'000	112'270.00	-37'730.00	-25,2
426	Rückerstattungen	4'610.35	5'000	6'985.65	1'985.65	39,7
427	Bussen	400.00	2'000	300.00	-1'700.00	-85,0
	Total Ertrag	117'493.55	157'000	119'555.65	-37'444.35	-23,8
	Saldo	58'358.95	82'000	-6'986.25	-88'986.25	-108,5

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art, Anzahl, Umfang und teilweise Ausgang der Fälle
318: Mehr uneinbringliche Verfahrenskosten
421: Tiefere Gebührenerträge

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6141–Staatsanwaltschaft: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-6'641'232.65	-6'530'100	-6'743'650.70	-213'550.70	3,3
304	Zulagen	-46'766.40	-55'000	-46'721.45	8'278.55	-15,1
305	Arbeitgeberbeiträge	-1'285'596.25	-1'270'900	-1'438'877.90	-167'977.90	13,2
309	Übriger Personalaufwand	-12'702.00	-13'000	-13'214.03	-214.03	1,6
310	Material- und Warenaufwand	-48'029.80	-60'000	-50'042.05	9'957.95	-16,6
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-2'123.30	-2'000	-3'313.45	-1'313.45	65,7
313	Dienstleistungen und Honorare	-9'940.31	-17'600	-10'491.41	7'108.59	-40,4
315	Unterhalt Mobilien	-31'361.00	-38'700	-35'204.95	3'495.05	-9,0
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-61'283.79	-50'000	-53'396.96	-3'396.96	6,8
317	Spesenentschädigungen	-18'901.95	-25'000	-20'376.45	4'623.55	-18,5
319	Übriger Betriebsaufwand	-8'772.85	-5'000	-8'122.45	-3'122.45	62,4
	Total Aufwand	-8'166'710.30	-8'067'300	-8'423'411.80	-356'111.80	4,4
421	Gebühren für Amtshandlungen	8'097.35	7'000	11'133.43	4'133.43	59,0
426	Rückerstattungen	827.10		19'356.70	19'356.70	
440	Zinsertrag	1'203.30	1'200	1'916.90	716.90	59,7
	Total Ertrag	10'127.75	8'200	32'407.03	24'207.03	295,2
	Saldo	-8'156'582.55	-8'059'100	-8'391'004.77	-331'904.77	4,1

Kommentar Rechnung

301: Zwei sehr komplexe Ermittlungsverfahren mit aufwändigen Übersetzungen (Telefonkontrolle); Aushilfe für Vakanz infolge Kündigung; Aushilfe während Mutterschaftsurlaub
305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-40'000.00	-5'000	34'000.00	39'000.00	-780,0
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'324'159.44	-1'150'000	-1'543'012.60	-393'012.60	34,2
319	Übriger Betriebsaufwand	-254'911.85	-130'000	-286'052.90	-156'052.90	120,0
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-2'600'005.70	-1'850'000	-2'270'193.75	-420'193.75	22,7
	Total Aufwand	-4'219'076.99	-3'135'000	-4'065'259.25	-930'259.25	29,7
421	Gebühren für Amtshandlungen	2'116'770.64	1'700'000	2'045'383.68	345'383.68	20,3
426	Rückerstattungen	214'902.60	50'000	250'201.54	200'201.54	400,4
427	Bussen	1'942'730.00	2'000'000	1'903'000.00	-97'000.00	-4,9
430	Verschiedene betriebliche Erträge	113'449.58	50'000	44'188.25	-5'811.75	-11,6
	Total Ertrag	4'387'852.82	3'800'000	4'242'773.47	442'773.47	11,7
	Saldo	168'775.83	665'000	177'514.22	-487'485.78	-73,3

Kommentar Rechnung

Abhängig von Art, Anzahl, Umfang, Ausgang der Fälle

313: Auflösung von Rückstellungen

318: Höhere Kostenübernahmen durch den Staat und mehr uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen

319: Höhere Kosten für amtliche Verteidigungen und Parteikostenentschädigungen

361: Höhere Beiträge an andere Kantone für Straf- und Massnahmenvollzug Jugendlicher

421: Höhere Gebührenerträge

426: Höhere Einnahmen aus Rückerstattungen, v. a. aus früheren amtlichen Verteidigungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6181–Verwaltungsgericht: Verwaltung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-961'575.30	-969'900	-989'114.85	-19'214.85	2,0
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-985'507.45	-1'065'700	-1'065'534.55	165.45	0,0
304	Zulagen	-986.00		-646.00	-646.00	
305	Arbeitgeberbeiträge	-369'062.95	-375'100	-437'437.85	-62'337.85	16,6
309	Übriger Personalaufwand	-9'347.05	-9'250	-4'722.80	4'527.20	-48,9
310	Material- und Warenaufwand	-28'276.65	-33'500	-26'079.61	7'420.39	-22,2
313	Dienstleistungen und Honorare	-47'746.80	-66'400	-52'103.00	14'297.00	-21,5
315	Unterhalt Mobilien	-6'147.35	-7'100	-7'067.90	32.10	-0,5
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-4'173.12	-3'900	-3'971.44	-71.44	1,8
317	Spesenentschädigungen	-3'021.15	-2'500	-242.40	2'257.60	-90,3
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'567.25	-52'500	-45'422.79	7'077.21	-13,5
	Total Aufwand	-2'417'411.07	-2'585'850	-2'632'343.19	-46'493.19	1,8
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000		-1'000.00	-100,0
426	Rückerstattungen			197.80	197.80	
	Total Ertrag		1'000	197.80	-802.20	-80,2
	Saldo	-2'417'411.07	-2'584'850	-2'632'145.39	-47'295.39	1,8

Kommentar Rechnung

300: Höhere Erledigungsquote

305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes

313: Geringerer IT Aufwand

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
313	Dienstleistungen und Honorare	-101'293.60	-60'000	-39'502.10	20'497.90	-34,2
319	Übriger Betriebsaufwand	-36'075.25	-53'000	-54'166.05	-1'166.05	2,2
	Total Aufwand	-137'368.85	-113'000	-93'668.15	19'331.85	-17,1
421	Gebühren für Amtshandlungen	109'820.00	140'000	173'360.00	33'360.00	23,8
426	Rückerstattungen	19'160.90		11'848.60	11'848.60	
	Total Ertrag	128'980.90	140'000	185'208.60	45'208.60	32,3
	Saldo	-8'387.95	27'000	91'540.45	64'540.45	239,0

Kommentar Rechnung

313: Geringere Gutachterkosten

421: Höherer Gebührenertrag

426: Rückerstattungen können in der Regel nicht budgetiert werden

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-82'749.95	-120'000	-128'099.15	-8'099.15	6,7
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-90'831.60	-91'400	-92'444.15	-1'044.15	1,1
305	Arbeitgeberbeiträge	-22'576.85	-27'200	-28'850.65	-1'650.65	6,1
309	Übriger Personalaufwand	-2'280.00	-5'350	-4'913.00	437.00	-8,2
310	Material- und Warenaufwand	-1'918.72	-2'000	-2'388.78	-388.78	19,4
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-17'000	-4'500.00	12'500.00	-73,5
313	Dienstleistungen und Honorare	-44'208.85	-60'000	-50'227.85	9'772.15	-16,3
315	Unterhalt Mobilien	-648.00	-11'700	-3'000.00	8'700.00	-74,4
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-2'724.11	-2'700	-1'711.66	988.34	-36,6
317	Spesenentschädigungen	-2'206.80	-3'000	-2'175.90	824.10	-27,5
319	Übriger Betriebsaufwand	-2'801.00	-6'600	-4'785.95	1'814.05	-27,5
	Total Aufwand	-252'945.88	-346'950	-323'097.09	23'852.91	-6,9
421	Gebühren für Amtshandlungen	162'935.60	100'000	195'644.25	95'644.25	95,6
	Total Ertrag	162'935.60	100'000	195'644.25	95'644.25	95,6
	Saldo	-90'010.28	-246'950	-127'452.84	119'497.16	-48,4

Kommentar Rechnung

300: Höhere Anzahl Schätzungsbegehren
305: Höhere Arbeitgeberbeiträge wegen des neuen PK-Gesetzes
311: Geringerer IT-Aufwand, da sich der Kauf und Installation einer Fachanwendung verzögert hat
313: Geringere Gutachterkosten
315: Geringere Lizenzgebühren (siehe Position 311)
421: Höherer Gebührenertrag

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Bilanz

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2013	Per 31.12.2014	Abw. in Fr.
1	Aktiven			
10	Finanzvermögen (FV)			
100	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
1000	Kasse	316'074.50	282'363.80	-33'710.70
1001	Post	270'730'067.75	280'605'539.62	9'875'471.87
1002	Bank	100'440'345.43	247'913'114.49	147'472'769.06
1004	Debit- und Kreditkarten	1'060.00	3'823.80	2'763.80
100	Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	371'487'547.68	528'804'841.71	157'317'294.03
101	Forderungen			
1010	Forderungen aus Lieferungen/Leistungen an Dritte	75'935'569.30	46'398'211.97	-29'537'357.33
1011	Kontokorrente mit Dritten	761'999.31	1'024'073.74	262'074.43
1012	Steuerforderungen	52'964'664.87	31'960'441.11	-21'004'223.76
1013	Anzahlungen an Dritte	10'403'557.56	10'145'802.45	-257'755.11
1015	Interne Kontokorrente			
1016	Vorschüsse			
1019	Übrige Forderungen	3'045'089.64	3'238'538.93	193'449.29
101	Total Forderungen	143'110'880.68	92'767'068.20	-50'343'812.48
102	Kurzfristige Finanzanlagen			
1023	Festgelder (> 90 Tage)	610'000'000.00	160'000'000.00	-450'000'000.00
102	Total Kurzfristige Finanzanlagen	610'000'000.00	160'000'000.00	-450'000'000.00
104	Aktive Rechnungsabgrenzungen			
104	Aktive Rechnungsabgrenzungen	17'632'215.84	60'130'019.07	42'497'803.23
104	Total Aktive Rechnungsabgrenzungen	17'632'215.84	60'130'019.07	42'497'803.23
106	Vorräte			
1060	Handelswaren	1'149'140.80	1'245'105.66	95'964.86
106	Total Vorräte	1'149'140.80	1'245'105.66	95'964.86
107	Finanzanlagen			
1070	Aktien und Anteilscheine	28'928'500.00	30'585'000.00	1'656'500.00
1079	Übrige langfristige Finanzanlagen	50'000'000.00	250'000'000.00	200'000'000.00
107	Total Finanzanlagen	78'928'500.00	280'585'000.00	201'656'500.00
108	Sachanlagen FV			
1080	Grundstücke FV	92'311'561.25	91'211'243.25	-1'100'318.00
108	Total Sachanlagen FV	92'311'561.25	91'211'243.25	-1'100'318.00
10	Total Finanzvermögen	1'314'619'846.25	1'214'743'277.89	-99'876'568.36

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2013	Per 31.12.2014	Abw. in Fr.
14	Verwaltungsvermögen (VV)			
140	Sachanlagen VV			
1400	Grundstücke VV unüberbaut	1'923'000.00	1'904'000.00	-19'000.00
1401	Strassen/Verkehrswege	29'963'000.00	30'620'000.00	657'000.00
1402	Wasserbau	9'660'000.00	11'566'000.00	1'906'000.00
1403	Übrige Tiefbauten	3'277'000.00	1'549'000.00	-1'728'000.00
1404	Hochbauten	168'816'000.00	189'539'000.00	20'723'000.00
1405	Waldungen	85'000.00	84'000.00	-1'000.00
1406	Mobilien	8'674'000.00	12'945'000.00	4'271'000.00
1408	Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	8'642'000.00	11'888'000.00	3'246'000.00
140	Total Sachanlagen VV	231'040'000.00	260'095'000.00	29'055'000.00
144	Darlehen VV			
1444	Darlehen an öffentliche Unternehmungen	12'600'000.00	12'600'000.00	0.00
1445	Darlehen an private Unternehmungen	26'515'693.65	25'990'840.50	-524'853.15
1446	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck		300'000.00	300'000.00
1447	Darlehen an private Haushalte	2'859'780.65	2'731'617.19	-128'163.46
1448	Darlehen an das Ausland			
144	Total Darlehen VV	41'975'474.30	41'622'457.69	-353'016.61
145	Beteiligungen VV			
145	Beteiligungen VV	73'416'013.00	73'412'013.00	-4'000.00
145	Total Beteiligungen VV	73'416'013.00	73'412'013.00	-4'000.00
146	Investitionsbeiträge			
1461	Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	141'000.00	127'000.00	-14'000.00
1462	Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	12'952'000.00	12'069'000.00	-883'000.00
1464	Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	49'461'001.00	46'640'001.00	-2'821'000.00
1465	Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	1'209'000.00	1'528'000.00	319'000.00
1466	Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	19'774'000.00	19'049'000.00	-725'000.00
1467	Investitionsbeiträge an private Haushalte	6'523'000.00	6'086'000.00	-437'000.00
146	Total Investitionsbeiträge	90'060'001.00	85'499'001.00	-4'561'000.00
14	Total Verwaltungsvermögen	436'491'488.30	460'628'471.69	24'136'983.39
1	Total Aktiven	1'751'111'334.55	1'675'371'749.58	-75'739'584.97

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2013	Per 31.12.2014	Abw. in Fr.
2	Passiven			
20	Fremdkapital (FK)			
200	Laufende Verbindlichkeiten			
2000	Laufende Verbindlichkeiten aus Leistungen Dritter	60'560'756.07	60'024'092.39	-536'663.68
2001	Kontokorrente mit Dritten	137'609'314.45	136'137'112.95	-1'472'201.50
2002	Steuern	304'129'897.98	340'211'319.32	36'081'421.34
2003	Erhaltene Anzahlungen von Dritten	172'656.95	10'019'835.86	9'847'178.91
2004	Transfer-Verbindlichkeiten	10'552'614.32	5'623'854.72	-4'928'759.60
2005	Interne Kontokorrente	8'264'781.76		-8'264'781.76
2006	Depotgelder und Kautionen	2'871'968.30	3'776'476.70	904'508.40
2009	Übrige Laufende Verpflichtungen	178'089.28	228'956.14	50'866.86
200	Total Laufende Verbindlichkeiten	524'340'079.11	556'021'648.08	31'681'568.97
204	Passive Rechnungsabgrenzung			
204	Passive Rechnungsabgrenzung	61'126'939.23	74'700'820.74	13'573'881.51
204	Total Passive Rechnungsabgrenzung	61'126'939.23	74'700'820.74	13'573'881.51
205	Kurzfristige Rückstellungen			
2050	Kurzfristige Rückstellungen Mehrleistungen Personal	10'077'296.00	11'097'837.00	1'020'541.00
2052	Kurzfristige Rückstellungen Prozesse	471'270.90	15'000.00	-456'270.90
2059	Kurzfristige Rückstellungen übrige laufende Rechnung		307'935.00	307'935.00
205	Total Kurzfristige Rückstellungen	10'548'566.90	11'420'772.00	872'205.10
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten			
2064	Darlehen	21'464'358.55	21'483'456.55	19'098.00
206	Total Langfristige Finanzverbindlichkeiten	21'464'358.55	21'483'456.55	19'098.00
208	Langfristige Rückstellungen			
2085	Langfristige Rückstellungen übrige betriebliche Tätigkeiten			
2086	Langfristige Rückstellungen Vorsorgeverpflichtungen		1'278'000.00	1'278'000.00
208	Total Langfristige Rückstellungen		1'278'000.00	1'278'000.00
20	Total Fremdkapital	617'479'943.79	664'904'697.37	47'424'753.58

Bilanz

In Franken		Per 31.12.2013	Per 31.12.2014	Abw. in Fr.
29	Eigenkapital (EK)			
290	Spezialfinanzierungen im Eigenkapital			
2900	Spezialfinanzierung Strassenbau	201'530'347.54	215'264'890.35	13'734'542.81
2901	Spezialfinanzierung Deponienachsorge	897'538.00	957'463.45	59'925.45
2902	Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	676'055.90	1'174'244.27	498'188.37
290	Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	203'103'941.44	217'396'598.07	14'292'656.63
294	Finanzpolitische Reserven			
2940.01	Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000.00	380'000'000.00	0.00
2940.02	Reserve Steuerausgleich			
2940.71	Reserve Konjunkturförderung			
2940.72	Reserve öffentlicher Verkehr			
294	Total Finanzpolitische Reserven	380'000'000.00	380'000'000.00	0.00
296	Neubewertungsreserve Finanzvermögen			
2960.01	Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	50'149'812.65	49'861'490.65	-288'322.00
2960.02	Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-1'982'800.00	-326'300.00	1'656'500.00
296	Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	48'167'012.65	49'535'190.65	1'368'178.00
298	Übriges Eigenkapital			
2980.01	Reserve Betriebshilfedarlehen, Anteil Kanton			
2980.02	Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'807'846.93	7'975'716.69	167'869.76
298	Total Übriges Eigenkapital	7'807'846.93	7'975'716.69	167'869.76
299	Freies Eigenkapital			
299	Total Freies Eigenkapital	494'552'589.74	355'559'546.80	-138'993'042.94
29	Total Eigenkapital	1'133'631'390.76	1'010'467'052.21	-123'164'338.55
2	Total Passiven	1'751'111'334.55	1'675'371'749.58	-75'739'584.97

Die Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung sind einzeln für jede Kontengruppe im Anhang unter Ziffer 4 beschrieben. Der Eigenkapitalnachweis sowie die Beteiligungs-, Anlage- und Rückstellungspiegel finden sich ebenfalls im Anhang unter Ziffern 5 bis 8.

Wichtigste Abweichungen

Aktiven

100 Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen: + 157,3 Millionen Franken

Zunahme: Erhöhung Bank- und Postguthaben (Konten 1001 und 1002)
+ 157,3 Millionen Franken, vor allem durch Rückzahlungen von Festgeldern
(siehe Kontengruppe 102 kurzfristigen Finanzanlagen).

101 Forderungen: – 50,3 Millionen Franken

Abnahmen: Abhängig von Fakturierung und Zahlungsverhalten der Kundinnen und Kunden. Zudem wurden Steuerforderungen neu auf die Kontengruppe 104 (Aktive Rechnungsabgrenzungen) umgegliedert.

102 Kurzfristige Finanzanlagen: – 450,0 Millionen Franken

Abnahmen: Rückzahlungen kurzfristige Festgeldanlagen sowie Umbuchungen auf langfristige Finanzanlagen (Festgelder > 360 Tage, siehe Konto 1079).

104 Aktive Rechnungsabgrenzung: + 42,5 Millionen Franken

Zunahmen: Infolge Umgliederung von Steuerforderungen (siehe Kontengruppe 101 Forderungen). Zudem sind Abgrenzungen abhängig vom Zeitpunkt der Fakturierung.

107 Finanzanlagen: + 201,7 Millionen Franken

Zunahme: Festgelder > 360 Tage 200,0 Millionen Franken

14 Verwaltungsvermögen: + 24,1 Millionen Franken

Abhängig von den getätigten Investitionen und Abschreibungen. Die Nettoinvestitionen betrugen 93,4 Millionen Franken, die Abschreibungen 69,3 Millionen Franken.

Passiven

200 Laufende Verbindlichkeiten: + 31,7 Millionen Franken

Zunahmen: Konto 2002, Steuern +36,1 Millionen Franken. Der Bestand dieses Bilanzkontos ist abhängig von den Vorauszahlungen und Guthaben der Steuerkundschaft und der Höhe des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer. Beide Komponenten können schwanken und sind kaum beeinflussbar.
Bei den Konten 2003 und 2005 handelt es sich um Umgliederungen bezüglich Bilanzübernahme Gerichte, daher die Veränderung gegenüber Vorjahr.

204 Passive Rechnungsabgrenzung: +13,6 Millionen Franken

Zunahme: Hauptsächlich aus Abgrenzungen in der Investitionsrechnung.

208 Langfristige Rückstellungen: +1,3 Millionen Franken

Zunahme: Neu werden zukünftige Überbrückungsrenten zurückgestellt.

290 Spezialfinanzierungen im Eigenkapital: +14,3 Millionen Franken

Zunahmen: Hauptsächlich aufgrund der Veränderung bei der Spezialfinanzierung Strassenbau. Aufgrund von tieferen Investitionen gegenüber Vorjahr erhöhte sich die Einlage.

299 Freies Eigenkapital: – 139,0 Millionen Franken

Abnahmen: Aufwandüberschuss Rechnung 139,0 Millionen Franken

Anhang zur Jahresrechnung

- 1 Rechtsgrundlage
- 2 Angewandtes Regelwerk und Abweichungen
- 3 Rechnungslegungsgrundsätze
- 4 Grundsätze der Bilanzierung und Bewertung
- 5 Eigenkapitalnachweis
- 6 Rückstellungsspiegel
- 7 Beteiligungsspiegel
- 8 Anlagespiegel
- 9 Gewährleistungsspiegel
- 10 Zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der finanziellen Risiken von Bedeutung sind
- 11 Risikosituation und -management
- 12 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
- 13 Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

1 Rechtsgrundlage

Der vorliegende Geschäftsbericht basiert auf dem Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1).

2 Angewandtes Regelwerk und Abweichungen

Die Rechnungslegung erfolgt nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2), herausgegeben am 25. Januar 2008 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren sowie den Auslegungen des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP). Die Fachempfehlungen stellen Mindeststandards dar, welche alle öffentlichen Gemeinwesen erfüllen sollten. Abweichungen sind möglich, müssen aber im Anhang offen gelegt werden.

Die wichtigsten Abweichungen zum Rechnungslegungsmodell gemäss HRM2 resultieren aus übergeordnetem kantonalem Recht. Im Rahmen der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) werden die bestehenden Abweichungen überprüft und gegebenenfalls auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens bereinigt.

Fachempfehlungen 01 bis 21 und Auslegungen des Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor (SRS-CSPCP) mit Abweichungen:

- 01 Elemente des Rechnungslegungsmodells, Stand Januar 2008
- 02 Grundsätze, Stand 2008
- 03 Kontenrahmen HRM2 und funktionale Gliederung, Dezember 2013, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom Dezember 2009 und Mai 2011
Abweichungen:
 - Kontengruppe 1080 (Grundstücke): Keine Unterteilung in unbebaute Grundstücke und Gebäude inklusive Grundstück.
 - Kontengruppen 1407 (Anlagen im Bau Verwaltungsvermögen) und 1469 (Investitionsbeiträge an Anlagen im Bau) werden nicht verwendet. Diese Anlagen und Beiträge werden direkt auf den entsprechenden Kontengruppen aktiviert. Es erfolgt keine Unterscheidung zwischen Anlagen im Bau und fertig gestellten Objekten.
 - Kontengruppe 1408 (Informatik): Neu geschaffene Gruppe für Software und Lizenzen (immaterielle Anlagen anstelle Kontengruppe 142) und Informatikgeräte (Mobilien).
 - Kontengruppe 299 (Bilanzüberschuss/-fehlbetrag) ist als freies Eigenkapital benannt.
 - Kontengruppe 3113 wird für Kauf Informatik (Infrastruktur / Anwendungen) statt Hardware verwendet.
 - Kontengruppe 3305 wird separat für Abschreibungen der Spezialfinanzierung Strassenbau verwendet.
- 04 Erfolgsrechnung, Stand Januar 2008 und Auslegung vom April 2011
Abweichung:

Wird als Laufende Rechnung bezeichnet.
- 05 Aktive und passive Rechnungsabgrenzung, Stand Januar 2008
- 06 Wertberichtigungen, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2009;
Abweichungen:
 - Wertberichtigungen zum Finanzvermögen (Finanzanlagen und Grundstücke) erfolgen über eine separate Passivposition in der Bilanz (statt über die Laufende Rechnung).
 - Wertberichtigungen auf dem Verwaltungsvermögen (Abschreibungen) werden direkt auf den Anlagen gebucht (statt auf einem Minus-Aktivkonto).
 - Wertberichtigungen zu den Debitoren (Delkredere) erfolgen pauschal (statt einzelwertberichtigt).
- 07 Steuererträge, Stand Januar 2008
- 08 Spezialfinanzierungen und Vorfinanzierungen, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom April 2011 und Dezember 2011;
Abweichungen:
 - Die Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung beruht auf einem Reglement (statt einer gesetzlichen Grundlage).
 - Alle Spezialfinanzierungen werden über die Laufende Rechnung (Artengruppe 35 und 45) ausgeglichen (statt über die Abschlusskonten).
- 09 Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten, Stand Januar 2008 und Auslegungen vom Dezember 2009 und September 2013
Abweichung:

Es erfolgen keine Rückstellungen in der Investitionsrechnung.
- 10 Investitionsrechnung, Stand Januar 2008
- 11 Bilanz, Stand Januar 2008

- 12 Anlagegüter – Anlagebuchhaltung, Stand Januar 2008
Abweichungen:
– Es wird keine Anlagebuchhaltung geführt.
– Unbebaute Grundstücke im Verwaltungsvermögen werden mit 1 Prozent abgeschrieben (statt keiner Abschreibung).
– Anlagen im Bau werden bereits abgeschrieben.
– Anlagen der Strassenbau Spezialfinanzierung werden jährlich vollständig abgeschrieben.
- 13 Konsolidierte Betrachtungsweise, Stand Januar 2008
Abweichungen:
– Die Separatfondsverwaltung (Konsolidierungskreis 1) wird nicht in der Staatsrechnung konsolidiert.
– Anstalten und weiteren Organisationen im Konsolidierungskreis 3 werden nicht im Gewährleistungs- und Beteiligungsspiegel dargestellt.
- 14 Geldflussrechnung, Stand Januar 2008
- 15 Eigenkapitalnachweis, Stand Januar 2008
- 16 Anhang zur Jahresrechnung, Stand Januar 2008;
Abweichungen:
– Der Beteiligungsspiegel enthält keine Aussagen zu Tätigkeiten der Organisation, wesentliche weitere Beteiligte und Zahlungsströme oder zu spezifischen Risiken sowie keine konsolidierte Bilanz und Erfolgsrechnung der Organisation.
– Der Gewährleistungsspiegel enthält keine Typologie der Rechtsbeziehung, keine Aussagen zu Eigentümern der empfangenden Einheit, Zahlungsströme oder Angaben zu den mit der Gewährleistung gesicherten Leistungen.
- 17 Finanzpolitische Zielgrössen und Instrumente, Stand Januar 2008 und Auslegung vom September 2011
- 18 Finanzkennzahlen, Stand Januar 2013
- 19 Vorgehen beim Übergang zu HRM2, Stand Januar 2008 und Auslegung vom Juni 2010
Abweichungen:
– Die Grundstücke des Finanzvermögens wurden zum Zeitpunkt der HRM2-Einführung im Jahr 2012 nicht neu bewertet.
– Die Bewertung erfolgt mindestens alle zehn Jahre (statt alle drei bis fünf Jahre).
- 20 Musterfinanzhaushaltsgesetz, Stand Januar 2013
Abweichung:
Das Finanzhaushaltsgesetz entspricht nicht dem Musterfinanzhaushaltsgesetz.
- 21 Finanzinstrumente, Stand Januar 2013

3 Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung gibt ein Bild des Finanzhaushalts, welches möglichst weitgehend der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entspricht.

Die Rechnungslegung richtet sich nach den Grundsätzen der Bruttodarstellung, der Periodenabgrenzung, der Fortführung, der Wesentlichkeit, der Verständlichkeit, der Zuverlässigkeit, der Vergleichbarkeit und der Stetigkeit.

Gemäss dem Grundsatz der **Bruttodarstellung** werden Aufwände und Erträge, Aktiven und Passiven sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen getrennt voneinander ohne gegenseitige Verrechnung, in voller Höhe ausgewiesen. Der Steuerertrag in der Kontengruppe 40 (Fiskalertrag) wird nach dem Soll-Prinzip verbucht.

Gemäss dem Grundsatz der **Periodenabgrenzung** werden alle Aufwände und Erträge in derjenigen Periode erfasst, in welcher sie verursacht werden.

Gemäss dem Grundsatz der **Fortführung** wird bei der Rechnungslegung von einer Fortführung der Tätigkeiten der Verwaltungseinheiten des Kantons Zug ausgegangen.

Gemäss dem Grundsatz der **Wesentlichkeit** werden sämtliche Informationen im Hinblick auf die Adressaten offengelegt, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Gemäss dem Grundsatz der **Verständlichkeit** sind die Informationen klar und nachvollziehbar.

Gemäss dem Grundsatz der **Zuverlässigkeit** werden die Informationen richtig und glaubwürdig dargestellt (Richtigkeit) sowie willkürfrei und wertfrei (Neutralität). Der wirtschaftliche Gehalt bestimmt die Abbildung der Rechnungslegung (wirtschaftliche Betrachtungsweise). Keine wichtigen Informationen werden ausser Acht gelassen (Vollständigkeit).

Gemäss dem Grundsatz der **Vergleichbarkeit** sind die Rechnungen des Kantons und der Verwaltungseinheiten sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar.

Gemäss dem Grundsatz der **Stetigkeit** sollen die Grundsätze der Rechnungslegung soweit als möglich über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben.

4 Grundsätze der Bilanzierung und der Bewertung

Aktiven

Finanzvermögen (FV)

Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen

Die flüssigen Mittel umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken sowie kurzfristige Geldmarktanlagen (weniger als 90 Tage). Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Forderungen

Die kurzfristigen Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden, unerfüllten und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten. Zum Bilanzierungszeitpunkt werden allfällig gefährdete Vermögenswerte (zum Beispiel Kundenguthaben) wertberichtigt. Die Bewertung erfolgt zum Rechnungsbetrag (Nominalwert), abzüglich der pauschal berechneten Wertberichtigungen (Delkredere).

Kurzfristige Finanzanlagen

Kurzfristige Finanzanlagen sind monetäre Anlagen, welche in der Regel mit dem Ziel einer Rendite gehalten werden. Die Laufzeiten liegen zwischen 90 Tagen und einem Jahr. Die Bewertung der kurzfristigen Finanzanlagen erfolgt zum Nominalwert. Marchzinsen werden als Rechnungsabgrenzungen berücksichtigt.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

Der Zweck der aktiven Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Rechnungslegung. Alle Aufwände und Investitionsausgaben werden in derjenigen Periode erfasst, in welcher sie verursacht werden. Die Rechnungsabgrenzungen werden zum Nominalwert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5'000 Franken.

Vorräte

Handelswaren, das heisst Waren, die zum Verkauf gelangen, sind zu Anschaffungskosten oder zum tiefer liegenden Verkehrswert bewertet.

Finanzanlagen (langfristige)

Langfristige Finanzanlagen haben eine Laufzeit von über einem Jahr und werden mit der Absicht der dauernden Anlage gehalten. Sie zählen zum Finanzvermögen, da sie nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Die Aktien und Anteilscheine werden zum Verkehrswert bilanziert. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Bei börsenkotierten Titeln wird der Verkehrswert anhand des Jahresabschlusskurses festgelegt. Die Verbuchung der Verkehrswertanpassung erfolgt erfolgsneutral über die Neubewertungsreserve.

Sachanlagen Finanzvermögen

Die Sachanlagen im Finanzvermögen dienen nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die Bilanzierung erfolgt zum Verkehrswert. Grundstücke des Finanzvermögens werden mindestens alle zehn Jahre neu bewertet und entsprechend korrigiert. Wertberichtigungen zum Finanzvermögen erfolgen über eine separate Passivposition in der Bilanz. Überträge vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen erfolgen zum Buchwert, nach Berücksichtigung der Wertberichtigungen.

Aktiven

Verwaltungsvermögen (VV)

Im Verwaltungsvermögen befinden sich ausschliesslich Positionen, welche über die Investitionsrechnung aktiviert werden und der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen. Die Aktivierungsgrenzen betragen für Sachanlagen 100'000 Franken (Ausnahmen: Informatikinvestitionen 50'000 Franken und Grundstückkäufe 1 Franken). Investitionsbeiträge, Darlehen und Beteiligungen werden alle aktiviert. Überträge vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen erfolgen zum Restbuchwert.

Sachanlagen Verwaltungsvermögen

Die Sachanlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einer Wertminderung unterliegen, werden ordentlich je Anlagekategorie nach dem Grundsatz einer finanz- und volkswirtschaftlich angemessenen Selbstfinanzierung der Investitionsausgaben abgeschrieben. Die Abschreibungen werden degressiv vom Jahresend-Buchwert für das laufende Jahr vorgenommen. Die Abschreibungssätze sind wie folgt festgelegt: 1 Prozent pro Jahr für unbebaute Grundstücke, 10 Prozent pro Jahr für Hoch- und Tiefbauten, 30 Prozent pro Jahr für Mobilien (Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge, Einrichtungen) und 40 Prozent pro Jahr für die Informatik. Zusätzliche Abschreibungen müssen budgetiert oder aus der Überschussverwendung vorgenommen werden. Erhaltene Investitionsbeiträge werden gemäss Option 1, das heisst nach der Nettomethode aktiviert.

Darlehen Verwaltungsvermögen

Mit einem Darlehen stellt der Kanton einem Darlehensschuldner einen Geldbetrag befristet zur Verfügung. Es kann verzinslich oder unverzinslich sein. Die Bilanzierung erfolgt im Verwaltungsvermögen, wenn es zur Erfüllung einer Aufgabe dient, an welcher ein öffentliches Interesse besteht bzw. wenn die Förderung öffentlicher Interessen durch Dritte im Vordergrund steht. Darlehen werden in der Regel zum Nominalwert bilanziert. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, ist eine Bewertungskorrektur vorzunehmen.

Beteiligungen

Die Beteiligungen sind Anteile am Kapital anderer Unternehmen, Betriebe und Anstalten, die mit der Absicht der dauernden Anlage gehalten werden. Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden grundsätzlich auf einen Franken abgeschrieben. Die dafür notwendigen zusätzlichen Abschreibungen müssen budgetiert werden. Die Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonalbank erfolgt zum Nominalwert.

Investitionsbeiträge

Investitionsbeiträge sind geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger der Beiträge dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Die Anlagen des Verwaltungsvermögens, die durch Nutzung einer Wertminderung unterliegen, werden mit 10 Prozent pro Jahr abgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen müssen budgetiert oder aus der Überschussverwendung vorgenommen werden.

Passiven

Fremdkapital (FK)

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten sind monetäre Schulden und in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Tilgung vorgesehen. Die Bilanzierung erfolgt zum Nominalwert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Zweck der passiven Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Rechnungslegung. Alle Erträge und Investitionseinnahmen werden in derjenigen Periode erfasst, in der sie verursacht werden. Die Rechnungsabgrenzungen werden zum Nominalwert bewertet. Der Grenzwert für die Bilanzierung beträgt 5'000 Franken.

Kurzfristige und langfristige Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet für bestehende Verpflichtungen, bei denen der Zeitpunkt der Erfüllung und/oder die Höhe des künftigen Mittelabflusses mit Unsicherheiten behaftet sind. Rückstellungen werden ab 5'000 Franken pro Ereignisfall gebildet. Die Bewertung erfolgt nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung. Rückstellungen werden jedes Jahr per 31.12. neu bewertet.

Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Langfristige Finanzverbindlichkeiten sind in der Regel in mehr als zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Tilgung vorgesehen. Die Bewertung erfolgt in der Regel zum Nominalwert. Marchzinsen werden als Rechnungsabgrenzungen berücksichtigt.

Passiven**Eigenkapital (EK)****Spezialfinanzierungen im EK**

Mit einer Spezialfinanzierung werden Mittel zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben zweckgebunden. Spezialfinanzierungen werden dem Eigenkapital zugeordnet, wenn für sie die Rechtsgrundlage geändert werden kann oder die Rechtsgrundlage zwar auf übergeordnetem Recht basiert, dieses aber dem eigenen Gemeinwesen einen erheblichen Gestaltungsspielraum offen lässt. Die Saldi werden bilanziert.

Finanzpolitische Reserven

Reserven sind für bestimmte Zwecke gebundenes Eigenkapital, siehe dazu auch Fachempfehlung Nr. 17 des Schweizerischen Rechnungslegungsgremiums für den öffentlichen Sektor. Einlagen in und Entnahmen aus dieser Reserve werden in der Regel als ausserordentlichen Aufwand respektive Ertrag gebucht.

Neubewertungsreserve Finanzvermögen

Grundstücke des Finanzvermögens werden mindestens alle zehn Jahre neu bewertet. Wertberichtigungen zum Finanzvermögen (Finanzanlagen und Grundstücke) erfolgen über diese separate Passivposition in der Bilanz.

Freies Eigenkapital

Ein Ertragsüberschuss im laufenden Rechnungsjahr wird dem freien Eigenkapital zugewiesen, ein Aufwandüberschuss dem freien Eigenkapital belastet.

5 Eigenkapitalnachweis

In Franken	Per 31.12.2013	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2014
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital				
Spezialfinanzierung Strassenbau	201'530'348	13'734'543		215'264'890
Spezialfinanzierung Deponienachsorge	897'538	59'925		957'463
Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung	676'056	498'188		1'174'244
Total Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	203'103'941	14'292'657		217'396'598
Finanzpolitische Reserven				
Reserve Ressourcenausgleich NFA	380'000'000			380'000'000
Total Finanzpolitische Reserven	380'000'000			380'000'000
Neubewertungsreserve Finanzvermögen				
Bewertungsreserve für Grundstücke im FV	50'149'813	5'496'948	-5'785'270	49'861'491
Bewertungsreserve für Finanzanlagen im FV	-1'982'800	2'762'500	-1'106'000	-326'300
Total Neubewertungsreserve Finanzvermögen	48'167'013	8'259'448	-6'891'270	49'535'191

In Franken	Per 31.12.2013	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2014
Übriges Eigenkapital				
Reserve Zivilschutzaufwendungen	7'807'847	167'870		7'975'717
Total Übriges Eigenkapital	7'807'847	167'870		7'975'717
Freies Eigenkapital				
Total Freies Eigenkapital	494'552'590		-138'993'043	355'559'547
Total Eigenkapital (EK)	1'133'631'391	22'719'975	-145'884'313	1'010'467'052

6 Rückstellungsspiegel

In Franken	Per 31.12.2013	Erhöhung	Reduktion	Per 31.12.2014
Kurzfristige Rückstellungen				
Rückstellungen Mehrleistungen Personal	10'077'296	11'097'837	-10'077'296	11'097'837
Rückstellungen Prozesse	471'271	15'000	-471'271	15'000
Übrige kurzfristige Rückstellungen		307'935		307'935
Langfristige Rückstellungen				
Langfristige Rückstellungen Überbrückungsrenten		1'278'000		1'278'000
Total Rückstellungen	10'548'567	12'698'772.00	-10'548'566.90	12'698'772

7 Beteiligungsspiegel

In Franken	Rechtsform	Gesellschafts- kapital	Beteiligungs- quote in %	Ordentliche Abschreib.	Buchwert 31.12.2014	Ausschüttung an Kanton
Finanzvermögen (FV)						
Centralschweizerische Kraftwerke AG, 14'000 Namen	AG	2'970'126	0,24		3'010'000	63'000
Wasserwerke Zug AG, 2'500 Namen	AG	5'000'000	5,00		27'575'000	750'000
Total Beteiligungen Finanzvermögen (FV)					30'585'000	813'000
Verwaltungsvermögen (VV)						
Zugerland Verkehrsbetriebe AG, 13'056 Namen	AG	9'600'000	68,00		1'308'001	
Zuger Kantonalbank, 144'144 Inhaber	AG nach öffent- lichem Recht	144'144'000	50,00		72'072'000	27'747'720

In Franken	Rechtsform	Gesellschafts-kapital	Beteiligungs- quote in %	Ordentliche Abschreib.	Buchwert 31.12.2014	Ausschüttung an Kanton
Schweizer Rheinsalinen AG, 72 Namen	AG	11'164'000	0,64		1	72'000
Schiffahrtsgesellschaft Zugersee AG, 201 Inhaber	AG	1'450'000	1,39		1	
Selfin Invest AG, 72 Namen	AG	10'000'000	0,72		1	
TMF Extraktionswerk AG, 39 Namen	AG	1'200'000	0,98		1	
Zuger Kantonsspital AG, 9'900 Namen	AG	10'000'000	99,00		1	
InNET Monitoring AG, 200 Namen	AG	1'200'000	16,67		1	
Parkleitsystem Zug AG, 5'600 Namen	AG	410'000	13,66	-4'000	32'000	
Schweizerische Nationalbank, 400 Namen	Spezialgesetz- liche AG	25'000'000	0,40		1	
BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU, 3 AS	Genossenschaft	1'589'000	0,19		1	90
Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit SGH, 50 AS	Genossenschaft	26'561'000	0,09		1	
Schweizer Reisekasse (Reka) Genossenschaft, 4 AS	Genossenschaft	532'250	0,19		1	
Axpo Holding AG, 323'166 Namen	AG	370'000'000	0,87		1	646'332
VIACAR AG, 50 Namen	AG	250'000	20,00		1	34'700
Total Beteiligungen Verwaltungsvermögen (VV)				-4'000	73'412'013	28'500'842

Die Abschreibung an der Beteiligung der Zugerland Verkehrsbetriebe AG erfolgt im Jahr 2015. Die Beteiligung des Kantons an der Zuger Kantonalbank erfolgt zum Nominalwert. Die Beteiligung an der Parkleitsystem Zug AG wird jährlich mit 10 Prozent über die Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung abgeschrieben.

8 Anlagespiegel

In Franken	Bilanz per 31.12.2013	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2014
Sachanlagen Verwaltungsvermögen						
Grundstücke VV unüberbaut	1'923'000			-19'000		1'904'000
Strassen/Verkehrswege	29'963'000	4'058'879		-3'401'879		30'620'000
Strassenbau Spezialfinanzierung		20'026'317		-20'026'317		
Wasserbau	9'660'000	3'191'900		-1'285'900		11'566'000
Übrige Tiefbauten	3'277'000	-1'553'964		-174'036		1'549'000
Hochbauten	168'816'000	41'793'574		-21'070'574		189'539'000
Waldungen	85'000			-1'000		84'000
Mobilien	8'674'000	9'814'054	-13'500	-5'556'554		12'945'000
Informatik (Infrastruktur/Anwendungen)	8'642'000	11'455'554	-17'413	-7'942'967	-284'000	11'888'000
Total Sachanlagen VV	231'040'000	88'786'313	-30'913	-59'478'226	-284'000	260'095'000
Darlehen Verwaltungsvermögen						
Darlehen an öffentliche Unternehmungen	12'600'000					12'600'000
Darlehen an private Unternehmungen	26'515'694	2'321'500	-2'846'353			25'990'841
Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck		300'000				300'000
Darlehen an private Haushalte	2'859'781	235'000	-363'163			2'731'617
Total Darlehen VV	41'975'474	2'856'500	-3'209'517			41'622'458

In Franken	Bilanz per 31.12.2013	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2014
Investitionsbeiträge						
Investitionsbeiträge an Kantone und Konkordate	141'000			-14'000		127'000
Investitionsbeiträge an Gemeinden/-zweckverbände	12'952'000	458'322		-1'341'322		12'069'000
Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	49'461'001	2'343'494	-21'142	-5'185'636		46'640'001
Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	1'209'000	489'337		-170'337		1'528'000
Investitionsbeiträge an private Org. ohne Erwerbszweck	19'774'000	1'392'397		-2'117'397		19'049'000
Investitionsbeiträge an private Haushalte	6'523'000	239'359		-676'359		6'086'000
Total Investitionsbeiträge	90'060'001	4'922'909	-21'142	-9'505'050		85'499'001
In Franken	Bilanz per 31.12.2013	Zugänge	Abgänge	Ordentliche Abschreib.	Zusätzliche Abschreib.	Bilanz per 31.12.2014
Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen						
Handelswaren	1'149'141	110'879	-14'914			1'245'106
Grundstücke FV	92'311'561	4'628'152	-5'440'148	5'496'948	-5'785'270	91'211'243
Total Vorräte und Anlagen im Finanzvermögen	93'460'702	4'739'030	-5'455'062	5'496'948	-5'785'270	92'456'349

9 Gewährleistungsspiegel

Im Gewährleistungsspiegel sind Tatbestände aufgeführt, aus denen sich in Zukunft eine wesentliche Verpflichtung des Gemeinwesens ergeben kann.

9.1 Bürgschaften

Keine.

9.2 Garantieverpflichtungen

- Gläubiger der Zuger Kantonalbank
Staatsgarantie gemäss § 4 des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank vom 20. Dezember 1973 (BGS 651.1).
Betrag: Offen.

9.3 Weitere Eventualverpflichtungen

- 2031 Arbeitslosenkasse
Rückerstattung der Verwaltungskosten für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die Jahre 2008, 2010 und 2011.
Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichtes ist noch ausstehend.
Betrag: 1,0 Millionen Franken.
- 3000 Direktionssekretariat der Baudirektion
Reservierte Förderbeiträge im nationalen Förderprogramm «Das Gebäudeprogramm». Zur Finanzierung sind Bundesmittel aus der Teilzweckbindung der CO2-Abgabe vorgesehen. Eine allfällige Überverpflichtung verbleibt in der Verantwortung des Kantons.
Betrag: 1,6 Millionen Franken.
- 5065/5068 Kantons- und Bundessteuern
Es besteht jederzeit das Risiko, dass bereits veranlagte und bezahlte Steuern zurückgezahlt werden müssen. Bei bereits bezahlten definitiven Forderungen kann dies etwa bei internationalen Verständigungsverfahren oder Schiedsgerichtsurteilen gemäss den einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen und internationalen Verträgen oder bei nachträglicher Feststellung einer verfassungsrechtlich unzulässigen interkantonalen Doppelbesteuerung der Fall sein. Bei bezahlten provisorischen Forderungen kann die definitive Forderung ausserdem tiefer ausfallen und eine Rückzahlungspflicht des Kantons auslösen, wenn im Laufe des Veranlagungsprozesses oder der darauf folgenden Rechtsmittelverfahren neue steuermindernde Erkenntnisse zugunsten der betroffenen natürlichen oder juristischen Person bekannt werden.

Die Aufzählung der Risiken ist nicht abschliessend. Das Gesamtrisiko lässt sich mangels Vorhersehbarkeit der Fälle und der Tragweite pro Einzelfall nicht quantifizieren.

9.4 Verbindlichkeiten gegenüber Vorsorgeeinrichtungen

- Die Zuger Pensionskasse ist gemäss § 3 Absatz 1 des Pensionskassengesetzes vom 29. August 2013 (BGS 154.31) im System der Teilkapitalisierung finanziert.

Die Staatsgarantie deckt den nicht voll finanzierten Teil zwischen dem Ausgangsdeckungsgrad von 84 Prozent und 100 Prozent Deckungsgrad.

Per 31. Dezember 2014 besteht kein nicht finanzierter Teil, da der globale Deckungsgrad bei 108,9 Prozent liegt. Damit erhöht sich der Deckungsgrad von 103,8 Prozent um 5,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Per Jahresende besteht eine Überdeckung von 257,9 Millionen Franken.

Der Kanton und die angeschlossenen Arbeitgebenden leisten weiterhin einen Umlagebeitrag bis zum Erreichen der Vollkapitalisierung. Dieser reduzierte sich von 2,0 Prozent auf 1,5 Prozent der versicherten Lohnsumme für das Jahr 2015 aufgrund des verbesserten Deckungsgrads. Der technische Zinssatz liegt weiterhin bei 3,0 Prozent.

Gemäss § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Zuger Pensionskasse vom 29. August 2013 (BGS 154.31) stellen die Gemeinden die Garantie für den jeweils auf ihre Destinatäre anfallenden Teil der Garantie sowie für die ihnen wirtschaftlich eng verbundenen Anschlüsse. Der Kanton stellt die Garantie für die übrigen Destinatäre.

- Beitragsrechnung der Pensionskasse vom Dezember 2014 für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge
Betrag: 4,2 Millionen Franken.

10 Zusätzliche Angaben, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der finanziellen Risiken von Bedeutung sind

10.1 Leasingverbindlichkeiten

- Finanzierungs-Leasing
Keine.
- Operatives Leasing
Diverse Ämter sind im Besitz von Kopiermaschinen mit Serviceverträgen.

10.2 Gesamtbetrag, der zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändeten oder abgetretenen Aktiven sowie Aktiven unter Eigentumsvorbehalt

Null.

10.3 Informationen zu Bilanzbereinigungen

Keine.

10.4 Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen

Keine.

10.5 Eventualforderungen

- Richterliche Behörden
Ersatzforderungen aus Strafverfahren gemäss Art. 71 StGB. Zurzeit bestehen beim Obergericht in 11 Fällen Ersatzforderungen. Diese werden in der Jahresrechnung nicht verbucht, weil völlig offen ist, ob und wann sie erhältlich gemacht werden können. Falls etwas eingeht, muss der Betrag unter Umständen zunächst zugunsten der Geschädigten verwendet werden bzw. ist danach hälftig mit dem Bund zu teilen.

11 Risikosituation und -management

Es besteht ein Inventar über Versicherungsrisiken, welches im Jahr 2013 letztmals aktualisiert wurde. Es handelt sich nicht um ein umfassendes kantonales Risikomanagement, sondern um eine Erhebung derjenigen Risiken, welche entweder «versicherbar» bzw. «nicht versicherbar» sind. Dabei wurden alle von den Direktionen genannten Risiken, in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung, nach ihrer finanziellen Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit beurteilt.

Die Finanzverwaltung verfügt im Bereich der eigenen Finanzrisiken über ein internes Kontrollsystem (IKS). Es liegen Hilfsmittel vor für die Erfassung, Bewertung und Bewältigung der entsprechenden Risiken.

12 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Keine.

13 Status und Abrechnung von Verpflichtungskrediten

Rahmenkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2014
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restkredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
20	Volkswirtschaftsdirektion								
VD0001R	Wohnbau- und Wohneigentumsförderung WFG 1992	26.03.92/ 27.08.92/ 30.01.03	20'000'000	12'996'596	7'003'404	20'000'000	12'996'596	7'003'404	
	Beiträge zu Lasten Laufender Rechnung			12'996'596			12'996'596		444'013
VD0002R	Förderung von preisgünstigem Wohnraum 2003/2010	30.01.03/ 06.05.10	48'900'000	8'992'230	39'907'770	39'000'000	8'992'230	30'007'770	
	Total zugewiesene Objektkredite			1'340'000			1'340'000		
	Beiträge zu Lasten Laufender Rechnung			7'652'230			7'652'230		1'454'782
VD0003R	Darlehen Wohnraumförderung WFG 2010	06.05.10	36'000'000		36'000'000	10'000'000		10'000'000	
	Total zugewiesene Objektkredite								
	Beiträge zu Lasten Laufender Rechnung								
VD0004R	Förderung von alternativen Wohnformen	06.05.10	500'000		500'000	500'000		500'000	
	Total zugewiesene Objektkredite								
VD0005R	Vorfinanzierung von Bahnprojekten	26.11.09	400'000'000	12'600'000	387'400'000	0 ¹⁾	12'600'000	-12'600'000 ¹⁾	
	Total zugewiesene Objektkredite		16'000'000	12'600'000			12'600'000		
VD0006R	Planung und Projektierung Bahnprojekte (Nettokredit)	31.03.11	5'500'000			3'397'108	297'108	3'100'000	
	Total zugewiesene Objektkredite						297'108		4'785
VD0007R	Bahnbau (Nettokredit)	31.03.11	2'500'000			2'000'000	15'208	1'984'792	
	Total zugewiesene Objektkredite						15'208		15'208
30	Baudirektion								
BD0002R	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf	29.10.09 05.05.11	6'000'000	5'496'484	503'516	3'469'484	3'469'484	0	
	Total zugewiesene Objektkredite			5'496'484			3'469'484		-120'594
BD0003R	Altlastensanierung Schiessanlagen	29.01.09	2'000'000	750'570	1'249'430	2'000'000	635'302	1'364'698	
	Total zugewiesene Objektkredite			750'570			635'302		20'393

¹⁾ Finanzierungsgeschäfte, die zurückbezahlt werden müssen

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2014
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restkredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
BD0004R	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf	26.01.12	10'000'000	6'348'990	3'651'010	8'300'000	5'284'390	3'015'610	
	Total zugewiesene Objektkredite			6'348'990			5'284'390		330'261
BD0005R	Aufnahme Sachplan Übertragungsleitung Elektrizität	22.05.14	1'000'000		1'000'000	1'000'000		1'000'000	
	Total zugewiesene Objektkredite								
BD0006R	Bodensanierung Nachfolgeschäden Nationalstrassen	22.05.14	1'700'000	31'398	1'668'602	850'000	31'398	818'602	
	Total zugewiesene Objektkredite			31'398			31'398		31'398
TB0002R	Strassenbauprogramm 2004–2014 (Nettokredit)	18.12.03/ 30.09.10	248'000'000			190'000'000	120'316'303	69'683'697	
	Total zugewiesene Objektkredite						120'316'303 ²⁾		8'742'055
TB0004R	Planung und Bau «Umfahrung Cham – Hünenberg»	01.06.06/ 07.07.11	230'000'000	16'832'448	213'167'552	194'100'000	16'803'117	177'296'883	
	Total zugewiesene Objektkredite		195'000'000	16'832'448			16'803'117		2'574'329
TB0006R	Beschaffung von Landreserven 2011–2016	25/02/ 15	14'000'000	4'423'414	9'576'586	4'423'414	4'423'414	0	
	Total der Buchungen im Finanzvermögen			4'201'901			4'201'901		1'005
	Total zugewiesene Objektkredite			221'513			221'513		2'018
TB0007R	Strassenbauprogramm 2014–2022 (Nettokredit)	28.08.14	216'000'000			216'000'000	859'997	215'140'003	
	Total zugewiesene Objektkredite						859'997		859'997

Rahmenkredite: Status separate Genehmigung

30	Baudirektion								
HB0010R	Planung von kantonalen Hochbauten ³⁾	24.09.92	12'000'000	11'708'010	291'990		11'708'010		
	Total zugewiesene Objektkredite			11'708'010			11'708'010		
TB0003R	Planung, Landerwerb und Bau Nordzufahrt Zug/Baar ⁴⁾	28.06.01	103'500'000	97'155'238	6'344'762		29'188'642		
	Total zugewiesene Objektkredite			97'155'238			29'188'642		-209'628
Total Rahmenkredite							227'621'198	508'315'460	14'150'020

²⁾ Bereinigung Ist-Saldo (Abzug bereits im Strassenbauprogramm 1998–2003 abgerechneter Projekte)

³⁾ durch Kantonsrat am 26.2.2015 genehmigt

⁴⁾ durch Kantonsrat am 29.1.2015 genehmigt. Fertigstellungskredit siehe Objektkredit 3020.0154

Anhang zur Jahresrechnung

Objektkredite: Status offen

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2014
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restkredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
15	Direktion des Innern								
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie								
1582.0001	Archäologische Rettungsgrabung Cham-Alpenblick II (Laufende Rechnung)	26.03.09	4'270'000	3'143'691	1'126'309	3'651'943	2'525'634	1'126'309	309'932
20	Volkswirtschaftsdirektion								
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
2035.0001	öV-Feinverteiler Planung	18.12.03	4'200'000	1'137'809	3'062'191	1'230'000	1'137'809	92'191	19'271
2035.0015	öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe	18.12.03	3'900'000	1'009'217	2'890'783	1'070'485	949'702	120'783	
2035.0025	Ausbau Strecke Thalwil-Zug / 4. TE S-Bahn Zürich	25.08.11	4'000'000	1'438'076	2'561'924	1'500'000	1'438'076	61'924	504'480
2035.0026	S-Bahn Haltestelle Steinhausen Rigiblick	25.08.11	11'620'000	6'841'472	4'778'528	6'060'000	4'943'672	1'116'328	-47'800
30	Baudirektion								
3020	Tiefbauamt								
3020.0012	Lorzenaufweitung, Gemeinde Baar	27.01.11	4'800'000	3'804'659	995'341	2'600'000	2'556'653	43'347	10'206
3020.0016	Renaturierung Tobelbach, Gemeinde Cham	29.08.13	8'500'000	2'544'494	5'955'506	4'600'000	1'388'782	3'211'218	1'420'895
3020.0017	Ausbau Littibach, Baar	29.08.13	5'200'000	2'713'792	2'486'208	2'750'000	2'004'167	745'833	1'420'241
3020.0043	Brücke Städtlerwald, Cham	30.09.10	9'831'000	5'426'820	4'404'180	3'904'423	3'904'423	0	31'222
3020.0045	öV-Feinverteiler Unterführung Sumpf	24.11.11	30'800'000	17'068'246	13'731'754	12'400'000	11'524'182	875'818	-323'250
3020.0141	Planung, Landerwerb und Bau «Grindel – Bibersee»	25.10.07	30'300'000	21'746'565	8'553'435	27'500'000	20'726'783	6'773'217	4'996'318
3020.0147	Planung, Landerwerb und Bau «Tangente Zug/Baar»	28.05.09	201'000'000	7'724'974	193'275'026	215'000'000	7'724'974	207'275'026	1'377'738
3020.0154	Fertigstellungskredit Nordzufahrt	30/01/19	695'000	684'614	10'386	695'000	684'614	10'386	334'478
3060	Hochbauamt								
3060.0001	Sanierung Hofstrasse 15, Zug	24.02.05	3'110'000	158'544	2'951'456	200'000	158'544	41'456	
3060.0081	Umbau Museum in der Burg	29.03.12	3'575'000	3'307'633	267'367	3'307'633	3'307'633	-0	363'729
3060.0095	Projektierung AVS, Steinhausen	24.06.10	2'800'000	2'616'933	183'067	2'750'000	2'616'933	133'067	178'753
3060.0105	Realisierung Labor u. Verw.gebäude AVS Steinhausen	20.02.14	22'232'000	1'316'997	20'915'003	22'232'000	1'316'997	20'915'003	1'316'997

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2014
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restkredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
3060.0106	Landerwerb und Realisierung Neu- und Umbauten KSM	28.08.14	110'700'000	15'730'577	94'969'423	110'700'000	15'730'577	94'969'423	15'730'577
3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	03.05.12	33'500'000	6'510'746	26'989'254	29'500'000	6'510'746	22'989'254	4'727'963
3060.0117	Planung und Realisierung Trakt 5 am GIBZ	29.08.13	25'710'000		25'710'000	25'710'000		25'710'000	
3060.0119	Planung und Realisierung Schulraumprovisorium KSZ	26.06.14	9'798'000	294'034	9'503'966	9'798'000	294'034	9'503'966	294'034
3060.0121	Planung und Realisierung Trakt 1 am GIBZ	29.08.13	8'180'000	1'425'760	6'754'240	8'180'000	1'425'760	6'754'240	1'425'760
3060.0122	Planung und Bau Stadtgarten, Zug	29.03.12	3'630'000	2'899'432	730'568	2'899'432	1'426'826	1'472'606	-78'319
3060.0126	Ausbau Liegenschaft Artherstrasse, Zug	31.10.13	4'735'000	1'950'261	2'784'739	4'600'000	1'950'261	2'649'739	1'950'261
3060.0128	Erweiterungsneubau Malerei/Ablaugerei Bostadel	30.08.12	981'875	900'000	81'875	981'875	900'000	81'875	300'000
3060.0137	Projektierung Erweiterung AZ Schönaue, Cham	29.08.13	1'400'000	281'824	1'118'176	1'400'000	281'824	1'118'176	267'679
3060.0150	Kauf Chamau/Baul. Massnahmen Chamau u. Schluecht	29.08.13	24'525'000	15'000'000	9'525'000	24'525'000	15'000'000	9'525'000	15'000'000
3060.0153	Asylunterkunft GS 1201, Allenwinden, Baar	29/08/18	1'527'000		1'527'000	1'527'000		1'527'000	
3061	Parkraumbewirtschaftung								
3061.0022	Beteiligung am Parkleitsystem der Stadt Zug	27.05.10	440'000	140'587	299'413	200'000	100'587	99'413	1'212
3080	Amt für Raumplanung								
3080.0006	Hochspannungsleitung, Entschädigung	08.05.08	2'030'000	1'807'796	222'204	1'353'000	1'209'531	143'469	13'000
35	Sicherheitsdirektion								
3590	Zuger Polizei								
3590.0044	Funkerschliessung mit Polycorn	03.05.12	19'200'000	8'606'229	10'593'771	13'759'989	7'826'229	5'933'760	5'217'720

Objektkredite: Status abgeschlossen

20	Volkswirtschaftsdirektion								
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
2035.0017	Investitionsbeitrag an SGZ	29.10.09	1'750'000	1'750'000			1'728'858		-21'142

Anhang zur Jahresrechnung

Nummer	Bezeichnung	Genehmigt am	Bruttobetachtung			Nettobetachtung			Rechnung 2014
			Kredit gemäss KRB	Ist-Ausgaben kumuliert	Restkredit	Geschätzte Ausgaben – Einnahmen	Ist-Saldo (Ausgaben – Einnahmen)	Restbedarf	
30	Baudirektion								
3020	Tiefbauamt								
3020.0015	Bau einer Kiesinsel im Zugersee	09.12.10	400'000	291'892	108'108		189'730 ¹⁾		
3060	Hochbauamt								
3060.0082	Projektierung WMS/FMS Hofstrasse, Zug	26.11.09	5'800'000	5'887'576	-87'576		5'887'576		4'536
3060.0123	Planung und Neubau «Lüssihaus», Baar	31.05.12	1'856'800	1'835'287	21'513		1'835'287		466'800

Objektkredite: Status separate Genehmigung

20	Volkswirtschaftsdirektion								
2035	Amt für öffentlichen Verkehr								
2035.0009	1. TE Stadtbahn Zug und Ausbau Linie S2 ²⁾	29.05.08	35'400'000	13'672'628	21'727'372		13'672'628		
40	Gesundheitsdirektion								
4030	Spitäler								
4030.0013	AK-Erhöhung Zuger Kantonsspital AG ³⁾	28.01.10	10'400'000	8'400'000	2'000'000		8'400'000		
Total Objektkredite							153'280'032	425'019'827	57'213'290

¹⁾ Einnahmen von 102'162 Franken wurden über die Laufende Rechnung verbucht

²⁾ durch Kantonsrat am 13.11.2014 genehmigt

³⁾ durch Kantonsrat am 29.1.2015 genehmigt

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Nachweis Investitionsrechnung 2014

Nettoausgaben Rahmenkredite	14'150'020
- Direktbuchungen Finanzvermögen (Rahmenkredit TB0006R)	-1'005
- Aufwand Laufende Rechnung (VD0001R und VD0002R)	-1'898'795
Nettoausgaben Objektkredite	57'213'290
- Aufwand Laufende Rechnung (1582.0001)	-309'932
Budgetkredite	24'254'682
Total Nachweis Investitionsrechnung 2014	93'408'260
Investitionsrechnung 2014	93'408'260

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Pädagogische Hochschule Zug

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gebäudeversicherung Zug

Gesamtwürdigung

In Kürze

Neben dem regulären Ausbildungsbetrieb umfasste das Schwerpunktthema der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) insbesondere die Konsolidierung nach dem institutionellen Wechsel von der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, Teilschule Zug, zur PH Zug. Zudem widmete sich der Hochschulrat der PH Zug der Strategieüberprüfung. Es wurden die Weichen für eine weitere wichtige Studienplanreform, die Einführung der Allrounder-Ausbildung, gestellt.

Konsolidierung und Strategieüberprüfung PH Zug

Die im Übergang von der PHZ Zug zur PH Zug vorgenommenen organisationalen Anpassungen wurden abgeschlossen und die Entwicklung von entsprechenden Führungsinstrumenten konnte teilweise vollendet werden. So konnte das Diplomanerkennungsverfahren durch die EDK erfolgreich abgeschlossen, das Finanzkonzept der PH Zug verabschiedet und konnten erste Teile des Qualitätssicherungssystems (QS) überprüft werden. Die Anpassungen des QS sind massgeblich abhängig von den aktuell laufenden Entwicklungen insbesondere im Zusammenhang mit dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) und der damit einhergehenden Pflicht der Hochschulen, sich institutionell zu akkreditieren.

Die Überführung der Mitarbeitenden der PH Zug vom Personalrecht des Kantons Luzern in das Personalrecht des Kantons Zug wurde fristgerecht vollzogen. Notwendige Entwicklungen im Personalbereich wurden im Rahmen der Strategieüberprüfung der PH Zug angestossen.

Die vom Hochschulrat der PH Zug beschlossene Strategieüberprüfung wurde mit der Verabschiedung der Strategie PH Zug 2015 bis 2018 abgeschlossen. Ein strategisches Schwerpunktprojekt stellt die aufgrund des politischen Willens angestossene Studienplanreform 2016 hin zur Allrounder-Ausbildung (Unterrichtsbefähigung in mehr Fächern als gemäss aktueller Ausbildung) dar.

Studiengänge: Rück- und Ausblick

Per Herbstsemester haben 104 Studierende ihre Grundausbildung begonnen, 89 davon als Vollzeitstudium. 21 Personen traten in ein Diplom-erweiterungsstudium ein. Damit konnte die PH Zug während des ganzen Jahres mit einer guten Auslastung arbeiten. Diplomiert werden konnten im Juni 81 Primarlehrpersonen und 14 Lehrpersonen für die Kindergarten- und Primarunterstufe. Eine Bestätigung für die Diplom-erweiterung konnte 17 Studierenden ausgestellt werden. Eine Befragung der neu Diplomierten im Herbst hatte unter anderem gezeigt, dass 90 Prozent der Befragten die PH Zug wieder als Ausbildungsinstitution wählen würden.

Die Studienplanreform 2013 konnte bis und mit Herbstsemester ordnungsgemäss zur Hälfte umgesetzt werden. Erste Auswertungen unter anderem bei den Praxisschulen haben positive Signale im Hinblick auf das neue Ausbildungskonzept ergeben. In den kommenden drei Semestern findet turnusgemäss die restliche Umsetzung statt. Seit dem Herbst wurden parallel dazu erste Klärungen und Grundlagenarbeiten für die Studienplanreform 2016 vorgenommen, welche die Möglichkeit für ein erweitertes Fächerprofil bis hin zum Allrounder schaffen soll.

Kooperationen

Das Zusammenspiel der drei Zentralschweizer Pädagogischen Hochschulen Zug, Luzern und Schwyz ist einerseits geprägt durch erfolgreiche Zusammenarbeit. Andererseits wurde die Zusammenarbeit auch beeinflusst durch konkurrenzbedingte Herausforderungen, welche sich aufgrund der neuen Eigenständigkeit der einzelnen Hochschulen ergeben.

Insbesondere in der Kooperation mit der PH Luzern, mit welcher Kooperationsvereinbarungen sowohl auf Regierungs- als auch auf Hochschulebene bestehen, wurden verschiedene gewinnbringende Bereiche der Zusammenarbeit gepflegt, beispielsweise bezüglich der Aufnahmeprüfung nach dem Vorbereitungskurs, in der Entwicklung des Aufnahmeverfahrens «sur Dossier», bei der Erstellung von Videodokumentationen zum kompetenzorientierten Unterricht und im regelmässigen Austausch der Ausbildungsleitungen. Ebenfalls gibt es im administrativen Bereich, insbesondere bezüglich technischer Unterstützungsfunktionen, eine Reihe von Kooperationsfeldern. Unter anderem im Leistungsbereich Weiterbildung, welcher auch in finanzieller Hinsicht einen ausgeprägten Marktcharakter hat, zeigte sich auch vermehrt das Spannungsfeld Kooperation und Konkurrenz.

Leistungsauftrag

1 Grundauftrag

Die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) ist eine Bildungsinstitution im Tertiärbereich. Sie bildet Lehrpersonen für die Volksschule der Stufen Kindergarten/Unterstufe und der Primar aus, bietet bedarfsorientierte Weiter- und Zusatzausbildungen an und vermittelt und erbringt Beratungsleistungen. Sie betreibt Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, Interkulturalität und pädagogische Entwicklungszusammenarbeit, Mündlichkeit in Schule und Unterricht sowie allgemeine Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie sorgt für den Wissenstransfer zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

-  Erreicht
-  Teilweise erreicht
-  Nicht erreicht

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Gesamtzielsetzungen				
1	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht; die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten		
B	Erreichung EFQM-Zertifizierung	Erarbeitung Stufe «Recognised for Excellence»		Sistierung aufgrund der Entwicklungen im Rahmen des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG)
C	Institutionalisierung der Kooperation mit PH Luzern	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen		
Leistungsgruppe 1: Lehre				
2	Festigung der Studierendenzahlen	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr		
4	Absolventinnen und Absolventen der PH Zug finden Zugang zum Arbeitsmarkt	Unter Berücksichtigung der Bewerbungslage verläuft der Einstieg in den Lehrberuf bei 80 % der Absolventinnen und Absolventen, die sich für eine Stelle als Lehrer / Lehrerin bewerben, erfolgreich		
5	Qualitativ hochstehendes Aus-, Weiter- und Zusatzbildungsangebot: Positive Kompetenzentwicklung der Studierenden und Teilnehmenden; Unterrichtsformen an der PH Zug entsprechen hochschuldidaktischen Ansprüchen	Ausbildung: Die Resultate der Erhebung über PaLea sind positiv (Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen); Weiter- und Zusatzausbildung: Die Rückmeldungserhebung WBZA ist positiv		Erste Auswertungen zu PaLea zeigen eine positive Kompetenzentwicklung. Ein Benchmarking zwischen den PHs ist nicht vorgesehen und aufgrund der Anlage der Studie nicht seriös machbar
D	Konzeption der Weiter- und Zusatzausbildung unter den neuen Rahmenbedingungen des Kantons Zug	Die Verhandlungen mit der PH Luzern betreffend der Neukonzeption werden fortgeführt/abgeschlossen; die Gemeinden des Kantons Zug steigen in die neu konzipierte Weiterbildung ein		Kooperation mit der PH Luzern konnte nicht fortgesetzt werden. Neue Partnerschaften sind notwendig (PH Steiermark, HfH Zürich, PH Zürich, GIBZ Zug)
Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung				
7	Mitgestaltung des akademischen Diskurses in den Schwerpunktbereichen der PH Zug	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet		
8	Nutzbarmachung des erarbeiteten Wissens, Sicherstellung des Praxistransfers	Mindestens 50 Publikationen sind veröffentlicht; mindestens 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten		

Nr.	Zielsetzungen	Indikatoren und Zielgrössen 2014		Kommentar
Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
9	Die PH Zug ist ein Kompetenzzentrum für Beratungen im Bildungsbereich	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	●	
10	Durchführung von Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse usw.)	Es finden pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug statt	●	
E	Beratungsangebot im Bereich Weiterbildung	Das Konzept Fachberatung wird umgesetzt	●	
Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung				
11	Adäquate und gezielte Information über Angebote und Entwicklungen der PH Zug	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr; Veranstaltungen und Angeboten sind ausgelastet	●	
12	Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern	Projekte werden in Kooperation durchgeführt; Vereinbarungen der Kooperation mit Luzern werden umgesetzt	●	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014
Studierende der Studiengänge	Anzahl	275	300	301
Studierende des Vorkurses	Anzahl	25	50	45
Kursangebote Weiterbildung	Anzahl	134	130	120
Mitarbeitende	Vollzeitstellen	67	64	70

Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Abweichungen im Bereich Mitarbeitende (Anzahl Vollzeitstellen) gründen in der Auftragslage zum Stichtag des Rapports. Grundsätzliche Schwankungen im Personalbestand gründen in Projektaufträgen sowie Projektressourcen und der damit einhergehenden Anpassung des Personalbestands an den Personalbedarf. Auch Veränderungen bei der Anzahl Durchführungen von Veranstaltungen in Aus- und Weiterbildung führen zu Abweichungen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Total Aufwand	-7'415'945.31	-18'333'000	-18'625'784.84	-292'784.84	1,6
Total Ertrag	7'640'790.60	10'590'000	11'482'784.84	892'784.84	8,4
Saldo	224'845.29	-7'743'000	-7'143'000.00	600'000.00	-7,7

Kommentar Rechnung

Der Gesamtaufwand der PH Zug liegt um rund 300'000 Franken über dem budgetierten Wert. Davon sind rund 200'000 Franken verrechenbar (Erträge Beratungsleistungen und Projekte). Nicht verrechenbare Mehraufwände bestehen in den Bereichen Werbung, Entwicklungskosten und Informatik. Eine grössere Diskrepanz zwischen Budget und Ergebnis besteht bei den Erträgen. Höhere Erträge resultieren: bei den Erträgen Dritter (Projekterträge usw.); beim Vorbereitungskurs (höhere Teilnehmerinnen- und Teilnehmerzahlen) sowie insbesondere bei den FHV-Pauschalen (Erträge gemäss Fachhochschulvereinbarung). Was Letztere anbelangt, so wurden aufgrund eines Fehlers im FHV-Abrechnungstool Erträge von 2013 auf 2014 verschoben. Insgesamt fällt aufgrund des Rechnungsergebnisses der Kantonsbeitrag um 600'000 Franken tiefer als budgetiert aus. Auf der Grundlage von § 16 Abs. 4 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Zug vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41) sowie gemäss Beschluss des Hochschulrats vom 12. Januar 2015 sind 288'769.38 Franken der Reserve der PH Zug zugewiesen worden. Der ausgewiesene Ertrag in der Rechnung 2014 wurde um diese Reserve reduziert.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

6 Bilanz

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2013	Bestand per 31.12.2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Kasse	2'746.65	2'098.15	648.50	23,6
Bankguthaben	758'318.14	3'354'274.77	-2'595'956.63	-342,3
Transferkonto	1'448'405.83	0.00	1'448'405.83	100,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Debitoren)	2'181'257.82	627'089.71	1'554'168.11	71,3
übrige kurzfristige Forderungen	4'427.35	9'815.06	-5'387.71	-121,7
Total Aktive Rechnungsabgrenzung	633'341.87	1'101'774.40	-468'432.53	-74,0
Mobiliar, Geräte, Apparate / Informatik		37'440.00	-37'440.00	
Total Aktiven	5'028'497.66	5'132'492.09	-103'994.43	-2,1
Verbindlichkeiten aus L+L gegenüber Dritten (Kreditoren)	-2'118'127.83	-290'792.60	-1'827'335.23	86,3
Kreditoren Eröffnungsbilanz	-253'517.50		-253'517.50	100,0
Verbindlichkeiten ggn. staatlichen Stellen AHV/UVG usw.	-77'642.41	-150'516.01	72'873.60	-93,9
Passive Rechnungsabgrenzung	-2'245'580.84	-4'068'785.12	1'823'204.28	-81,2
Rückstellungen langfristig	-108'783.79		-108'783.79	100,0
Allgemeine Reserven		-333'629.08	333'629.08	
Bilanzgewinn	-224'845.29	-288'769.28	63'923.99	-28,4
Total Passiven	-5'028'497.66	-5'132'492.09	103'994.43	-2,1

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Ohne Leistungsauftrag

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-6'612.10	-6'000	-5'324.35	675.65	-11,3
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'841'975.15	-8'096'600	-7'921'441.20	175'158.80	-2,2
303	Sozialversicherungsbeiträge	-478'966.85	-478'500	-486'352.15	-7'852.15	1,6
304	Personalversicherungsbeiträge	-1'116'971.20	-1'159'400	-2'024'443.65	-865'043.65	74,6
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-151'423.00	-159'000	-147'151.00	11'849.00	-7,5
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-166'680.20	-163'300	-162'074.41	1'225.59	-0,8
307	Rentenleistungen	-13'176.00	0	0.00	0.00	
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	0.00	-6'000	0.00	6'000.00	-100,0
309	Übriger Personalaufwand	-173'325.95	-252'500	-244'177.50	8'322.50	-3,3
310	Büromaterial und Drucksachen	-18'687.46	-25'000	-17'202.30	7'797.70	-31,2
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-175'624.65	-202'700	-136'346.50	66'353.50	-32,7
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-286'274.75	-307'000	-229'789.65	77'210.35	-25,1
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'609'736.32	-1'853'700	-1'634'277.23	219'422.77	-11,8
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-313'669.46	-290'000	-293'110.92	-3'110.92	1,1
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-369'147.82	-366'200	-358'824.76	7'375.24	-2,0
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-26'212.50	-36'000	-36'000.00	0.00	0,0
317	Spesenentschädigungen	-57'084.10	-61'600	-54'559.25	7'040.75	-11,4
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'471'256.73	-1'589'300	-1'534'645.58	54'654.42	-3,4
319	Übriger Sachaufwand	-25'446.54	-49'500	-35'563.06	13'936.94	-28,2
320	Passivzinsen	-37'648.62	-60'000	-33'043.16	26'956.84	-44,9
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-652.10	-5'000	-9'184.45	-4'184.45	83,7
331	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-701'241.20	-716'500	-571'887.30	144'612.70	-20,2
	Total Aufwand	-15'041'812.70	-15'883'800	-15'935'398.42	-51'598.42	0,3
420	Vermögensertrag Banken	210.75	1'000	128.45	-871.55	-87,2
421	Vermögensertrag Guthaben	12.05	100	0.00	-100.00	-100,0
427	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	3'300	2'534.00	-766.00	-23,2
432	Kostgelder und Kostenanteile	13'077'742.10	12'711'000	13'129'285.65	418'285.65	3,3
435	Verkäufe	2'957'631.98	3'252'000	3'071'699.71	-180'300.29	-5,5
436	Rückerstattungen	40'101.22	53'500	165'291.17	111'791.17	209,0
437	Entgeltsminderungen	-9'240.06	-12'000	-9'094.23	2'905.77	-24,2
	Anteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-821'743.47	-100'080	-339'557.06	-239'477.06	239,3
	Anteil Kanton Zug (1/5)	-205'435.87	-25'020	-84'889.27	-59'869.27	239,3
	Total Ertrag	15'041'812.70	15'883'800	15'935'398.42	51'598.42	0,3
	Saldo	0.00	0	0.00	0.00	

Kommentar Rechnung

304: Rückstellung für PK-Revision 2016, 900'000 Franken
310: günstigere Druckereikosten, Einsparung 7'800 Franken
311: Zusammenzug von ca. 20 Konten, haushälterische Ausgaben bei den Anschaffungen, Einsparung 66'300 Franken
312: Elektrizität – neue Verträge mit EKZ, Heizöl – tiefer Ölpreis, Einsparung 77'200 Franken
313: geringerer Produktionsaufwand aufgrund von Auftragsrückgang (siehe Konten 435), Ausgabenminderung 219'400 Franken
319: Kreditorenkonti tiefer als budgetiert, 13'900 Franken
320: konsequente Ausgleichszahlungen und abermals tiefer Zinsfuss, 26'900 Franken Einsparung
420, 421, 427: zinsabhängig und in Frankenbetrag irrelevant
436: Krankentaggelder eines langzeitkranken Mitarbeiters, Rückerstattung 80'000 Franken
Anteil Kanton Zug 1/5: der Gewinn ist auf die hohe Auslastung der Strafanstalt und den entsprechend hohen Kostgeldeinnahmen sowie auf eine allgemein sehr sorgfältige und kostenbewusste Beschaffung der benötigten Materialien und Geräte zurückzuführen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	-207'574.75	-300'000	-293'563.25	6'436.75	-2,1
5060.01	EDV-Anlage	0.00	-11'000	-12'599.70	-1'599.70	14,5
5060.02	Möblierungen (Haus und Gewerbe)	-17'487.55	-80'000	-4'882.00	75'118.00	-93,9
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-340'749.95	-59'000	-70'593.05	-11'593.05	19,6
5060.04	Fahrzeuge	-80'140.30	0	0.00	0.00	
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-117'230.25	-395'000	-25'974.40	369'025.60	-93,4
	Total Ausgaben	-763'182.80	-845'000	-407'612.40	437'387.60	-51,8

Kommentar Investitionsrechnung

5060.02: Möblierungen: aufgrund der Auslastung von 99 % konnten keine Zellen renoviert werden, Einsparung 75'000 Franken

5060.03: Maschinen, Apparate und Anlagen: die neue Polleranlage fiel um 11'500 Franken höher aus als budgetiert

5060.06: Maschinen und Apparate Gewerbe: der Ersatzkauf des Bohrzenters in der Metallbearbeitung wurde auf 2015 verschoben, 180'000 Franken, die geplante Papierschneidemaschine für die Montageabteilung, Einsparung 60'000 Franken sowie die geplante Universalstanzmaschine für die Kartontage, Einsparung 85'000 Franken wurden aufgrund von Beschaffungsschwierigkeiten auf 2016 verschoben

3 Bilanz

Konto	Bezeichnung	Bestand per 31.12.2013	Bestand per 31.12.2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
1000	Kasse, Postcheck, Banken	1'552'475.54	1'251'910.71	300'564.83	19,4
1113	Kontokorrent Sanierung PK AN	264'585.60	67'039.60	197'546.00	74,7
1150	Debitoren	1'480'232.10	1'396'644.41	83'587.69	5,6
1190	Uebrige Guthaben	269'662.46	268'921.26	741.20	0,3
1250	Vorräte	609'561.40	598'983.95	10'577.45	1,7
1300	Transitorische Aktiven	0.00	0.00	0.00	
1430	Hochbauten ¹⁾	1'498'442.53	1'612'805.18	-114'362.65	-7,6
1460	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	1'009'308.58	730'671.03	278'637.55	27,6
	Total Aktiven	6'684'268.21	5'926'976.14	757'292.07	11,3
2000	Kreditoren	453'831.10	519'503.66	-65'672.56	-14,5
2010	Depotgelder Insassen	848'197.71	880'732.96	-32'535.25	-3,8
2061	Kontokorrent Basel-Stadt	4'861'148.19	3'257'594.40	1'603'553.79	33,0
2062	Kontokorrent Kanton Zug-230	205'435.87	84'889.27	120'546.60	58,7
2090	Rückstellungen	137'770.00	173'326.00	-35'556.00	-25,8
2500	Transitorische Passiven	177'885.34	1'010'929.85	-833'044.51	-468,3
	Total Passiven	6'684'268.21	5'926'976.14	757'292.07	11,3

¹⁾ Bauten erfasst in den Staatsrechnungen der Kantone Basel-Stadt und Zug

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten
Gebäudeversicherung Zug

Ohne Leistungsauftrag

1 Erfolgsrechnung

Bezeichnung	Rechnung 2013	Budget 2014	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Bruttoprämienenertrag	27'668'270.24	28'420'000	28'234'656.66	-185'343.34	-0,7
Stempelsteuer	-1'106'679.15	-1'150'000	-1'129'327.85	20'672.15	-1,8
Präventionsanteil	-4'427'985.50	-4'470'000	-4'518'748.40	-48'748.40	1,1
Prämienaufwand Rückversicherung ¹⁾	-6'579'693.55	-7'930'000	-7'042'599.87	887'400.13	-11,2
Verdiente Prämien für eigene Rechnung ²⁾	15'553'912.04	14'870'000	15'543'980.54	673'980.54	4,5
Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung	-11'956'967.55	-7'540'000	-5'083'984.75	2'456'015.25	-32,6
Veränderung der versicherungstechnischen Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen ³⁾	-3'297'020.00	-4'500'000	-9'449'891.00	-4'949'891.00	110,0
Betriebsaufwand für eigene Rechnung ³⁾	-1'998'444.05	-1'964'500	-1'816'622.03	147'877.97	-7,5
Übriger betrieblicher Ertrag ⁴⁾	777'051.45	120'000	44'850.70	-75'149.30	-62,6
Übriger betrieblicher Aufwand ⁵⁾	-6'499.94	-33'000	-8'427.11	24'572.89	-74,5
Technisches Ergebnis	-927'968.05	952'500.00	-770'093.65	-1'722'593.65	-180,8
Ertrag Prävention und Intervention	5'926'086.78	5'593'400	6'069'556.14	476'156.14	8,5
Aufwand Prävention und Intervention	-3'522'943.25	-3'614'000	-3'898'415.60	-284'415.60	7,9
Personal- und Verwaltungsaufwand Prävention und Intervention	-2'404'097.53	-2'186'000	-2'177'102.54	8'897.46	-0,4
Veränderung nicht versicherungstechnische Rückstellungen Prävention und Intervention ⁶⁾	954.00	206'600	5'962.00	-200'638.00	-97,1
Ergebnis Prävention und Intervention	0.00	0	-0.00	-0.00	
Ertrag aus Kapitalanlagen ⁷⁾	3'974'923.53	4'075'000	5'895'559.74	1'820'559.74	44,7
Aufwand aus Kapitalanlagen ⁸⁾	-1'608'153.80	-1'050'000	-432'223.60	617'776.40	-58,8
Vermögensverwaltungsaufwand	-40'854.04	-43'500	-45'512.79	-2'012.79	4,6
Ergebnis aus Kapitalanlagen vor Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	2'325'915.69	2'981'500	5'417'823.35	2'436'323.35	81,7
Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen ⁹⁾	0.00	-434'000	-3'609'000.00	-3'175'000.00	731,6
Ergebnis aus Kapitalanlagen	2'325'915.69	2'547'500	1'808'823.35	-738'676.65	-29,0
Betriebliches Ergebnis	1'397'947.64	3'500'000	1'038'729.70	-2'461'270.30	-70,3
Ausserordentliches Ergebnis	0.00	0	0.00	0.00	
Gewinn/Verlust	1'397'947.64	3'500'000	1'038'729.70	-2'461'270.30	-142,2

Kommentar Rechnung

¹⁾ Kleine Prämienreduktionen und zum Schadenaufwand werden die Rückstellungen verbucht, welche je nach Geschäftsergebnis anfallen

²⁾ Wegen 2 grossen Einzel-Brandschäden grössere Rückvergütung seitens Interkantonaler Rückversicherungsverband (IRV)

³⁾ Dank gutem Geschäftsgang grössere Rückstellungen möglich

⁴⁾ Zu hohe Erträge bei übriger Ertrag und Finanzertrag budgetiert

⁵⁾ Weniger Bank-/PC-Spesen

⁶⁾ Zu hohe Rückstellungen budgetiert

⁷⁾ Höhere Zinserträge und Kursgewinne

⁸⁾ Geringere Kursverluste

⁹⁾ Dank gutem Geschäftsgang Rückstellung möglich

2 Bilanz

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2013	Bestand per 31.12.2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
Kapitalanlagen	89'477'918.71	106'083'096.01	16'605'177.30	18,6
Beteiligung	6'595'377.00	6'730'747.13	135'370.13	2,1
Total Anlagevermögen	96'073'295.71	112'813'843.14	16'740'547.43	17,4
Aktive Rechnungsabgrenzungen	238'602.65	260'022.29	21'419.64	9,0
Forderungen	1'367'293.61	16'725'573.08	15'358'279.47	1123,3
Flüssige Mittel	9'706'413.88	5'425'035.53	-4'281'378.35	-44,1
Total Umlaufvermögen	11'312'310.14	22'410'630.90	11'098'320.76	98,1
Total Aktiven	107'385'605.85	135'224'474.04	27'838'868.19	25,9
Gewinnreserven	54'434'046.42	55'831'994.06	1'397'947.64	2,6
Gewinn/Verlust	1'397'947.64	1'038'729.70	-359'217.94	-25,7
Total Eigenkapital	55'831'994.06	56'870'723.76	1'038'729.70	1,9
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung	9'340'221.85	22'346'103.15	13'005'881.30	139,2
Versicherungstechnische Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen	25'032'020.00	34'481'911.00	9'449'891.00	37,8
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen	1'693'824.45	2'328'396.73	634'572.34	37,5
Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	14'674'000.00	18'283'000.00	3'609'000.00	24,6
Passive Rechnungsabgrenzungen	94'414.25	158'200.75	63'786.50	67,6
Verbindlichkeiten	719'131.30	756'138.65	37'007.35	5,1
Total Fremdkapital	51'553'611.85	78'353'750.28	26'800'138.49	52,0
Total Passiven	107'385'605.91	135'224'474.04	27'838'868.19	25,9

Separatfonds

Gesamtwürdigung

Fondsrechnung

Bilanz

Gemäss § 9 des Finanzhaushaltgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) sind Separatfonds formell ausgeschiedene, rechtlich nicht selbstständige Teile des Staatsvermögens mit besonderer Zweckbestimmung. Das Verfügungsrecht steht dem Regierungsrat zu. Die Führung der Separatfonds-Buchhaltung wird durch die Kantonale Finanzverwaltung wahrgenommen. Bei der Bewirtschaftung der Geldmittel richtet sie sich nach den in der Anlagestrategie vom 25. September 2013 von der Finanzdirektion festgelegten Richtlinien. Die jährliche Revision erfolgt durch die Finanzkontrolle des Kantons Zug.

Insgesamt bestehen sieben Separatfonds. Die bekanntesten sind der «Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke (Lotteriefonds)» und der «Sport-Toto-Fonds». Der Kanton ist Mitglied der «SWISSLOS Interkantonale Landeslotterie» und des Vereins «Sport-Toto-Gesellschaft». Die von SWISSLOS erwirtschafteten Mittel fliessen, aufgeteilt nach Bevölkerungsgrösse und Spielfreudigkeit beziehungsweise den Umsätzen beim Zahlenlotto, an die Kantone. Diese Mittel werden dem Lotteriefonds und dem Sport-Toto-Fonds gutgeschrieben. Der Regierungsrat legt den Verteilschlüssel fest. Beiträge aus dem Lotteriefonds werden ausschliesslich an Projekte mit wohltätigem, gemeinnützigem oder kulturellem Zweck und nur an Vorhaben mit einem Bezug zum Kanton Zug oder von gesamtschweizerischer Bedeutung ausgerichtet. Für den Sport-Toto-Anteil gelten die Bestimmungen des Sportgesetzes. 2014 erhielt der Lotteriefonds 5,1 Millionen Franken (75 Prozent) aus den SWISSLOS-Mitteln. An mehrere Hundert Gesuche wurden 5,1 Millionen Franken gesprochen. Der Sport-Toto-Fonds erhielt 1,7 Millionen Franken (25 Prozent). Es wurden 1,9 Millionen Franken an die Gesuchstellenden verteilt.

Mit Beschluss vom 14. Januar 2014 bewilligte der Regierungsrat die Aufhebung der «Stiftung Ferienhaus Valle» und die Neuausrichtung des «Gewerbeschulfonds Keiser und Beby». Die damit frei gewordenen Mittel werden neu für den Fonds «Keiser und Beby zur Förderung von Lernprojekten» am GIBZ verwendet. Name und Zweck des Gewerbeschulfonds Keiser und Beby haben geändert. Dieser wurde im März 1944 aufgrund einer Schenkung unter der Bezeichnung «August Stocker-Fonds» gegründet. 1948 erfolgte eine weitere Zahlung, verbunden mit dem Wunsch des Donators, den Fonds zum Andenken an die beiden Lehrer Josef Keiser und Karl Beby als «Gewerbeschulfonds Keiser und Beby» zu bezeichnen. In den letzten Jahren konnte der eigentliche Zweck des Gewerbeschulfonds immer schlechter erfüllt werden. Das Gebäude in Valle/TI wurde 1947 entdeckt, renoviert und später gekauft. Der Regierungsrat richtete die «Stiftung Ferienhaus Valle» ein. 2013 entschied der Stiftungsrat das Haus wegen zu hoher Unterhaltskosten zu verkaufen.

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
0200	Bewirtschaftung Fondsvermögen				
31300	Bankspesen (Kontoführung)	-999.88	-841.63	158.25	-15,8
32901	Kursdifferenzen	-57.48	-1'776.51	-1'719.03	2'990,7
34102	Realisierte Kursverluste auf verzinsliche Anlagen	-47'090.00	-37'877.50	9'212.50	-19,6
34201	Kommissionen	-2'858.10	-2'614.45	243.65	-8,5
34202	Depotverwaltungsgebühren	-28'114.05	-12'608.55	15'505.50	-55,2
34400	Nicht realisierte Kursverluste	-1'210'277.15	-585'782.17	624'494.98	-51,6
42900	Übrige Entgelte	56.20	4.18	-52.02	-92,6
44000	Zinsen Bankkonten und Festgelder <90T.	10'515.24	13'204.33	2'689.09	25,6
44020	Zinsen Festgelder >3Mt. (Sachgruppe 102)	34'392.35	20'529.50	-13'862.85	-40,3
44070	Zinsen Obligationen	223'031.30	199'418.18	-23'613.12	-10,6
44100	Realisierte Gewinne auf Finanzanlagen	0.00	611'563.73	611'563.73	
44101	Realisierte Gewinne verzinsliche Anlagen	25'000.00	130'744.92	105'744.92	423,0
44102	Realisierte Gewinne Immobilienfonds	0.00	8'150.40	8'150.40	
44200	Dividenden	486'231.10	507'325.60	21'094.50	4,3
44201	Ertragsausschüttungen Anlage-Fonds	52'532.00	52'532.00	0.00	0,0
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	3'207'978.26	2'067'111.95	-1'140'866.31	-35,6
0200	Total Bewirtschaftung Fondsvermögen	2'750'339.79	2'969'083.98	218'744.19	8,0
0201	Nicht liquiditätswirksame Veränderungen				
34400	Nicht realisierte Kursverluste	1'210'277.15	585'782.17	-624'494.98	-51,6
39400	Verzinsung der Fondsbestände	-104'745.16	-99'925.01	4'820.15	-4,6
44400	Nicht realisierte Kursgewinne	-3'207'978.26	-2'067'111.95	1'140'866.31	-35,6
0201	Total Nicht liquiditätswirksame Veränderungen	-2'102'446.27	-1'581'254.79	521'191.48	-24,8
1100	Winkelriedfonds				
49400	Verzinsung Fonds	7'374.36	7'411.24	36.88	0,5
1100	Total Winkelriedfonds	7'374.36	7'411.24	36.88	0,5
1200	Schutzaufsichtsfonds				
46360	Beiträge privater Organisationen ohne Erwerbszweck	0.00	413.30	413.30	
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone	49'315.15	29'831.90	-19'483.25	-39,5
49400	Verzinsung Fonds	0.00	246.58	246.58	
1200	Total Schutzaufsichtsfonds	49'315.15	30'491.78	-18'823.37	-38,2
2200	Kantonaler Kulturfonds Kulturgesetz				
49400	Verzinsung Fonds	3'354.23	3'371.00	16.77	0,5
2200	Total Kantonaler Kulturfonds Kulturgesetz	3'354.23	3'371.00	16.77	0,5

Separatfonds
Fondsrechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Abw. in Fr.	Abw. in %
3100	Entschädigungsfonds für Tierverluste				
31306	Dienstleistungen Tierseuchenbekämpfung	-129'911.45	-92'402.20	37'509.25	-28,9
36376	Entschädigung diverse Seuchentiere	-23'640.00	-1'824.00	21'816.00	-92,3
42900	Übrige Entgelte	2'417.50	16'136.50	13'719.00	567,5
46310	Erträge aus Viehhandel	14'187.75	13'131.75	-1'056.00	-7,4
46311	Beiträge vom Kanton	176'783.00	176'783.00	0.00	0,0
49400	Verzinsung Fonds	12'024.82	12'284.13	259.31	2,2
3100	Total Entschädigungsfonds für Tierverluste	51'861.62	124'109.18	72'247.56	139,3
3300	Sport-Toto-Fonds				
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-1'885'803.00	-1'858'306.95	27'496.05	-1,5
46351	Anteil Ertrag Sport-Toto (25%)	1'632'727.00	1'696'947.75	64'220.75	3,9
49400	Verzinsung Fonds	16'557.46	15'374.87	-1'182.59	-7,1
3300	Total Sport-Toto-Fonds	-236'518.54	-145'984.33	90'534.21	-38,3
3400	Fonds für wohlt.,gemeinn. und kult. Zwecke				
31190	Ankauf Bilder und Bücher	-217'847.60	-296'962.50	-79'114.90	36,3
31305	Dienstleistungen Dritter	-62'119.40	-41'240.42	20'878.98	-33,6
31990	Übriger Aufwand	-23'620.05	-24'351.45	-731.40	3,1
36010	Zuweisung an Verwaltungsrechnung Kto. 4631.50	-19'370.00	-20'530.00	-1'160.00	6,0
36360	Beiträge an Vereine und Organisationen	-5'342'119.51	-4'556'238.19	785'881.32	-14,7
36373	Werk- und Weiterbildungsbeiträge an Künstler	-152'000.00	-147'000.00	5'000.00	-3,3
42500	Verkäufe	2'118.85	2'155.66	36.81	1,7
42900	Übrige Entgelte	0.00	9'855.74	9'855.74	
46320	Beiträge von Gemeinden	500.00	500.00	0.00	0,0
46352	Anteil Ertrag Landeslotterie/SWISSLOS (75%)	4'898'181.00	5'090'843.25	192'662.25	3,9
48300	a.o. Erträge von Vereinen und Organisationen	13'923.25	0.00	-13'923.25	-100,0
48610	Ausserordentliche Transfererträge; Kantone	125.45	126'388.11	126'262.66	100'647,8
49400	Verzinsung Fonds	62'535.28	58'336.82	-4'198.46	-6,7
3400	Total Fonds für wohlt.,gemeinn. und kult. Zwecke	-839'692.73	201'757.02	1'041'449.75	-124,0
3500	Gewerbeschulefonds Keiser und Beby				
31040	Materialien für den Unterricht	-2'629.34	0.00	2'629.34	-100,0
49400	Verzinsung Fonds	2'899.01	2'900.37	1.36	0,0
3500	Total Gewerbeschulefonds Keiser und Beby	269.67	2'900.37	2'630.70	975,5
99	Fondsrechnung	-316'142.72	1'611'885.45	1'928'028.17	-609,9

Separatfonds
Bilanz

Konto	Bezeichnung	per 31.12.2013	per 31.12.2014	Abw. in Fr.
1	Aktiven			
100	Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen			
1001	Post	3'937'584.04	4'102'158.68	164'574.64
1002	Banken	3'422'340.19	6'084'698.26	2'662'358.07
	Total Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen	7'359'924.23	10'186'856.94	2'826'932.71
101	Forderungen			
1010	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	192'352.70	3'842.20	-188'510.50
1013	Anzahlungen an Dritte	9'429.00	29'300.00	19'871.00
1019	Übrige Forderungen	129'367.95	132'633.73	3'265.78
	Total Forderungen	331'149.65	165'775.93	-165'373.72
102	Kurzfristige Finanzanlagen			
1023	Festgelder	3'500'000.00	3'000'000.00	-500'000.00
	Total Kurzfristige Finanzanlagen	3'500'000.00	3'000'000.00	-500'000.00
104	Aktive Rechnungsabgrenzung			
1044	Aktivzinsen	102'804.80	83'140.08	-19'664.72
	Total Aktive Rechnungsabgrenzung	102'804.80	83'140.08	-19'664.72
107	Finanzanlagen			
1070	Aktien und aktienähnliche Wertpapiere	15'006'928.11	15'522'657.34	515'729.23
1071	Verzinsliche Anlagen	8'442'168.80	7'753'106.40	-689'062.40
1074	Immobilienfonds	1'388'059.20	1'504'071.00	116'011.80
	Total Finanzanlagen	24'837'156.11	24'779'834.74	-57'321.37
108	Sachanlagen FV			
1084	Immobilien/Grundstücke FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Sachanlagen FV	8'500.00	8'500.00	0.00
	Total Aktiven	36'139'534.79	38'224'107.69	2'084'572.90

Separatfonds
Bilanz

Konto	Bezeichnung	Per 31.12.2012	Per 31.12.2013	Abw. in Fr.
2	Passiven			
200	Laufende Verbindlichkeiten			
2000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-374'541.46	-84'586.28	289'955.18
	Total Laufende Verbindlichkeiten	-374'541.46	-84'586.28	289'955.18
204	Passive Rechnungsabgrenzung			
2049	Passive Rechnungsabgrenzung	-15'000.00	-744.00	14'256.00
	Total Passive Rechnungsabgrenzung	-15'000.00	-744.00	14'256.00
291	Fondsvermögen			
2910	Fürsorgefonds			
2910.11	Winkelriedfonds	-1'482'247.61	-1'489'658.85	-7'411.24
2910.12	Fonds für Schutzaufsicht und Entlassenenfürsorge	-49'315.15	-79'806.93	-30'491.78
	Total Fürsorgefonds	-1'531'562.76	-1'569'465.78	-37'903.02
2911	Kulturelle Fonds			
2911.22	Kantonaler Kulturfonds	-674'199.86	-677'570.86	-3'371.00
	Total Kulturelle Fonds	-674'199.86	-677'570.86	-3'371.00
2912	Staatswirtschaftliche Fonds			
2912.31	Entschädigungsfonds für Tierverluste	-2'456'825.95	-2'580'935.13	-124'109.18
2912.33	Sport-Toto-Fonds	-3'074'974.56	-2'928'990.23	145'984.33
2912.34	Fonds für wohltätige, gemeinn. u. kult. Zwecke	-11'667'363.48	-11'869'120.50	-201'757.02
2912.35	Fonds Keiser+Beby zur Förd. von Lernprojekt. GIBZ	-580'073.17	-582'973.54	-2'900.37
	Total Staatswirtschaftliche Fonds	-17'779'237.16	-17'962'019.40	-182'782.24
	Total Fondsvermögen	-19'984'999.78	-20'209'056.04	-224'056.26
298	Übriges Eigenkapital			
2980.10	Kursrisiko- und Ausgleichsreserve bis 2008	-5'935'110.06	-5'498'933.06	436'177.00
2980.20	Kursreserve ab 2009	-5'366'665.31	-6'579'740.94	-1'213'075.63
2980.30	Überschüsse Bewirtschaftung Fondsvermögen ab 2009	-4'463'218.18	-5'851'047.37	-1'387'829.19
	Total Übriges Eigenkapital	-15'764'993.55	-17'929'721.37	-2'164'727.82
	Total Passiven	-36'139'534.79	-38'224'107.69	-2'084'572.90

Impressum

Regierungsrat des Kantons Zug

Bezugsquelle

Staatskanzlei

Seestrasse 2

Regierungsgebäude am Postplatz

6300 Zug

Telefon +41 41 728 33 11

info@zg.ch

Publiziert auch im Internet:

www.zg.ch > Behörden > Regierungsrat > Finanzen und Geschäftsberichte

